ak

Gentechnologie / Diskussion S. 31

ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 18 Nr. 300 14. 11. 88 C 21734 E 5 DM

Deutsche Pannen

Es war als Höhepunkt und Abschluß einer Vielzahl von Gedenkveranstaltungen an die Reichspogromnacht vor fünfzig Jahren geplant. Doch bei der Bundestagsrede von Philipp Jenninger stockte den ZuhörerInnen der Atem. Überzeugend und überzeugt referierte der Kanzlerfreund, was seinesgleichen in den dreißiger Jahren am Nationalsozialismus faszinierte und auch heute noch fasziniert. 24 Stunden danach war er zurückgetreten und in den Augen aller Bürgerlichen ein ehrenwerter Mann, der sich nur zuviel vorgenommen hatte und dem etwas daneben gegangen sei. Anders die ausländischen Reaktionen, die von „Hitler entschuldigt" bis „Antisemitismus im deutschen Parlament" reichten. Jenningers Anspruch war freilich nicht, Hitler zu entschuldigen, sondern die deutschen Konservativen *einschließlich* ihrer nicht wegzuleugnenden Hitler-Begeisterung und einschließlich ihres Antisemitismus. Das sogenannte „Mißgeschick" offenbart, wie schwer es fällt, die heutige Christdemokratie und die damaligen Deutschnationalen auseinanderzuhalten. Eines nur trennt die beiden Seiten, die ein Lager sind, und es ist das gleiche, was sie bei Hitler niemals entschuldigen werden: ein verlorener Krieg. Jenninger hat beschrieben, wie sie immer noch wären, wenn sie gewonnen hätten.

Kommentar auf Seite 4

Siehe auch:

„Das Hakenkreuz an und für sich", Seite 3

„taz: Schlimme Worte, null Gedanken", Seite 4



Und was die Juden anging: hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemaßt, die ihnen nicht zukam? Mußten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden? Und vor allem: entsprach die Propaganda — abgesehen von wilden, nicht ernstzunehmenden Übertreibungen — nicht doch in wesentlichen Punkten eigenen Mutmaßungen und Überzeugungen?
Und wenn es gar zu schlimm wurde, wie im November 1938, so konnte man sich mit den Worten eines Zeitgenossen ja immer noch sagen: „Was geht es uns an! Seht weg, wenn euch graust. Es ist nicht unser Schicksal" (Rauschning).

(Ph. Jenninger, Gedenkrede am 10.11.88)

Otto Dix: Die sieben Todsünden, 1933

SPD und Atomwaffen
Ja zur Achse Bonn-Paris?

Kommt es zur Zerreißprobe? In der ersten Dezemberwoche entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zum deutsch-französischen Verteidigungsrat und zur Atomachse Bonn-Paris. Die angekündigte Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ist auch parteiintern heftig umstritten: Zu dem offenkundigen Bruch mit der Beschlußlage des Münsteraner SPD-Parteitags kommt die Sorge, daß die Früchte jahrelanger rhetorischer Schwerstarbeit mit einem Schlag zunichte gemacht werden.

Abkehr von der nuklearen Abschreckung bei Zustimmung zur eurostrategischen Aufrüstung? Zurückweisung der Forderung nach grundgesetzlichem Atomwaffenverzicht bei gleichzeitiger Schützenhilfe für die westeuropäische Atommacht?

Beilage:
Atomwaffenverzicht
Internationale Konferenz Köln
25. - 27. November

In diesem AK:

- Erstveröffentlichung: Protokoll einer internen SPD-Beratung über die Haltung zur französischen nuklearen Aufrüstung.
- Der heimliche Schulterschluß zwischen SPD und Bundesregierung in der Frage der Westeuropäischen Atomstreitmacht.
- Willy Brandts Weg von der Atomwaffenkritik zur Forderung nach deutscher Mitverfügung.
- Erstveröffentlichung: Briefe aus dem Nachlaß des SPD-Wehrexperten Fritz Erler zur Frage der britischen und niederländischen Proteste gegen den SPD-Atomwaffenkurs.

Der „Arbeiterkampf" ist

300

Nummern alt geworden. Wie sehen uns andere?
S. 11

§ 129a: Allzweckwaffe
für Polizei- und Justizzwecke

Am 14. Oktober durchsuchte die Polizei die Räume der *Kölner Stadtrevue* nach zwei Leserbriefen, in denen Anschläge befürwortet worden sein sollen; am 28.11. beginnt in Hamburg ein Prozeß gegen den vermeintlichen Herausgeber der autonomen Zeitung *SABOT*, Fritz Storim, weil darin für eine Zusammenarbeit mit der RAF geworben worden sein soll; gegen die Hamburger Rechtsanwältin Ute Brandt wird Anklage wegen Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" erhoben, weil sie einem Mandanten politisches Informationsmaterial zukommen lassen haben soll. In allen Fällen dient der § 129a als Allzweckwaffe. Mit ihm haben sich Ermittlungs- und Justizbehörden ein Willkürinstrument geschaffen, gegen das kaum eine Handhabe besteht. Abweichend vom Täterstrafrecht wird mit diesem Paragraphen ein Gesinnungsstrafrecht eingeführt. 70% der Ermittlungen werden wegen Werbung oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" eingeleitet. Gleichzeitig wird dieser Paragraph als Ermittlungs- und Ausforschungsparagraph benutzt, der im Gegensatz zu anderen des Strafgesetzbuches einen absoluten Haftgrund auch ohne Flucht- oder Verdunklungsgefahr beinhaltet. 1982 hat es 219 Ermittlungen nach § 129a gegeben, von denen 21 zur Verurteilung führten, 1985 waren es 300 Ermittlungen, von denen 6 mit einer Verurteilung endeten. Von den nach § 129a durchgeführten Ermittlungen führten über einen Zeitraum von 5 Jahren ganze 6% zu Verurteilungen, während es bei Ermittlungen nach anderen Paragraphen 43% sind. Das ist aber ganz und gar nicht der „liberalen Justiz" geschuldet, sondern der Tatsache, daß mit dem § 129a politische Verfolgung betrieben wird, Menschen kriminalisiert werden, ohne gerichtsverwertbare Tatsachen in der Hand zu haben. Das fordert dazu heraus, anhand der jetzt kommenden Prozesse eine Initiative zur Beseitigung dieses Paragraphen zu betreiben.

Zu einzelnen Verfahren und zu einer Initiative für die Zusammenlegung politischer Gefangener
S. 14 und 15



Jugoslawien
Krise und Chauvinismus

Seit Monaten steckt Jugoslawien in der tiefsten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Krise seiner Nachkriegsgeschichte. Getrieben von Verarmung und Ausweglosigkeit haben die Serben, die größte Volksgruppe des Landes, in einer Welle von Großdemonstrationen ihre sozialen Forderungen, vor allem aber einen zunehmend aggressiven Nationalismus artikuliert.

Seite 21

SU-Frauen
Das Alltagsleben der Frauen in der SU steht im Mittelpunkt vieler Erzählungen und Romane sowjetischer Schriftstellerinnen. Eine Reihe dieser Autorinnen und ihrer Werke stellen wir vor auf S. 28

China
Die verschärften Disproportionen in der Wirtschaft der VR China analysiert ein Mitarbeiter des Pekinger Forschungszentrum zur Förderung und Entwicklung der Wissenschaft und Technik auf S. 25

Amnestie für die Gefangenen des 25. April

F.O. Wolf

Portugal:

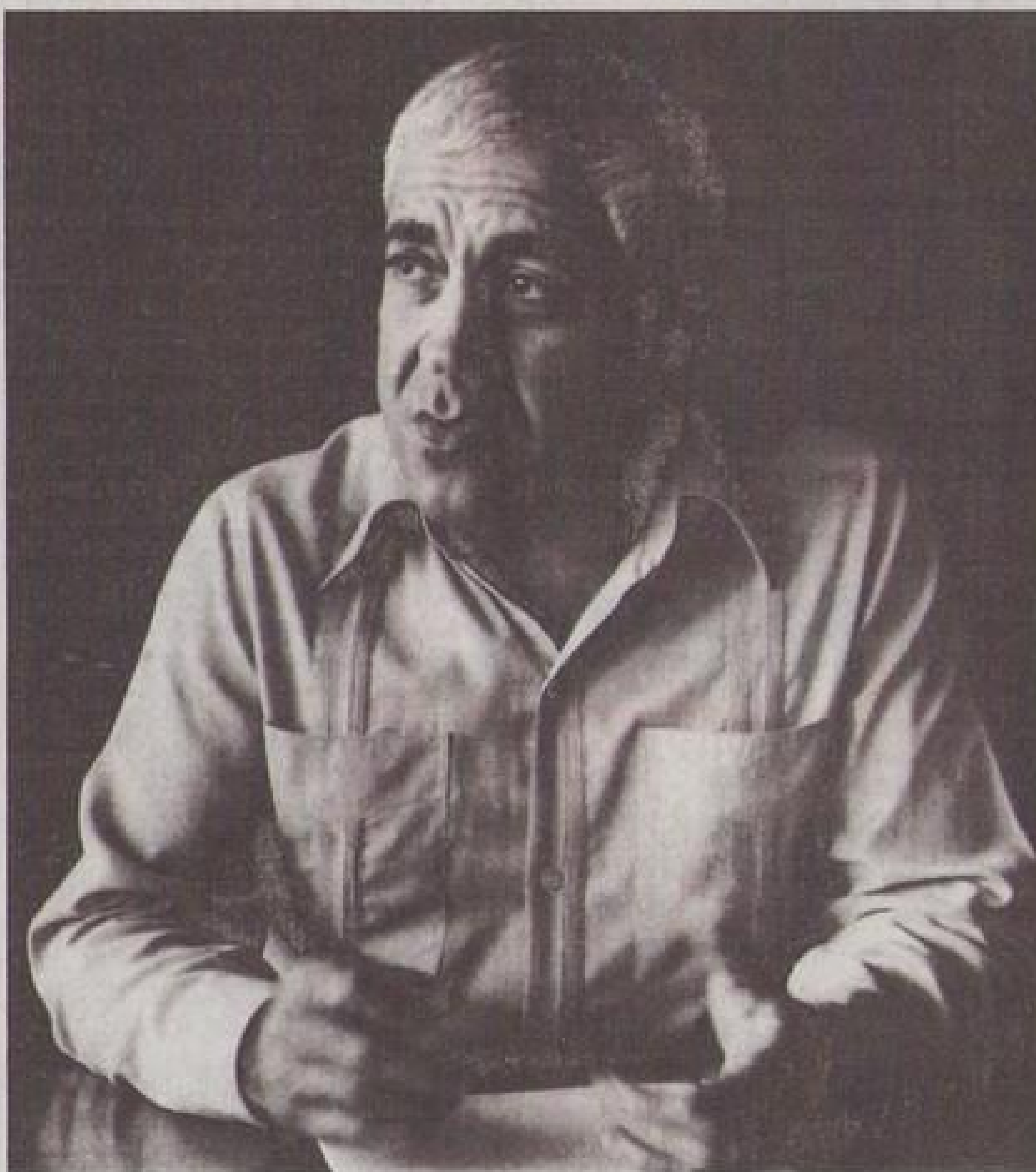
Eine politische Amnestie ist einen kleinen Schritt näher gerückt

Am Rande des Internationalen Forums „Amnestie für Otelo und seine GenossInnen", das am 5. und 6.11.88 in Lissabon stattfand, lief schon das Gerücht um, im Frühjahr würden die Gefangenen bestimmt freikommen. Das ist leider ein weit über das Ziel hinausschießender Optimismus: Selbst wenn jetzt sofort ein Amnestiegesetz im portugiesischen Parlament eingebracht würde, wäre es bei normalen parlamentarischen Verfahren unmöglich, daß eine Amnestie schon im Frühjahr in Kraft träte. Aber die reale Möglichkeit einer politischen Amnestie in Portugal hat sich weiter konkretisiert. Dabei war die internationale Dimension dieses Forums zweifellos wichtig, aber die Durchbrüche, die jetzt erreicht worden sind, liegen nicht auf der internationalen Ebene.

Daß etwa in der Bundesrepublik ein breites Spektrum von Thomas Schmid und Enzensberger über führenden Sozialdemokraten wie von Oertzen und Gansel und GRÜNE unterschiedlicher Richtungen bis hin zu Karlheinz Roth und Detlef zum Winkel die Forderung einer Amnestie in Portugal unterstützen würden, war eigentlich nicht überraschend — wenn es selbstverständlich auch nicht von selbst geschehen ist. Und daß sich die bundesdeutschen GRÜNEN — trotz internen Schwierigkeiten — nicht nur mit vielen Unterschriften beteiligt haben, sondern auch mit einer Delegation aus Jutta Ditfurth, Angelika Beer, Wilfried Telkämper (Vors. der Euro-Fraktion) und mir durchaus nachdrücklich Präsenz demonstriert haben, ist zwar durchaus positiv, wäre aber noch lange kein Durchbruch. Ähnliches wäre über die breite Solidarität zu sagen, die aus Frankreich, Griechenland und Spanien zum Ausdruck gebracht wurde. (In Großbritannien und den Beneluxländern ist offenbar erst noch die Aktivierung der durchaus vorhandenen Solidarität für eine solche Amnestieforderung zu leisten.) Nein, die beiden eigentlichen Durchbrüche liegen in Portugal: Zum einen kamen aus allen Knästen So-

lichen Durchbrüche liegen in Portugal.

Zum einen kamen aus allen Knästen Solidaritätsbotschaften, die die Amnestiekampagne begrüßten — d.h. die lange Kontroverse über individuelle Begnadigung und Wiederaufnahme/Nichtanerkennung des Verfahrens als Alternativen zu einem Amnestiegesetz, die unterschiedliche Gruppen von Gefangenen und Familienangehörigen in der Vergangenheit entzweit hatte, ist endlich zugunsten einer allgemeinen Unterstützung der Forderung nach einem Amnestiegesetz überwunden. Das ist um so wichtiger, als noch im April Otelo selbst sich sehr mißverständlich geäußert hat, er sei gegen eine Amnestie. Er hat das dann später mir gegenüber so erklärt, daß er den Gedanken einer individuellen Begnadigung kritisiert habe, nicht aber den Vorschlag einer gesetzlichen Amnestie, den er selber für „korrekt" halte — auch wenn er als Betroffener nicht die Forderung erheben könne, ohne in eine Schieflage zu geraten — und sein spanischer Gesprächspartner habe das offenbar nicht richtig verstanden. Ich sehe nach dem vergangenen Wochenende nicht mehr die Gefahr, daß der Streit um den richtigen politischen Weg aus der gegenwärtigen Situation der Gefangenen erneut ausbrechen könnte. In der Tat ist, nachdem inzwischen die — in ihrer Höhe von bis zu 18 Jahren in der Tat nur unter Rachegesichtspunkten erklärbaren — Urteile rechtskräftig sind, ein Amnestiegesetz der einzige erfolgversprechende Weg. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wäre nach dem Spruch des portugiesischen Obersten Gerichtshofes vom Juli 1988 praktisch nur noch in Form eines Aufhebungsantrages bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte möglich, mit sehr geringen Erfolgsaussichten, und eine individuelle Begnadigung würde mit Sicherheit zu einer Privilegierung der prominenten Persönlichkeiten unter den Gefangenen — vor allem Otelos selbst — führen.



Zum anderen ist in der portugiesischen Öffentlichkeit so etwas wie ein Bann gebrochen. Nachdem jahrelang die Frage der Freilassung Otelos und seiner GenossInnen, die immerhin seit 1984 im Knast sind und für deren Prozeß extra ein neuer „Sicherheits"-Gerichtssaal gebaut worden ist, bei fast allen Portugiesen, bis auf die ganz wenigen, die auch noch nach Otelos politischer Isolierung in den späten 1970ern sich noch an seiner politischen Führung orientierten, auf Abwehr stieß, gibt es jetzt, nachdem der Prozeß abgeschlossen ist, eine Bereitschaft, auch ohne sich politisch mit Otelo und seinen GenossInnen zu identifizieren, darüber zu reden, wie sie wieder frei kommen könnten. Daß der militärische Planer der Nelkenrevolution im Knast sitzt, während der konterrevolutionäre Putschist Marschall Spinola auf der Ehrentribüne der staatlichen Feiern zum 25. April Platz nimmt, wie dieses Jahr geschehen — geht jetzt selbst einem Vertreter der Ideologie des „starken, aber ordentlichen und gerechten Staates" wie dem Ex-Staatspräsidenten Eanes über die Hutschnur. Auch aus dem gesellschaftlichen Spektrum, das der KP nahesteht, ist inzwischen nicht mehr Indifferenz oder gar Schadenfreude zu hören — auch wenn Otelo selbst die Sache nicht gerade vereinfacht hat, indem er öffentliche den Vorwurf erhob, daß seien Verhaftung auf einer KP-Intrige beruhte, was einfach die Macht der KP über-und das Eigengewicht des bürgerlichen Staatsapparates unterschätzt. Sowohl aus den Reihen prominenter Weggenossen der portugiesischen KP — bis hinauf zum Ex-Staatspräsidenten Costa Gomes —, als auch aus den Reihen der unterschiedlichen Erneuerer- und Oppositionsgruppen innerhalb der KP liegen jetzt unterstützende Stellungnahmen zur Amnestieforderung vor. Selbst die kleineren Linksparteien, die sich entweder aus dem KP-Spektrum erst freigeschwommen haben, wie die MDP-CDE, oder aber 1976 zu dem breiten Bündnis gehörten, das Otelos Präsidentschaftskandidatur zu einem Ergebnis von ca. 16% getragen hatte und dann in sehr frustierenden inneren Auseinandersetzungen auseinanderbrach, in denen Otelo keine konstruktive Rolle gespielt hat, wie die UDP, oder auch die trotzkistische PSR, unterstützen inzwischen grundsätzlich die Amnestieforderung. Die kleine Partei der portugiesischen Grünen, die fest mit der KP verbündet ist, hat immerhin einen ihrer beiden Abgeordneten im portugiesischen Parlament die Amnestieforderung unterstützen lassen. Gewichtiger ist allerdings zweifellos die Unterstützung, die die Amnestieforderung inzwischen aus den etablierten Parteien (der von der PS gestellte Vizepräsident des Parlamentes, der ehemalige Staatssekretär Brotas) und aus der bürgerlichen Öffentlichkeit (der Vorsitzende der Freimaurervereinigung Portugals und die auch über das Fernsehen bekannte Schriftstellerin Natalie Correis) erfahren hat.

des „starken, aber ordentlichen und ge- aber 1976 zu dem breiten Bündnis gehör- fahren hat.

Die — insgesamt sehr erfolgreiche — Tagung für eine Amnestie für Otelo und seine GenossInnen hat das folgende Ergebnisprotokoll produziert (aus dem Portugiesischen am 8.11.88):

„Am 5. und 6. November 1988 fand in Lissabon das „Forum für eine Amnestie für Otelo und seine GenossInnen" statt, unter der Schirmherrschaft der Regenbogenfraktion/GRAEL des Europäischen Parlamentes.

Zum Abschluß wurde die folgende Resolution verabschiedet:

„Die zum Forum Amnestie am 6.11.88 versammelten Personen geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß eine gesetzliche Amnestie die einzige politische Lösung darstellt, die zur Befreiung von Otelo und seinen GenossInnen führt. Sie appellieren an die portugiesischen Staatsorgane, die in diesem Sinne erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und sind sich dabei dessen bewußt, daß sie dabei von der Unterstützung einer breiten Bewegung getragen werden, wie sie in den ersten Hunderten von Unterschriften aus Portugal und den Solidaritätsadressen aus ganz Europa zum Ausdruck kommt."

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Problematik „Europas, der Gesetzesentwicklung und der staatlichen Praxis" diskutiert, zu der Rechtsanwälte und andere Persönlichkeiten aus Portugal und aus einer ganzen Reihe Westeuropäischer Länder Stellung nahmen. Auch das Ergebnis dieser Debatte wurde schließlich in Form einer Entschließung festgehalten:

In Erwägung des Umstandes, daß die Praktiken und Ausnahmegesetze, die im Fall Otelo Saralva de Carvalho und seinen GenossInnen zur Anwendung kamen, in Europa keinen Einzelfall darstellen;

daß vielmehr — nachdem derartige Praktiken gleichsam zunächst an den Bevölkerungen Irlands und Großbritanniens sowie des Baskenlandes und Spaniens erprobt worden sind — wir heute ihre Verallgemeinerung auf Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und Belgien feststellen müssen, der sich — in welchen Formen auch immer — gegen die herrschende Ordnung richtet;

beschließt die am 6. November 1988 in Lissabon versammelte internationale Konferenz einen Appell an alle europäischen Bürger zu richten, die Wert auf ihre individuellen und kollektiven Freiheitsrechte legen, sich dafür einzusetzen, daß das Jahr 1992 zum Jahr einer allgemeinen politischen Amnestie wird."

Es wurde eine Internationale Koordina-

Es wurde eine Internationale Koordinationsgruppe der europäischen Bewegung für die Amnestie Otelos und seiner GenossInnen gebildet. Insbesondere wurde beschlossen, dafür eine feste Arbeitsstruktur zu schaffen, die ihren Sitz in Lissabon haben wird, mit Unterstützung der Regenbogenfraktion/GRAEL des E.P.

R. S. Pedro der Alcatara, 53-1-D, P-1200 Portugal, Tel. (00)351-1-36077
Kontakt in der Bundesrepublik: W. Telkämper, F. O. Wolf, GiEP, Bundeshaus HT, 5300 Bonn

Chile:

Politische Gefangene weiter in Lebensgefahr

Interview mit Gladys Cartagena

Gladys Cartagena Cordoba ist die Schwester von Rolando Cartagena Cordoba, politischer Gefangener, der zum Tode verurteilt ist. Sie ist Repräsentantin der Kommission gegen die Todesstrafe in Chile, die aus Angehörigen der politischen Gefangenen gebildet wurde. Diese Kommission arbeitet innerhalb des Zusammenschlusses der Angehörigen der politischen Gefangenen, sie ist höchstes Organ der Angehörigen der politischen Gefangenen. Die Kommission arbeitet mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in Chile zusammen. Ziel ihrer Reise durch Westeuropa war es, die Kampagne für die Freiheit der politischen Gefangenen und die Nichtanwendung der Todesstrafe zu aktivieren.

Welche Ziele hast du speziell in der BRD?

Es ist wichtig, die Kampagne für die 15 politischen Gefangenen, die in erster Instanz zum Tode verurteilt worden sind zu aktivieren mit dem Ziel politisches Asyl für diese 15 Gefangenen zu erhalten. Wir glauben, daß die BRD aufgrund des Niveaus der Handelsbeziehungen, die sie mit Chile unterhält, Druck auf das Regime von Pinochet ausüben kann.

Wie sind die politischen Gefangenen organisiert und welche Unterstützung erhalten sie?

Heute gibt es mindestens 480 politische Gefangene in Chile. Im Gefängnis haben sie sich als Nationale Koordination der politischen Gefangenen organisiert (CNPP). Diese Koordination ist das Zentrum der Diskussion und Zusammenarbeit der politischen Gefangenen und arbeitet zusammen mit der AFPP (Familienangehörige der politischen Gefangenen). Gemeinsam brachten sie die öffentliche Erklärung der politischen Gefangnenen, nationales Manifest für die Freiheit und die Forderungen der politischen Gefangenen in Chile heraus. Die Koordination plant die Arbeit und die Familienangehörigen führen sie durch.

Welche Hilfe erhalten die politischen Gefangenen?

Sie erhalten Hilfe vom Internationalen Roten Kreuz, gelegentlich Besuche, Lebensmittel, manchmal Medizin und ärztliche Betreuung. Das Vikariat verkauft Kunsthandwerk der polischen Gefangenen. CODEPU (Menschenrechtsorganisation) gibt juristische Hilfe. Außerdem erhalten die politischen Gefangenen Hilfe von den Mitgliedern ihrer Parteien. Solidarische Unterstützung erhalten sie von den Studenten (Demonstrationen, Erklärungen), von den Bewohnern der Elendsviertel und von allen Organisationen, die das politische Manifest gegen die Todesstrafe unterschrieben haben (die Hebammen, die Lastwagenfahrer, Frauengruppen, Juristen). Dagegen sprechen die Kirchen im Allgemeinen nicht über das Thema der politischen Gefangenen. Ihre Hilfe ist lediglich Sozialfürsorge.

Wie ist die Situation der politischen Gefangenen und was hat sich gegenüber früheren Jahren verändert?

Die politischen Gefangenen sind seit Juli gemeinsam im Untersuchungsgefängnis von Santiago, das bedeutet ein Risiko, da die Wärter die Möglichkeit haben sie dort jederzeit rauszuholen und eventuell umzubringen. Das Gefängnis wird zur Zeit umgebaut und es werden besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Besuchszeit ist zweimal wöchentlich von 9.30 bis 12.00 Uhr. Die Besucher werden peinlich genau durchsucht, so daß es oft passiert, daß nicht alle Leute reinkommen. Durchsuchungen bei den Gefangenen finden zwei- bis dreimal wöchentlich in den ersten Morgenstunden statt. Es gibt Bestrafungen und die Gefangenen werden bis zu einer Woche isoliert. Erst kürzlich haben die Drohungen der Todesschwadrone, in denen sie sagen, daß die Gefangenen genauso wie ihre Angehörigen auf die eine oder andere Art umgebracht werden, das Gefängnis erreicht. Die Todesschwadrone übernehmen die Verantwortung für den Tod des Gefangenen Victor Zuniga in dem Vollzugsgefängnis und Gonzalo Munoz im Gefängnis von Valparaiso, und für die Vergiftung von Guillermo Rodriguez.

In Bezug auf die Situation der politischen Gefangenen, was erwartet ihr nach dem Referendum?

Wir erwarten keine grundsätzlichen Veränderungen. Im Gegensatz zur vereinigten Linken hat die oppositionelle Bourgeoisie die Freiheit der politischen Gefangenen nicht in ihre Forderungen aufgenommen. Wir denken, daß das Referendum eine Form des Regimes ist sich an der Macht zu halten. Aber gleichzeitig schafft es uns eine Konjunktur, um auf internationaler Ebene die Freiheit der politischen Gefangenen zu fordern, indem wir von Besuchen von Parlamentarieren der Vereinten Nationen, des europäischen Parlaments und internationalen Delegationen der „demokratischen" Länder profitieren.

Welche Position hat die BRD heute zur Asylfrage für die 15 Chilenen?

Es gibt keine Veränderungen in der Stellungnahme der Bundesregierung, es gibt immer noch keinen „Handlungsbedarf".

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Das Hakenkreuz an und für sich

Eine Hamburger Ausstellung und der „neue Diskurs über den Faschismus“

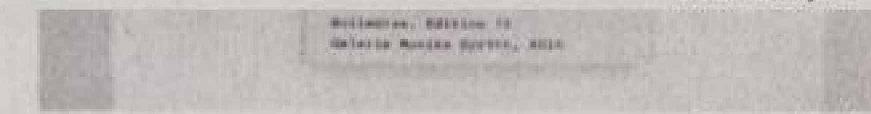
Hakenkreuze als graphisches Muster, Hitler als der Mann von nebenan, arische Frauen als Inbegriff der Erhabenheit — keine Ausstellung im Neonazi-Keller, sondern im Hamburger Kunsthaus zur „Woche der Bildenden Kunst 88“ mit dem alles und nichts sagenden Titel „Arbeit in Geschichte — Geschichte in Arbeit“. Ein Beitrag zum sogenannten „neuen Diskurs“ über den Faschismus. Entmystifizierung seiner Symbole und Wiederaneignung „mißbrauchter“ Ästhetik sind die Stichworte.

„Wenn er vorsichtiger auftrat, schien es ihm, als ob der Boden, von dem er geglaubt hatte, daß er seinem Gewicht nachgäbe, seinem Fuß entgegenkam, ihn sogar mit einer saugenden Bewegung anzog.“
(aus der Mediencollage „Herakles Höhle“ von Lutz Dammbeck)



Wollmütze
Rosemarie
Trockel
1986

Foto: H. Wojahn



Rosemarie
Trockel
1986

Foto: H. Wojahn

Man nehme braune und schwarze Wolle, stricke daraus eine Mütze mit Hakenkreuz-Muster, stelle diese Kopfbedeckung in einen Glaskasten — und fertig ist „Arbeit in Geschichte, Geschichte in

stricke daraus eine Mütze mit Hakenkreuz-Muster, stelle diese Kopfbedeckung in einen Glaskasten — und fertig ist „Arbeit in Geschichte, Geschichte in

Arbeit“, kurzum: ein Beitrag zur „Woche der Bildenden Kunst 88“ im Hamburger Kunsthaus. Bildend sind dabei durchaus die Erläuterungen, die uns in diesem Fall die strickende Künstlerin Rosemarie Trockel (Jahrgang 1952) zum Verständnis ihres banalen Exponats gibt: „Es geht nämlich um „die Entwertung vermeintlich sinnentleerter Symbole, andererseits aber um den Versuch einer Sinngebung auf diesem Weg“. Verstanden? Macht nichts. Kunst ist nämlich immer „ein Balanceakt zwischen Zustimmung und Ablehnung“, und wer Frau Trockels Mützchen nicht bestrickend findet, ist durchaus auf dem richtigen Weg: Denn Wolle ist ein „sehr belastendes Material“, sozusagen „Signifikant des Weiblichen“ und „kulturell minderwertig“. Auch der „Spiegel“ scheint das nicht so recht verstanden zu haben und meint ganz platt: „Wäre kein Wunder, wenn Neonazis die Hakenkreuz-Mützchen von Rosemarie Trockel sammeln möchten.“

So leicht machen wir es uns natürlich nicht, denn jene Hamburger Ausstellung, die nun zum Glück beendet ist, versteht sich als ein Kapitel im „neuen Diskurs über den Faschismus“ und verdient allein darum nähere Betrachtung. In den Worten von Ausstellungsleiter Georg Bussmann, der sich selbst zum „linken Antifaschismus“ rechnet, ist unter diesem „neuen Diskurs“ zu verstehen, „daß die Nachgeborenen jetzt nicht mehr nur von den Verbrechen und den Opfern sprechen, sondern auch von den Inhalten des Faschismus und warum und in welcher Form seine Ideen die Menschen einnehmen konnten, welche Zeiten, welche Ästhetiken dabei eine Rolle spielten, also z.B. die Rolle des Heroischen in der Gestalt des Klassischen oder in der Gestalt der Schönheit.“

Nun ist es nicht gerade neu, sich mit den „Inhalten“ des Faschismus und seiner Fähigkeit der Massensuggestion zu befassen: Die Untersuchungen zur Sozial- und Massenpsychologie des Faschismus füllen Meter im Bücherschrank. Seit einigen Jahren neu ist hingegen die „neue Unvoreingenommenheit“, die Künstler aus der Gnade der späten Geburt heraus nun für sich in Anspruch nehmen. Bussmann: „Von den Künstlern bei dieser Arbeit eine besondere politische oder geistige Verantwortung dem Faschismus gegenüber zu erwarten, wäre wohl ein reaktionäres Avantgarde-Verständnis.“ Im Gegenteil: Die eigene Vergangenheit der Alt-68er will bewältigt sein, so entnehmen wir der Entstehungsgeschichte der Ausstellung, jene unselige „aggressive Verweigerung“ und „politische Agitation“ der Künstler vor 20 Jahren. Heute, so schreibt die Leiterin des Hamburger Kunsthauses Petra von der Osten-Sacken, „hat das Thema endlich nichts mehr mit Generationen zu tun“. Geschichte, das sind nunmehr unterschiedliche Ablagerungen, die in jedem Individuum anders geschichtet sind“.

Neben die alten Formen „kritisch distanzierter Abrechnung“ à la Staeck, die in dieser Ausstellung auch ihren Platz hatten, treten nun sogenannte „Annäherungen“ im Zeichen des neuen Diskurses. Annäherung, das heißt laut Bussmann: „Versuche, Mythen und Ästhetiken, die der Faschismus seinen Zwecken dienlich gemacht hat, zurückzugewinnen, eine andere Nutzung zu erproben, um so das, was diesen Formen und Inhalten als potentiell faschistisch anhängt, von innen her aufzulösen.“

Damit wären wir wieder bei Frau Trockels Strickmütze. Befreit von Skrupeln gegenüber den Opfern, von besonderer Verantwortlichkeit, kurz: von der Last ein Deutscher zu sein, ist das Hakenkreuz nicht mehr als ein graphisches Muster — mit dem sich, da es ja so schön symmetrisch ist, künstlerisch-experimentell allerlei Neckisches anstellen läßt, daß dem Betrachter die Augen flimmern. Michael Deistler (Jahrgang 1949) hat das gleich auf 15 großformatigen Tafeln ausprobiert.

Während manche Staatsanwälte noch so sehr dem alten Diskurs verhaftet sind, daß sie das Malen von Hakenkreuzen mit Geldstrafe ahnden, gehört es offensichtlich zum Auftrag der Bildenden Kunst, 43 Jahre nach Auschwitz daran zu erinnern, daß das Hakenkreuz doch nur ein asiatisches Sonnenzeichen ist, dessen Gebrauch durch den Faschismus „wie ein bloßer Riß in einer Tradition“ erscheint, „die man als Konstante für viel stärker hält“ (Bussmann). Leider verrät uns der Ausstellungskatalog nicht, für welche deutschen Zwecke denn das Hakenkreuz als graphisches Muster so unverzichtbar ist, daß es von seinem zwölfjährigen blutigen „Traditionsriß“ nun entmystifiziert gehört.

Doch es gilt mehr Tabus zu brechen. Der Österreicher Wolfgang Flatz (Jahrgang 1952) will der Nachwelt sein entspanntes Verhältnis zu Hitler nicht vorenthalten. Man nehme „nichtautorisierte Portraitaufnahmen“ Hitlers, stelle sie mit eigener Mimik nach und pappe die Konterfeis nebeneinander. Was lehrt uns das? „Die Privatheit der Hitlerfotos war austauschbar wie die Privatheit von Aufnahmen Millionen anderer austauschbar ist.“ Hitler war auch nur ein Mensch, wer hätte das gedacht? Flatz: „Es fiel mir leicht, mit Hitler umzugehen als wäre er mein Nachbar.“ Die Fotoserie heißt übrigens „Zwei Österreicher oder Geschichte bedingt Interpretation“.

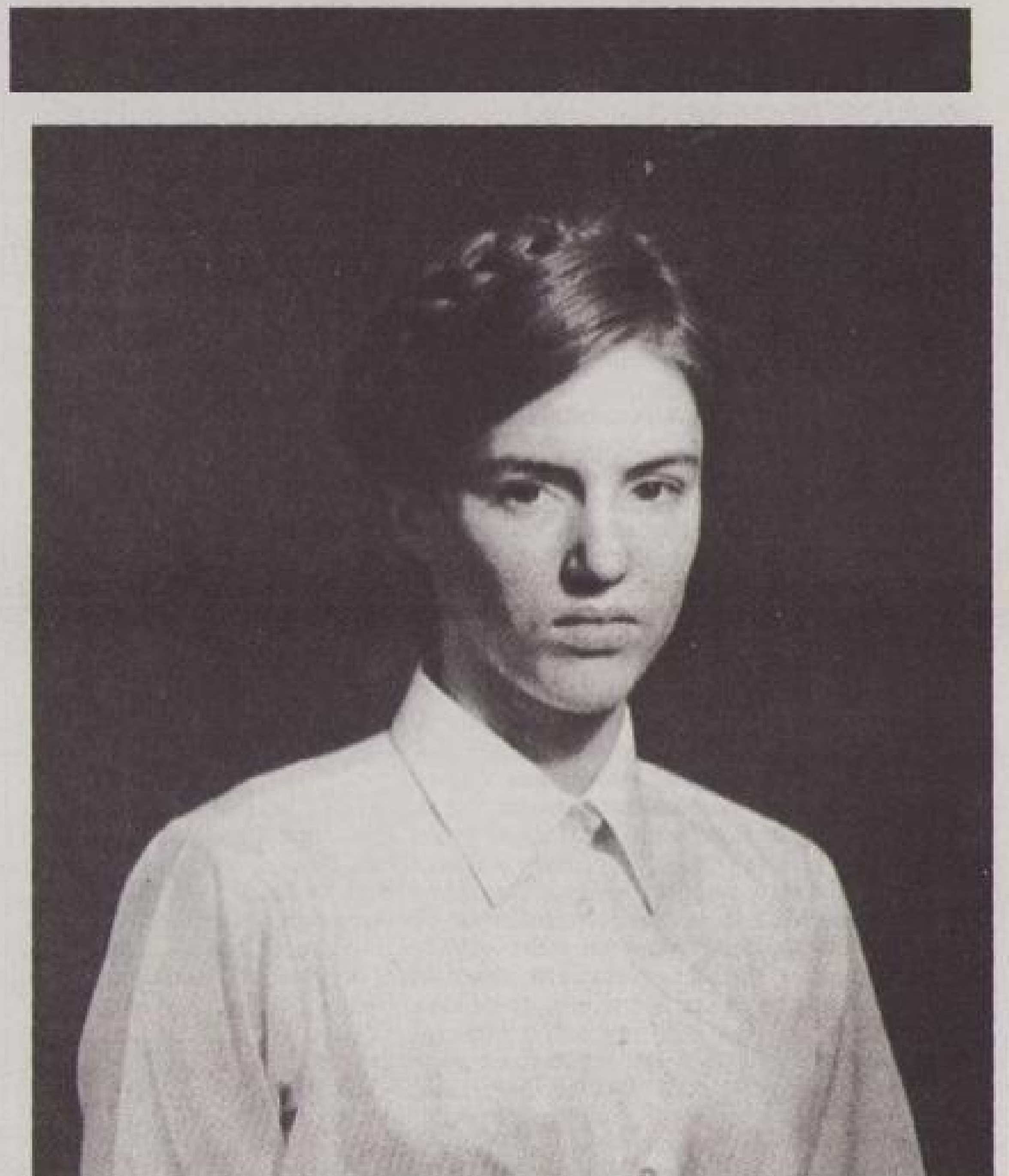
Zur Entmystifizierung und Entdämonisierung faschistischer Symbolik gehört auf der anderen Seite im „neuen Diskurs“ die beschwörende Nachgestaltung seiner Ästhetik, im Spannungsbogen von „Erschrecken und Faszination“. Auch das ist nicht neu: „Rückgewinnung von Geschichte durch Identifikation“ war schon Ende der 60er Jahre für Anselm Kiefer das Motto, sich mit Hitlergruß aus verschiedenen Schauplätzen der Wehrmacht- Besetzung ablichten zu lassen. Kiefer: „Dann ist da eine Realität zu spüren, die nur so zu erspüren ist, und wenn das die Realität des Erschreckens vor der eigenen Sehnsucht wäre.“

Mit Goldbronze, Samt und der „pathetischen Kraft“ von Treppen streben die Künstler im „neuen Diskurs“ nach Wiederaneignung von „Erhabenheit“. In Hamburg gab es dazu die Fotoreihe „Reine Wäsche“, Portraits von weißbeblusten Maiden, die den strengen Sauberkeitsgeruch Marke „BDM“ ausströmen. Laut Ausstellungskatalog soll man die Bilder von Bernhard Prinz (Jahrgang 1953) als „eine Prüfung jener ästhetischen Mittel verstehen, die bisher durch den Mißbrauch in Zeiten des Naziregimes tabuisiert waren.“ Ihre Rehabilitierung stehe an, „weil die Ausdrucksmittel des Erhabenen, der Aura Jahrhunderte alte Ausdrucksmittel unserer Kultur sind. Wir müssen dem Mißbrauch wehren, wir können aber nicht auf sie verzichten.“

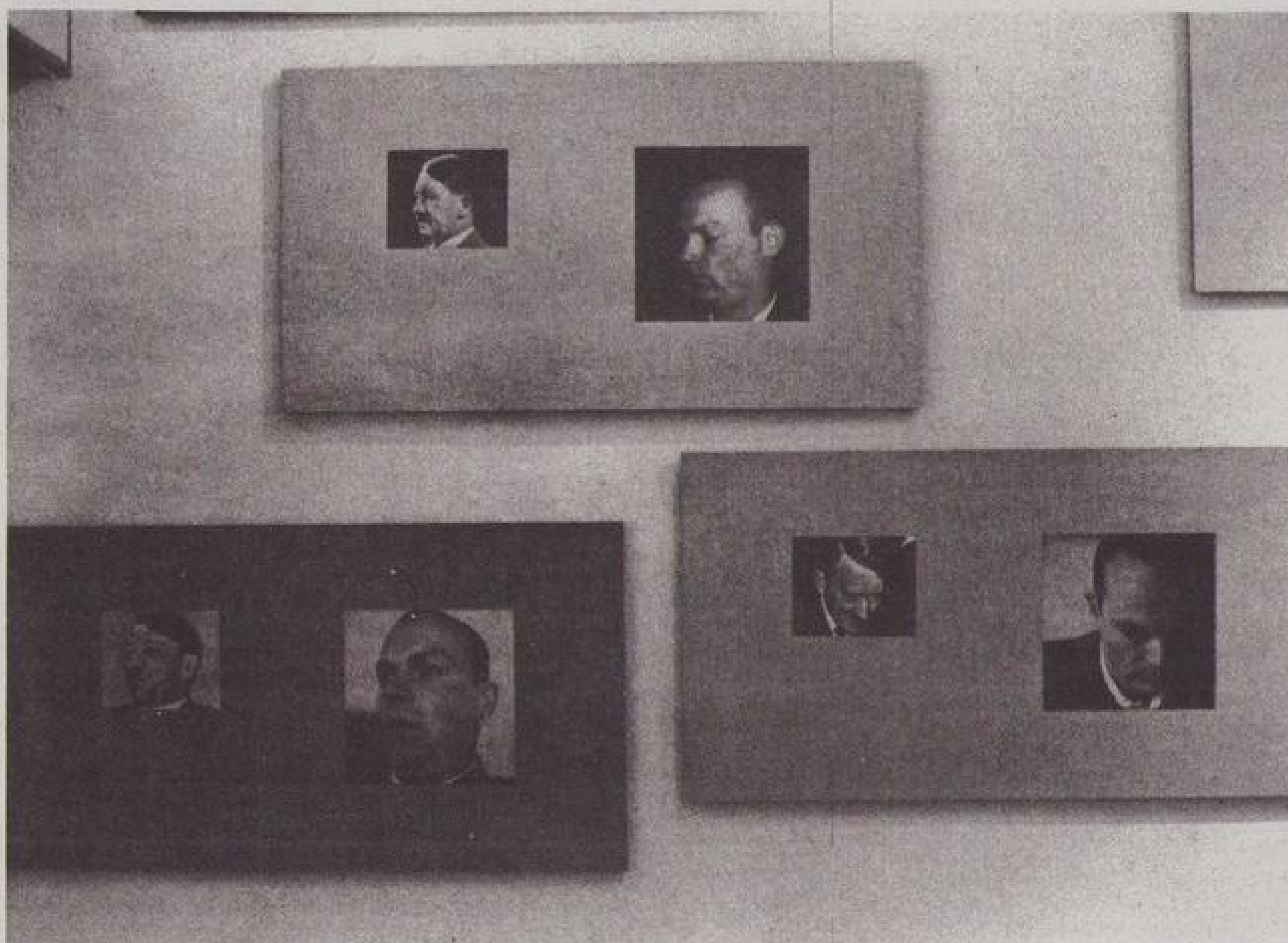
Schwindel mag einen befallen bei der Erkenntnis, daß Künstler der 80er Jahre bei der Suche nach Erhabenem ausgerechnet bei der Heroisierung des arischen Frauentypus fündig werden — und der Berufsverband Bildender Künstler den Schneid hat, dies im Vorfeld des Jahrestags der Reichspogromnacht als „Arbeit in Geschichte“ zu verkaufen. Nüchtern stellte das „Hamburger Abendblatt“ fest: „Wenn diese Ausstellung etwas mitzuteilen hat, dann die zunehmende Distanz von einer negativen Besetzung der Erinnerungen.“ Unter fortschrittlichen, gar antifaschistischen Vorzeichen zelebriert, bleibt hinzuzufügen. Trotzdem geriet die Ausstellung nicht zum Skandal, „weil das Böse der Banalitäten solcher Geschichtsprostitution hierzulande keinen mehr in Rage bringt oder gar betroffen macht“ (Arie Goral in der „taz“).

Statt Rage stellt sich Beklommenheit ein — ist es doch nicht original Nazi-Kunst, die, wie die grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer meint, bei Zurschaustellung mit „einfachen demokratischen Mitteln“ zu „entzaubern“ wäre. Sondern die vorgeblich antifaschistischen Imitate wollen ja gerade die „Verzauberung“ des Betrachters, auf daß „das Faschistische als menschliche Möglichkeit plötzlich nicht mehr Vergangenheit ist, sondern nah ist, vor Augen steht...“ (Ausstellungsleiter Bussmann). Bestenfalls führt das zu vorprogrammierten Mißverständnissen. Schlechterenfalls drängt sich der schrille Verdacht auf, daß jene „Sehnsüchte“, die angeblich zwecks Aufklärung in der Psyche des Betrachters belebt werden sollen, wesentlich manifester dem Künstler selbst den Pinsel oder die Kamera führten. Der Sehschlitz in Frau Trockels Strickmütze ist ziemlich schmal.

Ch.



Grete — Deutsche Erhabenheit. Ein Foto aus der Reihe „reine Wäsche“ von Bernhard Prinz, 1984



Hitler-Porträts — Der Mensch von nebenan

Foto: H. Wojahn

„Von den Künstlern bei dieser Arbeit eine besondere politische oder geistige Verantwortung dem Faschismus gegenüber zu erwarten, wäre wohl ein reaktionäres Avantgarde-Verständnis.“
Ausstellungsleiter G. Bussmann



Doitsche Panne

In Ost-Berlin läuft eine NVA-Abordnung Stechschritt, heute zum Gedenken an die Reichspogromnacht. Prof. Walter Jens schwärmt von den deutschen Juden, besten Deutschen: Sie wissen doch, wie intelligent die... Denken Sie doch: grandiose kulturelle Leistungen... Dr. Barzel, vor akademischer Besserwisserei warnend, verspricht kühl: „Wir wollen nicht vergessen, und wir verstehen, daß andere nicht vergessen können.“ Der eigene Großmut imponiert ihm derart, daß er den Satz gleich zweimal ins Zweite Deutsche Fernsehen bringt. Auf einer internationalen Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus in Westberlin begründet der AL-Vertreter, weshalb auf fünf Sitzungstagen Antisemitismus keine Rolle spielte: auch hier hieß es akademische, abstrakte Debatten vermeiden. In der „taz“ sind Discos „gaskammervoll“, denn Geschichte interessiert junge RedakteurInnen nicht. Dr. Kohl wiederum will in der Frankfurter Synagoge sich und andere aus der Geschichte befreien, während die Bundespost auf grau-braunem Hintergrund mitteilt: „erinnern heißt erlösen“. Und Dr. Jenninger bekennt in seinem merkwürdigen Potpourri, *„die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden“*, auch *„das Schrecklichste“* genannt, *„noch heute ein Faszinosum“*.

Warum? Weil zuvor und danach nie wieder ein Deutschsprachiger es soweit gebracht hat. Dazu noch ein *„Wahnsinniger“*, der aus *„sexueller Störung“* an *„Zwangsvorstellungen“* litt und dem verständlicherweise *„eintönige Geisteskranke“* zur Seite standen. Und die anderen, also die paar SSler, Parteimitglieder und -freunde? Dies hat uns Dr. Kohl in Bitburg schon erklärt: Junge Menschen, deren Vertrauen und Ideale mißbraucht wurden, unschuldige Kinder im Alter zwischen 20 und 50, da kann man ja nichts verlangen. Gewiß, meine Damen und Herren, *„es gibt nichts zu verteidigen“*, wir wollen unsere *„Vergangenheit als Teil unserer Identität als Deutsche annehmen“*. Denn *„dies allein verheißt uns... Befreiung von der Last der Geschichte.“*

Zu verteidigen gibt es nichts, das wissen wir ja seit Stalingrad, *„alle Anstrengungen und Opfer waren sinnlos gewesen“*, aber zu verstehen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gibt's soviel. Die ganzen Sachzwänge beispielsweise, der demütigende Versailler Vertrag, der parlamentarische Ärger von Weimar, die Industrialisierung und dann halt auch die Tatsache, daß die 1% Nicht-Arier *„eine ganz herausgehobene, oftmals glänzende Rolle“* spielten, überall quasi: *„In der Industrie, im Bankwesen und Geschäftsleben, unter Ärzten und Rechtsanwälten, im gesamten kulturellen Bereich wie in den modernen Naturwissenschaften“*, worüber sich die 99% Arier verständlicherweise aufregten. Das Faszinosum ließ *„aus Massenarbeitslosigkeit Vollbeschäftigung“* und *„aus Massenelend so etwas wie Wohlstand“* enstehen, *„staunenerregende Erfolge“*, die *„wie ein Wunder erscheinen mußten“*, wir waren *„optimistisch“*, *„es herrschte Selbstvertrauen“*, *„das Reich war*
senarbeitslosigkeit Vollbeschäftigung“ und *„aus Massenelend so etwas wie Wohlstand“* enstehen, *„staunenerregende Erfolge“*, die *„wie ein Wunder erscheinen mußten“*, wir waren *„optimistisch“*, *„es herrschte Selbstvertrauen“*, *„das Reich war*
doch unbezweifelbar wieder groß, ja größer und mächtiger denn je zuvor“: Wer hätte da dem Sirenengesang widerstehen können?

Sie, Herr Maier, und Sie, Frau Schmidt, die sich damals aus so einleuchtenden Gründen — zumal für einen CDU-Politiker, den Armut und Elend auf der Welt noch nie kalt gelassen haben — *„blenden und verführen“* liessen, ärgern sich heute doch auch darüber, wenn so manche „fortschrittlichen Gemüter“ (Herausgeber Fromme in „FAZ“, 11.11.88) aus *„moralischer Überheblichkeit“* Ihnen etwas vorhalten wollen, was Sie sowieso gar nicht verstehen, weil es so „intellektuell glatt und unangreifbar“ (wieder Fromme) ist. Ihnen erteilt der Deutsche Bundestag, im Namen der Väter und der Söhne, die Absolution: Nehmt die Last *„der katastrophalen Irrwege“*, *„des millionenfachen Untergangs“*, kurzum *„des Letzten und Schrecklichsten“* auf euch und schüttelt sie sogleich wieder ab.

Gerade weil wir so blöde sind, auf hergelaufene idiotische Leder-, Gurt- und Stiefelfetischisten reinzufallen, und uns ansonsten von keinem erzählen lassen brauchen, was Moral und erst recht nicht was Nationalsozialismus ist, wartet auf uns — wen sonst? — wieder und *„fast notwendig“* eine *„besondere ethische Verantwortung“*: Die Bedrohung *„der Wertgrundlagen der irdischen Daseinsordnung“* (Atomkrieg, Umweltzerstörung, genetisches Manipulationpotential u.v.a.m.) bedeutet uns Pflichten und Aufgaben in unserem Format. Wir sind *„zur aktiven Befriedung der Welt“* berufen.

Was am Damals so fasziniert, war ausnahmsweise eine Revolution und sogar eine, in der sich der Bundestag auskennt. Goebbels selbst erklärte die „totale Revolution“ bereits im November 1933 für durchgeführt, Dr. Jenninger ist da großzügiger: die Zeit der „nationalen Erhebung“ hört für ihn pünktlich am 9.11.1938, Ortszeit, auf. Jedenfalls bot der Verführer nicht allein *„Wohlstand für die breitesten Schichten“*, es gab noch zahlreiche weitere Anlässe, in Optimismus und Selbstvertrauen zu schwelgen: Da wurden die Nürnberger Gesetze verabschiedet, da wurde entlassen, enteignet und arisiert. Als Deutscher konnte man allerdings nicht gleich erkennen, daß sowas Antisemitismus sein kann: Den kannten wir von unserer Geschichte gar nicht. Gut, die völkische Bewegung. Und im Mittelalter. Aber auch von dieser Last sollten wir uns — freilich: durch Erinnern — befreien. Außerdem, wie sah es bei den Nachbarn erst aus!

Mitunter wurde auch gemordet und verhaftet, es gab schließlich auch den hoffnungsvollen Reichstagsbrand und die Massenverhaftungen von KommunistInnen und Sozialdemokraten, das Verbot der ganzen linken Presse, die Zerschlagung der Gewerkschaften. Gewiß, gewiß, *„man“* — wer schon? Eine verschwindende Minderheit, und von uns Deutschen sowieso niemand, sieht man von den Vaterlandsverrätern einmal ab — *„genoß vielleicht“* — aber wer kann sich da sicher sein? — *„in einzelnen Lebensbereichen weniger individuelle Freiheiten; aber es ging einem persönlich doch besser als zuvor“*, jedenfalls wenn man schon damals *„moralische Überheblichkeit“* verurteilte. Unsere Möglichkeiten, meine Damen und Herren, jetzt einmal individuell gesehen, unser eigenes Leben selbst zu gestalten und auch über Vergangenes nachzudenken, sind beschränkt: Wir sind *„ohnmächtig“*, es gibt nicht nur Führer, die uns in Zustände verleiten, in denen wir nicht mehr zurechnungsfähig sind, sondern da ist auch noch Gott, der schaltet und waltet.

Eins aber sollten wir aus der *„entsetzlichen Wahrheit des Holocausts“* lernen: Vergessen wir nicht, den Anderen, den Juden zum Beispiel, zu achten. Schließlich ist er auch ein Mensch: *„Er trägt wie wir ein menschliches Antlitz.“* Denn unser Antlitz, z.B. Dr. Jenninger, ist der beste Maßstab für Menschlichkeit. Halten wir *„die Erinnerung wach“*, nur so können wir uns, meine Damen und Herren, von der Last des Uns-Erinnern-Müssens befreien. Es ist nur ein Mal 50 Jahre her. Und die Zukunft erwartet von uns, jetzt wieder als Volk gesehen, denn gemeinsam sind wir stark, allerhand: Es geht nicht länger um hausgemachte Probleme. Sondern es geht um Ost, West, Nord und Süd — planetarische Politik ist angesagt. Wer soviel mitgemacht hat wie gerade wir, meine Damen und Herren, der weiß, worauf es ankommt.

E.

(Kursiv gesetzte Zitate aus Dr. Ph. Jenninger, Gedenkrede am 10.11.88 im Bundestag)

taz: Schlimme Wörter, null Gedanken?

„Wir alle lachen doch auch mal heimlich über Judenwitze, wenn keiner dabei ist“, befand eine Redakteurin auf einer taz-internen Versammlung am 31.10.88. Gemeint sind, ich will mich um Klarheit und Unmißverständlichkeit bemühen, nicht jüdische Witze, sondern NS-Witze über Juden, und vorausgesetzt wird, es könne solche geben, die witzig wären. Eine andere taz-Kollegin hat *„dabei keine Assoziationen. Ich beschäftige mich nämlich nicht mit deutscher Geschichte.“* (zitiert nach „taz“, 11.11.88) Gegen beide Redakteurinnen aus den Ressorts Kultur und Medien hat die Mehrheit der Wattstraße die Kündigung beantragt. Die Entscheidung darüber wird ein nationales taz-Plenum zu fällen haben.

Der Konflikt in der „taz“ ging los mit zwei Artikeln eines Thomas Kapielski in der Ausgabe vom 17.10.88. In einer Fernsehrezension auf der Medienseite schrieb er von den „wotansteuren Bildern“ des Malers Anselm Kiefer, dessen *„Kellerbunkermuff mit KZ-Schornsteinruß und Zeltlagerstrohsack“* bei *„jüdischen Kennern und Sammlern ... den furiosesten Kauftrieb“* errege. Für den Westberliner Lokalteil der „taz“ war Kapielski bei einer Party zum zehnjährigen Bestehen der Diskothek „Dschungel“, ein Schuppen, der ungefähr zeitgleich mit der „taz“ entstand und die Zeitung tatsächlich schon damals zur Schilderung alternativer Tanzstundenerlebnisse animierte. Heute klingt das so: *„Dann setzte ich mein Hertha-BSC-Frottee-Stirnband auf und marschierte grölend in Richtung ‚Dschungel'... Ich wankte noch mal 20 Minuten in der näheren Umgebung umher, sammelte mich kurz vor ‚Woolworth' und flog nunmehr die erste Angriffswelle... Einlaß ohne Beanstandung! So. Nun war der Unterschied zu sonst, daß es anstatt um zwei Uhr nachts bereits um acht Uhr abends gaskammervoll war.“* (taz-Westberlin, 17.10.88)

Eine Woche später begann die taz-interne Diskussion mit drei scharfen LeserInnenbriefen im Westberliner Lokalteil (24.10.88). Pieke Biermann, früher Prostituierte, heute Publizistin, will wissen: *„Hat sich überhaupt irgendjemand irgendwas* ***gedacht****, oder ist es zuviel ver-*
tuierte, heute Publizistin, will wissen: *„Hat sich überhaupt irgendjemand irgendwas* ***gedacht****, oder ist es zuviel ver-*
langt, von MacherInnen einer Zeitung zu verlangen, daß sie ***denken****?“* Sie verlangte eine öffentliche Stellungnahme der Redaktion. Diese druckte als Rechtfertigung Kapielskis zunächst ein Zitat aus den „Erkundungen“ (1987) des Schriftstellers Rolf Dieter Brinkmann. *„Beobachtung: Sich verrenkende Glieder in Gaskammern voller Musik. Diskotheken, eine Kulisse aus Gewalttätigkeit, die zum Schneiden dick als diffuser Dunst aus Schreien, Hitze, Rauch, kostümierten Narren, sich verrenkenden, durcheinanderkollernden Körperteilen besteht; gespenstisch, tatsächlich Gaskammer.“* Von den LeserInnen aufgeschreckt, beantragte eine Redaktionskonferenz, gestützt von den drei „Säulen“, den Gründungsmitgliedern Vera Gaserow und Arno Widmann sowie Kommentator Klaus Hartung, ein Schreibverbot für den freien Mitarbeiter Kapielski in der „taz“. *„Kein Platz für Rassismen“*, hieß es in einer kurzen Stellungnahme Widmanns (29.10.88).

Helmut Höge, ebenfalls langjähriger freier Mitarbeiter der Zeitung aus den hessischen Rocky Mountains (Vogelsberg), forderte für sich ebenfalls Schreibverbot oder Hausverbot, denn „wie stehe ich sonst vor meinen Freunden da?!“ (zitiert nach „taz-intern“ vom 2.11.) Als solche nennt er neben Kapielski Gabriele Riedle, Regine Walter-Lehmann, Sabine Vogel und Wiglaf Droste. Höge präsentiert seine verbale Solidarisierung: *„Bis zur Vergasung habe ich mich in den vergangenen acht Jahren bemüht, aufrührerische Artikel und Beiträge in der taz zu plazieren.“* Es folgte die eingangs erwähnte Versammlung am 31.10., auf der die Mehrheit für die Kündigung von Regine Walter-Lehmann und Sabine Vogel votierte, die für die Kapielski-Texte verantwortlich waren und ihnen mit ihrer Verteidigung die Krone aufsetzten. Sabine: *„Ich habe kein Problem mit diesem Wort (‚gaskammervoll') und weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll. Ich übernehme die Verantwortung für dieses Wort.“* Regine: *„Es gibt seit der Veröffentlichung kein Wort, das hier so häufig verwendet wird.' Alle lassen es genüßlich hier über die Lippen fliessen.“* (Protokoll vom 31.10.88)

Petra Bornhöft, Vera Gaserow und Meino Büning beschreiben die Versammlung als „Prozeß einer Grenzziehung“ und „historische Stunde für die taz“ (Ausg. vom 4.11.88). *„Zur Diskussion standen Bilder und Vergleiche, die in scheinradikaler Rotzigkeit die Vernichtung von Millionen Juden und die Verantwortung für unsere Geschichte zum Gegenstand von moderner ‚Tabubrecherei' machen.“* Es müsse einen antifaschistischen und antirassistischen Minimalkonsens in der Zeitung geben, *„hinter den es kein Zurück mehr gibt. Und wenn das nur mit Entlassungen geht — gut, dann auch mit Entlassungen.“* Auf die Dringlichkeit dieser Grenzziehung weist der Bericht mit etwas vagen Worten hin. Es habe noch einen anderen Artikel gegeben, versehen mit einer Überschrift, *„die aus dem Wort ‚Euthanasie' ein zugleich rassistisches und sexistisches Wortspiel machte. Erst nach vehementen Protesten korrigierte der verantwortliche Redakteur diese Überschrift.“*

Am 5.11. teilt Kulturredakteur Thierry Chervel auf einer Debattenseite mit, worum es sich handelte. Supertaz-Nachwuchsstar Wiglaf Droste, spritzig, frech, salonautonom bzw. jung, jung und nochmals jung, hatte über eine „Emma“-Kritik die Zeile *„Euternasie und Konsensmilch“* gesetzt und darunter: *„Alice Schwarzer in ‚Emma' über Domenica: ein klarer Fall von Euternasie.“* Vera Gaserow hat das bis auf die „Konsensmilch“ weggeschnitten, und irgendwie habe ich ausnahmsweise das absolut unironische Gefühl, daß man sich bei ihr dafür bedanken muß. Drostes zensierter Text war am 2.11. erschienen. Er erregt sich über ein „Emma“-Gespräch mit Domenica, von Alice Schwarzer so vorgestellt: „Von der Star-Hure der Linken zur Street-Fighterin für Frauen“. Dem „taz“-Artikel ist zunächst nicht mehr zu entnehmen, als daß sich Droste über die demonstrative Übereinstimmung der beiden Frauen ärgert: *„Gemeinschaftserlebnis“*, *„Wald-und-wiesen-Kitsch“*, *„warmseliges Gephrasel“*, *„klassisches Bild von Frauen für Frauen“*. Wer bei „Emma“ nachschlägt, kann das Gespräch so klischeehaft nicht finden. Domenica ist einerseits mütterliche Hure, aber andererseits — und das unterschlägt Droste, obwohl es das Thema des Gesprächs ist — geht sie mit einer Anklage der Kiez-Zustände an die Öffentlichkeit, setzt sich für junge, drogenabhängige Prostituierte ein und engagiert sich gegen die Zuhälterei.
junge, drogenabhängige Prostituierte ein und engagiert sich gegen die Zuhälterei.



taz-anstößig: EMMA-Titel mit Domenica

Das ist genau der Grund für die Übereinstimmung mit Alice Schwarzer, und warum, zum Teufel, soll das schlecht sein? Warum, zweitens, gipfelt Drostes Attacke in dem NS-Vokabular, während Pieke Biermann, die mit eben diesem Engagement von Prostituierten bekannt geworden ist, seinen Freund Kapielski kritisiert? Weiter variiert Droste auf hundert Zeilen seine armselige, einzige Assoziation: *„Konsensmilch“*, *„liebfrauenmilchig“*, *„man trägt wieder Brust, und zwar reichlich“*, *„klarer Fall von Euternasie“*. Vielleicht eine Art Busenneid, in jedem Fall eine Aggression. Eine Aggression: woher sie kommt, wissen wir nicht, aber wie sie beschaffen ist, müßte näher zu bestimmen sein. Auch Kapielski ging nicht als Leidender an der Welt, sondern aggressiv in jene Diskothek: Grölend, Hertha BSC, Angriffswelle. Und Gleiches gilt für Höge.

Von diesen — nochmals: ganz klaren — Aggressionen ist nicht die Rede in den Beiträgen von Thierry Chervel („taz“, 5.11.88), Wolfgang Neuss (11.11.88) und ein bißchen auch von René Zucker (ebenda), die sich um Verständnis für Droste und Kapielski bemühen. Chervel schreibt, Grenzen müßten durch tastende Überschreitungen ja gerade sichtbar gemacht werden. Das Aufdecken des Grauens jenseits der Grenzen müsse gleichzeitig erlaubt und verboten sein, *„denn in diesem engen Raum ... bewegt sich die Suche. Es ist eine Frage der Genauigkeit.“* Durch Gedankenlosigkeit und Provokation um der Provokation willen könne die Grenze aber auch ausgelatscht werden. *„Sie wird harmlos dadurch, totgetreten wird das Grauen, das gerade wachgehalten werden muß.“* Ja, das sind kluge Worte, die schon in den Gründungserklärungen der „taz“ zu hören waren. Aber wann hätte sich die Zeitung solcher Genauigkeit bedient? Immer ist es so gewesen, daß die „taz“ in aller Frische Schläge auf Geschlagene verteilte, naßforsch, schnoddrig, skrupellos, und anschließend waren die Schläger sensible kleine Kinder, die doch nur sich selbst quälten und an der alltäglichen Wirklichkeit verzweifelten.

Warum nicht einmal die Tabus verletzen, die um die Aura der jungen Damen- und Herrenjournalisten sorgfältig errichtet werden? Gaserow, Hartung und Widmann argumentieren, durch die Vergleicherei werden die Täter des Nationalsozialismus verharmlost und die Opfer verhöhnt. Sie wenden sich daher mit Recht gegen den gedankenlosen Umgang mit Sprache. Nur kann ich nicht glauben, daß Kapielski, Droste oder Höge gedankenlos wären. Es gibt nun einmal kein spontanes Schreiben. Jede Schülerzeitungs-Provokation ist auch Entblößung der Verfasser, denn jedes getippte Wort setzt Überlegung und Bearbeitung voraus. Daher muß über die Aggressionen geschrieben und gesprochen werden, Aggressionen, die leider keine privaten Autoren-Macken sind. Aggressionen, die in der „taz“ mit schlafwandlerischer Sicherheit vor bestimmtem, politischem Hintergrund auftreten und diesmal vor dem Hintergrund des 50-Jahre-Datums der antisemitischen Pogrome in Deutschland.

Nicht eigene Vernichtungsängste, so die These, lagen Kapielskis Wort zugrunde. Das „gaskammervoll“ galt den Anderen, war als verächtliche Qualifizierung des Disko-Publikums gemeint. Nicht eigene Vernichtungsängste führten Droste
des Disko-Publikums gemeint. Nicht eigene Vernichtungsängste führten Droste
zum Gedanken an Euthanasie, sondern der Spott über einen Zusammenschluß von Frauen, die sich wehren wollen. Droste assoziiert Opfer, Schwäche, Lebensunfähigkeit. Er, der in einem Streitgespräch mit Schwarzer oder Domenica keine fünf Minuten standhalten könnte, findet seine Lust beim Niedermachen von vermeintlich Schwächeren. Faschistische Assoziationsketten, aber keine Faschisten.

Nicht nur aus moralischer Gebärde, sondern wohl auch wegen eigener, zurückliegender Experimente zieht die „taz“ Grenzen. JedeR weiß, daß diese Masche nicht zum ersten Mal in dem Blatt stattfindet, aber das ist ein weiteres Tabu. Die Minderheit greift die administrativen Maßnahmen als „stalinistisch“ an und verteidigt emphatisch die Freiheit des Wortes. O.k., Wiglaf muß ja nicht auch noch zum „Wiener“ gedrängt werden. Aber erstaunlich ist doch, wie sanft die spitzen Schreiber säuseln, sobald das Wort Entlassung einmal gefallen ist. Wie leicht verwandeln sich die schwarzgelederten Wölfe in die armen, achsosüßen Hundewelpen. Und jaulen und wollen gestreichelt werden. Ich kann nicht sagen, daß ich das wahnsinnig ungern gehört hätte.

de.



Europäische Atomstreitmacht:

Die unvermeidliche Zustimmung der SPD

Als Anfang November nicht die sterblichen sondern seit bereits 10 Jahren gänzlich mausetoten Überreste des „Großen Europäers" Jean Monnet in das Pariser Pantheon überführt wurden, waren alle dabei: Mitterand und Giscard, Kohl und Schmidt, Heath und Soares.

Monnet war der Gründer des „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", einer Vereinigung, die nicht zuletzt den Aufbau der westeuropäischen Atomstreitmacht voranzutreiben sich auf die Fahnen geschrieben hatte. Eine diesbezügliche Willensbekundung des Monnet-Komitees wurde am 1.6.1964 u.a. auch von den SPD-Politikern Willy Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler
Brandt, Herbert Wehner und Fritz Erler
unterzeichnet.

Interessant und durchaus aktuell ist diese Erklärung nicht nur im Hinblick auf die derzeitigen analogen Bemühungen. Spannender noch sind die Dokumente, die von erheblichen, wenn auch vergeblichen Bemühungen der britischen und niederländischen Sozialdemokratie zeugen, die SPD-Vertreter im Monnet-Komitee von der Zustimmung zur Europäischen Bombe abzuhalten. Diese Dokumente aus dem Nachlaß des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler vergilben in der Friedrich Ebert-Stiftung und wurden m.W. öffentlich bisher nirgendwo dokumentiert. Nicht der jüngste Totentanz um Monnet macht diese Dokumente interessant, sondern die offenkundige Analogie in der derzeitigen Auseinandersetzung um den deutschen Griff zur Bombe:

So werden erneut die britische und niederländische Sozialdemokratie — Tony Benn von der Labour-Party und Sonja van der Gaast von der Partei der Arbeit — Ende November 1988 in Opposition zur SPD-Führung ihre Unterstützung für die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" bekunden.

Streitpunkt war, wie gesagt, eine am 1.6.1964 zu verabschiedende Erklärung des „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa".

Der erster Entwurf der besagten Erklärung stammte vom 14.1.64 und forderte ohne Umschweife die Errichtung einer Europäischen Atomstreitmacht. Daß die SPD diesem Text zustimmen wollte, war für das holländische Komitee-Mitglied A. Vondeling (Fraktionsvorsitzender der PvDA) offenkundig eine Überraschung. Am 5.3. erhielt Erler das folgende Telegramm: „EINVERSTAENDNIS SPD MIT DEN VORSCHLAEGEN IM ERKLÄRUNGSENTWURF MONNET ZUR MLF UND ZUR EUROPAEISCHEN ATOMMACHT HABEN BEI UNS GROSSE BESTUERZUNG VERURSACHT STOP EINVERSTAENDNIS PARTIJ VON DE ARBEID SCHEINT AUSGESCHLOSSEN STOP BEDAUERN SEHR DASS FUEHLUNGNAHME ZWISCHEN PARTEIFUHRERN SECHS SOZIALISTISCHEN PARTEIEN UEBER DIESE FRAGE NICHT STATT GEFUNDEN HAT STOP VONDELING."

Selbstverständlich war man im Monnet-Komitee gerade in dieser Frage um Einstimmigkeit bemüht. Am 6.4. kam Vondeling nach Bonn. Erler konfrontierte ihn mit einer überarbeiteten Version der Komitee-Erklärung, jedoch ohne Erfolg.

In einem Brief Vondelings an Erler vom 20.4. heißt es: *„Der neue Text vermeidet die Worte ‚Europäische Atommacht'. Aber in Wirklichkeit spricht auch*
macht'. Aber in Wirklichkeit spricht auch
der neue Entwurf sich zugunsten davon aus … Meiner Meinung nach ist der wesentliche Inhalt des Entwurfs, jedenfalls in Bezug auf die Frage der Europäischen Atommacht, derselbe geblieben…"

Für Erler war die Sache damit gelaufen. Der Vondeling-Brief kam mit dem Vermerk: *„Mit Herbert Wehner besprochen. eine schriftliche Antwort scheint nicht sinnvoll. 29.4.64"* in die Ablage.

Ein paar Seiten weiter findet sich im Erler-Nachlaß dann ein bemerkenswerter Brief von Herbert Wehner an Erler und Willy Brandt: Auf zwei engbetippten Seiten berichtet Wehner von seinen Anstrengungen, auch die britischen Vorbehalte gegen die SPD-Atommacht-Ambitionen abzuschütteln:

„Inzwischen ist auf Veranlassung von Wilson (damaliger Labour-Chef ;ab Oktober 1964 britischer Premier — ms.) *und im Benehmen mit van der Stoel (PvDA-ms.) der Versuch gemacht worden, eine Zusammenkunft anzuberaumen, die im Anschluß an die Bürositzung am 13. Mai in London Vertreter der Parteien in NATO-Mitgliedsstaaten an einen Tisch und zu einer Art Stellungnahme gegen MLF bringen soll. Ich habe mitteilen lassen, daß wir eine solche Zusammenkunft nicht besuchen können und werden, daß wir auch nicht imstande sind, die für eine solche Zusammenkunft kompetenten Freunde unserer Partei zu diesem Zeitpunkt nach London zu bitten … Daraufhin ist inzwischen diese Sitzung abgesagt worden. Ich bin aber davon unterrichtet, daß während der Bürositzung der Versuch gemacht werden soll, einen neuen Termin, der wiederum vor der Tagung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa stattfinden soll, nämlich am 25.5., zu finden. Ich werde mich in Bezug auf diese Termin genauso ablehnend verhalten wie gegenüber dem 13. Mai. Hier wird der Versuch gemacht, uns unter beinahe allen Umständen davon abzuhalten, die für unsere politische Haltung unvermeindliche Zustimmung zu der am 1. und 2. Juni vorgesehenen Erklärung des Aktionskomitees zu geben. Das ist eine bisher nie dagewesene Verhaltensweise…."*

Die Blockade im sozialistischen Umfeld machte es um so dringlicher, zumindest eine hochrangige SPD-Teilnahme im Komitee sicherzustellen. Monnet persönlich reiste zu Wehner und drängte auf Teilnahme von Erler und Brandt. Wie Wehner berichtet, *„betonte Monnet, wie wesentlich es sein würde, wenn deutlich erkennbar gemacht würde durch eine repräsentative sozialdemokratische Beteiligung, daß es sich um eine Mehrparteien-Außenpolitik handele. Ich gebe diese Bitte so dringend weiter, wie Jean Monnet sie mir nahegelegt hat…"*
Bitte so dringend weiter, wie Jean Monnet sie mir nahegelegt hat…"

Am 1.6.1964 wird die „Gemeinsame Erklärung" verabschiedet. Eingerahmt von allerlei Friedensbeteuerungen wird die „europäische" Beteiligung an der atomaren Verteidigung und der gleichberechtigte europäische NATO-Pfeiler gefordert. Nicht vergessen wird der Hinweis die diesbezüglichen und ansonsten ja immer so friedlichen Kapazitäten von EURATOM, deren *„Methoden zur Gestaltung einer Gemeinschaftsarbeit auch auf die übrigen Verwendungsgebiete der Atomenergie anwendbar seien."*
Die einzige Gegenstimme kam von Vondeling. Die bundesdeutschen DGB- bzw. IGW-Chefs Ludwig Rosenberg und Otto Brenner enthielten sich skandalöserweise der Stimme. Erler, Wehner, Brandt, sowie Barzel, Kiesinger und Birrenbach stimmten zu.

Das derzeit wichtigste SPD-Mitglied im „Aktionskomitee für Europa" heißt Egon Bahr. In einer u.a. von ihm sowie Alfred Dregger und Jaques Chaban-Delmas verfaßten Stellungnahme des Komitees vom 19.1.1988 wird u.a. *„die Koordinierung der Grundlagenforschung im militärischen Bereich, die Annahme gemeinsamer industrieller Programme und die Öffnung der Waffenmärkte"* gefordert. *„In gleicher Weise brauchen wir eine Koordination und eine gemeinsame Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme einschließlich des Aufbaus eines europäischen Satellitennetzes für Aufklärung, Warnung und Kommunikation … Um eine wirksame Abschreckung aufrechtzuerhalten müssen Frankreich und Großbritannien ihre nuklearen Potentiale koordinieren; das gilt für die operationelle Ebene und für die Programmierung neuer Kernwaffensysteme sowohl hinsichtlich ihrer Konzeption als auch für deren Anwendung."*

Die Akte über die diesbezügliche vertrauliche Abstimmung lagert im Ollenhauer-Haus. Irgendwann werden wir sie zu lesen bekommen.

ms

Dokument

Gespräch der deutschen Mitglieder der „Arbeitsgruppe Sicherheit" zwischen der SPD und der PSF am 7.9.1987

Auf Einladung von Egon Bahr nahmen an dem Gespräch teil: Prof. Dr. Horst Ehmke, MdB, Karsten Voigt, MdB, Hans Koschnick, MdB, Dr. Andreas von Bülow, MdB, Dr. Uwe Stehr, Dr. Dieter Boden, Dr. Wolfgang Biermann, Veronika Isenberg.*

(…) Horst Ehmke nannte 5 Punkte für das Gespräch mit der PSF:
1. Gebe es die französischen Atom-U-Boote. Diese seien existent. Man müsse wissen, was die Rolle dieser französischen strategischen Nuklearwaffen sei.
2. Gebe es die Raketen des Plateau d'Albion.
3. Müsse es eine Forderung der SPD geben, daß die prästrategischen Waffen weg kommen. Dies sei auch aus psychologischen Gründen für die SPD wichtig.
4. Wir wollen klipp und klar wissen, ob Frankreich an der Verteidigung Mitteleuropas teilnehme. Die FAR** sei ohne logistische Unterstützung sinnlos.
5. Frankreich sei in hohem Maße in die NATO integriert, z.B. durch das Frühwarnsystem, die Luftverteidigung, Öllinien, Rüstungskooperation, Nachschublinien. Es stelle sich das Problem des Oberbefehls. Schmidt habe mit seinem Vorschlag recht, daß man zwei Oberkommandos brauche.
Der Vorschlag der PSF gehe sehr weit, aber man brauche ein Gegenpapier.

Egon Bahr schlug vor, keine Unterteilung zwischen den Nuklearwaffen auf Unterseebooten und des Plateau d'Albion*** zu machen. Die Unabhängigkeit der französischen Atomwaffen bleibe. Die Bundesrepublik solle nicht mehr von Frankreich fordern als von den Amerikanern, das heißt, Information und Konsultation in bezug auf Ziel- und Einsatzpläne. Auf unserem Boden sollten keine neuen prästrategischen Waffen stationiert werden. Bei der Frage des Einsatzes stelle sich die Frage, ob dieser ohne Rücksichtnahme auf die Bundesrepublik geplant sei. In bezug auf die NATO müsse man argumentieren, daß das bereits erreichte Maß an Integration nicht reiche. Notwendig sei eine verbindliche Absprache. In bezug auf die konventionellen Streitkräfte müsse man über den Oberbefehlshaber und die Kriterien für den Einsatz der konventionellen Streitkräfte sprechen. Auch wenn es eine deutsch-französische Brigade gebe, blieben diese Fragen zu klären. Wem würde sie unterstellt, einem französischen Oberbefehlshaber oder der NATO? (…)

Voigt: Soweit es um die nukleare Komponente gehe, müßten unsere Interessen durch den amerikanischen Atomschirm abgedeckt sein. Die französischen Nuklearwaffen könnten kein Ersatz für die amerikanischen sein. Wenn man den französischen Atomschirm akzeptiere, dann müsse man die Modernisierung der französischen Atomwaffen legitimieren und als zweiten Schritt die Mitsprache fordern. Frankreich könne noch weniger als die USA auf First Use verzichten.

Egon Bahr: Es werde uns nicht gelingen, die französischen Nuklearwaffen abzuschaffen. Für ihn würden folgende Elemente genügen: die französischen Nuklearwaffen blieben in der Entscheidungskompetenz Frankreichs, aber man benötige gleiche Konsultationen wie in der NATO und es dürfe keine Nuklearwaffen auf deutschem Boden geben. (…)

Stehr fragte, ob es denn in unserem Interesse sei, wenn Frankreich bei einem lokalen oder konventionellen Konflikt mit Nuklearwaffen eingreife. Dies sei doch im Gegensatz zu unserer Politik. Er sehe 4 Punkte für den Gegenvorschlag der SPD:
1. Die konventionelle Abschreckung mit neuer Struktur. Das heißt beruhend auf einem deutsch-französischen Kern und beiden Aspekten, sowohl dem Verteidigungsaspekt als auch dem Abrüstungsaspekt entsprechend der Harmel-Doktrin.
2. Der amerikanische Nuklearschirm bleibe nach wie vor erhalten, jedoch ohne First Use.
3. Forderung nach der Eliminierung der prästrategischen französischen Nuklearwaffen.
4. Die strategische französische Nuklearstreitkraft bleibt unangetastet.

Diese Zusammenfassung in 4 Punkten fand die Zustimmung der Teilnehmer. Deshalb wurde beschlossen, das Egon Bahr einen Gegenvorschlag der SPD erarbeiten werde. Die Vorbereitungen sollen Stehr, Boden und Biermann übernehmen. Dieser SPD-Vorschlag soll dann unter den deutschen Mitgliedern der Arbeitsgruppe besprochen werden, bevor er im bilateralen Gespräch mit der PSF eingebracht wird.

*) Veronika Isenberg = Internationales Sekretariat, Protokollantin der Sitzung
Uwe Stehr = Mitarbeiter von Egon Bahr
Dieter Boden = Mitarbeiter von Ehmke
Wolfgang Biermann = Vertreter der SPD im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung
**) FAR = Französische Eingreiftruppe
***) Plateau d'Albion = Raketenabschußbasis in Zentralfrankreich



Auf allen Hochzeiten ist die SPD dabei

Atomwaffen und SPD

„Die Bedeutung Westeuropas muß wachsen“

Von den Atommacht-Ambitionen der Unionsparteien, wenigstens der CSU, darf laut gesprochen werden. Gibt es auch seitens der SPD ein Interesse an der „europäischen“ bzw. bundesdeutschen nuklearen Option?

Einem großen Teil der Friedensbewegung ist bereits die Frage unangenehm. Man läßt sich von sozialdemokratischer Friedensrhetorik gar nicht so ungerne beruhigen: Das erspart eigenes Nachdenken und ätzenden Streit. Selbst die lächerlichsten SPD-Verrenkungen bei dem Versuch einer glaubwürdigen Zurückweisung der Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ (siehe AK 299) werden von der Friedensbewegung tolerant, ja geradezu „verständnisvoll“ zur Kenntnis genommen. Da es bei der Euro-Bombe und dem deutschem Finger nicht zuletzt auch um das Überleben der Menschheit geht, ist ein wenig mehr Gründlichkeit ratsam.

Kaum beachtet wurde zu Beginn dieses Jahres ein als „intern“ gekennzeichnetes Diskussionpapier des SPD-Abgeordneten Hermann Scheer zur „Handlungsorientierung sozialdemokratischer Außenpolitik“. Scheer ist Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung der SPD-Bundestagsfraktion. Wir wissen nicht, was den in der eigenen Partei als „Profilneurotiker“ verschrieenen Abgeordneten veranlaßt hat, dieses Papier zu schreiben — sicher ist nur, daß darin die *Kernwidersprüche* der SPD in der Frage der Atomwaffen in ungewöhnlicher Klarheit auf den Punkt gebracht werden:

— Die SPD habe *„noch nicht herausgearbeitet, daß es zwei prinzipielle unterschiedliche Ansätze der Selbstbehauptung Westeuropas gibt (...) und daß diese zu völlig unterschiedlichen Perspektiven für die Neugestaltung Gesamteuropas führen würden“*: Zum einen könne „Selbstbehauptung“ bedeuten, *„künftig wegfallende amerikanische Militärpotentiale einschließlich der Nuklearwaffen durch eigene westeuropäische Potentiale zu ersetzen; die Folge wäre, daß sich zu den Hochrüstern USA und Sowjetunion ein dritter westeuropäischer Hochrüster gesellt und gleichzeitig amerikanische Militärpotentiale für ein stärkeres Engagement und mehr Spielraum dafür in anderen Teilen der Welt freisetzt. Damit wäre niemandem geholfen, und Westeuropa würde einen Weg einschlagen, der sich bereits bei den Supermächten als unselig erwiesen hat.“* Diese Linie bezeichnet

reits bei den Supermächten als unselig erwiesen hat.“ Diese Linie bezeichnet

Scheer als den *„reaktionären Weg zur Selbstbehauptung Europas, den wir verhindern müssen.“* Der alternative Ansatz sehe vor, *„eine schrittweise Entmilitarisierung der Blockstrukturen mit Hilfe von Abrüstungsschritten und eines vertrauensbildenden Strukturwandels der Streitkräfte“* in die Wege zu leiten. Dafür müsse sich die SPD engagieren. *„Weil wir diesen Unterschied noch nicht klar herausgearbeitet haben, können gegenwärtig unter einem von uns mitgeprägten Begriff auch reaktionäre Blüten treiben, ohne daß das von der Öffentlichkeit in aller gebotener Deutlichkeit erkannt wird.“*

— Ungeklärt sei die Haltung der SPD zur atomaren Abschreckung. *„Obwohl klar ist, daß eine stringente Konsequenz aus unserer Haltung zur Nichtverbreitung allein in der Absage an die Abschreckung liegt — und daß das Festhalten an ein wie auch immer geartetes atomares Abschreckungsprinzip in den 90er Jahren die Tür zur Vermehrung der Atomwaffenstaaten immer weiter öffnet“* — obwohl dies alles ganz klar ist, sei SPD-intern immer noch offen, *„ob, in welcher Weise und wie lange wir noch am Abschreckungsprinzip festhalten sollten. (...) Solange der Abschreckung nicht grundsätzlich widersprochen wird, sind wir Gefangene dieses negativen geistigen Systems.“*

Daß Scheer u.a. die BRD meint, wenn er von der Vermehrung der Atomwaffenstaaten spricht, ist anzunehmen. Bezogen auf die deutsch-französischen Beziehungen warnt er, *„daß die Bundesrepublik in den Sog der französischen Atomstrategie gezogen wird“* und fordert eine *„Distanz zu den Plänen Kohls.“*

Die von Hermann Scheer formulierten Knackpunkte sind ein guter Maßstab für die Beurteilung der SPD-Haltung zu eigenen oder westeuropäischen Atomwaffen. Zwei Fragen stehen im Vordergrund:
1. Steht die SPD in Opposition zur reaktionären, kriegstreiberischen Variante der CDU/CSU-Europapolitik?
2. Steht die SPD in Opposition zur Nuklearabschreckung, die früher oder später den Griff zur eigenen Bombe mit sich bringen wird?

„Heute sind Sie ja gut, Herr Ehmke!“

so der spontane Ausruf Alfred Dreggers in einer Bundestagsdebatte im März 87. Spätestens seit dieser Debatte existiert der von Scheer kritisierte „europäische“ Schulterschluß zwischen Regierungsparteien und SPD.

Im Namem seiner Partei und seiner Fraktion und unter positiver Bezugnahme auf Alfred Dregger unterbreitete Horst Ehmke der Bundesregierung in seiner Bundestagsrede vom 20.3. 87 *„den Vorschlag für eine gemeinsame Initiative“*: Auf dem Gebiet der Westeuropapolitik gebe es *„einen Weg zu einer sehr breiten Mehrheit in diesem Hause, der (...) der Stimme der Bundesrepublik in Europa und in der Welt zusätzliches Gewicht gäbe.“* Denn man sei sich einig, *„daß wir mehr denn je ein enges deutsch-französisches Zusammenwirken brauchen.“* Zur notwendigen Zusammenarbeit gehörten die *„gemeinsame Logistik und gemeinsame Ausbildung unserer Truppen“* sowie die *„Abstimmung der Einsatzplanung französischer Atomraketen“*, an denen man, solange sie deutschen Boden erreichten, *„mitwirken“* und *„beteiligt“* sein wolle. Auf der Tagesordnung stehe aber auch der gemeinsame Bau eines Leitsatelliten für die Force de Frappe: *„Ohne verläßliche eigene Kapazitäten auf dem Gebiet der weltraumgestützten Nachrichtenbeschaffung wäre Europa in einem sicherheitspolitischen Kernbereich weiterhin gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig.“* Daß dies dem Gedanken der Gleichberechtigung im Bündnis widerspreche — darüber sei man sich ja wohl hoffentlich einig. Speziell im Bereich der sogenannten Sicherheitspolitik sei die deutsch-französische „Schrittmacherrolle“ vonnöten: *„In diesem Bereich müssen wir viel mehr drängen (...) Auf unsere Mithilfe jedenfalls, soweit wir mithelfen können, können Sie auch in dieser Frage rechnen.“*

Die Ehmke-Rede ist nicht nur ein Dokument nationaler, bzw. euro-chauvinistischer Denkungsart, die sich ja auch an zahlreichen SPD-Parteitagsbeschlüssen festmachen läßt. Ihre besondere Bedeutung liegt darin, der Bundesregierung für alle die „europäische“ Verteidigung betreffende Fragen ein Stillhalteabkommen angeboten und einen Freibrief ausgestellt zu haben. Dieser Freibrief bezieht sich ohne Zweifel auch auf die atomaren Ambitionen: Ehmke und seine Freunde kennen aus erster Hand den nuklearen Geltungs-

tionen: Ehmke und seine Freunde kennen aus erster Hand den nuklearen Geltungs-

drang derer, die man nun umarmt. Bereits in den 60ern (Große Koalition) hatte man gemeinsam gegen den Atomwaffensperrvertrag und für das Offenhalten der „Europäischen Option“ gekämpft.

Von einem Interesse an der Mobilisierung gegen oder auch nur Aufklärung über die Atomwaffenpolitik der Unionsparteien kann bei der SPD somit keine Rede sein:

— Im Zusammenhang mit der Pershing IA-Drittstaatenthese hatte die SPD-Führung (Vogel/Brandt) zu keinem Zeitpunkt die Kohlsche Atommacht-Pose in der Sache kritisiert, sondern einzig den Umstand, daß durch diese Politik im Ausland ein „mißverständlicher“ Eindruck hatte entstehen können. Es war eine Methodenkritik.

— Im Mai 1988 folgte die Revision des CDU-Grundsatzprogramms zugunsten der Europäischen Atomstreitmacht. Großbritannien und Frankreich werden darin aufgefordert, ihre Atomwaffen in eine „Europäische Sicherheitsunion“ einzubringen und die Verfügungsgewalt mittelfristig einem „Europäischen Verteidigungsrat“ zu übertragen. Daß die SPD dies stillschweigend zur Kenntnis nahm, ist kein Zufall sondern Kalkül. Liegt es nicht auf der Hand, daß schon diese „Bündnispolitik“ nicht unerheblich dazu beiträgt, die nuklearen Vorstöße der Bundesregierung abzusichern?

Nukleare Abschreckung

Die SPD spielt eine vorantreibende Rolle, wenn es darum geht, im NATO-Rahmen „eine Verlagerung der Aufgaben und Verantwortung, der Lasten und Einflußmöglichkeiten“ (Ehmke lt. FAZ, 24.5.88) zugunsten Westeuropas vorzunehmen. Bei der nuklearen westeuropäischen Aufrüstung liegen die Dinge komplizierter. Hier dominieren stillschweigende Billigung und der Versuch, die von Scheer konstatierte Unklarheit über die Stoßrichtung der „Selbstbehauptung Europas“ zu konservieren. Eine grundsätzliche Klärung dieser Frage wird tunlichst vermieden. Eine offene Unterstützung der nuklearen Aufrüstung erlaubt sich die SPD derzeit nur in nicht-öffentlichen Gremien wie der Westeuropäischen Union oder dem „Aktionskomitee für Europa“. Dort unterstützte sie beispielsweise die berüchtigte WEU-Ministerrats-Erklärung vom 26./27.10.87, in der es u.a. heißt: *„Auch im nuklearen Bereich werden wir in Zukunft unseren Beitrag leisten: einige von uns, indem sie geeignete Formen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten fortführen; das Vereinigte Königreich und Frankreich, indem sie unabhängige Nuklearstreitkräfte beibehalten, deren Glaubwürdigkeit zu wahren sie entschlossen sind.“*

In einer Unter-AG des „Aktionskomitee für Europa“ hatten sich Dregger und Bahr bereits im Januar 1988 auf die gemeinsame Forderung verständigt, daß, *„um eine wirksame Abschreckung aufrechtzuerhalten“*, Frankreich und Großbritannien *„für die Programmierung neuer Kernwaffensysteme (...) ihre nuklearen Potentiale koordinieren“* müßten (siehe nebenstehender Beitrag).

Die sozialdemokratische Zustimmung in diesen Gremien schafft Fakten, die man in der Rhetorik abzustreiten bemüht ist. Das Ergebnis ist ein erbärmlicher Eiertanz. Hans Jochen Vogel zu den Beschlüssen des „Aktionskomitee“: *„Wir unterstützen die Tendenz dieser Empfehlung, ohne uns alle Einzelheiten zu eigen zu machen und ohne auf unsere Kernziele zu verzichten, zu denen die schrittweise Überwindung der Strategie der Abschreckung durch ein System gemeinsamer Sicherheit gehört.“* (Europäische Wehrkunde 3/88) Die „schrittweise“ Überwindung der Abschreckung erfolgt nach dem Vorbild des „schrittweisen“ AKW-Ausstiegs: Man produziert heiße Luft.

Neue französische Mittelstreckenraketen

Besonders eindringlich widmet sich die SPD der „Überwindung“ der französischen Abschreckung. Das nebenstehend in Auszügen dokumentierte Protokoll einer SPD-internen Beratung verrät in brutaler Deutlichkeit das Strickmuster dieser Politik:

— Die strategischen, d.h. die Sowjetunion direkt bedrohenden Atomraketen auf den französischen U-Booten und auf dem Plateau d'Albion (Abschußrampe im südöstlichen Frankreich) sollen „unangetastet“ bleiben, d.h. nicht zum Gegenstand eigener Initiativen gemacht werden. In der Realität bedeutet dies, daß man auch den Ausbau und die Modernisierung dieser Waffen akzeptiert.

der Realität bedeutet dies, daß man auch den Ausbau und die Modernisierung dieser Waffen akzeptiert.

— Gleichzeitig fordert man die Abschaffung der prästrategischen, d.h. „deutsches“ Territorium bedrohenden Raketen: *„Dies sei auch aus psychologischen Gründen für die SPD sehr wichtig“.*

Der dieser Besprechung folgende Münsteraner SPD-Parteitag vom September 1988 verlief, wie im Strickmuster vorgegeben: Zwar ist bekannt, daß die strategischen Atom-U-Boote das eigentliche Kernstück der Force de Frappe darstellen, wie auch bekannt ist, daß auf dem Plateau d'Albion neue Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen (Reichweite: 5.300 km) aufgestellt und die INF-Lücken somit kompensiert werden sollen. *Weil* diese Aufrüstungsmaßnahmen von zentraler Bedeutung sind, werden sie vom SPD-Parteitag ignoriert. Der Parteitagsbeschluß fordert ausschließlich die Abschaffung der Kurzstreckenwaffen, und weil diese Forderung tatsächlich verabschiedet wurde, stimmt auch die Psychologie: Die eurostrategische Aufrüstung geht weiter und die Partei ist abrüstungspolitisch zufriedengestellt. Den meisten der SPD-Delegierten dürfte bis heute unklar sein, *wie* sie gefoppt wurden: Es gab in Münster keine Informationen über die französischen Mittelstrecken-Vorhaben und erst recht keine Diskussion über eine diesbezügliche SPD-Position. Die wesentliche Vorentscheidung fiel in einer höchst intimen Beratung am 7.9.1987. (siehe Protokoll-Auszüge)

Westeuropäische nukleare Planungsgruppe

Karsten Voigt wandte sich am 7.9.87 lt. Sitzungsprotokoll als einziger dagegen, für die Bundesrepublik den französischen Atomschirm zu akzeptieren: *„Dann müsse man die Modernisierung der französischen Atomwaffen legitimieren und als zweiten Schritt die Mitsprache fordern.“*

Dies entspricht der Wahrheit. Als *„Gefangene dieses negativen geistigen (Abschreckungs-)Systems“* (H.Scheer) *muß* die BRD und in diesem Fall auch die SPD daran interessiert sein, den BRD-Einfluß auf jene eurostrategischen Waffen zu maximieren, die sie befürwortet.

Die CDU-Forderung nach Errichtung eines Europäischen Verteidigungsrats trägt dieser Logik Rechnung. Das sozialdemokratische Pendant ist die Forderung nach Errichtung einer westeuropäischen Nuklearen Planungsgruppe (NPG) — eine Forderung, die pikanterweise in der BRD-Öffentlichkeit erstmals gegenüber der taz (am 29.1.88) offensiv zum Ausdruck gebracht wurde:

„taz: Zumindest Teile der Union möchten von Frankreich verlangen, daß sie die Zielplanung dieser Waffen einsehen und auch beeinflussen können, also eine Mitsprache erreichen. Und was wollen Sie, wenn Frankreich zum Beispiel die Hades produziert?

Bahr: Daß ich mit Frankreich einen Zustand erreichen muß, den wir mit den USA bereits haben, nämlich Konsultationen und eine nukleare Planungsgruppe, das ist doch das Selbstverständlichste der Welt.

taz: Also daß die BRD mit Frankreich auch in einer westeuropäischen nuklearen Planungsgruppe mit am Tisch säße?

Bahr: Ja, selbstverständlich.“

H.J. Vogel machte auf der diesjährigen Wehrkunde-Tagung klar, daß es sich hierbei keineswegs um eine Bahr-Marotte handelt: Zwar wolle man — so Vogel — die britische und französische Verfügungsgewalt über die Atomwaffen durchaus anerkennen. *„Aber wir können erwarten, daß die mit ihnen verfolgten Absichten mit den Partnern des europäischen Sicherheitssystems ebenso abgestimmt werden, wie mit den Vereinigten Staaten.“* (Europäische Wehrkunde 3/88) Die USA-Analogie stellt klar, daß die SPD eine Mitsprache über das gesamte eurostrategische Potential (und nicht nur bzgl. der deutsches Territorium erreichenden Waffen) beansprucht. Zweitens versteht sich von selbst, daß der BRD-Einfluß in einer westeuropäischen NPG erheblich höher ist, als in der NATO-NPG, wo dem Vernehmen nach die BRD schon heute alles andere als Schüchternheit an den Tag legt.

Zusatzprotokoll zum Elysée-Vertrag

Wie wir gesehen haben, geht die SPD in der Frage der nuklearen Abschreckung mit einer gewissen Delikatesse ans Werk. Das hat zwei Ursachen: Zum einen gibt es keinen Grund, als Oppositionspartei auf diesem eher unpopulären Gebiet mit der Bundesregierung konkurrieren zu wollen. Zum anderen hat man Probleme, in der eigenen Partei und ihrem gesellschaftlichen Umfeld die offene Zustimmung zur nuklearen Aufrüstung zu legitimieren. Zwischen dem realen Ja zur nuklearen Aufrüstung und dem rhetorischen Nein zur nuklearen Abschreckung bleiben unüberbrückbare Widersprüche. Dies wurde auf dem Münsteraner SPD-Parteitag in zweifacher Hinsicht offenkundig.

Der erste Streit drehte sich um einen Antrag mit folgendem Wortlaut: *„Eine Zustimmung zur derzeitigen atomaren Strategie Frankreichs widerspricht deutschen*



Sicherheitsinteressen und scheidet deshalb als Preis für die verstärkte Kooperation aus.“ Karsten Voigt mußte, um eine diesbezügliche Beschlußfassung zu verhindern, *„Konsultationen mit der französischen Sozialistischen Partei“* bemühen, *„die während des Parteitags stattgefunden haben, wo gesagt wurde, daß das in unseren Beziehungen zu erheblichen Problemen führen würde“.*

Ein bißchen Gemopper gab es und dann war alles wieder gut: Die Aussage wurde gestrichen und ersetzt durch das allgemeine Bekenntnis, die Strategie der atomaren Abschreckung durch eine Strategie der gemeinsamen Sicherheit ersetzen zu wollen.

Die zweite Auseinandersetzung drehte sich um die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Elysée-Vertrag. Darin soll der Deutsch-Französische Verteidigungsrat festgeklopft werden unter der Prämisse, *„daß die Strategie der Abschreckung und Verteidigung (...) sich weiterhin auf eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräft stützen muß“* (so die Präambel).

Der Parteitagsstreit drehte sich um das diesbezügliche Abstimmungsverhalten der SPD-Bundestagsfraktion. Der SPD-Linke Gilges warnte davor, *„daß uns irgend jemand auf Umwegen in eine Mitbeteiligung an atomarer Abschreckung hineinzieht (...) Das Elysée-Abkommen lehnen wir so, wie es ist, ab.“* Hermann Scheer betonte, daß man bei einer Zustimmung zum Zusatzprotokoll *„sehr, sehr viel an Argumentationsspielraum und an politischer Öffnung zu unserem Ziel der Überwindung der Abschreckung aufgeben“* würde. Im Gespräch mit der taz (4.10.88) ging Scheer noch einen erheblichen Schritt weiter: *„Wenn das Sicherheitsprotokoll*

Fortsetzung nächste Seite

Deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik
(Beschluß des SPD-Parteitages von Münster, 1988)

„Unter SPD-geführten Bundesregierungen wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit auch in sicherheits- und abrüstungspolitischen Fragen ausgebaut. Die SPD unterstützt eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit auch in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Die Bedeutung Westeuropas in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik muß wachsen. Hierzu ist eine noch wirksamere Zusammenabeit erforderlich (...) Indem es seine sicherheitspolitische Zusammenarbeit verstärkt, kann Westeuropa allmählich eine Situation schaffen, in der es in der Sicherheitspolitik zunehmend seine eigenen Verantwortlichkeiten entwickelt.Westeuropa muß sich selbst mit den Instrumenten ausstatten, die es ihm erlauben, zu den wichtigsten internationalen Fragen Stellung zu beziehen und eigenständig für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt zu handeln. Eine Politik, die zu einer engeren außen- und sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten führt, hat nicht die Bildung einer neuen militärischen Supermacht zum Ziel. Westeuropa muß seinen Einfluß vorrangig durch politische Beziehungen, diplomatische Initiativen und wirtschaftliche und umweltpolitische Kooperation ausüben (...) Wir fordern von unseren französischen Partnern den Verzicht auf landgestützte Kurzstreckenraketen (Pluton und Hades), auf die Produktion von Neutronen-Sprengköpfen, auf die Produktion chemischer Waffen.“

Fortsetzung von vorheriger Seite

so verabschiedet wird, wird die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag ad absurdum geführt." Der Bundestag müsse in einer Zusatzerklärung, „*das deutsche Selbstverständnis, auf keinen Fall Atomwaffenstaat sein zu wollen*", festschreiben. Selbst Ehmke mimte in Münster den Entschlossenen („*Ich habe gesagt und wiederhole das, eine solche Festschreibung kann für uns nicht in Betracht kommen*"), um im nächsten Atemzug den Rückzug anzutreten: Man müsse im Falle der Zustimmung zu dem Protokoll wenigstens in einer Art Vorbehalt die Ablehnung der nuklearen Abschreckung zum Ausdruck bringen. Dabei blieb es dann auch. Der Parteitag lehnte nicht die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur deutsch-französischen Atomachse ab, sondern die „vorbehaltlose" Ratifizierung.

Inzwischen hat die SPD-Fraktion auch diesen Beschluß gekippt: Ihre Zustimmung zum Protokoll gilt als sicher, seitdem die Bundesregierung in einer Denkschrift erklärt hat, daß aus der Präambelformulierung keine „*vertragliche Festlegung auf eine bestimmte Strategie der Verteidigung*" hervorgehe. Diese „Erläuterung" ist jedoch reinste Augenwischerei: Von „bestimmten" Strategien (also etwa der „flexible response") ist in dem ganzen Vertrag nicht die Rede. Allein mit dem Verweis auf die Denkschrift wird sich die SPD-Fraktion bei der Anfang Dezember zu erwartenden Bundestagsabstimmung nicht aus der Affäre ziehen können: Es geht um nichts anderes als die nukleare Abschreckung und die nukleare Aufrüstung.

Doppelbödigkeit

Zurück zu den Ausgangsfragen. — Daß die SPD zur reaktionären CDU/CSU-Europapolitik nicht in Opposition steht, konnte nachgewiesen werden und wird sich vermutlich in der ersten Dezemberwoche 1988 erneut bestätigen. Wer aber in Kenntnis der Interessenlage der Union am „europäischen Pfeiler" festhält, erleichtert — willentlich oder unwillentlich — den deutschen Griff zur Bombe.

In der Frage der Abkehr von der nuklearen Abschreckung leistet die SPD rhetorische Schwerstarbeit, während die Zustimmung zur eurostrategischen Aufrüstung eher unauffällig über die Bühne geht. In diesem Punkt wird die SPD erstmals seit langem im Zusammenhang mit dem Protokoll zum Elysée-Vertrag „Farbe" bekennen müssen.

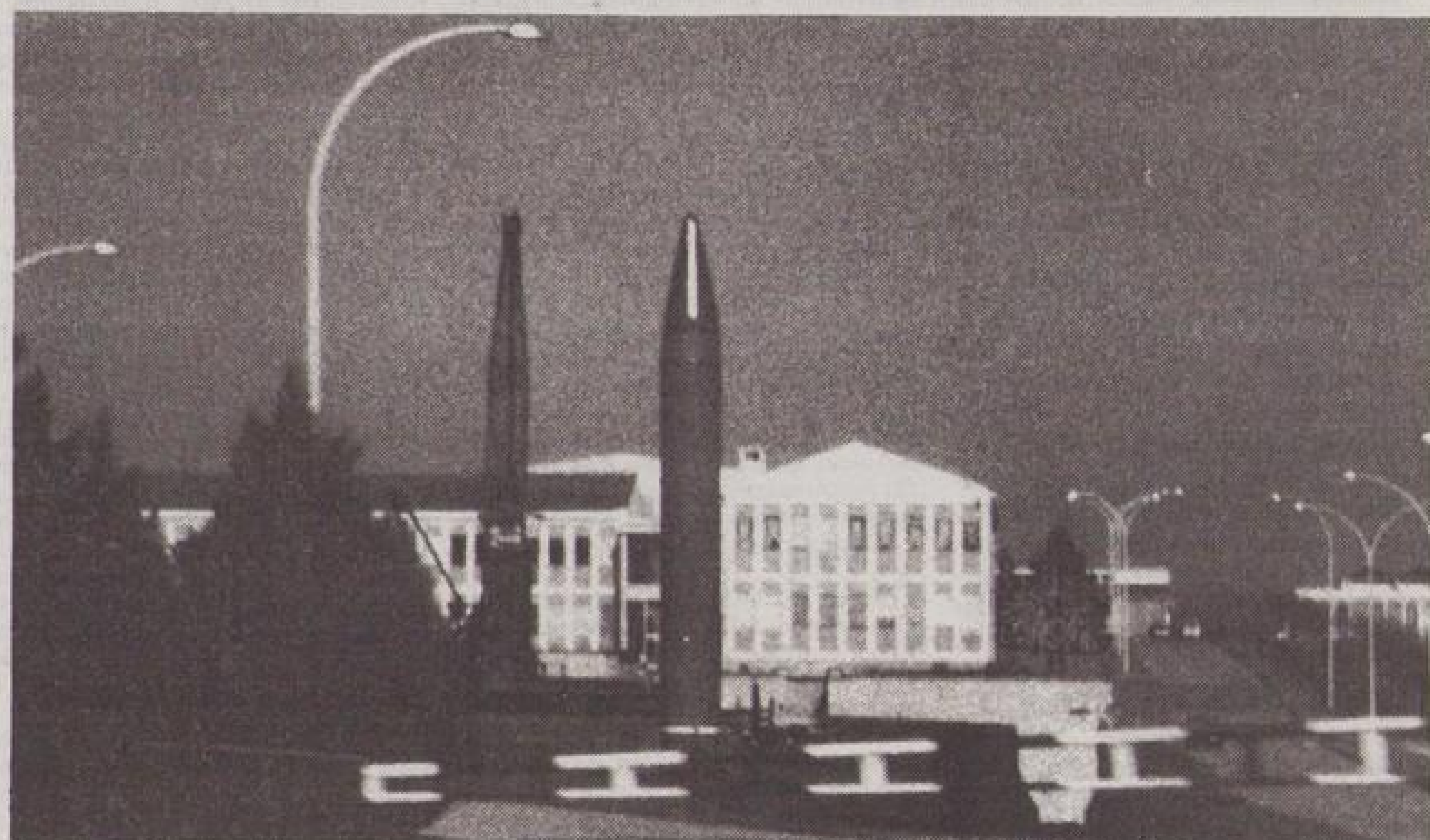
Die Doppelbödigkeit ist das charakteristische Element der sozialdemokratischen Atomwaffenpolitik. Der Versuch einer Klärung oder zumindest der Initiierung einer Diskussion durch H.Scheer ist kläglich gescheitert. Eine ernsthafte SPD-interne Debatte über die von ihm aufgezeigten Alternativen kam nie in Gang. Bei der friedenspolitischen Tagung der SPD zum Irsee-Grundsatzprogramm vom 5.5.88 kamen nicht einmal die Fragestellungen des Scheer-Papiers auf den Tisch. Horst Ehmke hatte als Regisseur dieser Veranstaltung allen Anlaß, sich über die mangelnde Debattenfreudigkeit der 400 sozialdemokratischen TeilnehmerInnen zu beklagen. Sozialdemokratische Friedensfunktionäre wie Wolf Biermann (Sprecher der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, IFIAS, und SPD-Vertreter im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung) sind in den Prozeß der heimlichen Zustimmung zur europäischen Bombe — wie nebenstehendem SPD-Dokument entnommen werden kann — ohnehin bis über beide Ohren verstrickt.

Aber auch die „moderate" Linie Karsten Voigts, an der nuklearen Abschreckung zwar festhalten, aber zumindest den französischen Atomschirm ablehnen zu wollen, ist gescheitert. Ehmke spricht von der „eurostrategischen" Bedeutung der französichen U-Bootflotte und Bahr will die westeuropäische NPG. Scheer, Voigt und Biermann wissen von den BRD-Atomwaffenambitionen und dem absehbaren Zugriff zur europäischen Bombe. Gleichwohl spielen sie ihren Part: Simulieren, integrieren, verharmlosen. Sie spinnen die Leute mit europäischen Abrüstungsutopien voll und wissen doch besser als alle anderen, welche nuklearen Zeitbomben da wachsen. Bis heute hat dieser „linke" Flügel mehr Angst vor dem Austragen des SPD-internen Grundsatzstreits, als vor der Europäischen Atomstreitmacht. Gerade *weil* dieser SPD-Flügel sich darüber im Klaren ist, daß mit der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" diese Grundsatzentscheidung entwickelt werden könnte, ja vielleicht sogar entwickelt werden wird — gerade deshalb werden von dieser Seite mit besonderer Eifrigkeit allerlei Gegeninitiativen ausgedacht. Bisher ohne Erfolg.

ms.

SPD und Atomwaffen

Seit 1960: Schritt für Schritt auf Atomkurs



Hauptquartier der Atomraketen der „Force de Frappe" in St. Christol, Plateau d' Albion, Südfrankreich

Gerade im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins GG" und dem aktuellen SPD-„Abschied" von der nuklearen Abschreckung scheint es sinnvoll, daran zu erinnern, daß noch in den 50ern die SPD sich als Anti-Atomwaffenpartei profiliert hatte. Erst nach Verabschiedung des Godesberger Programms konnte die Parteiführung unter Brandt, Wehner, Erler und Schmidt darangehen, auch in dieser Frage die Linie um 180° zu drehen. Es war ein sich über Jahre hinziehender, widerspruchsvoller Prozeß. Nachdem man sich die Doktrin der nuklearen Abschreckung aber einmal zueigen gemacht hatte, gab es kein Halten mehr: 1963/64 war man soweit, über die Multilaterale Atomflotte (MLF) die nationale Mitverantwortung über Atomwaffen zu betreiben. Im folgenden ein Rückblick.

Mit Massendemonstrationen, Kundgebungen und einer Volksbefragung hatte sich die SPD 1957/58 in der „Kampf dem Atomtod"-Bewegung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen(trägern) gewandt. Wenige Jahre später war von diesem Protest nichts mehr zu spüren. Im Zuge ihrer primär wahltaktisch motivierten, radikalen Annäherungs- und Umarmungsstrategie übernahm die SPD Punkt für Punkt die Positionen der CDU/CSU. Augenfällig dokumentiert wurde die sozialdemokratische Wende in der Außen- und Militärpolitik durch Herbert Wehners Bundestagsrede am 30.6.1960, als er den Kapitulationskurs der SPD feierlich verkündete. Ausgespart aus diesem Kollaborationskurs blieb zunächst lediglich die vor allem innerparteilich besonders delikate Frage, wie es die SPD mit den Atomwaffen hält. Die sozialdemokratische Position zur Atombewaffnung war bis dahin bestimmt durch ihre im November 1959 festgelegte Haltung im Godesberger Programm, wo es heißt: „Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden."

Während der Bundestagsdebatte am 30. Juni 1960 hatte Wehner auf eine entsprechende Anfrage von Verteidigungsminister Strauß nach der Haltung der SPD zu den Atomwaffen nicht reagiert. Aber wenige Tage nach der Bundestagsdebatte schien die SPD ihre Zurückhaltung aufzugeben, als der Sprecher des Parteivorstands, Franz Barsig, zu verstehen gab, daß die Frage, ob die Bundeswehr Trägereinrichtungen für atomare Waffen erhalten solle, die sie „im Falle eines Falles" benützen würde, ein *militärtechnisches* Problem sei, das man im Verteidigungsausschuß des Bundestages behandeln solle. (Vgl. Süddeutsche Zetung, 6.7.1960) Damit hatte Barsig eine Differenzierung zwischen Atomsprengköpfen und Atomwaffenträgern aufgegriffen, die Strauß in die Diskussion gebracht hatte. Auch Wehner erklärte: „Die deutschen Soldaten sollen genau die Waffen bekommen, die die NATO-Mächte insgesamt und vor allem Amerika ihnen zu geben für zweckmäßig halten. Wenn die SPD an der Regierung wäre, würde sie die von ihr anerkannten Verträge loyal durchführen und dabei in der Frage der Bewaffnung, insbesondere der atomaren Bewaffnung, die jeweilige Situation sehr genau überlegen."

Die Parteiführung holte aber aufgrund innerparteilicher Proteste den von Barsig und Wehner gestarteten Versuchsballon bereits Mitte Juli 1960 wieder ein: der Parteivorstand teilte allen Bezirkssekretären mit, daß sich an der grundsätzlichen Ablehnung der Atombewaffnung durch die SPD nichts geändert hätte. Wohl um die Glaubwürdigkeit des Schreibens zu erhöhen, war es von Franz Barsig verfaßt worden, der auch betonte, daß die SPD die Atombewaffnung nicht zu einer „rein militärtechnischen Einzelfrage" herabmindern wolle. (FAZ, 16.7.1960) Diesem Rundschreiben war eine Initiative des SPD-Wehrexperten Fritz Erler vorausgegangen, der am 12.7.1960 einige Thesen zur sozialdemokratischen Position einer Atombewaffnung mit dem Ziel einer einheitlichen Position der gesamten Partei formulierte, damit die CDU/CSU das Thema „Atombewaffnung" nicht zu einem Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfes 1961 machen könne. Für die Öffentlichkeit sichtbar waren die parteiinternen Auseinandersetzungen vor allem an der Haltung zu dem Ausschuß „Kampf dem Atomtod" geworden. (Vgl. Fred Luchsinger, Der neue Kurs der SPD, in: NZZ, 30.7.1960) Unmittelbar nach einer Feststellung Barsigs, die SPD habe die „Kampf dem Atomtod"-Bewegung nicht initiiert, hatte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses „Kampf dem Atomtod", Walter Menzel, der Barsigschen Interpretation unter Berufung auf maßgebliche Parteivorstands-Mitglieder widersprochen: Die SPD stehe nach wie vor zu den Zielen des Ausschusses, dessen Konstituierung sie initiiert hätte. (Süddeutsche Zeitung, 7.7.1960)

Das Präsidium trug dem Anliegen Erlers Rechnung und beauftragte ihn mit der Erarbeitung eines Grundsatzartikels für den „Vorwärts", der dort am 29.7.1960 veröffentlicht wurde. Erlers Argumentation war doppeldeutig: Im Gegensatz zu Barsig, der im Auftrag des Parteivorstandes die Bereitschaft signalisierte, die Einführung von Mehrzweckwaffen zu befürworten, sah Erler in der Ausrüstung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen „genauso eine Beteiligung zur Ausdehnung des atomaren Wettrüstens wie die direkte Lieferung (von US-Atomgeschossen) an die Bundeswehr, denn dann läuft es darauf hinaus, daß man sich in der Praxis um eine Waffe bemüht, bei der im Ernstfall mit Atomwaffen geschossen würde."

Gleichzeitig räumte er ein, daß man aus der Bundeswehr nicht jede Waffe verbannen könne, die auch die Fähigkeit besäße, Atommunition abzufeuern, da man sonst die gesamte Luftwaffe abschaffen müßte. Gefährlich würde es dann, wenn die Bundeswehr mit Waffen ausgerüstet werde, die mit konventionellem Sprengkopf keinen Wert besäßen. (Ebd.) Die Forderung Erlers, eine Entscheidung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Mehrzweckwaffen solle bis 1965 aufgeschoben werden, machte jedoch deutlich, in welche Richtung gedacht wurde. (Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26.7.1960; FAZ, 28.7.1960)

Die sozialdemokratische Position verschob sich aber schon wenige Monate später im Herbst 1960 — in Richtung „gemeinsame Verteidigungspolitik". Kanzlerkandidat Brandt betonte am 8.10.1960 zwar nochmals, daß die Bundesrepublik keine Atomwaffenmacht werden und sich nicht nach Atomwaffen drängen solle, räumte allerdings auch ein, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung dieses Gesamtproblem nach dem Stand der Dinge vom Spätherbst 1961 (nach der Bundestagswahl) „an Hand des guten Rates technischer Experten in Loyalität zur NATO" entscheiden würde. (Nach ADG, 10.10.1960, 8696) Zwei Wochen später wurde Brandt in einem „Spiegel"-Gespräch noch deutlicher: Vor dem Hintergrund amerikanischer Überlegungen, die NATO als eigenständige Atomwaffenmacht zu etablieren, mag, — so Brandt —, „eine neue Notwendigkeit des Sich-Auseinandersetzens kommen, ob im Rahmen einer neuen Konstruktion deutscher Streitkräfte an irgendeiner Form eines integrierten Verteidigungssystems beteiligt sind und auch über Waffen dieser Art verfügen." (Spiegel, 23.10.60) Auch hinsichtlich einer atomaren Flugabwehr revidierte Brandt die bisherige sozialdemokratische Position, indem er indirekt eine Luftverteidigung mit Atomwaffen akzeptierte.

Auch der Versuch Willy Brandts, nunmehr zwischen den abzulehnenden Massenvernichtungsmitteln und den „akzeptablen" Atomwaffen unterscheiden zu wollen, konnte den Bruch mit dem Godesberger Programm nicht verdecken! Die Abgrenzung von der Bonner Atomwaffenpolitik hatte von da ab den Charakter eines Methodenstreits: Brandt machte ihr den Vorwurf, sie sei „jieperig" nach Atomwaffen, was *politisch psychologisch* und *taktisch* falsch sei. (Ebd.)

Ganz auf dieser Linie lag auch die Entscheidung des Hannoverschen Parteitages Ende November 1960. In der entsprechenden Entschließung heißt es: „Auf eine Vermehrung der Zahl der Atommächte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken." (Protokoll, Parteitag 1960, S. 715) Diese von Erler und Brandt vorbereitete Resolution mit ihrem unverbindlichen „soll" und der nur das aktive Streben berücksichtigenden Vokabel „hinwirken" erweiterte den Spielraum der Parteiführung nicht unbeträchtlich.

Während des Bundestagswahlkampfes 1961 sah die SPD sich trotz alledem erneuten Angriffen der CDU/CSU wegen ihres „atompazifistischen" Kurses ausgesetzt. Diesen Attacken begegnete Erler mit der Zusage, auch in der Frage der „Atombewaffnung" Regierungsabkommen loyal erfüllen und somit bei Regierungsübernahme die Kontinuität wahren zu wollen.

Knapp eineinhalb Jahre nach der verlorenen Bundestagswahl vom September 1961 unternahm die SPD von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt den letzten Schritt der Angleichung an die Regierungsposition. Nachdem Mitte Januar 1963 der gesamte Bereich der Militärpolitik in den Führungsgremien der Partei diskutiert worden war, gab Fritz Erler am 23.1.1963 in einem „Vorwärts"-Interview zu verstehen, daß die SPD keine Einwände mehr gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern habe: „Verbände, die gleiche Aufgaben zu erfüllen haben, müssen auch gleichartig bewaffnet sein". Damit hatte die SPD endgültig übernommen, was sie fünf Jahre vorher entschieden bekämpft hatte. Selbst die christdemokratische Forderung nach nationalem Mitbesitz machte sich die SPD durch Unterstützung des MLF-Projektes zu eigen.

SPD und MLF

Die SPD verhielt sich 1961/62 zu der Forderung der Bundesregierung nach einer NATO-Atomstreitmacht eher ablehnend, da der militärische Wert einer derartigen Streitkraft relativ gering sei und das Problem der Entscheidungsbefugnis auf absehbare Zeit kaum lösbar erscheine. Vor allem Helmut Schmidt wies immer wieder darauf hin, daß bei *allen* möglichen Lösungen einer Nuklearstreitmacht das Problem bestehen bleibe. „*Wer* soll die Auslösungsentscheidung treffen?" Aufgrund des Zustandes des europäischen Integrationsprozesses könne diese Entscheidung nur von dem amerikanischen Präsidenten getroffen werden. In Abweichung von den Schmidtschen Einwänden waren Brandt und Erler moderater in ihrer Kritik; sie monierten vorrangig die Art, *wie* die Bundesregierung ihre Forderung nach einer NATO-Atomstreitmacht erhob.

Als die Kennedy-Regierung Ende 1962 der NATO das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) anbot, äußerte sich die SPD verhalten positiv. (Es ging bei der MLF um den Aufbau einer mit 200 Raketen bestückten Atomflotte — bestehend aus gemischten NATO-Verbänden —, wobei die Entscheidungsgewalt bei den USA verbleiben sollte. Damit aber wollte sich die Bundesregierung, die 40% der Kosten zu übernehmen bereit war, nur im „Anfangsstadium" abfinden.)

Im Januar 1963 bezeichnete Erler das MLF-Projekt als einen „brauchbaren Vorschlag". (Vorwärts, 23.1.1963) Mit der MLF könne eine nukleare Anarchie vermieden und der Verdacht zerstreut werden, die Bundesrepublik strebe eine nationale Sonderentwicklung, eventuell mit Frankreich an. Trotz dieses Eintretens für die MLF machte die SPD kein Hehl daraus, daß sie eine andere Lösung des Problems bevorzugte und die zweitbeste Lösung MLF als einen „politisch vielleicht unvermeidlichen Umweg" zu einer europäischen Mitwirkung bei der nuklearen Planung einstufte. (Erler am 9.5.1963 vor dem Bundestag) Das Interesse der SPD konzentrierte sich primär auf das „Mitsprechen bei der künftigen Planung, einschließlich der Zielplanung der Allianz im Ganzen". Daraus ergäbe sich die Konsequenz, „daß auch diejenigen Partner der Allianz, die aus eigenen Mitteln ... einen fairen konventionellen Beitrag zur Allianz leisten, eine Eintrittskarte in jene Gremien haben müssen, in denen über die Gesamtplanung des Potentials beraten wird." (Ebd.) Erler war auch bereit, den USA einen entsprechenden „Preis" für eine planerische Mitwirkung zu zahlen. Denn wenn die Europäer den Einsatz außereuropäischer Potentiale für ihre Sicherheit wünschten, müßten sie auch bereit sein, sich wieder „in eine stärkere, weltweite politische Verantwortung" hineinzustellen. Obwohl die SPD-Führung über hervorragende Kontakte zur Kennedy- und der ihr folgenden Johnson-Administration verfügte, schätzte sie die Bedeutung des MLF-Projektes falsch ein. Im Oktober 1964 interpretierte Erler das Projekt als ein „Geminschaftsunternehmen, das der Allianz neuen Schwung einhauchen kann".

Auf dem Karlsruher SPD-Parteitag von 1964 war die MLF das sicherheitspolitische Thema Nr. 1. Selbst auf dem rechten Parteiflügel regte sich gegen die Atomflotte Widerstand. Max Brauer etwa, der damalige Hamburger Bürgermeister, hatte allein dreimal in die Debatte eingegriffen. Das Ergebnis war, daß er als Mitglied des Parteivorstands abgewählt wurde. Im SPD-Beschluß von 1964 heißt es, „eine solche Gemeinschaftslösung, wie sie in der zur Zeit in Verhandlung begriffenen multilateralen Streitmacht angestrebt" werde, sei „ein wirksames Mittel, dem nationalen Wettrüsten entgegenzutreten ..."

Das starke Engagement der SPD-Führung für die MLF hing mit ihrem Bestreben zusammen, engsten Schulterschluß mit den USA zu demonstrieren. Aber gerade deshalb war der Karlsruher Beschluß schon beinahe makaber. Zum Zeitpunkt seiner Verkündung waren die USA — als letzte Unterstützer der MLF — von dem Projekt bereits abgesprungen.

miho

Atomkooperation BRD-UdSSR

Neues Denken fördert Reaktorgeschäft

Am 24. Oktober wurde in Moskau ein Vertrag über den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors im Kernforschungszentrum Niiar in Dimitrowgrad abgeschlossen. Rechtzeitig zum Kanzlerbesuch in Moskau waren die Verhandlungen zwischen der ABB, Siemens und der sowjetischen Atomenergiebehörde abgeschlossen, so daß die Industrieverträge staatlich beglaubigt werden konnten. Mit der Kooperation verwirklicht sich ein altes Erbe Breschnews und Helmut Schmidts. Für die BRD-Atomindustrie wird nach langen dürren Jahren das Tor zu neuer Zukunft ein Stück weit aufgestoßen. Für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP ein harter Schlag, daß ausgerechnet die Sowjetunion zu dieser Zukunft verhilft. An dem forcierten Ausbau der Atomenergie hält die UdSSR trotz und nach Tschernobyl fest, um sich zur Erfüllung der gesteckten Ziele auch und gerade westdeutscher Technik zu bedienen. Mit dieser blockübergreifenden, „Frieden und Vertrauen" schaffenden Zusammenarbeit wird ein neues Stück BRD-Atomwaffenproduktionstechnologie international salonfähig gemacht.

Ein Planziel aus der Periode der Stagnation

Die jetzt in Moskau abgeschlossene Kooperation auf dem Gebiet der Hochtemperaturreaktoren reicht bis in das Jahr 1976 zurück. Damals lief in der BRD gerade die Aktion „Bürgerdialog" des Bundesforschungsministers Hans Matthöfer an. In Brokdorf war der Bauplatz noch Wiese. Im März dieses Jahres 1976 vereinbarte man in Moskau eine Zusammenarbeit zwischen den in der BRD auf dem Gebiet der Hochtemperatur-Reaktorentwicklung tätigen Firmen und entsprechenden Stellen in der UdSSR. *„Die sowjetische Seite möchte in zunehmendem Umfang mit der deutschen Industrie auf diesem Gebiet kooperieren, weil sie den Hochtemperatur-Reaktor für einen der zukunftsträchtigsten Reaktoren ansieht."*, hieß es schon damals (Blick durch die Wirtschaft, Hg. „FAZ", 13.4.76). Das Interesse hielt an. Die HTR-Kooperation stand auch in den folgenden Jahren regelmäßig auf der Tagesordnung. So bei der Jahrestagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission der BRD und der

Wirtschaft, Hg. „FAZ", 13.4.76). Das Interesse hielt an. Die HTR-Kooperation stand auch in den folgenden Jahren regelmäßig auf der Tagesordnung. So bei der Jahrestagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission der BRD und der

UdSSR 1980 („Welt", 29.12.79) wie auch beim Bonner Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew 1981 („FAZ", 10.11.81) Mit dem jetzt unter Gorbatschow besiegelten Vertrag zur HTR-Kooperation wird also ein altes Planziél aus der sogenannten Periode der Stagnation verwirklicht.

Selbst schwerste demagogische Ausfälle wie die des Bundeskanzlers Kohl im November 1986, als er den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister Goebbels verglich, konnten die Zusammenarbeit nicht gefährden, nur verzögern. Die schon für November 1986 geplante Unterzeichnung des „Abkommens zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bei der Nutzung der Atomenergie" wurde verschoben. Sie fand erst am 22. April 1987 statt. Dort war es schließlich die sowjetische Seite, die mit dem Vorsitzenden des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, Andronik Petrosjanz, ihr Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß dieses Abkommen „leider sehr spät" unterschrieben werde („FAZ", 23.4.87). Die Kontakte auf Firmenebene waren von den zwischenzeitlichen Unstimmigkeiten sowieso unberührt geblieben. Seit Mitte 1986 liefen Gespräche zur Vermarktung eines Hochtemperatur-Reaktors HTR 100 zwischen der Innotec-Energietechnik KG (Essen) als federführender Gesellschaft im HTR-Entwicklungskonsortium einer Firmengruppe um die Brown, Boveri Cie AG (BBC/Mannheim) und den zuständigen Stellen in der UdSSR. Dabei ging es, wie die Innotec im Januar 1987 verlauten ließ, *„zunächst um Lieferung, Bau und Betrieb einer Doppelanlage mit insgesamt 200 MW elektrischer Leistung"*. Bereits damals versprach sich die Firmengruppe allerdings mehr. Sie erhoffte sich, *„über eine Erstanlage in der Sowjetunion hinaus vor allem im Ostblock weitere Einsatzbereiche für die HTR-Linie zu erschließen"* (Nachr. f. Außenhandel, 19.1.87).

Am 3. April 1987, also noch vor Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Atomenergienutzung auf staatlicher Ebene, meldete die „FAZ" den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen der Innotec (3.4.87).

Weitere Kooperationsvereinbarungen folgten. Im November konnte auch die Siemens AG mit ihren Tochtergesellschaften KWU und Interatom eine Zusammenarbeit bei Hochtemperatur-Rektoren im Leistungsbereich von 200 MW abschließen („FAZ", 3.11.87). Im März 1988 unterzeichnete die Asea-Brown-Boveri-Gruppe (ABB) ein zweites Abkommen mit dem sowjetischen Staatsministerium für Atomenergie, diesmal zu Bau und Nutzung von Hochtemperatur-Reaktoren im Leistungsbereich zwischen 400 und 500 MW („FAZ", 8.3.88).

Waren das bisher nur allgemeine Vereinbarungen, wurde bis zur Moskaureise Kohls erstmals ein konkret projektbezogener Vertrag ausgehandelt und dort dann auch unterzeichnet. Noch kurz vor dem Treffen auf Staatsebene waren die beiden bis dahin konkurrierenden Firmengruppen der ABB und der Siemens AG übereingekommen, im Bereich der Vermarktung der Hochtemperatur-Reaktoren zusammenzugehen. Sie gründeten zu diesem Zweck „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes", wie es hieß, *„zu gleichen Teilen die HTR-GmbH mit einem Stammkapital von zwei Mio. DM und Sitz in Frankfurt"* („FAZ", 7.10.88). Die mit der Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen ABB/KWU und der sowjetischen Atomenergiebehörde am 24.10. in Moskau abgeschlossene Zusammenarbeit umfaßt die gemeinsame industrielle Planung und den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors mit 200 MW im Kernforschungszentrum Niiar in Dimitrowgrad („Handelsblatt", 25.10.88). Flankiert wurde der Vertragsabschluß mit einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundesforschungsministeriums und des sowjetischen Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, die Verwirklichung der Industrieverträge mit einem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramm zu begleiten.

Durchbruch für die Atomindustrie

Der General- bzw. Rahmenvertrag selbst bedeutet „noch keine Auftragsvergabe" („FAZ", 22.10.88), sondern regelt nur die „Leitlinien der Zusammenarbeit" („FAZ", 25.10.88) und stellt damit erst eine Grundlage für noch zu schließende einzelne Verträge über Lieferungen, Technologietransfer und Finanzierung dar. Bis zum Beginn des Reaktorbaus werden weitere „,zwei Jahre mit Vorarbeiten" vergehen („FAZ" 25.10.88). Auch vom Auf-

eine Grundlage für noch zu schließende einzelne Verträge über Lieferungen, Technologietransfer und Finanzierung dar. Bis zum Beginn des Reaktorbaus werden weitere „,zwei Jahre mit Vorarbeiten" vergehen („FAZ", 25.10.88). Auch vom Auf-

tragsvolumen nimmt sich das Geschäft, kommt es zustande, eher bescheiden aus. Auf 1 Milliarde Mark werden die Gesamtkosten geschätzt. Einen Großteil dieser Kosten wollen die Sowjets selbst abdecken, so daß für die bundesdeutsche Atomindustrie im Vergleich zu früheren Erwartungen ein eher mageres Auftragsvolumen von 400 Millionen Mark übrig bleibt („FAZ", 25.10.88). Das ist nicht einmal ein Zehntel des von der KWU zuvor allein für Aufbesserungsaufträge an sowjetischen AKWs erhofften Milliarden-Geschäfts. Noch stellt sich aber die Frage, ob das jetzt projektierte Geschäft letztlich tatsächlich zustande kommt.

Schon einmal, Anfang der 70er Jahre, sorgte die BRD-Atomindustrie mit einem gemeinsamen Atomreaktor-Projekt Kaliningrad mit der Sowjetunion für Furore. Zu Beginn der Projektverhandlungen 1973 war damals von 4 Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von je 1.200 MW die Rede („FAZ", 17.7.73). Im Laufe des Jahres 1974 reduzierte sich das Projekt auf nur noch ein Atomkraftwerk mit 1250 MW („Handelsblatt", 18.7.74). Obwohl es dann bereits perfekt schien — die „FAZ" titelte im September mit der Schlagzeile „Einigung über Lieferung des Atomkraftwerks an die Sowjetunion" („FAZ", 9.9.74) — scheiterte es doch noch eineinhalb Jahre später, im März 1976 („FAZ", 1.4.76). Gescheitert ist das Projekt damals aber weniger an einem Rückzug der Sowjetunion als an der rigiden Haltung der Bundesregierung bezüglich der Bewilligung von langfristig zinsgünstigen Lieferkrediten, was wohl den Widersprüchen innerhalb des BRD-Kapitals zu diesem Geschäft selbst geschuldet war. Das Geschäft war mit einem Stromliefervertrag aus der SU gekoppelt, was den Widerstand der Energieversorgungskonzerne, allen voran die RWE, hervorgerufen hatte („Welt", 29.1.74 und „Handelsblatt", 2.4.76).

Heute gibt es diese Widersprüche im BRD-Kapital nicht. Und auch die Frage der Finanzierung scheint heute weniger ein Problem zu sein. Die Deutsche Bank steht den SU-Geschäften insgesamt mit einem 3 Mrd.-Kredit zur Seite. Die Sowjets entwickeln gerade ein inniges Verhältnis zur Schaltzentrale des westdeutschen Imperialismus. Unter dem Titel *„Die Deutsche Bank — unser bewährter Partner"* stellte die Zeitschrift „Sowjetunion heute" ihrer Leserschaft die segenbringende Geschichte der Zusammenarbeit mit „der Deutschen" seit 1922 vor („Sowjetunion heute", Juli 88).

Probleme könnte zur Zeit wohl vor allem noch die Comcom (Coordinating-Committee for West-East Trade) bereiten. In den 70ern wurde diese Hürde allerdings am schnellsten genommen. Sollte das auch diesmal gelingen — „die Unternehmen zeigen sich gemeinsam mit der Bundesregierung zuversichtlich", hieß es in der „FAZ" (27.10.88) — wären es wohl nur noch irgendwelche Teufelchen im Detail, die dem Geschäft im Wege stehen könnten.

Bei allen Fragezeichen, die noch bleiben, wäre es allerdings falsch, das Frohlocken der Atomindustrie, die das Abkommen bereits als einen *„Meilenstein für die HTR-Technologie"* preist („SZ", 25.10.88), als Zweckoptimismus abzutun. Wenn auch nicht das große Geschäft, so wurde mit dem Abkommen doch ein realer Durchbruch erzielt. Von einem Ausstieg aus der Atomtechnologie sind wir damit heute weiter entfernt als je zuvor. Das neue Motto der Atomindustrie der Zukunft gegen den Ausstieg könnte dementsprechend ganz innovativ heißen: *„Umstieg statt Ausstieg"* (vgl. „Brückenbauer" Nr. 43, 26.10.88). Von Innotec-Chef Scharper hieß es bereits im September 1987 zu der Sowjetunion-Kooperation : *„Es setzt natürlich ein Zeichen, daß die deutschen Anlagenbauer gezwungen sind, mit einer in der Bundesrepublik entwickelten Technologie im Ausland Projekte zu realisieren, weil die politische Situation dies in der Bundesrepublik zur Zeit wohl nicht zuläßt. Von daher kann ich mir durchaus vorstellen, daß der Baubeginn für den HTR 100 in der Sowjetunion durchaus Rückwirkungen auf die Bundesrepublik hat* („Sieg Tech", 9/87).

Daß gerade die Sowjetunion zusammen mit der BRD-Atomindustrie in diesem Sinne eine Vorreiterrolle übernimmt, wird vielleicht für die Anti-AKW-Bewegung weniger überraschend kommen, ist für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP allerdings ein harter Schlag.

Bedenken bei der DKP

Beachtlich ist es, daß sich die „UZ" bereits am 31.10.88 des Themas angenom-

Bedenken bei der DKP

Beachtlich ist es, daß sich die „UZ" bereits am 31.10.88 des Themas angenom-

men hat. Die Autoren (Werner Stürmann und Fritz Rische) versuchen, sich angesichts des pikanten Porblems erst einmal in die Haut ihrer LeserInnen zu versetzen, und stellen fest: *„Das (die Atomkooperation) mußte in der Öffentlichkeit und besonders in der Anti-AKW-Bewegung unseres Landes, bei den Kommunistinnen und Kommunisten, Fragen auslösen."* Nach obligatorischem Lob auf den friedensfördernden Beitrag, den eine Zusammenarbeit der sozialistischen mit den kapitalistischen Staaten eigentlich habe, kommt man schnell zur Sache. Ausgehend von der neu gewonnenen — gar nicht mehr umstrittenen? — Position, daß *„weltweit verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um auf die Energieerzeugung durch Kernspaltung als historisch begrenzte Übergangslösung so schnell wie möglich verzichten zu können"*, werden *„Bedenken gegen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie"* vorgetragen. Bedenklich sei, daß *"eine solche Kooperation zwangsläufig die Stellung des atomindustriellen Komplexes in unserem Landes stärkt und damit jene Kräfte, die über ein ganzes System atomindustrieller Anlagen bis hin zur geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf die Chance zur bundesdeutschen Atombombenproduktion zumindest offenhalten wollen."* Dem ist inhaltlich nur zuzustimmen. Als „Problem" der HTR-Kooperation wird angeführt, *„daß auf diesem Wege ein weiterer Ausbau der Atomkraftwerke gefördert werden kann."*

„Bedenken" und „Probleme" zu formulieren, ist noch keine Kritik. Darum müßte es aber — bei aller Freundschaft mit der UdSSR — gehen, wenn auf dem Gebiet der Atomtechnologie so eindeutig eigenen politischen Zielen entgegenlaufend ge-und verhandelt wird. Um eine Kritik der Atompolitik auch der UdSSR wird die DKP, wenn sie es ernst meint mit ihrer neuen Offenheit, nicht umhin kommen. Die Forderung nach weltweitem Ausstieg verkommt sonst zur reinen Phrase.

Eine Antwort auf Tschernobyl

Die UdSSR hat in der abgeschlossenen Kooperation handfeste eigene atomare Interessen. Diese decken sich perverserweise mit denen der BRD-Atomindustrie, ergänzen sich zumindest weitgehend.

Beim HTR-Geschäft geht es weniger darum, der Sowjetunion mit einer neuen, mehr Sicherheit bietenden bundesdeutschen Reaktorlinie unter die Arme zu greifen, wie manche BRD-Politiker im chauvinistischen Höhenflug verkünden. Hoffnungen der BRD-Atomindustrie, auf dieser Ebene an Tschernobyl zu verdienen, sind — zumindest im großen Stil — eher gescheitert. Die KWU hatte der Sowjetunion 1987 ein sinnigerweise „Nachrüstungspaket" getauftes Angebot im Werte von insgesamt 5 Milliarden Mark ge-

ser Ebene an Tschernobyl zu verdienen, sind — zumindest im großen Stil — eher gescheitert. Die KWU hatte der Sowjetunion 1987 ein sinnigerweise „Nachrüstungspaket" getauftes Angebot im Werte von insgesamt 5 Milliarden Mark ge-

macht und ist damit abgeblitzt („Handelsblatt", 21.4.87). In der Frage der „Nachrüstung" setzt die Sowjetunion auch für die Zukunft auf eigene Kräfte. Die in Tschernobyl eingesetzte westliche Robotertechnik sei, so der stellvertretende Vorsitzende des Büros beim Ministerrat der UdSSR für den Brennstoff- und Energiekomplex J.K. Semjonow, bei den Einsätzen in einem Milieu hochaktiver Spaltprodukte schnell störanfällig geworden, so daß sowjetische Institute zur Projektierung eigener ferngesteuerter und strahlungsresistenter Video- und Robotertechnik hätten übergehen müssen („Nachr. f. Außenhandel", 13.5.88). Auch für den „Schwachpunkt der sowjetischen Atomenergietechnik", die Prozeßsteuerungsautomaten, insbesondere die Elektronik-Bausteine, schloß der stellvertretende Minister für Atomenergie A. L. Lapschin *„Westimporte derartiger Ausrüstungen auch für die Zukunft aus"* („Nachr. f. Außenhandel", 13.5.88).

Nicht um sicherheitstechnische Aufbesserungen der sowjetischen Atomanlagen geht es in der HTR-Kooperation. Dieses Projekt dient vor allem zwei Zwecken: 1. soll es die auch nach Tschernobyl nicht aufgegebenen atomaren Ausbaupläne der SU stützen, indem die für eine Aufbesserung der bestehenden Atomanlagen abgestellten Kapazitäten ersetzt werden; 2. sollen die durch Tschernobyl zurückgeworfenen Ambitionen auf Export sowjetischer Atomtechnologie in gemeinsamer Kraftanstrengung mit der BRD-Atomindustrie wiedergewonnen werden.

HTR und beschleunigter Ausbau des Atomprogramms in der UdSSR

Noch 1977 hatte der heutige sowjetische Verhandlungsführer im HTR-Kooperationsgeschäft, Andronik Petrosjanz, als Leiter des Staatskomitees zur Nutzung der Atomenergie getönt: *„Wenn auch nur die geringste Gefahr für die Bevölkerung bestanden hätte, so hätte man weder in unserem Land noch in anderen sozialistischen Ländern auch nur ein einziges Kernkraftwerk gebaut, wie wirtschaftlich es auch sein mochte"* („Sowjetunion heute", 1977, H. 1/2). 10 Jahre später und ein Jahr nach Tschernobyl heißt es aus dem Munde des gleichen Petrosjanz: *„Es gibt keine Alternative zur atomaren Energiegewinnung"* („SZ", 27.4.88).

Auch nach Tschernobyl wurde in der UdSSR an dem unter Breschnew betriebenen forcierten Ausbau der Atomenergie festgehalten. Knapp zwei Monate nach der Reaktorkatastrophe beschloß der Oberste Sowjet, bis 1990 den Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung zu verdreifachen („Zeit", 24.4.87). Mit einer Kapazitätsausweitung von 40.000 MW auf 67.000 MW sollte der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung von 11% (1985) auf 21% bis zum Jahre 1990 gesteigert werden („NZZ", 4.7.86).

zu verdreifachen („Zeit", 24.4.87). Mit einer Kapazitätsausweitung von 40.000 MW auf 67.000 MW sollte der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung von 11% (1985) auf 21% bis zum Jahre 1990 gesteigert werden („NZZ", 4.7.86).

Ein Jahr später, 1987, wurde zwar zugegeben, daß dieses Planziel nicht mehr

Fortsetzung nächste Seite

STANDORTE DER KERNKRAFTWERKE IN DEN RGW-LÄNDERN

Kernkraftwerke
bestehend
im Bau bzw geplant

DIW 86

Fortsetzung von vorheriger Seite

erreichbar wäre, man streckte das Atomprogramm, die politischen Zielsetzungen blieben aber unverändert. Das Ziel 21% Atomenergieanteil wurde jetzt für 1995 anvisiert. Bis 1990 sollte die Stromproduktion aus Atomkraftwerken gegenüber 1985 verdoppelt werden („Wirtsch. d. Ostblocks", 19.5.87). Bis zum Ende des Jahrhunderts erstrebt man, die Kapazität zu verfünffachen („Handelsblatt", 5.8.87).

Gleichzeitig soll dieser Ausbau mit einer Umorientierung bei den Reaktortypen erreicht werden. Vom Typ RBMK (der Tschernobyl-Reaktor) sollen „nur" noch insgesamt drei Reaktoren (2 für das AKW Smolensk, einer für das AKW Ignalina) fertiggestellt werden („atw", 7/88). In ihrer weiteren Entwicklung wird sich die sowjetische Atomenergiewirtschaft, wie der stellvertretende Minister für Atomenergie A. L. Lapschin betonte, *„vorrangig auf den Einsatz von Reaktoren der Bauart WWER* (Druckwasserreaktoren, rh) *mit einer Leistung von 1.000 MW umstellen"* (Nachr. f. Außenhandel", 26.4.88).

Daneben werden Bau und Entwicklung natriumgekühlter Brutreaktoren vorangetrieben. In Betrieb sind derzeit ein 12 MW Brüter in Wolgodonsk, ein 350 MW Brüter in Schwetschenko und ein 600 MW Brüter in Bjelojarsk. Dort und in Urali Merid baut die Sowjetunion an Brutreaktoren mit einer Leistung von 800 MW. In der Entwicklung, ohne bisherige Standortbenennung, ist ein 1.600 MW-Brüter („atw", 7/88).

In diesem Zusammenhang sind die Informationen der „UZ" interessant, daß in der bundesdeutschen Atomindustrie Kalkulationen darüber angestellt werden, *„die besonders riskante Brüter-Technologie zukünftig weltweit und auch in die Sowjetunion exportieren zu können"* („UZ", 31.10.88). Das ist neu. Bekannt ist, daß Kontakte auch auf diesem Gebiet lange zurückreichen. Gespräche zwischen Brüterexperten aus der BRD und der UdSSR fanden bereits 1973 statt („SZ", 21.8.73). Es wäre hilfreich, wenn die DKP intimeres Wissen in dieser Sache öffentlich machen würde.

Neben den Brütern wird in der SU seit den 70er Jahren die Entwicklung eben der Hochtemperatur-Reaktoren als zukunftsträchtigster Reaktortyp betrieben. „Im größeren Stil", erklärte der Vorsitzende des Staatskomitees für Atomenergienutzung A.N. Prozenke, solle *„im Planjahrfünft 1996/2000 mit der Erzeugung hochpotentieller Wärmeenergie für industrielle Prozesse durch HTR-Reaktoren begonnen werden"* („Nachr. f. Außenhandel", 26.4.88). „Mitte der 90er Jahre" ist auch der Zeitraum, der mit den BRD-Atomkonzernen als Zieldatum für die Inbetriebnahme des gemeinsam projektierten 200 MW HTR in Dimitrowgrad ausgehandelt wurde (vgl. Scharper in „Sieg Tech" 9/88).

Die Sowjetunion bedient sich hier also der Kooperation mit der BRD, um ihre ambitionierten Ausbaupläne im Atomprogramm durchhalten zu können. Statt nach Tschernobyl die energiepolitische Konzeption aus der Breschnew-Ära mit den gigantischen Planvorgaben im Atomener-

gramm durchhalten zu können. Statt nach Tschernobyl die energiepolitische Konzeption aus der Breschnew-Ära mit den gigantischen Planvorgaben im Atomener-

gieausbau zu überdenken, wurde die alte Konzeption fortgeschrieben. Die technokratischen Versuche ihrer Verwirklichung über eine Kooperation mit dem Imperialismus machen erneut deutlich, daß die Perestroika-Riege um Gorbatschow zu einer Kurskorrektur in der Atompolitik nicht gewillt ist. Möglichkeiten zur Korrektur gäbe es. Sie erforderten allerdings, daß mit der bisherigen Konzeption der Energiepolitik gebrochen würde.

Die sowjetische Energiewirtschaft arbeitet primär für den Export. 50% der Gesamtexporterlöse kommen aus Energie-Export. Der Export allein von Erdgas macht 80% der sowjetischen Exporterlöse aus dem Westhandel aus (vgl. Bethkenhagen, J.: Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel, DIW-Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, Berlin 1983, S. 55). Das heißt, die Kritik der Atomtechnologie in der Sowjetunion ist mit einer grundsätzlichen Kritik des bisherigen ökonomischen Entwicklungsmodells verbunden. Eine derart grundlegende Umorientierung ist aber aus der Bürokratie des sowjetischen Staatsapparates nicht zu erwarten. Allenfalls kann sie aus einer Bewegung von unten kommen.

Ambitionen im Atomexport

Galt bis Anfang der 80er Jahre für die sowjetische Energiepolitik die Grundregel: Atomstrom für die eigene Industrie und Export von Erdöl und Erdgas für die Finanzierung der ökonomischen Entwicklung, war die Sowjetunion Mitte der 80er Jahre soweit, auch ihre Atomanlagen auf dem Weltmarkt außerhalb des RGW anzubieten. Kontakte zur Lieferung sowjetischer AKWs bestanden mit China, Syrien, Libyen und dem Irak („NZZ", 4.7.86).

Die Reaktorkatastrophe dürfte nun, so die Einschätzung des DIW-Experten für osteuropäische Wirtschaftsfragen, Bethkenhagen, *„auf lange Zeit Hoffnungen des sowjetischen Atomanlagenbaus zunichte gemacht haben, Kernkraftwerke in Staaten außerhalb des RGW exportieren zu können."* Darüber hinaus sei auch *„bei den bereits vereinbarten Lieferungen mit Verzögerungen zu rechnen. Dies betrifft die Exporte nach Finnland und in die Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe"* (DIW-Wochenbericht 254/86).

Über die Kooperation mit der BRD-Atomindustrie auf dem Gebiet der HTR-Technologie scheint die UdSSR zu versuchen, ihr weltweit angeschlagenes Image wieder aufzubessern. Hier insbesondere treffen sich die Interessen mit der BRD.

So soll denn auch im Generalvertrag *„der gemeinsame Bau von Folgeanlagen zur Erzeugung von Strom, Prozeßdampf oder Prozeßwärme in der UdSSR und eventuell auch in Drittländer verabredet"* worden sein („Handelsblatt", 25.10.88). Untermauert wird das durch Verlautbarungen des ABB-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Koerber, nach denen die ABB schon von sich aus Kontakte zu verschiedenen Ländern, mit denen das Exportgeschäft der Sowjetunion derzeit stockt, aufgebaut hat.

Mit der chinesischen Regierung ist nach von Koerber bereits ein „Memorandum of Understanding" über „zwei Anlagen von jeweils 100 MW abgeschlossen worden", und mehrere andere Ostblockländer hätten nach Angaben von Koerbers „konkretes Interesse bekundet" („FAZ", 7.10.88).

Wenn auch dahingestellt bleibt, was sich aus dem jetzigen Projekt an Folgeaufträgen ergeben wird, läßt sich soviel sagen, daß die Zukunftserwartungen der Atomindustrie, die — wie der HTR-Kritiker Lothar Hahn vom Öko-Institut herausgearbeitet hat — im HTR *„national wie international eine der ganz großen Zukunftschancen der Atomindustrie, vielleicht sogar die einzige langfristige Überlebensmöglichkeit sehen"*, gestärkt wurden.

HTR und BRD

Gerade auch für die BRD könnte sich der HTR zum „Zukunftsreaktor" entwickeln. Da gibt es auch bereits konkrete Projekte, für die sich die Atomkonzerne positive „Rückwirkungen" aus der Sowjetunion-Kooperation erhoffen. Der ABB liegt ein *„Planungsauftrag der Isar-Amperwerke AG, München, über einen 100 Megawatt-Hochtemperatur-Reaktor im Haus."* Ebenso ein *„Planungsauftrag einer Gruppe nicht näher benannter deutscher Energieversorgungsunternehmen über ein Kernkraftwerk von 500 Megawatt"*. Bei der niedersächsischen Landesregierung läuft ein *„Antrag von Siemens/KWU auf Genehmigung eines HTR-Moduls von 80 Megawatt Leistung"* („FAZ", 7.10.88).

Der Geschäftsführer der Hochtemperatur-Reaktorbau-GmbH, Emil Baust, erhofft sich sogar, mit diesen Reaktoren *„die Akzeptanz für die Kernenergie in Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft wieder zu verbessern"* („Zeit", 14.10.88). Sicher-

hofft sich sogar, mit diesen Reaktoren „die Akzeptanz für die Kernenergie in Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft wieder zu verbessern" („Zeit", 14.10.88). Sicher-

heitstechnisch werden den kleinen Hochtemperatur-Reaktoren von der Atomindustrie wahre Wunderdinge angedichtet. Die Konstruktion des Reaktors nach dem Konzept der „inhärenten Sicherheit", heißt es da, *„erlaube den Reaktor aufgrund von Naturgesetzen in einem sicheren Zustand zu halten"* („Brückenbauer" Nr. 43, 26.10.88). Kernschmelzen wie in Tschernobyl oder Harrisburg seien damit sozusagen naturgesetzlich ausgeschlossen. Wie der HTR-Kritiker Lothar Hahn meint, zielte die „Zauberformel der inhärenten Sicherheit" insbesondere auf die Wiedergewinnung der Akzeptanz derjenigen Kreise, für die Kernenergie, die der Überzeugung sind, für die Lösung der zukünftigen Energieprobleme sei auf Atomenergie notgedrungen nicht zu verzichten. Auch für das zunehmend von der CDU betriebene Ausspielen verschiedener ökologischer Probleme gegeneinander bietet die Zauberformel neue Nahrung.

Angepriesen als kleines, in eine dezentrale Energieversorgung eingepaßtes Atomkraftwerk für den Stadtrand, konterkarieren diese Reaktoren auch alle von der Ökologiebewegung derzeit propagierten Rekommunalisierungsstrategien in der Energieversorgung.

Von besonderem Interesse dürften die neuen kleinen HTR aber für die BRD sein, da sie auch auf dem Gebiet der Atomwaffenproduktion z.T. mehr zu bieten haben als andere Reaktoren.

Die Grundeigenschaft militärischer Reaktoren — die Möglichkeit zum Brennelementewechsel während des laufenden Betriebes — besitzen die Hochtemperatur-Reaktoren schon in ihrem zivilen Kostüm. Für eine heimliche, illegale Abzweigung von Atomwaffenstoffen kommt als entscheidender Vorteil gegenüber herkömmlichen Reaktoren die „Handlichkeit der Brennelemente" hinzu. Statt mit umständlichen langen Brennstäben, in Brennelementen gebündelt, werden die HTR mit tennisballgroßen Brennelementkugeln betrieben. Wie der HTR-Kritiker Hahn schreibt, ist eine Abzweigung bei diesen Reaktoren auf jeden Fall *„leichter zu tarnen, zumal an beliebiger Stelle abgezweigte Brennelemente durch Blindelemente ersetzt werden können"* (Lothar Hahn, Der kleine HTR — letzter Strohhalm der Atomindustrie? Kurzstudie des Öko-Instituts Darmstadt, S. 26).

Die eindeutig militärische Besonderheit des HTR besteht aber darin, daß er als wirkungsvoller Tritium-Produzent eingesetzt werden kann. Tritium wird für die Wasserstoffbombenproduktion benötigt. „Durch geeignete Brennstoffzusammensetzung (z.B. durch Zugabe von Lithium)", heißt es in der Studie des Öko-Instituts, *„läßt sich die Erzeugung von Tritium zum Zwecke des Einsatzes in Atombomben steuern und kann für technisch weit entwickelte Atomwaffenstaaten militärisch interessant werden"* (s.o.).

Gerade an diesem Punkt hat die Realität die Studien der Kritiker bereits wieder eingeholt. Angesichts der in den USA skandalgebeutelten Atomwaffenproduktion denkt der im amerikanischen Energieministerium für die Entwicklung und Herstellung von Kernwaffen zuständige Staatssekretär Troy Wade über die Heranziehung bundesrepublikanischer HTR-Technik nach. *„Wade hält das Konzept eines Hochtemperatur-Reaktors für die militärische ebenso wie für die zivile Anwendung für vielversprechend"*, berichtete die „Frankfurter Allgemeine" stolz unter der Überschrift „Deutsche Technik" („FAZ", 27.10.88).

Weiter hieß es, *„man wolle diese Technik anwenden, um Tritium auf verschiedenen Wegen herstellen zu können und damit von der Schwerwassertechnik unabhängig zu werden. Nach Meinung des Staatssekretärs wird man wohl beim Bau des Hochtemperaturreaktors auf die deutschen Erfahrungen zurückgreifen. Wade weist auf ein Abkommen zwischen Siemens und dem kalifornischen Unternehmen General Atomics über die zivile Nutzung der Hochtemperatur-Technik hin. ‚Ich bin sicher, daß es auch auf diesem Gebiet zum Austausch von Informationen kommen wird', sagte Wade"* („FAZ", 17.10.88).

Die Bedenken der DKP gegen die Kooperation, weil damit jene Kräfte in diesem Land gestärkt werden, die *„über ein ganzes System atomindustrieller Anlagen bis hin zur Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf die Chance zur bundesdeutschen Atombombenproduktion zumindest offenhalten wollen"* („UZ", 31.10.88), finden ihre Berechtigung noch weit direkter.

Mit der Kooperation werden nicht nur die Kräfte gestärkt, die in diesem Land Atomwaffenoptionen verfolgen, sondern es wird auch direkt einer Technik zum Durchbruch verholfen, die der BRD als weiteres Glied in einer Infrastruktur für Atomwaffenproduktion dienstbar ist.

rh

Atomreaktor ohne GAU?

Er ist schon ein rechter Wunderreaktor, der Hochtemperatur-Modul-Reaktor (HTR-Modul), betrachtet mensch die Werbung der Atomindustrie: Er produziert nicht nur — und das selbstverständlich vollkommen schadstofffrei — Strom. Er entsalzt zudem die Meere, erzeugt Prozeß-, oder Fernwärme, Hochdruckdampf und vergast Kohle. Er ist klein, handlich und daher für jede Stadt und jeden Industriekonzern geeignet, preiswert und „inhärent sicher". Heißt es.

Mit dem HTR-Modul erlebt die Seifenblasenpropaganda der 70er Jahre, als Leichtwasserreaktoren und Schnelle Brüter der kleinen Frau und dem kleinen Mann als „Perpetuum mobile" der Energieerzeugung schmackhaft gemacht wurden, eine Neuauflage. Die Debatte um das HTR-Modul wird von der Atomgemeinde mit dem Begriff „inhärente Sicherheit" geführt, d.h. einer Störfallbeherrschung aufgrund physikalischer Prinzipien und ohne menschliche Eingriffe. Ein AKW ohne GAU also, ohne Gefahr eines Kernschmelzunfalls? Diese Argumentation zielt an den Sicherheitsproblemen des HTR vorbei. Das HTR-Modul wurde so konzipiert, daß bei Aufheizstörfällen aufgrund passiver Wärmeabfuhr die kritische Temperatur von 1600 Grad in den Brennelementen nicht überschritten werden soll.

Dies kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn die Abschaltung erfolgen kann und die passive Wärmeabfuhr störungsfrei zur Verfügung steht. Fallen diese Systeme aus, so können sich auch im Modulreaktor Unfallabläufe mit Brennelementtemperaturen über 1600 Grad entwickeln, in deren Folge es wie bei einem GAU zu massiven Freisetzungen von radioaktiven Teilchen und Gasen kommt. Verheerende Auswirkungen vor allem bei Standorten in Ballungsräumen wären die Folge, denn nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ist für das HTR-Modul kein gasdichtes Containment vorgesehen. Die Verwendung von Graphit als Strukturmaterial und Moderator beim HTR führt zu spezifischen Unfällen bei dieser Reaktorlinie. Trotz Vorsorgemaßnahmen können Wasser- oder Lufteinbrüche in den Primärkreislauf nicht ausgeschlossen werden. Schwerwiegende Unfälle mit Graphit-Wasser-Reaktionen oder der von Tschernobyl bekannte Graphit-Brand wären bei zusätzlichem Ausfall von Sicherheitssystemen die Folge. Weitere Unfallrisiken bergen das Versagen passiver Komponenten wie Rohrleitungen, Einwirkungen von außen wie Flugzeugabstürze oder auch Explosionen in angeschlossenen Chemiewerken und Raffinerien.

Papierkonzepte und
oder auch Explosionen in angeschlossenen Chemiewerken und Raffinerien.

Papierkonzepte und Versuchskomponenten

Das HTR-Modul wird zunächst angeboten mit 100 Megawatt (MW) zur kombinierten Strom- und Dampferzeugung. Als Abnehmer werden Städte mit Fernwärmenetzen, Konzerne der chemischen Industrie und Raffinerien umworben. Möglich soll auch die Auskoppelung von Hochdruckdampf für die Gewinnung von Öl aus Ölsanden oder Ölschiefer (tertiäre Ölförderung) sein. Doch das versprochene „breite Anwendungsspektrum" existiert ebenso wie die „inhärente Sicherheit" bis heute nur auf dem Papier oder wurde isoliert im Kleinstmaßstab im AVR-Versuchsreaktor des Kernforschungszentrums Jülich durchgeführt.

Weltweit gibt es keinen HTR-Modul-Reaktor.

Der in Hamm-Uentrop betriebene THTR 300 ist ein reiner Stromerzeuger ohne Dampfauskoppelung. Dieser Reaktor wurde schon in den 70ern den Gewerkschaften mit dem Schlagwort „Kohle-Atom-Verbund" schmackhaft gemacht, d.h. mit der Möglichkeit, Kohle mit den hohen, vom HTR erzeugten Temperaturen gasförmig zu machen — zu einer Zeit, als die „Kohlevergasung" nichts weiter war als eine theoretische Idee. Noch heute wird nach Werkstoffen gesucht, die den hohen Temperaturen standhalten würden. Ein HTR-Modul zur Kohlevergasung wird darüberhinaus einen erheblichen Umweltschutz- und Sicherheitsaufwand erfordern.

„Eine Referenzanlage realisieren"

Die Entwicklung der kleinen HTR-Modulanlagen ist eine Reaktion auf Veränderungen im bundesdeutschen und internationalen Energiemarkt. Der Bedarf an großen Reaktoren ist hierzulande gesättigt, gefragt ist heute die Kombination von Strom- und Wärmeerzeugung in kleinen Kraftwerken. Ihre Kunden wollen die zur „HTR-GmbH" fusionierten Reaktor-Anbieter Siemens und ABB zum einen bei Kommunen und Industrie in der BRD finden. Um das internationale Geschäft anzukurbeln, soll umgehend eine „Vorzeige"-(Referenz)Anlage gebaut werden. Als Standort dafür hatten die Städte Hannover und Düsseldorf Interesse signalisiert, für die tertiäre Ölförderung wurde das Emsland genannt, für die Kohlevergasung die Region Helmstedt von der niedersächsischen Landesregierung ins Spiel gebracht. Doch sollten auch andere potentielle Standorte nicht aus der Liste der Kandidaten gestrichen werden. Einen Planungsauftrag für einen Modulreaktor hat die HTR-GmbH bereits im Haus — Auftraggeber sind die bayerischen Isar Amperwerke.

Standortgerüchte werden in Bayern zwar offiziell hartnäckig dementiert, doch ist durchgesickert, daß das Energieversorgungsunternehmen im oberbayerischen Marienberg für ca. 1 Mio. DM Grundstücke zusammengekauft hat. Marienberg ist im Standortsicherungsplan ausgewiesen als möglicher Platz für ein Kraftwerk mit Fernwärmeauskopplung für's nahe Rosenheim.

Keine Standortnennung — kein Widerstand?

Als „Prüfsiegel für die internationale Ver-
Keine Standortnennung — kein Widerstand?

Als „Prüfsiegel für die internationale Vermarktung" läßt sich Siemens von der niedersächsischen Landesregierung das Konzept des HTR-Moduls mit den wesentlichen Auslegungsmerkmalen und der gesamten Sicherheitstechnik genehmigen. Neu ist dabei nicht nur die Reaktorlinie, neu ist auch das Genehmigungsverfahren: Ein Standort für den Reaktor wird zunächst nicht benannt, in der Hoffnung, daß der Antrag der HTR-GmbH ohne größere Beteiligung der Bevölkerung entschieden werden kann. Ein ähnliches Verfahren ist auch für Bayern zu erwarten.

Mit dem Mitte nächsten Jahres zu erwartenden Konzeptvorbescheid hält Siemens eine Genehmigung in Händen, die der — entscheidenden — ersten Teilerrichtungsgenehmigung eines Atomkraftwerkes mit Standort entspricht. Reibungsverluste zwischen Atomindustrie und Genehmigungsbehörde sind kaum zu erwarten. Bereits 1984 wurden in Gesprächskreisen, in denen neben den zuständigen Behörden und Gutachtern auch die Reaktorbauer vertreten waren, im Vorgriff auf eine reibungslose Genehmigung gemeinsam Sicherheitskriterien für den HTR entwickelt und ihm die *„grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit"* bescheinigt. Zielperspektive von Siemens seinerzeit war, bei der Genehmigungsbehörde *„eine Veränderung der Genehmigungspraxis in Bezug auf den Schutz gegen äußere Einwirkungen oder besser den Abbau der entsprechenden Regeln, Gesetze und Richtlinien"* (1) zu erreichen. Für die Genehmigungsunterlagen wurden „konservative Standortdaten" gewählt; so wird ein positives Urteil des niedersächsischen Umweltministers zur de-facto-Bescheinigung über die Genehmigungsfähigkeit der Anlage an allen in Frage kommenden bundesdeutschen Standorten.

Sowohl von Seiten der Landesregierung als auch der Atomindustrie wird bei der gewählten Genehmigungsstrategie auf das „St. Florians-Prinzip" gesetzt. Gehofft wird bei den Betreibern, daß die Auslegung der Unterlagen für das HTR-Modul mangels Standortbetroffenheit weitgehend unbemerkt bleibt und kaum Einwendungen gegen den entscheidenden Teil des Hochtemperaturreaktors — die Sicherheitstechnik — erhoben werden.

Doch nicht nur die Zahl der Menschen, die nach einer Einwendung gegen den Reaktor den Gerichtsweg gegen das Atomprojekt beschreiten können, soll klein gehalten werden — auch die Klagemöglichkeit selbst wird eingeschränkt. Von offizieller Seite (2) wird zunächst davon ausgegangen, daß bei fehlendem Standort niemand vor Gericht glaubhaft machen kann, daß er durch einen nur auf dem Papier existierenden Reaktor in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Mit dieser Begründung sollen eingereichte Klagen abgewiesen werden. In einem zweiten Erörterungsverfahren nach Standortbenennung sind nur noch standortspezifische Details Gegenstand der Debatte, das im standortunabhängigen Verfahren abgehandelte Konzept samt Sicherheitstechnik gilt als ein für alle Mal genehmigt.

Können Landesregierung und Atomindustrie das gewählte Genehmigungsverfahren für einen „standortunabhängigen Konzeptvorbescheid" durchsetzen, so geht die Beteiligung der Öffentlichkeit und von direkt Betroffenen bei Atomprojekten praktisch verloren.

Das bundesdeutsche und internationale Reaktorgeschäft beleben könnte dieses von der niedersächsischen Landesregierung wohlwollend als „Teil der Marktein-
jekten praktisch verloren.

Das bundesdeutsche und internationale Reaktorgeschäft beleben könnte dieses von der niedersächsischen Landesregierung wohlwollend als „Teil der Markteinführungsstrategie" gehandelte Genehmigungsverfahren allemal: Bauplatzbesetzungen und langwierige, die Reaktoren verteuernde gerichtliche Auseinandersetzungen haben keine Chance — da der Modul-Reaktor in „standardisierter Bauweise" weitgehend vorgefertigt angeliefert wird, könnte binnen 3 Jahren das AKW fertig auf der Wiese stehen.

S.

Anmerkungen:
1) HTR-Modul, internes KWU-Papier, 13.6.84
2) „Die standortunabhängige Konzeptgenehmigung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren", Ausarbeitung des wiss. Dienstes des Deutschen Bundestages vom 17.10.88

US-Atomwaffenproduktion:

Die geheimen GAUs

Schon seit Jahren sorgen die Anlagen der US-Atomwaffenproduktion unaufhörlich für Skandale. Anfang der 80er Jahre stand die Lagerung militärischen Atommülls im Brennpunkt öffentlicher Kritik.

Seit 1976 hatte sich das Energieministerium — zuständig für die Atomwaffenproduktion — erfolgreich dagegen gewehrt, daß das damals erlassene Gesetz zur Kontrolle giftiger Abwasser auch für die Atomwaffenfabriken gelte. (FAZ, 22.4.87) 1980 scheiterte im Kongreß wieder eine Gesetzesinitiative, die Lagerung von drei Millionen Kubikmetern gefährlichen militärischen Atommülls den gleichen Sicherheitsbestimmungen zu unterwerfen, die für zivile Anlagen gelten. Die damalige von den Demokraten gestellte Regierung unter Carter weigerte sich, der Nuklearen Kontrollkommission (NRC) entsprechende Befugnisse zuzugestehen (FR, 2.3.81).

Als 1982 Informationen an die Öffentlichkeit drangen, wonach in Oak-Ridge (Tennessee) tausend Tonnen Quecksilber einfach in den Boden geleitet worden waren, brach die Kritik an den fehlenden Sicherheitsvorkehrungen erneut auf (FAZ, 22.4.87). Von Oak-Ridge weitete sie sich auf den Savannah-River-Plant aus. Auch hier kamen skandalöse Zustände ans Licht. *„Zwischen 1953 und 1964 wurde 160mal mehr Jod 131 abgegeben, als für den Unfall in Three Mile Island berichtet wird. Mittelaktive flüssige Abfälle versickerten aus schnell ausgehobenen Teichen ins Grundwasser, hochaktiver radioaktiver Abfall tropfte aus Stahltanks. Die fortschreitende Grundwasserverseuchung alarmierte bereits den US Geological Survey, dem Bohrungen auf dem Gelände zur Prüfung der Grundwassersituation jedoch versagt wurden."* (taz, 18.5.87) Mehrere Trinkwasserbrunnen auf dem Gelände mußten wegen chemischer Verseuchung mit Trichloräthylen stillgelegt werden. Trichloräthylen wird zum Entfetten der Brennelemente verwendet. Über die radioaktive Verstrahlung bei dieser zwei Jahre geheimgehaltenen Grundwasserverseuchung wurde noch nichts bekannt.

1986 waren es die Anlagen im Atomwaffenproduktionszentrum in Hanford, die in die Kritik gerieten. Am 8. Oktober 1986 mußten die beiden dortigen Wiederaufbereitungsanlagen stillgelegt werden. Ein Untersuchungsbericht hatte 54 gefährliche Ereignisse in den letzten zwei Jahren festgestellt. Darunter eine Serie von „Kategorie-1"-Unfällen. Diese Kategorie beschreibt Unfälle, die *„mit größter Wahrscheinlichkeit ernsthafte Verletzungen oder Tod herbeiführen können"*(FR, 22.10.88). Im Dezember 1986 wurde auch der Plutoniumproduktionsreaktor-N in Hanford abgeschaltet. Der Manager der Firma UNC Nuclear Industries, die für

der Plutoniumproduktionsreaktor-N in Hanford abgeschaltet. Der Manager der Firma UNC Nuclear Industries, die für

das Energieministerium den N-Reaktor betrieb, Paul Bonin, sagte damals: *„Wir müssen den Reaktor im Durchschnitt fünfundzwanzigmal im Jahr wegen technischer Probleme abschalten. Zivile Kernkraftwerke fallen dagegen im Schnitt nur siebenmal im Jahr aus"* (FAZ, 24.12.86).

Neben Hanford wurden einzelne Abteilungen der Uranfabrik Fernald — die auch heute wieder in einen Skandal verwickelt ist — stillgelegt. In Fernald wie in Hanford wurde das radioaktive Abwasser in offenen mit Bitumen ausgelegten Tümpeln aufgefangen. Dort versickert es langsam und man hoffte, daß die Spaltprodukte im Boden aufgefangen würden (FAZ, 24.12.86).

1987 war es wieder der Savannah-River-Plant, der für Schlagzeilen sorgte. Aufgrund der bei Prüfungen an den Reaktoren zutage getretenen Schwächen mußte bereits Ende 1986 als Notmaßnahme eine Drosselung der Produktion um 26% angeordnet werden. Im März 1987 folgte als Auflage eine weitere Drosselung um 30%. Wie die Prüfer verlauten ließen, könnten sie nicht garantieren, *„daß das Kühlsystem der drei Reaktoren im Falle eines schweren Unfalles ausreiche, um einen ‚Meltdown' zu verhindern"* (taz, 27.3.87). Meltdown ist eine Kernschmelze. Überdies sind in Savannah-River-Plant sowieso keine Kühltürme vorhanden, sondern das heiße Abwasser wird direkt in die Umwelt abgelassen.

Eine Serie von Skandalen

Ausgangspunkt der jetzt aufgedeckten Serie von Beinahekatastrophen und katastrophalem Normalbetrieb in verschiedenen Anlagen des US-Atomwaffenkomplexes war wieder der Savannah-River-Plant. Im August mußte das US-Energieministerium (DOE) den letzten Reaktor (P) in Savannah-River stillegen. Die Öffentlichkeit erfuhr von den Störfällen aber nicht durch das Ministerium, sondern durch die Presse.

Am 30. September wurde während einer parlamentarischen Anhörung vor einem Untersuchungsausschuß des US-Kongresses eine Studie aus dem Jahre 1985 bekannt, in der der Physiker G.C. Ridgeway detailliert die Unfallgeschichte der Anlage seit 1957 beschrieb. Nach dieser Studie haben sich in den Reaktoren des Savannah-River-Plant über einen Zeitraum von 28 Jahren (1957-1985) 30 *„Reaktorstörfälle der größten Bedeutung"* ereignet. Nach Aussagen des Ausschußmitgliedes Senator John Clenn gab es darunter fast *„ein weiteres Tschernobyl"* (FR, 3.10.88). Bei einem schweren Unfall am 12. Januar 1960 hatten die Techniker beim Wiederanfahren des L-Reaktors die Kontrollstäbe zu weit herausgefahren. Dabei sei die Kettenreaktion fast außer Kontrolle geraten. Der Reaktor wurde schwer beschädigt (FAZ, 7.10.88).

Im November 1970 kam es im K-Reaktor zum Schmelzen eines Verbindungsstabes, der normalerweise die Neutronen liefert, mit denen die nukleare Kettenreaktion in Gang gesetzt wird. *„Im Filterraum für das Primär-Kühlwasser trat daraufhin für Stunden Wasser aus. Die Strahlung in dem Raum sei so stark gewesen, daß 900 Techniker drei Monate damit beschäftigt gewesen seien, ihn zu dekontaminieren."* (FAZ, 7.10.88) Einen Monat später, im Dezember 1970, kam es bei einem weiteren Unfall im C-Reaktor zu einer teilweisen Kernschmelze. Diesmal hatten die Techniker, wie es hieß, versucht, eine nukleare Kettenreaktion in Gang zu setzen, obwohl der Kühlwasserdurchfluß zu gering gewesen ist.

Der letzte Unfall in der Störfallserie war der im August 1988 im P-Reaktor, mit dem der Skandal in die Öffentlichkeit gelangte. Der Unfallablauf soll dabei dem vom 12.01.1960 geglichen haben. (FAZ, 7.10.88) Seitdem ist mit dem P-Reaktor auch der letzte der in Savannah-River-Plant betriebenen Atomreaktoren stillgelegt. Zur Zeit sind anscheinend alle *militärischen* Atomreaktoren zur Spaltstoffproduktion außer Betrieb.

Eine Woche nach Bekanntwerden der Unfallserie in den Reaktoren des Savannah-River-Plant weitete sich der Skandal auf weitere Anlagen im US-Atomwaffenkomplex aus. Am Wochenende des 8./9. Oktober mußte das Energieministerium den Betrieb in Teilen der Plutoniumfabrik Rocky Flats in der Nähe von Denver stillegen. Dort war es am 29. September zu einem Strahlenunfall gekommen, als zwei Sicherheitsingenieure des Unternehmens einen Beamten des Ministeriums

einem Strahlenunfall gekommen, als zwei Sicherheitsingenieure des Unternehmens einen Beamten des Ministeriums

auf einem Rundgang durch den Betrieb führten. *„Dabei betraten die drei Männer auch einen Raum im Gebäude 771, in dem unter anderem Geräte aufbewahrt werden, die stark mit Radioaktivität verseucht sind. Offenbar übersahen die drei Inspektoren dabei Warntafeln, auf denen vor der Strahlengefahr gewarnt wurde. In diesem Teil des Gebäudes dürfe man sich nur mit Sicherheitskleidung und schwerem Atemschutz aufhalten, hieß es. Nach allem was bisher über den Zwischenfall bekannt wurde, waren die drei Ingenieure unzureichend ausgerüstet."* (FAZ, 13.10.88)

In dem für unbestimmte Zeit stillgelegten Gebäude 771 wird das Plutonium für sogenannte „Pits" gereinigt und aufbereitet. Unter einem „Pit" wird das Innere eines thermonuklearen Sprengkopfes verstanden, welches die eigentliche Kernfusion und damit die Explosion einer Wasserstoffbombe auslöst. Aufgrund der Stillegung können in Rocky Flats derzeit keine Auslöser („Trigger") für Wasserstoffbomben hergestellt werden.

Am 11. Oktober gerieten auch die drei mit Atomwaffenforschung befaßten Zentren der USA in Los Alamos, Livermore und Albuquerque in die Kritik der Untersuchungsausschüsse. In den Laboratorien seien *„angeblich Mitarbeiter östlicher Geheimdienste und Wissenschaftler aus atomaren Schwellenländern ohne große Sicherheitsüberprüfungen"* (FAZ, 13.10.88) für längere Zeit ein und aus gegangen. Nach einer Liste des dem Kongreß unterstellten Rechnungsbüros GAO sollen zwischen Januar 1986 und September 1987 insgesamt 6700 Ausländer die drei Laboratorien besucht haben. 675 stammten *„aus jenen Ländern, von denen angenommen wird, daß sie insgeheim an Kernwaffenprojekten arbeiten. Dazu gehören Iran, der Irak, Argentinien, Brasilien und Pakistan."* (FAZ, 13.10.88)

Zeitgleich zur Teilstillegung in Rocky Flats kam es am 8. Oktober zur Stillegung einer weiteren Anlage, der Fernald-Atomfabrik bei Cincinnati (Ohio). 625 Arbeiter des Werkes traten wegen der katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Streik. Der neue Betreiber der Anlage, die Firma Westinghouse Material Co., will darüber hinaus durchsetzen, daß die Arbeiter zehn Prozent ihrer Krankenkassenbeiträge zahlen und sich außerdem an den Krankenhauskosten beteiligen. Neben höheren Löhnen geht es, wie der örtliche Gewerkschaftssekretär Dave Day sagte, *„vor allem um die Betriebssicherheit und die Krankenversicherung"*. Weil man in einer Uranfabrik arbeite, sei man besonders gefährdet. Die Krankenkosten könnten in die Tausende von Dollars gehen. Das wolle man nicht akzeptieren (FAZ, 3.11.88).

Die Anlage steht bereits seit 1986 wegen katastrophaler Arbeitsbedingungen und fortwährender Umweltbelastungen mit radioaktivem Uranstaub im Zentrum öffentlicher Kritik. Jetzt mußte das US-Energieministerium im Zusammenhang einer gerichtlichen Klage von 14.000 Anwohnern Dokumente über die Umweltbelastung durch die Anlage freigeben. Nach unterschiedlichen Angaben

14.000 Anwohnern Dokumente über die Umweltbelastung durch die Anlage freigeben. Nach unterschiedlichen Angaben

in der Presse sollen danach 200 Tonnen radioaktiven Uranstaubs in die Luft (ca. 135 Tonnen), in das Grundwasser (ca. 75 Tonnen) und in einen nahe gelegenen Fluß gelangt sein (FR, 14.10.88). Eine andere Darstellung meint, „tausende von Tonnen radioaktiver Abfälle" hätten das Grundwasser verseucht (taz, 17.10.88). Mit der in Fernald bestreikten Atomfabrik liegen zur Zeit vier Anlagen des



Büros und Anlagen, die mit Kernwaffenproduktion befaßt sind

Quelle: Amerikanisches Energieministerium (DOE)

US-Atomwaffenproduktionskomplexes still.

35 Jahre konsequente Geheimhaltung

Ebenso ungeheuerlich wie die Zustände in den Anlagen selbst zeigt sich mit diesem Skandal die Informationspolitik der US-Regierungsstellen. Mehrfach knapp an einem Super-Gau vorbeigekommen, wird auf der Ebene der Information das von Tschernobyl bekannte Verschleiern und Vertuschen noch übertroffen. Von Anfang an wurde jede Öffentlichkeit konsequent unterdrückt. Als das Motiv für die Verheimlichung gab der Sprecher des DOE, Callicott, an, es habe *„die Ansicht vorgeherrscht, daß die Störfälle im Interesse der nationalen Sicherheit geheimgehalten werden müßten"*. (FAZ, 6.10.88)

Noch während der Enthüllungen setzten sich diese Vertuschungsbemühungen fort. So versuchte das Energieministerium anfänglich, jede Verantwortung für die Unfallserie von sich zu weisen. Als Version galt: *„Die Zwischenfälle wären dem US-Energieministerium (DOE), das die Plutoniumproduktion überwacht, bis zum August dieses Jahres nicht bekannt"* gewesen (taz, 3.10.88). So schob das Ministerium die Verantwortung auf die Betreiber der Anlagen ab, Unternehmen wie DuPont, Rockwell und Westinghouse (FR, 22.10.88). Das war allerdings sehr schnell zum Scheitern verurteilt. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen distanzierte sich der Chemiekonzern DuPont vom Energieministerium. Dem Unternehmen könne man keine Verschleierung der Zwischenfälle vorwerfen, da jedes anormale Ereignis den Vertretern des Ministerium gemeldet wurde (FAZ, 24.10.88). Auch Westinghouse, die Betreiberfirma der Fernald-Uranfabrik in Cincinnati (Ohio), erklärte zur dortigen Verseuchung von Luft und Grundwasser mit radioaktivem Staub, *„dies sei ihm vom Energieministerium gestattet worden"* (FR, 14.10.88).

In den Anhörungen des Kongreßausschusses zur Fernald-Uranfabrik wurde diese Darstellung schließlich auch von Seiten des Energieministeriums selbst bestätigt. Der Kongreßabgeordnete von Cincinnati, Thomas Luken, faßte die Ergebnisse der Anhörung so zusammen: *„Die Angaben des Energieministeriums vor Gericht bedeuten, daß das DOE eine Art von*

nisse der Anhörung so zusammen: „Die Angaben des Energieministeriums vor Gericht bedeuten, daß das DOE eine Art von

chemischer Kriegsführung gegen die Bevölkerung von Fernald begangen hat. Es gibt zu, daß es seit mehr als 20 Jahren wußte, daß die Abfallgruben undicht sind. Vor allem gibt es nun zu, daß es fast 35 Jahre lang auf seinen Händen gesessen und nichts unternommen hat, um diese lebensbedrohenden Probleme zu beheben" (taz, 17.10.88)

Es blieb nur noch übrig, die Verantwortung im Energieministerium zu übernehmen und als sogenannte Managmentfehler auf einzelne leitende Beamte abzuschieben. Auf einer Pressekonferenz hieß es: *„Im Grunde haben wir es mit einem Managmentproblem zu tun."* Und weiter erklärte der Sprecher des Energieministeriums, B.J. Cooper: *„Das Energieministerium bekommt die Sache in den Griff, der Präsident ist unterrichtet und man kann nicht jedesmal, wenn ein Problem auftaucht, im Weißen Haus eine Untersuchungskommission einrichten"* (FR, 22.10.88). Bei den Anhörungen hieß es: *„Im Ministerium gibt es derzeit leitende Beamte, deren Einstellung zur Sicherheit in Atomanlagen fatal an die von NASA-Mitarbeitern erinnert, die zur Explosion der Challenger-Raumfähre führte"* (FR, 22.10.88). Parallel dazu kursierten Meldungen von Alkohol- und Rauschgiftkonsum unter den Bedienungsmannschaften der US-Atomkraftwerke (taz, 22.10.88). Kurzum, mit den angeblichen Worten eines Sprechers des Weißen Hauses: *„Wenn die Nachrichten richtig schlecht werden, ist es besser, sie als Versagen des Energieministeriums darzustellen, denn als Versagen des Weißen Hauses."* (FR, 22.10.88)

Wenn die Nachrichten ganz schlecht sind, hält man sie manchmal auch ein Jahrzehnt zurück: Über den GAU von Harrisburg ist jetzt in Kurzmeldungen zu erfahren, daß die Hälfte des Reaktorkerns geschmolzen war!

Auf ein Neues

Mit den jetzigen Stillegungen von vier Anlagen ist die vom Sprecher des Energieministeriums beschworene „nationale Sicherheit" allerdings auch nicht gefährdet. Plutonium ist auf verschiedenen anderen Wegen weiterhin gewinnbar. Zum einen wird der größte Anteil des für neue Waffen benötigten Plutoniums und alles waffenreine Uran aus alten Atomwaffen gewonnen, u.a. aus den Sprengköpfen der im INF-Abkommen abgerüsteten Raketen. Das dort herausgenommene Plutonium geht Gramm für Gramm in neue moderne Sprengköpfe ein.

Desweiteren haben die USA mit neuer Lasertechnologie die Möglichkeit, auch aus den abgebrannten Brennelementen ziviler AKWs Plutonium zu gewinnen. Eine Versuchsanlage, die „Special Isotope Separation Facility", steht im Bundes-

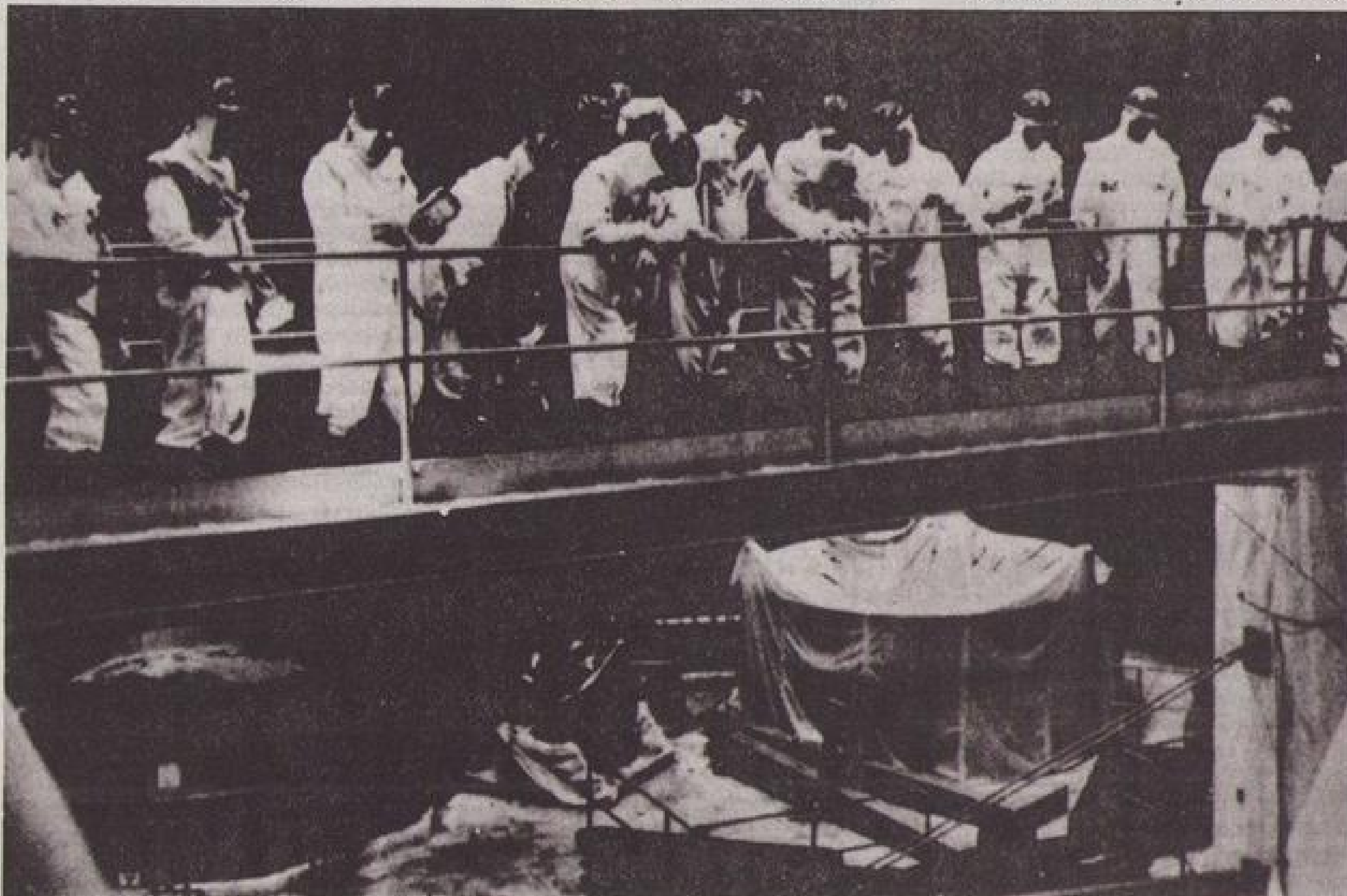
viler AKWs Plutonium zu gewinnen. Eine Versuchsanlage, die „Special Isotope Separation Facility", steht im Bundes-

staat Idaho (taz, 27.3.87).

Engpässe könnten, wenn überhaupt, nur bei der Tritium-Versorgung auftreten. Doch auch hier liegt kein akuter „Produktionsnotstand" vor. Das Pentagon lädt Atomwaffen alle fünf Jahre mit Tritium nach. Die vorhanden Tritiumvorräte, so die Berechnungen von Fachleuten auf dem Gebiet der Atomwaffenproduktion in den USA, könnten die nächsten zwei Jahre überbrücken. (FR, 21.10.88)

Mit dem Wiederanfahren der stillgelegten Anlagen, soll es allerdings schneller gehen. *„Bereits Ende dieses Jahres soll der sogenannte K-Reaktor wieder angefahren werden, im folgenden Frühjahr soll der L-Reaktor folgen und im Herbst schließlich der P-Reaktor"* (FAZ, 27.10.88) Das gilt als Übergangslösung bis zur Fertigstellung neuer Reaktoren. Die Genehmigung, zwei neue Reaktoren als Ersatz für die alten Anlagen zu bauen, soll bereits vorliegen. *„ Auf dem Gelände am Savannah-River soll ein neuer Schwerwasserreaktor entstehen, in Idaho will man einen gasgekühlten Hochtemperaturreaktor bauen. Der Hochtemperaturreaktor soll zur Tritiumproduktion eingesetzt werden. Von den zuständigen Stellen wird das Konzept eines HTR für eine derartige militärische Anwendung als ebenso vielversprechend wie für die zivile Anwendung beurteilt. Für den Bau des Reaktors soll auf bundesdeutsche Erfahrungen zurückgegriffen werden. Dabei wurde auf ein Abkommen zwischen Siemens und dem kalifornischen Unternehmen General Atomics über die zivile Nutzung der Hochtemperaturtechnik hingewiesen. Der zuständige Staatssekretär im Energieministerium Wade gab sich zuversichtlich: ‚Ich bin sicher, daß es auch auf diesem Gebiet zum Austausch von Information kommen wird' "*. (FAZ, 27.10.88)

rh



Unfallreaktor Harrisburg

„Da ist Musik drin!"

Prominente Linke zu 300 Nummern „Arbeiterkampf"

Dreihundert Nummern „Arbeiterkampf", seit der Nummer 295 „ak" abgekürzt, wie sehen uns andere? Wir baten sie um eine kurze Antwort: diverse Linke, linke Grüne, Grüne, die mal links waren oder sich immer noch dafür halten. Wir fragten: „Was hältst du vom AK"? Heraus kam ein buntes Meinungspotpourri von begeisterter Zustimmung bis zu schroffer Ablehnung.


Anita Rée


Iwan Puni

Petra K. Kelly (grüne Bundestagsabgeordnete):
Gerd Bastian und ich sorgen uns sehr, daß euer Wirken dem gewaltfreien Kampf für eine grüne Zukunft schaden könnte.

Willi K. Goltermann (Unternehmer):
AK? Da ist Musik drin!

Alice Schwarzer (Emma):
Den AK lese ich besonders gern wegen seiner aufregenden Frauenseiten.

Joschka Fischer (grünes Landtagsmitglied):
Dem Ebermann sein Hausblatt mag ich nicht.


Edgar Degas


Alexandra Alexandrowna Exter

Adrienne Goehler (grüne Bürgerschaftsabgeordnetin):
Nicht was ich denke, was ihr seid, sondern was ihr denkt, wer ich bin, macht mich neugierig auf mehr.

Joscha Schmierer (Kommune, Vermögensverwalter):
Warum müßt ihr mich immer an meine Vergangenheit erinnern?

Ein Hamburger Autonomer:
Affengeil, euer Sportteil. St. Pauli, St. Pauli …

Martin Fochler (BWK):
Theoriezeitung für die neuen grünen Mittelschichten.

Klaus Hartung (taz):
Es ist ein Armutszeugnis für die politische Kultur und den beschämenden Mangel an demokratischer Reife in diesem Land, daß eine Zeitschrift wie die eure immer noch gelesen wird.

Hermann L. Gremliza (konkret):
Ich würde gerne mal konkret hinter das Geheimnis kommen, wie ihr Monat für Monat aus der Materialschlacht innerhalb von drei Tagen 40 Seiten macht.

Michael Stamm (Grüner Cheftheoretiker):
Zwei Dinge gefallen mir am AK nicht: Er unterschätzt die ganz neue Dynamik der Grünen für ein linkes Zukunftsprojekt der hegemonialen Mehrheit; und er druckt zu wenig Artikel von mir ab.

Herbert Mies (DKP-Vorsitzender):
Wenn es der Lösung der globalen Probleme nützt, werden wir deutschen Kommunisten im Geiste der Rede, die Generalsekretär Michail Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution gehalten hat, mit jedem, egal welcher Klasse er zugehörig ist, zusammenarbeiten. Neues Denken erfordert neue Bündnisse.


Suzanne Valadon


Marc Chagall

Ein weiterer Hamburger Autonomer:
Ihr habt das Proletariat verraten, den „Arbeiterkampf" konnte man wenigstens noch lesen.

Oliver Tolmein (taz):
Geil, der AK. So ähnlich, nur ein bißchen lockerer und spannender, stelle ich mir die taz vor.

Otto Schily (grüner Bundestagsabgeordneter):
Glaubt ja nicht, daß mir nach so viel Jahren Abwesenheit von meinem genuinen Beruf nicht noch ein Paragraph gegen euch einfallen würde.

Eine Betriebsrätin:
Unentbehrlich für jede/jeden, der/die tagtäglich im Klassenkampf steht.

Jürgen Reents (dpi-notdienst):
Alle Leute sind deligthed über die ak-press, international.

Jutta Ditfurth (Vorstand Die Grünen):
Nehmt den Vorwurf mit der „komplizierten Aktion" gegen Manfred zurück, und ich komme wieder in den Lesekreis, aber nicht in Frankfurt.

Jakob Moneta (VSP):
Solange eure Haltung zum gewerkschaftlichen Kampf, insbesondere zur IG Metall, so ungeklärt ist, dürfte der Einheit der Revolutionären Sozialisten noch einiges im Wege stehen.

Thomas Ebermann (grüner Bundestagsabgeordneter):
Müßt ihr mich so früh am Morgen sowas Schwieriges fragen?

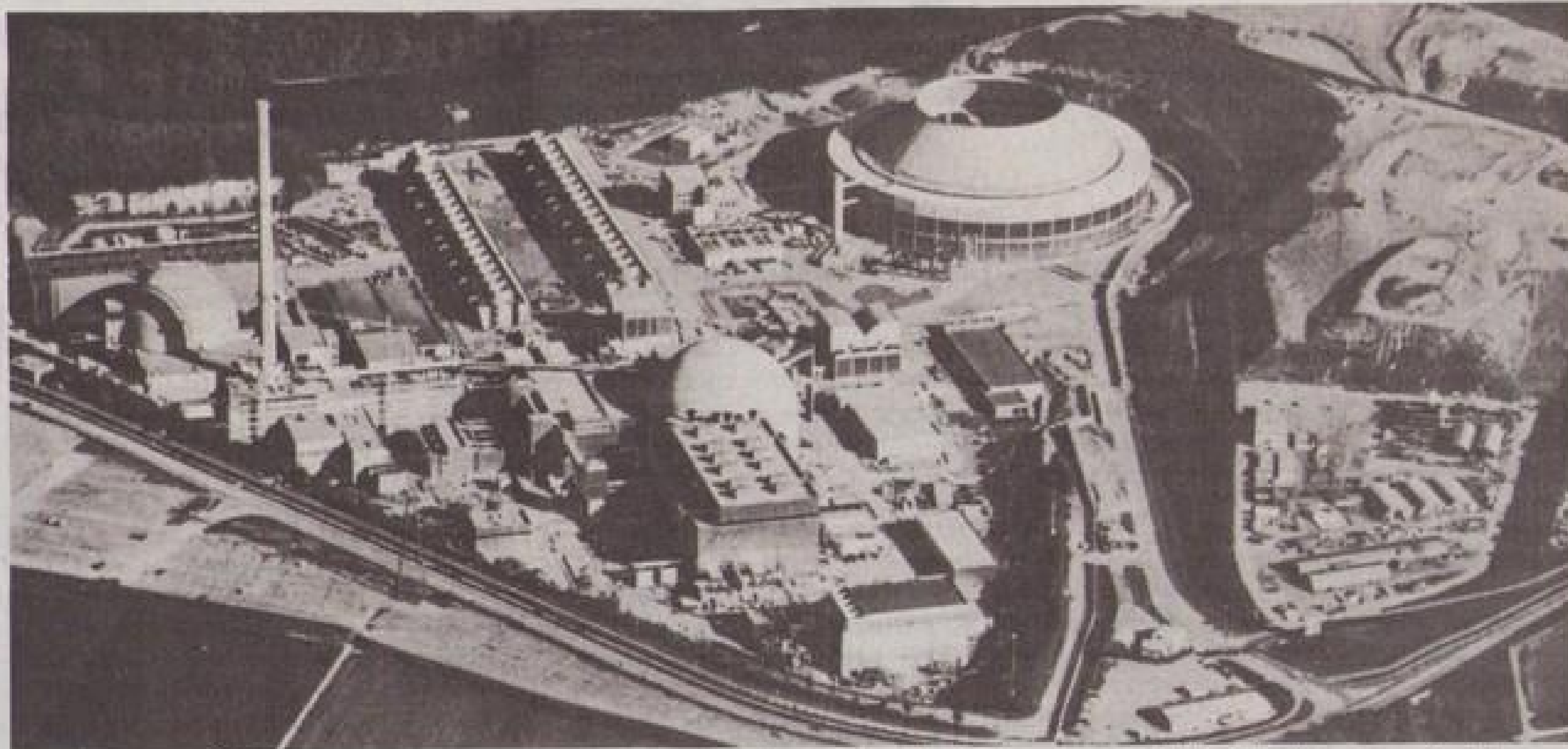
Georg Fülberth (DKP Marburg):
Unter dem Gesichtspunkt des Waldfrevels ist der Schaden, den der AK anrichtet, gering. Unter dem Aspekt der Ideologie jedoch steht der Nutzen dieser Zeitung unverdient im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Niveau.


Édouard Manet


Georges Seurat

Das letzte AKW wackelt

30 Kilometer von Stuttgart entfernt soll das AKW Neckarwestheim II jetzt Ende Oktober in Betrieb genommen werden. Das letzte, *vermeintlich* letzte neue AKW der BRD. Zu den üblichen Gefahren der Atomwirtschaft gesellen sich bei Neckarwestheim II folgende Probleme hinzu: Das „Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar" steht auf geologisch instabilem Grund. Die Kühlung des AKWs ist nicht gesichert. Neckarwestheim II erhöht die vorhandenen Stromüberkapazitäten in Baden-Württemberg weiter. Der zahlenmäßig geringe Protest und Widerstand gegen den Atommeiler im Neckartal arbeitet sehr effektiv.



Neckarwestheim II gehört zur gleichen Baulinie wie „Wyhl" und Brokdorf, der sogenannten „Baulinie 80", ist also ein 1300 Megawatt Druckwasserreaktor. Block I, ein 855 MW Druckwasserreaktor, ging als fünftes AKW der BRD im Herbst 1976 in Betrieb. Block II sollte ursprünglich spiegelgleich zum ersten angelegt werden, schon 1975 war für das „Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar" (GKN) II ein Antrag eingereicht worden. Die örtlichen Bauernverbände, eine für die in Baden-Württemberg allein regierende CDU relevante (Wähler-)Gruppe, hatten verlangt, daß GKN I erst einmal fünf Jahre „problemlos" betrieben werden müsse, bevor man einen zweiten Block genehmigen dürfe.

Die CDU-Landesregierung gedachte ihrer auch durch Winzer und Weinbauern verursachten Niederlage in Wyhl, ging auf die Bedenken der Verbände ein und ließ die Genehmigungsunterlagen bis 1981 liegen. Jetzt sollte aber die Reaktorgröße steigen, entsprechen der „Baulinie 80" auf 1300 MW.

Im Gegensatz zu Wyhl verstand es die CDU-Landesregierung zusammen mit den Neckarwerken (den Betreibern) und der AKW-Leitung, durch moderates Auftreten, Taktieren und teilweise Zugeständnisse Schwung aus dem aufkeimenden Protest zu nehmen.

So kämpften bis 1986 nur wenige vor Ort (meist juristisch) gegen das atomare Unheil. Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl kam der Protest wieder auf: Mehrere Informations- und Aktionstage (Neckarwestheimer Herbst etc.) waren organisiert worden, Blockaden der Baueinfahrten häuften sich. Der Schritt vom Protest zum Widerstand gelang mit der Besetzung des im Bau befindlichen AKWs Neckarwestheim II am 19.3.88, einen Tag vor der baden-württembergischen Landtagswahl.

Ein Freundeskreis von 25 Tübingern nutzte eine offizielle Besichtigung zu einer neuen direkten Aktion: Die Lademaschine, die später die Brennelemente vom Reaktorkern zum Abklingbecken transportieren wird, wurde während des Besuchs von 5 der 25 AKW-GegnerInnen bestiegen und für besetzt erklärt.

Kraftwerksleitung, Kripo und Werkschutz versammelten sich unter der Kuppel und konnten die Besetzung erst nach viereinhalb Stunden beenden. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die fünf mit einer eigens konstruierten Seilbahn abgeseilt wurden, mußten alle Arbeiten im AKW ruhen und die vielen Besuchergruppen mußten das AKW verlassen.

Während der Aktion war den BesetzerInnen mehrfach Straffreiheit angeboten worden, denn die Polizei wußte nicht, wie sie räumen sollte. Die fünf BesetzerInnen haben Strafbefehle mit der Anklage von „Hausfriedensbruch" bekommen. Für den folgenden Prozeß gibt es ein Rechtshilfekonto: 54 040 000, Volksbank Tübingen.

Zur Eröffnung des Landtags am 6. Juni fand eine Blockade mit grünen Landtags-und Bundestagsmitgliedern (ausschließlich Frauen) statt. Am 9. Juni wurde während der Regierungserklärung des CDU-Ministerpräsidenten Späth auf der Besuchertribüne im Landtag, vorm Landtag und in der Stuttgarter Innenstadt protestiert. Am 1. Juli hielten die Neckarwerke, denen zu 40% die beiden AKWs gehören, ihre Aktionärsversammlung ab. Für die geld- und eßgierigen „Normalaktionäre" gab es durch kritische Aktionäre Nachhilfe in Sachen Atomkraft. Selbst ein Bankenvertreter mußte eine kritische Stellungnahme von einem Großkunden verlesen.

Seit Ende Juni wurden von Stuttgarter, Ludwigsburger, Backnanger AKW-Gegnern und Mitgliedern der Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA) die beiden Atomkraftwerke rund um die Uhr beobachtet. Folge dieser Beobachtung war dann am 19. Juli eine weitere Aktion des effektiven Widerstandes in Neckarwestheim: Die AKW-GegnerInnen hatten auf Hinweise von kritischen Arbeitern festgestellt, daß die 199 Brennelemente mit LKWs aus Hanau angeliefert wurden. Die atomaren Brennelementtransporte waren durch die Aufschriften „VILLEROY und BOCH, Geschirr, Kristalle, Fliesen, Sanitärkeramik" als harmloses Porzellan getarnt. Der Atomtransporter wurde durch die Anti-AKW-Leute gestoppt und das atomare Geheimnis gelüftet. Das Fernsehen, verschiedene Hörfunkprogramme sowie örtliche und überregionale Zeitungen waren vorher informiert worden und berichteten ausführlich über die geheimen Atomtransporte. Die Brennelemente waren vier Stunden lang aufgehalten worden und konnten nicht mehr in den Reaktorkern gebracht werden.

Die Polizei konnte niemanden festnehmen, da alle nach der in Neckarwestheim noch obligatorischen dritten Aufforderung aufstanden und die atomare Fracht noch bis zum AKW durch eine „Bummeldemo" begleiteten.

Am 12.9.88 war in Neckarwestheim Aktionstag und Kundgebung; die gesamte Palette des Protestes kam zu Wort. Am 29.9. wurde Neckarwestheim II wieder einmal parlamentarisch behandelt: In namentlicher Abstimmung stimmte die CDU für den Wackelreaktor. Bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der CDU und SPD stimmte die gesamte parlamentarische Opposition aus SPD, FDP und Grünen dagegen.

Zwei Probleme hat sich die CDU-Landesregierung damit aber noch nicht vom Leibe geschafft: Der Geologe Dr. Hermann Behmel ging am 17.9.88 mit einem „Memorandum zum Standort des Gemeinschaftskernkraftwerkes Neckar" an die Presse. Behmel, der im übrigen kein eingefleischter Atomkraftgegner ist, hat seine geologischen Bedenken seit 1978 auch in offiziellen landschaftsökologischen Gutachten wiederholt vorgebracht. Immer wieder stimmten ihm fachkundige Kollegen zu. Behmel beanstandet im einzelnen:

— Die amtliche geologische Karte zeigt horizontale und vertikale Erdbewegungen im Gebiet des Atomkraftwerks, es handelt sich dabei um die am „jüngsten abgelagerten Erdschichten in Baden-Württemberg überhaupt". Es besteht also ein inhomogener Untergrund, bei dem auch weiterhin mit Bewegungen zu rechnen ist. Maschinenhaus und Notspeisegebäude liegen direkt auf einer westlichen Blattverschiebung. Zwischen Reaktor, Hilfsaggregaten und Schaltanlagengebäude verläuft eine Vertikalstörung.

— Die Eigenschaften der örtlich vorhandenen Gesteine sind sehr problematisch. Dies sei spätestens seit dem Bau der Eisenbahntunnel in Württemberg bekannt.

Durch 87 Bohrungen bis in 94 Meter Tiefe während des Gesteinsabbaus im ehemaligen Steinbruch Neckarwestheim wurden dem Grundwasser Wege gebahnt, Quellungen forciert; Aufwölbungen und Hohlraumbildungen, beides für den Atomreaktor gefährlich, wurden ermöglicht. Weiter ist der Standort gefährlich, da wegen der enormen Durchströmung des Untergrundes (147 l/sec) und der bisher 100 l/sec, die durch Neckarwestheim I abgezogen werden, durch Unterspülungen und Auslaugungen Hohlräume entstehen können.

Die jeweiligen Sachverhalte können in Wechselwirkungen treten und somit die Standortunsicherheit verschärfen. Der Geologe fordert neue Ermittlungen und seriöse Prüfungen des schlechtestmöglichen Falls. Die CDU-Landesregierung beruft sich auf alte Gutachten, die diesen Sachverhalt vernachlässigen.

Das zweite Problem ist die fehlende Kühlung des Neckars, der durch Neckarwestheim II weiter aufgeheizt werden wird. Dieses Problem wollte die Landesregierung durch ein gewagtes Projekt beiseite schaffen: Die Energieversorgung Schwaben (EVS), Anteilseigner der beiden Atombauten am Neckar, wollte Trinkwasser (!), das in dem Schwarzwaldtälchen Kleine Kinzig in einem Speicher gesammelt wird, durch einen 8,5 km langen Tunnel für geplante 50 Millionen DM in den hitzigen Neckar leiten. Der Stadt Offenburg war ein Anschluß an dieses Trinkwasserreservoir zuvor versagt worden.

Das Projekt ist quasi gestorben: die relevanten Gemeinden Freudenstadt und Alpirsbach haben sich dagegen ausgesprochen, in Alpirsbach sogar die einheimische CDU.

Ein drittes Problem wird durch Neckarwestheim II geschaffen: Das Atomkraftwerk erhöht die bestehenden Überkapazitäten weiter. In Baden-Württemberg stehen nach einem Bericht der Landesregierung ca. 13 Gigawatt Strom zur Verfügung, im kalten Winter 1984 bestand aber lediglich eine Netzhöchstlast von ca. 8 Gigawatt. Das führt nun dazu, daß ein weiterer Anteilseigner der Neckarwestheimer Atomkraftwerke, die Technischen Werke Stuttgart (TWS), mit dem Strom auf den Wärmemarkt wollen. Konkret heißt das eine enorme Energieverschwendung, da Wärme in Strom und wieder in Wärme umgewandelt wird.

Ende Oktober soll Neckarwestheim II ans Netz trotz aller Schwierigkeiten. Die Protest- und Widerstandsgruppen aus der Region Stuttgart, von Ludwigsburg bis Tübingen, haben sich entschlossen, den Kampf fortzuführen.

Tobias Pflüger, Tübingen

Krupp-Arbeiter geben nicht auf

Betriebskomitees bei Krupp Rheinhausen bereiten neue Aktionen vor

Für den 26. November, den ersten Jahrestag des Beginns der Rheinhausener Arbeitskämpfe, hat ein „Aktionsausschuß der Krupp-Kollegen" zu einer Demonstration aufgerufen. Es geht um die Zurücknahme des Stillegungsbeschlusses.

Auslöser der Initiative, die von oppositionellen Linken in- und außerhalb des Betriebes, nicht jedoch von der IG Metall und der Betriebsratsspitze getragen wird, ist die durch den Stahlboom bedingte hohe Zahl von Überstunden (im Oktober 25.000). Z.Zt. produzieren 4.728 Kollegen über 300.000 Tonnen Stahl. Eine Leistung, für die vor drei Jahren noch weit mehr als 6.000 Kollegen ihre Knochen hinhalten mußten.

Neben der Belastung durch die Überstunden trug auch die Betriebsratspolitik, die den langsamen Belegschaftsabbau „begleitet" und dabei mit Informationen über laufende Verhandlungen zwischen Betriebsrat und den Vorständen von Krupp und Mannesmann zunächst gar nicht (vgl. AK 299), und schließlich unter dem Druck einer linken Öffentlichkeit, zögerlich nachkommt, dazu bei, daß die Krupp-Kollegen sich gezwungen sahen, auch außerhalb der offiziellen gewerkschaftlichen Gremien aktiv zu werden.

Während der Rheinhausener Betriebsratsvorsitzende Bruckschen angesichts der hohen Zahl von Überstunden im August noch erklärt hatte: *„Der Schließungsbeschluß für Rheinhausen muß sofort vom Tisch!"* (metall, 19.8.), ging es ihm in den Verhandlungen mit dem Krupp-Vorstand, Mitte Oktober, nur noch um eine „Verlängerung der Zeitschiene", d.h. darum, den Prozeß der Schließung noch ein bißchen in die Länge zu ziehen.

Die Verhandlungen seien zwar, so Bruckschen, unbefriedigend verlaufen, hätten aber immerhin zu einem Teilerfolg geführt. Wer vom „Teilerfolg" redet, müßte eigentlich erst einmal sagen, was einen „Gesamterfolg" ausmachen würde. Das hat Bruckschen jedoch tunlichst vermieden.

Bruckschens „Teilerfolg" sieht so aus: Der zweite Hochofen in Rheinhausen soll nicht mehr im Juni, sondern frühestens im Oktober nächsten Jahres stillgelegt werden. Außerdem sollen 42 gewerbliche Auszubildende, anstatt befristet, unbefristet eingestellt werden. 56 Lehrlinge, die ihre Ausbildung im Januar beenden, sollen ebenfalls unbefristete Verträge bekommen. Zehn von ihnen müßten allerdings, um in den Genuß eines unbefristeten Arbeitsvertrages zu kommen, den kaufmännischen Beruf aufgeben und als Angelernte im gewerblichen Bereich arbeiten.

Das was Bruckschen als „Teilerfolg" verkaufen will, bewegt sich im wesentlichen im Rahmen des im Mai von Ministerpräsident Rau ausgehandelten Schließungskonzeptes. Denn schon damals hatte man sich, um die Stillegungstermine für die beiden Hochöfen zu konkretisieren, die Möglichkeit spezieller Regelungen offengehalten.

Der Krupp-Vorstand für seinen Teil läßt keinen Zweifel daran, daß das „Aus" für die beiden Hochöfen spätestens am 31. Dezember 1990 erfolgen soll. Daß einer der beiden Hochöfen „maximal" ein halbes Jahr länger laufen soll, sei, so Unternehmenssprecher Berg, nicht als Konzession zu verstehen. Ausschlaggebend sei, wann im neuen HKM-Werk (in das ein Teil der Krupp-Kollegen übernommen werden soll) *„alle Investitionen abgeschlossen sind"* (NRZ 19.10).

Werden die Rheinhausener alleine kämpfen ?

Der eingangs erwähnte „Aktionsausschuß" ist das Ergebnis von zwei öffentlichen Veranstaltungen, die auf Initiative von oppositionellen Krupp-Kollegen in den letzten Wochen mit einer Beteiligung von jeweils 80 bis 100 KollegInnen durchgeführt wurden. In dem zwanzigköpfigen Aktionsausschuß sitzen zum großen Teil dieselben KollegInnen, die schon während des Arbeitskampfes Kritik am Betriebsrat geübt hatten, weil dieser in Sachen Mobilisierung, Information und demokratischer Entscheidungsfindung seinen selbsterhobenen Ansprüchen nicht gerecht geworden war.

Im Kreis der Unzufriedenen sitzen oppositionelle Vertrauensleute wie Wolfgang Kolditz und Dietmar Hauschke Syndikalisten, die die Zeitung „Hüttenbär" herausgeben; vor allem aber auch GenossInnen von der MLPD. Die MLPD scheint z.Zt. die einzige linke Kraft zu sein, die in der Lage wäre, der neuen Unzufriedenheit den nötigen organisatorischen Rahmen zu geben.

Ob die MLPD die Verantwortung, die ihr in dieser Situation zufällt, nicht durch Sektierertum und Kraftmeierei verspielt, wird sich noch erweisen müssen; die „Rote Fahne" der MLPD läßt nicht viel Gutes erwarten. Folgt man ihren Berichten, dann herrscht auf den Versammlungen der oppositionellen Stahlarbeiter die große Einigkeit. Auf Positionen von Linken, die mit der Demonstration und der Forderung „Weg mit den Stillegungsbeschluß" Bauchschmerzen haben, wird inhaltlich so gut wie gar nicht eingegangen. Durch die Aneinanderreihung von Äußerungen von KollegInnen, die politisch im Grunde ganz unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte haben, soll der Eindruck vermittelt werden, daß „die große, kämpferische Einheit" schon existiert. Mit solcher Art Berichterstattung verhindert mensch natürlich eine nüchterne Einschätzung darüber, auf welcher qualitativen und quantitativen Grundlage das Bündnis z.Zt. steht.

Für die MLPD scheint es auch kein Problem zu sein, daß es bisher nur einen „Aktionsausschuß der Krupp-Kollegen", nicht aber einen „Aktionsausschuß der Duisburger Stahlbetriebe" gibt. D.h. die Tatsache, daß die Belegschaften von Krupp und Mannesmann z.Zt. gespalten sind („Wenn Rheinhausen siegt, müssen wir dran glauben" etc.) wird offensichtlich nicht als existenzielles Problem für einen erfolgreichen Kampf in Rheinhausen gesehen. Nicht problematisiert wird auch, daß selbst die Stahllinken in den anderen Duisburger Betrieben (Mannesmann und Thyssen) Probleme haben, die Forderung „Weg mit dem Stillegungsbeschluß für Rheinhausen" mitzutragen, weil — so wird argumentiert — sich die Forderung *in der jetzigen Situation* bei Thyssen und Mannesmann nur schwer vermitteln lassen.

Die unterschiedlichen Vorstellungen unter den Aktivisten haben inzwischen immerhin dazu geführt, daß die Hauptforderung der Demonstration am 26. November ausgeweitet wurde. So heißt es jetzt nicht mehr nur: *„Die Stillegung der Rheinhausener Hütte muß vom Tisch"* sondern *„Kein Arbeitsplatz darf aufgegeben werden, weil keine neuen und gleichwertigen Arbeitsplätze vorhanden sind. Deshalb muß die Stillegung der Rheinhausener Hütte vom Tisch."* Mit dieser Forderung soll deutlich gemacht werden, daß mensch nicht auf Arbeitsplätze im Stahlbereich festgelegt ist, daß neugeschaffene Arbeitsplätze aber auch nicht schlechter sein dürfen als die alten.

Das Politikverständnis der MLPD

Wenn es stimmt, daß die MLPD im „Aktionsauschuß" einen großen Einfluß hat und auch maßgeblich an der Erstellung des Aufrufs beteiligt war, muß ihr vorgeworfen werden, daß sie sich eine Politisierung von Menschen offensichtlich nur über das Herunterbeten von „richtigen" Parolen vorstellen kann. Forderungen wie: *„Gegen die Kriminalisierung unseres Kampfes, für eine freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb. Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht"* oder *„Für die internationale Einheit der Stahlarbeiter. Gemeinsam gegen das Europa des Großkapitals"* sind richtig. Sie können aber keine Dynamik entwickeln und klingen hohl, wenn eine Auseinandersetzung mit der Politik der IGM in Rheinhausen völlig ausgespart wird.

Der „Vertrauenszuwachs der MLPD unter den Stahlarbeitern" (Rote Fahne, 5.11.), den die MLPD sich bescheinigt, gilt nicht der Partei sondern der *konsequenten, gewerkschaftlichen Politik* der *betrieblichen* Vertreter der Partei. Denn die konkrete Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Politik in Betrieb und Gewerkschaft ist meiner Meinung nach immer noch die notwendige Voraussetzung für die Politisierung von Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Wer meint auf diese Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit verzichten zu können, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er/sie die vorherrschenden Meinungen der KollegInnen nicht wirklich ernst nimmt.

In Rheinhausen wäre eine Politik notwendig zu entwickeln sowohl jenseits der Kraftmeierei der MLPD wie der abwartenden Haltung der Stahllinken innerhalb der IGM. Die IGM-Stahllinken investieren ihre Energien z.Zt. offensichtlich lieber in Papiere für die am 23. November stattfindende IGM-Stahlkonferenz, anstatt sich vor allem dort einzuklinken, wo möglicherweise eine neue Bewegung entsteht, die überhaupt erst die Voraussetzungen für effektive Diskussionen und eine entsprechende Praxis innerhalb der IG Metall schaffen kann.

uh

Von Mäusen und Sparschweinen

Grüne und Diäten

Nach dem öffentlichen Mediengehacke auf die grünen Finanzskandale als Knüppel zur Demontage der Grünen ist es um einen wirklichen Skandal der Partei relativ ruhig: die persönliche Korrumpierung und „Bereicherung" (in Tüddelchen, denn wirklich „reich" wird man als grüner Abgeordneter nicht) einzelner, und die willkürliche Selbst-Verwaltung von Diäten für individuell bestimmte Unterstützungsprojekte. Wenn in den letzten Monaten ein Sumpf dieser Partei sichtbar geworden ist, dann der, daß der Anspruch der Grünen, anders als die bürgerlichen Parteien das politische Mandat wahrzunehmen, kläglich gescheitert ist. Er gilt nur noch für einzelne Personen, nicht aber für die Partei als Ganzes.

Geradezu lächerlich, aber dadurch besonders durchsichtig, ist die Behandlung der Diäten-Schulden grüner Abgeordneter in der Presse, besonders im „Spiegel", dem Hauptenthüller des „Finanzskandals" (Haus Wittgenstein) im grünen Bundesvorstand. Einen mickrigen Kasten sind ihm die „Unregelmäßigkeiten" einer mehr als zwanzigmal so hohen Diäten-Summe wert, während über die Steuerhinterziehung von 38.000 DM über mehrere Nummern zahlreiche Seiten verwendet wurden. Der „Spiegel" endet seinen Diätenartikel tendenzgemäß mit der Aussage, daß ein grüner Abgeordneter sogar DM 4.000 zuviel gezahlt hat! Problem entschärft.

Warum dies? Die über den „Spiegel" inszenierte Kampagne sollte ein bestimmtes politisches Element der Grünen treffen, das mit deren linken bzw. Fundi-Flügel identifiziert wird: die Verweigerung der parlamentarischen Integration und des willfährigen Bündnispartners für die SPD. Keiner der überbezahlten „Spiegel"-Journalisten wird allen Ernstes einen Grünen dafür kritisieren, daß er mehr einsteckt als ihm nach den Geldbeschlüssen der Partei zusteht. Im Gegenteil, gerade Leute, die sich an gemeinsame Beschlüsse, Geld abzuführen noch halten, dürften korrumpierten Journalisten vom Schlage „Spiegel" ein besonderer Dorn im Auge sein. Die Diäten-Unterschlagung ist daher für solche Medien weniger interessant, schon gar nicht verwerflich (im Gegensatz zum Offizialdelikt Steuerhinterziehung), bzw. nur soweit interessant, wie sie das Bild des allseitigen Finanzskandals und Niedergangs dieser Partei bestätigen können.

Dabei ist ein Blick darauf, wer bei den Grünen wie mit dem Geld umgeht, nicht uninteressant, sagt er doch mehr noch als über einzelne Personen etwas über die „Moral" grüner Strömungen aus. Von schätzungsweise 1,5 Millionen DM, die grüne Abgeordnete in private oder unkontrollierbare Projekte-Taschen fließen lassen, war in dieser Zeitung vor vier Wochen die Rede. Mittlerweile ist unter dem Druck der Veröffentlichung einiges Geld auf die entsprechenden grünen Konten geflossen und es liegt eine interne Liste vor, welche Abgeordneten wieviel zahlen. Danach ergeben sich nach grün-offizieller Lesart „nur noch" 700.000 DM, die offen sind (Lippelt, Vennegerts). Acht der 44 Abgeordneten stehen dabei mit besonders hohem Abgabenloch auf der Liste. Reala Bärbel Rust verweigert die Offenlegung, Reala Gertrud Schilling (81.950 DM offen) macht ungeklärt Härtebeträge für sich geltend und unüberprüfbar Summen, die sie schnell und unbürokratisch für Flüchtlinge verwende. Realo Otto Schily hat bisher 15.000 von vermutlich 90.000 DM abgegeben und beansprucht Entscheidung „nach eigenem Ermessen", wofür er das Geld verbraucht. Trude Unruh hat 3.000 DM abgegeben und undefiniert Spenden an die Grauen Panther angegeben; Petra Kelly hat 600 DM bezahlt und spendet „gemeinnützig"; Alfred Mechtersheimer: 15.000 DM bezahlt, Verwendung des Geldes „nach eigenem Ermessen"; Dora Flinner: Null DM bezahlt, steckt das Geld in ihren landwirtschaftlichen Betrieb; Heike Wilms-Kegel: 61.500 DM offen, reklamiert für sich einen zusätzlichen Betrag für die Altersversorgung. 12 Abgeordnete haben mittlerweile eine „saubere Weste", vier weitere schulden eine Differenz, die man vermutlich unter demnächst erledigt abhaken kann. Bei den übrigen 20 schwanken die ungeklärten Summen zwischen 2.500 und 43.000 DM. Dies alles vor dem Hintergrund einer sowieso schon großzügigen Härtefallregelung. Auffällig ist, daß die besten Zahler vor allem unter den Linken und Fundis zu finden sind, während der sorgloseste und großzügigste Umgang mit dem Geld aus dem Wahlmandat bei Realos und den sogenannten Individualisten festmachbar ist.

Es wäre allerdings völlig falsch, diesen grünen Umgang mit dem Geld aus parlamentarischer Tätigkeit nur auf die grünen Bundestagsabgeordneten zu beziehen. Demnächst wird man ähnliche Summen aus dem Europaparlament zu hören/lesen bekommen. Das grüne Finanzdebakel in NRW (nachzulesen in einem 80-Seiten-Bericht, wonach seit 1982 etwa eine halbe Million DM unabgesichert ausgegeben wurde, von der das meiste als Verlust zu buchen sein wird) ist zum Teil schlichte Schlamperei und Mißwirtschaft, zu einem nicht geringen Teil aber auch der Beleg, daß sich der Trend der individuellen Vorteilnahme aus der Arbeit der Partei auf allen Ebenen der Grünen wiederfindet, je weiter unten, desto geringer die Summen, die sich grüne Seilschaften häufig über Darlehen für oft defizitäre Projekte gegenseitig zuschanzen: ob ein wichtiger ökologischer Kalender bezuschußt, eine ebenso wichtige Schallplatte oder Werbematerialien finanziert werden, immer deckt sich die politische Begründung für das jeweilige Projekt mit dem individuellen, Interesse einzelner Grüner daran.

Auch in einem Landesverband wie der Hamburger GAL, die zu einer Hochburg grüner Ränkeschmiederei zu verkommen droht, grassiert der Finanzsumpf. Die erstaunten Leser der GAL-Mitgliederinformation (wenn sie diese lesen) konnten kürzlich die folgende lapidare Mitteilung erfahren: *„Ein Mitglied der Fraktion kam in existenzielle persönliche Schwierigkeiten. Diese sind einer Gruppe von LaVo-Mitgliedern und Fraktion gegenüber glaubhaft gemacht. Dieses Vorkommnis hat der GAL ein geringeres Spendenaufkommen von DM 52.000 verursacht und wird ihr — das ist unumgänglich — ein weiteres Mindereinkommen um DM 4000 erbringen."* Dazu folgte noch die ebenso lapidare Mitteilung, daß ein Landesvorstandsmitglied *„aufgrund schwerwiegender Differenzen"* mit der Art der Behandlung dieses Falles zurückgetreten ist (GAL-Rundbrief 7/88). So erfreulich der unbürokratische grüne Umgang mit Fällen in Not geratener Mitglieder wäre, so wenig glaubhaft ist er angesichts der Summe, die sich durchaus neben den Ersparnissen einiger Bundestagsparlamentarier sehen lassen kann. Werden Hamburgs Parlamentarier doch als „Feierabendabgeordnete" bezahlt. In Hamburg wie in NRW ist wiederum auffällig ist, daß es insbesondere die grünen Kreise sind, die an der Medien-„Affäre Wittgenstein" am lautesten nach Konsequenzen gerufen haben, die im grünen Sumpf der innerparteilichen Korrumpiertheit und der persönlichen Vorteilnahme drinstecken. Die Hauptverantwortlichen des NRW-Finanzdickichts sind diejenigen, die in den Auseinandersetzungen vor den Wahlen 1985 die Partei realpolitisch bis ökoliberal ausrichten wollten und von der propagierten grünen Individualität offenkundig ein sehr eigenwilliges Verständnis haben.

hr.

szenierte Kampagne sollte ein bestimmtes politisches Element der Grünen treffen, das mit deren linken bzw. Fundi-Flügel identifiziert wird: die Verweigerung der parlamentarischen Integration und des willfährigen Bündnispartners für die SPD. Keiner der überbezahlten „Spiegel"-Journalisten wird allen Ernstes einen Grünen dafür kritisieren, daß er mehr einsteckt als ihm nach den Geldbeschlüssen der Partei zusteht. Im Gegenteil, gerade Leute, die sich an gemeinsame Beschlüsse, Geld abzuführen noch halten, dürften korrumpierten Journalisten vom Schlage „Spiegel" ein besonderer Dorn im Auge sein. Die Diäten-Unterschlagung ist daher für solche Medien weniger interessant, schon gar nicht verwerflich (im Gegensatz zum Offizialdelikt Steuerhinterziehung), bzw. nur soweit

fred Mechtersheimer: 15.000 DM bezahlt, Verwendung des Geldes „nach eigenem Ermessen"; Dora Flinner: Null DM bezahlt, steckt das Geld in ihren landwirtschaftlichen Betrieb; Heike Wilms-Kegel: 61.500 DM offen, reklamiert für sich einen zusätzlichen Betrag für die Altersversorgung. 12 Abgeordnete haben mittlerweile eine „saubere Weste", vier weitere schulden eine Differenz, die man vermutlich unter demnächst erledigt abhaken kann. Bei den übrigen 20 schwanken die ungeklärten Summen zwischen 2.500 und 43.000 DM. Dies alles vor dem Hintergrund einer sowieso schon großzügigen Härtefallregelung. Auffällig ist, daß die besten Zahler vor allem unter den Linken und Fundis zu finden sind, während der sorgloseste und großzügigste Umgang mit dem Geld aus

Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG — Bonn, den 3. November 1988

Spenden der Abgeordneten vom 01.03.1987 bis zum 30.09.1988

Name	Soll	Ist	Differenz	Bemerkungen
Marieluise Beck-Oberdorf	39.923	39.722	201	Härtebetrag wg. Kinderbetreuung anerkannt; Soll muß wg. Fehlers der FiKo noch korrigiert werden
Angelika Beer	84.635	84.635	0	-
Helga Rock	64.925	52.500	12.425	Härtebetrag wg. Kinderbetreuung anerkannt
Jochen Brauer	56.565	56.565	0	-
Ulrich Briefs*	43.588	20.000	23.588	"Darlehen" von DM 100 mtl. für RV-Beiträge vom Soll abgezogen; strittig zus. Beitrag zur LV; macht Abzüge für Prozeßkosten geltend; Sondersituation wg. Wohnsitz im Ausland; erklärt, daß er nicht zahlt, bevor seine steuerrechtl. und sozialversicherungsrechtl. Stellung mit evtl. erheblich höheren Zwangsbeiträgen endgültig geklärt ist; macht weitere Abzüge geltend, über die die FiKo noch nicht befinden konnte
Wolfgang Daniels*	91.814	48.000	43.814	Macht Rückhaltung für ausstehende Prozeßkosten und steuerliche Nachteile aus 10. WP geltend
Thomas Ebermann	83.686	83.686	0	-
Uschi Eid*	82.889	57.000	25.889	Macht zusätzliche Härtebeträge geltend
Dora Flinner		0		Sondersituation wg. landwirtschaftlichen Betriebs (Einstellung einer Hilfskraft und Wegfall der Entlastung von Beiträgen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung sowie weitere Zusatzkosten); Soll-Betrag soll aufgrund tatsächlicher steuerlicher Veranlagung berechnet werden, die derzeit noch nicht vorliegt; faktische Belastung daher derzeit nicht bestimmbar; will Spenden leisten, falls ökonomisch möglich
Charlotte Garbe*	75.861	49.899	25.962	Härtebeträge (u. a. wg. Entfernung Regionalbüro vom Wohnort) anerkannt; macht weitere Abzugsbeträge geltend
Gerald Häfner	89.441	87.575	1.866	Änderung des Dauerauftrags nach Diätenerhöhung 07/1988 offensichtlich vorübergehend versäumt
Karitas Hensel*	67.295	47.550	19.745	Härtebetrag wg. Kinderbetreuung anerkannt; strittig ist weiterer Härtebetrag für zus. HH-Hilfe; macht zus. Abzug von DM 13.762 für RA-Kosten für ein Gutachten zur Klagebegründung "Rheinwasser-Verseuchung" geltend
Imma Hillerich	84.031	82.099	1.932	Änderung des Dauerauftrags nach Diätenerhöhung 07/1988 offensichtlich vorübergehend versäumt
Willi Hoss	81.170	82.635	+ 1.465	-
Uwe Hüser*	70.446	59.544	10.902	Wg. steuerlicher Nachteile aufgrund eines technischen Fehlers in 1987 wurde von FiKo eine kurzzeitige Rückhaltung der mtl. Beträge ab 08/1988 akzeptiert
	19.000			Macht ferner DM 1.000 mtl. für Sachkosten der zusätzlichen rhld.-pfälzischen Regionalbüros geltend; hierüber entscheidet der Landesverband, dessen Landesökofonds dieser Betrag ggfs. abgezogen wird
Petra Kelly*		600		Kein Gespräch mit FiKo geführt; zahlt ab 08/1988 mtl. DM 300 für Sozial- und Verfügungsfonds der Fraktion; hat erklärt, sie spende für gemeinnützige Zwecke; hat in offenem Brief dargelegt, daß und warum sie in 11. WP keine Spenden an den Ökofonds leistet
Hubert Kleinert*	56.478	47.000	9.478	Abzug vom Soll wg. steuerlicher Nachteile aus 10. WP; orientiert sich an der von der hessischen Landesversammlung beschlossenen Diätenregelung
	4.750			Macht ferner DM 250 mtl. für Sachkosten des 5. hessischen Regionalbüros geltend; hierüber entscheidet der Landesverband, dessen Landesökofonds dieser [illegible] abgezogen wird
Wilhelm [illegible]				[illegible] regelmäßig; [illegible] wg. Kinderbetreuung anerkannt
[illegible]	604	59.260	6.344	Zahlt regelmäßig monatlich; Beträge für März/April 1987 fehlen noch; Härtebetrag wg. Kinderbetreuung anerkannt
Ellen Olms	92.425	82.375	10.050	Zahlt regelmäßig vierteljährlich
Bärbel Rust*				Wünscht keine Offenlegung
Halo Saibold	64.499	55.593	8.906	Härtebetrag anerkannt
Gertrud Schilling*	90.125	8.175	81.950	Macht Härtebetrag wg. privater Situation geltend; hat nach eigenen Angaben ca. DM 13.000 zur Unterstützung von Flüchtlingen aufgebracht; Soll muß wg. längerer Krankheit noch um die entspr. Abzugsbeträge bereinigt werden
	5.700			Macht ferner mtl. DM 300 für Sachkosten des 5. hessischen Regionalbüros und für die hessische kommunalpolitische Vereinigung geltend; hierüber entscheidet der Landesverband, dessen Landesökofonds dieser Betrag ggfs. abgezogen wird
Otto Schily*	—	15.000		Kein Gespräch mit FiKo geführt; hat erklärt, daß er über weitergehende Spenden nach eigenem Ermessen entschieden hat und entscheiden wird
Regula Bott	97.425	97.425	0	-
Waltraud Schoppe	52.158	39.645	12.513	Härtebetrag anerkannt; Soll muß wg. längerer Krankheit noch um die entsprechenden Abzugsbeträge bereinigt werden
Peter Sellin	97.235	97.235	0	-
Eckhard Stratmann	85.142	85.142	0	Abzug vom Soll wg. steuerlicher Nachteile aus 10. Wahlperiode anerkannt

vertraulich

- 2 -

Name	Soll	Ist	Differenz	Bemerkungen
Luise Teubner	91.905	82.700	9.205	Zahlt regelmäßig monatlich; Beträge für März/April 1987 fehlen noch
Erika Trenz	79.755	77.805	1.950	Härtebetrag wg. Kinderbetreuung anerkannt; Änderung der Überweisungen nach Diätenerhöhung 07/1988 offensichtlich vorübergehend versäumt
Trude Unruh		3.000		Kein Parteimitglied: Spendet an Graue Panther; DM 3.000 in 1987 für Sozialfonds und Verfügungsfonds abgeführt
Christa Vennegerts*	71.548	52.944	18.604	Härtebetrag wg. steuerlicher Nachteile hins. des landwirtschaftlichen Erwerbsbetriebes des Ehemanns auf Nachweis anerkannt; macht zusätzliche Härtebeträge geltend, die von FiKo bislang [illegible]
Antje Vollmer	43.058	40.493	[illegible]	
Ludger Vol[illegible]				[illegible] wg. steuerlichen [illegible] von FiKo eine kurzzeitige Rückhaltung der mtl. Beträge ab 05/1988 akzeptiert
Michael Wei	84.411	84.411	0	-
Dietrich Wetzel*	80.325	52.725	27.600	Zahlt regelmäßig DM 2.775 mtl.; macht DM 1.000 mtl. als Spende an KV Ffm. wg. Bundestagswahlkampf geltend
	5.700			Macht ferner mtl. DM 300 für Sachkosten des 5. hessischen Regionalbüros und für die hessische kommunalpolitische Vereinigung geltend; hierüber entscheidet der Landesverband, dessen Landesökofonds dieser Betrag ggfs. abgezogen wird
Heike Wilms-Kegel*	76.620	15.102	61.518	Vom Soll DM 1.070 mtl. als "Darlehen" für Altersversorgung abgezogen; macht diverse Abzüge geltend; ist bereit, DM 2.000 monatlich zu spenden; diverse Einzelabzüge anerkannt
Lilo Wollny*	72.431	57.000	15.431	Zahlt regelmäßig DM 3.000 mtl.
Thomas Wüppesahl		17.000		Bis Ausschluß einmalige Zahlung geleistet (berechnetes Monatssoll DM 4.625)
Summe	3.071.000**	2.364.677		** In dieser Summe sind die Soll-Beträge bei den Abgeordneten ohne ausgewiesene Zahlen geschätzt

vertraulich

„Ein großes Täuschungsmanöver ..."

Abrüstungsplanungen nach dem INF-Vertrag

Andreas Zumach

Den nachfolgenden Beitrag haben wir dem Reader zur Internationalen Aktionskonferenz „Atomwaffenverzicht ins GG" entnommen, wobei die Bezeichnung „Reader" eigentlich eine Untertreibung ist. Es handelt sich um eine Broschüre mit durch die Bank neu verfaßten und z.T. noch interessanten Analysen u.a. zur neuen „Nach"rüstung, zur NUKEM-Affaire, zum Atomwaffensperrvertrag und zur Aktionsperspektive der Atomwaffenverzicht-Kampagne.

großes Täuschungsmanöver, aus Angst vor einer neuen „Nachrüstungs"debatte noch vor der Bundestagswahl in November 1990. Entgegen ihren öffentlichen Erklärungen hat sie bislang in allen NATO-Gremien den Entscheidungen für die Entwicklung und Tests des zur Lance-Nachfolge vorgesehenen taktischen Armee-Raketensystems (ATACMS) (Reichweite 200 Kilometer) der USA zugestimmt und damit die Voraussetzung für die entsprechenden Mittelbewilligun

sehen. Zu diesem Bedrohungspotential kommen die Trident II-Raketen, mit denen britische U-Boote zur Zeit ausgerüstet werden.

Flugzeuggestützte Abstandswaffen verschiedener Reichweiten werden zur Zeit in den USA, Frankreich und Großbritannien entwickelt. Diese Waffen erlauben, im Unterschied zu senkrecht fallenden Bomben, den Beschuß „feindlichen" Gebietes ohne Gefährdung der Flugzeuge durch die „gegnerische" Luftabwehr. Ein

„Ein großes Täuschungsmanöver ..."

Abrüstungsplanungen nach dem INF-Vertrag

Andreas Zumach

Den nachfolgenden Beitrag haben wir dem Reader zur Internationalen Aktionskonferenz „Atomwaffenverzicht ins GG" entnommen, wobei die Bezeichnung „Reader" eigentlich eine Untertreibung ist. Es handelt sich um eine Broschüre mit durch die Bank neu verfaßten und z.T. noch interessanten Analysen u.a. zur neuen „Nach"rüstung, zur NUKEM-Affaire, zum Atomwaffensperrvertrag und zur Aktionsperspektive der Atomwaffenverzicht-Kampagne.

Weitere Autoren sind u.a.: G. Samuel (KOFAZ), O. Nassauer (GRÜNE), H. Rondi (DFU), W. Geisler (AAB), B. Docke (VDJ), A. Neuhof (BUF), H. Jaspers (AMOK Niederlande) und D. z. Winkel (AK). Der „Reader" ist zum Spottpreis von 5 DM erhältlich über das Kampagnenbüro, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1.

Aufrüstungsplanungen der USA und europäischer Staaten nach dem INF-Vertrag

Den Beginn einer Abrüstungsdynamik hatten sich viele vom Abschluß des INF-Vertrages über die Beseitigung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR Anfang Dezember '87 erhofft. Die Abrüstungsrhetorik der Regierungen nahm der Friedensbewegung viel Wind aus den Segeln und erzeugte in großen Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck, als seien Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder in guten Händen bei den Politikern.

Ein nüchterner Blick auf die Fakten zeigt jedoch: Die Aufrüstung geht ungebrochen weiter, für die durch den INF-Vertrag zu beseitigenden Waffen gibt es längst Ersatzplanungen. Eine starke Friedensbewegung ist dringender denn je.

Im Herbst 1983 beschloß die NATO auf einer Tagung ihrer Nuklearen Planungsgruppe (NPG) im kanadischen Montebello die „Modernisierung" eines großen Teils des US-Atomwaffenpotentials in Westeuropa. Von Politikern und Militärs in diesem Zusammenhang verwendete Terminologien wie „Modernisierung", „up to date halten" oder „Umstrukturierung" dienen lediglich der Verharmlosung von Auf- bzw. „Nach"rüstungen, d.h. der Einführung und Stationierung neuer Atomwaffen, die zielgenauer, weitreichender und von größerer Zerstörungskraft sind.

Die in Montebello vorgesehene Stationierung neuer 203-Millimeter-Artilleriegranaten vor allem auf bundesdeutschem Territorium ist bereits abgeschlossen, die „modernisierte" 155-Millimeter-Version wird derzeit eingeführt.

Um die „Nachfolgesysteme" für die ebenfalls überwiegend in der Bundesrepublik stationierte Lance-Rakete betreibt die Regierung Kohl/Genscher derzeit ein großes Täuschungsmanöver, aus Angst vor einer neuen „Nachrüstungs"debatte noch vor der Bundestagswahl in November 1990. Entgegen ihren öffentlichen Erklärungen hat sie bislang in allen NATO-Gremien den Entscheidungen für die Entwicklung und Tests des zur Lance-Nachfolge vorgesehenen taktischen Armee-Raketensystems (ATACMS) (Reichweite 200 Kilometer) der USA zugestimmt und damit die Voraussetzung für die entsprechenden Mittelbewilligungen durch den US-Kongreß geschaffen. Mit ganz wenigen Ausnahmen in der Geschichte der NATO-Waffenbeschaffung folgte diesen Entscheidungen immer auch die Produktion und NATO-weite Einführung der neuen Waffensysteme. Die Bundesregierung versucht derzeit zwecks Wählertäuschung, den formalen Stationierungsbeschluß der NATO — Bedingung des US-Kongresses für die Mittelbewilligung zur Serienproduktion — auf die Zeit nach November 1990 zu verschieben.

Das INF-Abkommen beseitigt zwar — mit Ausnahme der zur Wiederverwendung vorgesehenen Atomsprengköpfe — die Kategorie landgestützter Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR mit Reichweiten von 500 — 5000 Kilometern. Doch die mit diesen Waffen verbundenen militärischen Fähigkeiten und Optionen will die NATO keinesfalls aufgeben. „Dafür sind neben see- und luftgestützten Marschflugkörpern ausreichender Reichweite auch Kampfflugzeuge mit Luft-Boden-Abstandswaffen vorzusehen", heißt es in einem internen „Entwurf für eine strategisch gedeckte Sicherheitspolitik", den Hardthöhenstaatssekretär Lothar Rühl Minister Scholz am 17. März dieses Jahres vorlegte. Bei diesen neuen Waffen handele es sich „nicht um einen Ersatz für die INF-Systeme oder um eine Kompensation, die das INF-Abkommen aushöhlen, umgehen und also neutralisieren soll", behauptet Rühl in seinem Papier, und widerspricht sich sogleich selbst: Es gehe „um die Nutzung der von INF-Abkommen freigelassenen Möglichkeiten, flexible und selektive Nuklearoptionen für die Eskalation mit regionalen Nuklearstreitkräften bereitzuhalten". Die NATO müsse Mittel behalten, „mit denen sie von Europa aus militärische Ziele von Bedeutung für einen Angriff gegen die NATO auf sowjetischem Gebiet eindringsicher und wirksam bekämpfen könnte".

Auch diese Waffen sind bereits im Montebello-Beschluß vorgesehen und existieren zum Teil schon. Die USA rüsten derzeit Schiffe und U-Boote im Atlantik mit Cruise Missiles der Marke „Tomahawk" aus. Die Unterstellung eines Teils dieser Seestreitkräfte unter NATO-Kommando wird diskutiert. Für die US-Flotten auf den verschiedenen Weltmeeren sind insgesamt über 8000 Cruise Missiles vorgesehen. Zu diesem Bedrohungspotential kommen die Trident II-Raketen, mit denen britische U-Boote zur Zeit ausgerüstet werden.

Flugzeuggestützte Abstandswaffen verschiedener Reichweiten werden zur Zeit in den USA, Frankreich und Großbritannien entwickelt. Diese Waffen erlauben, im Unterschied zu senkrecht fallenden Bomben, den Beschuß „feindlichen" Gebietes ohne Gefährdung der Flugzeuge durch die „gegnerische" Luftabwehr. Ein US-Geheimprogramm sieht Abstandswaffen mit einer Reichweite bis zu 1500 Kilometern vor, mit denen Ziele tief im Inneren der UdSSR erreicht werden könnten. Der Streit um luftgestützte Abstandswaffen wie seegestützte Cruise Missiles, deren Einbeziehung in ein START-Abkommen die UdSSR ab 600 Kilometern verlangen, die USA aber erst ab 1500 zulassen wollen, ist eines der Hauptprobleme bei den Genfer Verhandlungen.

Im konventionellen Bereich läuft entsprechend dem jährlich fortgeschriebenen Bundeswehr-Zwölfjahresplan von 1984 die Beschaffung mit neuen Panzern, Hubschraubern sowie die Bevorratung mit sogenannter „intelligenter Munition". Dieser Prozeß vollzieht sich derzeit im Schatten der öffentlichen Diskussion um den „Jäger 90", das gemeinsam von der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien und wahrscheinlich Spanien zu produzierende Kampfflugzeug für die 90er Jahre — teuerstes Rüstungsprojekt seit Bestehen der Bundeswehr. Frankreich baut sein eigenes, ebenfalls sehr kostenträchtiges Flugzeug.

Chemiewaffen, deren weltweites Verbot westliche Regierungen in den letzten Jahren immer wieder ankündigten, werden zunehmend zum Abschreckungs-und — wie ihr Einsatz durch den Irak zeigt — Kriegsführungsmittel. Wesentlich verantwortlich für diese Entwicklung ist die von Bonn immer wieder verharmloste Blockade der Genfer Verhandlungen durch die USA und Frankreich. Beide Staaten „modernisieren" derzeit ihr Chemiewaffenpotential durch die Produktion binärer Waffen. Die USA planen langfristig, Chemiewaffen offiziell zum Bestandteil des NATO-Abschreckungspotentials zu machen. Bundesdeutsche, französische und US-Firmen tragen — ungehindert von ihren Regierungen — durch hemmungslosen Export von chemischen Rohstoffen und ganzen Produktionsanlagen zur Weiterverbreitung chemischer Waffen vor allem in Ländern der „Dritten Welt" bei. Eine Entwicklung, die — wie Diskussionen im US-Kongreß bereits andeuten — künftig noch stärker als bereits bislang als Vorwand zur Beibehaltung und „Modernisierung" der eigenen Chemiewaffenpotentiale dienen wird.

Andreas Zumach
Freier Journalist, Genf

SABOT wird nach § 129a angeklagt

Prozeß gegen Fritz Storim wegen Unterstützung der RAF

„Zum SABOT: es hat sich immer stärker zu einer Zeitung entwickelt, in der Hamburger Gruppen eigenverantwortlich über ihre Ideen, Erfahrungen und politischen Kämpfe berichten. Die Zeitung will gemeinsame Plattform für unsere Auseinandersetzungen sein, eine Möglichkeit, auch dazu beizutragen, die verschiedenen Erfahrungsbereiche zusammenzubringen und eine gemeinsame Analyse und Strategie zu entwickeln." So stellt sich die SABOT, Hamburger Infosammlung selbst vor.

Fritz Storim wird nun vorgeworfen, *„Maßgeblich an der Herstellung und Verbreitung"* an eben dieser Zeitung beteiligt gewesen zu sein, insbesondere an der Ausgabe vom 14.3.87. Deswegen wird jetzt gegen ihn ein Verfahren nach § 129a eröffnet.

Außerhalb Hamburgs ist Fritz spätestens seit Beginn der Anti-AKW Bewegung bekannt durch sein entschlossenes und kompromißloses Auftreten nicht nur gegen das Atomprogramm, sondern auch für die Solidarität mit den Völkern in der Dritten Welt, der Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik ist ihm genauso wichtig, wie der Kampf um den Erhalt der Häuser in der Hafenstraße. Das alles hat ihm schon diverse Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen eingebracht. Jetzt soll offenbar mit einer Anklage nach § 129a an der Person Fritz Storim ein Abschreckungsprozeß durchgeführt werden. Politisches Engagement und Radikalität sollen abgeurteilt werden. Schon im Vorfeld, während der Ermittlungen, hat die Schulbehörde das Verfahren gegen Fritz zum Anlaß genommen, ihn aus dem Schuldienst als Lehrer zu entlassen. Dabei ist das Objekt staatlicher Begierde weder außergewöhnlich noch neu: *„Publizistische Dokumentation öffentlich gehaltener Redebeiträge".*

Pressefreiheit wird abgeschafft

So geschehen in der SABOT-Ausgabe vom 14.3.87. Neben vielen anderen Berichten und Fugblättern sind dort Redebeiträge abgedruckt, die auf einer öffentlichen Veranstaltung am 1.3.87 in der Hamburger Fabrik zum Tag X, Hafenstraßenräumung, gehalten wurden. Redebeiträge, in denen es im wesentlichen um den Versuch einer politischen Analyse der Situation um die besetzten und von Räumung bedrohten Häuser in der Hafenstraße ging. Inkriminiertes Zitat aus einem Redebeitrag: *„stark fanden wir beim hafen auch die parole zu den stammheimmorden am 18.10. — nicht nur weil uns der bezug zu den politischen gefangenen und zur guerilla wichtig ist, denn wir denken, daß wir nur gemeinsam siegen werden, sondern auch, weil die parole trotz drohenden räumungseinsätzen gemalt wurde und dadurch noch mal praktisch wurde, daß es keine politischen kompromisse gibt."* Daraus wurde in der Anklage, daß dieser Satz die führenden Rolle der RAF im revolutionären Kampf zur Geltung bringe und anerkenne und damit der Tatbestand des § 129a erfülle.

Die Parole auf einem abgebildetem Bild: *„Gemeinsam im Kampf um Befreiung die revolutionäre Front organisieren"* wird in der Anklageschrift zur Unterstützungshandlung, weil die Aufforderung, die revolutionäre Front zu organisieren, von der RAF ebenfalls seit Jahren verkündet wird.

Die Vorwürfe sind mehr als billig. Daß das Verfahren trotzdem eröffnet wird, reiht sich ein in die in letzter Zeit wieder zunehmende Kriminalisierung von Menschen, die öffentlich zur Situation der Politischen Gefangenen Position beziehen, die die Zusammenlegungsforderung unterstützen oder auch *nur* versuchen, Kontakt zu einzelnen Gefangenen aufzunehmen — aktuellstes Beispiel ist der Münchner § 129a Prozeß.

Der § 129a zielt auf die Köpfe der Menschen, Einschüchterung durch Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen von Gesinnung sollen unsere selbstbestimmten politischen Diskussionen verhindern. Dagegen und gegen politische Zensur wird dieser Prozeß geführt werden. Fritz wird angeklagt, gemeint sind wir alle.

ga.



Der Prozeß beginnt am 28. November 1988 um 9.30 Uhr im Strafjustizgebäude, Anbau, Sieevekingsplatz 1, 2000 Hamburg 36, Raum 288, Staatsschutzsaal.
Weitere Prozeßtermine sind festgesetzt auf den folgenden Mittwoch und Donnerstag sowie jeweils Dienstags, Mittwochs und Donnerstags der folgenden Wochen.

Dokument

Mit dem § 129a gegen die Pressefreiheit

Derzeit laufen in der Bundesrepublik rund 200 Ermittlungsverfahren aufgrund des § 129a StGB („Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") Betroffen sind AtomkraftgegnerInnen, GentechnologiekritikerInnen, AnwältInnen oder JournalistInnen. Ab dem 28. November muß sich der Hamburger Dr. Fritz Storim vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht wegen eines angeblichen Verstoßes gegen den § 129a verantworten. Dem Pädagogen wird vorgeworfen, durch seine Mitarbeit bei der Druckschrift „Sabot — Hamburger Info-Sammlung" für die Ziele der „Roten Armee Fraktion" geworben zu haben, indem er einen Redebeitrag einer öffentlichen Veranstaltung über die Situation der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik in „Sabot" dokumentiert haben soll.

Diese Anklage ist für uns — JournalistInnen und PublizistInnen — eine neue Qualität in der Anwendung des umstrittenen § 129a StGB und hat Widerspruch und Empörung ausgelöst. Viele von uns kennen Fritz Storim aus dem Widerstand gegen das bundesdeutsche Atomprogramm als einen sachverständigen Berater und Gegner. Wie schon so oft, wird hier ein einzelner herausgegriffen, um andere einzuschüchtern.

Selbst wenn man unterstellt, daß der Teil der Anklage, wonach Fritz Storim bei der Zeitschrift „Sabot" mitgearbeitet haben soll, der Wahrheit entspricht, ist eine Strafverfolgung mit keinem Gesetzes-Paragraphen, geschweige denn mit einer politisch-demokratischen Begründung zu rechtfertigen. Hier haben die Staatsanwälte einen Testballon gestartet, der uns alle treffen soll, um jegliche kritische Berichterstattung über staatskritische Themen zu unterbinden. Es ist aber die Aufgabe der Presse und der Medien, über alle Themen uneingeschränkt zu berichten. Dazu gehört, daß wir die politischen Hintergründe eines Anschlages oder von „Straftaten" beleuchten. Dazu kann gehören, daß wir politische „Kommando-Erklärungen" oder „Bekennerschreiben" veröffentlichen. Dazu muß auch gehören, daß wir über Diskussionsprozesse oder Haftbedingungen von politischen Gefangenen berichten.

Wenn künftig JuristInnen entscheiden dürfen, worüber berichtet wird, ist unser Auftrag als BerichterstatterInnen nicht mehr zu erfüllen — die „Pressefreiheit" wäre praktisch aufgehoben. Heute sind es die Haftbedingungen der „Roten Armee Fraktion", über die nicht nicht mehr informiert werden darf und die mit einem staatlichen Tabu belegt werden; morgen sind es politische Aktionen und Demonstrationen, die unter die Sperrklausel der Justiz fallen; und übermorgen sind es die politischen Skandale („Celler Loch", Rüstungs-Deals, Verfassungsschutzoperationen, Polizeieinsätze etc.), die nicht mehr publiziert werden dürfen.

Wir werden uns einen solchen Angriff auf die Pressefreiheit nicht gefallen lassen und fordern alle KollegInnen auf, in ihren Medien über diesen Prozeß zu berichten.
Wir fordern das Hanseatische Oberlandesgericht auf, das Verfahren gegen Dr. Fritz Storim sofort einzustellen.

ren gegen Dr. Fritz Storim sofort einzustellen.

Diesen Aufruf unterstützen als ErstunterzeicherInnen:
Kai von Appen (Journalist); Jürgen Bischoff (Journalist); Wulf Beleites (Journalist); Gabi Bauer (Redakteurin); Armin Bylebyl (Redakteur); Michael Berger (Redakteur); Andreas Conradi (Redakteur); Jan van Dieken (Film-Historiker und freier Journalist); Alex Dorn (Freier Journalist); Barbara Engelhard (taz); Heinrich Eckhoff (Redakteur); Kirsten Ellerbrake (GAL-Pressesprecherin); Uschi Ellert (Fotografin); Rolf Fuhrmann (Journalist); Kai Fabig (Journalist); Manfred Frenz (taz); Jan Feddersen (Sportjournalist); Ulli Göttrup (Journalistin); Annette Garbrecht (Redakteurin); Lila Hergenröder (Redakteurin); Gerd Peter Hohaus (Redakteur); Birgit Hoyer (Redakteurin); Niklaus Hablützel (Redakteur); Gabi Haas (Redakteurin); Brigitte Jakobeit (Redakteurin); Andreas Juhnke (Journalist); Kaja Kutter (Journalistin); Axel Kintzinger (Journalist); Gisela Kühl (Redakteurin); Klaus Karzat (Freier Pressefotograf); Sylvia Menck (Setzerin); Norbert Neumann (Journalist); Florian Marten (Redakteur); Norbert Müller (Journalist); Knut Mellenthin (Redakteur); Petra Oelker (Journalistin); Jürgen Oetting (Redakteur); Thomas Raupach (Fotojournalist); Marily Stroux (Pressefotografin); Reiner Scholz (freier Journalist); Hinrich Schultze (Pressefotograf); Gaby Schmidt (Pressefotografin); Mike Schröder (Pressefotograf); Henning Scholz (Pressefotograf); Dieter Schütt (Hrsg. der Funke); Dieter Trautmann (Redakteur); Oliver Tolmein (Redakteur); Christine Teelen (Leitende Redakteurin Wort „OK Radio"); Sven-Michael Veit (Freier Journalist); Frank Wieding (Freier Journalist); Dirk Wildt (Pressefotograf); Dirk Warmboldt (Freier Journalist); Michael Wittler (Redakteur); Günter Zint (Pressefotograf); Uwe Zabel (Journalistik-Student); Deutsche Journalisten Union Hamburg (DJU); Redaktion „tageszeitung" (taz-Hamburg); Verlag „Libertäre Assoziation"; „Confront Druck- und Verlags-GmbH"; Redaktion „Arbeiterkampf"; Redaktion „Direkte Aktion"

UnterzeichnerInnen: Name, Organ, Funktion ....

Bitte weitergeben und diesen Aufruf an die vorläufige Kontaktadresse zurücksenden: Dieter Trautman c/o Hamburger Rundschau, Lange Reihe 29, 2 HH 1, Tel.: 280 14 88



Abbildung aus SABOT vom 14.3.87. Objekt der staatsanwaltlichen Begierde.

Dokumentation

Erklärung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins zur Anklage gegen Ute Brandt

Anklageschrift gegen Rechtsanwältin wegen Übersendung von Verteidigerpost

Am 2. Oktober 1988 hat die Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof die Hamburger Rechtsanwältin Ute Brandt beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des § 129 StGB angeklagt.

Der Anklageschrift liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 17.9.1987 wurden im Rahmen eines anderen Verfahrens die Wohn- und Büroräume der Rechtsanwältin Brandt durchsucht. Hierbei wurde u.a. das gesamte Prozeßregister der Kanzlei und insgesamt 11 Akten durchgesehen. Die Bundesanwaltschaft brach damit in die geschützte Vertrauenssphäre zwischen Verteiger und Mandant ein, um Einzelheiten über bestimmte Mandate zu erfahren.

Bei der zweiten Durchsuchung am 2.12.1987 wurde die gesamte Verteidigerpost zwischen Rechtsanwalt Brandt und ihrem Mandanten, dem in der JVA Straubing einsitzenden Strafgefangenen Rolf Heißler, beschlagnahmt. Die Auswertung dieser Verteidigerpost ist nunmehr Grundlage der Anklageschrift der Generalbundesanwaltschaft vom 2.10.1988.

Obwohl diese gesamte Verteigerpost — wie im Gesetz bei allen Gefangenen, die wegen § 129a StGB verurteilt wurden, vorgesehen ist — bereits von einem Kontrollrichter gelesen und unbeanstandet weitergeleitet worden war, behauptet die Bundesanwaltschaft in der Anklageschrift, die Kollegin Brandt habe durch die Übersendung von bestimmten Schriftstücken versucht, angeblich verteidigungsfremdes Material zu übersenden und dadurch die RAF unterstützt zu haben. Diese Unterstützung ergebe sich aus der Tatsache, daß diese Schriftstücke nicht dazu geeignet gewesen wären, beispielsweise ihren Mandanten Rolf Heißler von seinem Hungerstreik 1984/85 mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand abzubringen. Bei diesen Schriftstücken handelt es sich in erster Linie um Beweisanträge, Erklärungen aus Prozessen und anderen Materialien, die allgemein zugänglich sind und selbstverständlich der Verteidigung dienen.

(...)

Gleichzeitig wird erneut der Versuch gemacht, die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die bereits seit über 12 Jahren auch von unabhängigen Gutachtern aufgestellt wird, zu kriminalisieren.

Schließlich sieht das Hanseatische Oberlandesgericht, bei dem die Anklage vorliegt, jetzt die Zulässigkeit der Verteidigung des ebenfalls wegen des Vorwurfs nach § 129a StGB angeklagten Dr. Storim durch die Kollegin Brandt in Frage gestellt, das Hanseatische OLG hält Verteidigerausschlußgründe nach § 138a StPO (also wegen Tatbeteiligung) für möglich. Dr. Storim wurde mit einer Frist von 5 Tagen aufgefordert, für die bereits am 28.11.1988 beginnende Hauptverhandlung einen zusätzlichen Rechtsanwalt zu benennen. Dr. Storim hält jedoch an seiner freien Verteigerwahl und der bereits vor über einem Jahr begonnenen Verteidigung durch die Kollegin Brandt fest.

(...)

Gegen diese Angriffe wehren wir uns auf das Schärfste und erklären der Kollegin Brandt unsere volle Solidarität und verwahren uns insbesondere gegen den Versuch der Bundesanwaltschaft, massiv in die Rechte der Verteidigung einzugreifen und ihren Maßstab von Verteidigung anstelle den des Verteidigers zu setzen.

Wir fordern daher die sofortige Einstellung des gegen die Kollegin Brandt eingeleiteten Ermittlungsverfahrens und die Nichteröffnung des Hauptverfahrens.

RAV-Erklärung ist unterschrieben von: Juliane Huth, für den Vorstand des RAV; den Teilnehmern des 3. RAV-Tages in Berlin;
Karl Everaeat, Vorstandsmitglied des Europäischen Demokratischen Anwaltsvereines

Das OLG hat seine Absicht, Ute zu entpflichten zuerst einmal zurückgenommen. Unter dieser Bedingung haben wir Peter Tode als weiteren Pflichtverteidiger genannt. Die Anklage gegen Ute bleibt aber weiterhin bestehen.

Kölner Stadtrevue durchsucht

Am 14.10.88 wurde die bekannte Kölner Monatszeitung *Stadt-Revue* von Zivilbeamten des LKA und Uniformierten durchsucht. Der Durchsuchungsbeschluß nach § 129a war vom OLG Düsseldorf auf Antrag der BAW erlassen worden. Angeblich ging es um einen Leserbrief vom Juni 88, in dem die RZ einen Anschlag auf das Verwaltungszentrum des Hamburger Generalagenten für südafrikanisches und israelisches Obst, Olff & Sohn, begründete. Zweitens ging es um eine in Duisburg gefundene Druckschrift mit dem Titel „Keine Zeugenaussagen", in der „Werbung für die RAF" betrieben worden sei und in der die Stadt-Revue als Kontaktadresse genannt worden sein soll.



Die Durchsuchung war gründlich, die Ankunft eines Anwalts wurde nicht abgewartet und PressevertreterInnen wurde der Zugang zum Geschehen verweigert. Die Aktion endete ohne Erfolg — nichts wurde gefunden, nichts mitgenommen.

Die Durchsuchungsbeschlüsse waren zwei bis drei Monate alt, die „Beweissicherung" in Frage gestellt, doch darum ging den Herren das Ganze auch gar nicht. Stadt-Revue: *„Auch daran wird deutlich, worum es in Wirklichkeit ging: uns — und nicht nur uns — ganz generell einmal die Grenzen kritischer Berichterstattung aufzuzeigen — vorbeugend sozusagen. Naheliegend ist auch die Vermutung, daß gerade unser Engagement für die Freilassung von Ingrid Strobl — die ja der Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen bzw. der Roten Zora verdächtigt wird — uns zum Objekt dieser unangenehm aufdringlichen Form staatlicher Begierde macht. Natürlich denken wir nicht daran, uns dieser plumpen Form von Einschüchterungsversuch zu beugen. Insbesondere dem staatlich verordneten Schweigen über die politischen Hintergründe des sogenannten ‚Terrorismus' wollen und werden wir uns nicht anschließen."*

Statt dessen hat die Stadt-Revue im Novemberheft einen Beitrag veröffentlicht, der sich mit Politik und Selbstverständnis der RZ bzw. der Roten Zora beschäftigt. *„Wir betrachten dies als eine Form von Glasnost. Wäre doch schade, wenn es das nur in Moskau gäbe."*

ZF

Zusammenlegung der politischen Gefangenen — jetzt!

Diese Anzeige ist ein erster Schritt von Gegenöffentlichkeit. Bisherige Versuche, über die Haftbedingungen von Politischen Gefangenen zu informieren, wurden regelmäßig kriminalisiert.

Seit 18 Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland Gefangene aus der RAF und aus anderen politischen Gruppierungen unter Bedingungen inhaftiert, die international als Isolationsfolter begriffen und geächtet werden.

Wir wollen das von staatlichen Organen gesetzte Tabu durchbrechen, um die demokratische Öffentlichkeit zu informieren. Niemand soll sagen können, er habe von den Vorgängen nichts gewußt.

Ziel der Haftstrafe ist allgemein die „Resozialisierung", die Wiederintegration in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt. Diejenigen, die an ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems festhalten, werden durch die Haft physisch und psychisch zerstört: Gegen 16 der heute einsitzenden Politischen Gefangenen wurden lebenslängliche Urteile verhängt, neun Gefangene sind in den vergangenen Jahren in den Knästen umgekommen. Neun Gefangene aus politischen Gruppierungen, daneben die vielen namenlosen.

Die Gefangenen aus der RAF und aus anderen Gruppen kämpfen seit über 15 Jahren um die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen, gegen die Isolation. Heute sieht die Realität so aus:

Die Gefangenen aus der RAF und zunehmend auch die aus den Kämpfen im Widerstand sind voneinander getrennt und in Gefängnissen über die BRD verteilt in Isolation. Dort, wo mehrere an einem Ort sind, wird jeder Kontakt der Politischen untereinander durch ein ausgeklügeltes Abschottungssystem verhindert (wie in Stammheim, Bielefeld, Ossendorf, Frankenthal usw.). Nur in drei Gefängnissen sind Gefangene zusammen — doch diese Gruppen wurden in den letzten Jahren immer mehr reduziert, so daß in Westberlin jetzt nur noch zwei Gefangene zusammen sind und in Celle und auch in Lübeck nur noch drei. Jeweils im kameraüberwachten Hochsicherheitstrakt. Alle in diesen Kleingruppen sind jetzt seit über 10 Jahren in Isolation, Irmgard Möller seit über 16 Jahren. Fast alle anderen sind in Einzelisolation und das bedeutet permanenter Zelleneinschluß, für manche 24 Stunden täglich. Ist eine Teilnahme am Gemeinschaftshof möglich, so herrscht in der entsprechenden Abteilung des Gefängnisses regelmäßig der Ausnahmezustand. Ist die Teilnahme verboten und werden dann beim Einzelhof trotzdem ein paar Worte mit anderen Gefangenen gewechselt, so bedeutet das: Rollkommando.

Für viele dieser Gefangenen gibt es über Jahre überhaupt keinen direkten menschlichen Kontakt. Besuche finden hinter der Trennscheibe statt. Oft verhindern Sichtblenden auch noch den Blick auf den Gefängnishof. Dazu kommen: systematische Demütigung durch Nacktausziehen, oft mehrmals täglich. Kameras, Kontrollen, Zellenrazzien. Das alles seit 4, 6, 9 Jahren.

Von folgenden 44 Gefangen ist bekannt, daß sie um ihre Zusammenlegung in große, selbstbestimmte Gruppen kämpfen:
Ingrid Barabass, Isolde Bohler, Karl-Heinz Dellwo, Michael Dietiker, Gisela Dutzi,
Christa Eckes, Dieter Faber, Knut Folkerts, Stefan Frey, Angelika Goder, Karl Grosser, Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Norbert Hofmeier, Luitgard Hornstein, Rainer Hübner, Ingrid Jakobsmeier, Ali Jansen, Thomas Kilpper, Christian Klar, Christian Kluth, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Karin Maurer, Roland Mayer, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Susanne Paschen, Barbara Perau, Helmut Pohl, Erik Prauss, Dieter Renk, Gabriele Rollnik, Bernhard Rosenkötter, Mareile Schmegner, Adelheid Schulz, Andreas Semisch, Andrea Sivering, Günter Sonnenberg, Lutz Taufer, Thomas Thoene, Rolf-Klemens Wagner, Claudia Wannersdorfer.

Einige der Gefangenen sind haftunfähig:
Günter Sonnenberg wurde bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Die medizinisch notwendige Behandlung der Verletzung und ihrer Folgen kann in der Haftanstalt nicht geleistet werden. Bei Angelika Goder ist seit 1986 die Notwendigkeit einer Hüftoperation bekannt. Bisherige Verfügungen, die Operation unter Staatsschutzbewachung durchzuführen, sind inzwischen korrigiert. Dennoch, die Rekonvaleszenz beinhaltet Krankengymnastik, Schwimmübungen und Gehversuche unter ärztlicher Anleitung. Eine Nachbehandlung also, die in keiner Vollzugsanstalt gewährleistet werden kann. Operation und Haftverschonung sind daher dringend geboten. Ebenfalls haftunfähig ist Bernd Rössner: Er hat in sechs Hungerstreiks um die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF gekämpft; die strenge Isolation seit seiner Verhaftung 1975 hat seinen Gesundheitszustand stark angegriffen.

Bei Claudia Wannersdorfer, die in Aichach einsitzt, sind aufgrund der Isolationshaft, die den Körper unter Dauerstreß setzen, epileptische Anfälle aufgetreten. Während eines Anfalls besteht erhöhte Unfallgefahr, vor allem dann, wenn nicht sofort Hilfe geleistet wird. Ständige ärztliche Beobachtung und eine vorsichtige Medikamentation sind erforderlich. Deswegen muß Claudia Wannersdorfer umgehend entlassen werden.

Immer wieder taucht die Frage auf, warum sich Menschen besonders um die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen sorgen. Teilweise wird ein elitäres Bewußtstein kritisiert. Dazu stellen wir fest:

Die geschilderten Haftbedingungen und -verschärfungen (Isolation, Arrest, Bunker, ungenügende medizinische Behandlung, Brief- und Besuchsverbote) treffen nicht nur Politische Gefangene. Auch alle anderen, die den Knast nicht widerstandslos über sich ergehen lassen, unterliegen ihnen. Bei den Politischen Gefangenen gelten diese Sonderhaftmaßnahmen jedoch vom ersten Tag ihrer Festnahme an, sie werden *systematisch* durchgeführt.

Im vergangenen Herbst haben Frauen im Reformknast Plötzensee gestreikt, nach kurzer Zeit unterstützten 60 Frauen den Hungerstreik und forderten: „Freie Entscheidung über das *wie und mit wem* Zusammenleben innerhalb des Knastes; das soll auch heißen: Aufhebung der Iso- und Gettohaft." Eine Forderung die wir ebenso für alle darum kämpfenden Gefangenen unterstützen wie die Forderung nach freier Arztwahl.

Mit dem Wissen, daß die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen gegen Internationale Vereinbarungen verstoßen, bleibt den verantwortlichen Regierungsvertretern nur der Weg der Verschleierung und Unwahrheit: Bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Bundesrepublik im April 1986 vor dem Menschenrechtskomitee der UNO antwortete Stoecker (Bundesjustiz-

Mit dem Wissen, daß die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen gegen Internationale Vereinbarungen verstoßen, bleibt den verantwortlichen Regierungsvertretern nur der Weg der Verschleierung und Unwahrheit: Bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Bundesrepublik im April 1986 vor dem Menschenrechtskomitee der UNO antwortete Stoecker (Bundesjustiz-
ministerium) auf Fragen zur Isolation, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. (Zum Schluß der Anhörung sagte das sowjetische Mitglied im Ausschuß, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.)

Bereits 1975 stellten drei von den Gerichten in Hamburg, Stammheim und Kaiserslautern bestellte Sachverständige die verheerende Wirkung der Isolationshaft fest. Einer der Gutachter, Professor Wilfried Rasch, schreibt dazu im Juni 1976 in der Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform: „Durch Zusammenlegung einer Gruppe von 15 bis 20 Häftlingen würde ein soziales Feld angeboten, das ein realisierbares Maß an Interaktion erlaubt. (...) Nachdem erkannt und anerkannt ist, daß die Bedingungen strenger Isolation geeignet sind, Schäden zu setzen, die das ‚normale' und für unvermeidlich erachtete Maß übersteigen, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, die Haftbedingungen der politisch motivierten Gefangenen grundlegend zu ändern."

Schreib- und Besuchsverbote werden regelmäßig mit der „rechtsfeindlichen Haltung" der Antragsteller begründet. Dieselbe Begründung muß herhalten, um die Gesuche zur Zusammenlegung von Gefangenen abzulehnen. Propagiert wird von einzelnen Anstaltsleitern der „Normalvollzug". Beispielsweise wurden Gabriele Rollnik und Angelika Goder nach Plötzensee verlegt. Vorher wurden allerdings vorbereitende Maßnahmen getroffen. Umbauten im Wert von 17.000,- DM, um den Kontakt zu den anderen Gefangenen zu unterbinden. Der Anstaltsleiter hat „erwogen, der Strafgefangenen Besuchskontakte mit anderen im übrigen Anstaltsbereich inhaftierten Gefangenen zu ermöglichen..."

Wir fordern die Zusammenlegung, um die Gesundheit der Inhaftierten zu schützen. Wir fordern die Zusammenlegung auch, um die programmierte Isolation aufzuheben, um Kollektivität als Voraussetzung solidarischen Zusammenlebens durchzusetzen.

Nicht die Politischen Gefangenen sind das Problem dieser Gesellschaft. Die International Progress Organisation, mit beratender Funktion beim Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen der UNO und UNESCO, stellte in ihrer Genfer Erklärung im März 1987 fest:

„Die flägranteste Form des internationalen Terrorismus besteht in der Vorbereitung auf atomare Kriegführung, insbesondere in der Verbreitung atomarer Zerstörungspotentiale bis in den Weltraum und in fieberhaften Bemühungen um Erstschlagskapazitäten. Terrorismus ist auch die Aussicht auf einen Holocaust, von staatlicher Macht gegen die Völker der Welt entfesselt. Der Terrorismus der modernen Staatsmacht und ihrer high-tech-Bewaffnung geht qualitativ und in mehrfacher Größenordnung über die politische Gewalt hinaus, auf die Gruppen sich stützen, deren Ziel Befreiung und das Ende von Unterdrückung ist."

Wir sind uns einig in der Ablehnung jeglicher Art von Folter und unmenschlicher Behandlung. Isolation ist Folter. Wir fordern deshalb:

— Abschaffung der Isolation in allen Gefängnissen der BRD, kein Knast im Knast
— Zusammenlegung der Politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen, Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen
— Unbehinderte politische Information und Kommunikation
— Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Angelika Goder, Bernd Rössner und allen haftunfähigen Gefangenen
— Freie Arztwahl für alle Gefangenen

ErstunterzeichnerInnen:
Aktion Dritte Welt e.V./iz3w (Freiburg); Michael Alex, Dipl.Psychologe (Hamburg); annabee, Frauenbuchladen (Hannover); Antirepressionsplenum Hamburg; Emile de Antonio, Filmemacher (New York); Kai von Appen, Journalist (Hamburg); Christian Arndt, Pastor (Hamburg); Ute Arndt, Landesgeschäftsführerin GAL (Hamburg); Jürgen Arnold, Rechtsanwalt (München); abc-Autonomes Bildungs-Zentrum e.V. (Hamburg); Stefan Affentranger, taz-Layout (Berlin); Pieter Bakker Schut, Rechtsanwalt (Amsterdam); Thomas Barthel, Dipl.Informatiker (Hamburg); Gabriele Bechler-Minack, Rechtsanwältin (Hamburg); Andreas Beuth, Rechtsanwalt (Hamburg); Martina Bick, Sekretärin (Hamburg); Elard Biskamp, Rechtsanwalt (Ffm); Thomas Bliwier, Rechtsanwalt (Hamburg); Christoph Bode, Rechtsanwalt (Hamburg); Manfred Böddeling, Rechtsanwalt (Hamburg); Horst Boje, Bezirkssekretär DKP (Hamburg); Dagmar Borg, Rechtsanwältin (Hamburg); Regula Bott, MdB Bonn; Rudolf von Bracken, Rechtsanwalt (Hamburg); Rudi E. Brandt, GAL Eimsbüttel (Hamburg); Ute Brandt, Rechtsanwältin (Hamburg); Anke Brenneke-Eggers, Rechtsanwältin (Hamburg); Buchladen in der Neustadt (Bremen); Dietmar Bartz, taz-Redakteur (Berlin); Helmut Bonn, taz-PR (Berlin); Meinhard Büning, taz-Redakteur (Berlin); Café und Buch (Hamburg); Mark Chung, „Einstürzende Neubauten"; Ralf-Dieter Claus, Rechtsanwalt (Hannover); Confront Druck- und Verlags-GmbH (Hamburg); Margit Czenki, Filmemacherin (Hamburg); Franz Josef Degenhardt, Jurist, Autor, Liedermacher (Quickborn); Denk(t)räume, Frauenbildungszentrum (Hamburg); Die Goldenen Zitronen (Schorsch Kamerun, Frau Rabe, Ale Sexfeind, Ted Gaier); Wolfgang Diesing, Rechtsanwalt (Düsseldorf); Jutta Ditfurth, Bundesvorstand Die Grünen; Die Druckerei, Spielzeug- und Buchladen (Hamburg); Druckerei Zollenspieker (Hamburg); Henner Drach, taz-Repro (Berlin); Thomas Ebermann, MdB (Hamburg); Marianne Enzensberger, Filmemacherin (W-Berlin); Rainer Feikl, Rechtsanwalt (Düsseldorf); Klaus Förter-Vondey (Hamburg); Bruni Franke, Journalistin, stellvertr. DJU-Vorsitzende NRW (Essen); Nadja Franke, Studentin (Hamburg); Frauenfilmarchiv im Hamburger Filmhaus; Frauen helfen Frauen e.V. (Lörrach); Dorothee Frings, Rechtsanwältin (Düsseldorf); Sabine Franke, taz-Layout (Berlin); Michael Fischer, taz-Redakteur (Berlin); Ilse Franitza, taz-Büro (Berlin);Wolfgang Gehrcke, Bezirksvorsitzender der DKP Hamburg; Peter Gerken, Landesvorstand der GAL (Hamburg); Angelika Gregor, Rechtsanwältin (Hamburg); Wolfgang Grell, Pastor a.D. (Latendorf); Ulli Gröttrup, Journalistin (Hamburg); Hagazussa Frauenbuchladen (Bremen); Axel Hagedorn, Rechtsanwalt (Hamburg); Hamburger Frauenzeitung, Redaktion; Roswitha Henze-Buske, Studentin (Hamburg); Lila Hergenröder, Journalistin (Hamburg); Udo Hergenröder, Oberstudienrat (Hamburg); Michael Herrmann, GAL (Hamburg); Thomas Herzog, Rechtsanwalt (W-Berlin); Dagmar Hirtz, Filmemacherin (München); Christin Hönemann, Landesvorstand der GAL (Hamburg); Jens Heymer, taz-Hausmeister (Berlin); Susanne Hüsing, taz-Abo (Berlin); Reingard Jäkl, Fachjournalistin (West-Berlin); Jens Janssen, Rechtsanwalt (Freiburg); Bernd Jaekel, taz-Vertrieb (Berlin); Cornelia Jörgens, taz-Vertrieb (Berlin); Solveig Klock, Freie Journalistin, DJU-Bez.vorstand Essen; Marlit Klaus (Hamburg); Gerd Klusmeyer, Rechtsanwalt (Hannover); Rainer Koch, Rechtsanwalt (Ffm); Roland Kogge, Rechtsanwalt (Hannover); Heike Krause, Rechtsanwältin (Köln); Sigrid Krause, Redakteurin, DJU-Bez.vorstand Essen; Wolfgang Kronauer, Rechtsanwalt (Ffm); Michael Kühn, Dipl.Informatiker (Hamburg); Anja Kuhr, MdBü (Hamburg); Christina Kukielka, MdBü (Hamburg); Randall Kaufmann, taz-Archiv (Berlin); Maria Kniesburges, taz-Readakteurin (Berlin); Edeltraud Kovar, taz-Büro (Berlin); Thomas Lampe, Rechtsanwalt (Hamburg); Katja Leyrer, Autorin (Hamburg); Rainer Link, Journalist (Hamburg); Friedrich Liberty (ta.-Abo); Simone Lenz (taz-Redakteurin); Helga Lukoschat (taz-Redakteurein); Uwe Maeffert, Rechtsanwalt (Hamburg); Brigitte Maschmann-Schulz, Dipl.Kauffrau (Hamburg); Martin Masuth, Initiativkreis Hafenstraße (Hamburg); Peter Mecklenburg, Knast und Justiz-Referent der GAL (Hamburg); Ernst Medecke, Rechtsanwalt (Hamburg); Wolfgang Meins, Rechtsanwalt (Hamburg); Regina Michalik, Bundesvorstand Die Grünen; Jan Torsten Mohr, Rechtsanwalt (Hamburg); Michael Moos, Rechtsanwalt (Freiburg); Ulrich Mott (Hamburg); Horst Müller, Fachgruppe Knast und Justiz GAL (Hamburg); Johann Müller-Gazurek, Bundesvorstand Die Grünen; Till Meyer, taz-Redakteur (Berlin); Anja Mikarel, taz-Vertrieb (Berlin); Michael Musotter, taz-Technik (Berlin); Ursel Naderhoff, Landesvorstand GAL (Hamburg); Michael B. Nitschke, Rechtsanwalt (Hamburg); Ariane Noll, taz-Kantine (Berlin); Gerd Nowakowski, taz-Redakteur (Berlin); Aram Ockert, GAL Altona (Hamburg); Sebastian Oehlert, Rechtsanwalt (Hannover); Adelheid R. Opfermann (München); Martina Oswalt, taz-Redakteurin (Berlin); Johannes Pausch, Rechtsanwalt (Düsseldorf); Johannes Pausch, Kantor (Hamburg); Marion Pein, Landesvorstand GAL (Hamburg); Dagmar Pelzer, Bürgerschafts-Nachrückerin GAL (Hamburg); Gottfried Plagemann, Rechtsanwalt (W-Berlin); Adele van der Plas, Rechtsanwältin (Amsterdam); Gerlinde Progscha, Landesgeschäftsführerin GAL (Hamburg); Prozeßgruppe Ulla und Ingrid (Hamburg); Jutta Püthe, taz-Anzeigen (Berlin); Jürgen Reents, Landesvorstand GAL (Hamburg); Lothar Rehberg, Vorstand GAL-Eimsbüttel (Hamburg); Fritz Reisgen, Initiativkreis Hafenstraße (Hamburg); Ruth Ingeborg Rieß, Sozialwissenschaftlerin; Karl-Heinz Roth, Arzt und Historiker (Hamburg); Isolde Rüter, Landesgeschäftsführerin GAL (Hamburg); Karl-Heinz Ruch, taz-Geschäftsführer (Berlin; Andrea Rostek, taz-Redakteur (Berlin); Wolfram Rotberg, taz-Abo (Berlin); Bettina Ruther, taz-Repro (Berlin); Johannes Santen, Rechtsanwalt (Hamburg); Ursula Seifert, Rechtsanwältin (Ffm); Kay Seligmann, „Nachbarn für die Hafenstraße" (Hamburg);Wulf Sorge, Landesvorstand GAL (Hamburg); Hartmut Scharmer, Rechtsanwalt (Hamburg); Rocko Schamoni, Musiker (Hamburg); Dietlind Schildt, Landesvorstand GAL (Hamburg); Peter Schönwiese, Koordinator (Hamburg); Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt (Hamburg); Claudia Schröder, Filmemacherin (Hamburg); Michael Schubert, Rechtsanwalt (Freiburg); Ursula Schwarzenberger, Bundesvorstand Die Grünen; Gisela Stelly, Journalistin (Hamburg); Cornelia Strasser, Rechtsanwältin (München); Marily Stroux, Fotografin (Hamburg); Michael Schlagenweth, taz-Kantine (Berlin); Sabine Sauer, taz-Foto (Berlin); Rainer Theobold, Dipl.Volkswirt (Hamburg); Rosita Timm, Dipl.Volkswirtin (Hamburg); Dieter Trautmann, Journalist (Hamburg); Trini Trimpop, „Tote Hosen"; Renate Trobitzsch, Rechtsanwältin (Hannover); Sabine Tegeler, taz-Anzeigen (Berlin); Klaus Vack, Sekretär des Komitees für Grundrechte + Demokratie; Waltraud Verleih, Rechtsanwältin (Ffm); Bernd Vetter, Rechtsanwalt (Hamburg); Martin Viergutz, Rechtsanwalt (Königsbach-Stein); Eberhard Walde, Bundesgeschäftsführer Die Grünen; Jens Waßmann, Rechtsanwalt (Hamburg); Roland Weber, Rechtsanwalt (Hamburg); Lars Wegener, Rechtsanwalt (Hamburg); Klaus Wernecke, Dozent, Initiativkreis Hafenstraße (Hamburg); Charlotte Wiedemann, taz-Redakteurin (Bonn); Irmela Wiemann, Bundesvorstand Die Grünen; Rainer Willhoeft, Student (Hamburg); Michael Wunder, Psychologe, Landesvorstand GAL (Hamburg); Patricia Wolf, taz (Berlin); Zapata Buchladen (Kiel); Ewald Zimmer, Die Grünen (Bonn); Günter Zint, Fotograf (Hamburg)

RAF-Gefangener nach Entlassung unter Führungsaufsicht

Während auf der einen Seite medienöffentlich die Debatte für und wider Begnadigung gnadenwürdiger Abschwörer und der Streit um Amnestie für alle oder nur für einige vorzeigbare „Ex"terroristen die Gemüter hochkochen läßt, wird auf der anderen Seite, von den Medien nicht weiter für erwähnenswert gehalten, weiter an der Zerstörung von RAF-Gefangenen gearbeitet.

Roland Mayer wurde im November 1976 verhaftet. Im Juli 1979 zu 12 Jahren Haft verurteilt, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF, Anm. AK) und Rädelsführerschaft. Am 16.12.1988 wird er nach vollständigem Absitzen seiner Strafe entlassen. Wer gedacht hat, damit sei nun der Rechtstaatlichkeit genüge getan, die zerstörerischen Haft- und Kontrollbedingungen endgültig überstanden, soweit 12 Jahre Isolationshaft überhaupt überstehbar sind, hat weit gefehlt: Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Bruchsal hat darauf hingewiesen, daß sich *„der Verurteilte nach wie vor zu den Zielen der terroristischen Vereinigung ‚Rote Armee Fraktion (RAF)' bekenne."* Dafür herhalten müssen dann das Verhalten während des Prozesses, während dessen Verlauf Roland sich nicht von den Zielen der RAF distanziert hat, seine Teilnahme an Hungerstreiks und die schlichte Tatsache, daß der Bundesanwalt feststellt: es gibt die RAF noch. Anschläge wie auf Tietmeyer beweisen es nach seiner Logik. Dies wiederum veranlaßt ihn zu der Feststellung: *„Es ist daher nicht zu erwarten, daß der Verurteilte (...) ohne Führungsaufsicht keine Straftaten mehr begehen wird."* Der Bundesanwalt fordert zusätzlich zu der fünfjährigen Führungsaufsicht, daß ein Bewährungshelfer bestellt wird, das ein Verlassen des Wohn- und Aufenthaltsortes nur mit Erlaubnis der Aufsichtsstelle möglich sein soll, regelmäßige Meldeauflagen gemacht werden und Wechsel des Wohn-und des Arbeitsplatzes der Aufsichtsstelle anzuzeigen sind.

ga.

Dokument

Als Verteidiger des Gefangenen aus der RAF Roland Mayer teile ich folgendes mit:

Mein Mandant, zur Zeit noch in Bruchsal in Haft, wird am 16.12.1988 nach 12-jähriger Haftzeit und vollständiger Verbüßung der vom Oberlandesgericht Stuttgart am 11.7.1979 wegen Mitgliedschaft in der RAF verhängten Strafe entlassen. Die Bundesanwaltschaft hat im Hinblick hierauf mit Schreiben vom 5.10.1988 beim Oberlandesgericht Stuttgart beantragt, für die Zeit nach der Haftentlassung Führungsaufsicht über meinen Mandanten zu verhängen. Nach ihrer Vorstellung soll diese fünf Jahre dauern und als Auflage u.a. beinhalten, daß mein Mandant ohne Zustimmung der Aufsichtsstelle seinen Wohn- oder Aufenthaltsort nicht verlassen darf.

Nach 12 Jahren, die mein Mandant in weitgehender Isolation verbringen mußte, ist also nun beabsichtigt, ihn auf lange Zeit noch unter ein schikanöses System der Kontrolle und Überwachung zu stellen und so — in Form einer Art offenen Vollzugs — die Haftzeit noch zu verlängern. Das Verbot des Verlassens des Wohnorts ohne Genehmigung ist meiner Kenntnis nach bisher einmalig, auch gemessen an bisherigen Haftentlassungen von Gefangenen aus der RAF und anderen politischen Gefangenen. Sie stellt eine Form des Hausarrests dar, erinnert an in Südafrika geübte Praktiken des „Banns" und ist dazu geeignet, Versuche des Wiederaufbaus sozialer Beziehungen draußen, der Arbeitssuche und -aufnahme gravierend zu erschweren, wenn nicht zu vereiteln.

gez. Dr. Härdle
Rechtsanwalt

Immer wieder, immer weiter: § 129a

Bielefeld, 31.10.88: Ca. 60 ihre Gesichter hinter Transparenten verbergende Schwarzfahrer werden zum gesuchten Anlaß für eine der brutalsten Polizeiaktionen der letzten Jahre in dieser Stadt. Die 60 hatten zuvor an einer Spontan-Demonstration teilgenommen, mit der sie gegen die Inhaftierung des wegen „Werbens für eine terroristische Vereinigung" (§129a) verurteilten Christoph protestieren wollten. Auch war ihr Treffen im AJZ den ganzen Tag über mit polizeilichen Bespitzelungen, Durchsuchungen und Bedrohungen behelligt worden. Die Demonstration, der auch die Polizei keine konkreten Straftaten vorwarf, hatte sich zum Zeitpunkt des polizeilichen Eingreifens längst selbst aufgelöst. Trotzdem wurden laufend Polizeikräfte aus der gesamten Region zusammengezogen. Zynisch erklärte Einsatzleiter Begemann auf einer späteren Pressekonferenz, *„man habe die Demo zunächst ‚schützen' wollen"* („Westfalenblatt", 3.11.88). Allerdings waren die DemonstrantInnen weder bereit, Verantwortliche zu benennen, noch ihre Gesichter hinter den Transparenten den Polizeikameras zu zeigen. *„Diese Herausforderung habe die Polizei nicht durchgehen lassen können"* — so zitiert die „Neue Westfälische" den Polizeidirektor Haubrock. Gegen 19 Uhr kesselten aus Ostwestfalen verstärkte Polizeieinheiten die Leute ein und verhafteten während 3 bis 4 Stunden allesamt zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Darunter auch den sich einem freiwilligen Haftantritt verweigernden Christoph. Die Verhaftungen selbst fanden mit brutalen Knüppel- und CS-Gas-Einsätzen statt. Noch im Präsidium wurden die Gefangenen mißhandelt, einer bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt. Bis dahin verweigerte die Polizei jegliche Begründung des Einsatzes.

Die erste Begründung des Einsatzes lautete dann: Schwarzfahren (ein Straßenbahnfahrer hatte eine Gruppe von Leuten nach ihren Fahrscheinen gefragt, die sie ihm nicht zeigen wollten und sie daraufhin denunziert), unerlaubte Demonstration, Vermummung und allgemeine Gewaltbereitschaft. Der Beweis für letzteres: fünf Reizgas-Sprühdosen (wie sie oft von Frauen zur Selbstverteidigung gegen Vergewaltiger gebraucht werden), Halstücher, ein Megaphon, Steine und ein Klappmesser. Über Allerheiligen muß sich die Bielefelder Polizeiführung überlegt haben, daß diese Vorwürfe weder sonderlich haltbar sind, noch ein derartig massives Vorgehen rechtfertigen können. Am 2. November präsentierte sie auf einer Pressekonferenz die Version einer quasi kollektiven „Werbung für eine terroristische Vereinigung". Während der Einkesselung sind von den direkt Betroffenen und von den Außenstehenden Parolen wie *„BRD Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt"* gerufen worden — der Situation durchaus nicht unangemessen. Aber auch schon bei den Durchsuchungen des Infoladens im AJZ (Arbeiter-Jugendzentrum) hatte die Polizei zielsicher nach Dingen gesucht, die den Vorwurf nach §129a untermauern sollten. Es wurden dabei u.a. eine Ausgabe der „Radikal" und eine Erklärung der RAF ausfindig gemacht. Ansonsten liegen als Tatvorwürfe Landfriedensbruch, Widerstand und die ganze Palette des Üblichen vor. Eine konkrete Anklage gegen die Verhafteten, die nach mehreren Stunden bis auf zwei wieder freigelassen wurden, liegt bislang nicht vor.

Christoph, zu dessen Solidarität die Demonstration durchgeführt wurde und der dabei auch verhaftet wurde, muß nun eine eineinhalbjährige Haftstrafe absitzen. Er wurde am 4. Mai d.J. vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht aufgrund des §129a verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, durch die Beteiligung an der Vorbereitung einer Diskussionsveranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD für eine terroristische Vereinigung geworben zu haben. Besonders perfide wirft ihm der Urteilsspruch an mehreren Stellen die Wahl des Datums der Veranstaltung am 18.10.85 vor: *„Datum und Motto hatten die Veranstalter bewußt gewählt, um an die ‚RAF'-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe zu erinnern, die am 18. Oktober 1977 in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Selbstmord verübt haben, nach bewußt wahrheitswidriger Behauptung eines Teils der radikalen Linken aber auf Befehl von staatlichen Institutionen ermordet worden sein sollen".* Weiter wird ihm ein Briefwechsel mit Adelheid Schulz zur Last gelegt. Er habe „eifrig und mit Interesse die linksrevolutionären Zeitschriften" gelesen und diese „systematisch" gesammelt.

Sollte es so sein, daß die politische Justiz den Gummiparagraphen nun auch auf ganze Demonstrationen anwendet?

th

2. Kongreß

„Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie“

Fast 2.000 Frauen trafen sich am 28.-30. Oktober zum zweiten bundesweiten Kongreß. Anwesend waren vor allem Frauen aus der BRD und Westberlin, aber auch Vertreterinnen aus anderen europäischen Ländern, aus Ländern der „Dritten Welt“, und aus den USA und Australien. Während ein Teil der Frauen schon auf dem letzten Kongreß 1985 war und offensichtlich auch schon seit langem zu Themen aus diesem Bereich arbeitet, scheint mit den Razzien vom Dezember 1987, bei denen Ulla Penselin und Ingrid Strobl verhaftet wurden (Ulla ist inzwischen wieder frei, und Ingrid wird weiter in Haft gehalten) eine Mobilisierung für dieses Thema besonders unter jüngeren Frauen stattgefunden zu haben.

Die Eröffnungsveranstaltung

Die Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend war mit ca. 1000 Frauen sehr gut besucht. Auf dem Podium saßen Gena Corea (USA), Dessa Onesmus (Namibia), Vibhuti Patel (Bombay), Heidrun Kaupen-Haas (Hamburg), Ulla Penselin (Hamburg) und je eine Frau aus dem Genarchiv Essen und dem Frauenzentrum Bochum. Ingrid Strobls Platz blieb leer.

Toll war, daß Ulla Penselin selber am Kongreß teilnehmen konnte, sie hat über ihre Knastsituation nach der Festnahme im Dezember 1987 und die zunehmende Kriminalisierung von Genforschungskritikerinnen berichtet.

Ingrid Strobl schickte einen Redebeitrag, in dem sie über den Zusammenhang zwischen Gentechnologie und Nationalsozialismus schrieb. Einen Teil der Rede widmete sie dem Zusammenhang zwischen 1. und 3. Welt, wo die Menschen als ausgebeutete Reserve, Versuchskaninchen und „Rohstofflager“ für die privilegierten „Weißen“ mißbraucht werden — ein rassistisches Ausbeutungsverhältnis, das den Lebensstandard hier überhaupt erst ermöglicht.

Dessa Onesmus berichtete über die Bevölkerungspolitik, die in Namibia betrieben wird: *„Namibia ist viermal so groß wie Frankreich und Großbritannien zusammen, es leben dort 1,5 Millionen Menschen. Und gegen unser ‚Bevölkerungswachstum‘ wird mit Sterilisation und u.a. mit in der BRD nicht zugelassenen Verhütungsmitteln vorgegangen.“*

Heidrun Kaupen-Haas forscht und schreibt zu dem Thema *„Kontinuität nationalsozialistischer Forschung und Genforschung heute“*. Ihr Beitrag zeigte Heidrun Kaupen-Haas forscht und schreibt zu dem Thema „Kontinuität nationalsozialistischer Forschung und Genforschung heute“. Ihr Beitrag zeigte u.a. auf, daß es damals wie heute z.T. die gleichen Forschungsinstitute sind, die sich mit dieser Forschung beschäftigen und daß heute in der Genforschung auf den Forschungen der Nazis aufgebaut wird.

Vibhuti Patel aus Indien berichtete über die Bevölkerungspolitik in ihrem Land und die Kriminalisierung von Frauen, die versuchen, Öffentlichkeit und Information darüber herzustellen. *„Familienplanung“* heißt oft Zwangssterilisation bzw. Sterilisation ohne Wissen und natürlich ohne Einverständnis der betroffenen Frauen. Abtreibung bei „Unterklassefrauen“ und überall Geschlechtsuntersuchungen und Abtreibung der weiblichen Feten. Da der Anteil — insbesondere der weiblichen — Bevölkerung, der nicht lesen kann, sehr hoch ist, wird versucht, über Lieder, Plakate, Theaterstücke u.a. Bewußtsein darüber zu schaffen, daß *„Mädchen genauso viel wert seien wie Jungen“*.

Die Frauenzentrumsfrau versuchte, den anwesenden Heterofrauen deren Heterosexismus zu verdeutlichen, vielleicht ist es ihr bei anderen Frauen gelungen. Wichtig fand ich allerdings ihre Position, daß die *„Verlockung der Gen- und Reproforschung, unabhängig vom Mann sich Kinderwünsche erfüllen zu können, nicht dazu führen darf, sich hinter diese Forschung zu stellen.“*

Gena Corea berichtete über die Leihmütterpraxis in den USA und ihren Kampf dagegen. Während jetzt in Michigan ein Urteil die *„Zuhälter(firmen)“* (sie hielt ihren Beitrag in deutsch, offensichtlich gibt es verschiedene Übersetzungen für *„Vermittler“* — hier trifft die falsche richtig!) unter Strafe stellt, treten die Menschenrechtskommissionen auf den Plan mit der Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Frauen und dazu gehöre auch *„das Recht“* auf Leihmutterschaft. *Es gibt kein Recht ohne Menschenwürde“* war ihr Kommentar dazu und berichtete, daß trotz Ablehnung der Leihmutter, die *„Kaufeltern“* bei der Geburt anwesend waren — bezahlt ist bezahlt. Daß die Zuhälterfirmen die potentiellen Leihmütter präsentieren wie andere die neue Winterkollektion: auf dem Laufsteg. Außerdem werden zunehmend Versuche aufgedeckt, bei denen Frauen insbesondere aus Mexico als Leihmütter angeworben werden, denen erzählt wird, daß der Fötus nach ein paar Monaten der zukünftigen *„sozialen“* Mutter eingepflanzt wird, tatsächlich aber gar keine *„Kaufeltern“* vorhanden sind. Da schon seit langem in den USA versucht wird, ein *„menschliches Ersatzteillager“* aufzubauen, liegt hier der Verdacht nahe, daß gerade die Armut in den Ländern der Dritten Welt ausgenutzt werden soll, um *„Lebendersatzteile“* zu bekommen.



Die Arbeitsgruppen

Das Kongreßbegleitheft ließ schon ahnen, daß durch die Fülle von Arbeitsgruppen, die für Samstag angesetzt waren, für jede Teilnehmerin nur ein ganz kleiner Ausschnitt des Kongresses sichtbar werden würde. Der Kongreß war thematisch in vier Schwerpunkte gegliedert, zu denen Arbeitsgruppen angeboten wurden:

1. Bevölkerungspolitik: Pro Familia und Bevölkerungspolitik, Bevölkerungspolitik in den Ländern der Dritten Welt, Geschlechtsbestimmung in Indien, Humangenetische Beratungsstellen, Industrialisierung der Reproduktion, u.a.

2. Naturwissenschafts- und Technologiekritik: Gentechnologie — Gefahren und Folgen, Phänomen, Phantom AIDS, Zeugungsmythos der Vernunft — High-Tech im Bauch der Frau, Macht und Ohnmacht der Genkonstrukteure u.a.

3. Selbstbestimmung: Reproduktionsmedizin und Selbstbestimmung, Rassismus unter Frauen, was können wir dagegen tun, Individuelle und gesellschaftliche Auswirkungen der pränatalen Diagnostik, u.a.

4. Zur Legalisierung der Reproduktions- und Gentechnologie: Gebärverbote — zur eugenischen Indikation und Zwangssterilisation, Lesben zwischen Tochterwunsch und Geschlechtsselektion — Möglichkeiten und Grenzen der Inanspruchnahme reproduktionstechnologischer Methoden am Beispiel der künstlichen Insemination, In-Vitro-Fertilisation im internationalen Recht, u.a.

Inanspruchnahme reproduktionstechnologischer Methoden am Beispiel der künstlichen Insemination, In-Vitro-Fertilisation im internationalen Recht, u.a.

Die Abschlußplenen

Auf den Schwerpunktabschlußplenen wurden die Arbeitsergebnisse zusammengetragen. Wohl teilweise in Unkenntnis über die Existenz von FINRAGE wurde die Notwendigkeit eines feministischen Infonetzwerkes insbesondere zum Materialaustausch mit den zur Bevölkerungspolitik arbeitenden Frauen in den Ländern der Dritten Welt diskutiert. Es wurde deutlich, daß zwar der Informationsstand hier über die Situation in diesen Ländern ziemlich hoch ist, daß aber der Rückfluß von Informationen und Informationsmaterialen an die dort arbeitenden Frauen gegen Null geht. Das wurde von den Vertreterinnen dieser Länder zu recht heftig kritisiert.

Auf dem Gesamtabschlußplenum lagen unzählige Resolutionen vor. Eine Beratung und Abstimmung war so nicht mehr möglich, einerseits, weil schon viele Frauen früher weg mußten und andererseits, weil ein Teil der Frauen am Abend vorher beschlossen hatte, am Vormittag eine Demo zum Frauenknast Preungesheim zu machen.

Die vorherrschende Stimmung war grundsätzliche Ablehnung

Nach meiner Kenntnis wurde in keiner Arbeitsgruppe die Frage diskutiert, inwieweit eine generelle Ablehnung aller Gen- und Reproduktionstechnologien so, wie sie von den sich äußernden Genkritikerinnen vertreten wird, richtig ist. Ich denke, daß unter dem *„Oberbegriff“* Gen- und Reproduktionstechnologien viel subsummiert und dann mitabgelehnt wird, was unter den Frauen noch gar nicht ausdiskutiert und erst recht nicht vereinheitlicht ist. Z.B. bei den in Diskussionen und Veranstaltungen immer wieder heiß umstrittenen Themen: Anwendung der In-Vitro-Fertilisation, die Ultraschalluntersuchung, Krebsvorsorgeuntersuchungen und auch die Frage von pränataler Diagnostik.

Die Kongreßmaterialen und, soweit vorhanden, die Ergebnisse und Resolutionen sollen in einem Reader zusammengefaßt werden und demnächst erhältlich sein.

ga.

Teilplenum „Frauen und Medizin“

Wir begreifen Medizin als Herrschaftsinstrument, um Kontrolle über unseren Körper, unsere Reproduktionsfähigkeit, unser Leben zu erlangen; um eine Aufteilung in „wertes“, „verwertbares“ und „unwertes“ Leben durchzusetzen.

Diese Funktion und Zielsetzung lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir brauchen und fordern Frauenräume außerhalb dieser patriarchalen Medizinstruktur, um
— unsere eigene Forschung zu betreiben
— unsere eigene Ausbildung zu organisieren
— Strukturen zu entwickeln, in denen die
— unsere eigene Forschung zu betreiben
— unsere eigene Ausbildung zu organisieren
— Strukturen zu entwickeln, in denen die Klärung von Widersprüchen möglich ist (z.B. einerseits beteiligen wir uns an Impfprogrammen, andererseits wissen wir, daß Impfstofforschung immer Bezug zu militärischer Forschung und zu Menschenversuchen in der „3.Welt“ hat)
— für jede von uns Möglichkeiten zu schaffen, Kenntnisse über den eigenen Körper zu gewinnen
— nicht mehr individualisiert die Auseinandersetzung mit Medizinern führen zu müssen
— der Ausgrenzung behinderter und kranker Menschen eine Praxis entgegenzusetzen, in der die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit ihnen Bestandteil unseres Alltags wird.

Wir sind uns bewußt, daß Inhalte der herrschenden Medizin in unsere alternativen Strukturen transportiert werden können. Wir wollen nicht gleiche Inhalte von Forschung, gleiche Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit mit einem freundlichen Lächeln an die Frau bringen.

Deshalb ist die Entwicklung von Alternativen nur in Verbindung mit der Kritik an Inhalt und Struktur herrschender Medizin möglich.

Die Krankenkassen, mit ihren z.T. faschistisch tradierten Strukturen, die heute von den Interessen der Ärzteschaft und der Pharmaindustrie bestimmt sind, begreifen wir als einen wesentlichen Bestandteil dieses Systems. Wir fordern die Möglichkeit selbstverwalteter Organisation sozialer und finanzieller Absicherung und Versorgung.

Wir fordern die Umverteilung der Forschungsgelder zu Gunsten der Frauengesundheitszentren, Frauenbildungseinrichtungen, Gesundheitsläden und Initiativen, die die Kritik an dieser Herrschaftsmedizin vertiefen und verbreiten und die Entwicklung einer menschenfreundlicheren Heilkunde verfolgen.

Die Kongreßresolution, die Resolution zu Ingrid Strobl, die ergänzenden Forderungen der Teilplenen sowie weitere Resolutionsvorschläge zur Kriminalisierung und zur Situation von Gefangenen sind z.T. als Diskussionsergebnisse, z.T. als Meinungsbilder des Kongresses und der Diskussion innerhalb der Frauenbewegung zu verstehen, nicht aber als beschlossene Diskussionspapiere.

Dokumente:

Kongreßresolution

Dieser Kongreß ist die Weiterführung der Diskussionen, die 1985 auf dem ersten bundesweiten Kongreß von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien begonnen haben. Es gibt seither einen kontinuierlichen Zusammenhang auf nationaler und internationaler Ebene. Es hat Kampagnen, Veranstaltungen, Aktionswochen wie z.B. die erfolgreiche Verhinderung der Leihmütteragentur in Frankfurt gegeben. Das Ergebnis unserer Diskussionen der vergangenen Jahre und dieser letzten Tage steht fest:

Wir Frauen lehnen die Erforschung und Anwendung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien ab.

Unsere 1985 formulierten Ausblicke und Einschätzung der Weiterentwicklung der Gen-und Fortpflanzungstechnologien sind durch die Ereignisse der vergangenen drei Jahre bestätigt, z.T. sogar übertroffen worden.

Wir sehen heute noch deutlicher die diesen Technologien innewohnenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen:
— eine umfassendere Beherrschung von Frauen, nicht nur in unseren reproduktiven Fähigkeiten, sondern in unserem gesamten Leben;
— die Erschließung, Aneignung, Verwertung und Vermarktung alles Lebendigen;
— die Zurichtung von Leben, auch von menschlichem Leben, nach Interessen und Kriterien der industriellen Produktion;
— die Vernichtung von nicht angepaßtem, nicht profitablem Leben;
— die Erfassung und Kontrolle sozialen Lebens;
— der Versuch, mit einer neuen Form des Krisenmanagements ökologische und soziale Probleme handhabbar zu machen.

Die neuen Reproduktions- und Gentechnologien treffen und betreffen Frauen weltweit in sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen.

Die Existenz einer imperialistischen Weltwirtschaftsordnung macht uns hier zu den Nutznießerinnen einer weltweit organisierten Ungleichheit. So werden zur Sicherung unseres Überflusses in der industrialisierten Welt und zur Bekämpfung einer konstruierten Bevölkerungsexplosion Frauen der sogenannten 3. Welt zu Versuchskaninchen und ihre Länder zum Versuchsgelände für Produkte der Industrie- und Forschungsmafia gemacht: Ein gentechnisch erzeugter Anti-Schwangerschafts-Impfstoff wird an Frauen in Brasilien getestet; ein Tierimpfstoff gegen Tollwut wurde heimlich in Argentinien erprobt. Vorangetrieben und abgesichert werden die Projekte der Genforscher und Betreiber von internationalen Einrichtungen wie WHO, OECD usw. Die Gen- und Reproduktionstechnologien werden uns Frauen als Erweiterung unserer Selbstbestimmung verkauft. So werden wir mit unserer Forderung nach selbstbestimmten Leben mit einer Wegwerffreiheit (junk liberty) abgespeist, die den Technodocs die Freiheit gibt, über unsere Körper zu verfügen. Anstelle von Selbstbestimmung bleibt nur noch das „Recht“ auf Eigentum und Verkauf des eigenen Körpers (bzw. der Körperteile).

Die Medizin wird mit diesen Technologien zu einem verfeinerten Instrument in der Tradition der Auslese und Ausmerze unerwünschten Lebens. Sie legitimiert mit ihrem Anspruch von Heilung und Hilfe einer pervertierte Krankheitsprävention, die nicht Ursachen, sondern angeblich genetisch anfällige Menschen aufspüren und verhindern will. So lautet das klare Ziel des EG-Programms „Prädiktive Medizin“ zur Entschlüsselung der menschlichen Erbsubstanz.

Mit den Gen- und Reproduktionstechnologien wird die Grenze zwischen wissenschaftlichem Zugriff und industriellem Zuschnitt der Natur völlig aufgehoben. Denn bei jedem gentechnischen Experiment geht es darum, Lebewesen als profitable Molekülmaschinen neu zu konstruieren. Auch in der sog. Grundlagenforschung ist das Ziel nicht Erkenntnisgewinn, sondern Beherrschung und Profitmacherei, wie das schon eröffnete Rennen auf Genpatente zeigt.

Zunehmend fordern nicht nur Politiker und Wissenschaftler, sondern auch Industrievertreter gesetzliche Regelungen der Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Damit wird deutlich, daß es hier um die Legalisierung der Technologien geht, um die Sicherung ihres so definierten „gesetzmäßigen“ Gebrauchs. Mit der Verabschiedung von Gesetzen soll so vor allem die öffentliche Debatte abgeschwächt werden. Gleichzeitig soll durch die Verfolgung von Frauen eine radikale Ablehnung kriminalisiert werden.

Unsere Kritik und Aktivitäten werden von den Betreibern, Forschern und verantwortlichen Politikern ernst genommen, denn sie haben bereits Konsequenzen aus unserem Widerstand gezogen. Sie wählen ihre Propagandalinie immer gezielter aus, argumentieren mit Krebs, AIDS und dem Hunger in der Welt und mit den Bedürfnissen von Frauen. Sie drohen mit dem Export von Forschung und Arbeitsplätzen in andere Länder, organisieren Polizeischutz für ihre Labore und Produktionsanlagen.

Wir fühlen uns in unserer Absicht bestärkt, öffentlich zu debattieren, nach widerständigen Frauenpositionen zu suchen, uns international zu treffen und zu organisieren. Wir möchten nach diesem Kongreß klarer denken, grundsätzlicher fragen, entschlossener handeln und widerspenstiger leben!

* *

Teilplenum „Wissenschaftskritik“

Teilplenum „Wissenschaftskritik“

Wir kritisieren grundsätzlich eine Wissenschaft, die die Gen- und Reproduktionstechnologien hervorgebracht hat. Wir fordern deshalb auch den sofortigen Ausstieg aus den Techniken, für die uns diese Technologie als Lösung angeboten wird, wie z.B. industrielle Landwirtschaft, chemische Industrie und Kernspaltungstechnologie.

Wir sprechen dieser Wissenschaft die Definitionsmacht darüber ab, was Leben und lebendig ist. Ihr Ziel ist die totale Kontrolle alles Lebendigen und führt zur Zerstörung von uns wichtigen Lebenszusammenhängen. Wir setzen dem eigene Entwürfe entgegen, die sich aus Bedürfnissen unserer Lebenszusammenhänge bestimmen. Das ist Ausdruck unserer Würde.

Gen- und Reproduktionstechnologie wird die Unterschiede zwischen arm und reich verschärfen und ist ein Teil eines Entwicklungsmodells, das die Lösungen von Frauen für ihre Probleme und Lebensbedingungen z.B. im Bereich Gesundheit und Landwirtschaft ignoriert und zunichte machen kann.

Konkrete Forderungen:
— Keine Freisetzung gentechnologisch veränderter Organismen
— keine Patentierung von Lebewesen
— keine Inbetriebnahme gentechnischer Produktionsanlagen
— Stop des EG-Projekts „prädiktive Medizin“; Zurverfügungstellung der dafür bewilligten Gelder (65 Mill. ECU) für die Frauenbewegung und ihre Gesundheitsprojekte

* *

Teilplenum „Legalisierung“

„Wollen wir für ein Verbot der Reproduktions- und Gentechnologien kämpfen?“

Ergebnis:

Wir, die Teilnehmerinnen des 2. Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“ wenden sich gegen jede Form, Reproduktions- und Gentechnologien zu legalisieren.

Begründung:

Sowohl der Diskussionsentwurf eines Embryonenschutzgesetzes von 1986, als auch die aktuelle Kabinettsvorlage der Bundesregierung und auch der Grünen gehen von der grundsätzlichen Notwendigkeit der Technologien aus und werden deshalb von uns abgelehnt.

Diese Gesetzentwürfe sollen für in-vitro-Befruchtung, pränatale Diagnostik und Embryonenforschung eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen, vor allem, in dem sie vorgeben sog. Mißbräuche durch strafrechtliche Sanktionen einzuschränken.

Unter dem Vorwand, vereinzelt Frauen helfen zu können, wird auf breiter Ebene eine Bevölkerungspolitik von Auslese und Ausmerze etabliert. Wir fordern den Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien in allen Formen und auf allen Ebenen:

von Pressearbeit, Aufklärungsarbeit durch Frauengruppen bis hin zu Gemeindearbeit und Demonstrationen, als eine Variante des praktischen Widerstandes.

Wir fordern die Schließung humangenetischer Beratungsstellen.

Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung der GegnerInnen von Gen- und Reproduktionstechnologien.

Freiheit für Ingrid Strobl!

Gentechnologie: Instrument der Auslese

Verlesene Rede von Ingrid Strobl

Die Frauen von der sozialwissenschaftlichen Forschung und Praxis für Frauen in Köln haben mich aufgefordert, ein Referat für diesen Kongreß zu schreiben. Das Thema, das sie mir vorschlugen, war der Zusammenhang zwischen Gentechnologie und Nationalsozialismus — ein naheliegendes Thema, über das ich gerne ernsthaft gearbeitet hätte. Zu meinen Haftbedingungen gehört aber auch, daß man mir gerade all das nicht gibt, was ich dringend bräuchte, um mich in aktuelle politische Diskussionen und Kämpfe einmischen zu können. Ich bekomme keine Broschüren, die auch nur ansatzweise politisch interessant und wichtig sind. Ich bekomme weder Fotokopien noch Originalausschnitte aus Zeitungen und Zeitschriften. Nun wißt ihr ja auch, daß zu Themenbereichen wie Gentechnologie und Reproduktionsterror mehr in hektografierten Texten, fotokopierten Papers und in Zeitschriften wie E. Coli-bri zu finden ist, als in „ordentlichen" gebundenen Büchern. Das Resultat ist, daß ich das geplante Referat hier nicht so halten kann, wie ich es gerne getan hätte. Ich halte nicht viel von reinen Statements, und ich gehe davon aus, daß auf diesem Kongreß eine Menge Frauen referieren werden, die auf ihrem Gebiet Spezialistinnen sind, und die das nötige Material zur Verfügung hatten, um ihre Thesen zu untermauern. Trotzdem möchte ich euch auf ein paar politische Aspekte aufmerksam machen, die mir wichtig scheinen — auch wenn ich damit Eulen nach Athen trage.



aus: Kongreß-Begleitheft

Alles Expertinnentum und alles Detailwissen nützen uns in unserem Widerstand nicht viel, wenn wir uns nicht ständig der politischen Grundbedingungen bewußt sind, unter denen wir unseren Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien entwickeln.

Die zuständigen Wirtschaftsexperten haben vorausgesagt, daß die Gen- und Biotechnologie der profitträchtigste Produktionszweig der Zukunft ist. In diesem Fall irren die Herren vermutlich nicht. Die Interessenten dieser Produktion, vom Labor bis in die Vorstandsetage, sind verständlicherweise bemüht, jede Störung ihrer Projekte zu verhindern. Nun wurden sie allerdings in letzter Zeit auf den verschiedensten Ebenen ganz massiv gestört. Frauen haben ihre Pläne durchschaut und ausgeplaudert. Frauen haben ein öffentliches Bewußtsein über die Unverantwortlichkeit dieser Projekte geschaffen und ihnen die Akzeptanz verweigert. Frauen haben durch Anschläge auf konkrete Projekte deren Entwicklung behindert.

Es ist also gar nicht erstaunlich, daß die Allianz der Profiteure zu härteren Bandagen greift, um solche Störungen in Zukunft zu vermeiden. Das neueste Mittel, das ihnen der Staat nun freundlicherweise zur Verfügung stellt, ist die Kriminalisierung ihrer Gegnerinnen. Das Zauberwort, das Kritik und Widerstand in „Kriminalität" verwandelt, heißt bekanntlich „anschlagsrelevant". Diese Erfindung ist allerdings nicht ohne Charme,

zur Verfügung stellt, ist die Kriminalisierung ihrer Gegnerinnen. Das Zauberwort, das Kritik und Widerstand in „Kriminalität" verwandelt, heißt bekanntlich „anschlagsrelevant". Diese Erfindung ist allerdings nicht ohne Charme,

denn sie wendet sich zusehends gegen ihre Schöpfer. Die Bundesanwaltschaft hat sich seit dem 18.12. letzten Jahres quasi als unsere Werbeagentur betätigt und das auch noch ohne Honorar. Die Frauen vom Genarchiv und Ulla werden bestätigen können, daß seither das Thema Gentechnologie in aller Munde ist und auf ein Interesse stößt, das vorher in diesem Ausmaß nicht vorhanden war. Dafür möchte ich an dieser Stelle der Bundesanwaltschaft meinen herzlichen Dank aussprechen.

Aber zurück zu den politischen Grundbedingungen unseres Themas. In einem Land wie der Bundesrepublik können wir diese Forschungen, diese Technologien, diese zukunftträchtige Industrie nicht analysieren und auch nicht bekämpfen, wenn wir sie nicht klar im Kontext des Nationalsozialismus und seiner Kontinuität in der BRD sehen. Die neuen Gen- und Reproduktionstechnologien setzen die Ideologie und Praxis von Auslese und Ausmerze fort. Therapie und Prophylaxe von Krankheiten sind nur ein Teilaspekt dieser Forschung und ihrer Anwendung. Es geht in erster Linie wieder einmal um wertes und unwertes Leben. Es geht wieder einmal darum, wer fortpflanzungswürdig ist und wer nicht. Nicht wert zu überleben und sich fortzupflanzen sind: die Armen in den drei Kontinenten Lateinamerika, Asien und Afrika, die nicht einmal für die Sklavenarbeit auf den Plantagen der Multis und in der internationalen Billigstlohnproduktion verwertet werden können. Die weiblichen Neugeborenen in den Ländern, die von den Metropolen der Überbevölkerung bezichtigt werden. Die Flüchtlinge, aus denen kein Profit mehr geschlagen werden kann und die zudem drohen, sich in Richtung Metropolen zu bewegen. Nicht lebens- bzw. fortpflanzungswürdig hierzulande sind: Die türkischen Arbeitsimmigrantinnen. Die Krüppel. Die Alten und chronisch Kranken, die sich nicht mehr selbst versorgen können. Und, auch wenn es noch nicht deutlich ausgesprochen wird, konsequenterweise die verarmten Teile der Bevölkerung, die in bester deutscher Tradition als „asozial" bezeichnet werden.

Lebens- und fortpflanzungswürdig ersten Grades sind die Angehörigen der oberen und mittleren Klassen weißer Hautfarbe in den Metropolen. Ihnen kommen die medizinischen Fortschritte der Genforschung zugute. Ihnen wird der Kinderwunsch wenn nötig künstlich oder per Leihmutter erfüllt. Sie essen das Fleisch, zu dessen Herstellung in den armen Ländern statt Lebensmittel für die Menschen Hybridfutter zur Tiermast angebaut wird.

Die Nazis haben es geschafft, einen beachtlichen Teil der deutschen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Das funktionierte nicht nur mittels Zwang und Unterdrückung, sondern indem sie das sogenannte deutsche Volk vorerst von ihren

achtlichen Teil der deutschen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Das funktionierte nicht nur mittels Zwang und Unterdrückung, sondern indem sie das sogenannte deutsche Volk vorerst von ihren

Machenschaften ein wenig profitieren ließen und es zusätzlich oder ersatzweise mit dem Bewußtsein seiner Höherwertigkeit fütterten. Das Rezept für den Rest der Welt war: nackter Terror. — Vernutzung durch Arbeit oder direkte Vernichtung. Während die einen mit dem Mutterkreuz dekoriert wurden, wurden die anderen zur Zwangssterilisation getrieben. Nachdem die einen mit „Kraft durch Freude" durch die deutschen Lande gondelten, füllten die anderen die Deportationszüge.

Die neuen Arier sind wir. Auch sogenannte „feministische" Samenbanken sind im Kontext imperialistischer Auslesepolitik nichts Anderes als eine Art alternativer Lebensborn. Es ist kein Zufall, daß die Propagandisten der Gen- und Reproduktionstechnologien auf die „Frau von heute" zielen. Das Patriarchat mußte ein Stück zurückweichen in den letzten zwanzig Jahren, die Frauen haben sich ein Stück weiterentwickelt. Verständlicherweise können sich die Herren der Welt das nicht einfach so bieten lassen. Worum sie sich nun bemühen, ist einerseits wieder Terrain zu gewinnen und ihre Kontrolle über uns Frauen wieder auszubauen. Und zum anderen, die paar Erfolge, die wir Frauen uns erkämpft haben, auch für sich zu nutzen — und das heißt letztlich, sie gegen uns zu wenden. Konkret heißt das: Sie versuchen unter den modernen, emanzipierten, berufstätigen Frauen die Akzeptanz zu erzielen, die sie

auch für sich zu nutzen — und das heißt letztlich, sie gegen uns zu wenden. Konkret heißt das: Sie versuchen unter den modernen, emanzipierten, berufstätigen Frauen die Akzeptanz zu erzielen, die sie

für ihre mörderischen Projekte brauchen. — Unfruchtbarkeit; kein Problem, das lösen wir im Labor für Sie. Keine Zeit für Schwangerschaft? Auch keine Affäre, suchen Sie sich eine Leihmutter nach Ihrem Geschmack aus. Angst vor einem behinderten Kind? Keine Sorge, wir machen es Ihnen rechtzeitig weg. Aber wehe, Sie bringen trotzdem so einen Krüppel zur Welt. Dann müssen Sie schon selber sehen, wo Sie damit bleiben. Und halten Sie sich die Ohren zu, wenn eine dieser übriggebliebenen Radikalfeministinnen Ihren Wunsch nach eigen Fleisch und Blut infrage stellt. Und wenn Sie auf möglichst unschädlichen Verhütungsmitteln bestehen, meine Damen, dann beschweren Sie sich bitte nicht, wenn wir unsere Produkte an den Frauen in Bangladesh und Brasilien austesten. Ohne Versuchskaninchen gibt es nun mal keine exakten Resultate in der Wissenschaft.

Sinn und Zweck der Gen- und Reproduktionstechnologie ist nicht die Entfremdung der Frauen von der Natur, wie manche von uns befürchten. Die angebliche Natur der Frau ist ein reaktionärer Mythos, der aus derselben trüben Quelle stammt, die auch das moderne Patriarchat befruchtet. Sinn und Zweck auch der Gen- und Reproduktionstechnologie ist die Verwertbarkeit und Beherrschbarkeit des Menschen. Für den Profit und die Machthegemonie der Herrschenden werden Menschen selektiert, vernutzt und vernichtet. Und da das heutige System der Herrschenden, der Imperialismus, fundamental patriarchal und rassistisch ist, herrscht es am schamlosesten über die, die nicht männlichen Geschlechts und nicht weißhäutig sind. Zu den Fundamenten des Patriarchats wiederum gehört wesentlich der Mythos von der Natur der Frau, der behauptet, Frauen seien „anders", kreatürlicher und vor allem zum Gebären geboren. Weil sie sich ohne eine eigenes Kind nicht vollwertig fühlen, laufen Frauen heute in die Labors der In-vitro-Befruchter und preisen die Segnungen dieser Wissenschaft. Die alte Ideologie feiert Hochzeit mit dem technologischen Fortschritt, das ist alles.

Und auch die neuen Technologien sind ihrem Wesen nach nicht neu. Sie sind die Fortsetzung der Naziforschung mit neuen Mitteln im Interesse der neuen Machthaber. Die NS-Mediziner und Forscher konnten sich erstmals über die Beschränkungen der Pathologie hinwegsetzen und lebendige Körper bearbeiten und zerstückeln. Schon ihr spezifisches Interesse galt den Reproduktionsorganen der Frau. Schon sie suchten herauszufinden, wie man die Produktion von Nachwuchs unmittelbar steuern könnte im Sinne und zum Nutzen der Herrenrasse. Bekanntlich wurde ihre Arbeit durch die Befreiung der KZs unterbrochen. Die Gen- und Reprotechnologien führen ihre Arbeit in diesem Bereich nun fort. Sie haben herausgefunden, wie man die Reproduktionsorgane und -tätigkeiten der Frau in ihre Einzelteile zerlegen und isolieren und damit im Sinne und zum Nutzen der neuen Auslesepolitik zukünftig einsetzen kann. Der Erfolg ihrer Arbeit ist, daß man sich künftig nicht mehr darauf beschränken muß, unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindern — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann.

Die heutige Forschung beschränkt sich

muß, unwertes Leben zu vernichten, sondern daß man es bereits in der Entstehung behindern — oder vielleicht auch in die gewünschte Richtung manipulieren kann.
Die heutige Forschung beschränkt sich

allerdings nicht auf den humangenetischen Bereich. Ihre bisher größten Resultate erzielt sie in der Revolutionierung der Landwirtschaft. Kein Klima, keine Erdbeschaffenheit legen den genetisch gesteuerten Anbaumethoden mehr ein Hindernis in den Weg. Mit gezüchtetem Saatgut und darauf abgestimmten Dünge-und Unkrautvernichtungsmitteln kann bald mehr oder weniger alles überall angepflanzt und geerntet werden. Hunger kann künstlich erzeugt werden und hat sich als effektivere Waffe bewährt als alle Panzer und Maschinengewehre zusammen. Wir in den Metropolen fürchten, die Genforschung könnte einen neuen Frankenstein erzeugen. Die Menschen in den drei Kontinenten müssen längst keinen Frankenstein mehr fürchten. Die vollkommen natürlich gezeugten und geborenen Vertreter des Imperialismus wüten in ihren Ländern so hemmungslos, daß es auch ein Frankenstein nicht viel schlimmer treiben könnte.

Gen- und Reproduktionstechnologie sind allgemein nur eine neue Methode, um die Welt noch effektiver zu beherrschen und die Frauen noch perfekter zu kontrollieren. Sie sind Teil eines Systems, das uralt ist, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und auf der Unterwerfung der Frauen und der Völker, die nicht der jeweiligen Herrenrasse angehören. Dieses System, das heute in der Form des sexistischen Imperialismus herrscht, wurzelt in der patriarchalen Teilung der Menschheit in höherwertige und minderwertige Wesen, und es hat sich verfeinert und perfektioniert in der Rassenpolitik des Kolonialismus und der Auslesepraxis des Nationalsozialismus.

Gen- und Reproduktionstechnologien sind spezifisch ein Angriff auf die Menschenwürde der Frau und ihr Selbstbestimmungsrecht. Eine Flanke dieses Angriffes hier ist der systematische Abbau der ohnehin lächerlichen Abtreibungsreform. Die Arierin soll sich gefälligst fortpflanzen. Gegen die Frauen der drei Kontinente wird dieser Angriff mittels Sterilisationskampagnen geführt und indem diese Frauen als Versuchskaninchen für neue und besonders schädliche Verhütungsmittel mißbraucht werden. Das braune, gelbe und schwarze Gesindel soll sich tunlichst nicht fortpflanzen. Dieser Angriff wird hier in den humangenetischen Beratungsstellen geführt, und er richtet sich in Indien gegen die weiblichen Embryos, die dank des medizinischen Fortschritts rechtzeitig erkannt und abgetrieben werden können.

Es gehört zum Prinzip des Patriarchats, daß Frauen nicht das Recht haben sollen, über sich selbst zu bestimmen. Daß der Körper der Frau grundsätzlich dem Manne zur Verfügung zu stehen hat. Zum Prinzip der Auslese gehört, daß Frauen a priori mindere Wesen sind, daß aber auch diese Minderwertigkeit in sich abgestuft ist: und zwar von weiß nach schwarz, von nord nach süd, von reich nach arm, von bodygebuildet nach verkrüppelt.

Ihren Hauptangriff führen die Profiteure der Gen- und Reproduktionstechnologien gegen die ausgebeutetsten Länder der Erde. Ihre ersten Opfer sind die Frauen in diesen Ländern. Das bedeutet auch, daß wir unseren Kampf dagegen nicht als Ein-Punkt-Bewegung führen können, die sich auf die Auswirkungen dieses „Fortschrittes" auf die Metropolen beschränkt. Unser Widerstand kann, wenn er Sinn machen soll, nur internationalistisch sein, und er muß sich im Rahmen eines umfassenden Widerstandes entwickeln, der sich gegen dieses gesamte System von Sexismus, Ausbeutung, Auslese und Vernichtung richtet.

Frauen auf der ganzen Welt kämpfen gegen dieses Monstrum, das sie aussaugt, vergewaltigt, tötet. Wir, die Frauen in den Metropolen, leben in der Festung dieses Monstrums, in der sich seine Forschungszentren und seine Schaltstellen befinden, in der es seinen Profit und seine Macht verwaltet, in der es seine Pläne schmiedet und sich von seinen Mühen ausruht. — Das alles in der Hoffnung, daß es nicht ernsthaft dabei gestört wird. Machen wir diese Hoffnung zur Illusion!

Ingrid Strobl
München, Oktober 1988

Resolution zu Ingrid Strobl

Wir sind an diesem Wochenende mit über 2.000 Frauen aus zahlreichen Ländern zusammengekommen, um unser Wissen über die Machenschaften der Bevölkerungsstrategen, der Reproduktionskontrolleure, der Genvoyeure und Genzerstückeler offenzulegen und um gemeinsam weitere Möglichkeiten zu entwickeln, ihnen in ihr Unwerk zu pfuschen.

Wir haben uns auch getroffen, um unsere Solidarität mit den Frauen zu zeigen, die seit Ende letzten Jahres vom BRD-Staat verfolgt, kriminalisiert und in Haft gehalten werden, weil sie sich in ungenügender Weise an rechtsstaatlich-patriarchale Normen und Gesetze angepaßt haben sollen. Der Vorwurf gegen die Frauen: Mitgliedschaft in der „Roten Zora" oder den „Revolutionären Zellen".

Wir freuen uns, daß Ulla Penselin wieder frei ist und an diesem Kongreß teilnehmen konnte. Wir sehen einen Grund für ihre Verhaftung im Dezember in ihrem frauenpolitischen Engagement zu Bevölkerungspolitik und den Reproduktions-und Gentechnologien. Ihre Freilassung erfolgte nicht zuletzt auf den starken öffentlichen Druck hin.

Dieser hat offensichtlich noch nicht ausgereicht, um auch Ingrid freizubekommen. Sie ist — wie ihr schriftlicher Beitrag zu diesem Kongreß am Freitagabend gezeigt hat — weiterhin ungebeugt in Beugehaft. Von ihr wird verlangt, die Person zu benennen, der sie einen Wecker gegeben haben soll, der angeblich bei einem Anschlag benutzt worden sein soll. Sie weigert sich, einen Namen zu nennen,

gehaft. Von ihr wird verlangt, die Person zu benennen, der sie einen Wecker gegeben haben soll, der angeblich bei einem Anschlag benutzt worden sein soll. Sie weigert sich, einen Namen zu nennen,

weil es zu ihrer politischen Moral gehört, daß sie andere Menschen nicht einer zermürbenden, womöglich zerstörenden Verfolgung durch diesen Staat aussetzt. Sie sagt dazu selbst: „... wenn ich diese Haltung aufgebe, bin ich nicht mehr ich. Und das wäre noch ein viel fundamentalerer Eingriff in mein Leben als das Gefängnis."

Wir fordern die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl und die Einstellung aller bekannten und unbekannten Ermittlungsverfahren!

Freiheit für Ingrid Strobl

Am 9.11.88 wurde bekannt, daß der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf (Richter Arndt) die Anklage nach § 129a der Bundesanwaltschaft gegen Ulla Penselin nicht zugelassen hat.

Ende August 88 wurde Ulla nach acht Monaten U-Haft entlassen, nachdem sie entlastende Aussagen zu den bekannten „Beschuldigungen" vorgebracht hatte. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und die Eröffnung des Verfahrens hing nun davon ab, ob es dem BKA und der BAW gelingen würde, belastende Ermittlungsergebnisse zu präsentieren, die Ullas Aussagen widerlegen. Nach Ansicht der OLG-Richter führten eben diese Ermittlungen zur Bestätigung der entlastenden Fakten. Bevor Ullas Akte endgültig geschlossen werden kann, hat die BAW noch eine Woche Zeit, Beschwerde einzulegen. Für die achtmonatige U-Haft wird Ulla laut Beschluß des OLG keinen Pfennig Haftentschädigung erhalten. Diese willkürliche Entscheidung wird damit begründet, daß Ulla die observierenden Beamten hätte ansprechen sollen, anstatt sich „unvernünftig" zu verhalten und zu versuchen sie abzuschütteln. Diese unverschämte Begründung stellt ein Novum in der bisherigen Rechtsprechung dar. Noch steht nirgendwo festgeschrieben, daß die observierte Person an den Ermittlungen über sich selbst aktiv mitwirken muß und nicht weglaufen darf. Der § 129a macht es möglich, daß die gängigen Rechtsmittel in diesem Fall nicht ausgeschöpft werden können.

Am 10.11.88 beschloß dasselbe OLG das Verfahren nach 129a gegen Ingrid Strobl zu eröffnen. Ingrid sitzt seit fast elf Monaten in Beugehaft und das Verfahren wird voraussichtlich im Frühjahr 1989 eröffnet werden.

Weiterhin gilt: schreibt ihr, unterstützt die Solidaritätsarbeit mit Geld und Ideen und werdet selber aktiv.

Postadresse:
Ingrid Strobl
c/o OLG Düsseldorf
5. Strafsenat
Postfach 30 02 10
4000 Düsseldorf
(Bitte eine — und nur eine — Briefmarke mitschicken.)

Spendenkonto:
Peter Neff
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Kontonummer 234 81-506

ZF

Christlich zockt am längsten

Goldrausch in Niedersachsen



Was Polizei-Skandale und spektakuläre Geheimdienst-Affären nicht vermochten, ein Gold-Jeton im Wert von 500 DM schaffte es: Wilfried Hasselmann mußte sein Amt als Niedersächsischer Innenminister niederlegen. Eine kleine Schwindelei im Untersuchungsausschuß wurde ihm — wie schon Barschel — zum Stolperstein. Dort hatte er sich nicht mehr an die Spenden des Spielbanken-Pleitiers Marian Felsenstein erinnern können, von dem Hasselmann neben jenem goldenen Geburtstagspräsent Schecks über einige 10.000 DM erhalten hatte. Daß er aufgrund von Kleckerbeiträgen seinen Hut nehmen müßte, stieß bei dem CDU-Politiker auf völliges Unverständnis: Er habe wegen einer „Lappalie" sein Amt aufgeben müssen, beklagte er sich in einem Rundfunkinterview. Tatsächlich sind diese Vorwürfe Banalitäten im Vergleich zu dem, was der Hannoveraner Ausschuß zur Spielbanken-Affäre ansonsten zu Tage förderte. Beamte und Abgeordnete sämtlicher politischer Couleur sind in die Affäre verstrickt;

ordnete sämtlicher politischer Couleur sind in die Affäre verstrickt;

getrickst wurde nicht nur bei der staatlichen Aufsichtspflicht, sondern auch bei der Vergabe von Spielbank-Konzessionen. Last not least: Ein Gesetz wurde gekauft, und eine Partei wechselte durch Bestechung die politischen Fronten.

Das Spielbanken-Gesetz

Der größte Gewinner ist immer die (Spiel-)Bank — dieses eherne Gesetz war nicht nur wenigen Geschäftsleuten sondern auch dem Fiskus bekannt. Seit Kriegsende diskutierte die Niedersächsische Landesregierung, die bis 1976 mit kurzer Unterbrechung von der SPD bzw. SPD/FDP gestellt wurde, ein Spielbanken-Gesetz, wofür sich aber keine Mehrheit finden ließ. Erst als 1965 die SPD mit der CDU koalierte, durften Interessierte auf Verabschiedung des Gesetzes hoffen. So gründete der Hannoveraner Gastronom Rudolf Kalweit 1968 die „Gesellschaft zur Erlangung von Spielbank-Konzessionen". Mitgesellschafter waren Otto Welsch, der bereits Erfahrungen in diesem Gewerbe sammeln konnte und Fritz Haarenberg, dessen persönliche Kontakte zu SPD-Innenminister Lehners der Gesellschaft nützen sollten. Laut Kalweit hatte der für die Spielbanken zuständige Lehners ihnen den Zuschlag bei der Konzessionsvergabe versprochen, nur das Gesetz mußte die parlamentarische Bühne noch passieren. Doch es gab einige unvorhergesehene Widrigkeiten. Nicht genug, daß Teile der SPD um Ministerpräsident Alfred Kubel dem Gesetz grundsätzlich skeptisch gegenüberstanden. Mehrere Christdemokraten favorisierten überdies eine elegante Variante der Bereicherung, die den privaten Anwärtern keinesfalls recht sein konnte: Sie wollten Spielbanken als reine Staatsbetriebe hochziehen.

Kalweit trat daher mit dem damaligen Finanz- und Werbeberater der CDU, Lazlo Maria von Rath, in Verbindung, um der CDU-Spitze ein lukratives Angebot zu unterbreiten: Wenn die Christdemokraten das Spielbanken-Gesetz im Sinne der Kalweit-Gruppe unterstützten, würde die Gesellschaft als Gegenleistung künftige Spielbank-Gewinne in die Parteikasse fließen lassen. Nach Gesprächen von Raths mit Hasselmann und dessen Generalsekretär Haaßengier, der auch persönlich mit Haarenberg konferierte, schloß von Rath 1969 mit Welsch einen Beteiligungsvertrag ab. Dieser sollte der CDU neben 25% des Gewinns 50% der Stimmrechte in der geplanten Spielbank sichern. Die Vorgänge sind durch schriftliche Dokumente sowie durch Aussagen von Raths, Kalweits und dessen damaligen Anwalt Meixner belegt.

Bis heute konnte allerdings nicht bewiesen werden, daß Ernst Albrecht von den Absprachen gewußt hat. Von Rath schilderte dem Untersuchungsausschuß eine Gesprächssituation mit Haaßengier, Hasselmann und Albrecht, in der die Beteiligung der CDU erörtert wurde. Albrecht bestreitet, an diesem Gespräch teilgenommen zu haben. Das sei ihm auch angeraten, denn Albrecht profilierte sich in der

bestreitet, an diesem Gespräch teilgenommen zu haben. Das sei ihm auch angeraten, denn Albrecht profilierte sich in der

Debatte um das Spielbanken-Gesetz als Gegner privater Beteiligungen. Er plädierte für die konservative Variante des Gesetzes und warnte: *„Ich kann nur sagen, wenn man ein solches System verabschiedet, steht der nächste Untersuchungsausschuß vor der Tür dieses Hauses ... wenn das Gesetz so verabschiedet wird, werde ich nach geraumer Zeit fragen, welche Leute die Spielbankkonzession bekommen haben, ob sie ... Spenden leisten an die Kasse dieser oder jener Partei."* (Spiegel, Nr.24/88)

Die Konzessionsvergabe

Nicht die Kalweit-Gruppe, sondern ein Marian Felsenstein und seine Mitgesellschafter machten schließlich das Rennen um die Konzessionen der Spielbanken Hannover und Bad Pyrmont. Protektor Felsensteins war zunächst eben jener Lehners, der schon Kalweit die Konzessionen versprochen hatte. Angeblich ist das Geschäft mit Kalweit an dessen „Geiz" gescheitert, da Kalweit sich weigerte, Lehners 100.000 DM für eine Eigentumswohnung zur Verfügung zu stellen. Kalweit und Co. trieb das nicht nur in den finanziellen Ruin. Otto Welsch erhängte sich 1974 unter ungeklärten Umständen in Teneriffa, nachdem er sich zeitweise in psychiatrischer Behandlung befunden hatte.

Felsenstein hatte beim Werben um die Gunst der politisch und rechtlich Verantwortlichen anscheinend die glücklichere Hand. Der leitende Ministerialrat Roemheld, seines Zeichens amtlicher Spielbankaufseher, bemühte sich mit allen Mitteln, ihm genehmen Bewerbergruppen, darunter Felsenstein, die Konzessionen zuzuschustern. So stocherte er beispielsweise im Vorleben des Otto Welsch, um die Kalweit-Gruppe aus dem Rennen zu werfen. Welschs Geschäfte mit illegalem Glücksspiel, dem Ministerium schon lange bekannt, waren schließlich ein Argument, um diese Bewerber auszuschließen. Weniger zimperlich war Roemheld hingegen, was das Vorleben der von ihm favorisierten Personen angeht. Er lancierte den ehemaligen Chef der Ostender Spielbank, den Belgier Roger de Ramee, in die Bewerbergruppe um den Hannoveraner Karl Heinz Löhr. De Ramee war kurz zuvor von der Ostender Stadtverwaltung aus der Spielbank geklagt werden; zudem schuldete er dem belgischen Staat 18 Mio. belgische Franken an Abgaben und Steuern. Roemheld war bekannt, daß de Ramee todkrank war, er starb Ende 1974. Glückliche Fügung, daß sein Nachfolger ein Duzfreund Roemhelds wurde, der Wiener Roulette-Großunternehmer Leo Wallner.

„Verletzung der Aufsichtspflicht"

Hasselmann, der vom 15.1. bis 12.5.1976 kurzfristig Innenminister war, hatte sich schnell mit Felsenstein arrangiert. Er verlängerte seine Konzession bis 1991. Denn Felsenstein erwies sich als großzügiger Spender: Rund 250.000 DM gingen in den folgenden Jahren an die Parteien, ein Löwenanteil an die CDU. Kleinere Beträge steckte Felsenstein seinen Leuten im Ministerium auch schon mal so in die Tasche. Neben Hasselmann wurde auch Roemheld persönlich bedacht. Zwei

Ministerium auch schon mal so in die Tasche. Neben Hasselmann wurde auch Roemheld persönlich bedacht. Zwei

Croupiers haben beobachtet, wie Felsenstein Roemheld Jetons im Wert von etwa 2.000 DM in die Jacke fallen ließ.

Doch der Hauptvorwurf, wie er in den Medien immer wieder erhoben worden ist, lautet, daß die staatliche Aufsichtspflicht verletzt worden sei. Hasselmann und Roemheld hätten Felsenstein noch gedeckt, als dieser längst konkursreif gewesen sei. Trotz immenser Schulden hätten sie versucht, ihn mit staatlichen Geldern aus dem Unternehmen herauszukaufen. Felsenstein machte derweil fleißig weiter Schulden, behielt seine Konzessionen und brauchte keinerlei Sanktionen zu fürchten. Hasselmann habe sein Ministerium nicht im Griff gehabt, und sein Ministerialrat und Polizei-Vize Roemheld, so die Presse, sei schlicht zu dämlich, um seine Aufgaben „ordnungsgemäß" zu erfüllen.

Doch das Anprangern der Verletzung der Aufsichtspflicht beschönigt in Wahrheit nur den Schein der Normalität politischer Praxis: Das Stilisieren der kriminellen Machenschaften eines Hasselmann und seiner Schergen zum bürokratischen Fauxpas ist so der eigentliche Pferdefuß der Affäre. Das bürgerliche Presseecho lügt dabei die systemkonforme, bewußte Wahrnehmung persönlicher Interessen in die verwerfliche, wenn auch entschuldbare Inkompetenz eines Ministers um.

Die Landtagswahl 1976

Inwieweit die Vorgänge in Niedersachsen von Normalität und nicht von skandalöser Ausnahme-Praxis zeugen, zeigt auch, daß der rheinland-pfälzischen CDU mittlerweile eine ähnliche Spielbank-Affäre ins Haus steht. Ungewöhnlich bleibt jedoch, daß die dubiose Albrecht-Wahl 1976 nach Aussagen des Hauptbelastungszeugen von Rath mit Hilfe gekaufter Stimmen zustande gekommen sein soll. Lazlo von Rath versprach im Auftrag Hasselmanns dem damaligen Ministerialbeamten Brennecke (FDP) den hoch dotierten Posten eines Regierungspräsidenten, wenn er eine Stimme aus dem Lager der Freidemokraten besorgen würde. Brennecke gab zu, gegenüber Parteigenossen Stimmung für den „Coup d'état" gemacht zu haben; Hasselmann konnte nicht bestreiten, daß er diesbezüglich mit von Rath über Brennecke gesprochen hat.

Überdies wurden die Absprachen von dem ehemaligen FDP-Mitglied Helmut Schmidt-Harries bestätigt. Schmidt-Harries, der von 1973-1976 dem Landeshauptausschuß der FDP, nicht aber dem Landtag angehörte, berichtete dem Untersuchungsausschuß von einem Telefongespräch, das er am 26.1.1976 mit Hasselmann geführt hat. Dabei sei es u.a. um die Neubesetzung des Amtes des Regierungspräsidenten gegangen. Für den Fall der Regierungsübernahme, so Hasselmann, sollten die Posten mit denjenigen besetzt werden, die sich um Vermittlung bemüht hätten.

Ein weiterer Beleg für den Stimmenkauf ist die schriftliche Beschwerde der Ehefrau Brenneckes. Sie protestierte in einem Brief an Hasselmann gegen die geplante Ernennung des Göttinger Freidemokraten Rolf Vieten zum Regierungspräsidenten. Sie habe, schreibt Karin Brennecke, davon aus der Presse erfahren; dieser Mann — Vieten — gehöre *„in die Wüste geschickt"*. (Spiegel Nr.28/88)

Gerade noch rechtzeitig gelang es, die Wahl-Affäre aus dem Untersuchungsausschuß herauszuhalten. Landtagspräsident Blanke (CDU) erinnerte daran, daß Zeugenvernehmungen zu diesem Thema *„eindeutig nicht zum Untersuchungsauftrag"* des Ausschusses gehörten (Göttinger Tageblatt, 1.9.88). Mit dieser Begründung wurde z.B. die Einsichtnahme in ein 90-Seiten-Manuskript abgelehnt, das Schmidt-Harries 1976 über den Regierungswechsel verfaßte und zur Stützung seiner Aussagen in den Untersuchungsausschuß mitbrachte (HNA, 3.9.88).

Parallel zu der auferlegten Untersuchungssperre machte der wichtigste Zeuge, Lazlo von Rath, im wahrsten Sinne des Wortes einen Rückzieher. Nach einem Kreislaufkollaps mit anschließendem Krankenhausaufenthalt wollte er zunächst nicht mehr vor dem Ausschuß aussagen. Dann nahm er seine Aussagen in diesem Punkt zurück: Die Presse habe sie ihm in den Mund gelegt, was sich anhand der Artikel, Rundfunk- und Fernsehinterviews jedoch keinesfalls herauslesen läßt.

So hat die Korruption in Niedersachsen viele Verästelungen. In geistiger Brüderschaft schoben sich gewiefte Polit-Profis, mafiose Gesellschafter und korrupte Behörden gegenseitig die Pfründe zu. Hasselmann, Haaßengier und Roemheld sind nur einige, die vom Kasinogeschäft profitierten und deren Kopf stellvertretend für andere, deren Namen im Untersuchungsausschuß nicht so hoch gehandelt wurden, gefordert worden ist. Gefordert — mit Einschränkung, denn Hasselmann bleibt weiterhin Landesvorsitzender der CDU.

Su., KB Göttingen



„Dein Frühstück, Ernst ... dein Gesicht!"

Celler-Bomben-Ausschuß:

„Agentin VM 1031" spricht

Die Wellen um die Affäre Sonderkommando „Zitrone" hatten sich noch nicht annähernd geglättet, die Rufe der FDP nach rückhaltloser und radikaler Aufklärung waren noch nicht verstummt, da wartete das Land Niedersachsen schon mit dem Auffliegen des nächsten illegalen Geheimdiensteinsatzes auf. Die „Agentin VM 1031" des niedersächsischen Verfassungsschutzes, mit bürgerlichem Namen Angelika Nies, berichtete in der Fernsehsendung „Kennzeichen D" über Auslandseinsätze des VS im Nahen Osten.

Die VS-Operation

In den Jahren 1981 bis 1983 unternahm Frau Nies sechs bis sieben, zum Teil mehrmonatige Auslandseinsätze für den niedersächsischen VS in Jordanien und im Libanon. Ihr Auftrag war, zu hochrangigen PLO-Vertretern Kontakt aufzunehmen und auszukundschaften, ob es zwischen der PLO und bundesdeutschen „Terroristen" Beziehungen gibt. Über ihre Besuche faßte sie regelmäßig Berichte ab und schickte sie nach Hannover in die VS-Zentrale. Von Kontakten zwischen der PLO und bundesdeutschen „Terroristen" konnte Frau Nies zwar nichts berichten, dafür schrieb sie Expertisen über die allgemeine politische Situation. Schon vor ihrer Abreise in den Nahen Osten hatte sie Verbindungen zur Bonner PlO-Vertretung geknüpft. Abgeschlossen wurden ihre Auslandseinsätze durch ihre Verhaftung im April 1983 durch den jordanischen Geheimdienst. Nach dreitägigen Verhören wurde sie in die BRD abgeschoben.

„Dementis" der Landesregierung

Zwei Wochen, bevor das ZDF die Sendung ausstrahlte, hatte man beim niedersächsischen Innenministerium angefragt, ob der VS Auslandseinsätze unternehme. Das wurde entschieden bestritten. Einen Tag, nachdem die Sendung gelaufen war, änderte das Innenministerium auf Drängen von Ministerpräsident Albrecht seine Angaben. In einer schriftlichen Drei-Punkte-Erklärung äußerte man sich völlig konfus und widersprüchlich. Jede „nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung" des VS wurde nach wie vor geleugnet, aber andererseits räumte man ein: *„Die Verfassungsschutzbehörden sind befugt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit auch Informationen aus dem Ausland zu beschaffen."* Um die Geschichte einigermaßen schlüssig zu halten und die gröbsten Rechtsverstöße nicht zugeben zu müssen, wurden die Auslandsreisen der Frau Nies zu Privatreisen deklariert. Nach Albrechts „Eindruck" habe der Verfassungsschutz rechtmäßig gehandelt.

Innenstaatssekretär Franz Cromme ergänzte: *„Aus Tarnungsgründen für ihre Agenten-Arbeit im Inland habe sie eine Einladung in den Nahen Osten angenommen. Die dort erlangten Informationen habe sie dem Verfassungsschutz mitgeteilt. Dies sei rechtlich zulässig."* („Neue Presse", 21.10.88)

Fortsetzung nächste Seite

Da war doch noch was

Hasselmann zurückgetreten

Lange genug hat es gedauert: Hasselmann ist nicht mehr Innenminister. Wegen eines Goldjeton, eines Parteienfinanzierungsschecks und einer „Gedächtnislücke" stolperte er über die Spielbankaffäre. Ministerpräsident Ernst Albrecht gab die Entscheidung „tief bewegt" und mit belegter Stimme auf einer Pressekonferenz am Abend des 25.10.88 bekannt.

Während die sozialliberale Presse die CDU dafür schilt, daß Hasselmanns Abgang „zu spät" kommt („FR", 26.10.88), muß man feststellen, daß die CDU mit Geschick versucht hat, den Zeitpunkt und den Anlaß der Neubesetzung im Innenministerium zu bestimmen. Der Streckschuß kam aus den eigenen Reihen. Abgefeuert hatte ihn der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ludolf von Wartenberg, was in der CDU mit „gewissem Ingrimm" („Göttinger Tageblatt", 26.10.88) quittiert wurde.

Kein Wunder. Tragik kam auf um einen Mann, der nicht nur sturmfest und erdverwachsen war, sondern der es auch verstanden hat, auf Schützenfesten und bei Militärspektakeln Volksnähe zu demonstrieren. Korruption ist im Kapitalismus halt üblich, und wer will es dem „Landesvater" Hasselmann vorwerfen, daß er „vergaß", welcher Scheck ihm vor zehn Jahren überreicht worden ist. So überraschte es nicht, daß die CDU-Basis trotzig dem abgesetzten Hasselmann in seinem Heimatort mit einem Fackelzug huldigte, da Hasselmann nach wie vor Parteivorsitzender in Niedersachsen bleibt und zusammen mit Albrecht in den Wahlkampf ziehen soll.

Das Interessante an dieser Inszenierung war die Frage, warum man in diesem Bundesland *nicht* zurücktreten muß. Sie wurde einzig von dem Abgeordneten der Grünen, Jürgen Trittin, aufgeworfen.



Kurt Halbritter

Kurt Halbritter

Haaßengier, bisher im Innenministerium Staatssekretär und tief in die Spielbankaffäre verstrickt, sollte zuerst den passenden Posten des Lotto-Geschäftsführers bekommen. Aber einen Vampir zum Präsidenten der Blutbank zu ernennen, ließ sich nicht realisieren. Nach Protesten der SPD kam Albrecht zur „eigenen Erkenntnis", daß jetzt „nicht der richtige Zeitpunkt" sei, um Haaßengier in diese Position zu bringen („Neue Presse", 4.11.88). Vielleicht später mal. Nun muß er erst einmal ins Schulressort des Kultusministeriums.

In das Innenministerium ziehen neue Leute ein, die bisher relativ unbelastet sind. Albrecht fordert für die nächste Zeit jede Woche eine positive Schlagzeile. Diese Ruhe wird man nötig haben, will man doch die Existenz der Gehimpolizei und ihr Handeln durch neue Sicherheitsgesetze endlich legalisieren.

Neuwahlen?

Wären jetzt Wahlen in Niedersachsen, dann würde die CDU von 44,3% auf 37% der Stimmen fallen, jedenfalls nach einer Repräsentativumfrage der „Neuen Presse". Logisch also, daß Ministerpräsident Albrecht sich verzweifelt mit seinem skandalumwitterten Kabinett an die Macht klammert. Man hofft auf bessere Zeiten und stützt sich derweil auf solche Figuren wie z.B. den gerichtsnotorischen Wahlfälscher Kurt Vajen.

Für die Grünen sind in dieser Situation Neuwahlen die „einzig logische Konsequenz". Die SPD tat sich da schwer. Sie mußte zum konstruktiven Mißtrauensvotum getragen werden „wie ein alter Hund zum Jagen" (Jürgen Trittin, Grüne, in der „Göttinger Woche" vom 4.11.88).

In der Tat sind die Chancen für ein Mißtrauensvotum und anschließende Neuwahlen gering. Und daß die SPD sich schwer tut, hängt einfach damit zusammen, daß sie selber viel zu tief in die Spielbankaffäre verwickelt ist. Bisher war das kaum Thema, aber im Wahlkampf dürfte sich das ändern.

Der Fahrplan für einen Antrag zu einem konstruktiven Mißtrauensvotum steht dennoch. In drei Sondersitzungen wird der niedersächsische Landtag im November und Dezember darüber entscheiden. Im Moment sieht es nicht danach aus, als könnte sich da Sensationelles ereignen.

He., Göttingen

Skins in Göttingen

„Schlägerei und Schüsse — Kneipe und Juzi angegriffen", lautete die reißerische Schlagzeile im „Göttinger Tageblatt" vom 25.10.88. Jedes Wochenende treffen sich die Skinheads aus dem Umkreis in der Innenstadt. Die Provokationen gegen Linke nehmen zu, Autos, die man ihnen zuordnet, werden mit Hakenkreuzen beschmiert, überall tauchen die rassistischen Aufkleber der FAP auf. Am Abend des 21.10. hatte eine antifaschistische Selbsthilfegruppe versucht, eine Gruppe von Skinheads aus der Innenstadt zu vertreiben. Laut „GT" wurden sechs Skins leicht verletzt und einer „krankenhausreif" geschlagen. *„Drei Stunden nach der*

von Skinheads aus der Innenstadt zu vertreiben. Laut „GT" wurden sechs Skins leicht verletzt und einer „krankenhausreif" geschlagen. „Drei Stunden nach der

Schlägerei schossen zwei junge Männer mit Signalmunition auf das Juzi-Haus" (Jugendzentrum Innenstadt). Die Polizei nahm die Schützen und vier weitere Skins fest und ließ sie nach einer Personalienaufnahme wieder laufen. Daß das Problem Skins für die Staatsanwaltschaft nicht existiert, konnte mensch schon im März lesen: *„Die rechtsradikale Skinheadszene besteht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in Göttingen nicht mehr, nachdem fünf ‚Kahlköpfe' wegen Straftaten hinter Gitter gebracht wurden."* („GT", 4.3.)

Der Jugendwohlfahrtsausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung am 1.11. mit neofaschistischen Aktivitäten im Raum Göttingen und verabschiedete eine Resolution an den Kreistag, in der dieser aufgefordert wird, verstärkt über Ursachen und Folgen des Faschismus und Extremismus aufzuklären. Zuvor hatte Kreisjugendpfleger Josuttis über neonazistische Aktionen und das verstärkte Auftreten von „Mitgliedern und Sympathisanten von NPD und FAP (...) in vielen Orten Südniedersachsens" berichtet („GT", 2.11.).

Das scheint inzwischen selbst dem Tageblatt aufzufallen. In seiner Ausgabe vom 5.11. bringt es Interviews mit Göttinger Realschülern, die darüber berichten, wie es an ihrer Schule zugeht. An allen Göttinger Schulen gibt es inzwischen FAP und NPD SympathisantInnen. Die interviewten SchülerInnen berichteten, daß sie sich nicht mehr trauten, die

Göttinger Schulen gibt es inzwischen FAP und NPD SympathisantInnen. Die interviewten SchülerInnen berichteten, daß sie sich nicht mehr trauten, die

FAP-Aufkleber abzureißen. Ihre Namen ließen sie im Artikel ändern.

Abschließend eine Meldung aus der „HNA" vom 28.10.: *„Die Göttinger Staatsanwaltschaft sieht zur Zeit keine Möglichkeit, gegen einen ausländerfeindlichen Aufkleber vorzugehen, der von der neonazistischen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) in Südniedersachsen verbreitet wird. (...) Infrage käme höchstens ein Verfahren wegen Beleidigung, aber dafür fehle bisher ein Strafantrag von Betroffenen." „Die kleinen Zettel tragen Parolen wie ‚Ausländer raus' und ‚Deutschland den Deutschen'. Als presserechtlich Verantwortlicher firmiert der FAP-Funktionär Karl Polacek aus Mackenrode bei Göttingen."*

Antifa-Kom., KB-Göttingen

Geheimpolizei aus dem Schußfeld

Geheimpolizei aus dem Schußfeld

Niedersachsen ist für seine Polizeiaffäre berüchtigt. Nicht daß es in anderen Bundesländern bei der Polizei anders zuginge, nur wurde in Niedersachsen durch Parlamentarische Untersuchungsausschüsse einfach mehr aufgedeckt, auch wenn das vergleichsweise noch wenig ist.

Schon nach der letzten Landtagswahl hatte die CDU in weiser Voraussicht den damaligen Innenminister Egbert Möcklinghoff galant abgesetzt und durch Hasselmann ersetzt. Hasselmanns Vorzug bestand darin, daß er in die Polizeiaffären der Vergangenheit nicht direkt verstrickt war. Der Ausbau der Geheimpolizei in Niedersachsen war strukturell abgeschlossen, und die Untersuchungsausschüsse mühten sich an vergangenen Polizeioperationen ab. Hasselmanns Aufgabe war im wesentlichen die Vertuschung der geheimpolizeilichen Altlasten und die Fortführung des einmal eingeschlagenen Weges. Die Aufgabe war nicht leicht, und es war nicht die ihm oft attestierte Dummheit, die ihn straucheln ließ, sondern eine ganz bestimmte politische Konstellation.

Journalisten hatten rund um die Untersuchungsausschüsse, die die Tätigkeit des Geheimagenten Werner Mauss verfolgten, viel zur Aufhellung im Dunkel bundesdeutscher Polizeien beigetragen. In gewissem Maße wurden sie dabei von der SPD gesponsert. Die Verflechtung bundesdeutscher Polizei mit den Geheimdiensten, die Zentralisierung der Polizei durch das BKA, die illegale Auslandsaktivität von VS und BKA wurde in Niedersachsen aufgedeckt und zum Teil ausgesessen. Hasselmann mußte dabei für das Bundesinnenministerium den Kopf hinhalten. Der Geruch von Gestapo sollte auf ein Bundesland eingegrenzt werden.

Das „Celler Loch", die Verstrickung in das Mordkomplott gegen den Führer der kanarischen Befreiungsbewegung, die Durchsetzung neonazistischer Banden wie des EK 1 mit V-Leuten und die Observierung von Fememorden, das illegale Treiben der Sonderkommission „Zitrone" mit dem Anschieben von Brandanschlägen und der Inhaftierung von Unschuldigen, die Verstrickung von LKA-Beamten in den Waffenhandel und die Vertuschung von Tötungsdelikten durch LKA-Beamte, das mysteriöse Sterben von wichtigen Zeugen vor Untersuchungsausschüssen, all das durfte nicht Gegenstand eines Rücktritts werden. Schließlich hätte das ein Eingeständnis des kriminellen Treibens der Staatsorgane bedeutet.

Ein popeliger Goldjeton und ein relativ bescheidener Scheck kamen da gelegen, um als Gegenstand einer öffentlichen Debatte zu dienen. So wurde der Schaden optimal eingegrenzt. Auch der Zeitpunkt stimmte. Josef Stock als neuer Innenminister wird es ungleich leichter haben. Er wird in nächster Zeit vermutlich keine Journalisten bespitzeln lassen müssen, denn der Celler-Bomben-Ausschuß geht seinem Ende entgegen, und es ist absehbar, daß dann erst einmal relative Ruhe um die niedersächsische Polizei einkehren wird. Das, was noch untersucht werden wird, etwa die Auslandseinsätze der VS-Agentin „1031" im Nahen Osten, wird vermutlich nicht mehr viel Staub aufwirbeln.

Vor diesem Hintergrund die Benennung Stocks zum neuen Innenminister abzufeiern als *„Ausdruck der Entschlossenheit der Koalition, gemeinsam die Affären um Polizei und Verfassungsschutz zu bewältigen"* (Albrecht in der „Welt", 29.10.88), zeigt die besondere Form, wie hier bewältigt wird.

Das Personenkarussell

Mit Hasselmanns Abdankung wurde eine Reihe von Umbesetzungen vorgenommen. Völlig unwichtig war die Absetzung von Wolfgang Knies von dem Posten des Kultusministers. Wissenschaftsminister Cassens, ebenfalls sehr unauffällig in seinem Amt, scheint nur um Haaresbreite an einer Entlassung vorbeigekommen zu sein.

Die wichtigste personelle Veränderung war der Aufstieg des FDP-Abgeordneten Rudolf Fischer zum Staatssekretär im Bundesratsministerium. Fischer war bisher Mitglied im Celler-Bomben-Aus schuß und einer der schärfsten Kritiker Hasselmanns innerhalb der Koalition. Er galt sogar als Unsicherheitsfaktor, denn die Koalition verfügt nur über eine Ein-Stimmen-Mehrheit.

Franz Cromme, bisher im Innenministerium für Polizei und VS zuständig, darf nun ruhigere Tage im Umweltministerium verbringen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Scharfe Kritik übte Albrecht allerdings doch noch am Innenministerium. Er betonte, *„es sei falsch gewesen, Fragen, wie sie das ZDF gestellt habe, überhaupt zu beantworten"* („Göttinger Tageblatt", 21.10.88). Konsequenterweise verhängte er erst einmal eine Nachrichtensperre, wie sein Pressesprecher Brickwidde gegenüber der „FR" bestätigte.

FDP empört

Über die neuerliche Geheimdienstaffäre zeigte sich der FDP-Abgeordenete Rudolf Fischer ziemlich ungehalten. Er sprach von *„zusammengebastelten Erklärungen"* und *„einem unglaublichen Eiertanz"*, den die Landesregierung aufführe („NP", 21.10.88). Fischer, der ein derbes Wort liebt, weiter zur Presse: *„Gerade vor dem dunklen Hintergrund der deutschen Geschichte gelte es, die Grenzen zwischen dem Bundesnachrichtendienst, der für die Auslandsaufklärung zuständig ist, und dem im Inland operierenden Verfassungsschutz nicht zu verwischen."* („NP", 22.10.88) Nur Taten läßt der FDP-Mann nie folgen, und dabei ist seine Stimme so wichtig für die Regierung.

Vermutlich wird diese VS-Operation noch ein etwas längeres Nachspiel haben. Der Abgeordnete der Grünen, Jürgen Trittin, hat angeregt, den Untersuchungsauftrag des Celler-Bombenausschusses auf diesen Fall auszudehnen. Das dürfte nötig sein, denn der V-Frau-Führer von Angelika Nies ist kein anderer als der VS-Agent Pengel. Pengel hatte die V-Leute Berger und Loudil geführt, die durch den Celler-Bomben-Anschlag in die RAF-Szene eingeschleust werden sollten. In der Zwischenzeit ist Pengel beim Innenministerium in Ungnade gefallen, weil ein internes Papier von ihm bekannt wurde, in dem er aufzeigte, daß LKA-Beamte im Waffenhandel verstrickt waren und Tötungsdelikte vertuscht hatten — und in dem er auch Zweifel an dem Selbstmord von Barschel nährt.

He., KB Göttingen

Göttingen: Zurück zur Normalität
Antifa-Bündnis geplatzt

Großes Aufatmen bei der Gewerkschaft der Polizei und anderen rechten Gewerkschaftern und natürlich bei der SPD. Die politischen Verhältnisse in Göttingen haben sich normalisiert: Das gut einjährige Bündnis zwischen DGB, Grünen, DKP, AStA, KB und Autonomen gibt es nicht mehr.

Am 21. September beschloß der Göttinger DGB-Kreisvorstand, seine Mitarbeit im Göttinger Antifa-Bündnis einzustellen. Vorangegangen waren zahlreiche Angriffe rechter Gewerkschafter, allen voran die Gewerkschaft der Polizei und der DGB-Landesvorsitzende Karl Neumann, sowie der SPD auf den Göttinger Kreisvorsitzenden Michael Zimball und die anderen DGB'ler im Bündnis. In einer vier Punkte umfassenden Presseerklärung gab der DGB-Kreisvorstand am 22.9. bekannt, welchen „Kompromiß" er (einstimmig) am Abend zuvor unter dem Druck der Austrittsdrohung u.a. von GdP und Postgewerkschaft gefunden hatte. So wurde denn am 21.9. festgestellt, daß *„die Zusammenarbeit im Bündnis das vom DGB-Kreis Göttingen gesetzte Ziel erreicht"* habe und *„die punktuelle Zusammenarbeit im Bündnis mit der antifaschistischen Woche ihren Abschluß gefunden"* habe. Die Mitarbeit sei ein *„auf Zeit eingegangener Rahmen zur Durchführung von Veranstaltungen"* gewesen, in dem *„jede der Organisationen (...) für ihre Veranstaltung verantwortlich"* gewesen sei. *„Die Veranstaltungen des DGB fanden rechtmäßig statt"*. Damit verabschiedete sich der DGB-Kreisvorstand geschickt aus dem Bündnis, ohne zu den Vorwürfen der GdP Stellung zu nehmen, daß nicht alle Gruppierungen im Bündnis sich eindeutig zur Gewaltfreiheit bekennen würden (Autonome) und darüber hinaus mit Gruppierungen, die unter DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen würden, zusammengearbeitet werde (gemeint war die Volksfront).

Als „Zugeständnis" konnten die Linken unter den DGB'lern einzig erreichen, daß *„falls erforderlich (...) der DGB-Kreisvorstand erneut seine Beteiligung an Bündnissen beschließen (werde), wenn die Voraussetzungen dazu vorliegen. Dieses ergibt sich aus der konkreten Situation zur gegebenen Zeit."* Klar ist, daß damit auf absehbare Zeit ein ähnliches Bündnis unmöglich geworden ist.

Antifa-Kom., KB Göttingen

Im Osten nichts Neues

Israel nach den Parlamentswahlen

Yaron Matras

Als 1984 in Israel Wahlen stattfinden sollten, engagierten die zwei großen Parteien, der *Likud* und der *Ma'arach*, bekannte Kabarettisten, um den jeweiligen Gegner vor den Fernsehkameras lächerlich zu machen und so auf eine lockere Weise die Sympathien des amüsierten Publikums zu gewinnen. Beim neuesten Wahlkampf, vier Jahre danach, hatten die Israelis schon weniger, worüber sie lachen konnten. Für die meisten fanden die Wahlen zur 12. *Knesset* im Schatten der Intifada — des palästinensischen Volksaufstandes in den besetzten Gebieten — statt: Die Ereignisse des letzten Jahres, die bei den einen Frust und Sorge hervorbrachten, waren vielleicht für die anderen eine Quelle der Hoffnung auf einen schnelleren politischen Durchbruch; alle kamen jedoch in den letzten Wochen vor der Wahl darin überein, daß es „so nicht weitergehen kann". So zumindest war der Eindruck von Beobachtern, Korrespondenten und Experten, die den Wahlkampf mit seiner diesmal besonderen Schärfe der Argumentation begleiteten.

Die Wähler und Wählerinnen entschieden sich aber letztendlich doch etwas anders. In der Tendenz folgten die Wahlergebnisse vom 1. November den Entwicklungen der israelischen Parteienlandschaft seit dem Camp-David Abkommen von 1978. Damals hatten sich zum ersten Mal Gruppen vom rechten *Likud*-Block abgespalten, um eine oppositionelle „Ablehnungsfront" gegen jegliche territorialen Konzessionen und für die Annexion der 1967 besetzten Gebiete zu bilden, während links vom einst herrschenden *Ma'arach*-Block der „Arbeitspartei" eine Friedensbewegung entstand, die für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und allmählich auch für Verhandlungen mit der PLO eintrat.

Die erste Wahlperiode des *Likud* an der Macht — 1977 bis 1981 — ermöglichte es

Die erste Wahlperiode des *Likud* an der Macht — 1977 bis 1981 — ermöglichte es dieser Partei jedoch, trotz der Radikalisierung nach rechts bzw. der Rückkehr vieler enttäuschter Wähler zur „Arbeitspartei", sich auch langfristig als eine ernsthafte Konkurrenz zum *Ma'arach* zu etablieren. Seitdem zeichnet sich in der israelischen Politik auf der einen Seite die Entwicklung hin zu einem Zwei-Parteien-System ab: Der *Likud* und der *Ma'arach* bildeten in der letzten Legislaturperiode zusammen eine große Koalition und fungierten gleichzeitig jeweils als „Mutterparteien" für einen rechten bzw. „linken" parlamentarischen Block.

Auf der anderen Seite verstärkte sich die Polarisierung, so daß in der letzten *Knesset* drei ausgesprochen rechtsradikale Fraktionen — die *Tchiya*, die *Tzomet* unter der Führung des Ex-Generals Refa'el Eitan (Libahon-Invasion 1982) und Kahanes *Kach* — einem größeren Block von linkszionistischen und binationalen Kleinlisten gegenübersaßen: Unmittelbar nach der Bildung der großen Koalition verließen nämlich einige prominente Figuren, zusammen mit der *Mapam*-Fraktion, die „Mutterpartei" *Ma'arach* und brachten der Lobby gegen die Besatzung — *Ratz*, der jüdisch-arabischen *Progressiven Friedensliste* und der Kommunistischen Partei — Verstärkung.

Zur allgemeinen Enttäuschung brachte die Zählung der Stimmen letzte Woche keine wesentliche Veränderung des Gleichgewichts zwischen den zwei Blökken. Die großen Parteien ziehen ins neue Parlament mit fast der gleichen Anzahl von Sitzen, beide weisen jedoch Verluste zugunsten der kleinen, radikaleren Parteien auf. Gehen nun die Koalitionspartner *Ma'arach* und *Likud* auseinander, so wird der Druck auf sie größer sein, eine jeweils „konsequentere" Politik zu betreiben; die Diskussion um den Abzug aus der Westbank und Gasa wird verschärft, und für diejenige Partei, die die nächste Regierung bilden wird — mit größter Wahrscheinlichkeit der *Likud* — wird dabei die Abhängigkeit von den kleineren, rechtsradikalen Fraktionen von entscheidender Bedeutung sein. Bleiben die beiden „Großen" doch zusammen, so müssen sie sich noch ähnlicher werden, um gemeinsam die Attacken von Links und Rechts abzuwehren und den „Nationalkonsens" zu bewahren. Vor allem werden sie dann versuchen, eine gemeinsame Antwort auf den palästinensischen Aufstand zu finden.

Die Protest-Wahl

Gab es bei dieser Wahl überhaupt Gewinner, so waren es die vier religiös-orthodoxen Listen, die insgesamt nun mit achtzehn Mandaten ins Parlament ziehen.

Schaut man sich die Ergebnisse aus den einzelnen Wahlbezirken genauer an, so werden einige Gründe dafür leicht ersichtlich: In Kleinstädten mit einer Bevölkerung, die überwiegend aus arabischen Ländern stammt und den unterprivilegierten sozialen Schichten angehört, weist der *Likud* Stimmenverluste von bis 40% seiner früheren Wählerschaft auf. Dem *Likud* kam nämlich in den letzten anderthalb Jahrzehnten der sozial-ethnische Protest bei Wahlen zugute, der sich selbst nach der Machtübernahme durch den *Likud* 1977 noch gegen das etablierte Image des *Ma'arach* richtete. Der *Ma'arach* — immerhin 30 Jahre lang die herrschende Kraft in der Regierung und im Gewerkschaftsapparat — war das Symbol der politischen und kulturellen Dominanz der Juden europäischer Herkunft im Lande.

Nach beinah zehn Jahren der *Likud*-Regierung geht jedoch die Identifizierung der Unterprivilegierten mit dieser Partei stark zurück; für Aufbruch stehen zunehmend die orthodoxen Parteien, die sich teilweise sogar als ethnische Listen definieren, die den verlorenen Stolz der orientalisch-traditionellen Bevölkerungsteile durch die Besinnung auf ältere, aber noch tief verankerte Werte wiederherzustellen versuchen. Anders als die staatlich-propagierte Tradition der zionistischen Bewegung, der Kibutzim, der jüdisch-europäisch geprägten Verstaatlichung von Bildung und Kultur, ist die Religion für breite Teile der aus dem arabischen Raum stammenden Bevölkerung ein eigenes, vertrautes kulturelles Erbe. Erst auf einer religiösen Grundlage scheint vielen der Umgang mit den „Aschkenasim" — den europäischen Juden — als Gleichberechtigte möglich zu sein.

Die wachsende Unterstützung der orthodoxen Parteien ist zweifellos das wesentlichste Wahlergebnis. Hier kombinieren sich zwei wichtige Spannungsfelder der jüdisch-israelischen Gesellschaft. die

ren sich zwei wichtige Spannungsfelder der jüdisch-israelischen Gesellschaft, die

religiöse und die ethnische Scheidelinien, zu einem sehr relevanten Druckfaktor, der allerdings eher bei den rechten, national-chauvinistischen Parteien Gehör finden wird. Der Anti-Establishment-Charakter der religiösen Listen wendet sich nämlich keineswegs gegen die Tabus der Nationalstaatlichkeit oder gegen die Besatzungspolitik. Auch wenn nicht alle Orthodoxen eine aggressive rassistische Politik gegenüber den Palästinensern führen würden, und selbst in Hinblick auf die Tatsache, daß die meisten Rabbiner, die sie führen, dem Militärapparat stark entfremdet sind, trotzdem ist auch für sie der *Likud* mit seiner konservativen Politik der natürliche Bündnispartner.

Die Wirkung der Intifada

War es die Nummer Zwei der *Ma'arach*-Führung, Verteidigungsminister und ehemaliger Ministerpräsident Rabin, der für die Politik des „Knochenzerbrechens" in den besetzten Gebieten in den letzten Monaten die direkte Verantwortung trug, so benutzte gerade dessen Partei, der *Ma'arach*, die politische Sackgasse, in der die israelische Regierung seit Beginn des palästinensischen Volksaufstandes im Dezember letzten Jahres steht, um die Wähler von der Notwendigkeit eines „Friedens mit Sicherheitsgarantien" zu überzeugen. Daß die Mehrheit im *Ma'arach* den vollen Abzug aus der Westbank und Gasa, Verhandlungen mit der PLO und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates entschieden ablehnt, ist kein Geheimnis; angesichts der Ereignisse war es jedoch Peres und Konsorten diesmal ein Anliegen, gerade ihre Bereitschaft zu einer internationalen Friedenskonferenz und eventuellen territorialen Veränderungen in den Vordergrund zu stellen: Zum ersten Mal betonte der *Ma'arach* in seiner Wahlwerbung die Notwendigkeit, die 1967 besetzten Gebiete teilweise und stufenweise zu verlassen, und setzte auf diese Linie als hauptsächliches Unterscheidungsmerkmal zum *Likud*.

So war trotz der ähnlichen Botschaften der beiden großen Parteien — beide wollen Frieden, beide benutzen die nationale Fahne als ihr Symbol, beide errichteten einen „Rat für Frieden und Sicherheit" (*Ma'arach*) bzw. einen „Rat für Sicherheit und Frieden" (*Likud*) aus ehemaligen Offizieren, die den Friedensäußerungen ihrer Parteien den professionellen Hauch der Glaubwürdigkeit verleihen sollten — der *Ma'arach* eher in der Offensive. Seine Argumentation brachte den *Likud* mit den „Unruhen" in Verbindung, und erhob den Anspruch, eine Alternative anbieten zu können. Und der *Ma'arach* hat sich diesmal angestrengt.

Laut einer Umfrage, die die Partei selbst im Vorfeld der Wahlen bestellte, würden insgesamt 70% der *Ma'arach*-Sympathisanten einem palästinensischen Staat zustimmen. Solche Einschätzungen, vor allem aber die Angst, Stimmen an die kleineren Linksparteien zu verlieren, bewegten die *Ma'arach*-Führung dazu, ein progressives Gesicht zu zeigen. Die „Friedenstauben" der Partei, die zuvor immer als eine kleine, störende Minderheit betrachtet wurden, die Wählerstimmen nur abschreckt, konnten sich nun endlich profilieren. Aber die wirkliche Herausforderung blieb es immer noch, eine Antwort auf eine alte *Likud*-Parole zu liefern, die den *Ma'arach* als Verräter und Peres als einen veranwortungslosen Schächling darstellte, der die nationalen Interessen verkaufen würde.

Ausgerüstet mit dem *Likud*-Programm, das jeden Abzug israelischer Truppen ablehnt, versuchte also der *Ma'arach*, den nationalistischen Spieß umzudrehen: Der *Likud* würde, so lautete die Argumentation, die besetzten Gebiete annektieren, die Präsenz von 1,5 Millionen Palästinensern im israelischen Staat dadurch verewigen und den jüdischen Charakter des Staates zerstören. Die Panikmache wegen der „demographischen Gefahr" wurde zur zentralen Achse, auf der sich die Wahlpropaganda des *Ma'arach* bewegte. Jugendliche Aktivisten wurden auf die Straßen geschickt, um Ablichtungen von Personalausweisen an Passanten zu verteilen. In die Formulare wurden arabische Namen eingetragen, mit der Erklärung versehen, die Araber würden innerhalb von zwanzig Jahren die Mehrheit in der *Knesset* bilden. In seinen Fernsehsendungen zum Wahlkampf zeigte der *Ma'arach* arabische Arbeiter, die über die Größe ihrer Familien und die Anzahl ihrer Kinder interviewt wurden.

die über die Größe ihrer Familien und die Anzahl ihrer Kinder interviewt wurden.

Der palästinensische Mutterleib, faßten *Ma'arach*-Sprecher zusammen, sei die größte Bedrohung für die Existenz Israels.

Von der „Demographischen Gefahr" zum „Transfer"

Für diejenigen, die diese Argumentation ernst nahmen, führte jedoch der Weg nicht unbedingt zum *Ma'arach*. „Der *Likud* ignoriert die demographische Gefahr — der *Ma'arach* zieht daraus keine Konsequenzen" war aus rechtsradikalen Kreisen zu hören. War die offene Propaganda für eine Vertreibung der Palästinenser aus „Groß-Israel" in den vergangenen Jahren auf die rechtsaußen stehende, religiös-fanatische *Kach*-Bewegung des Rabbi Me'ir Kahane beschränkt, so wurde im Laufe der letzten Monate die „Transfer"-Idee zum integralen Teil der Wahlkampfdebatten.

Während die Wahlkommission auf Antrag mehrerer Parteien Kahanes Liste von den Wahlen mit der Begründung ausschloß, sie würde Rassismus und Volksverhetzung propagieren und verstoße dadurch gegen ein neulich verabschiedetes Wahlgesetz, ließ sie die Teilnahme der *Moledet*-Liste zu. Diese Liste, die nicht nur rassistisch, sondern auch zynisch für einen „freiwilligen Transfer" der arabischen Bevölkerung außer Landes eintritt, wurde vom Ex-General Rehav'am Ze'evi, der ausgerechnet den Spitznamen „Gandhi" trägt, erst vor kurzem gegründet.

In Israel begann ein neuer politischer Witz zu kursieren: „Frage: wie sagt man *Kahane* auf indisch ? Antwort: *Gandhi*". So sehr die Gleichsetzung der beiden Listen auch zutrifft, stellt sie jedoch eine gewisse Verharmlosung der *Moledet* dar. *Moledet* — auf hebräisch „Heimat" — gelang es jetzt, zwei Sitze im Parlament zu erlangen. So wird Kahanes Schwund von der parlamentarischen Bühne und die Tatsache, daß ihm die Legitimation als Teil des etablierten politischen Rahmens entzogen wurde, durch die Anwesenheit von Ze'evi- „Gandhi" und einem weiteren Abgeordneten der *Moledet* „ausgeglichen". Aber Ze'evi ist in vielerlei Hinsicht bei weitem gefährlicher als Kahane: Kahane galt für die Presse im allgemeinen als ein verwirrter Narr, der die *Knesset*-Sitzungen dauernd unterbrach, um abenteuerliche Sprüche vermischt mit Zitaten aus dem Alten Testament zu verlesen. Er wurde auch als Abgeordneter zunehmend isoliert: Er verlor seine Bewegungsfreiheit, seine Immunität, und schließlich auch die Zulassung zu den Wahlen selbst.

„Gandhi" dagegen ist eine prominente Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in Israel. Er hat eine lange Militärkarriere hinter sich, ist Direktor eines großen Nationalmuseums und häufiger Gastautor in der Tagespresse. Seine *Moledet*-Partei konnte also das „Transfer"-Programm als einen legitimen politischen Lösungsvorschlag etablieren: Der Rabbi Peretz, Chef einer der ultra-orthodoxen Parteien, gefragt nach seiner Bereitschaft, „Gandhi" innerhalb einer gemeinsamen Koalition zu tolerieren, erklärte unmittelbar nach den Wahlen, man könne doch „einen Juden nicht ausschließen, nur weil er einen Transfer propagiert". Aber gerade der nicht ausgesprochen religiöse Charakter von *Moledet* unterscheidet sie von Kahanes *Kach*-Bewegung und macht sie für die israelische Öffentlichkeit zu einer „akzeptablen" Erscheinung.

Ze'evi-„Gandhi" selbst war im letzten halben Jahr Autor einer Reihe von Artikeln, die in *Yedi'ot Aharonot*, einer der drei größten Tageszeitungen im Land und wahrscheinlich das populärste Abendblatt, erschienen und in den letzten Wochen zwecks Wahlpropaganda nachgedruckt und verteilt wurden; die Quelle wurde genannt, der Beleg für die Legitimität der umstrittenen Positionen gegeben. Und im Gegensatz zu Kahane, der seine Selbstbestätigung gerade aus der Tatsache zog, daß er überall Aufregung und Kritik provozierte, bemühte sich Ze'evis *Moledet* gerade um ihr Image als integraler Teil der etablierten Parteien, der in bester Tradition der zionistischen Bewegung steht. So schreibt Ze'evi in seiner Wahlzeitung, daß „wenn diese Idee" — also die „Transfer"-Idee — „wirklich so monströs ist, … dann war David Ben-Gurion (Staatsgründer und erster Ministerpräsident — *Y.M.*) der größte Faschist in der Geschichte des Zionismus".

„Das gesamte zionistische Unternehmen basierte auf der Evakuierung der Araber aus ihrem Land", schreibt „Gandhi", und füllt seine eigenen Wahlpapiere mit Zitaten von Wahlgegnern — Peres, Rabin, Staatspräsident Herzog — und anderen führenden Persönlichkeiten aus der Geschichte der zionistischen Bewegung: Jeder hat schon mal, so beweist die Zusammenstellung, auf die „Notwendigkeit" eines „Bevölkerungsaustausches" oder ähnliches hingewiesen, *Moledet* sei nur die konsequentere Nachfolgerin.

Der jüdische Staat im Mittelpunkt

Der wahre Rutsch nach rechts ist also nicht einfach in der Tatsache zu sehen, daß der gesamte rechte Block im Parlament nun einen, zwei, oder bestenfalls drei weitere Sitze dazu gewann, sondern in einer inhaltlichen Verschiebung innerhalb dieses Blockes. Für den *Likud* und seine Anhänger stellen jetzt sieben rechts-radikale Abgeordnete der *Tchiya*, *Moledet* und *Tzomet* eine Herausforderung dar, denn sie fordern eine sofortige Annexion der 1967 besetzten Gebiete, eine noch viel härtere Vorgehensweise gegen die palästinensische Bevölkerung und deren politische Aktivisten bis hin zu einem „Transfer". Der weitere Verlust von Wählerstimmen an die religiösen und ultra-orthodoxen Parteien zwingt die künftige Regierungspartei, sich auf theokratische Diktate einzulassen.

Insgesamt macht sich im rechten Parlamentsflügel die Suche der Wähler nach radikalen Lösungen bemerkbar. Hier war die Machtlosigkeit der großen Parteien angesichts der Intifada ein weiterer, wichtiger Faktor in einer Identitätskrise, in die der israelische Staat und die etablierten Parteien in den letzten Jahren immer tiefer gerieten. Die Definition des „Nationalkonsens", dessen nämlich, was Zionismus für den israelischen Staat heute heißt, steht zur Debatte, angesichts einer Spaltung innerhalb dieser Gesellschaft hinsichtlich der Positionen zur palästinensischen Frage.

Die beiden großen Parteien sind Symptome und Opfer dieser Debatte zugleich: Sie stehen zwischen denjenigen, die einen jüdischen Staat dadurch bewah-

Fortsetzung nächste Seite

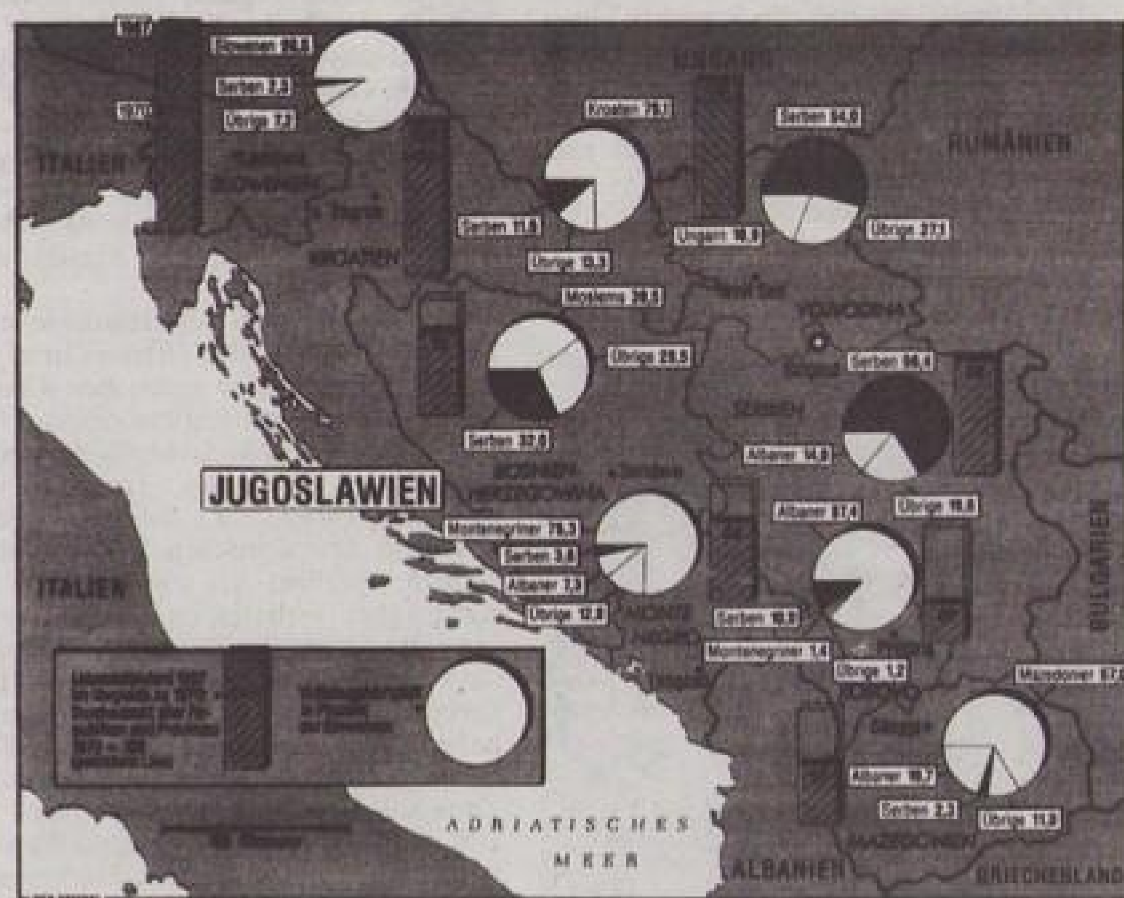


Wahlplakat der rechtsradikalen Moledet (Heimat), die einen „freiwilligen Transfer" der Palästinenser propagiert. Auf dem Plakat heißt es: „Wer wird gehen? Wir oder sie? Wähle Transfer!" Die Pfeile unterstreichen die Aussage: der weiße Pfeil mit dem Davidsstern zeigt „ins Meer", der schwarze Pfeil mit Halbmond und Stern (für die Palästinenser) in den Bereich der arabischen Länder.

(Foto: ak)

Jugoslawien in der Krise

Seit Monaten steckt Jugoslawien in der tiefsten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Krise seiner Nachkriegsgeschichte. Das industrielle Wachstum stagniert, die landwirtschaftliche Produktion ist rückläufig. Die Inflation ist, mehreren Stabilisierungsprogrammen zum Trotz, immer weiter gestiegen und liegt jetzt bei einem Jahreszuwachs von 150%. 20 Milliarden Dollar Schulden zwingen das Land unter das Diktat des IWF. Die ohnehin niedrigen Realeinkommen wurden in den letzten Jahren auf die Hälfte heruntergedrückt und sollen durch Preissteigerungen noch weiter abgesenkt werden. Eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht.



Vor dem Hintergrund von Verarmung und Ausweglosigkeit hat seit 1987 eine Welle von Großdemonstrationen der serbischen Bevölkerung stattgefunden, die neben sozialen Forderungen vor allem einen zunehmend aggressiven Nationalismus der größten Volksgruppe Jugoslawiens zum Ausdruck bringen. Diese chauvinistische Bewegung scheint alle Sektoren der serbischen Gesellschaft erfaßt zu haben, von der Parteispitze bis hin zu liberalen und dissidenten Intellektuellenkreisen. Ein Versuch, von Serbien aus dem Land eine diktatorische „Lösung" aufzuzwingen, liegt im Bereich des Möglichen.

Viel nationales Konfliktpotential

Jugoslawien ist einer der jüngsten Staaten Europas. Er wurde als Ergebnis des Ersten Weltkriegs am 1.12.1918 als *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* gegründet; den Namen Jugoslawien (Südslawien) führt das Land erst seit 1929. Die Völker Jugoslawiens hatten bis dahin noch nie einen einheitlichen Staat gebildet, und die einzelnen Landesteile hatten jahrhundertelang eine sehr unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Das Königreich Jugoslawien wurde von der serbischen Bourgeoisie in so krasser, repressiver und chauvinistischer Weise dominiert, daß die Komintern zu jener Zeit die Auflösung des Staates und die volle Souveränität der einzelnen jugoslawischen Völker propagierte.

Die größten nationalen Gruppen Jugoslawiens sind die Serben (36,3%), Kroaten (19,7%), die sog. ethnischen Muslim (8,9%), die Slowenen (7,8%), Albaner (7,7%), Makedonen (6%) und Montegriner (2,6%), ferner Ungarn (2,3%), Türken (0,6%), Bulgaren, Slowaken, Rumänen u.a. (Stand 1981; Ungarn und Türken Stand 1971). Aufgrund des Geburtengefälles zunehmend sind die Anteile der Albaner, Muslim und Makedonen. Auf der anderen Seite ist vor allem der Anteil der Serben und Kroaten abnehmend: 1961 machten sie zusammen 65,4% der Jugoslawen aus, 1981 nur noch 56%.

Einer Erläuterung bedarf der verschwommene Begriff der ethnischen Muslim, der eigentlich keine eigene Volksgruppe bezeichnet, aber auch nicht einfach identisch mit der etwas höher liegenden Gesamtzahl der Mohammedaner in Jugoslawien ist. Als ethnischer Moslem wird registriert, wer sich mehr dem Islam als einer spezifischen Nationalität zurechnet. Praktisch ist diese Gruppe nur in Bosnien von Bedeutung.

Jugoslawien besteht aus sechs Teilrepubliken, die im folgenden kurz vorgestellt werden sollen.

Serbien

Ein serbischer Staat existierte seit Mitte des 12. Jahrhunderts; er erreichte Mitte des 14. Jahrhunderts seine größte Ausdeh-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ren wollen, daß sie sich von den dicht bewohnten besetzten arabischen Gebieten trennen, und denjenigen, die die arabische Bevölkerung mit noch größerer Gewalt unterjochen und vertreiben wollen. Sie müssen schließlich mit denjenigen zusammenarbeiten, die den jüdischen Staat ausschließlich nach religiösen Gesetzen verwalten wollen.

Der Wahlkampf bot diesmal hinsichtlich der angewandten Argumentationsmuster einen interessanten Indikator für den Stand der Diskussion, knapp ein Jahr nach Beginn des Aufstandes. Es ist vielleicht makaber, aber gerade die öffentliche Legitimität der „Transfer"-Propaganda und hier vor allem die Tatsache, daß *Moledet* die Vertreibung aller Palästinenser aus der Grundlage zionistischen Handelns in der Vergangenheit abzuleiten weiß, zwingen die Linkszionisten und Friedenskräfte, sich mit dem Konzept eines *jüdischen* Staates gründlich und kritisch auseinanderzusetzen, und nicht zuletzt die eigene Vergangenheit — die Teilnahme an der Staatsgründung und die Verherrlichung des „Befreiungskrieges" von 1948 — aufzuarbeiten.

Alle sind Patrioten

Konfrontiert mit dem rechten Vorwurf des „Verrats" und der „unterwürfigen Kápitulation" war es den linkszionistischen Listen in den letzten Jahren ein Anliegen, ihr Loyalitätsbekenntnis zum israelischen Staat und seiner zionistischen Ideologie hervorzuheben. Der Rang ehemaliger Offiziere in den Reihen dieser Listen wurde immer erwähnt, sowie ihr Beitrag zum „Ansiedlungsunternehmen" in den Grenzen von 1948 (ohne Westbank und Gasa). Der Versuch, ein staatstreues Image zu zeigen, war auch diesmal noch zu sehen, dennoch sprachen alle linkszionistischen Parteien klare Worte, die vor zehn Jahren nur von einer äußerst kleinen Minderheit innerhalb der Friedenskräfte artikuliert wurden: Sie sind alle (teilweise unter bestimmten Bedingungen) zu Verhandlungen mit der PLO bereit, sie stimmen der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf der Westbank und Gasa (den 1967 besetzten Gebieten) grundsätzlich zu und sie begreifen alle, daß die Palästinenser innerhalb der Staatsgrenzen von 1948, die israelische Staatsangehörige sind und insgesamt ca. 18% der Gesamtbevölkerung ausmachen, Bürger zweiter Klasse sind und fordern, zumindest nach außen hin, ihre Gleichstellung.

In der Tat fühlen sich diese Gruppen durch die Ereignisse der Intifada in ihrer Linie bestätigt: Die Forderungen der Nationalen Führung des Aufstandes beschränken sich im allgemeinen auf einen Abzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten und ein breiter Flügel innerhalb der PLO spricht immer deutlicher von der Anerkennung des israelischen Staates in seinen 1948er Grenzen. Auf der anderen Seite wächst bei der israelischen Bevölkerung der Unmut über die Zustände, die die Besatzung verursacht, und der Wunsch, die „Gebiete" zu verlassen, findet Anhänger selbst unter einigen *Likud*-Sympathisanten.

Im Wahlkampf versuchten also die linkszionistischen Listen *Ratz* und *Mapam*, neue Stimmen vor allem von frustrierten *Ma'arach*-Anhängern zu fangen; auf der einen Seite griffen sie Rabins Knüppelpolitik an, auf der anderen Seite war ihre strategische Argumentation völlig blockorientiert: Den zögernden Wählern wurde versichert, daß *Ratz* und *Mapam* eine Koalition unter Shim'on Peres auf jeden Fall unterstützen würden. *Mapam*, eine ehemals pro-sowjetische, jetzt sozialdemokratische Partei, gehörte über zwanzig Jahre lang dem *Ma'arach*-Block an und bekam dadurch automatisch einen Anteil von fünf bis sieben Abgeordneten aus der gesamten Stimmenausbeute der Mutterpartei. Nun ist es *Mapam* zum ersten Mal wieder selbständig gelungen, ins Parlament zu kommen. Ihre drei Abgeordneten vertreten die traditionellste linkszionistische Bewegung, die jedoch in den letzten Jahren genug Flexibilität aufbringen konnte, um die außerparlamentarische Friedensbewegung massiv mit Mitteln zu versorgen (*Mapam* gehört eine Reihe von sehr etablierten Kibutzim an) und um eine ziemlich neue Figur, Ya'ir Tzaban, früher eine wichtige Persönlichkeit der kommunistischen Partei, an die erste Stelle der Kandidatenliste zu setzen.

Mapam wird jedoch hinsichtlich der Popularität innerhalb der außerparlamentarischen Bewegung bei weitem von *Ratz* übertroffen. *Ratz* startete als eine feministische Liste, die schon Anfang der siebziger Jahre durch drei Frauen im Parlament vertreten war. Ihr Engagement für die Trennung von Staat und Religion verlieh ihr später den allgemeineren Titel einer „Bürgerrechtsbewegung", die dann, mit dem Aufkommen der Protestbewegung *Frieden Jetzt*, zur „Friedens- und Bürgerrechtsbewegung" wurde.

Im jetzigen Wahlkampf war es für *Ratz* jedoch problematisch, im Verhältnis zur „Basis" immer auf dem laufenden zu bleiben: *Ratz* verurteilte nämlich die Wehrdienstverweigerung in den besetzten Gebieten und rief zu einem „Widerstand mit demokratischen Mitteln" — also legal — auf. Gleichzeitig forderte sie, „die Deserteur-Division" — Leute, deren religiöses Bekenntnis es ihnen ermöglicht, vom Dienst befreit zu werden — einzuziehen. Das Spiel ging weiter, bis eine linke Zeitschrift aufdeckte, daß auf der *Ratz*-Liste selbst ein prominenter Kriegsdienstverweigerer steht. *Ratz* bekannte sich sofort zum „Pluralismus", durchaus ein Zeichen von Sensibilität: Das Aufgeben von Tabus bringt heute Stimmen, und die Basis hat dadurch auf Parteien mit linkem Anspruch ein effektives Druckmittel.

Der größte Tabubruch im Friedenslager bei diesen Wahlen kam aber aus den Reihen der *Progressiven Friedensliste*. Dieses Bündnis von etwas radikaleren Linkszionisten, einigen Antizionisten und linken palästinensischen Kreisen konnte einem Ausschluß aus dem Wahlkampf nur knapp entgehen, nachdem einer seiner (jüdischen) Sprecher in einem Zeitungsinterview erklärte, die „Bedingung für einen richtigen Frieden ist der Verzicht auf den Staat Israel als Staat des jüdischen Volkes". „Erst wenn die Palästinenser den Zionismus besiegen", so der Sprecher Haim Hanegbi, „erst dann wird die jüdische Existenz in der Region kein Problem darstellen".

Was Hanegbis Partei in Schwierigkeiten brachte, war das gleiche Gesetz, aufgrund dessen Kahanes *Kach*-Liste nicht an den Wahlen teilnehmen durfte. Dieses schreibt nämlich ein Parlamentsverbot für alle Bewegungen vor, die „Rassismus und Volksverhetzung propagieren oder den Staat Israel nicht als jüdischen Staat anerkennen", also praktisch für Rassisten und Antirassisten ... Die *Friedensliste* distanzierte sich jedoch von Hanegbis „privaten Äußerungen" und wies brav auf einen neuen Absatz in ihrem Programm hin, der Israel als den Staat des jüdischen Volkes explizit doch anerkennt. Damit verlor die Partei eine wichtige Karte gegenüber einem für sie besonders wichtigen Zielpublikum, der wahlberechtigten palästinensischen Bevölkerung im „Kernstaat"-Israel.

Das Manövrieren zwischen den nationalen Bedürfnissen der arabischen Bevölkerung und dem Ansehen unter jüdischen Bürgern charakterisierte aber auch ihre Hauptkonkurrentin, die Israelische Kommunistische Partei *Rakach*. In ihren arabisch-sprachigen Publikationen hetzte *Rakach* gegen die *Progressive Friedensliste*, die angeblich die nationalen Interessen der Palästinenser an das israelische Verteidigungsministerium verkauft habe, um ihre Zulassung zu den Wahlen zu erlangen. In der hebräisch-sprachigen Presse veröffentlichten die Kommunisten wiederum Anzeigen, die die Aussage der *Friedensliste* „Ja zum palästinensischen Patriotismus, nein zum israelischen Patriotismus" kritisierte. Auch Emil Habibi, (palästinensischer) Chefredakteur des KP-Organs *Al-Itihad*, schrieb einen öffentlichen Brief, adressiert an mehrere dutzend linke jüdisch-israelische Künstler, in dem er die *Friedensliste* beschuldigte, sie wäre „gegen das Existenzrecht das Staates Israel".

Ob diese Linie selbst rein taktisch wirklich nützlich war, ist schwer zu sagen. *Rakach* gewann zwar einen Parlamentssitz dazu, der Großteil der palästinensischen Bevölkerung, die geschlossen über fast 17 Mandate verfügen könnte, wählte jedoch die linkszionistischen Parteien oder sogar *Ma'arach*, trotz Intifada, trotz Diskriminierung und trotz eines allgemeinen Politisierungs- und Radikalisierungsprozesses.

Für diejenigen, die auf eine Reform in absehbarer Zeit setzten, war es also eine Niederlage. Denn welches Koalitionsergebnis die arithmetische Akrobatik der kommenden Wochen auch immer hervorbringen wird, ist kurzfristig nur die Fortsetzung des „Status quo" zu erwarten, die Politik der „eisernen Faust" in den besetzten Gebieten und die Versuche, die Intifada niederzuschlagen. Die israelische Gesellschaft — dies bestätigen immer wieder einmal die Wahlergebnisse — befindet sich in den letzten Jahren jedoch mitten in einem Prozeß der Entwicklung neuer politischer Glaubensbekenntnisse, auf der Suche nach Bestätigungen für die jeweiligen, oft widersprüchlichen Identitäten und nach neuen Lösungsvorschlägen. Vor diesem Hintergrund verschärft sich die politische Auseinandersetzung. Positionen werden allmählich klarer und hemmungsloser artikuliert, der Kampf um ihre Durchsetzung wird jedoch immer härter.

„Intifada — Road to Freedom"

Ein Film der Gruppe „In A'd Rifaki"

Der Videofilm „Intifada — Road to Freedom", produziert von der Musik- und Theatergruppe „In A'd Rifaki", ist nun auch in der BRD und Westberlin zu erhalten.

Die Gruppe wurde 1972 im von Israel besetzten Ostjerusalem gegründet. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Darstellung der Folgen der israelischen Okkupation im alltäglichen Leben des palästinensischen Volkes und besonders der Kämpfe der politischen Gefangenen in den israelischen Knästen. Die Mitglieder des Theaters arbeiten zwar parteiunabhängig, gehören jedoch verschiedenen linken Parteien an oder sympathisieren mit ihnen. In ihrer Arbeit informieren sie ebenfalls über andere Befreiungsbewegungen (z.B. Chile, Vietnam) und organisieren Veranstaltungen anläßlich palästinensischer und internationaler Kampf- und Feiertage (z.B. Tag der politischen Gefangenen, Internationaler Frauentag 8. März, 1. Mai, Tag für Sabra und Shatila). Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich der Gruppe liegt in dem Erhalt und der Weitergabe der palästinensischen Folklore, die der israelische Staat zu unterdrücken, zu verwässern und für Touristen und im Ausland als „israelisches Kulturgut" zu verkaufen versucht. Die Arbeitsbedingungen in Palästina unter der israelischen Repression sind sehr schwierig; Proben und Aufführungen stehen immer unter der Drohung von Verhaftungen und Anschlägen.

Neben ihren Theater- und Musikveranstaltungen hat „In A'd Rifaki" seit 1983 neun Filme über die historische und aktuelle Situation der PalästinenserInnen gedreht, die auch in Syrien, Jemen, Kuba und Algerien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

1988 trat die Gruppe erstmals in der BRD und Westberlin, in Großbritannien und in der Schweiz auf.

Im September hat die vormals Jerusalemer Gruppe, die zu einer internationalen Gruppe herangewachsen ist, die Arbeit an dem Videofilm „Intifada — Road to Freedom" abgeschlossen. Der Film erzählt die Geschichte des palästinensischen Aufstands gegen die israelische Militärbesatzung in der Westbank und im Gazastreifen. Bildern des lebendigen und vereinigten Widerstandes werden Filmsequenzen über Repression und militärische Angriffe gegenübergestellt. Es wird die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes gezeigt, das sich mit Wurfschleudern, Steinen und bloßen Händen einer der bestausgerüsteten Armeen gegenüberstehen sieht. Auch die veränderte und aktive Rolle der palästinensischen Frauen und deren Bedeutung für die Intifada wird in dem Film herausgestellt.

Dieser Film ist eine Einführung für Interessierte oder solche, die informiert werden sollen — die Bilder sprechen für sich. „Intifada — Road to Freedom" ist auf Englisch, jedoch sehr leicht verständlich und bedarf eigentlich keiner Übersetzung, so daß der Film auch als Unterrichtsmaterial geeignet wäre.

Da die Gruppe sich nur durch Eigenaufwand finanziert und dieser Video auch in Eigenproduktion entstanden ist, denken wir, daß ein Kaufpreis von 100,— DM (gern mehr!) als Solidaritätsbeitrag für interessierte Gruppen und Einzelpersonen nicht zu hoch gegriffen ist.

Wer diesen Video (20 min., VHS) erwerben möchte, schreibe an folgende Adresse:

In A'd Rifaki
Naunynstr. 57
1000 Berlin 36

(Wir bitten um Vorauszahlung und um DM 3 Portokosten — auch in Briefmarken!)

Die Musik von „In A'd Rifaki", die auf diesem Video zu hören ist, gibt es bald auch in „gepreßter" Form als Schallplatte. Es ist die erste Schallplatte, die überhaupt von PalästinenserInnen für ihr Volk und dessen Kampf um Befreiung und für einen selbständigen Staat produziert wurde. „Music for INTIFADA" kommt in Großbritannien Anfang November bei Virgin Records auf den Markt. Wann die Platte in der BRD erhältlich ist, ist noch unklar. Der Erlös dieser Platte geht an die notleidenden palästinensischen Familien.

Sa., Westberlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

nung und die Vorherrschaft auf dem Balkan. Die Niederlage auf dem Amselfeld (= Kosovo) 1389 brachte das Land Zug um Zug unter türkische Herrschaft; seit Mitte des 15. Jahrhunderts war Serbien direkt Teil des Osmanischen Reichs. Nach mehreren Aufständen zu Anfang des 19. Jahrhunderts erreichte Serbien 1817 eine beschränkte Autonomie und 1878 seine volle staatliche Unabhängigkeit. Die Beteiligung am Koalitionskrieg der Balkanstaaten gegen die türkische Vorherrschaft 1912-13 brachte ihm erheblichen Gebietszuwachs im Süden (Kosovo, Makedonien); nach dem 1. Weltkrieg kam von Österreich-Ungarn die Wojwodina hinzu.

Der serbische Nationalismus war vor dem 1. Weltkrieg zweifellos die treibende Kraft im Einigungsstreben der südslawischen Völker. Serbien wurde in dieser Hinsicht oft mit dem Königreich Savoyen verglichen, das sich im 19. Jahrhundert an die Spitze des staatlichen Einigungsprozesses in Italien gestellt hatte.

Bei der Volkszählung 1981 registrierte man in der Republik 71% Serben, 12% Albaner, 5% Ungarn. 1971 waren 75% Serben, 9% Albaner und 6% Ungarn gezählt worden. Den beiden nationalen Minderheiten soll durch die Existenz der *autonomen Gebiete* Kosovo und Wojwodina innerhalb der Republik Serbien Rechnung getragen werden. Die Voraussetzungen der beiden Gebiete sind jedoch sehr unterschiedlich: Die Wojwodina im Norden Serbiens war bis 1918 jahrhundertelang Teil von Österreich-Ungarn. Sie gehört zusammen mit den Republiken Slowenien und Kroatien zu den vergleichsweise entwickelten, „wohlhabenden" Landesteilen Jugoslawiens. Die Bevölkerungsmehrheit der Wojwodina (56%) ist serbisch, 22% sind Ungarn, 7% Kroaten.

Im Kosovo hingegen, das von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis 1912/13 unter türkischer Herrschaft stand, sind heute bei rasch zunehmender Tendenz fast 80% der Bevölkerung albanisch; zur Minderheit gehören außer Serben als zweite größere Gruppe auch Montenegriner. Die Geburtenrate ist die höchste Europas; das Kosovo ist mit Abstand das am dichtesten besiedelte Gebiet Jugoslawiens, zugleich aber auch das ärmste. Die Rate der Analphabeten liegt hier bei über 30%, und auch die Arbeitslosigkeit liegt mit 44% weit über der ohnehin hohen gesamtjugoslawischen Quote von 15%.

Kroatien

80% der Bevölkerung dieser Republik sind Kroaten; die Serben bilden mit 15% eine bedeutende Minderheit. Kroatien war im 10. und 11. Jahrhundert ein eigener Staat. Seit Anfang des 12. Jahrhunderts stand es unter ungarischer Vorherrschaft, war seit Ende des 15. Jahrhunderts zwischen den österreichischen Habsburgern und dem Osmanischen Reich heiß umkämpft. Seit dem 17. Jahrhundert bildete Kroatien die „Militärgrenze" Österreichs nach Süden und blieb bis 1918 Teil des Habsburgerstaates. In den 40er Jahren brachte Kroatien eine eigene Abart des Faschismus, die Ustascha, hervor, die zwischen 1941 und 1945 durch einen Mario-

brachte Kroatien eine eigene Abart des Faschismus, die Ustascha, hervor, die zwischen 1941 und 1945 durch einen Mario-

nettenstaat belohnt wurde.

Zusammen mit Slowenien, das einen ähnlichen historischen Entwicklungsweg und ähnliche, nämlich relativ gute ökonomische Voraussetzungen hat, ist Kroatien stark „westorientiert" und bildet einen Block gegen das Dominanzstreben Serbiens ebenso wie gegen die unterentwickelt gehaltenen Republiken (Makedonien, Monte Negro). Kroatiens besonderer Trumpf sind die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus; fast die ganze Mittelmeerküste Jugoslawiens gehört zur Republik Kroatien.

Slowenien

Die Bevölkerung dieser Republik besteht zu über 95% aus Slowenen; Slowenien ist daher der einzige Landesteil ohne aktuelles oder potentielles nationales Konfliktpotential. Das Land war im 8. und 9. Jahrhundert vom Frankenreich abhängig, kam dann unter ungarische Vorherrschaft und wurde seit dem 14. Jahrhundert bis 1918 von den Habsburgern regiert, die Slowenien unter vier österreichische Provinzen aufgeteilt hatten. Ein Teil Sloweniens mit fast einer halben Million Menschen (Triest, Istrien u.a.) fiel nach dem 1. Weltkrieg an Italien und wurde erst nach dem 2. Weltkrieg an Jugoslawien angeschlossen. Eine kleine slowenische Minderheit gibt es außerdem in Österreich (Südkärnten). Sie ist immer wieder Provokationen durch Faschisten und extreme Nationalisten ausgesetzt, was gelegentlich heftigen außenpolitischen Konfliktstoff zwischen den beiden Ländern bietet.

Slowenien, das nie Teil des Osmanischen Reichs war, entging der Phase der ökonomischen Stagnation und Zerrüttung, die den Süden Jugoslawiens immer noch prägt. Es wurde relativ früh von der kapitalistischen Industrialisierung erfaßt und ist heute der wirtschaftlich fortgeschrittenste, am stärksten auf den Westexport orientierte Landesteil. Politischer Ausdruck dieser Sonderstellung ist der Liberalismus in einigen Medien Sloweniens, die Wortführer einer radikalen Systemkritik sind und sich besonders scharf gegen die großserbischen Ambitionen wenden.

Bosnien und Herzegowina

Nach Selbständigkeit zwischen 12. und 15. Jahrhundert wurden Bosnien und Herzegowina in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vom Osmanischen Reich unterworfen und stärker als andere Teile Jugoslawiens islamisiert. 1878 wurde das Gebiet von Österreich-Ungarn besetzt und 1908 annektiert.



Serbenführer und KP-Chef Milosevic und Belgrader Arbeiter

Die Republik Bosnien und Herzegowina hat eigentlich gar keine eigene Nationalität. Bei der Volkszählung von 1981 wurden von 4,2 Millionen Einwohnern 1,6 Millionen als sog. ethnische Muslim registriert, 1,3 Millionen als Serben und 0,8 Millionen als Kroaten. Insofern kann man einerseits sagen, daß die Serben die größte nationale Gruppe in Bosnien sind, zumal viele der ethnischen Muslim auch als mohammedanische Serben bezeichnet werden könnten. Andererseits spielt der religiöse Faktor in Bosnien eine besonders große Rolle. In offiziellen Kreisen Jugoslawiens sorgt man sich spätestens seit dem Umsturz im Iran, daß Bosnien zur Brutstätte eines islamischen Fundamentalismus mit Massenbasis werden könnte. Vor diesem Hintergrund ist ein Prozeß zu sehen, bei dem im August 1983 zwölf bosnische Muslim ausschließlich wegen sog. Verbaldelikte (Meinungsäußerungen) zu hohen Gefängnisstrafen, bis zu 15 Jahren, verurteilt wurden. Sie hatten sich für eine rigide islamisierte Gesellschaft eingesetzt.

rigide islamisierte Gesellschaft eingesetzt.

Montenegro

Den Namen („Schwarzer Berg") gaben ihm die Venezianer. In der Landessprache heißt diese kleinste Republik Jugoslawiens Crna Gora. Neben 70% Montenegrinern, die als engstens verwandt mit den Serben, wenn nicht gar als Teil der serbischen Nation gelten, gibt es 7,5% Serben, 13,3% ethnische Muslim (Stand 1971) und auch eine albanische Minderheit.

Die Geschichte der kleinsten Republik ist zugleich die stolzeste: das Bergland Montenegros war der einzige Teil des Landes, der weder vom Osmanischen Reich noch von Österreich-Ungarn unterworfen werden konnte. Das Fürstentum Montenegro war somit einige Jahrhunderte lang der einzige autonome Staat der Südslawen. Heute ist es eine der ärmsten, am meisten zurückgebliebenen Regionen Jugoslawiens.

Makedonien

Mal unter serbischer und mal unter bulgarischer Herrschaft wurde Makedonien Ende des 14. Jahrhunderts dem Osmanischen Reich einverleibt. Nach dem russisch-türkischen Krieg von 1878 sollte Makedonien an das eng mit Rußland verbundene Bulgarien kommen. Die anderen europäischen Großmächte, die einen zu großen russischen Machtzuwachs fürchteten, setzten die Rückgabe des Gebiets an die Türkei durch. Als Ergebnis der Balkankriege 1912-13 wurde Makedonien zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland aufgeteilt, so daß heute Makedonen in allen drei Ländern leben. Als Verbündeter Deutschlands im 2. Weltkrieg konnte Bulgarien kurzfristig das gesamte makedonische Gebiet annektieren.

Seit Ende der 40er Jahre bildet Makedonien Stoff für immer wieder aufbrechende heftige Streitereien zwischen Bulgarien und Jugoslawien. Die bulgarische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß es in ihrem Land neben dem Staatsvolk keine nationalen Minderheiten gibt. Sie leugnet daher die Existenz einer türkischen Minorität in Bulgarien — dies seien lediglich zwangsislamisierte Bulgaren — und sie bestreitet, daß es überhaupt so etwas wie ein mazedonischen Volk gibt. Dies impliziert, daß die jugoslawischen Makedonen eigentlich auch Bulgaren seien. Umgekehrt tendiert Jugoslawien dazu, sich als Schutzmacht der makedonischen Volksgruppen in Bulgarien und Griechenland zu verstehen.

Neben der eigenen Nationalität (70%) gibt es in Makedonien eine bedeutende albanische Volksgruppe (17%), sowie 6,6% Türken. (Stand 1971)

Repression im Kosovo

Nach vorherrschender jugoslawischer, nicht nur serbischer Sprachregelung tobt im Kosovo die „Konterrevolution". Angeblich wird der auf „*Einheit und Freundschaft*" verschiedener Völker beruhende sozialistische Staat durch die Forderung der Kosovo-Albaner nach dem Status einer gleichberechtigten Republik im Rahmen der jugoslawischen Föderation akut gefährdet.

Dieser offizielle Standpunkt läßt sich nicht legitimieren. Die Albaner sind die mit Abstand größte nicht-slawische Nationalität Jugoslawiens. Sie bewohnen ein geschlossenes Territorium. Zahlenmäßig sind die Albaner heute schon stärker als die Montenegriner, die Makedonen und die Slowenen, denen eigene Republiken zugestanden sind. Ihre Nationalität ist sehr viel klarer abzugrenzen als etwa die der Montenegriner oder der Bevölkerung der Republik Bosnien-Herzegowina. Allenfalls historisch läßt sich ein Argument für die Unterordnung Kosovos unter Serbien herleiten: bis zur Schlacht auf dem Amselfeld 1389 war dieses Gebiet das

lenfalls historisch läßt sich ein Argument für die Unterordnung Kosovos unter Serbien herleiten: bis zur Schlacht auf dem Amselfeld 1389 war dieses Gebiet das

Zentrum Serbiens. Das ist allerdings schon fast genau 600 Jahre her.

Im März-April 1981 gab es, ausgehend von den Studenten der Regionshauptstadt Pristina, Massendemonstrationen der Kosovo-Albaner für eine eigene Republik. Seither regiert Serbien das Gebiet mit den Methoden einer Besatzungsmacht. Nur wegen ihrer Teilnahme an den Demonstrationen wurden 1981 Hunderte Albaner zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Inzwischen geht die Zahl der wegen politischer Delikte eingesperrten Albaner in die Tausende; schon 1985 nannte ein Regierungsfunktionär offiziell die Zahl 3344. Die Urteile sind in der Regel abschreckend hart, die Anklagen oft haarsträubend. Menschen wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie albanische Lieder gesungen hatten; wegen des Verfassens „nationalistischer" Gedichte; wegen eines Kondolenzschreibens zum Tod des Parteichefs der Volksrepublik Albanien, Enver Hodscha; wegen Besitzes einer albanischen Fahne; wegen Hörens albanischer Rundfunksendungen; wegen konspirativer Organisationsversuche. Ein Historiker mußte 14 Jahre ins Gefängnis wegen einer von ihm verfaßten Geschichte Albaniens, ein Rundfunkjournalist bekam elf Jahre für einen mißliebigen Kommentar.

Die albanische Bevölkerung ist heute aller kollektiven politischen Rechte beraubt. Sie darf sich nicht mit Gegendemonstrationen gegen die provokatorischen serbischen Aufmärsche zur Wehr setzen, sie darf nicht einmal ihre Meinung dazu äußern. Nachdem 1981 zunächst Armee-Einheiten ins Kosovo verlegt worden waren, ist dort heute eine für den Bürgerkrieg ausgebildete Spezialtruppe der Polizei dauerhaft stationiert, um jedes Anzeichen öffentlichen Protests sofort niederzuschlagen. Aber nach serbischer Propaganda terrorisiert diese albanische Bevölkerung, die sich nicht einmal öffentlich artikulieren darf, die serbische Minderheit des Kosovo.

Wiedergeburt des serbischen Chauvinismus

Daß sich der serbische Nationalismus, verbunden mit rigiden Politikvorstellungen, zu regen begann, wurde erstmals beim Begräbnis des 1966 abgesetzten Innenministers Rankovic im August 1983 deutlich. Obwohl das Begräbnis nicht öffentlich bekannt gegeben worden war, versammelten sich über 100.000 Anhänger. Rankovic, der als extremer „Dogmatiker" gegolten hatte, war für brutale Maßnahmen gegen Albaner und Muslim verantwortlich gewesen.

Im Oktober 1986 veröffentlichte eine Belgrader Zeitung den Offenen Brief einer Gruppe liberaler serbischer Akademiker, der neben Demokratisierungsforderungen (Rechtsstaatlichkeit, Entpolitisierung des Strafrechts, Trennung von Staat und Partei, u.a.) die ideologische Plattform des serbischen Nationalismus enthielt: Serbien sei zwar Sieger im Krieg, aber Verlierer im Frieden gewesen. Die föderative Staatsordnung Jugoslawiens benachteilige die Serben. Die Serben seien insbesondere einer „dauerhaften Koalition" von Kroaten und Slowenen ausgesetzt, die das wirtschaftliche Zurückbleiben Serbiens anstrebten. — Die damalige serbische Parteiführung wies das als nationalistische Stimmungsmache zurück. Die These einer Gefährdung des serbischen Volks trage zur Vergiftung des Bewußtseins bei.

Im Frühjahr 1987 begann der nationalistische Flügel der serbischen KP mit der Organisierung von Massenaufmärschen im Kosovo und anderen Landesteilen. Im Verlauf des Jahres 1987 entschied dieser Flügel, an dessen Spitze Parteichef Slobodan Milosevic steht, den internen Machtkampf in Serbien Schlag um Schlag zu seinen Gunsten. Führende Parteiposten, Staatsämter, Medienredaktionen wurden „gesäubert", das heißt mit Anhängern des radikal-nationalistischen Flügels besetzt und ideologisch gleichgeschaltet. Als letzter fiel im Dezember 1987 der Regierungschef der Republik Serbien, Ivan Stambolic, der als „Liberaler" gegolten hatte.

Im Laufe des Jahres 1988 wurde die Technik der Massenmobilisierung forciert. Tausende, Zehntausende, gelegentlich sogar Hunderttausende wurden reihum in Städten und Orten Serbiens zusammengekarrt, um ein raffiniertes Gemisch von begründetem sozialen Protest und wildem Chauvinismus auf die Straßen zu tragen.

Schwerpunkt der Kampagne ist nach wie vor das Kosovo-Problem. Offiziell wird eine Änderung der jugoslawischen und der serbischen Verfassung gefordert, die den Gebieten Wojwodina und Kosovo ihren Autonomiestatus nehmen soll. Die Serben müßten wieder uneingeschränkt Herr im eigenen Haus sein, lautet die Parole. Auf den Massendemonstrationen klingt es drastischer: „Gebt uns Waffen!" und „Albaner raus!".

Serbiens KP-Chef Milosevic, der bedenkliche Züge eines sozialchauvinisti-

klingt es drastischer: „Gebt uns Waffen!" und „Albaner raus!".

Serbiens KP-Chef Milosevic, der bedenkliche Züge eines sozialchauvinisti-

schen „Volkstribuns" aufweist, drückt die verbreitete Stimmung aus, wenn er räsoniert, daß im Kosovo „*Kinder vergewaltigt, Häuser angezündet, Menschen verschleppt, Gräber geschändet und zwei Völker ausgerottet werden*", daß im Kosovo „*der letzte Völkermord des zwanzigsten Jahrhunderts*" stattfinde.

Die beiden Völker, die angeblich im Kosovo ausgerottet werden, sind die Serben und Montenegriner. Tatsächlich nimmt ihr Anteil an der Bevölkerung des Kosovo seit Jahren ab. Zum einen wegen der hohen Geburtenrate der Albaner, zum anderen wegen der Abwanderung der Minderheitsnationalitäten, was nach allgemeiner serbischer Überzeugung ein Ergebnis albanischen „Terrors" ist. Indessen ist eigentlich leicht einzusehen, warum es aus einer Region mit 44 % Arbeitslosigkeit und dem mit Abstand niedrigsten Lebensstandard des ganzen Landes — das Pro-Kopf-Einkommen liegt dort bei einem Drittel des jugoslawischen Durchschnitts — auch eine besonders hohe Emigration gibt. Daß die Auswanderungsrate aus dem Kosovo bei Serben und Montenegrinern höher ist als bei den Albanern, ist damit zu erklären, daß diese es in den benachbarten Regionen leichter haben als die Albaner, Arbeit zu finden, während es umgekehrt die Albaner im Kosovo aufgrund relativ intakter vorkapitalistischer Strukturen leichter haben, kollektives Überleben zu organisieren.

Die unter den Serben offensichtlich weitverbreitete Überzeugung, im Kosovo würden ihre Frauen scharenweise vergewaltigt, ihre Kinder massakriert usw., trägt bereits klassische Züge einer Pogromhetze. Ein serbischer Wissenschaftler hat anhand der Statistik nachgewiesen, daß Vergewaltigungen im Kosovo nicht häufiger, sondern eher seltener vorkommen als in anderen Landesteilen, und daß die Opfer auch nicht mit signifikant hohem Anteil *serbische* Frauen sind. Am allgemeinen Vorurteil hat der Wissenschaftler nichts geändert, sondern sich nur den Ruf zugezogen, ein Verräter an seinem eigenen Volk zu sein.

Es sind zwei besondere Warnzeichen, daß die chauvinistische Mobilisierung der serbischen Nation unmittelbar von der Partei- und Staatsspitze der Republik gesteuert und manipuliert wird, und daß diese Mobilisierung Unterstützung bis in dissidente Intellektuellenkreise findet, diese Mobilisierung somit so gut wie gar nicht auf Opposition in Serbien selbst stößt.

Machtkampf festgefahren

Die serbische Führung setzt den „Druck der Straße" systematisch ein, um Machtverhältnisse zu ändern. Dabei wird oft vordergründig sozial und antibürokratisch argumentiert, auf Bestechlichkeit und/oder Inkompetenz verwiesen. So wurde im September/Anfang Oktober durch Massendemonstrationen der Rücktritt der Partei- und der Staatsführung der Wojwodina erzwungen. Die gestürzten Funktionäre hatten sich der von Serbien geforderten zentralistischen Verfassungsänderung widersetzt. Fast gleichzeitig wurde in von Serbien aus manipulierten Demonstrationen in Montenegro der Sturz der dortigen Führung gefordert. Wieder einmal waren soziale und nationalistische Elemente miteinander vermischt. Die montenegrinische Führung schien zunächst rücktrittsbereit, blieb dann aber mit Unterstützung der Bundesstellen, sowie der Republiken Slowenien, Kroatien und Bosnien im Amt.

Ein wesentliches Ziel der serbischen Führung ist der Sturz der Regionsregierung von Kosovo. Den Regionschef Fadil Hodscha und weitere albanische Spitzenpolitiker hatte man schon im Dezember 1987 nicht nur zum Rücktritt gezwungen, sondern auch aus der KP ausschließen lassen. Eine Reihe weiterer Rücktritte folgte im Oktober dieses Jahres. Allen diesen Politikern wird vorgeworfen, sich nicht ausreichend gegen den „albanischen Separatismus" eingesetzt zu haben. Indessen bestand diese Führungsriege, die selbst schon das Ergebnis wiederholter „Säuberungen" war, ohnehin nur aus loyalen Kollaborateuren und Sprachrohren der serbischen Besatzungspolitik im Kosovo.

Derzeit ist eine Mobilisierungspause eingetreten. In Montenegro, wo die örtliche Führung von der Bundesregierung unterstützt wurde und wo Polizei gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, hat die großserbische Politik einen Rückschlag hinnehmen müssen. Eine in Bosnien-Herzegowina geplante serbische Großdemonstration mußte auf Verlangen der Republiksregierung abgesagt werden. Der Versuch, die großserbische Agitation über die Grenzen der eigenen Republik hinauszutragen, wurde zunächst einmal abgewehrt. Bei der Tagung des ZK der jugoslawischen KP Mitte Oktober wurde zwar der „albanische Nationalismus und Separatismus" scharf verurteilt; auch wurde das serbische Verlangen nach einer Änderung des Status von Kosovo und Wojwodina im Prinzip unterstützt. Zugleich fielen aber deutliche Worte gegen

ner Änderung des Status von Kosovo und Wojwodina im Prinzip unterstützt. Zugleich fielen aber deutliche Worte gegen

die „Erscheinungen des revanchistischen Nationalismus", und noch genauer gegen den „serbischen Nationalismus", der hinsichtlich seiner Bedrohlichkeit mit dem albanischen fast auf die gleiche Stufe gestellt wurde.

Serbiens KP-Chef Milosevic klagte auf dem ZK-Plenum, daß die (albanischen) Gegner einer „Unterbindung des Terrors" im Kosovo „*Verbündete für den Widerstand gegen die Politik Serbiens außerhalb Serbiens suchen und auch finden. Die Grundlage für eine solche Kumpanei dürfte in den Überresten der alten Unduldsamkeit gegenüber Serbien liegen, die durch seinen angeblichen Hegemonismus hervorgerufen wurde.*" Gegen diese „Intoleranz" reagiere man in Serbien verständlicherweise empfindlich, denn erstens: was könne das serbische Volk für das Verhalten seiner Bourgeoisie vor dem Krieg; und zweitens: die kroatische und die slowenische Bourgeoisie waren ja auch nicht besser.

Da die jugoslawische Bundespolitik nicht nach dem Mehrheits-, sondern nach dem Konsensprinzip gestaltet wird, hat sich vorerst die slowenische Position durchsetzen können: die auf mehr Markt, Liberalismus und Öffnung für kapitalistische Investoren orientierten Wirtschaftsreformen, über die man sich auch mit Milosevic einig ist, können sofort angepackt werden; die auf mehr Zentralismus zielenden politischen Reformen, die vor allem Serbien fordert und über die es keinen Konsens gibt, wurden vertagt. Die Bürokratien des Bundesstaates blockieren sich gegenseitig, was weiterhin dazu führen könnte, daß auch die Wirtschaftsreformen steckenbleiben. Ein Gordischer Knoten wartet auf seinen Alexander?

Kt.

Der kurdische Befreiungskampf braucht eine große Öffentlichkeit

Interview mit Dr. Hosro von der Patriotischen Union Kurdistan (PUK)

Mitte September 1988 entstand dieses Interview mit einem Vertreter der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Die PUK ist eine der Organisationen, die den Befreiungskampf im vom Irak beanspruchten Teil Kurdistans führt.

Wie ist die gegenwärtige Lage im Krieg zwischen irakischen Truppen und den kurdischen Widerstandskämpfern?

Tausende von Peschmergas und kurdischen Kämpfern sind weiterhin im umkämpften Gebiet präsent, in den Städten und der Umgebung der Städte. Die Lage hat sich natürlich verändert, vor allem was die Taktik anbetrifft. Während vorher ein direkter Krieg zwischen den kurdischen Verbänden und dem irakischen Regime stattfand, haben sich jetzt die Bedingungen geändert, besonders durch den verstärkten Einsatz von chemischen Waffen. Mit großen Einheiten und festen Basen kann man jetzt nicht mehr operieren. Deswegen wurde die Taktik geändert. Wir operieren jetzt mit überall präsenten kleinen Einheiten und mobilen Basen. Nach dem Waffenstillstand zwischen Iran und Irak hat das irakische Regime eine große Anzahl von Verbänden in Kurdistan konzentriert. Während des Krieges waren zwei Divisionen in Kurdistan stationiert und kämpften gegen das kurdische Volk und die Peschmergas. Jetzt befinden sich mehr als vier Divisionen der irakischen Armee in Kurdistan, die dorthin verlegt wurden, nachdem das Feuer im irakisch-iranischen Krieg eingestellt worden ist.

Finden die Angriffe in allen kurdischen Gebieten statt oder ist ein bestimmtes Gebiet betroffen?

In letzter Zeit konzentrieren sich die Angriffe auf das Gebiet von Badinan und die befreiten Gebiete und Dörfer in den Provinzen Dahok und Arbil. In den beiden Gebieten finden die intensivsten Angriffe von nun mehr als vier Divisionen statt. Der Widerstand in diesem Gebiet war sehr groß und die irakische Armee hat gro-

Der Widerstand in diesem Gebiet war sehr groß und die irakische Armee hat gro-

ße Verluste erlitten. Auch unser Volk hat Verluste erlitten, denn die Dörfer in Kurdistan, besonders die im Gebiet von Dahok und Arbil, wurden vollständig verbrannt und zerstört.

Welche langfristigen Folgen hat der Einsatz der chemischen Waffen in den kurdischen Gebieten? Wie sieht die Zukunft in diesen Gebieten nach dem Einsatz chemischer Waffen dort aus, nachdem die Bevölkerung in die Türkei geflohen ist?

Es ist nicht das erste Mal, daß die Dörfer zerstört und die Menschen vertrieben wurden, und das kurdische Volk gezwungen wurde, in den Nachbarstaaten Zuflucht zu suchen. Das ist mehrmals passiert, aber unser Volk wird zurückkehren und seine Dörfer wieder aufbauen. Es gibt Dörfer in Kurdistan, die sind mehr als viermal wieder aufgebaut worden, nachdem sie vom irakischen Regime zerstört wurden. Das ist eben jetzt einmal mehr. Wir sind uns sicher, daß diese Dörfer wieder aufgebaut werden und daß die Lage des irakischen Regimes nicht so gut ist, daß es diese Truppen länger in Kurdistan konzentrieren kann oder daß es diese große Anzahl von Truppen aufrechterhalten kann. Wie Sie ja wissen, beträgt die Bevölkerungszahl des Iraks nicht mehr als 14 Millionen, und derzeit sind mehr als eine Million unter Waffen, als da wären die reguläre Armee, die Volksarmee und die Söldner. Diese Menge von Bewaffneten ist für jede Regierung auf Dauer eine zu große Belastung. Die irakische Armee ist nicht in der Lage, nur eine Handbreit kurdischen Territoriums zu besetzen, und erst recht nicht den Wiederaufbau der Dörfer zu verhindern.

Wie hat sich der Krieg auf die Beziehungen zwischen den kurdischen Organisationen ausgewirkt? Haben sich die Spaltungen vertieft oder konnten sie überwunden werden?

Die kurdische Widerstandsfront ist gegründet worden, um die sechs großen Organisationen, die die Szene hier bestimmen, zusammenzuschließen, und zwar, als der Vernichtungskrieg intensiviert wurde. Der Vernichtungskrieg hat die Organisationen zusammengebracht und zur Bildung der kurdischen Front veranlaßt.

Gilt das lediglich für Kurdistan Irak oder ebenso für die anderen Teile Kurdistans?

Die Söhne des kurdischen Volkes in den anderen Teilen Kurdistans sind solidarisch mit dem Volk im irakischen Teil Kurdistans. In Form von finanzieller Unterstützung und Sammlung von Medikamenten. Viele haben die Büros und die Vertretungen der kurdischen Parteien in Syrien, in Europa oder im Iran aufgesucht, um Hilfe zu leisten. Ebenso wurden Solidaritätstelegramme an die Führungen der kurdischen Parteien gesandt, in denen die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die kurdischen Parteien und die kurdische Front zu unterstützen. Also ein gutes Beispiel für die Einheit der kurdischen Organisationen und Parteien und ihre Sympathie und Solidarität mit dem kurdischen Volk in Irakisch-Kurdistan.

Die irakische Regierung hat eine Amnestie für die kurdischen Flüchtlinge erlassen, von der Jelal Talabani allerdings ausgenommen ist. Ist diese Amnestie Ihrer Meinung nach Teil eines von vornherein geplanten Szenariums oder eher eine Art Rückzieher, zu dem sich das irakische Regime durch die Ausmaße der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die es vor den Augen der Weltöffentlichkeit begangen hat, gezwungen sah?

Nicht das kurdische Volk braucht eine Amnestie von Sadam Huseyn, sondern Saddam Hussein ist derjenige, der für die vielen Verbrechen, die er am irakischen und besonders am kurdischen Volk begangen hat, um eine Amnestie bitten muß. Dies gilt auch für die anderen Völker der Region, die unter diesem Regime zu leiden hatten, vor allem das iranische Volk, die Islamische Republik, gegen die sich die Aggression des Sadam Huseyn selber richtet.

Wir erleben gerade die Ära des Dialogs und des Abbaus von Spannungen auf der ganzen Welt, von Kampuchea, Nicaragua, Afghanistan bis Angola, überall auf

ganzen Welt, von Kampuchea, Nicaragua, Afghanistan bis Angola, überall auf

der Welt. Ebenso wie großer Druck ausgeübt wurde, um den irakisch-iranischen Krieg zu beenden, wird vor allem von den Supermächten Druck auf das irakische Regime ausgeübt, um den irakisch-kurdischen Krieg zu beenden.

Sadam Huseyn hat die Amnestie erlassen, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen und um den Eindruck zu erwecken, Sadam sei nicht Kriegstreiber, sondern Friedensbote. Diese Amnestie ist nichts als Lüge, denn weder stellt sie eine Lösung der kurdischen Frage dar, noch kämpft das kurdische Volk für eine Amnestie. Das kurdische Problem ist das Anliegen einer Nation, eines Volkes und nicht mit einer Amnestie oder ähnlichen Maßnahmen zu lösen.

Wieviele Flüchtlinge sind nach Verkündung der Amnestie zurückgekehrt?

Kein Flüchtling ist nach der Verkündung der Amnestie aus dem Ausland in den Irak zurückgekehrt. Zu den Zahlen, die das irakische Regime angibt: durch die Bombardierung von Halabje mit Giftgas starben mehr als 5.000 Menschen, über 10.000 wurden verletzt, und der Rest floh über die Grenze. Vor dem Erlaß begann die Bevölkerung dieser Region, in den Irak zurückzukehren, etwa einen Monat nach der Bombardierung. Mehr als 10.000 Menschen sind vor dem Erlaß der Amnestie zurückgekehrt. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Was die Zeit nach der Amnestie anbetrifft, so gab ein Sprecher der türkischen Regierung bekannt, daß nicht ein kurdischer Flüchtling seit dem Erlaß der Amnestie in den Irak zurückgekehrt ist. Auch aus dem Iran ist niemand zurückgekehrt.

Die Türkei hat etwa 100.000 Kurden, die vor den Bombardements flüchteten, ihre Grenzen geöffnet. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme der Türkei, die in Nordwestkurdistan seit Jahren einen Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Nationalbewegung führt? Um es konkreter auszudrücken: da diese Haltung sicher kein Ausdruck von Humanität und Achtung der Menschenrechte ist, was verspricht man sich von dieser Politik?

Wir sind jeder Seite und jedem Staat dankbar, der uns in dieser schwierigen Zeit und bei dem, was das kurdische Volk durchzumachen hat, Hilfe zukommen läßt. Wir haben uns in der Tat im Namen der kurdischen Front bei der türkischen Regierung und dem kurdischen Volk dafür bedankt, daß die türkische Regierung es als Akt der humanitären Hilfe gestattet hat, daß Zehntausende von kurdischen Flüchtlingen, die vor der brutalen Offensive, die das irakische Regime unter Einsatz der chemischen Waffen gegen sie unternommen hat, flohen, in der Türkei Zuflucht suchen konnten. Wir betrachten dies als einen menschlichen und positiven Schritt, für den man sich bedanken kann. Die kurdische Front hat sich bei der türkischen Regierung für diese Maßnahme bedankt. Wir wissen natürlich auch, daß das türkische Regime oder die türkische Regierung die Existenz des kurdischen Volkes in Zentralkurdistan grundsätzlich nicht anerkennt. Aber wir beurteilen die Aufnahme der Flüchtlinge und die Öffnung der Grenzen entsprechend der Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten als humanitäre Hilfe, mit der viele Menschen vor dem Tod und der Zerstörung gerettet wurden.

Kann man sagen, daß die Türkei in Hinblick auf die Basen des kurdischen Widerstands, die sich in Irakisch-Kurdistan befunden haben, profitiert hat?

Vor allem haben wir profitiert von der türkischen Maßnahme der Rettung eines großen Teils der Bevölkerung, der dorthin gegangen ist. Wir bedanken uns bei der türkischen Regierung für diese humanitäre Haltung. Unserer Ansicht nach hat auch die türkische Regierung davon profitiert, und zwar in erster Linie in anderer Hinsicht, nicht unbedingt in Verbindung mit der kurdischen Sache.

Jelal Talabani hat die USA und Europa besucht. Was war der Sinn des Besuches?

Unserer Überzeugung gemäß geht es um die kurdische Sache insgesamt und nicht bloß um die Verbreitung unserer Prinzipien als Parteien. Es gibt im Mittleren

bloß um die Verbreitung unserer Prinzipien als Parteien. Es gibt im Mittleren

Osten ein Volk von mehr als 25 Millionen Menschen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ist die Frage der kurdischen Nation immer noch nicht gelöst. Die Weltöffentlichkeit weiß nichts über die Verfolgung und Unterdrückung, denen das kurdische Volk in den kurdischen Gebieten ausgesetzt ist. In Irakisch-Kurdistan ist das kurdische Volk sogar von einem Vernichtungskrieg betroffen, in der Türkei wird die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet, und so auch im Iran. Und das kurdische Volk ist ein großes Volk, das seit Anfang des Jahrhunderts immer noch kein Selbstbestimmungsrecht hat. Die kurdische Sache braucht eine große Öffentlichkeit in Europa und in den USA; der kurdische Befreiungskampf braucht eine große internationale Öffentlichkeit, egal ob sozialistisch oder kapitalistisch. Die Öffentlichkeit in den USA wußte nichts über die kurdische Sache, deswegen war der Besuch von Jelal Talabani wichtig, um der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk die kurdische Sache zu erklären.

Der Besuch von Jelal Talabani in Europa und den USA hat viele gute Ergebnisse gebracht, gerade nach dem Giftgasangriff auf Halabja und den irakischen Angriffen danach. Die kurdische Sache, die ganze Lage, die chemischen Bomben, die Angriffe der irakischen Armee haben eine große Resonanz in den westeuropäischen Medien gehabt, und das ist eins der Ziele des Besuches von Jelal Talabani in Europa und den USA gewesen.

Die kurdische Nationalbewegung hat in ihrer Geschichte mehrmals ähnliche Attacken erlebt und sah sich mehr als einmal großen Gefahren ausgesetzt. Allerdings konnte sie früher ihr Anliegen der Weltöffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße nahebringen. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß die kurdische Nationalbewegung, die sich heute in einer besseren Position befindet als damals, spektakuläre bewaffnete Aktionen durchführt, wie die palästinensische Befreiungsbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre?

Wir sind gegen Gewalt und Terror. Die kurdische Nationalbewegung ist gegen Terror, egal welcher Art. Wir glauben, falls es eine friedliche Lösung für ganz Kurdistan gibt, werden wir diese wählen.

Zur Zeit führt der Irak einen Vernichtungskrieg, und nach der allgemeinen Lage in ganz Kurdistan gibt es für uns keine friedliche Lösung. Wenn es Länder mit demokratischen Regierungen wären, hätten wir eine politische Lösung gesucht. Aber die Regierungen sind nicht demokratisch, und wir haben keine Möglichkeit, nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Um unser Volk zu verteidigen, mußten wir einen bewaffneten Kampf anfangen.

Aber auf internationaler Ebene, um unsere Sache in den Medien darzustellen und zu erklären, haben wir nie versucht, das mit Terror zu verwirklichen, wie zum Beispiel mit Flugzeugentführungen oder Botschaftsbesetzungen. Es gibt zwei Gründe, warum die kurdische Sache auf internationaler Ebene noch nicht bekannt ist. Erstens weil die Regierungen der Länder, in denen Kurdistan liegt, nie die kurdische Stimme über die Grenzen Kurdistans hinauskommen lassen; die Regierungen verbieten es, die kurdische Sache öffentlich zu machen. Zweitens, wir als kurdische Bewegung haben uns früher nicht um die internationale Öffentlichkeit bemüht. Wir haben nie gewußt, wie wichtig die internationale Meinung ist. Die Sache innerhalb Kurdistans war uns das wichtigste. Wir haben uns nicht getraut, über unsere Sache in den westlichen Ländern zu diskutieren, weil sie die früheren Kolonialherren waren. Kurz gesagt, wir wußten nicht, wie man Politik betreibt.

Jetzt haben wir die Front, und jede Organisation versucht noch zusätzlich, die Sache zu verbreiten. Eigentlich waren es das Massaker von Halabja, das heutige Hiroshima, und die Tausende von Flüchtlingen, die vor den irakischen Angriffen fliehen, was die kurdische Sache in die Weltöffentlichkeit gebracht haben.

In den letzten Jahren ist die kurdische revolutionäre Bewegung im Irak stark geworden, hat mehrere Gebiete befreit, und viele internationale Journalisten waren dort. Die Welt hat sich weiterentwickelt und gesehen, daß ein großes Volk ohne Rechte lebt. Und der ganze Mittlere Osten wird nie zur Ruhe kommen, wenn nicht zwei große Probleme gelöst werden: das palästinensische und das kurdische. Und das kurdische Problem ist ein sehr schwieriges. Die Welt und vor allem die beiden Supermächte sind auf dieses Problem aufmerksam geworden, und gerade jetzt ist in der Welt die Zeit der Diskussionen und Verhandlungen. Die Veränderung der Welt hat einen großen Einfluß darauf, daß die kurdische Sache überall diskutiert wird.

Zwischen Ihnen und der PKK existiert ein Abkommen. Für die PKK ist die türkische Regierung der Hauptgegner. Indessen hat Jelal Talabani in der türkischen Zeitung „Milliyet" erklärt: „Feinde der Tür-

tung „Milliyet" erklärt: „Feinde der Tür-

kei sind auch unsere Feinde". Wie erklären Sie sich den darin liegenden Widerspruch? Wie stellen Sie sich die Zukunft Ihres Bündnisses mit der PKK vor?

Wir glauben an die Einheit der kurdischen Befreiungsbewegung, jeder Teil der Bewegung ist ein Teil von uns. Und diese Partei ist ein Bündnispartner von uns, wir haben ähnliche Ziele und Prinzipien. Wir verstehen uns. Das heißt, strategisch gesehen haben alle ein Ziel, Kurdistan zu befreien. Wir betrachten keinen Staat, der Kurdistan besetzt und das kurdische Volk unterdrückt, als unseren Freund. Daß Talabani gesagt haben soll, die Feinde der Türkei seien auch unsere Feinde, ist eine Lüge und reine Propaganda.

Was meinen Sie zu der UNO-Delegation, die die kurdischen Gebiete im Irak und die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei auf die Auswirkungen von chemischen Kampfstoffen untersuchen will? Obwohl die Regierungen der Türkei und des Iraks es abgelehnt haben, dies zu untersuchen bzw. die Delegation einreisen zu lassen?

Früher waren wir enttäuscht, daß die UNO sich nie danach erkundigt hat, was das irakische Regime mit den Kurden macht. Sie hat nie die Iraker verurteilt oder irgendwelche Solidaritätserklärungen für das kurdische Volk abgegeben. Und erst nach der Aufforderung von zehn europäischen Staaten und den USA hat sich die UNO entschieden, eine Delegation zu schicken, um nach der Wahrheit zu suchen. Die Ablehnung des türkischen und auch des irakischen Regimes, diese Delegation zu empfangen, ist ein Beweis dafür, daß sie chemische Waffen benutzt haben.

Vor ein paar Stunden hat der irakische Verteidigungsminister auf die Frage, ob im irakisch-iranischen bzw. im irakisch-kurdischen Krieg chemische Waffen benutzt worden sind, wörtlich geantwortet: „Wozu sonst hat man chemische Waffen?" Und das ist der Beweis, daß die Iraker chemische Waffen benutzt haben.

Für die Iraker ist die Benutzung chemischer Waffen eine Alltäglichkeit wie für andere die Benutzung konventioneller Waffen. Und es ist oft passiert, daß sie die chemischen Waffen mehrmals am Tag benutzt haben.

Zusätzlich haben sie alle Dörfer im kurdischen Gebiet verbrannt und bombardiert, dazu noch zweiundzwanzig Städte. Was die irakische Regierung mit den Kurden macht, ist ein Vernichtungskrieg. Sie haben sogar die Dörfer der pro-irakischen kurdischen Stämme verbrannt.

Die UNO muß darauf bestehen, diese Delegation dorthin zu schicken, und nicht nur nach den chemischen Waffen zu suchen, sondern auch die Verbrennungen und Bombardierungen der kurdischen Städte zu untersuchen.

Damaskus, 15.9.1988

Damaskus, 15.9.1988

Zensur und Internierung in Nordirland



Das Internierungslager Long Kesh (s. Foto) und das Frauenlager Armagh wurden zu Symbolen der von 1971-1975 betriebenen Internierungspolitik der britischen Imperialisten.

Zwanzig Jahre nach den ersten Bürgerrechtsdemonstrationen erfährt Nordirland den Abbau auch der letzten minimalen demokratischen Rechte. Als die britischen Truppen 1969 intervenierten, taten sie dies vorgeblich, um Frieden nach Nordirland zu bringen und die Demokratisierung des religiös-sektiererischen, antidemokratischen protestantischen Apartheidsystems zu gewährleisten. Zumindest für die katholischen/nationalistischen Unterklassen hat sich die politische und soziale Situation seither weiter verschlechtert.

Im Oktober kündigte die britische Regierung eine Reihe von repressiven Maßnahmen an. Thatcher begründete die Suspendierung weiterer Bürgerrechte mit dem Kriegszustand, in dem sich die Regierung in Nordirland befände. Sie provozierte damit den Protest der Labour Party, nicht aufgrund deren Sorge um die „britische Demokratie", sondern weil sie damit etwas eingestand, was der in den 70er Jahren kunstvoll entworfenen Propaganda der Normalisierung und Kriminalisierung widerspricht: Es herrscht Krieg in Nordirland.

Zensur

Bereits in Kraft getreten ist das Verbot für die staatlichen wie die unabhängigen Rundfunk- und Fernsehanstalten, Mitglieder republikanischer Organisationen — der illegalen IRA wie der legalen Sinn Fein — im Originalton zu präsentieren. Formal ist von diesem Bann auch die paramilitärischen Loyalistenorganisation Ulster Defence Association (UDA) betroffen, die dies indessen nicht weiter kratzen muß. Zum einen unterhält die UDA — im Gegensatz zur republikanischen Bewegung — keine bedeutendere und vom Wähler legitimierte politische Partei, und zum anderen werden ihre Positionen auch von einem rechtsradikalen Loyalistenführer wie Ian Paisley repräsentiert, der und dessen Democratic Unionist Party selbstverständlich nicht unter das Verbot fallen.

Die nationale Journalistengewerkschaft (NUJ) veranlaßte der Bann zu der Feststellung, daß britische Journalisten in Nordirland künftig unter ähnlich restriktiven Bedingungen zu arbeiten hätten, wie in Südafrika. Die NUJ-Mitglieder beim BBC votierten für einen 24-stündigen Proteststreik. Desweiteren forderten die Journalisten die BBC-Leitung auf, die Nordirlandberichterstattung — wie dies bei TV-Berichten aus Südafrika der Fall ist — in Zukunft stets mit dem Hinweis zu versehen, daß die Produktion unter Regierungsrestriktionen angefertigt werden mußte.

Zwar beruft sich die britische Regierung bei ihrer Entscheidung auf ein bereits existierendes ähnliches Gesetz in der Republik Irland („Sektion 31" des Rundfunkgesetzes), doch ist ihre Fassung er-
reits existierendes ähnliches Gesetz in der Republik Irland („Sektion 31" des Rundfunkgesetzes), doch ist ihre Fassung er-
heblich weitergehender. Die britische Ausgabe schließt auch die „Unterstützer" Sinn Feins mit ein, was bei der zu erwartenden weiten Auslegung darauf hinauslaufen wird, daß in Zukunft nur noch Politiker der moderaten Social Democratic and Labour Party im Originalton zu hören sind. Eine sich für die politischen Gefangenen und Bürgerrechte engagierende unabhängige Republikanerin und Sozialistin wie Bernadette Devlin-McAliskey wird, sofern sie nicht über ein völlig belangloses Thema spricht, ebenso unter den Bann fallen, wie Sinn Fein-Präsident Gerry Adams. Zweifelsohne ist der Bann eine Hilfe für die SDLP, was deren müden Protest erklärt.

Der Nordirlandkorrespondent der „Sunday Tribune", Ed Moloney gelangte nach einer Umfrage bei den unabhängigen und staatlichen Anstalten zu dem Ergebnis, daß die gesamte Berichterstattung über den Konflikt gefährdet sei. Die Tatsache, daß der Bann (bewußt) interpretationsfähig gehalten sei, habe eine präventive Selbstzensur zur Folge. Bei einer weiten Auslegung des Bannes sei es beispielsweise kaum mehr möglich, eine Reportage über die soziale Situation in West Belfast anzufertigen. Als Interviewpartner blieben tatsächlich nur die Kirche und die SDLP, da Sinn Fein die mit Abstand stärkste politische Formation im Westen der Stadt ist und die zahlreichen Selbsthilfeprojekte und Bürgerinitiativen — zwangsläufig — Kontakte irgendwelcher Art zu unterhalten.

Ein wesentliches Motiv für die Entscheidung, die republikanische Meinung einer drastischen Zensur zu unterwerfen, dürfte sein, daß die britische Regierung in den letzten Jahren im Propagandakrieg mit der IRA erheblich an Boden verlor. Die Berichterstattung der britischen Medien läßt sich grob in drei Phasen einteilen: Zu Beginn des Konfliktes überwog das Interesse, einen bislang völlig vernachlässigten Konfliktschauplatz gründlich zu erforschen. Es ist heute unumstritten, daß die Medien seinerzeit bei der Entwicklung des Konfliktes eine bedeutende Rolle spielten. Ein in Sachen Nordirland gänzlich unbeleckte britische und internationale Öffentlichkeit mußte am heimischen Bildschirm erleben, wie im „Mutterland westlicher Demokratie" protestantische Polizisten auf in ihrer Mehrheit katholische Bürgerrechtler eindroschen, die zunächst nicht mehr und nicht weniger verlangten, als ihre Gleichstellung mit den anderen Bürgern des Vereinigten Königreiches. Die Sympathien lagen überwiegend auf der Seite der unterdrückten katholischen/nationalistischen Minderheit. Man schämte sich gar dafür, die nordirischen Zustände so lange geduldet zu haben. Für die britische und internationale Öffentlichkeit war völlig selbstverständlich, daß die britische Regierung dem antidemokratischen Anachronismus in Nordirland ein Ende bereiten würde, um die Provinz den üblichen bürgerlich-demokratischen Standards in Westeuropa anzupassen. Da die britische Regierung hierzu jedoch weder bereit noch in der Lage war, versuchte sie — und dies recht erfolgreich — über die Medien die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit zu verändern. Der Zeitpunkt für eine „komplizierte Operation" kam mit dem „Sunningdale-Abkommen" von 1973/74, das u.a. eine automatische Beteiligung der katholischen/nationalistischen Minderheit an der Machtausübung in Nordirland vorsah. Die offizielle Geschichtsschreibung behauptet, das Abkommen sei dann am Widerstand der Loyalisten gescheitert, deren Generalstreik die aus moderaten Nationalisten und Unionisten zusammengesetzte Exekutive zu Fall brachte. Tatsächlich ist dies weniger als die halbe
Nationalisten und Unionisten zusammengesetzte Exekutive zu Fall brachte. Tatsächlich ist dies weniger als die halbe
Wahrheit. Die britische Regierung unterhielt damals die „manpower" und „firepower", um den Streik der Loyalisten zu brechen. Doch stattdessen sah sie tatenlos zu, wie die Loyalisten das öffentliche Leben Nordirlands zum Erliegen brachten.

Heute weiß man, daß die Armeeführung und die damals in der Opposition sitzenden Tories gegen das „Sunningdale-Abkommen" waren, da es ihre treuesten Verbündeten in Nordirland zu verprellen drohte. So blieb die Mythologie, daß London guten Willen gezeigt habe, indessen die beiden rückständigen Traditionen in Nordirland zu einer Übereinkunft nicht fähig seien, weshalb eine Alternative zur britischen Direktherrschaft nicht existiere. Die Medien behandelten den Konflikt fortan als „unlösbar" und die britische Regierung als „neutrale Instanz", die man eigentlich um ihren Job in Nordirland bedauern müsse.

Dies änderte sich erneut mit dem Hungerstreik der republikanischen Gefangenen (1981), der die massenhafte Unterstützung, die die IRA genießt, evident werden ließ. Wurde die Jahre zuvor das Symptom Gewalt als Ursache für den Konflikt und seine angebliche Unlösbarkeit behandelt, so widmete sich das Interesse nun erneut der Frage nach den eigentlichen Wurzeln des Konfliktes und den Gründen für die Popularität der IRA. Dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Einschätzung der britischen Nordirlandpolitik bleiben; Journalisten gelangten zu dem Ergebnis, daß sich die britische Regierung alles andere als neutral verhalte, das Nordirland auch unter britischer Direktherrschaft ein sektiererisches und repressives System geblieben sei, daß die Beschwerden der katholischen/nationalistischen Minderheit ihre Berechtigung hätten, daß es nicht verwunderlich sei, wenn Katholiken/Nationalisten die IRA als „peoples army" betrachteten etc.

Das Verhalten der Thatcher-Administration während des Hungerstreiks wird nicht zuletzt deshalb gemeinhin als „Eigentor" gewertet, weil sie damit ein neues Interesse an einem Konflikt provozierte, den das britische Establishment zuvor geschickt und erfolgreich aus den Medien verbannt hatte oder dort nur in äußerst verzerrter Form aufbereitet wurde.

Von dem südirischen Pendant unterscheidet sich der britische Anti-Sinn Fein-Bann desweiteren durch seine politischen Konsequenzen: Während Sinn Fein im Süden vergleichsweise unbedeutend ist, repräsentiert die Partei im Norden die Sichtweise von ca. 40% der katholischen/nationalistischen Minderheit (und der Mehrheit der katholischen/nationalistischen Unterklassen) und über 10% der Gesamtwählerschaft. Mit dem Bann wird die Auffassung eines wichtigen und für viele Journalisten des interessantesten Faktors in der politischen Landschaft Nordirlands bzw. von über 100.000 Wählern zensiert. Da Sinn Fein ein allgegenwärtiger Bestandteil des politischen Lebens in Nordirland ist, bedeutet der Bann einen viel weitgehenderen Einschnitt in die Berichterstattung von Fernsehen und Rundfunk, als „Section 31" im Süden. Eine adäquate Berichterstattung über die politischen, sozialen und kulturellen Probleme der Provinz ist überhaupt nicht möglich, ohne auch die Auffassung Sinn Feins zu Wort kommen zu lassen. Wenn sich künftig Politiker und Journalisten über das Dauerthema West Belfast streiten, dann bleibt die Auffassung der dortigen Bevölkerung und ihres gewählten politischen Repräsentanten vor der Studiotür.

Internierung durch die Hintertür

Internierung durch die Hintertür

Bereits seit Monaten wird — aufgrund der Erfolglosigkeit der militärischen Offensive der „Sicherheitskräfte" — darob spekuliert, ob die britische Regierung die Internierung, d.h. die die Inhaftierung von Verdächtigen ohne Gerichtsverhandlung und -urteil und auf unbestimmte Zeit, wieder einführt. Nun hat die Regierung eine Reform des juristischen Systems angekündigt, die im Endeffekt auf die Wiedereinführung der Internierung hinauslaufen wird. Künftig soll das Wort eines höheren Offiziers der Royal Ulster Constabulary (RUC), der zu über 90% protestantischen und paramilitärischen Polizei, genügen, um einen Katholiken/Nationalisten für Jahre wegen IRA-Mitgliedschaft einzusperren. Theoretisch wird die Reform ermöglichen, die gesamte Sinn Fein-Führung aus dem Verkehr zu ziehen, da sich lediglich ein höherer RUC-Offizier finden muß, der davon überzeugt ist, daß Gerry Adams und Co. gleichzeitig Mitglieder der republikanischen Guerilla sind. Der massenhaften Verhaftung von Republikanern, vorbei am rechtsstaatlichen Prozeß wird somit Tür und Tor geöffnet. Nach jeder IRA-Aktion wird die RUC tatsächliche wie angebliche lokale IRA-Aktivisten einsperren können, ohne den Nachweis erbringen zu müssen, daß diese etwas mit deren Ausführung zu tun hatten. Über jedem aktiven Republikaner soll fortan das Damoklesschwert schweben, aufgrund des Wortes der RUC für Jahre ins Gefängnis zu wandern. Dieses Verfahren ist nahezu völlig deckungsgleich mit dem der Internierungstribunale der Jahre 1971-75.

Weitere Maßnahmen, deren Realisierung unmittelbar bevorsteht, sind die Abschaffung des Rechts auf Aussageverweigerung und der sogenannte genetische Fingerabdruck. Das Recht auf Aussageverweigerung ist ein traditioneller Eckpfeiler des britischen Rechtssystem. Seine Abschaffung bedeutet, daß ein Gericht die Aussageverweigerung eines Angeklagten zukünftig als Schuldeingeständnis werten darf. Der genetische Fingerabdruck wurde bislang nur auf freiwilliger Basis, d.h. bei Einwilligung des Verdächtigen vorgenommen. Nun soll die RUC die Kompetenz erhalten, Speichelproben auch gegen den Willen des Verdächtigen aus dessen Mundraum zu entnehmen.

Die Wiedereinführung der Internierung durch die Hintertür, die Abschaffung des Rechtes auf Aussageverweigerung, die Abnahme des genetischen Fingerabdruckes unter Zwang, die unverminderte Fortsetzung der „shoot to kill"-Politik (= gezielte Exekution von IRA-Aktivisten) dokumentieren, daß die britische Regierung es längst aufgegeben hat, die katholische/nationalistische Minderheit mit nordirischem Rechtssystem und den nordirischen „Sicherheitskräften" zu versöhnen. Nach der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens behaupteten Dublin und die SDLP, nun stehe eine Reform des Rechtssystems und der „Sicherheitskräfte" in Aussicht, die den Alptraum der Nationalisten beenden würde. U.a. war von der Abschaffung der berüchtigten „diplock courts" (die mit nur einem Richter und ohne Geschworene tagen), von einer stärkeren Kontrolle der RUC und von der Abschaffung des verhaßten Ulster Defence Regiments (UDR), einer nordirischen Einheit der britischen Armee, die eng mit den loyalistischen Paramilitärs verquickt ist, die Rede. Doch die „diplock courts" sind unverändert in Kraft und die RUC erfuhr eine erhebliche Erweiterung ihrer Kompetenzen (s.o.).

Die Tatsache, daß London mit den aufgeführten neuen Repressionsmaßnahmen allen wesentlichen Forderungen der
Die Tatsache, daß London mit den aufgeführten neuen Repressionsmaßnahmen allen wesentlichen Forderungen der
RUC-Führung stattgegeben und damit eine Polizeitruppe, die sich ausschließlich aus dem protestantischen Teil der nordirischen Bevölkerung rekrutiert mit enormer Macht ausgestattet hat, muß Nordirlands Katholiken erschrecken. Und das UDR patrouilliert weiterhin durch katholische/nationalistische Wohnbezirke und mit den Scottish Rangers schickt die britische Regierung eine weitere Loyalistentruppe nach Nordirland.

Ein Schwur wider die Gewalt

Rechtzeitig zu den Kommunalwahlen, die im kommenden Frühjahr stattfinden, soll zudem noch ein sogenannter Anti-Gewaltschwur eingeführt werden, der die Kandidaten darauf verpflichtet, paramilitärischen Organisationen und der Gewalt als Mittel der Politik eine Absage zu erteilen. Bei dem Gesetz wird es sich um eine pure „Lex Sinn Fein" handeln, da das Verhältnis der loyalistischen Politiker zur UDA und UVF für die britische Regierung kein Stein des Anstoßes ist. Die Sinn Fein-Führung quittierte die Ankündigung des Schwurs mit der sarkastischen Bemerkung, daß dieser wohl deshalb auf nordirische Kommunalwahlen beschränkt bleiben solle, weil das britische Unterhaus ansonsten zu einem leeren Saal würde. Denn spätestens seit dem Falklandkrieg könne keine der im Unterhaus vertretenen Parteien noch von sich behaupten, sie sei gegen die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik.

Der Anti-Gewaltschwur wie die Unterdrückung der republikanischen Meinung (s.o.) sind die vorerst letzten Glieder einer Kette von Versuchen, den demokratischen Willensbildungsprozeß in Nordirland zu hintertreiben. Begonnen hatte die Auseinandersetzung um diesen mit der Wahl des IRA-Hungerstreikers Bobby Sands in das britische Unterhaus (1981), die die Behauptung Thatchers ad absurdum führte, die IRA würde lediglich von einem Prozent der Bevölkerung unterstützt und erzwänge ihre Unterstützung durch Terror. Doch in der privaten und geheimen Atmosphäre der Wahlkabinen von Fermanagh/South Tyrone entschieden sich weitaus mehr Bürger für den inhaftierten IRA-Mann, als im Londoner Wahlkreis Finchley für die „iron lady". Doch die Thatcher-Administration war nicht dazu bereit, die demokratische Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren. Sie ließ den IRA-Mann sterben und veränderte die Wahlgesetzgebung dergestalt, daß es seither verurteilten „Straftätern" nicht mehr möglich ist, zu kandidieren. Nach den Wahlen zum britischen Unterhaus von 1983, bei denen Sinn Fein über 40% der katholischen/nationalistischen Stimmen gewann und mit Gerry Adams einen Abgeordneten fürs britische Unterhaus stellte, und vor den nordirischen Kommunalwahlen von 1985 erschwerte die Regierung den Zugang zur Wahlurne.

Seitdem kann nur wählen, wer ein Identifikationspapier (Ausweis, Führerschein) beibringen kann und sich als Wähler hat registrieren lassen. Es war von vornherein klar, daß die neue Regelung primär die Unterschichten und somit potentielle Sinn Fein-Wähler treffen würde. Selbst einige loyalistische Politiker, die ihre Basis in protestantischen Arbeitervierteln hatten, erhoben gegen diese Beschneidung des Wahlrechtes ihre Stimme. Allein in West Belfast blieben bei den letzten Unterhauswahlen mehrere tausend potentielle Sinn Fein-Wähler vom Urnengang ausgeschlossen. Trotzdem wurden die 85er Kommunalwahlen zu einem großen Erfolg für Sinn Fein und 1987 gelang Gerry Adams erneut der Einzug in
wurden die 85er Kommunalwahlen zu einem großen Erfolg für Sinn Fein und 1987 gelang Gerry Adams erneut der Einzug in
das britische Unterhaus.

Die britische Regierung tut sich schwer mit der Tatsache, daß 100.000 nordirische Katholiken mit Penetranz Sinn Fein wählen. Ganz gleich, ob die Situation besonders emotionalisiert ist (wie während des Hungerstreiks) oder nicht, ob die SDLP mit britischen Konzessionen und wüsten Versprechungen aufwarten kann etc. Die Klugheit und Weitsichtigkeit etwa der West Belfaster Wähler, die bei den letzten Unterhauswahlen von allen Seiten — der SDLP, der katholischen Kirche, der Dubliner Regierung, der britischen Regierung — beklopft wurden, alles würde besser, wenn sie nur dem moderaten Gegenkandidaten Gerry Adams ihre Präferenz erteilen würden, und die dennoch — und mit noch mehr Stimmen als 1983 (trotz der Beschneidung des Wahlrechts!) — dem Sinn Fein-Führer ihr Vertrauen aussprachen, wird einem manchmal schon geradezu unheimlich. Aus diesem Stoff sind die Momente, die einen wieder an die Kraft und Besonderheit der Unterklassen glauben lassen.

Der britischen Regierung sind in der Auseinandersetzung mit dem radikalen Republikanismus längst die Argumente ausgegangen. Da dem so ist, bleibt ihr nichts anderes übrig, als die der Gegenseite zu zensieren. Und da 100.000 Katholiken/Nationalisten partout nicht beizubringen ist, daß Sinn Fein eine ganz schlechte Sache ist und außerhalb dessen fällt, was die britische Regierung an demokratischen Entscheidungen bereit ist zu akzeptieren, muß man die Partei notfalls verbieten. Der Anti-Gewaltschwur, der die Kandidatur von Sinn Fein zu einem Spießrutenlauf machen soll, ist die letzte Option unterhalb ihres offiziellen und umfassenden Verbots.

dsm

VR China:

Verschärfte Disproportionen in der Wirtschaft

Von Wu Minglu*

Die erste Hälfte des Jahres ist vergangen. Obschon die Statistik zeigt, daß in verschiedenen Wirtschaftsbereichen neue Errungenschaften erzielt wurden, gibt es, wenn wir die Dinge objektiv analysieren, noch viele Probleme im gesamten Wirtschaftsleben, mit denen wir uns ernsthaft befassen müssen. Wenn wir diese Probleme untersuchen und versuchen, Lösungen für sie zu finden, so wird das für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten wie auch in den nächsten Jahren von Nutzen sein.

Industrie: Zunehmende Widersprüche

Der Wert der gesamten Industrieproduktion des Landes ist in der ersten Hälfte dieses Jahres um 17,2% gestiegen; das ist nach 1985 der zweitgrößte Zuwachs im Verlauf der letzten Jahre. Diese hohe Zuwachsrate hat — ganz gleich, ob es ein echter Zuwachs ist oder nicht — Probleme geschaffen, sie hat die bereits bestehenden Widersprüche verschärft und das Ungleichgewicht verstärkt.

1. Das Ungleichgewicht im Produktionsbereich, die hohe Wachstumsrate führten zu einem noch größeren Mangel an Rohstoffen, Energie und Transportmitteln. Die Produktion von Erzeugnissen, zu denen Rohstoffe verbraucht werden, wie beispielsweise Farbfernseher, Haushaltsgefriergeräte, Autos und Verbrennungsmotoren, ist um mehr als 30% gestiegen.
spielsweise Farbfernseher, Haushaltsgefriergeräte, Autos und Verbrennungsmotoren, ist um mehr als 30% gestiegen.
Die Wachstumsrate von wichtigen Materialien, wie zum Beispiel Roheisen, Stahl und zehn in Stahlerzeugnissen enthaltene Nichteisenmetalle war niedriger als 10%. Im Energiesektor belief sich die Produktion von Rohkohle und Rohöl auf weniger als die Hälfte der im Jahresplan vorgesehenen Menge. Die Wachstumsrate von Benzin, Dieselöl und Erdgas betrug weniger als 3,5%; das bedeutet, daß sie weiter unter der des Produktionsgesamtwertes lag. Im Transportwesen machte die Wachstumsrate des Frachttransportes und — umschlags etwa ein Drittel des Produktionsgesamtwertes aus.

2. Ungleichgewicht bei der Entwicklung der verschiedenen Gebiete. In der ersten Jahreshälfte stieg der Wert der gesamten Industrieproduktion in den Provinzen Jiangsu, Shandong, Fujian und Guangdong um 24 bis 31% und lag damit weit über der Wachstumsrate des Landes. In Guangxi, Liaoning, der Inneren Mongolei, Heilongjiang und Tianjin aber lag die Wachstumsrate bei nur neun bis 12%, also weit unter der nationalen Wachstumsrate. In Shanghai und Hainan war die Wachstumsrate mit 4,9 bzw. 0,1% besonders niedrig.

3. Ungleichgewicht zwischen Industrie-und Agrarproduktion. Hohe Wachstumsraten in der Industrie stehen einem trägen Ansteigen der Agrarproduktion gegenüber, wodurch die Kluft zwischen den beiden noch vergrößert und der Druck auf die Agrarproduktion verstärkt und eine koordinierte und stabile Entwicklung der Volkswirtschaft behindert wird.

4. Ungleichgewicht zwischen Geschwindigkeit und wirtschaftlichen Erträgen. In der Industrieproduktion gibt es viel Verschwendung und einen außerordentlich großen Energie- und Materialverbrauch. Die Zahl der schweren Industrieunfälle ist gestiegen. Die Arbeitsproduktivität in Industriebetrieben ist um insgesamt 8,8% gestiegen, das ist weit weniger als die Wachstumsrate der gesamten Industrieproduktion. Während die erzielten Vorsteuergewinne der Betriebe um 12,3% stiegen, wuchsen die einbehaltenen Gewinne um 15,5%. Seit Einführung des Vertragssystems sind Unternehmen nur für Vertragsprojekte verantwortlich, und als Folge davon sind kurzfristige wirtschaftliche Geschäftsabwicklungen schwieriger geworden. Zwischen Januar und April sind von 92 Qualitätskennziffern in Schlüsselindustriebetrieben 42 — das sind 45,7% — im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Aus Materialverbrauchslisten geht hervor, daß bei 50 von 104 Produktionseinheiten — das sind 48% — des Materialverbrauchs im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen ist.

Ein hoher Verbrauch an Produktionsmaterial und steigende Kosten haben den Betrieben zunehmend Verluste gebracht. Allein in den ersten fünf Monaten erlitten 19% der im Haushalt aufgeführten Industriebetriebe Verluste, deren Gesamthöhe mit denen des ganzen Jahres 1985 vergleichbar war und die einen Anstieg von 20% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres darstellen.

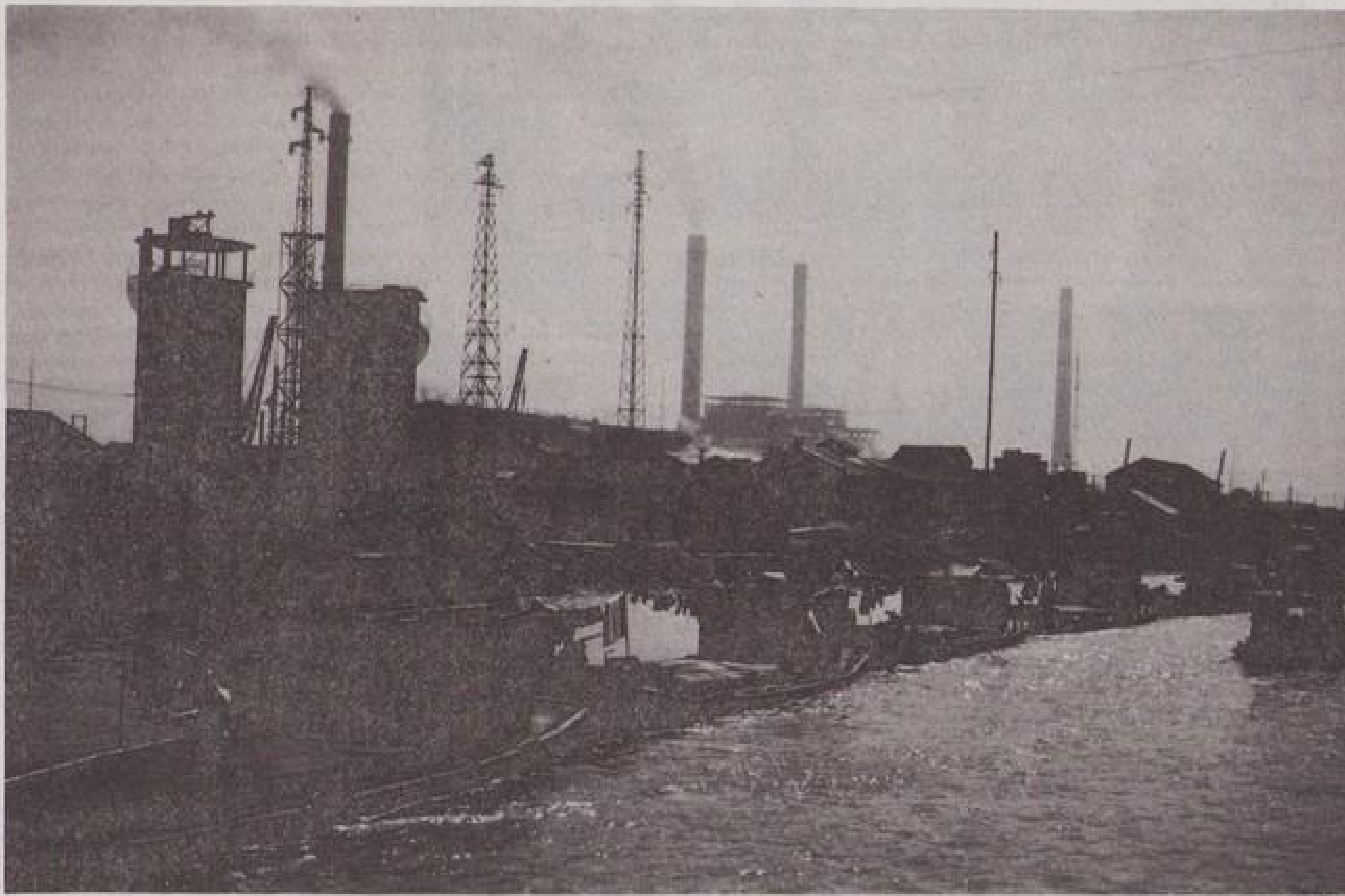


Foto: H. Wojahn

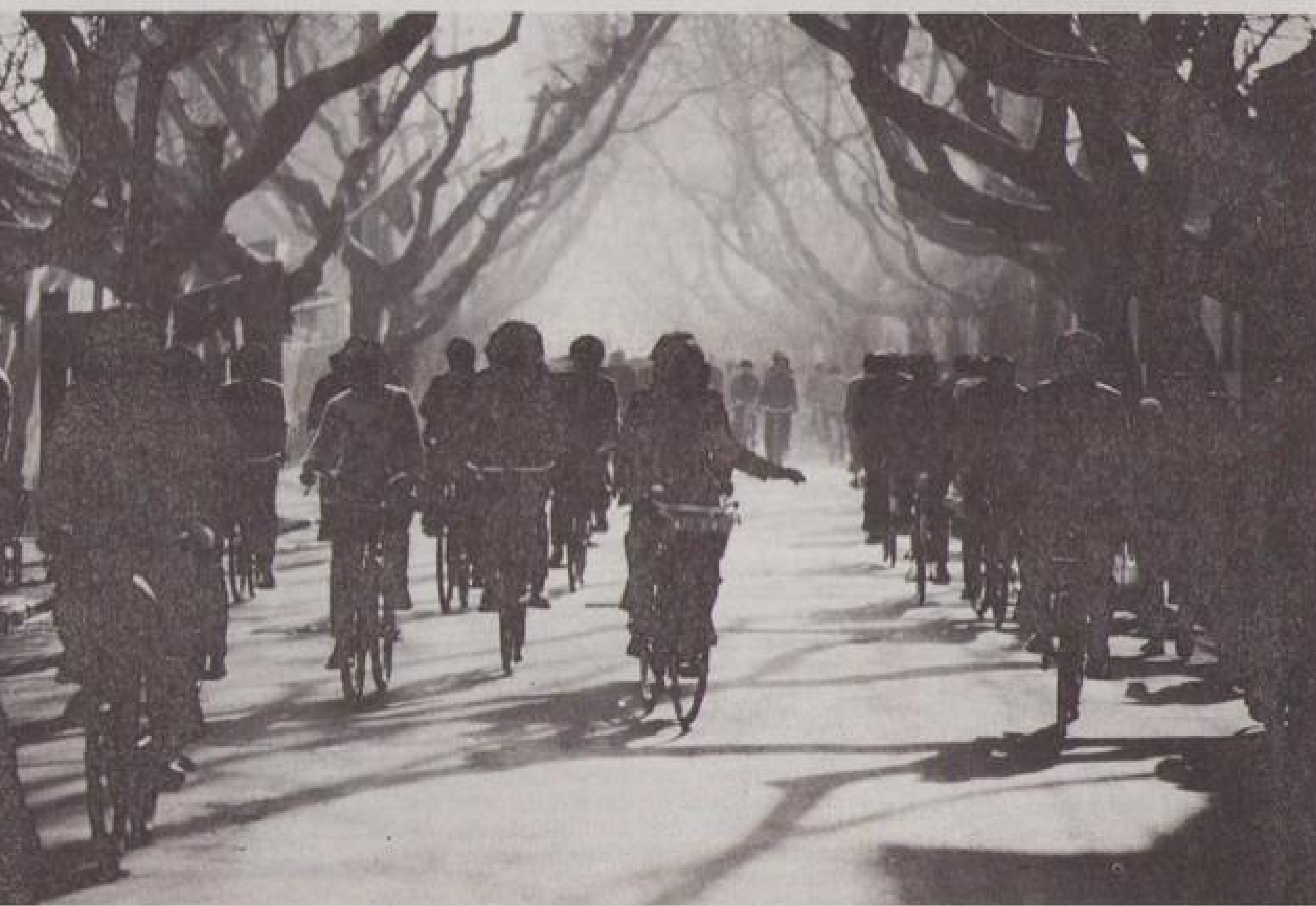


Foto: H. Wojahn

Wu Minglu arbeitet am chinesischen Forschungszentrum zur Förderung und Entwicklung von Wissenschaft und Technik in Peking. Der Text stammt vom 11.9.88 und ist eine Übersetzung, die wir dem „Monitor-Dienst“ vom 25.10.88 entnommen haben.

Finanzen: Weiterhin hohe Defizite

In der ersten Jahreshälfte gelang es, die staatliche Finanzplanung besser unter Kontrolle zu bringen, und bei den Staatseinnahmen war ein rascheres Wachstum zu verzeichnen. Die Ausgaben des Staates nahmen aber schneller zu als die Einnahmen — auf lokaler Ebene zum Teil sehr viel schneller —, und dies war einer der wichtigsten Faktoren, die ein Ungleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und dem Angebot in der Gesellschaft verursachten. In der ersten Jahreshälfte stiegen die Finanzausgaben des Staates um 10,9%. Demgegenüber betrug die Zuwachsrate bei den Einnahmen nur 0,7%. Die Finanzausgaben der Kommunen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres durchschnittlich um 18,3%. In verschiedenen Orten betrug diese Zuwachsrate nicht weniger als 30% und übertraf damit bei weitem den Zuwachs an Einnahmen des Staates.

Insbesondere spielten die Ausgaben für die Verwaltung im Rahmen des diesjährigen Programms zur Kürzung der Ausgaben eine Schlüsselrolle. Tatsächlich aber wurden diese Ausgaben nicht eingeschränkt, sondern sie nahmen im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres sogar um 16,1% zu. Die Auslagen der Bankverwaltungen und Unternehmensleitungen erhöhten sich um 46,5%; die Ausgaben für die Verwaltung und die zunehmende Kaufkraft der gesellschaftlichen Gruppen bilden die materielle Grundlage, die Verschwendung, überreichliche Ausgaben und Korruption ermöglicht hat. Das ehrliche Image der Regierung wird auf diese Weise Schaden nehmen.

Wenn wir über die Lehren des Jahres 1985 nachdenken, werden wir zu einem besseren Verhältnis der gegenwärtigen Finanzlage gelangen. Zu jener Zeit fielen die Finanzeinnahmen des Staates relativ gut aus, und die Regierung war in ihrer Einschätzung der Situation allzu optimistisch. Einige zusätzliche Ausgaben wurden eingeplant und der Gesamtetat für die Ausgaben entsprechend erweitert. Das ging soweit, daß die ganze Sache außer Kontrolle geriet und für die Finanzpolitik in den folgenden Jahren wenig Spielraum übrig blieb — 1986 und 1987 näherte sich das Defizit jeweils zehn Milliarden Yüan. In diesem Jahr wird das Defizit Schätzungen zufolge etwa acht Milliarden Yüan ausmachen.

Beispiellose Zunahme der Kredite

Im Bankwesen ist die Situation noch ernster. Die offenkundige Zunahme bei den Krediten und Barauslagen ergibt eine große Lücke, die zu einem Ungleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und dem Angebot der Gesellschaft geführt hat. Bei den Bankkrediten war ein relativ hoher Zuwachs zu verzeichnen. Verschiedene Kreditposten erhöhten sich zu Beginn dieses Jahres um 55,7 Milliarden Yüan und nahmen damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 43,6 Milliarden Yüan zu. Im Rahmen dieses Zuwachses nahmen die Kredite aus Umlaufkapital mit 33,2 Milliarden Yüan stärker zu. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren diese Kredite um sechs Milliarden Yüan zurückgegangen. Eine so starke Zunahme des Umfangs der Kredite ist beispiellos. In der ersten Jahreshälfte wollte der Staat Kredite in Höhe von 20 bis 25 Milliarden Yüan wieder eintreiben, was ihm aber nur bei 7,68 Milliarden Yüan gelang. Das Ziel wurde also nicht erreicht. Ende Juni war die Differenz zwischen Bankeinlagen und Krediten auf 227,3 Milliarden Yüan gestiegen. Das bedeutet im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme um 45,8 Milliarden Yüan.

Der Geldabfluß der Banken nahm schneller zu als der Kapitalzufluß, und infolgedessen wird das Geld früher als geplant freigesetzt und gelangt auf den Markt. In der ersten Hälfte des Jahres erhöhte sich der Barabfluß der Banken um 45,9%. Bei Kapitalzufluß war dem gegenüber nur ein Plus von 40,7% zu verzeichnen. Rechnet man das gegeneinander auf, so war in der ersten Jahreshälfte ein Nettogeldausstoß von 8,8 Milliarden Yüan zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres 8,3 Milliarden Yüan aus dem Markt gezogen wurden. Ende Juni hatte die Wachstumsrate des sich im Umlauf befindenden Geldes 35,9% erreicht. So viel Geld im Umlauf — und so zeitig — zeigt, daß es sehr abnorme Faktoren in unserer Wirtschaft gibt.

Einkommenssteigerungen höher als Produktionswachstum

Das exzessive Wachstum bei dem Abfluß von Mitteln in den Konsum ist die Hauptursache für den Anstieg der im Umlauf befindlichen Geldmenge. In der ersten Jahreshälfte erreichte der Bargeldabfluß für Arbeitslöhne aus Banken und dem Eigenkapital von Privatpersonen eine Summe von 142,5 Milliarden Yüan — dies entspricht einem Anstieg von 23,7%. Die ebenfalls in dieser Summe enthaltenden Gratifikationen für Arbeiter stiegen um nahezu 50% und damit wesentlich höher als die wirtschaftliche Wachstumsrate. Insgesamt stiegen die Löhne der Arbeiter des Landes um 17,2% und haben somit erheblich stärker zugenommen als die Produktivitätswachstumsrate. Der Anstieg der Privateinkommen übersteigt bei weitem Produktivitätswachstum und Wirtschaftswachstum — dieses Problem besteht in unserem Land seit vielen Jahren und ist die Hauptursache des Ungleichgewichts zwischen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot in der Gesellschaft.

Keine Planerfüllung bei Getreideerzeugung

In der ersten Hälfte des Jahres stiegen die Preise von in der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendeten Materialien um
in der ersten Hälfte des Jahres stiegen die Preise von in der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendeten Materialien um
13,3%, wobei bei chemischen Düngemitteln ein Preisanstieg von 19,3, bei Pestiziden und landwirtschaftlichen Maschinen für die chemische Düngung von 21,2 und bei der Landwirtschaft verwendeten Kunststoffabdeckungen von 57,6% zu verzeichnen war. Der Preisanstieg war so stark, daß der Kauf dieser Artikel schwierig wurde. Dies hat wiederum schwerwiegende Auswirkungen auf die Getreideproduktion. Darüber hinaus haben sich einige Naturkatastrophen ereignet. All dies führte dazu, daß die Sommergetreideproduktion die gesetzten Quoten nicht erreichte. Die diesjährige Getreideproduktion blieb auf dem Stand des Vorjahres.

Die mangelnde Koordinierung zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion hat in der Wirtschaft der ländlichen Gebiete immer besorgniserregendere Ausmaße angenommen. Im vergangenen Jahr war der Produktionswert in der nicht-landwirtschaftlichen Erzeugung im Verhältnis höher als der landwirtschaftliche Produktionswert. Obwohl die Sommergetreideproduktion in der ersten Hälfte dieses Jahres nicht so gut ausfiel wie erwartet, war der gesteigerte Anteil an der Produktion dennoch unerwartet hoch: Der Gesamtwert der industriellen Produktion von in Städten ansässigen Industrien schnellte um 32,8% und der Produktionswert von in Dörfern und kleineren Einheiten ansässigen Industrien um mehr als 30% in die Höhe.

Anbaufläche für Herbstgetreide verringert

Da der beim Getreideanbau erwirtschaftete Gewinn vergleichsweise gering ist, sind die Bauern davon nicht begeistert. In diesem Jahr wurden die für den gewerblichen Anbau von Feldfrüchten vorgesehenen Flächen beträchtlich erweitert, bei Baumwolle um mehr als 7,3 Millionen Mu, bei Zucker um drei Millionen Mu und bei gebeiztem Tabak, der im Frühjahr ausgesät wird, um fünf Millionen Mu. Die Anbauflächen für Herbstgetreide wurden dagegen um zehn Millionen Mu verringert.

Hinzu kommt, daß die Gebiete im Süden des Landes eine Jahreszeit lang unter schlechter Witterung zu leiden hatten, die sich nachteilig auf die Frühjahrsaussaat von Reis auswirkte. Als Folge davon wird die Reisproduktion möglicherweise sinken. Um bei der Getreideerzeugung das Jahressoll von 410 Millionen Tonnen zu erreichen, wird die Herbstgetreideproduktion folglich um 7,5 Millionen Tonnen gesteigert werden müssen. Allerdings sind die Flächen, auf denen Herbstgetreide ausgesät wird — insbesondere die Anbauflächen für hohe Erträge bringende Feldfrüchte wie Mais und Kartoffeln — stark zurückgegangen, weil die Bauern in Anbetracht der steigenden Preise von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sich nicht für die Herbstgetreideerzeugung begeistern. Da es schwierig ist, Wetter vorauszusagen, ist es auch schwierig, wenn nicht unmöglich, beim Herbstgetreide

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

eine Produktionssteigerung zu erzielen. Infolgedessen wird der Jahresplan für die Getreideproduktion möglicherweise scheitern. Sollte dies eintreffen, so wird das Resultat davon sein, daß die Getreideproduktion in vier aufeinanderfolgenden Jahren, von 1985 bis 1988, das geplante Ziel nicht erreicht hat. Andererseits ist die Bevölkerung des Landes in den letzten vier Jahren um mehr als 60 Millionen Einwohner angewachsen. Die Pro-Kopf-Nahrungsmenge in unserem Land lag lange Zeit unter dem weltweiten Durchschnitt. Unter den gegenwärtig gegebenen Umständen wird sich die Diskrepanz zwischen Nahrungsangebot und Nahrungsbedarf noch vertiefen.



Große Kluft zwischen Angebot und Nachfrage

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag die Wachstumsrate der insgesamt getätigten Nettowareneinkäufe um 2,2% unter der des Gesamtvolumens der Einzelhandelverkäufe. Dadurch, daß der Zuwachs des Gesamtvolumens der Warenkäufe hinter dem der Einzelhandelsverkäufe zurückbleibt, hat sich die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt verschärft. Dies ist ein wichtiger Grund für die Preissteigerungen. Trotz strengster Kontrollen seitens der Regierung ist die Kaufkraft sozialer Gruppen in der ersten Jahreshälfte dennoch um 19% gestiegen. Das Ziel einer jährlichen Verringerung der gesellschaftlichen Kaufkraft um 20% kann wohl kaum erreicht werden.

Die Lagerbestände wichtiger Verbrauchsgüter erschöpfen sich. Bis Ende Juni waren die Lagerbestände bei 20 von insgesamt 29 wichtigen Verbrauchsgütern in unterschiedlichem Maße zurückgegangen — nicht betroffen sind Getreide, Schweinefleisch, Fischerzeugnisse, Zigaretten, Wein, Stickereiarbeiten, Autos, Farbfernseher und Kühlschränke, deren Bestände im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen sind. Zu den Waren, deren Bestände sich verringert haben, gehören Zucker mit einem Rückgang von 42,3%, Seife mit 34,5%, Waschpulver mit 33,8% und Salz mit 20,2%. All diese Waren, deren Bestände zurückgehen, werden entweder auf Warengutschein oder zu unterschiedlich stark erhöhten Preisen ausgegeben.

Die Preissteigerungen seit Jahresbeginn

Seit Beginn dieses Jahres sind die Einzelhandelswarenpreise jäh in die Höhe geschnellt und haben den Lebensstandard der Menschen stark beeinträchtigt. Dies gab Anlaß zu Kontroversen. Von Januar bis Juni stiegen die Gesamteinzelhandelspreise im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres um 13%. Dies ist der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. In den großen und mittleren Städten war das Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch größer. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten der Arbeiter-

der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. In den großen und mittleren Städten war das Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch größer. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten der Arbeiter-

haushalte in 32 großen und mittleren Städten ging durchschnittlich um 14,4% in die Höhe, der Einzelhandelspreis für Verbrauchsgüter war daran mit 15,2% beteiligt.

Neu an dieser Welle der Preissteigerungen ist, daß ein großes Sortiment von Erzeugnissen davon getroffen ist. Trotz der ausdrücklichen Anordnung der Regierung, daß die Bevölkerung dem Beispiel der Preisanhebungen nicht folgen solle, sind bei 90% der Waren die Preise in unterschiedlichem Maße gestiegen. Nicht nur die Nahrungsmittelpreise blieben unverändert hoch, auch andere Warenpreise — vor allem industrielle Erzeugnisse des täglichen Bedarfs — waren allgemein im Steigen begriffen. Dies sind die wichtigsten Faktoren, die das Gesamtniveau in die Höhe getrieben haben. In den ersten sechs Monaten des Jahres stiegen die Nahrungsmittelpreise um 16,9% und erhöhten damit das Gesamtniveau der Einzelhandelspreise um 7,6%. Die Preise von Verbrauchsfertigwaren wie Kleidung nahmen durchschnittlich um 10% zu, was zu einem vierprozentigen Anstieg des Gesamtniveaus der Einzelhandelspreise führte.

Unzufriedenheit der Menschen wird zunehmen

Die ständigen Preissteigerungen haben die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande ansteigen lassen. Schätzungen zufolge sind die Ausgaben der städtischen und der ländlichen Bevölkerung durch die Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte um 31 Milliarden bzw. um 13,7 Milliarden Yüan gestiegen, wenn man noch die gestiegenen Dienstleistungskosten hinzurechnet, von denen 13,7% auf die städtische Bevölkerung entfallen. Pro Kopf wurden monatlich zehn Yüan mehr gezahlt. Da der Preisanstieg höher ist als erwartet, können die derzeit erfolgenden Preissubventionen die Verluste, die die Arbeiterhaushalte durch die Preiserhöhungen erlitten haben, nicht vollständig ausgleichen. Mit der Zeit wird die Gesamtpreissteigerungsrate sich immer weiter erhöhen, die Ausgaben der Bevölkerung werden weiter wachsen, die gegenwärtig geleisteten Subventionen werden sich dagegen verringern, und die Unzufriedenheit der Menschen wird immer mehr zunehmen.

Ständige und steile Preissteigerungen und die daraus resultierende Anzahl von Mißständen weisen darauf hin, daß es bei den derzeitigen Preisreformen ernsthafte Probleme gibt. Sie stellen sich insbesondere darin:

1. schlechten Aussichten für die Ziele der Preisreform. Die Bevölkerung klagt allgemein darüber, daß die Ziele der Preisreform nicht klar sind. Die Menschen sind besorgt und nervös angesichts der scheinbar endlosen Preiserhöhungen.
2. der willkürlichen Natur der Preisschwankungen. Betriebe und Einzelpersonen können die Preise nach Belieben erhöhen und durch die Erhöhung riesige Profite einstreichen. Es mangelt an notwendiger Kontrolle und Leitung.
3. dem Fehlen eines integrierten Gleichgewichts bei den Warenpreisreformen. Heute wird der Preis einer bestimmten Ware erhöht, und morgen wird bei einer anderen eine Preisänderung vorgenommen — es fehlen Koordinierung und langfristige Planung.
4. Die Wettbewerbslage auf dem Markt ist ungesund. Es gibt kein erforderliches System der administrativen und regulativen Handhabung. Zu viele administrative Überschneidungen bestehen in dem Prozeß, und daher werden die Rechnungen auf jeder Ebene übertrieben. Dies gilt vor allem für das „doppelgleisige System" der Preispolitik, in dem viele Mißstände zu finden sind — es gibt zahlreiche schwere Fälle von Monopolbildungen, Macht-

auf jeder Ebene übertrieben. Dies gilt vor allem für das „doppelgleisige System" der Preispolitik, in dem viele Mißstände zu finden sind — es gibt zahlreiche schwere Fälle von Monopolbildungen, Macht-

mißbrauch und „offizieller" Spekulation, die zu unnötigen Verknappungen und Verwirrung geführt und den Markt durch unfairen Wettbewerb entmutigt haben.

Beschränkungen bei Investitionen

Die Kapitalanlageinvestitionen genossenschaftlicher Einheiten stiegen im ersten halben Jahr um 14,2%. Obwohl die Wachstumsrate geringer ausfiel als das 21,5%ige Investitionswachstum im gleichen Zeitraum des Vorjahres, waren die Wachstumsraten unterschiedlicher Bereiche äußerst unausgeglichen. Die Investitionen Liaonings und Guangdongs auf dem Gebiet des Investbaus stieg um mehr als 30%, was weit höher lag als die durchschnittliche nationale Wachstumsrate von 13,6%. Die Investitionen Pekings, Henans, Shaanxis und Hubeis stiegen zwischen 25 und 30%, während der Anstieg im Falle Shangdongs und Anhuis zwischen 17 und 23% lag. All diese Prozentsätze lagen weit höher als die nationale Wachstumsrate. Das beweist, daß der Spielraum des Investbaus in vielen Bereichen noch immer recht groß ist.

Während die neu in Angriff genommenen Bauprogramme noch kontrolliert werden müssen, wird der Ruf, neue Positionen auf die Investitionsliste zu setzen, immer lauter. Bis Ende Juli gab es im Lande 39.000 Investitionsbauprojekte mit einem Kapitalvolumen von mehr als 50.000 Yüan. Obwohl die Zahl der Projekte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1.394 niedriger lag, war sie immer noch sehr hoch.

Darüber hinaus gehörten von den kleineren Bauprojekten mit einem Kapitalvolumen von einer Million Yüan 45% nicht zu den Investbaubereichen. Es gab zum Beispiel 33 Projekte zum Bau von Gästehäusern und Bürogebäuden. Im ersten Halbjahr wurden im ganzen Lande 9.254 Investbauprojekte in Angriff genommen. Das bedeutet, daß stündlich wenigstens zwei Projekte mit einer von Feuerwerk begleiteten Eröffnungszeremonie begonnen wurden. Die geplanten Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 21,2 Milliarden Yüan. Jeden Monat werden weitere neue Bauprojekte in Angriff genommen. Allein im Juni wurde der Grundstein für 3.662 Projekte gelegt, das sind doppelt so viele wie im ersten Vierteljahr.

Investbauten im Haushalt nicht ausgewiesen

Auch die nicht im Haushalt aufgeführten Investitionen zeigen einen Aufwärtstrend. In der ersten Jahreshälfte stiegen die nicht im Haushalt ausgewiesenen nationalen Investitionen um 20,9%. Dies ist einer der Faktoren, die ein schwerwiegendes Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Lande schaffen. Von den 20,9% betrafen 4,6 Milliarden Yüan Investbauten, die nicht im Haushalt ausgewiesen waren. Dies entspricht einer Steigerung von 15%.

Exporteinnahmen unzureichend

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren die Exporteinnahmen sehr gering, und dies obwohl der Export relativ gesehen schneller zunahm und die Disparität zwischen Import und Export geringer wurde. Dadurch verschärfte sich die Diskrepanz zwischen dem Binnenmarkt und dem internationalen Markt.

In den letzten Jahren ist nicht zuletzt durch die Öffnung gegenüber der Außenwelt der Einfluß des Weltmarktes auf den Binnenmarkt zunehmend größer geworden. Aufgrund des begrenzten Standards der Produktionstechnologie werden die exportierten Waren ebenfalls auf dem Bin-

durch die Öffnung gegenüber der Außenwelt der Einfluß des Weltmarktes auf den Binnenmarkt zunehmend größer geworden. Aufgrund des begrenzten Standards der Produktionstechnologie werden die exportierten Waren ebenfalls auf dem Bin-

nenmarkt dringend benötigt. Es gibt sehr wenige Waren, bei denen das Angebot wirklich größer ist als die Nachfrage. Folglich gilt für einige Waren: je größer der Export, desto größer die Verknappung auf dem Binnenmarkt.

Von Januar bis Juni erhöhte sich der Export an Stahlprodukten, an denen auf dem Binnenmarkt ein starker Mangel besteht, im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 110%. Der Export einiger Buntmetalle, die der staatlichen Exportbeschränkung unterliegen, ist ebenfalls stärker gewachsen. So stieg zum Beispiel der Export von Kupfer um 520% und von Aluminium um 320%.

Exportgeschäft schlechter als Binnenhandel

Da die Konkurrenzfähigkeit vieler unserer Produkte auf dem Weltmarkt noch unzureichend ist, während staatlicherseits der Exporthandel gefördert wird, um Devisen einzunehmen, sind viele der Preise der für den Export bestimmten Waren im eigenen Lande hoch und auf dem Weltmarkt niedrig. Das führt dazu, daß der Binnenhandel stärker begünstigt wird als der Export. Da für die Unternehmer der Exporthandel nicht gewinnbringend ist, ist ihr Interesse am Export nicht sehr hoch. Einer Studie zufolge, die am Beispiel von 110 besonderen Produktionsbetrieben durchgeführt wurde, welche unter Leitung der Provinz Liaoning Industrieerzeugnisse ausführen, beklagten 73% von ihnen, daß das Exportgeschäft schlechter sei als der Binnenhandel. Etwa 54% dieser Betriebe beklagen sich, daß aufgrund der Preisdiskrepanz zwischen Binnenhandel und Export der im Betrieb verbleibende Gewinn geringer geworden sei.

„Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des Volkes"

Rainer Werning

Washingtons Außenpolitik beginnt, wo Manilas Innenpolitik endet. Mit dieser Lektion mußten die Philippinnen seit Sommer 1946 leben, als die USA ihre einstige und einzige Kolonie in Asien zur Republik werden ließen. Um überhaupt in den Genuß dieser Unabhängigkeit zu gelangen, hatte sich Manila u.a. zur Beibehaltung der größten außerhalb des amerikanischen Festlandes installierten US-Basen zu verpflichten. Das geschah durch das 1947 getroffene philippinisch-amerikanische Militärbasen-Abkommen. Dieses läuft 1991 aus und brachte Manila zuletzt (1984-88) pro Jahr 180 Mio. US-Dollar an „Pachtgebühr" ein. Diese „Gebühr" erhöht sich, so sieht es die Mitte Oktober ausgehandelte bilaterale Übergangsregelung vor, in den beiden kommenden Jahren auf jährlich 481 Mio. US-Dollar — inclusive Beschaffungskredite für technisches Gerät und andere Formen militärischer Hilfe.

„Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des philippinnischen Volkes" hatte der bekannte philippinische Nationalist und Senator Claro M. Recto bereits in den 50er Jahren diagnostiziert. Präsidentin Aquino hatte diese Position, wenngleich nicht wörtlich, so doch inhaltlich bis kurz vor dem Sturz ihres Vorgängers Marcos im Februar 1986 als Prunkstück ihrer nationalen Gesinnung präsentiert. Kaum im Amt, vernahm man aus ihrem Mund gänzlich andere Zungenschläge. Nunmehr sollten die amerikanischen Stützpunkte bis auf weiteres im Lande bleiben. Ab April, dem Beginn der diesjährigen Basenverhandlungen, forderte sie für die Jahre 1989 und 1990 eine „Pachtgebühr" von 2,4 Mrd. US-Dollar. Das, so ließ sie seitdem mehrfach durch ihren Chefunterhändler und Außenminister Raul Manglapus verlauten, sei der Preis für die nationale Souveränität des Inselstaates. Ende Juli — die Verhandlungen waren kurzzeitig ausgesetzt — kehrte Manglapus den Politmacho heraus und erklärte öffentlich, eine jährliche amerikanische Kompensationszahlung von weniger als 1 Mrd. US-Dollar käme dem „Ausverkauf des Landes" gleich.

Der Rabatt auf den Sommerschlußverkauf

Messen wir Aquino und Manglapus an ihren Worten, so haben sie nicht nur auf den

Der Rabatt
auf den Sommerschlußverkauf

Messen wir Aquino und Manglapus an ihren Worten, so haben sie nicht nur auf den

Sommerschlußverkauf „ihres" Landes einen äußerst günstigen Rabatt gewährt:

— Der Präsidentin Credo, im Innern das Wohlergehen der Bevölkerung zu garantieren und die Inseln nicht zum Vasallen ausländischer Mächte herabsinken zu lassen, entpuppte sich als aufgeblasene Rhetorik.

— Die extreme Rechte wird daraus politisch Kapital zu schlagen versuchen; das Verschleißen der Präsidentin läßt sie buchstäblich Gewehr bei Fuß stehen.

— Stärker denn je haben die USA ihre Vormachtsstellung im Reich der „little brown Yankees" auszubauen vermocht. Dabei kommt Washington die desolate Wirtschafts- und Finanzsituation eines Klientelregimes zugute, was sich über 1991 hinaus als probates außenpolitisches Druckmittel einsetzen läßt. Letztlich erklärt dies, warum die Reagan-Administration mit Erfolg ein Junktim zwischen den aktuellen Basengebühren und dem von ihr anvisierten Mini-Marshall-Plan (10 Mrd. US-Dollar für fünf Jahre) verhinderte. Zur gegebenen Zeit läßt sich damit noch pokern.

Asiens größtes US-Atomwaffendepot

Im militärstrategischen, ökonomischen und „sicherheitspolitischen" Kalkül Washingtons genießen der auf dem Archipel installierte Marinestützpunkt Subic Naval Base und die Luftwaffenbasis Clark Air Field im gesamten pazifischen Becken (Pacific Rim) oberste Priorität. Ist Clark Air Field mit 8000 US-Truppen das Hauptquartier der 13. Luftwaffe, so dient Subic Naval Base der 50.000 Mann starken 7. US-Flotte als taifungeschützter Heimathafen, wo sämtliche zur Reparatur der 70 Schiffe und 435 Kampfflugzeuge benötigten Vorrichtungen existieren. Als regional bedeutsamster logistischer Knotenpunkt und wahrscheinlich Asiens größtes Atomwaffendepot fungiert Subic gleichzeitig als „Schutzschild" des Indischen Ozeans, Persischen Golfs und Roten Meers, an dessen Nahtstelle zum Mittelmeer Amerikas 6. Flotte die „Verteidigung des Westens" garantiert. Zudem sind auf philippinischem Boden die für eine „Erstschlagskapazität" erforderlichen C3I-(Kontroll-,Kommando-,Kommunikations- und Geheimdienst-)Anlagen stationiert.

sind auf philippinischem Boden die für eine „Erstschlagskapazität" erforderlichen C3I-(Kontroll-,Kommando-,Kommunikations- und Geheimdienst-)Anlagen stationiert.

Fortsetzung nächste Seite



„Strammgestanden" (im Bild Corazon Aquino)

Militärisch möglich — politisch machbar?

José Maria Sison über US-Basen und -Interventionen

Der Mitbegründer der Ende 1968 konstituierten Communist Party of the Philippines (CPP), J.M. Sison, formuliert in dem folgenden Interview mit Rainer Werning die Position der philippinischen Linken zu einem äußerst sensiblen Kapitel amerikanisch-philippinischer Beziehungen.

Die Passagen sind dem jüngst im Pahl-Rugenstein Verlag (Köln) erschienenen und von R. Werning herausgegebenen Band „Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen. José Maria Sison berichtet“ entnommen.

Wird die Aquino-Regierung einer Beibehaltung der US-Stützpunkte zustimmen? Und was ist mit den Atomwaffen? Werden sie auf philippinischen Territorium — weiterhin — geduldet werden?

Bereits am Morgen des 10. November 1986 verpflichtete sich Aquino in einer Zusage an Reagans Sonderemissär Philip Habib gegenüber den Vereinigten Staaten, die US-Militärstützpunkte über 1991 hinaus beizubehalten. Dies war offenbar Bestandteil eines Kompromisses zwischen Aquino und Enrile. Am Nachmittag des 12. November 1986 traf der amerikanische Unterstaatssekretär für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten Gaston Sigur heimlich mit der damals auf Staatsbesuch in Japan weilenden Präsidentin Aquino in Tokio zusammen und teilte ihr mit, daß Washington der Übereinkunft zustimme.

Aber man braucht solche Einzelheiten über Aquinos Machinationen gar nicht zu kennen, um zu wissen, daß ihr Regime fest entschlossen ist, die US-Militärbasen über 1991 hinaus im Land zu behalten. Die Aquino-Verfassung zeigt, auf welchem Weg dies geschehen soll.

Von einem geschäftsführenden Sekretariat, aus dem ehemalige Kabinettsmitglieder wie Joker Arroyo und René Saguisag ausgeschlossen wurden, wird ein Vertrag ausgehandelt. Dieser wird dann von einem Senat ratifiziert, der zu über drei Vierteln für eine Beibehaltung der Stützpunkte ist. Tatsächlich befürwortet auch die Mehrheit der zwölf Senatoren, die den Stützpunkten angeblich kritisch gegenüberstehen, die Beibehaltung der Militärbasen und will nur den Preis dafür möglichst weit hinauftreiben.

Die eigentliche Ratifizierung erfolgt durch den Senat. Trotzdem wird möglicherweise ein Referendum stattfinden, um der ganzen Sache einen demokratischen Anstrich zu geben. Die USA und ihre Handlanger werden sich nicht mit der massiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die eine Beibehaltung der Stützpunkte propagierenden Massenmedien zufrieden geben, sondern auch noch das Wahlverfahren manipulieren, um zu beweisen, daß das Volk seine eigene Ketten gutheißt.

Der Schwindel hat mit der Erklärung Raul Manglapus' begonnen, in der er seine frühere Befürwortung einer Beseitigung der US-Stützpunkte als seine Privatmeinung bezeichnete und diese von seiner Position unterschied, die er heute als Außenminister vertritt.

Jetzt macht er Propaganda für die US-Stützpunkte, indem er die Meinung der anderen ASEAN-Mitgliedsländer einholt. Später wird er dann die angebliche Bedrohung durch den vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh Bay und die Sowjetunion ins Spiel bringen.

Mit Sicherheit wird das Aquino-Regime die Beibehaltung der US-Militärbasen über 1991 hinaus mit dem Hinweis rechtfertigen, die Philippinen befänden sich in einer finanziellen Zwangslage und seien auf die Kompensationszahlungen angewiesen.

Unter dem gegenwärtigen System werden die Argumente gegen die US-Stützpunkte in den Massenmedien nicht so viel Verbreitung finden wie die ihrer Befürworter. Nur mit Hilfe der revolutionären Bewegung und einer patriotischen Regierung — und das ist das Aquino-Regime keinesfalls — kann das Volk hoffen, die US-Militärbasen loszuwerden.

Was die US-Atomwaffen anbelangt, so werden diese auch weiterhin auf philippinischem Territorium gelagert bleiben. Die pro-amerikanische Zusammensetzung des Kongresses verhindert die Verabschiedung eines Gesetzes, das Lagerung und Transit von Atomwaffen sowie die Bewegung atomar bestückter Schiffe und Flugzeuge innerhalb philippinischen Hoheitsgebiets ein für allemal verbietet.

Der Artikel der Aquino-Verfassung, der so klingt, als verbiete er Atomwaffen, ist irreführend. Er ist in unverbindlicher Gegenwartsform abgefaßt und nichts anderes als eine allgemeine Absichtserklärung. Er besagt: „Die philippinische Regierung verfolgt, in Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse, die Politik, Atomwaffen auf philippinischem Territorium zu verbieten.“

Noch weiter ausgehöhlt wird dieser Artikel durch den Zusatz der Verfassungsautoren, daß ein Verbot von Atomwaffen nicht unbedingt im „nationalen Interesse“ liege.

Die gegenwärtig gültigen Abkommen und Zusatzvereinbarungen bezüglich der US-Militärstützpunkte enthalten Bestimmungen, die philippinischen Behörden den uneingeschränkten Zugang zu und die umfassende Inspektion von allen Einrichtungen der US-Basen untersagen. Sicherlich werden auch die künftigen Verträge über diese Stützpunkte wieder ähnliche Bestimmungen enthalten, die es letztlich den USA erlauben, Atomwaffen auf philippinischem Territorium zu lagern und zu transportieren.

Können die Philippinen bzw. das philippinische Volk überhaupt die Demontage der US-Militärstützpunkte bewirken? Bedenken Sie, daß selbst nach dem Sieg der kubanischen Revolution im Jahre 1959 der US-Stützpunkt in der Bucht von Guantánamo nicht geschlossen werden konnte. Aber nehmen wir einmal an, die Philippinen schafften es, die US-Basen zu beseitigen — wird dann nicht eine andere ausländische Macht das Vakuum füllen oder zumindest einen starken, den Interessen der Philippinen abträglichen Einfluß ausüben?

Im Unterschied zu dem gegenwärtig gültigen Abkommen, das die Frage der US-Militärstützpunkte auf den Philippinen regelt und nur eine Vereinbarung ist, gibt es über den US-Stützpunkt in Guantánamo einen rechtsgültigen Vertrag.
US-Militärstützpunkte auf den Philippinen regelt und nur eine Vereinbarung ist, gibt es über den US-Stützpunkt in Guantánamo einen rechtsgültigen Vertrag.
Es gibt also etwas — eben diesen Vertrag —, worauf sich die USA berufen könnten, um Kuba den Krieg zu erklären.

Selbst unter einer revolutionären Regierung und mit einem vereinten revolutionären Volk kann es sich ein so kleines Land wie Kuba, das zudem nur neunzig Meilen von den USA, aber weit von seinen mächtigen Freunden entfernt liegt, nicht leisten, sich auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten einzulassen.

Kuba wartet lieber ab. Es kann den US-Stützpunkt isolieren und sogar die Wasserversorgung unterbrechen. Aber das ist für die USA — verglichen mit einer Unterbrechung der Wasserversorgung oder anderer Versorgungseinrichtungen zu den US-Stützpunkten auf den Philippinen — kein so großes Problem; sie befinden sich ja in unmittelbarer Nachbarschaft zu Kuba.

Nach dem Sturz der Militärs im Jahr 1973 konnte die thailändische Regierung in Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Parteien auf friedlichem Weg eine Demontage der US-Militärstützpunkte herbeiführen. Aber leider ist das Aquino-Regime nicht so patriotisch wie die damalige Thai-Regierung.

Im Augenblick sehe ich keine andere Möglichkeit, als das Philippinische Volk im Kampf gegen die US-Herrschaft und die US-Militärstützpunkte weiter zu politisieren, organisieren und mobilisieren und sich für den Tag zu rüsten, an dem man stark genug sein wird, die Demontage dieser Militärstützpunkte zu erzwingen. Dieser Tag mag in den neunziger Jahren kommen, zu einer Zeit jedenfalls, da die USA und die einheimische Reaktion längst ein neues Abkommen durchgesetzt haben.

Angesichts des Erstarkens der Volksbewegung bringt es für die Vereinigten Staaten auch Nachteile, ihre Militärstützpunkte auf den Philippinen beizubehalten. Immerhin sind sie Tausende von Meilen von den USA entfernt. Und das vietnamesische Volk hat gezeigt, daß auch US-Militärbasen durchaus einnehmbar sind.

Wenn das philippinische Volk wie das vietnamesische Volk aufgrund der Stärke der revolutionären Bewegung in der Lage ist, der US-Intervention und Aggression eine Niederlage beizubringen und die US-Militärstützpunkte zu demontieren, kann sich nicht einfach eine andere Macht in das entstandene Vakuum drängen. Dieselbe Stärke, die die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Philippinen gegenüber dem US-Imperialismus durchgesetzt hat, wird auch das Eindringen einer anderen ausländischen Macht verhindern. Es ist absurd, die US-Herrschaft über den Philippinen dadurch rechtfertigen zu wollen, daß man Angst vor einer anderen ausländischen Macht schürt.

Im Gegensatz zu der von der US-Propaganda verbreiteten Behauptung stehen die ehemaligen US-Stützpunkte in Vietnam unter der souveränen Kontrolle des vietnamesischen Volkes, der vietnamesischen Regierung und Armee. Sie befinden sich weder im Besitz noch unter der Kontrolle sowjetischer Truppen; sowjetische Schiffe nützen lediglich die Dockanlagen mit ihren Auftank- und Reparatureinrichtungen.

Der exterritoriale Status der US-Stützpunkte wie auch der US-Militärangehörigen und -einrichtungen auf den Philippinen unterscheidet sich davon grundlegend. Die philippinischen Reaktionäre wagen es nicht, auf vollkommener Souveränität und territorialer Integrität zu bestehen und US-Stützpunkte und -Militärangehörige den gleichen Bedingungen zu unterwerfen wie die Vietnamesen sowjetische Schiffe und Militärangehörige.

Gelänge es dem philippinischen Volk auf die eine oder andere Weise — stets aber aufgrund seiner revolutionären Stärke —, die US-Stützpunkte zu beseitigen, so erwüchsen ihm daraus Vorteile, die mit den vergleichsweise „mickrigen“ Ausgleichszahlungen und den im Zusammenhang mit diesen Stützpunkten entstandenen antinationalen Jobs nicht im geringsten aufrechenbar wären. Flughafen- und Hafenanlagen, Auftank-, Reparatur-, Kommunikations- und andere Einrichtungen könnten — national und international — kommerziell genutzt werden. Die Einkünfte aus einer solchen Nutzung wären allein schon um ein Mehrfaches höher als die Kompensationszahlungen, zu denen die USA bereit sind.

Die riesigen Landflächen um die Stützpunkte könnten für landwirtschaftliche, industrielle, kommerzielle, Bergbau-und andere Zwecke genutzt werden. Die damit zu erzielenden Einnahmen lägen weit über denen, die heute durch die bestehenden Einrichtungen auf den Stützpunkten hereinkommen.

Die philippinischen Reaktionäre handeln nicht nur verräterisch und unmoralisch, weil sie die fortgesetzte Verletzung
Die philippinischen Reaktionäre handeln nicht nur verräterisch und unmoralisch, weil sie die fortgesetzte Verletzung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität des Landes dulden und das Volk der potentiellen atomaren Vernichtung aussetzen, sie können offensichtlich nicht einmal richtig rechnen.

Mit der sofortigen Übernahme der US-Stützpunkte nach Auslaufen des gegenwärtigen Abkommens im Jahr 1991 müßten die festen Anlagen bzw. durchgeführten Landaufbesserungsmaßnahmen in das Eigentum der philippinischen Regierung übergehen. Aber es gibt bereits ein Geheimabkommen, das in bezug auf die Eigentumsfrage und die rechtlichen Voraussetzungen für Miet- oder Pachtzahlungen durch die USA auf jedwede Forderung verzichtet.

Glauben Sie, die USA würden militärisch eingreifen, falls die Situation auf den Philippinen — aus amerikanischer Sicht — „außer Kontrolle geriete“? Wenn ja, wäre die Linke je in der Lage, eine solche eskalierte Intervention mit militärischen Mitteln abzuwehren?

Die Vereinigten Staaten sind bereits dabei, ihre militärische Intervention zu verstärken. Sie schleusen mehr finanzielle Mittel und Nachschub für militärische Zwecke ins Land; drängen auf eine landesweite Umsetzung des LIC-Konzepts (des „Krieges auf niedrigem Niveau“; d. Red.); erhöhen die Zahl der Militärberater, Ausbilder, DIA- (Militärischer Abschirmdienst; die Red.) und CIA-Agenten für Geheimoperationen und der Kampfverbände (insbesondere für Sonderoperationen — „Spezial Operations Forces“) in den US-Militärbasen.

US-Militärangehörige, Flugzeuge, Schiffe und elektronische Anlagen in den US-Stützpunkten unterstützen die philippinischen Streitkräfte auf vielfältige Art und Weise. In Kasernen der philippinischen Streitkräfte und auch bei Einsätzen gegen die revolutionäre Bewegung tauchen immer häufiger US-Militärberater oder -Ausbilder auf. Pentagon- und CIA-Agenten haben eine Reihe von Scheinputschen inszeniert. Das CIA-Netz wurde ausgebaut und seine Agenten sind verstärkt an Operationen beteiligt, wie etwa dem psychologischen Krieg, Überwachungsmaßnahmen sowie der Bildung und Anleitung von Todesschwadronen.

Nach dem Scheitern der LIC-Strategie und dem weiteren Voranschreiten der revolutionären Bewegung wird die US-Militärintervention andere Formen annehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird zunächst eine große Anzahl von US-Militärberatern und Soldaten die Verbände der philippinischen Streitkräfte in Kampfoperationen verstärken; und dies wird vielleicht in einen totalen Angriffskrieg übergehen, der Erinnerungen an den Vietnamkrieg wachrufen würde.

In dem Moment, da die Phase der strategischen Verteidigung im Volkskrieg weiter herangereift ist und in das strategische Gleichgewicht überzugehen droht, werden die Vereinigten Staaten der Meinung sein, die Situation auf den Philippinen gerate außer Kontrolle und beschließen möglicherweise, eigene Truppen zur „Befriedung“ zu entsenden.

In welchem Maßstab und Tempo die USA auch immer ihre militärische Interventionen eskalieren mögen, die revolutionäre Bewegung muß sich auf das Schlimmste vorbereiten, um das Beste erhoffen zu können. Und das Schlimmste, wozu die USA in einem totalen Aggressionskrieg greifen könnten, wäre der Einsatz von Regimentern, vielen Panzern und verstärkter Luftraumsicherung.

Um sich darauf vorzubereiten, muß die Volksarmee eine horizontale Vervielfachung ihrer Trupps, Züge und Kompanien vornehmen und die vertikale Bildung größerer Einheiten an einigen wenigen Punkten im Land vermeiden. Schließlich können ja die verstreut operierenden mobilen kleinen Einheiten immer zu größeren Verbänden zusammengezogen werden, wenn Offensiven und andere konzertierte Operationen und Feldzüge dies erfordern, oder sie können koordinierte Aktionen verschiedener Größenordnung auf lokaler wie nationaler Ebene durchführen.

Die horizontale Vervielfachung von Trupps, Zügen und Kompanien während der letzten Phase der strategischen Verteidigung und der gesamten Periode des strategischen Patts ist notwendig, um eine weite Gebiete umfassende intensive Kriegsführung, Mobilität und Unsichtbarkeit, geringere laufende Kosten und bessere Unterstützung durch die Bevölkerung vor Ort gewährleisten zu können.

Damit wird den US-Truppen und ihren philippinischen Marionetten jedwedes gesichertes Rückzugsgebiet entzogen, und sie werden so ein leichtes Angriffsziel. Es ist notwendig, den US-Truppen inner-
philippinischen Marionetten jedwedes gesichertes Rückzugsgebiet entzogen, und sie werden so ein leichtes Angriffsziel. Es ist notwendig, den US-Truppen inner-
halb kurzer Zeit schwere Verluste zuzufügen, um die US-Regierung und die US-Öffentlichkeit dazu zu veranlassen, sie wieder abzuziehen. Nach dem Vietnamkrieg-Trauma brauchen sie nicht erst 50.000 gefallene und mehrere hunderttausend verletzte Soldaten, um sich zum Rückzug zu entschließen.

US-Panzer könnten mit Landminen und anderen zur Verfügung stehenden Mitteln zerstört werden. Die NPA setzt heute bereits Landminen gegen gepanzerte Mannschaftswagen und Panzer ein. Auch US-Hubschrauber und Flugzeuge sind nicht so furchteinflößend, wenn wir bedenken, daß sie mit vergleichsweise billigen Flugabwehrwaffen abgeschossen werden können. Flugzeug- und Hubschrauberverluste können für die USA eine recht beträchtliche Schwächung bedeuten, wie sich in den letzten Jahren des Vietnamkriegs deutlich gezeigt hat.

Auch wenn sich die revolutionäre Bewegung auf das Schlimmste einstellen muß, zu dem die USA militärisch in der Lage sind, darf nicht übersehen werden, daß für die USA nicht alles theoretisch militärisch Mögliche ohne Einschränkungen politisch und militärisch auch machbar ist. Seit ihrer Niederlage in Indochina waren die Vereinigten Staaten nicht mehr imstande, einen großangelegten Angriffskrieg zu führen. Ja, sie haben es nicht einmal gewagt, gegen das Volk von Nicaragua direkt zu intervenieren, sondern stattdessen die Contras eingesetzt.

Wenn die bewaffnete Bewegung nach der Theorie des Volkskriegs und der Strategie vorgeht, die Städte vom Hinterland aus einzukreisen, bis ihre Einnahme möglich ist, kann sie einen Bürgerkrieg gegen die einheimische Reaktion oder einen nationalen Krieg gegen die Aggression einer ausländischen Macht gewinnen.

Die militärische Strategie basiert auf dem Vertrauen in das Volk und ist untrennbar damit verbunden, es zum Kampf für seine eigenen nationalen und demokratischen Rechte und Interessen und gegen den US-Imperialismus und die einheimische Reaktion zu mobilisieren. Ich bin auf die militärische Strategie nur so ausführlich eingegangen, weil Sie mich darum gebeten haben.

Angesichts der eskalierenden militärischen US-Intervention ist es auch notwendig, die allseitige Mobilisierung des philippinischen Volkes durch internationale politische und materielle Unterstützung zu untermauern. Aus diesem Grund weitet die revolutionäre Bewegung ihre internationalen Beziehungen derzeit aus.

Fortsetzung von vorheriger Seite

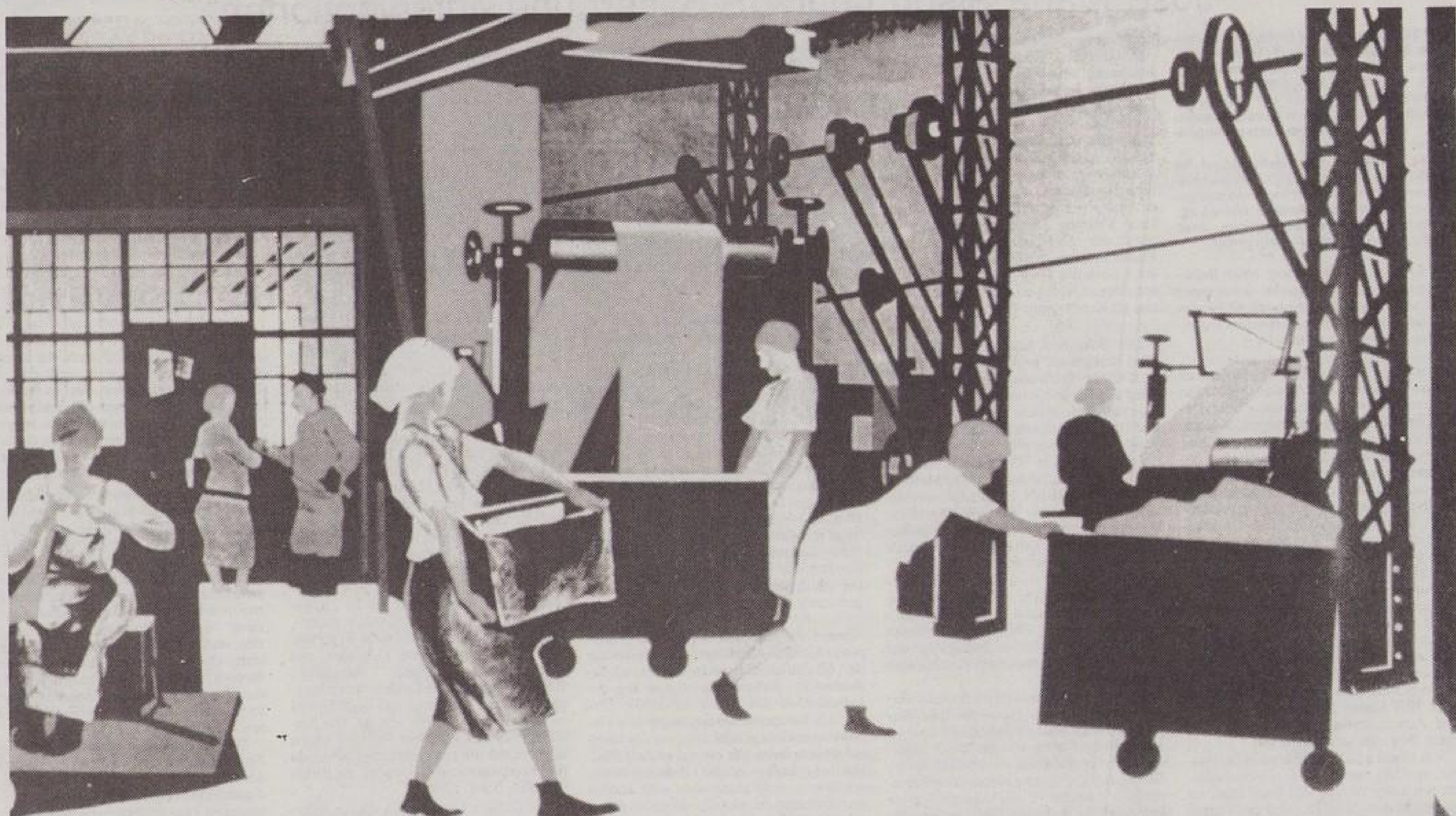
Der U.S. Congressional Research Service hatte 1979 die Beibehaltung der amerikanischen Basen auf den Philippinnen mit dem Argument gegründet, in der Nach-Vietnam-Ära gelte es, das südostasische Staatenbündnis ASEAN nach dem Ableben des SEATO-Militärblocks aktiv zu schützen, um vermittels der Stärkung dieser wirtschaftspolitisch als überaus dynamisch eingestuften Region ein effektives Gegengewicht zum sowjetisch-vietnamesichen Bündnis zu bilden. Seit Reagans Amtsantritt erhielt diese Interpretation eine wehrhafte, auf „Vorwärtsverteidigung“ bedachte Spitze. Aufgrund ihrer Nutzungsrechte im von Subic 700 Meilen oder 90 Luftminuten entfernten Cam Ranh Bay (Vietnam) beabsichtige die Sowjetunion, sich militärische Vorteile zu verschaffen, was, wie Admiral Long, damaliger Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik, im Sommer 1983 erklärte, eine „akute Bedrohung westlicher Sicherheitsinteressen in der Region“ darstelle. Tatsächlich betrug das US-Pazifik-Handelsvolumen in jenem Jahr 135,9 Mrd. US-Dollar und übertraf damit um 26 Mrd. US-Dollar den amerikanisch-europäischen Handelsumfang. Gegenüber dem Vorjahr war der Handel zwischen der Asien-Pazifik-Region und den Vereinigten Staaten um 8% angestiegen, während es weltweit nur 0,5% waren. Regional auch nahmen die US-Investitionen von 1980 bis 1984 um 65 % zu, was — global betrachtet — 39% ihres im Ausland getätigten Gesamtanlagevolumens entsprach. Mit über 30 Mrd. US-Dollar wuchsen die im asiatisch-pazifischen Raum investierten US-Gelder rascher als in jeder anderen Region. Richard Holbrooke, von 1977 bis 1981 stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, veranlaßte das im Sommer 1986 zu der bündigen Forderung nach massiver Hilfe Washingtons an Präsidentin Aquino.

Die Basen sind Philippinens „wichtigste Ressource“

Diese Position wird, wie die seit Marcos' Sturz mehrfachen Manila-Besuche von Außenminister Shultz unterstreichen, im State Department geteilt. Gleichermaßen akzeptiert ist sie im Pentagon, da, so Admiral Lewis Chatham, Befehlshaber der 7. US-Flotte, „ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus den Philippinnen einer Preisgabe des Südchinesischen Meeres an die Sowjets gleichkäme“, und laut Admiral Hays, des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Pazifik, das Washington noch immer begünstigende Kräfteverhältnis im Stillen Ozean aufs Spiel gesetzt würde. Das allerdings hat militär- wie außenpolitische Strategieplaner nicht davon abgehalten, seit Mitte 1983 über möglichen Ersatz für Subic und Clark zu sinnen, sollte die Situation auf den Philippinnen einmal „außer Kontrolle“ geraten. Als potentielle falling back areas (Ausweichquartiere) sind Guam und die nördlichen Marianen-Inseln Tinian und Saipan sowie die Republik Belau (Palau) im Südwestpazifik genannt worden. Da das immense Kosten (drei bis acht Milliarden US-Dollar) verschlänge und im Augenblick mangels qualifizierter (und billiger) Arbeitskräfte eine kaum geeignete Alternative böte, ist in den vergangenen Monaten immer häufiger das Augenmerk auf Thailand, Malaysia und Singapur gerichtet worden, die ein fortgesetztes Flaggezeigen als für ihre eigene Sicherheit unverzichtbar erachten. Während einer politischen Strategietagung in Washington (Mai 1986) lieferte Richard J. Kessler einen bemerkenswerten Diskussionsbeitrag, dessen Auswirkung, würden seine Kernpunkte für Washingtons Philippinnen-Politik einmal konstitutiv, nicht zu unterschätzen wäre.

Kessler, ein Philippinnen-Spezialist der einflußreichen Carnegie Endowment for International Peace mit Sitz in Washington, bewertete die strategische Bedeutung der Philippinnen als deren lange Zeit wichtigste Ressource, was Marcos erkannt, aber überschätzt habe, weil er meinte, die USA verlören im Falle einer Preisgabe der Basen mehr als Manila. Doch Strategien, so Kessler, änderten sich: mit Amerikas verbesserten Beziehungen zum Rest Asiens schwand die Bedeutung der Philippinnen in einer Weise, daß sie langsam zu einer Bürde wurden. Diese Last wurde erst abgeschüttelt, „als die USA erkannten, daß sie ohne Demokratie keine Chance hatten, ihre Sicherheitsbelange zu garantieren“. Das freilich könnte gegen „Sicherheitsbelange“ wirken, wenn in demokratischer Erneuerung die philippinischen vor amerikanische Interessen gestellt werden. Einstweilen bleiben dem außenpolitischen Handlungsspielraum Manilas enge Grenzen gesetzt.

Sowjetische Frauen — Erzählungen



Alle Bilder aus: „Kunst in die Produktion". Sowjetische Kunst von 1927-1933

A. Dejneka

Wer Lust hat, das Alltagsleben der sowjetischen Frauen über die Literatur kennenzulernen, ihre Doppelbelastung durch Haushalt, Kinder und Berufstätigkeit; wer einen Einblick in die schlechte Organisation der Versorgung nehmen will — was bedeutet: jeden Tag beim Einkauf Schlange stehen, schlechte Wohnverhältnisse —; wer die Hektik und die ständige Hetze, die Situation am Arbeitsplatz erleben will; wer einen Blick in Wohnungen, Büros, Krankenhäuser oder Erholungsheime, auf das Leben junger Mädchen oder auf das von Rentnerinnen werfen will und nicht zuletzt auf die Beziehungen zwischen Mann und Frau, die zumeist eingebettet in Trott und Spießigkeit recht illusionslos und abgeklärt — gelegentlich auch mit einem Schuß Sarkasmus und beißender Ironie — dargestellt werden, die sollte zu einem der hier von uns besprochenen Büchern greifen.

Auf den ersten Blick scheint russische und sowjetische Literatur fast ausschließlich mit Männernamen verbunden zu sein, schreibende Frauen sind kaum bekannt. Doch dieser oberflächliche Eindruck täuscht — wir haben nachgegraben und was wir entdeckten, lohnte die Mühe. Besonders im Bereich der modernen sowjetischen Literatur gibt es Interessantes von Frauen über Frauen nachzulesen, und vieles ist bislang noch nicht übersetzt. Wir stellen hier einige Schriftstellerinnen und ihre Veröffentlichungen — soweit sie in deutscher Sprache vorliegen bzw. in der BRD erhältlich sind — vor.

Ein Einstieg in die Literatur von sowjetischen Schriftstellerinnen fällt leicht. Die Geschichten sind durchweg anschaulich und spannend geschrieben. Es sind in der Mehrzahl keine dickleibigen Romane, sondern eher kürzere Erzählungen. Im Vordergrund stehen die alltäglichen Probleme und Konflikte der sowjetischen Frauen. Die Sorgfalt und Bedeutung, die den „kleinen Begebenheiten" zugebilligt wird, ist sympathisch und anregend, zumal auch für uns viel Bekanntes aus der eigenen Erfahrung wiederzuerkennen ist. Die Sprache ist knapp und schmucklos; von der epischen Breite, für die russische Schriftsteller so berühmt sind, ist kaum etwas zu finden. Auf einer Lesung mit sowjetischen Autorinnen in Hamburg fand die Schriftstellerin Viktoria Tokorewa dafür folgende Erklärung. Sie sagte sinngemäß: „Wir russischen Frauen haben soviel mit Haushalt, Kindern und Beruf zu tun, daß wir für lange Romane keine Zeit finden."

Keine feministische Literatur

Es ist kein Geheimnis, daß es in der Sowjetunion eine feministische Bewegung nicht gibt. Themen, die bei uns die Frauenliteratur prägen — wie Gewalt gegen Frauen, Frauensexualität, sexuelle Befreiung, die Suche nach neuen Lebensentwürfen etc. — spielen kaum eine Rolle.

Dennoch sind die Erzählungen eine Auseinandersetzung mit der Emanzipation von Frauen, allerdings mit der, wie sie von den Frauen in der Sowjetunion erlebt wird. Und die Schriftstellerinnen lassen keine Illusion darüber zu, daß der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frauen in der Sowjetunion gescheitert ist. Zwar gilt 70 Jahre nach der Oktoberrevolution, daß die Einbeziehung der Frauen in die Arbeitswelt weitgehend verwirklicht ist: heute sind über 90% der sowjetischen Frauen berufstätig. Doch genau diese Situation scheint zugleich einen erheblichen Anteil ihrer Probleme auszumachen, denn neben ihrer Belastung im Beruf trägt die Frau weiterhin im wesentlichen allein die volle Verantwortung für die Organisierung des Haushalts und der Kinderbetreuung, all dies unter den erschwerten Bedingungen einer schlechten Versorgungs- und Wohnsituation.

Die Probleme, die den Frauen aus dieser Lage erwachsen, sind der Hauptgegenstand der Erzählungen. Dabei werden die Frauengestalten niemals zu Heldinnen idealisiert — ebensowenig wie sie als unschuldige naive Frauchen dargestellt werden. Das entspräche auch nicht der Nüchternheit des Alltagslebens der sowjetischen Frau, ebensowenig wie ein zuguterletzt inszeniertes Happy-end.

Lösungsvorschläge werden in den Texten nicht angeboten. Sich der Probleme bewußt zu werden und sie zu beschreiben ist offensichtlich ein erster Schritt. Wohin? Diese Frage bleibt weitgehend unbeantwortet — zumindest in der Literatur.

Suche nach Geborgenheit

Das gilt jedoch nicht für die aktuelle Auseinandersetzung, die derzeit in der Sowjetunion im Rahmen der Perestroika um die Neubestimmung der Rolle der Frau stattfindet. Einige der hier vorgestellten Schriftstellerinnen haben sich mit ihren Positionen eingemischt. In ihren Äußerungen, die uns von ihnen bekannt sind, vertreten sie, daß ein Ausweg aus der Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen weniger in der Gleichberechtigung liege, die ihnen ja gerade die Probleme beschert hat, sondern eher in emotionaler Geborgenheit und intakter Familienbeziehung. Das führt sie dann leider sehr schnell zu einem Rückgriff auf uralte „Lösungen". Sie propagieren die Rückbesinnung auf die „natürlichen Aufgaben" der Frau und haben die Hoffnung, daß durch einen wirtschaftlichen Aufschwung („dank Perestroika") der Mann (ökonomisch) wieder aufgewertet werde und sich dann auch gegenüber seiner Frau bzw. seiner Familie wieder in voller Stärke und Selbstachtung präsentieren könne.

„Das Hauptproblem unserer Frauen ist der Mann. (...) Die Männer bringen wenig. Sie büßen an Prestige und Selbstachtung ein, wenn sie wenig verdienen." (...) „Mir gefällt es, wenn der Mann stärker ist als die Frau und die Frau sich ihm unterordnen kann." (1)

„Aber dennoch: ein Mann ist vor allem eine soziale Existenz, er sollte seine Fähigkeiten voll einsetzen, wenn er besser verdient, kann er seiner Frau Privilegien verschaffen: mehr Freiheit, eine Haushaltshilfe, einen besseren Urlaub. Das alles ist nur natürlich, denn die Frau bekommt die Kinder, ernährt und versorgt sie, das legte ihr früher bestimmte Verpflichtungen auf. Heute ist es etwas anders. Doch die Natur ist immer noch maßgeblich und alle Versuche, sich gegen die Natur aufzulehnen, enden sehr schlecht."(2)

„Erst einmal müssen wir Wirtschaft und gesellschaftliche Kultur stabilisieren, das Schlangestehen abschaffen, dann wird die normale Frau Kinder zur Welt bringen und für ein gemütliches Haus sorgen. Das ist ein Axiom." (3)

„Aber jetzt ist Perestroika. (...) Früher gab es Gleichmacherei, aber jetzt wird verstanden werden, was der Einzelne wert ist. Das gibt mir Hoffnung, daß der Mann wieder in den eigenen und den Augen der Frau wächst und daß die Familie wieder einen normalen Wert bekommt."(4)

Auch wenn die Äußerungen dieser Schriftstellerinnen aufs drastischste gegen unsere eigenen Emanzipationsvorstellungen verstoßen, sollte dies auf keinen Fall davon abhalten, sich mit ihrer Literatur zu befassen. Die Erzählungen spiegeln hervorragend sowohl die materielle als auch die emotionale Wirklichkeit der sowjetischen Frauen wider. Mit diesen Wahrheiten aber gilt es, sich auseinanderzusetzen. Das Wissen um die Bedingungen unter denen die sowjetischen Frauen leben weckt auch zugleich Verständnis dafür, welches der Hintergrund ist, vor dem die Frauen zu ihren Positionen kommen.

chr., g., urs.

Anmerkungen
(1) Interview mit Viktoria Tokarewa in: dvz/die tat 7.10.1988
(2) Interview mit Tatjana Tolstoia in: Programm „Festival der Frauen" Hamburg, 1988
Von T. Tolstoia gibt es bislang noch keine Veröffentlichung in deutscher Sprache.
(3) Interview mit Maja Ganina in: Moskau News 5/88
(4) V. Tokarewa in: UZ 30.9.1988

„Frauen in der Sowjetunion"

(Erzählungen und Gedichte)

Der Anspruch des Sammelbands *Frauen in der Sowjetunion*, mit Hilfe von literarischen Texten einen Einblick in das Leben und Denken der russischen Frauen seit der Oktoberrevolution bis in die Gegenwart zu geben, wird erfüllt. Allerdings behaftet mit dem Mangel, der für sämtliche Anthologien gilt, daß der Text, hat man sich gerade eingelesen, abbricht und eine Geschichte mit neuem Inhalt und Stil beginnt.

Uns hat das Taschenbuch ein Einlesen ermöglicht und neugierig auf Ausführlicheres gemacht.

Der Band beginnt mit der Erzählung Alexandra Kollontais „Die Liebe der drei Generationen", in der am Beispiel der Erfahrung von Großmutter, Mutter und Tochter Lebens- und Beziehungseinstellungen geschildert werden, die jeweils „typisch" für die Zeit und den historischen Hintergrund sind, vor dem sie erlebt werden. In den Äußerungen der Tochter zur „freien Liebe" und „neuen Moral" spiegeln sich zugleich die Ideen von Alexandra Kollontai zur sexuellen Emanzipation der Frauen im Sozialismus wider.

Hervorzuheben ist der Nachdruck einer Novelle von Vera Inber „Meine Tochter"(geschrieben 1930). Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der Sowjetunion wird hier sehr behutsam und einfühlsam ein Mutter-Tochter-Konflikt geschildert. Der Vater bleibt nach der Revolution in Paris im Exil. Die Frau geht mit ihrer Tochter zurück in die Sowjetunion. Es gelingt ihr nicht, dem Anspruch, einen Beruf auszuüben, ein Kind zu erziehen und auch noch ein Eigenleben führen zu wollen, gerecht zu werden. Aus dem Gefühl heraus, vernachlässigt zu werden, entscheidet sich die Tochter für ein Leben mit dem Vater in Paris.

Die Zeit der politischen Verfolgung und Säuberungen unter Stalin wird in sehr persönlichen Schilderungen von Anna Achmatowa und Jewgenia Ginsburg dargestellt. Zu Problematik gehört auch ein Auszug aus dem Roman „Ein leeres Haus" von Lydia Tschukowskaja. Eindringlich wird die Erfahrung einer Frau geschildert, die in ihrer nächsten Umgebung, an ihrer Arbeitsstätte die ersten Verhaftungen und Säuberungen erlebt, und sie zunächst als „wahrscheinlich gerechtfertigt" hinnimmt, bis allmählich Zweifel auftauchen, speziell als der eigene Sohn Opfer wird.

Eine ganz andere Situation beleuchtet die Nachkriegsliteratur. Ein Auszug aus einem Roman aus den 50er Jahren (G. Nikolajewa: „Die Ernte"), der auch offiziell als vorbildlich galt, schildert „sehr glatt" die erfolgreiche Aufbauarbeit in einer Kolchose und die Rolle der Frau, die all die ihr gestellten Aufgaben wie Berufsausübung, Haushalt und Kinder bewältigt, sich zugleich gegen ihren Mann wehrt und ihr Recht auf Unabhängigkeit durchsetzt.

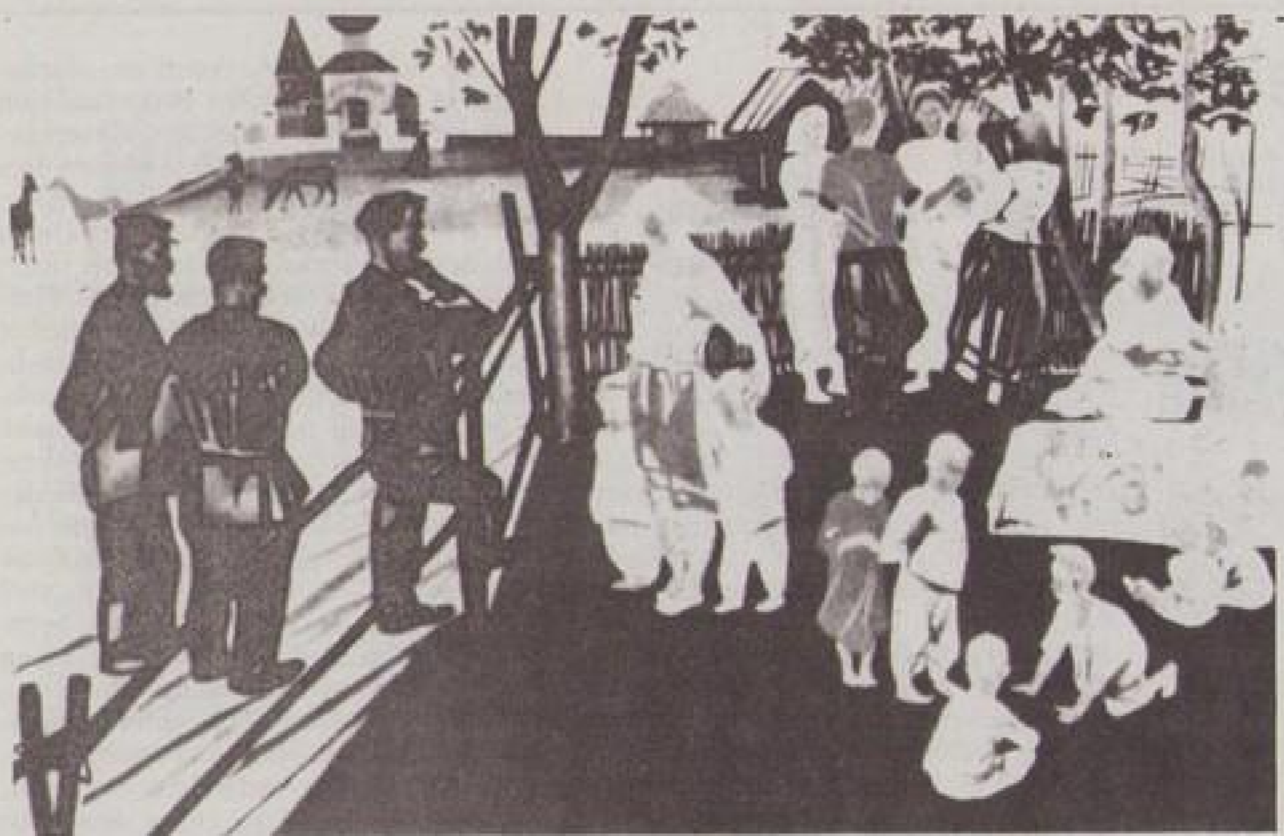
Mehr Haken und Ösen haben dagegen die Auszüge aus der Gegenwartsliteratur. Darunter ein Auszug aus dem Buch „Woche für Woche" von N. Baranskaja (das hier ausführlich vorgestellt wird) sowie die Erzählung „Netze und Fallen" von Lydia Petruschewskaja, die eine bissig ironische Kritik an traditionellen spießigen gesellschaftlichen Vorstellungen beinhaltet. Von ihr wurde bislang noch nichts in der BRD veröffentlicht.

In die aktuelle Literatur gehören auch vier Texte einer „Dissidentinnengruppe", die 1979/80 unter dem Titel „Almanach von Frauen für Frauen — Die Frau in Rußland", Erscheinungsort St. Petersburg, eigene Texte veröffentlichte. Sowohl die Benutzung des Namens „St. Petersburg" für Leningrad und „Rußland" sind Absicht, die Gruppe von Frauen bezog sich auf die westliche Frauenbewegung und grenzte sich scharf vom sowjetischen System ab. Sie wurden in der Sowjetunion verboten; fast alle Frauen, die in den Kreis gehörten, emigrierten in westliche Länder. Ihre Texte drücken ein sehr privates und individuelles Lebensgefühl aus, das von Ängsten und Fluchtversuchen geprägt und vielfach in Träume und Phantasie eingebettet ist.

Hilfreich ist, daß es am Ende des Bandes ein Nachwort und ein Autorinnenverzeichnis gibt, das eine Übersicht und Einordnung der Texte sowie einen Überblick über weitere Veröffentlichungen bietet.

Frauen in der Sowjetunion — Erzählungen und Gedichte, hrg. von Andrea Wörle, dtv Taschenbuch, München, September 1987, 9,80 DM.

Fortsetzung nächste Seite



A. Dejneka

Viktoria Tokarewa

Viktoria Tokarewa wurde 1937 in Leningrad geboren. Ihr erster Band mit Erzählungen erschien 1969 in der Sowjetunion. Von ihren inzwischen über 100 Erzählungen gibt es ca. 20 in deutscher Übersetzung. Sie sind nicht nur gut proportioniert sondern in ihrer bissigen und trockenen Art auch sehr amüsant. Mit ihrem Sarkasmus ist Viktoria Tokarewa Vorreiterin für diese Art von Frauenliteratur. Dies schon deshalb, weil ihre Kurzgeschichten seit Jahren, im Gegensatz zu anderen, in der Sowjetunion veröffentlicht werden und sie zur Erfolgsautorin geworden ist.

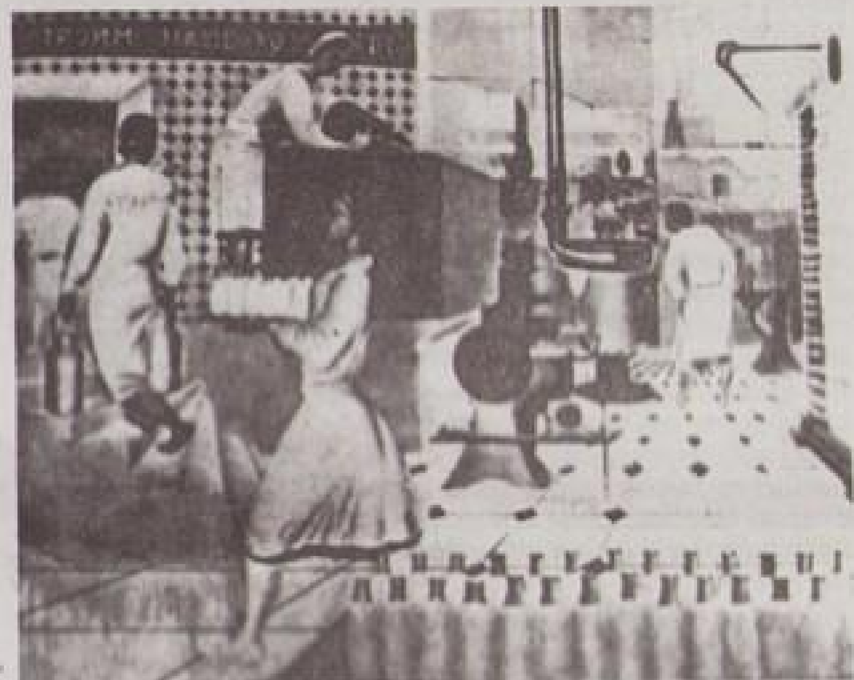
Die gelernte Drehbuchautorin übernimmt gern den Part der Komikerin. Sie läßt in ihren knappen, lakonischen Darstellungen Raum für eigene Interpretationen, so daß sich manche Deutungen erst nach und nach eröffnen. Sie sind zum Vorlesen gut geeignet.

Ihre Erzählungen *Und raus bist du* und *Zickzack der Liebe* haben viele kleine zwischenmenschliche Begebenheiten zum Inhalt. Da gerade für Frauen das Zusammensein mit anderen Menschen oft sehr wichtig ist, sind Frauen zwangsläufig auch die Hauptpersonen. Meistens leiden sie unter der Unzulänglichkeit der Beziehungen, sind ihrer überdrüssig, fügen sich aber in ihr Schicksal. Wie z.B. Irka, die ihrem Mann und ihrem Geliebten in einer Auseinandersetzung verkündet: „ *‚Wenn Ihr Euch prügelt, Jungs, bin ich leider gezwungen meinem ersten Mann beizustehen.' Der Andre war gekränkt. ‚Warum?' ‚Weil er noch nicht gegessen hat.'* "

Die Männer reagieren in vielen Situationen hilflos. Ausdruck dafür ist z.B. der Mann, der seine Ehe so begründet: „*Mascha unterscheidet sich von anderen Frauen dadurch, daß sie mich liebt. Deshalb ist sie meine Frau.*" Die sparsame Sprache drückt die Kommunikationslosigkeit zwischen den Geschlechtern sehr beredt aus.

Die Leserin erhält auf sehr humorvolle Weise eine Erklärung für die hohe Anzahl von Scheidungen, die von Frauen eingereicht werden. Es werden die vielen „Kleinigkeiten" zusammengetragen, die sich hinter dem stereotypen Scheidungsgrund „Trunkenheit des Mannes" verbergen. Das gipfelt darin, daß sich die Frauen mit diesen Männern private Glücksansprüche schlecht erfüllen können. Die Beziehungen werden ohne Kläger und Angeklagte in der speziell von der Autorin wahrgenommenen Komik geschildert. Auch die Frauen werden darin entlarvt, wie sie sich selbst betrügen. Eine „Botschaft" liegt lediglich darin, die Situation so nüchtern zu sehen — nach Lösungen sucht man vergebens. Es sei denn, man sieht einen Ansatz darin, daß die Tokarewa sich weniger mit der existenziellen, ökonomischen Seite sondern eher mit der emotionalen Seite des Frauenlebens beschäftigt.

V. Tokarewa
Und raus bist du, Ámman Verlag, Zürich 1987
V. Tokarewa
Zickzack der Liebe, Pahl-Rugenstein, Köln 1987



Ju. Pimenor

Natalja Baranskaja

Natalja Baranskaja wurde 1911 in Leningrad geboren. Ihre erste Erzählung „Woche um Woche" veröffentlichte sie erst 1969. Sie hatte in der Sowjetunion eine große Resonanz und wurde in zahlreiche andere Sprachen übersetzt — wohl nicht zuletzt deshalb, weil viele Frauen sich in ihren Erzählungen wiederfinden.

Woche um Woche

Selbst Mutter von zwei Kindern beschreibt Natalja Baranskaja in ihrer Erzählung „Woche um Woche" den Alltag einer jungen Wissenschaftlerin und Mutter, die zwischen der Sorge um das Einkaufen, Kochen, Kinder in die Krippe bringen und wieder abholen und ihrer Berufstätigkeit als Chemikerin, die einen neuartigen „Schichtpreßstoff" entwickelt, aufgerieben wird.

In der Firma wird ein Fragebogen zur Situation der Frau verteilt. Olga, die Hauptfigur, und ihre Kolleginnen fühlen sich bedroht, kann doch kaum eine von ihnen allen Ansprüchen gerecht werden. So befürchtet Olga, daß nun ihre Fehltage, die wegen verschiedener Krankheiten ihrer Kinder entstanden sind, aufgedeckt werden. So leidet jede ihrer Kolleginnen an einer anderen „Unzulänglichkeit". An der Frage Nr. 5 entlädt sich ein Streit: „*Wenn Sie keine Kinder haben, dann aus welchem Grund?*"

Doch der Alltag holt die Frauen schnell wieder ein. In der Mittagspause

Doch der Alltag holt die Frauen schnell wieder ein. In der Mittagspause wird reihum der Einkauf organisiert. Die Abende und das Wochenende sind bis zur letzten Minute mit dem Familienalltag ausgefüllt. Olga trägt die Hauptlast. Ihr Ehemann tritt nur in kleinen Episoden wie der folgenden in Erscheinung.

„ *‚Bügele mir bitte gleich die Hose mit' bittet Dima. — ‚Dim, ich bitte Dich, bügele sie selbst, ich möchte den Rock fertig machen.' — ‚Du bügelst doch sowieso schon.' — ‚Sowieso hin sowieso her, ich bitte Dich bügele heute mal Deine Hose selbst.'* (...) *Ein stiller Sonntagabend. Wir sitzen und lesen. Nach zwei Minuten fragt Dima: ‚Und was ist mit meiner Hose?'* "

Die zweite Erzählung in diesem Band — „Ljubka" — handelt von einem jungen Mädchen, das gerne tanzt und feiert und dazu eine Clique von jungen Leuten um sich gesammelt hat. Ihr Verhalten stößt in dem großen Wohnblock auf Ablehnung, es verträgt sich nicht mit den Bedürfnissen speziell der älteren Bewohner. Die rufen das „Ehrengericht der Hausblockverwaltung" an. Dort soll der Lebenswandel des jungen Mädchens verhandelt werden. Das ganze ungeahnt spießbürgerliche Denken der Nachbarn bricht über sie herein. Die Autorin wirbt für Verständnis, indem sie die Lebensumstände des jungen Mädchens schildert, die geprägt sind durch eine Mutter, die den Mann im Krieg verlor und zur Alkoholikerin wurde. Und sie schildert die positive Rolle, die Ljubka in ihrer Clique spielt.

Das Ende der Welt

Mit dem Schreiben begann für sie ein neues gleichsam zweites Leben, sagt die über sechzigjährige Natalja Baranskaja. Die acht Kurzgeschichten in dem Band *Das Ende der Welt* behandeln sehr unterschiedliche Lebenszusammenhänge von Frauen, in denen vielfach ältere Frauen eine Rolle spielen. Fast alle verfolgen einen eigenen Weg: Sei es die erfolgreiche Sprachwissenschaftlerin, die ihre Unabhängigkeit nicht gegen einen Mann eintauschen

möchte; die Großmutter, die es satt hat, Seelsorgerin und Bedienstete einer gro-

möchte; die Großmutter, die es satt hat, Seelsorgerin und Bedienstete einer großen Familie zu sein, sie stirbt; die Ehefrau, die lernt, ihrem Mann Freiräume zu gönnen; die Lehrerin, die sich in den Ferien mit einem „wilden" Kind anfreundet; die Rentnercrew, die um den Tod einer Katze trauert; das junge Mädchen, das mit sehr unterschiedlichen Lebensweisen von Vater und Mutter konfrontiert ist; die schüchterne Laborantin, die sich ein bißchen vom Zufall helfen läßt. Die alleinstehende Professorin, die die Aufmerksamkeit einer Feriengesellschaft erregt.

Hier werden Lebenserfahrungen weitergegeben, in denen auch die kleinen Begebenheiten wichtig genommen werden.

Ein Kleid für Frau Puschkin

In ihrer Erzählung *Ein Kleid für Frau Puschkin* verarbeitet Natalja Baranskaja einen historischen Stoff: die Trauerzeit der jungen Frau des russischen Dichters Puschkin. Er war 1837 nach einem Duell, das er mit einem Verehrer seiner Frau führte, gestorben.

Literatur spielt in der Sowjetunion eine größere Rolle als hierzulande, und es ist durchaus nicht ungewöhnlich, daß bei aktuellen Themen Parallelen zu historischen bzw. literarischen Personen gezogen werden. Zeitlos erscheint das Problem der schönen privilegierten Natalja (deren Verschwendungssucht selbst in normalen Lexika Erwähnung findet). Nachdem sie mit ihrem Mann in Petersburg auf großem Fuß gelebt hat, muß sie sich nun auf das abgelegene Gut ihres Bruders zurückziehen. Geblieben sind ihr die Kinder und die schönen Kleider, aber die können ihr keinen Lebensinhalt geben, und so flüchtet sie sich in Phantasien.

Natalja Baranskaja, Woche um Woche, Sammlung Luchterhand, Darmstadt 1979
N. Baranskaja, Das Ende der Welt, Sammlung Luchterhand, Darmstadt 1985
N. Baranskaja, Ein Kleid für Frau Puschkin, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1982

„Die süße Frau"

Der Band *Die süße Frau* enthält vier Erzählungen verschiedener Autorinnen, die in den Jahren 1973 — 1979 in Moskau veröffentlicht wurden.

Viktoria Tokorewa: Der alte Hund

Im Mittelpunkt dieser Erzählung steht Inna, 32 Jahre alt, unverheiratet. Sie fährt in ein Sanatorium, um sich dort *„einen Mann zu angeln"*, denn *„zum Sterben beispielsweise war es zu früh, für die Aufnahme in den Komsomol zu spät, zum Heiraten jedoch — höchste Zeit."* Hinter dem Heiratswunsch steht eine sehr schlichte biologische Anschauung: *„Das Leben ist von Natur aus so bemessen, daß der Mensch zwei Generationen großziehen kann, die Kinder und die Enkel."*

Zwar liebevoll aber zugleich mit beißender Rücksichtslosigkeit berichtet die Autorin über Innas „Erfolge", über die Menschen, die ihr im Sanatorium begegnen und darüber, weshalb sie die alte Hündin Radda nicht ausstehen kann. Der Wunsch Innas, „unter die Haube" zu kommen, wird in keiner Weise in Frage gestellt.

Irina Welembowskaja: Die süße Frau

Die Erzählung beginnt mit dem Schluß: Anja, Arbeiterin in einer Süßwarenabteilung eines Moskauer Konditoreibetriebes, liegt nach einem schweren Treppensturz im Krankenhaus. Die Gründe sind unbekannt. In Rückblenden lernt die Leserin ihre Geschichte kennen. Konsequent wird das Leben einer Frau dargestellt, die zwar naiv aber letztlich oberflächlich mit ihrer Umgebung und mit ihren eigenen Gefühlen umgeht, und darauf bedacht ist, nach außen zu wirken und ihre Vorteile wahrzunehmen. Dies allerdings wird nicht als ein ihr eigener rücksichtsloser Charakterzug dargestellt, sondern als Reaktion, als Anpassung an das, was die Gesellschaft ihr bietet bzw. von ihr verlangt.

Noch sehr jung läßt sie ihr ungewolltes Kind bei den Eltern ihres Freundes zurück. Sie möchte ungebunden sein und ihre Jugend genießen. Das Kind wird bei den Großeltern besser versorgt als bei ihr. Sie beteiligt sich in ihrem Betrieb engagiert an der Sozialarbeit, allerdings zugleich mit dem Hintergedanken, darüber eine eigene Wohnung zu bekommen. Sie kümmert sich um ihren Sohn, kehrt aber vor allem die liebende Mutter heraus, wenn andere zugucken, wenn es ihr Vorteile bringt. Ihr Mann nennt sie *„eine Puppe mit blauen Augen"*.

Insgesamt hat die Darstellung der Anja etwas Unglaubwürdiges. Es hat den Anschein, daß die Figur eine bewußt gewählte Kunstform der Schreiberin ist, um etwas über die Rolle der Frau in der sowjetischen Gesellschaft mit Nachdruck deutlich zu machen.

Valentina Jeromolowa: Männerbummel

Gemessen an der Ausführlichkeit mit der die Autorin die Charaktere von fünf Männern beschreibt, könnte man das ganze für eine Männergeschichte halten.

Seitenlang wird dargestellt, wie sich die fünf Freunde nach der Arbeit treffen, durch Cafés bummeln, essen, trinken, sprechen, sich entspannen. Fast witzig aber durchaus realistisch mutet dabei an, daß die Männer trotz der vertrauten Atmosphäre eine Rangordnung untereinander streng einhalten.

Tatsächlich bildet dies aber nur den Hintergrund für die Beschreibung der Beziehungsprobleme eines dieser Männer und für die Situation seiner Ehefrau Sonja. Rückhaltlos und offen wird die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau dargestellt.

Für den Mann, Iwan Gawrilow, ist der Beruf das Wichtigste: Er lebte *„intensiv, angespannt — außerhalb der eigenen vier Wände"*, seine Kräfte reichten abends nur noch für eines: *„ sich in den Sessel fallen zu lassen und gedankenlos in die Röhre zu starren."* In der Familie suchte er *„Vergessen und Erholung"*, und wenn er *„zu Hause nicht bekam, was seine ermüdeten Nerven brauchten, ging er zu seinen Freunden."*

Ganz anders dagegen die Rolle der Frau: *„Als der Kleine kam, änderte sich das Leben, aber nur Sonjas. Sie war vollkommen beansprucht von Windeln und Nachtwachen.* (...) *Iwan bemitleidete sie, aber es kam ihm gar nicht in den Sinn, das Los seiner Frau zu erleichtern.* (...) *Iwans Verbindungen zur Welt wuchsen,* (...) *ihre hingegen rissen ab."*

Es ist die Frau, die sich angesichts dieser Situation selbstkritisch in Frage stellt: *„Möglicherweise bestand ihre Schuld darin, daß sie ständig geschwiegen hatte und zu stolz war, ihre Ansprüche laut zu äußern. Sie meinte ihr Mann müsse selbst darauf kommen."*

Die Erzählung endet mit einem Nervenzusammenbruch Sonjas.

Maja Ganina: Goldene Einsamkeit

In der kurzen Erzählung beschreibt die Autorin die Gedanken und Gefühle einer 42jährigen Schauspielerin, die ihr Leben eigenständig und ungebunden als Außenseiterin unter ihren KollegInnen geführt hat. Obwohl sie mit ihrer Lebenseinstellung durchaus zufrieden ist, „liebäugelt" sie mit dem Wunsch nach männlicher Geborgenheit. Nach einem Traum heißt es: *„Mit diesem süßen, sie in der Wirklichkeit nie so jäh überkommenden Verlangen wachte sie auf (...) und begann über ihren Tröster nachzusinnen, über seine alles verzeihende, alles rechtfertigende männliche Güte und darüber, daß ihr im Wachsein nichts dergleichen mehr widerfahren werde."*

Die süße Frau — Erzählungen aus der Sowjetunion, hrsg. Monika Tantzscher, Fischer Verlag, Frankfurt 1986

Maja Ganina

Maja Ganina wurde 1927 in Moskau geboren. Sie lernte Maschinenbautechnik und arbeitete als Konstrukteurin in einer Moskauer Autofabrik. Von ihr sind seit 1954 in der Sowjetunion zwanzig Bücher erschienen. In deutscher Übersetzung liegen aus der DDR die beiden Romane *Im Sternbild der Zwillinge* (1977) und *Hundert meiner Leben* (1985) vor.

Der Roman *Hundert meiner Leben* spielt auf einer 1000 Hektar großen Baustelle in der sibirischen Taiga, fünf Zeitstunden versetzt von Moskau. Dorthin bewirbt sich Maria, eine ungebundene Frau *„von reichlich vierzig Jahren"*. Sie ist gründlich und zuverlässig. Schnell erkennt sie, weshalb die Planerfüllung nicht klappt: Fahrer verschaffen sich Nebenverdienste, indem sie für andere Fleisch, Pelze und Kartoffeln transportieren. Der Beton wird nicht zur Baustelle gebracht, sondern in die Kuhställe und andere Bauten der umliegenden Dörfer. Gegen den Widerstand einiger Betriebsleiter, die selbst in die Korruption verwickelt sind, spricht sie die Mißwirtschaft an. Am nächsten Tag brennt die Kantine, zehn Arbeiter kündigen.

Im Kontrast zur Darstellung der technischen Abläufe steht die Beschreibung der fremden Landschaft. Gespräche zwischen Maria und den Einheimischen streifen ökologische Fragen. *„Bis nach dem Krieg hatten wir hier einen Kolchos und Ackerland! Wir aßen eigenes Brot. Kühe hatten wir. Aber jetzt, sehen Sie wird alles rangebracht.* (...) *Na, ihr Kombinat wird mit Rohstoffen alle möglichen Maschinen herstellen. Ja? Aber eine Maschine kann man nicht kauen, kann man nicht anziehen, sie muß das, was man kaut und anzieht, erst herstellen.* (...) *Wer weiß, ob Ihre Werkzeugmaschinenfabrik soviel Gutes bringt, wie ihretwegen vernichtet wurde."*

Und noch eine dritte Ebene bietet der Roman. In Rückblenden lernen die Leserinnen das Milieu einer Moskauer Randgebietssiedlung kennen. Hier lebte Maria vor ihrer Bewerbung nach Sibirien als alleinstehende Frau. Die Hellhörigkeit ihres Zimmers macht eine Auseinandersetzung mit ihren Nachbarn unausweichlich. Im „Scherz" schließt sie mit der Nachbarin einen Vertrag ab, sie „kauft" ihr für einen Monat ihren Mann ab. Daraus entwickelt sich eine Liebesbeziehung, die sich in Sibirien fortsetzt.

Alle angeschnittenen Probleme werden nicht gelöst. Maria überlegt zu kündigen, um einen Neuanfang zu machen. Gibt es den überhaupt?

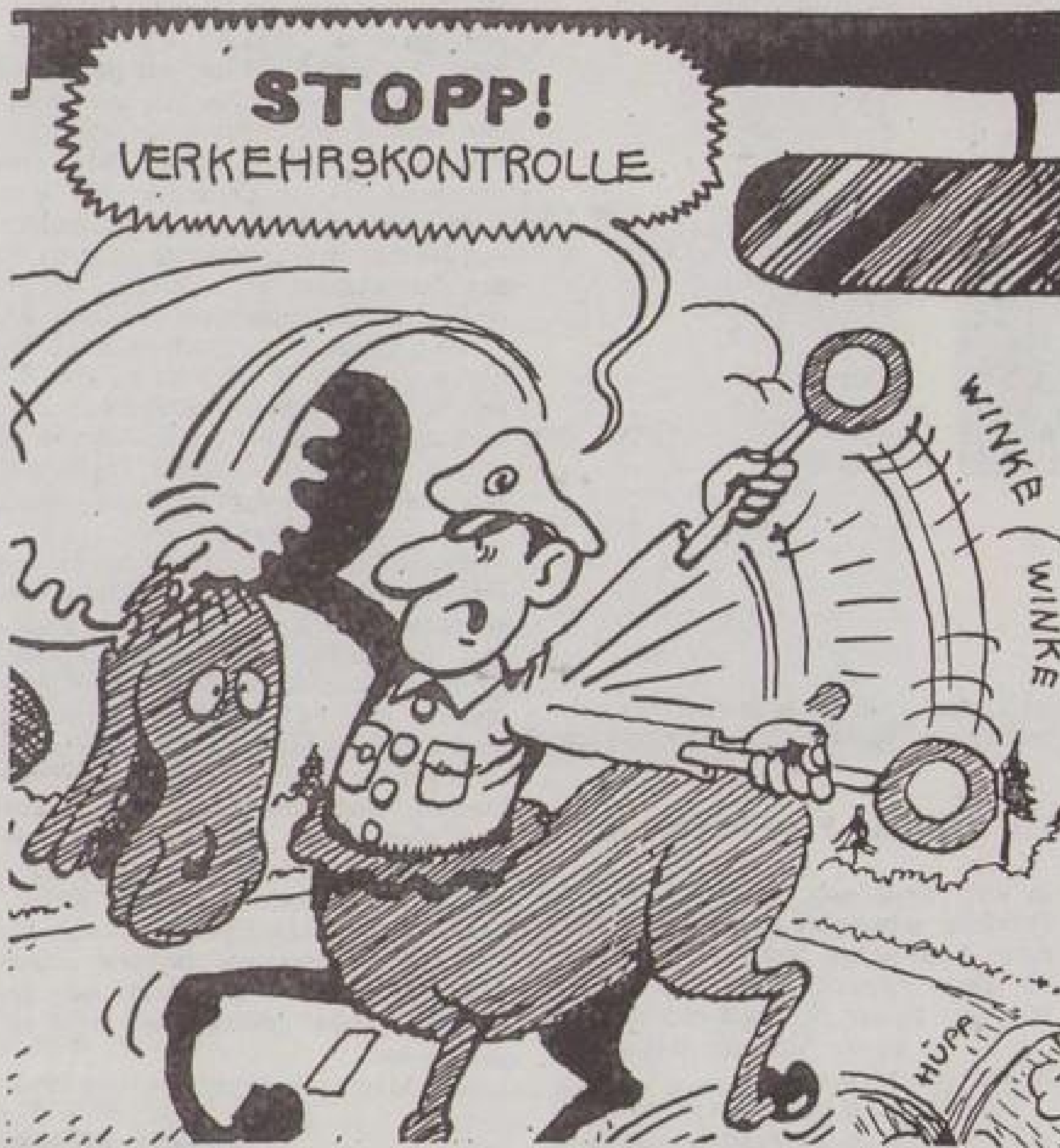
Maja Ganina, Hundert meiner Leben, Verlag Volk und Welt, Berlin 1985

„Neben der schon erfolgten Vorlage eines alternativen Verfassungsschutzprogrammes mit dem unter anderem genannten Ziel der Spionageabwehr wird die Verhandlungskommission der Grünen-Hessen zusätzlich beauftragt, auch ein Programm für ein alternatives Landeskriminalamt mit alternativen Verhörtechniken und alternativem Schußwaffengebrauch in die Verhandlung einzubringen."

(Antrag an die Landesversammlung der Grünen-Hessen am 15.1.1984 in Usingen)

Hessen-Grüne wieder vorn:

Von der APO zur aPo



Keine Satire erscheint absurd genug, um nicht von der Wirklichkeit eingeholt zu werden. Den vorgenannten Text hatte die unter Spannung stehende Landesversammlung als billigen Trost für einige Kritiker des hessischen Realo-Kurses unter Gelächter verabschiedet, nachdem man zuvor mit großer Mehrheit die Verhandlungsergebnisse mit der SPD zum Punkt „Innere Sicherheit" gebilligt hatte. Keine fünf Jahre später ist es soweit: Die Grünen in Hessen legen eipen ersten eigenen Entwurf für ein alternatives Polizeigesetz — aPo — vor.

Anlaß ist der CDU/FDP-Text für ein HSOG (Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz), der im Landtag eingebracht worden ist. Als Folge des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts, nach dem jegliche Datensammelei als Eingriff in die allgemeinen Persönlichkeitsrechte aus dem Grundgesetz zu werten ist und daher gesetzlicher Grundlage bedarf, gehen derzeit die Innenpolitiker der Länder und des Bundes daran, für die Polizei entsprechende neue „Eingriffsbefugnisse" zu schaffen. Klar, daß dabei die Polizeigesetze den Realitäten der Polizeipraxis bzw. noch weitergehenden Wünschen der Polizei angeglichen werden sollen und nicht etwa umgekehrt dem Polizeihandeln Schranken gesetzt werden.

Entsprechend werden im hessischen Regierungsentwurf die Polizeiaufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr um die „vorbeugende Bekämpfung von Straftaten" erweitert, so daß jeglichem „präventiven" Polizeihandeln Tür und Tor geöffnet wird. Dafür werden die Vorschriften für Identitätsfeststellungen, ED-Behandlung, Razzien, Datensamme-
Vorschriften für Identitätsfeststellungen, ED-Behandlung, Razzien, Datensamme-
lei allesamt gelockert; Datensammlung, Datenspeicherung, Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung, Datenübermittlung an Geheimdienste und Arbeitgeber, Observation und Abhören — alles was Polizisten heute schon (häufig illegal) tun, ist bald „rechtmäßig". So weit — so schlecht.

Die hessischen Grünen dagegen wollen „im Interesse eines effektiven Schutzes" der Bürgerrechte *„alle polizeilichen Aktivitäten zur Gefahrenabwehr und Straftatenbekämpfung begrenzen"*. In § 1 ihres HSOG-Entwurfes begrenzen sie die Maßnahmen der Polizei auf die Abwehr von Gefahren, durch die die öffentliche Sicherheit bedroht wird. Der zweite Begriff, der bisher zu schützen ist, die Ordnung, fällt ersatzlos weg. Das ist ein alter sozialdemokratischer Hut, der beispielsweise im Bremer Polizeigesetz schon lange verwirklicht ist. Nur ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Polizei in Bremen und Bremerhaven Punks oder andere Kids auf den Wachen weniger malträtiert, Penner weniger schikaniert werden oder weniger gespitzelt wird als anderswo. Sonst darf die Polizei, die sich die Grünen wünschen, weiter alles, was sie schon immer durfte: Vorladen (§ 17), Sicherstellen (§ 18), Zwangsmittel bis hin zum Schußwaffengebrauch anwenden (§ 25), Mitnehmen zur Dienststelle (§ 45), ED-Behandeln (§ 45a), in Verwahrung Nehmen (§ 46), Personen und Gegenstände Durchsuchen (§ 50), Wohnungen Durchsuchen (§ 52) etc. Neu ausgedacht haben sich die grünen Polizeipolitiker, wann Bürger auch unter Berücksichtigung „eines effektiven Schutzes der Bürgerrechte" in die Polizeicomputer eingespeist werden dürfen, natürlich nur zu den in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Zwecken (§ 44a), wann die Datenverarbeitung zur Wahrnehmung der vollzugspolizeilichen Aufgaben erforderlich und geeignet ist (Abs. 3 Nr. 1) und wann das öffentliche Interesse an der Verarbeitung dieser Daten gegenüber dem Recht des Betroffenen auf informelle Selbstbestimmung überwiegt (Abs. 3 Nr. 2). Eine verdeckte Datenerhebung soll den Grünen zufolge zulässig sein, wenn die Abwehr einer erheblichen gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben einer Person auf andere Weise nicht möglich wäre (§ 44b Abs. 4). Aus Bild- und Tonaufzeichnungen dürfen personenbezogene Daten erhoben werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß dies zur Abwehr einer erheblichen Gefahr erforderlich ist (Abs. 5). In öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen dürfen personenbezogene Daten erhoben werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß aus oder wegen der Versammlung Straftaten gem. §§ 125 (Landfriedensbruch), 125a (schwerer Landfriedensbruch), 211 (Mord), 212 (Totschlag), 223a (gefährliche Körperverletzung), 224 (schwere Körperverletzung), 239 (Freiheitsberaubung), 239b (Geiselnahme), 243 (schwerer Diebstahl), 244 (Diebstahl mit Waffen, Bandendiebstahl), 249 (Raub) oder 303 (Sachbeschädigung) begangen werden (Abs. 6 des Grünen-Entwurfs). Nach Abs. 7 darf die Vollzugspolizei auch in oder aus Wohnungen eine verdeckte Datenerhebung durch den Einsatz optischer und akustischer Hilfsmittel durchführen.

Halten wir fest: Der grüne Entwurf erlaubt verdeckte Datenerhebung, Bild-und Tonaufzeichnungen, Demoaufnahmen und den Einsatz verdeckter Kameras und von Wanzen. All das wird durch jeweilige Hinzufügung des Wortes „nur wenn" verharmlost. Insbesondere die Erfassung von DemonstrationsteilnehmerInnen ist genauso von der Polizei schon immer begründet worden, was die Verfasser des Gesetzestextes natürlich auch genau wissen, weil sie sich als Strafverteidiger in zahllosen politischen Prozessen mit polizeilichen Observationspraktiken auseinanderzusetzen hatten. Da ändert es auch wenig, daß Daten grundsätzlich offen zu erheben sind (§ 44b Abs. 3), wenn die verdeckte Datenerhebung dann doch wieder erlaubt wird (§ 44b Abs. 4) und wenn die Umstände ihrer Erhebung festzuhalten sind (Abs. 8). Gleiches gilt natürlich auch für die Vorschriften über Speicherung, Auswertung und Veränderung der Daten, über Datenabgleich, Berichtigung, Sperrung und Lösung, die den Betroffenen im Prinzip Rechte auf Auskunft etc. einräumen, in bester deutscher Polizeitradition aber doch immer eine Ausnahmeregelung enthalten. Freuen sollen wir uns darüber, daß andere Dienststellen die ihnen durch Datenabgleich übermittelten Daten nur zu den Zwecken, zu denen sie übermittelt wurden, verwenden dürfen. Hoffentlich hält sich ein CSU-kontrollierter BND auch an einen vom grünen Innenpolitiker definierten Verwendungszweck.

Mensch muß es leider offen realisieren: Hier haben sich nicht irgendwelche ahnungslosen Provinzdeppen mal wieder realpolitische Gedanken gemacht, hier haben Juristen der Grünen, mit der Materie bestens vertraut, bewußt definiert, daß sie der hessischen Polizei alles, was heute sowieso praktiziert wird, weiter erlauben wollen. Das muß Beobachter umso bedenklicher stimmen, als die grünen Innenpolitiker durchaus auch über das nötige historische Hintergrundwissen verfügen, das es verbieten sollte, einem deutschen Polizisten auch nur eine Wasserpistole auszuhändigen.

th., Frankfurt

Rettet die Republik!

Aufruf der Realos an die Abgeordneten aller Fraktionen

Der Hofberichterstatter der hessischen Grünen war wie gewohnt zur Stelle. „Fischer drängt auf Parlamentsreform" — kein Wort ist zuviel in Redakteur Klingelschmitts Schlagzeile („taz" vom 5.10.), und dennoch sieht man ihn leibhaftig vor sich, den grünen Ex-Minister, drängend, wortgewaltig und nicht mehr ganz nüchtern, dem Fortschritt eine Bresche schlagend. Daß Joschka in der „Spiegel"-Umfrage nach den beliebtesten PolitikerInnen des Monats Oktober nicht einmal erwähnt wird, während Intimfeindin Jutta Dittfurth immerhin 23% Zustimmung verbuchen kann, liegt wahrscheinlich nicht an seinem PR-Gehilfen von der „taz". Klingelschmitt gibt sich wirklich alle Mühe. Wenn es der Sache dient, macht er auch aus der ödesten Landtagsroutine eine heiße Story:

Die hessischen Grünen haben ein Papier zur Parlamentsreform beschlossen. Höchste Zeit! Wallmann, der Schurke, hat öffentlich darüber nachgedacht, in Hessen den „Teilzeitabgeordneten" einzuführen. „Wachs in den Händen der Bürokratie und der Regierungen" wäre dieser Halbtagsparlamentarier, warnt der grüne Fraktionsvorsitzende. Was fehlt dem hessischen Landtag? Zeit für Generaldebatten! Ein Europaauschuß! Antrags- und Initiativrecht im Bundesrat! Erweiterung seiner Rechte gegenüber Administration und Landesregierung!

Die Grünen scheinen fest überzeugt, daß ihr Reformvorschlag auch in den anderen Fraktionen auf Resonanz stößt. Nicht nur wegen der versprochenen Arbeitsplatzsicherung (an die Rente denken!). Stärkster Teil ihres Papiers — und in der „taz" aus unerfindlichen Gründen unterschlagen — ist die Präambel, in dem auch dem letzten CDU-Hinterbänkler die krisenhafte, nach Veränderung schreiende Lage des Parlaments drastisch vor Augen geführt wird. Nach Flick, dem Selbstamnestierungsversuch der großen Parteien, der Barschel-Affäre und dem hessischen Diätenskandal ist „das Ansehen von Politik im allgemeinen und von Politikern im besonderen unter der breiten Mehrheit der Bevölkerung erbärmlich". Für die hessischen Grünen ist das kein Grund zur Freude, schließlich „nimmt so die Grundlage eines demokratischen Konsens Schaden: das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in die allgemeine Gültigkeit der Regeln von Gesetz und Verfassung, und d.h. die Gültigkeit auch und gerade gegenüber jenen, die diese Regeln und Gesetze machen und anwenden, d.h. schlicht die demokratisch legitimierte Macht haben". Kaum dämmert es der „Mehrheit der Bevölkerung", daß vor dem Gesetz eben nicht alle gleich sind, schon stürzen die Grünen herbei, um diese „Krise des demokratischen Verfassungsstaates" schleunigst zu beheben. „Vertrauenskrise" — dieses Wort finden die Verfasser so faszinierend bedrohlich, daß sie es in vier aufeinanderfolgenden Sätzen gleich fünfmal verwenden und nur die Attribute variieren: „schleichende", „offene", „eine der schlimmsten Vertrauenskrisen" (Weiter hinten ist die Krise noch je einmal „ernst" bzw. „selbstverschuldet"). Wer von seiner Mission so durchdrungen ist, darf sich auch mal eine Formulierungsschwäche leisten.

Die Bereitschaft der hessischen Grünen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, zum Wohle des krisengeschüttelten „Verfassungsstaates" Gemeinnutz vor Eigennutz zu stellen, wirkt nicht nur albern, sondern auch unlogisch. Wo bleibt da die Realpolitik, wenn die Partei nicht versucht, aus dem hessischen Diätenskandal kräftig Kapital zu schlagen? Wieso nicht das wenige verbliebene „Vertrauen" in die etablierten Parteien weiter untergraben? Die bei den Grünen offensichtlich gehegte Befürchtung, in der allgemeinen „Vertrauenskrise" selbst mit unterzugehen, wäre ja nur dann plausibel, wenn man den Menschen nicht mehr zutraut, zwischen Grünen und „Altparteien" unterscheiden zu können. Seit wann haben die hessischen Grünen eine so selbstkritische Sicht ihrer bisherigen Politik? Was für Gedanken bewegen diese realistischen und illusionslosen Politiker: Geht es unseren Wählern am Ende schon wie den Tieren in Orwells antistalinistischer Parabel „Animal Farm", die ihre ehemals revolutionären Führer und neuen Ausbeuter, die Schweine, nicht mehr von den alten Ausbeutern, den Menschen, unterscheiden können: Sie „blickten von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein und wieder von Schwein zu Mensch, aber es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war".

In so düsteren Farben ist das Bild der grünen Partei selbst im AK noch nicht gemalt worden.

Js./Hamburg

GRÜNE:

Religions- statt Chemieunterricht

Diese dumpfen Pfaffenchristen,
Laßt uns keck sie überlisten!
Mit dem Teufel, den sie fabeln,
Wollen wir sie selbst erschrecken.

Goethe

Auch ohne satanische Unterstützung gelang es: Der anti-aufklärerischen Strömung bei den baden-württembergischen Grünen wurde eine unerwartete Nieder-
Grünen wurde eine unerwartete Nieder-
lage zuteil. So geschah es auf dem Landesparteitag in Schwäbisch-Hall am 21. und 22. Oktober. Auch die Antiklerikalen waren überrascht von der deutlichen Abfuhr, die der pro-christliche Landesvorstand hinnehmen mußte. Seine Politik, im Rahmen einer Programmdebatte um die Trennung von Staat und Kirche (vgl. AK 295 und 299) vor allem den Dialog mit den christlichen Kirchen und deren positive Rolle bei der Beantwortung ethischer Fragen zu betonen, war der Mehrzahl der DelegiertInnen nicht einsichtig zu machen.

Beschlossen wurde ein Kompromiß. Mit dem allen Anschein nach die konsequenten Antiklerikalen besser leben können als die erklärten Christen und die um Ausgleich mit den Kirchen bemühten baden-württembergischen „Realpolitiker" (eine regionale, auch der CDU nicht prinzipiell feindlich gegenüberstehende Mutation).

Nach Büttenreden ein klares Votum

Stimmungsmäßiger Gipfel — und politischer Tiefpunkt — der Debatte war der Auftritt des Landtagsabgeordneten Kretschmann, der in weitschweifigen Ausführungen darlegte, daß in allen Ländern, in denen die Trennung von Staat und Kirche stärker als in der BRD vollzogen sei (z.B. Frankreich, USA), die Ökologiefrage nicht vorwärtskomme. Unter dem Gelächter der DelegiertInnen plädierte er dafür, anstelle des Religionsunterrichts doch lieber den Chemieunterricht abzuschaffen. Dem ehemaligen Fraktionschef der Landtagsgrünen und Befürworter von Tolerierungsangeboten an die CDU, Fritz Kuhn, fiel vor allem ein, daß die „Ökologie bei den Grünen Vorrang" habe und es „zwischen Kirchen und Grünen viele Gemeinsamkeiten" gebe.

Selbst solche rhetorischen Spitzenleistungen konnten die Stimmung nicht mehr kippen. Vergebens auch das Taktieren der Mitglieder der Landesarbeitsgruppe „Christen bei den Grünen": Beide Anträge aus ihren Reihen — ein „offizieller" und ein persönlicher, verfaßt von einem christlichen Dissidenten, wurden als chancenlos zurückgezogen, der offizielle explizit zugunsten des Landesvorstandantrags. Die Abstimmung schaffte dann ziemlich klare Verhältnisse: 49 Stimmen für den antiklerikalen Antrag des Kreisverbandes Rastatt/Baden-Baden, 148 Stimmen dagegen, 10 Enthaltungen; das waren immerhin fast 25% Fürstimmen und eher mehr als erwartet. Der kurzfristig noch „radikalisierte" Antrag des Landesvorstandes erhielt aber auch nur 60 Stimmen (122 dagegen, 18 Enthaltungen). Angenommen wurde der Initiativantrag des Kreisverbandes Heidelberg (132 ja, 48 nein, 20 Enthaltungen). Er enthält — als „Tendenzbeschluß" — folgende prinzipielle Aussage: „Die Grünen sind mit ihrer Programmatik in diesem Sinne der neuzeitlich aufklärerischen Tradition des religiös und weltanschaulich neutralen Staates verpflichtet, in der sich jede Privilegierung einer Religion oder religiöser Gruppen und Organisationen ge-
jede Privilegierung einer Religion oder religiöser Gruppen und Organisationen ge-
genüber anderen verbietet. Auch muß die Entscheidung für eine atheistische Position völlig gleichberechtigt neben derjenigen für eine religiöse Position stehen". Gefordert wird u.a.:

„— Ersetzung der Kirchensteuerregelung durch kircheninterne Beiträge;"
„— Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach und religiöser Erziehungsaufträge für staatliche Schulen",
„— Einführung der Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer in allen kirchlichen Einrichtungen, die nicht der christlichen Verkündigung dienen und vom Tendenzschutz erfaßt bleiben sollen".

Die Christlichen schäumen

Der Heidelberger Antrag wurde zwar durch allerhand Zusatzanträge noch verwässert — so wird in der beschlossenen Fassung die Bereitschaft zum Dialog mit der Amtskirche stärker betont — dem Landesvorstand paßt dennoch augenscheinlich die ganze Richtung nicht. Die massiven Reaktionen auf den Parteitagsbeschluß nahm dieses politische Führungsgremium demütig schweigend hin:

— So warf der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus von Trotha den Grünen Intoleranz und „Rückfall in antiklerikale Ressentiments des vorigen Jahrhunderts" vor.
— Nicht ganz so weit zurück in die Vergangenheit griff der Stuttgarter evangelische Oberkirchenrat: „Rückschritt in die 70er Jahre" (Blütezeit der „K-Gruppen"?!).
— Eine regelrechte Kriegserklärung kam vom Freiburger Erzbischof Oskar Saier: „Wenn sie uns unsere Grundlagen (gemeint ist die Kohle; Anm. AK) entziehen wollen, ist klar, daß wir uns gegen diese Angriffe wehren werden."

Zu all dem kein Kommentar des Landesvorstandes. Daß die breit berichtende Regionalpresse überhaupt eine grüne Meinungsäußerung zitieren konnte, ist der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Dora Flinner zu „verdanken". Sie drohte indirekt ihren Parteiaustritt an: „Wer bisher aus christlicher Überzeugung für die Bewahrung der Schöpfung eintrat und dabei in den Grünen einen Partner sah, dem ist nun die Tür zugeschlagen". Hinter der Forderung nach Abschaffung des Religionsunterrichtes stecke die Absicht, „Schülerinnen und Schüler dem Einfluß von Sekten und anderen Interessensgruppen wehrlos und unkontrolliert auszuliefern". Daß dem Landesvorstand zu dieser Enthüllung nichts einfiel, kann ihm allerdings wohl kaum zum Vorwurf gemacht werden.

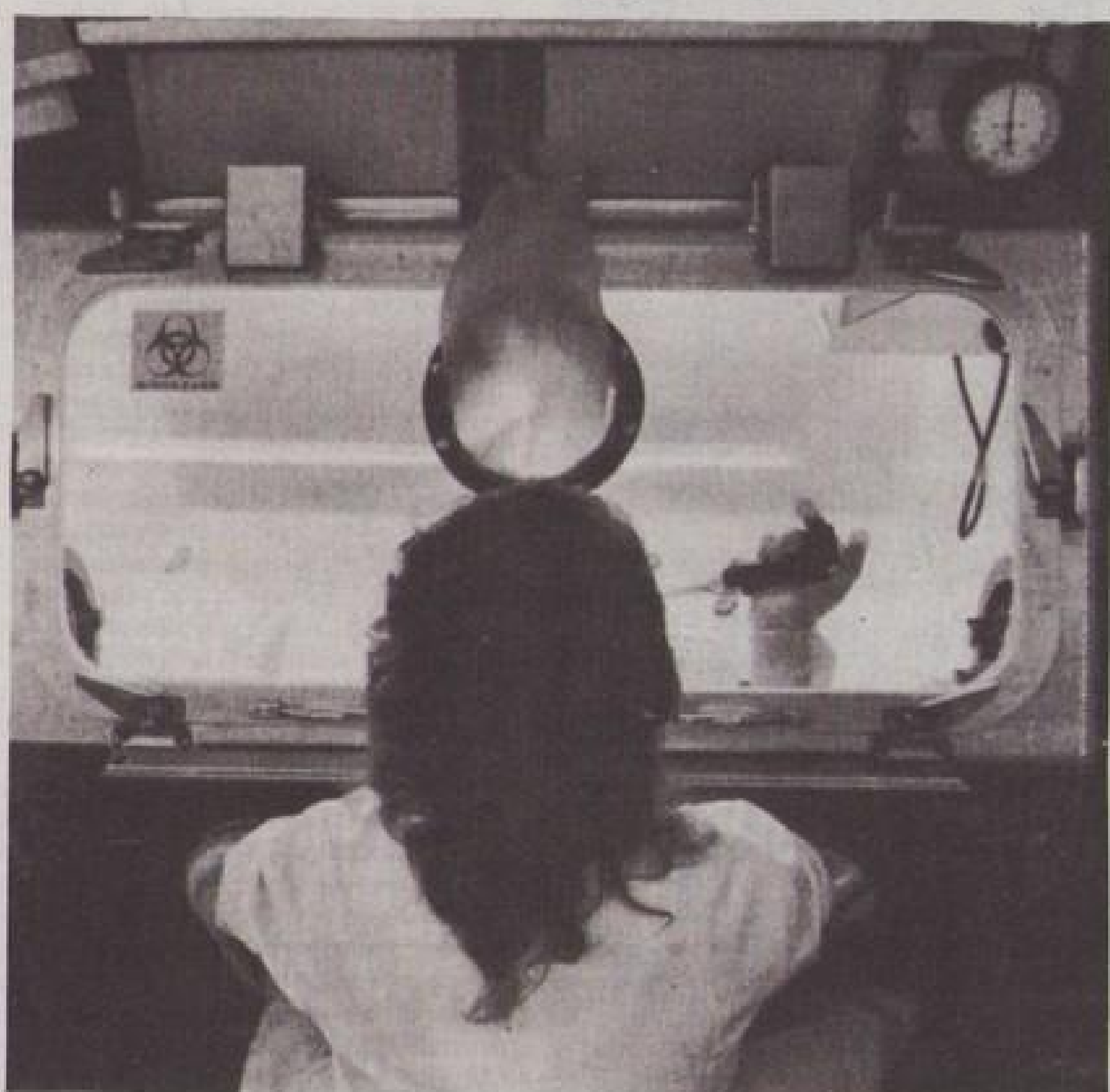
Js./Hamburg

DKP und Gentechnologie:

„Wir haben jetzt transgene Kaninchen und Schweine"

Niemand hat bisher in Sachen Gentechnologie, bzw. Genkybernetik, wie ich es im letzten „ak" genannt habe, eine Lösung vorzuweisen. Die Debatte beginnt erst. Mensch kann froh sein, wenn engagiert um Positionen gestritten wird. Insofern: Lob für die DKP! Diesmal kommt sie nicht zu spät, jedenfalls nicht später als andere. Nach mehrjährigem Vorlauf auf beachtlichem Niveau im theoretischen Unterbau und im Bündnisfeld der Partei tagte im Sommer 88 ein „Forum Gentechnologie" der DKP. Selbst in der „UZ" soll diskutiert werden. Die übrige Linke wird zum Dialog eingeladen. „Neues Denken", neue Initiativen fordert die DKP. Bravo! Den Ball nehmen wir auf. Wenn die DKP ihren Beitrag allerdings als *„den* ersten Entwurf eines Positionspapiers *der* Kommunistinnen und Kommunisten unseres Landes zu dieser neuen Technologie" bezeichnet, dann wollen wir sie an diesem Anspruch auch messen.

F.



Wenden wir uns zuerst den parteioffiziellen Ereignissen zu: Am 25.6.88, parallel zur Veröffentlichung des Programmentwurfs „Bundesrepublik Deutschland 2000", tagte ein eigens vom Parteipräsidium einberufenes mitgliederöffentliches „Forum Gentechnik" in Düsseldorf. Es sollte der Zusammenfassung der bis dahin geleisteten wissenschaftlichen und publizistischen Vorarbeiten zum Thema im Einzugsbereich der DKP dienen. Zur Teilnahme hatte auch die „UZ" aufgerufen. Werner Stürmann, „für Wissenschafts-und Technologiepolitik zuständiges Präsidiumsmitglied" der DKP, warb in einem Interview namens der Partei unter Hinweis auf die *„Umbruchperiode"* der heutigen *„rasanten wissenschaftlich technischen Revolution"* für die Herstellung einer *„engeren Verbindung von Gesellschaftswissenschaften mit den Naturwissenschaften"*. Die *„Verwissenschaftlichung der Politik"* sei Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution selber. Aber die Diskussion einschließlich der Aneignung wissenschaftlicher Forschungen müsse organisiert, könne nicht dem Zufall oder den individuellen Neigungen überlassen bleiben. *„Das ist eine Aufgabe von Leitungstätigkeit."*

W. Stürmann möchte Fehler, die die DKP in der AKW-Debatte gemacht hat, vermeiden: *„Während wir in der Atomenergiefrage einen langen, ich meine auch schmerzlichen Weg zurückgelegt haben, auf dem wir ehemals für richtig erklärte Positionen korrigieren mußten, befinden wir uns bei der Gentechnologie in einer anderen Ausgangslage. Wir beginnen mit einer umfassenden Positionsbestimmung. Wir legen den Weg bewußt so an, daß wir nicht vorschnell Positionen festklopfen, sondern wollen einen längeren Diskussionsprozess gestalten."* („UZ", 22.6.88)

60 Menschen, einschließlich mehrerer Präsidiumsmitglieder, unter ihnen Herbert Mies und Ellen Weber, die das Treffen lt. „UZ" (26.7.88) *„in erster Linie als Konsultation"* verstanden, kamen dann in Düsseldorf zur Diskussion des Entwurfs eines Positionspapiers zusammen. Die Anwesenheit der Präsidiumsmitglieder zeigt, welches Gewicht die DKP dem Thema gibt. Nach einer, wie es in der „UZ" hieß, *„gründlichen und teilweise kontroversen Diskussion"* wurde das von einer AG-Gentechnologie vorgelegte Positionspapier zurückverwiesen, um es in überarbeiteter Fassung zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung steht bisher aus. Über den Charakter der Kontroversen wurde der „UZ"-Öffentlichkeit nichts mitgeteilt.

Desungeachtet lobte die „UZ" das Papier in einem anschließenden zweiten Interview mit W. Stürmann als *„den ersten Entwurf eines Positionspapiers der Kommunistinnen und Kommunisten unseres Landes"* (1.7.88) und forderte zur Diskussion auf. Und unbeschadet der Differenzen skizzierte W. Stürmann die Linie, die „im Kern" von allen TeilnehmerInnen des Forums mitgetragen werde, nämlich: *„Wir halten ein generelles Ja oder Nein zur Gentechnologie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da Risiken oft noch völlig unerforscht und wir von einer gesellschaftlichen Kontrolle weit entfernt sind, ist zugleich eine weitgehende Ablehnung der verschiedenen gentechnologischen Richtungen erforderlich. Wir haben dafür folgende Stichworte gewählt: Auswahl, Moratorium, Kontrolle. Wir sind gegen alle Freisetzungsexperimente, gegen jede militärische Verwendung, gegen jede Anpassung der Menschen an lebensfeindliche Verhältnisse, gegen jede Entwicklung, wo die Nützlichkeit nicht nachgewiesen ist oder wo andere Alternativen bestehen. Entscheidend sind die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse. Da, wo keine reale gesellschaftliche Kontrolle vorhanden ist, ist der Einsatz abzulehnen. Zugleich brauchen wir eine Linienführung, die es möglich macht, offensiv zu agieren. Das heißt, eine Konzeption für ein notwendiges politisches, gestaltendes Eingreifen."* Dies solle sich aber nicht auf bloßes *„Mitmachen, abgefedert durch ein bißchen Mitbestimmung"* beschränken. Man wolle eine *„wirklich demokratische Entscheidung darüber, ob, was und wie geforscht wird und angewandt wird, also eine Nützlichkeits- und Risikoprüfung."* Das bedeute, *„daß wir zunächst bestimmte Anwendungs- und Forschungseinrichtungen generell ablehnen. In allen übrigen Fällen treten wir für ein Moratorium ein, bis demokratische Nützlichkeits- und Risikoprüfungen stattfinden und wirksame Kontroll- und Vetorechte bestehen."* Dazu habe man Kriterien: *„Bildung öffentlicher Biotechnologie-Kommissionen"*, *„Vetorechte für Belegschaften, Betriebs-und Personalräte, Kommunen bis hin zur Stillegung gentechnologischer Labors"*. Entscheidend sei natürlich der *„gesellschaftliche Druck"*, der demokratische Entscheidungen überhaupt erst möglich mache. *„Hier können der Kampf um Betriebsvereinbarungen, um Veränderungen der Forschungspolitik, um Durchsicht und Offenlegung der Prozesse in den 600 gentechnologischen Forschungslabors, um die Verbesserung von Sicherheitsrichtlinien, um die Veränderung der Genehmigungsverfahren z. B. bei anhängenden Freisetzungsanträgen wichtige Ansatzpunkte sein."*

Im übrigen, so W. Stürmann, folge seine Darstellung im wesentlichen den Gedanken des Programmentwurfs „Bundesrepublik Deutschland 2000" (1) und dem langjährigen wissenschaftlichen und publizistischen Vorlauf.

Der wissenschaftliche Vorlauf

Werfen wir also einen Blick auf den „Vorlauf". Hier haben die DKP, bzw. die ihr verbundenen wissenschaftlichen Institute und Organisationen wie „Institut für marxistische Studien" (IMSF), Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi), Marx-Engels-Stiftung und der DKP nahestehende Verlage in Zusammenarbeit mit dem „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR" (IPW, DDR) und dem „Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR" (IMENO, Moskau) tatsächlich Beachtliches zur Entwicklung einer qualifizierten Analyse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und im besonderen der Gentechnologie zusammengetragen. Wer sich mit konkreten Fragen der Gentechnologie, darüber hinausführenden grundsätzlichen Fragen der „Produktivkraftentwicklung im Zeitalter der beschleunigten wissenschaftlich-technischen Revolution" und daraus folgenden gesellschaftlichen Entwicklungslinien analytisch genauer befassen will, muß diese Arbeiten kennen. Kennen heißt nicht gleich lieben, erst recht nicht heiraten. Kennen heißt, sich mit den dort unter dem Anspruch der marxistischen Analyse zusammengetragenen Tatsachen und Positionen auseinanderzusetzen. Eine Skizze muß hier genügen:

— Seit 1981 führte das **IMSF zusammen mit IPW/DDR und IMENO/Moskau** 4 Konferenzen zu aktuellen Problemen der Kapitalismusanalyse durch, die letzte im Juni 87 unter dem Thema „Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus", Stichwort „Umbruchdiskussion". Unter dem reichhaltigen Bücher- und Broschürenausstoß in diesem Zusammenhang ist besonders auf das „Jahrbuch des IMSF 13, Umbrüche: Beherrschbarkeit der Technik, Rationalisierungstyp und Technologiepolitik, Tendenzen politischer Kultur" von 1987 hinzuweisen. (2) Thema ist das „Verhältnis von wissenschaftlich-technischer Revolution und deformierter Produktivkraftentwicklung."

Nach eingehender Analyse der neueren Produktivkraftentwicklung unter Stichworten wie *„von Werkzeugen zu Denkzeugen"*, wie *„neuer Rationalisierungstyp"* als *„Flexibilisierung von Technik, Arbeitsorganisation und Beschäftigungsverhältnissen und der auf der wachsenden Transparenz von Abläufen beruhenden, übergreifenden Intensivierung der Arbeit"* wird wesentlich die *globale* Deformation der Produktivkräfte herausgearbeitet. Insbesondere wird auf die Dialektik zunehmender grenzüberschreitender Effektivität einerseits, abnehmender Kontrollierbarkeit andererseits hingewiesen. Im Zentrum stehen Atomtechnologie und Gentechnologie. Dabei nimmt Gentechnologie als kommende „Schlüsseltechnologie" einen besonderen Platz ein. Schlußfolgerung: Im Lauf der Industrialisierung sei, auch im Sozialismus, ein *„gewaltiges System linearer Produktionsabläufe entstanden, das mit den natürlichen Kreisläufen in disfunktionaler Weise verbunden ist. Dieses System umzubauen und zu ökologisieren ist ein akutes und dringendes Problem. Seine Inangriffnahme bedarf einer völlig neuen Wissenschafts- und Technologieorientierung."*

Dies wird, unter Berufung auf Sowjetwissenschaftler wie Wadim Sagladin und Iwan Frolow, die mit ihren Arbeiten zu *„Globalen Problemen der Gegenwart"* seit Anfang der 80er zu den ersten wissenschaftlichen Wegbereitern des „Neuen Denkens" gehören und ihre Meinungsführerschaft soeben mit einer Aktualisierung *„Globale Probleme der Zivilisation"* erneuerten (3), durch Forderungen nach internationaler Kooperation zur *„Stabilisierung der Biosphäre"* ergänzt. Die Stabilisierung erfordere kein *„Einfrieren"*, sondern eine *„Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung"*, wenn das Überleben der Gattung gesichert werden solle.

Ich zitiere exemplarisch: *„Auf globaler Ebene beinhaltet Stabilisierung die schrittweise allgemeine militärische Abrüstung, einen Stop der Bevölkerungsexplosion und der unkontrollierten Urbanisierung durch bewußte und möglichst freiwillige Familienplanung, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, (die in weiten Teilen der Erde infolge der natürlichen Auswaschung von Pflanzennährstoffen auch ohne zerstörerische menschliche Eingriffe abnähme), die weitestgehende Erhaltung der Artenmannigfaltigkeit durch die Rettung der Wälder und der Lebewelt der Meere sowie die Verhinderung einer neuen Eiszeit bzw. ihres Gegenteils, der Aufheizung der Erdatmosphäre. (Solche globalen Klimaumschwünge können sich, wie wir heute wissen, innerhalb weniger Jahrzehnte vollziehen). (..) Auf lokaler, bzw. regionaler Ebene geht es um die Erhaltung bzw. Schaffung dessen, was in der deutschen Sprache Heimat genannt wird: eine Landschaft, deren Bewohner hier dauerhaft ihr Auskommen finden und sich heimisch fühlen können. (…) Die Forderung nach Stabilisierung, Heimatbewahrung und -gestaltung mag konservativ erscheinen. Tatsächlich beinhaltet sie im gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext aber mehr revolutionäre Konsequenzen, als viele ahnen. Die Stabilisierung unserer Lebensbedingungen ist unvereinbar mit der ungezügelten kapitalistischen Profitjagd, d.h. das Heimatrecht (nicht zu verwechseln mit der revanchistischen Forderung der Landsmannschaften) kann nur im Kampf gegen die Kapitalherrschaft durchgesetzt werden."*

Die Entwicklung dieser *„lokalen Formen der Demokratie"* dürfe allerdings *„nicht vom nationalen und internationalen Kampf für Frieden, soziale Gleichheit und Brüderlichkeit getrennt werden. Das heißt: Stabilisierung und Heimatbewahrung dürfen nicht darauf hinauslaufen, den Kapitalismus (…) unter Naturschutz zu stellen."* (S. 65 ff)

Empirische Analysen, marxistische Fragestellungen zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, allgemeine Einordnung der Gentechnologie in die Produktivkraftentwicklung, Anregungen zu Utopien für ein besseres Leben oder wenigstens das Überleben der Menschheit lassen sich aus diesen Arbeiten des IMSF mit Gewinn entnehmen. Aber schon in diesen Grundsatzarbeiten treten bemerkenswerte blinde Flecken zutage.

So werden die „disfunktionalen" Produktionsabläufe, das gestörte Gleichgewicht der Biosphäre zwar als globales Problem analysiert. Dann aber heißt es: *„Eine in diesem Sinne rationelle Regelung des Mensch-Natur-Stoffwechsels findet unter den Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Planung und einer gebrauchsorientierten, sozialistischen Produktionsweise schon heute in vieler Hinsicht günstige Voraussetzungen; jedoch wird ein entsprechender Umbau des gesamten Produktivkraftsystems von Autoren sozialistischer Länder bei den gegebenen materiellen Voraussetzungen als ein langfristiger Prozess angesehen."* Und wie zum Hohn, aber zustimmend wird zitiert: *„Bei der Schaffung und dem Ausbau der materiell technischen Basis des Sozialismus können zunächst nur die schlimmsten naturwidrigen Wirkungen dieses Produktivkraftsystems beschränkt werden.... Dennoch kann der Sozialismus nicht umhin, die Masse der umweltschädigenden Wirkungen der modernen Produktivkräfte zunächst noch erweitert zu reproduzieren, nicht nur, weil er im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus steht, sondern vor allem, weil auch die kommunistische Formation das ihr adäquate Produktivkraftsystem nur im Verlauf eines längeren historischen Prozesses hervorzubringen vermag."* (4)

Desweiteren enthält das Buch zwar beachtenswerte Analysen zu den sozialen, einschließlich sozio-kulturellen Umschichtungen in der Folge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Sie werden aber umstandslos zu strategischen „Schlüsselworten" der „Demokratisierung" und „Internationalisierung" aufgebläht, ohne auf die antagonistischen Interessen von Kapital und Arbeiterschaft, bzw. auch Kapitalismus und (Real)Sozialismus eingegangen zu sein. Kurz: Es bleibt unklar, was an den globalen Problemen die Folgen einer allgemeinen wissenschaftlich-technischen Revolution, was die des Kapitalismus, was die des realen Sozialismus sind. Der Analyse des Kapitalismus entspricht keine Analyse des Realen Sozialismus, erst recht keine der Machtverhältnisse zwischen beiden, bzw. zwischen den Klassen.

— Im November 1985 rief die **„Marx-Engels-Stiftung" der DKP in Übereinstimmung mit dem BdWi** dazu auf, *„einzugreifen in die heftige Debatte um Normen und Ethik, sie nicht einer ‚rechten' Spielwiese zu überlassen."* („UZ", 29.11.85)

Beachtenswert, was unter „rechts" verstanden wird. Es lohnt zu zitieren: *„Doch Kompliziertes tut sich auf: Die auf der sozialen Basis neuer lohnabhängiger Mittelschichten sich formierende Alternativbewegung steht politisch links. Ihre ideologische Form jedoch ist — aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte — konservativ, mit Anleihen aus der spätbürgerlichen Lebensphilosophie und Technikkritik. Hier nicht den Clinch zwischen Kritik und Bejahung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu suchen, sondern unterschiedliche linksdemokratische Kräfte zu vereinen, sahen die Gesprächsteilnehmer als oberstes Ziel marxistischen Handelns. Und dies vor allem angesichts eines Klassengegners, der mit aller Kraft eine mystifizierende ideologische Strategie betreibt."*

Im April 86 organisierte der BdWi eine Fachtagung kritischer WissenschaftlerInnen zu Gentechnologie. TeilnehmerInnen waren auch Leute wie Ruben Scheller (5), Autor eines der ersten Bücher zur Gentechnologie aus (real)sozialistischer Sicht, Dr. Regine Kollek, Mitherausgeberin eines „konkret"-Buches zum Thema (6), Dr. Erika Hickel, lange Zeit für die GRÜNEN in der „Enquetekommission Gentechnologie des Deutschen Bundestages".

Man habe keineswegs einen *„Konsens konstruieren"*, sondern *„öffentlich streiten"* wollen, heißt es im Vorwort zur anschließend herausgegebenen Dokumentation der Tagung (7), *„mit dem Ziel, in absehbarer Zeit zu gemeinsamen, begründeten Positionen zu kommen"*. Tatsächlich wird aus der Dokumentation ein Spektrum von Positionen zwischen GRÜNEN Grundsatzkritiken und eher linkssozialdemokratischen Forderungen nach Einzelfallabwägungen deutlich. Die Dokumentation der Fachtagungs-Referate bietet eine konzentrierte Einführung in die strittigen Fragen der Gentechnologie, angefangen bei Sicherheitsfragen über Arbeitsplatzfolgen, Medizin, biologische Waffen usw. bis hin zu wissenschaftstheoretischen Fragen der Wissenschaftsfreiheit, des Reduktionismus und wissenschaftlicher Erkenntnisgrenzen, der Verbindung der Gentechnologie zu anderen Disziplinen und ihrer Verquickung mit der Industrie. Insofern dürfte die Tagung ihr Ziel erreicht und einer Reihe von MultiplikatorInnen wichtige Impulse zur kritischen, in manchen Fällen sogar zur marxistischen Annäherung an das Problem geliefert haben.

Auch hier jedoch der blinde Fleck: Teilnehmer war u.a. auch Prof. Dr. Eberhard Geißler, führender DDR Genetiker von der Akademie der Wissenschaften/DDR. Er sprach nicht etwa über die Gefahren der realsozialistischen Gentechnologie, sondern über den möglichen „Mißbrauch" der Gentechnik für die Herstellung biologischer und chemischer Waffen — selbstverständlich nur am Beispiel der USA und ihrer Verbündeten. Auch in den übrigen Beiträgen wurden zwar allgemeine Gefahren der Gentechnologie herausgearbeitet, aber nur für den Kapitalismus konkretisiert.

Im Mai 1987 lud das **IMSF** zu einer Diskussionskonferenz ***„ ‚Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage…'- Die Linke und der Fortschritt"***. (8) Ausgewählte Referate und Diskussionsbeiträge wurden anschließend in einem gleichnamigen Buch dokumentiert.

Im Vorwort schreibt André Leisewitz namens des IMSF nach einer Skizze der heutigen Entwicklung zur Frage „Warum Diskussion um Fortschritt?": *„Angesichts der eingangs genannten neuen globalen Probleme und Krisenfelder verlaufen die Fragestellungen und Diskussionsfronten auf der Linken bzw. unter den systemkritischen, für eine andere Zukunft eintretenden Kräften heute in vieler Hinsicht anders. Es geht weniger um Skepsis gegenüber jenem platten Fortschrittsverständnis — das haben die meisten längst ad acta gelegt. Kritik und Alternativen kommen eher von einer anderen Seite: Fortschritt sei heute überhaupt nur noch denk- und realisierbar durch Verzichte auf Utopie, durch Fesselung statt Entfaltung von Produktivkräften. Leitfaden müsse, wie Hans Jonas sagt, eine ‚Heuristik der Furcht' sein, die uns die Zukunft nicht von dem her, was wir wünschen, sondern von dem, was wir nicht wollen, bestimmen läßt. Letztlich — und so wird es auch formuliert — läuft eine solche Vorstellung auf die Forderung hinaus, von einem Weltbild Abschied zu nehmen, das den Menschen und die Entfaltung seiner Bedürfnisse und Gattungspotenzen in den Mittelpunkt stellt. Das aber wäre gerade Abschied vom Kampf um wirklichen sozialen Fortschritt, dem wir uns heute zu stellen haben."*

Eingegrenzt durch diese Zielsetzung bemühte man sich um Pluralismus. In den dokumentierten Kurzbeiträgen wird manches deutlicher, was sich in der IMSF-üblichen Stoffülle mit wissenschaftlichem Anspruch sonst eher verbirgt. Ein paar Schlaglichter mögen genügen:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



H. G. Sandkühler/Bremen beschwört den *„Humanismus als das Maß des Fortschritts“*, *„Antipode des Fortschritts“* sei *„nicht mehr der Rückschritt, sondern das Ende geschichtlicher Existenz. Frieden ist deshalb die universelle Aufgabe.“* (S.18)

R. Steigerwald fordert *„nicht Absage, sondern Bejahung der wissenschaftlich-technischen Revolution“*.

Ch. Strawe, ehem. Bundesvorsitzender des MSB und ehem. Mitglied des Bundesvorstandes der VVN/BdA, heute anthroposophischer Verlagsdirektor regt zum Dialog zwischen „Neuem Denken“ und Anthroposophie an Hand der Frage der Selbstverwaltung an.

E. Gärtner aktualisiert die Forderungen nach Stabilisierung der Biosphäre: *„Ich plädiere also dafür, den Heimatbegriff in die marxistische Gesellschaftstheorie aufzunehmen und das Konzept der Stabilisierung durch die Erarbeitung regionaler Modelle stofflich-technischer Alternativen zur kapitalistischen Vergeudungswirtschaft zu konkretisieren.“* (S. 58)

U. Becks Begriff der klassenlosen *„Risikogesellschaft“* (9) steht im Zentrum mehrerer Beiträge. Die einen grenzen sich „kategorial“ von ihm ab, halten die angesprochene Problematik aber für „beachtenswert“ und „diskussionswürdig“. Andere wie K. Müschen, Mitarbeiter des Ökoinstituts Freiburg, nutzen die Sympathie für Becks Position zur Rehabilitierung des Idealismus: *„In den traditionellen Klassenlagen bestimmt das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein. Im Gegensatz dazu wird in den Gefährdungslagen durch die neuen Risiken das Sein vom Bewußtsein bestimmt.“*

Lassen wir es bei diesen Beispielen der Positionsbeschreibung. Mensch sieht, die Diskussion ist nach allen Seiten offen. Riskieren wir einen Blick auf die Lösungsstrategien.

Beispielsweise J. Reusch, stellvertretender Leiter des IMSF: Radikal legt er los: *„Es geht nicht um einen ‚Selbstmord' der Gattung Mensch“*, erklärt er. *„Es geht darum, daß eine vom geschichtlichen Niedergang bedrohte Minderheit willens und entschlossen scheint, diesen Prozeß durch kalkulierten Mord an Teilen der Gattung aufzuhalten oder umzukehren. (…) Die Frage lautet also nicht: Überleben oder Revolution, sondern Überleben und Revolution.“* Dann aber kommt er zum *„neuen Sicherheitsbegriff“* einer *„Koalition der Vernunft“*. Jetzt gibt es kein Halten mehr: *„Der Wert Friede ist und bleibt dem Antagonismus der Systeme übergeordnet. (…) Es wurde schon festgestellt, daß Klassenantagonismen objektiven Charakter haben und nicht durch subjektive Willenserklärungen irgendeiner Seite aufgehoben oder stillgestellt werden können. Aber das Überleben der Menschheit steht höher als Klasseninteressen. (…) Auch die revolutionären Veränderungspotentiale sind allerdings dem Imperativ des Nuklearzeitalters unterworfen, d.h. auch sie müssen einen Preis zahlen: zwar nicht die Aufgabe revolutionärer Zielstellungen, aber Formen der Kon-*

essen. (…) Auch die revolutionären Veränderungspotentiale sind allerdings dem Imperativ des Nuklearzeitalters unterworfen, d.h. auch sie müssen einen Preis zahlen: zwar nicht die Aufgabe revolutionärer Zielstellungen, aber Formen der Kon-

fliktaustragung zu finden und zu realisieren, welche die Eskalation in einem Atomkrieg vermeiden. Oder anders ausgedrückt: Revolutionäre Zielvorstellungen erfordern mehr Massenunterstützung, mehr Breite, mehr Konsens.“ (S. 116 ff.)

Ebenso klar zweideutig Willi Gerns, Präsidiumsmitglied der DKP: *„Das nukleare Zeitalter erfordert darum von den revolutionären Kräften ein äußerst sorgfältiges und verantwortungsbewußtes Abwägen bei Entscheidungen über den bewaffneten Kampf und in diesem Kampf.“*

Elmar Altvater agitiert *„für einen neuen ‚Reformismus mit Emphase'“*..

A. Engelhardt schließlich, Redakteur der „Marxistischen Blätter“ sattelt auf das ganze Gespann noch eins drauf: Er plädiere für die *„ernsthafte Bezugnahme auf das Gattungsinteresse und auf den Menschheitsfortschritt. (…) Mehr noch: zu beweisen ist die Fähigkeit, in der Realisierung der eigenen besonderen Interessen (von denen sich niemand lossagen oder lösen kann) einen Beitrag zur Durchsetzung des* **allgemeinen** (Hervorhebung im Original — ak) *Gattungsinteresses leisten zu können.“* (S. 147) Das soll genügen.

Bleibt nur noch anzumerken, daß auch auf diesem Kongreß die realsozialistische Wirklichkeit unhinterfragt blieb. Zwar forderte ein Teilnehmer, J. P. Stössel, dazu auf, die abstrakten Fortschrittskriterien der Steigerung der Arbeitsproduktivität auch an der konkreten realsozialistischen Wirklichkeit zu messen. Zwar verwies er auf Mehrbelastungen in der Folge der „perestroika“. Zwar ging er bis zu der Feststellung: *„Uneingelöst ist also das Versprechen, daß die geschichtliche Höherentwicklung der Gattung Mensch im Sozialismus zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums. Kann ich das noch als Übergangsstadium akzeptieren und zumindest teilweise dem Antagonismus im internationalen Maßstab zuschreiben, so versagt diese Argumentation unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl.“* Dies gelte erst recht für den weiteren Ausbau der Kernenergie in der UdSSR. (S. 62) Aber sein Vorstoß blieb einsam.

Repräsentativ dagegen für diese Versammlung wie alle zuvor erwähnten sind die Sätze des Redakteurs Engelhardt: *„Die Sowjetunion schickt sich an, die Herausforderungen des Übergangs zum 21. Jahrhundert bestehen zu wollen, die weltweiten und inneren Prozesse des Umbruchs in den Existenzbedingungen und Entwicklungsfaktoren von Gesellschaft zu beherrschen. Mir scheint, daß die Gorbatschowsche Rede von der ‚Demokratie als dem Wesen der Sache' auch bei uns weniger mit Blick auf Vergangenes, Versäumtes und Ungenügendes, und vielmehr mit Blick auf die Zukunft, auf das Neue und Herausfordernde gelesen werden muß.“* (S. 147)

Marke: „2000“

Nicht anders der Programmentwurf „Bundesrepublik 2000“. Schon die Na-

Marke: „2000“

Nicht anders der Programmentwurf „Bundesrepublik 2000“. Schon die Na-

mensgebung stellt ihn in eine Reihe mit den diversen „2000“er-Programmen der UdSSR, des RGW und der DDR. (10) Anders gesagt: Er folgt in seinen allgemeinen Passagen den globalen Einschätzungen Gorbatschows und seinem Stichwort der „Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2000“ — in dem Versuch, die so gewonnenen Kriterien auf die „Strategie der kapitalistischen Modernisierung“ in der BRD bis zum Jahr 2000 zu übersetzen. Er beschwört, zu Stereotypen geronnen, die vom IMSF und Umgebung verarbeiteten Begriffe des „Neuen Denkens“: Die *„neue historische Situation“*, die *„tiefgreifenden Wandlungen einer Umbruchperiode“*, die *„beschleunigte Zuspitzung globaler Probleme“*, die die *„Möglichkeit der Vernichtung der Menschheit auf die Tagesordnung“* gesetzt habe.

Als *„Grundprozess“* der Umbruchperiode wird die *„sich beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution“* bezeichnet, *„deren Auswirkungen alle Lebensbereiche erfassen und die globalen Menschheitsfragen prägen. Die Welt von heute ist zu einer von Widersprüchen und Konflikten durchzogenen Ganzheit geworden. Ihre Teile stehen in immer engerer Abhängigkeit und Wechselwirkung. Mehr als je zuvor sind innergesellschaftliche und internationale Prozesse verflochten.“*

Konkretisiert wird dies an den Atomwaffen und an der ökologische Krise. Die Menschheit stehe heute an einem Wendepunkt. *„Erstmals besteht in ihrer Geschichte die reale Möglichkeit, daß sie mit den von ihr selbst geschaffenen Produktivkräften und Potentialen von Wissenschaft und Technik ihre eigenen Existenzgrundlagen zerstört. Das gilt nicht nur für die drohende atomare Selbstvernichtung. Die Biosphäre droht auch durch die ‚friedliche' Produktionstätigkeit der Menschheit zerstört zu werden.“* Mit den neuen Technologien der wissenschaftlich-technischen Revolution würden zugleich neue Naturkräfte entfesselt. Katastrophen wie Harrisburg und Tschernobyl, Chemieunfälle wie Bhopal und Basel schlössen *„praktisch unkontrollierbare, grenzüberschreitende Folgewirkungen ein. Dies gilt auch für die in ihren Ausmaßen noch kaum erfaßten Risiken der modernen Gentechnologien. Hier tauchen Schranken einer verantwortbaren Forschung auf.“* Die Lösung dieser globalen Probleme sei zu einer *„unaufschiebbaren Aufgabe“* geworden. Die Mobilisierung aller Ressourcen von Wissenschaft und Technik innerhalb eines knappen *„Zeithorizonts von wenigen Jahrzehnten“* sei dafür erforderlich. Dies aber sei nur möglich, wenn diese Mittel und Ressourcen aus dem Rüstungswettlauf freigesetzt und in internationaler Kooperation eingesetzt würden.

Es folgt die programmatische Erklärung: *„Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen, daß unser Land einen friedlichen, demokratischen, ökologisch verträglichen und sozialen Weg in der wissenschaftlich-technischen Revolution einschlägt. Wir wollen, daß die großen Mög-*

rung: *„Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen, daß unser Land einen friedlichen, demokratischen, ökologisch verträglichen und sozialen Weg in der wissenschaftlich-technischen Revolution einschlägt. Wir wollen, daß die großen Mög-*

lichkeiten der modernen Wissenschaft und Technik für die Bewältigung der globalen Probleme genutzt werden. Es geht darum, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt so zu beherrschen, zu gestalten und zu kontrollieren, daß er einer lebenswerten Zukunft dient. Zu diesen Zukunftsaufgaben gehören die Stabilisierung der Biosphäre, die Ökologiesierung der Produktivkräfte, die friedliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik und ihre Orientierung auf die Verbesserung der Qualität von Leben, Arbeit und Umwelt.“

Die neue historische Situation verlange neue Antworten und neue Alternativen, *„eine friedensorientierte und demokratische Reformalternative für die Bundesrepublik, (…) mit der ein konstruktiver Beitrag unseres Landes zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der globalen Probleme möglich wird, mit der soziale, demokratische und ökologische Reformen verwirklicht werden können. Dies ist die große Herausforderung an unser Denken und Handeln.“* Notwendig sei *„der Dialog aller Linken, aller Kräfte der Arbeiter- und Friedensbewegung, der demokratischen und sozialen Bewegungen, der Jugend- und Frauenbewegung“*, um in einem *„gemeinsamen Lern- und Kampfprozess“* die richtigen Antworten auf die Herausforderungen zu finden.

So weit, so verständlich und so neu eigentlich nicht mehr. Dann aber, wenn es um das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus geht, wird's kurios: Haben wir doch zunächst gelesen, die Strategie der kapitalistischen Modernisierung führe unweigerlich zu einer weiteren Deformierung der Produktivkräfte, eine Überwindung dieser Krise sei nicht absehbar, die rasante Zuspitzung der globalen Probleme also gewiß. Und weiter: *„In unserem Land vollzieht sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt vor allem deshalb auf Kosten von Mensch und Umwelt, weil Profit- und Rüstungsinteressen über ihn bestimmen. Die neuen Belastungen und Gefahren entstehen nicht durch technologische Zwänge, sie sind vor allem Folge von gesellschaftlichen Bedingungen (…)“* Dann aber hören wir ein paar Seiten später: *„Ein entscheidender Konflikt unserer Zeit besteht darin, ob sich der Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Produktivkräften auf Kosten der Menschen und ihrer Existenzbedingungen vollzieht, oder ob es gelingt,* ***ihn auch unter kapitalistischen Verhältnissen*** *(Hervorhebung — ak) für die Sicherung der Lebensbedingungen aller Menschen und die umfassende Entfaltung ihrer Entwicklungschancen zu nutzen.“* Freilich könne eine solche *„Umorientierung der Produktivkraftentwicklung“* nur gegen die Interessen des großen Kapitals durchgesetzt werden. Dafür gebe es aber eine *„reale Chance“*: *„Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen schaffen den Reichtum… Eine Schlüsselfrage für die Durchsetzung einer alternativen Produktivkraft- und Wissenschaftsentwicklung ist daher deren Demokratisierung.“* Der Kapitalismus also doch noch zu retten? Gentechnologie auch im Kapitalismus o.k. — wenn nur die Arbeiter „mitbestimmt“ haben? Hier sind wohl doch zu viele Fragen offen.

Dann die andere Seite: Zwar wird die Welt zur *„Ganzheit“* der wissenschaftlich-technischen Revolution erklärt, deren Katastrophen in beschleunigtem Maße durch *„unkontrollierbare, grenzüberschreitende Folgewirkungen“* charakterisiert werden. Zwar wird pflichtbewußt Tschernobyl erwähnt. Aber dennoch drohen von realsozialistischer Seite offenbar keine Gefahren, jedenfalls hört Mensch in dem Entwurf nichts darüber. Im Gegenteil, dort schaffe *„der revolutionäre Umgestaltungsprozess“* eine *„neue Verantwortung für die neuen Fragen der Menschheit. Die auf die Gegenwart angewandten Lehren von Marx, Engels und Lenin stehen vor der Herausforderung, sich als Katalysator einer geistigen, ethischen und politischen Orientierung zur Rettung der Menschheit und zur Erhaltung und Durchsetzung der Fortschrittsmöglichkeiten unserer Zivilisation zu erweisen.“* Die Politik der Sowjetunion sei ein *„inspirierendes Beispiel dafür, wie aus der realistischen Analyse der Welt von heute und ihrer Entscheidungssituationen, wie aus der Orientierung auf die Menschheits-und Zukunftsfragen die Fähigkeit zur gestaltenden Initiative in der Internationalen Politik erwächst.“*

Hier wird nun wirklich jede sozialistische, ganz zu schweigen von kommunistischer Orientierung, verwischt: Die *„Ganzheit“* der globalen Bedrohung erweist sich am Ende als keineswegs ganz, sondern als zweigeteilt in kapitalistische Fäulnis und rettenden Sozialismus. Und dennoch: Kapitalismus ist reformierbar. Im Realsozialismus andererseits verwandelt sich die Bedrohung umstandlos in eine sozialistische Erneuerung. Wenn das „Neues Denken“ ist, dann danke! Unter diesen Umständen kann Dialog nur Kampf gegen die Verwechslung von politischer und wissenschaftlich-technischer Revolution, also der Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse durch bloßes Mitmachen heißen. Auf etwas anderes

„Neues Denken“ ist, dann danke! Unter diesen Umständen kann Dialog nur Kampf gegen die Verwechslung von politischer und wissenschaftlich-technischer Revolution, also der Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse durch bloßes Mitmachen heißen. Auf etwas anderes

nämlich als Mitmachen an der Intensivierung der Produktivkraftentwicklung, eben doch *„abgefedert durch ein bißchen Mitbestimmung“*, wie W. Stürmann weit von sich wies, kann die in dem Entwurf vorgelegte Linie in Sachen Gentechnologie in der Tat nicht hinauslaufen.

„UZ“-Cocktail oder was Klares?

Die Konkretisierung aber steht aus. Weder wissenschaftlicher Vorlauf, noch Programmentwurf können sie ersetzen, zumal der Entwurf inzwischen umstritten ist. Derweil der Parteivorstand an der Überarbeitung des Positionspapiers zur Gentechnologie im Besonderen und des Programmentwurfs im Allgemeinen bastelt, entwickelt sich in den DKP-Zeitungen, selbst der „UZ“, eine ungewöhnlich lebhafte Publizistik zum Thema.

Die „UZ“ verblüfft mit einem Cocktail unterschiedlichster Artikel zum Thema, die den Eindruck einer lebhaften Debatte vermitteln können: Sachaufklärung, Berichte über Widerstand gegen gentechnologische Projekte, Gastbeiträge von DDR-Autoren, Nachdrucke aus sowjetischen Zeitungen, Leserbriefe. Die Meinungen reichen von Verbotsforderungen in Leserbriefen bis zur Diffamierung von Kritik als *„Verteufelung“* seitens eines DDR-Autors, Prof. Dr. Reinhard Mocek, Philosoph an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenburg. Er propagiert Gentechnologie ungeniert als unvermeidlichen Bestandteil der *„neuen wissenschaftlich technische Revolution“* in der DDR. („UZ“, 10.6.88) Die Meinungen reichen von einem Brandartikel R. Steigerwalds gegen die Eugenik des „genetischen Determinismus“ bis zur Verteidigung der Insulinproduktion und genetischen Vorsorge durch aufgebrachte Leser.

Allerdings: Wenn's um den Realsozialismus geht, hört der Pluralismus auf. Realsozialistische Gefahren der Gentechnologie kommen in der „UZ“ nicht vor. Sowjetische Realitäten werden unter Überschriften wie *„Wir haben jetzt transgene Kaninchen und Schweine“* belobigt. Schon im April 88 war in der „Genspalte“ („UZ“, 8.4.88) die Geburt eines „transgenen Kalbes“ begrüßt und daneben das Verbot von Risikoforschung in der BRD gefordert worden. Merke: Realsozialistisches Genschwein gut, kapitalistische Hormonkuh schlecht. („UZ“, 5.8.88)

Weiter: Zwar wird z.B. ein Interview mit Alexej Sosinow, führender sowjetischer Genetiker, zum Thema „Affenmensch — ein utopisches Monstrum?“ aus dem sowjetischen Digest, „Sputnik“, nachgedruckt. Darin wird immerhin die Frage nach einer allgemeinen Wissenschaftsethik aufgeworfen. Aber das Thema wird bereits durch den, dazu noch kaschierten Redaktionskommentar erledigt, führende Wissenschaftler, so auch Prof. Geißler/DDR, würden derartige Vorstellungen als völlig utopische Spekulationen ablehnen, da der Mensch ein *„gesellschaftliches Wesen ist und daher mittels biologischer Techniken weder gezüchtet noch vervielfältigt werden kann.“* Motto: Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Konkrete Fragen werden nicht gestellt.

Hier schlägt die bekannte Tradition offenbar doch wieder durch. Leserstimmen, die sich z. B. nach dem Artikel von Prof. Mocek gegen *„Beschönigung“*, *„Verantwortungslosigkeit“* und *„Leichtfertigkeit“* erhoben und von ihm Auskünfte über Gefahren der Gentechnologie in der DDR gefordert hatten, mußten sich damit vertrösten lassen, die Diskussion sei *„noch unterwegs“*, das *„interdisziplinäre Gespräch“* noch nicht so weit gediehen, aber ein *„Mitspracherecht der Ethik“* sei „unabweisbar“. — Unabweisbar scheint mir nur, daß dies doch keine Debatte, sondern eher der Versuch ist, eine solche leerlaufen zu lassen.

Etwas anders bei den „Marxistische Blätter“. Dort scheint der Pluralismus in einen Streit überzugehen, der interessant werden könnte.

In den letzten beiden Ausgaben (10/88 und 11/88) konfrontiert Ruben Scheller, in Sachen Gentechnologie inzwischen Autorität der DKP, in einem Artikel *„Fünf Aufgaben marxistischer Bewertung der ‚Gentechnologie'“* seine GenossInnen gleich mit einer doppelten Kritik:

Zum einen bekräftigt er die *„Prognose einer wachsenden Bedeutung der Biotechnologie im Produktivkraftsystem des dritten Jahrtausends.“* Sie trage *„zumindest Merkmale eines kommunistischen Produktivkrafttyps“*. Er setzt jedoch fort: *„Im gleichen Atemzug gilt es aber, vor der Übernahme von kapitalistischem wie realsozialistischem Schlüsseltechnologie-Schematismus und -Dogmatismus zu warnen.“*

Zum zweiten sieht er die *„Gefahr, daß wir nach den Erfahrungen mit der Kernenergie den umgekehrten Fehler machen, und diesmal das Kind mit dem Bade ausschütten. Insbesondere zwei Auffassungen sind verbreitet: Erstens, Biotechnologie sei entweder generell oder unter den*

wir nach den Erfahrungen mit der Kernenergie den umgekehrten Fehler machen, und diesmal das Kind mit dem Bade ausschütten. Insbesondere zwei Auffassungen sind verbreitet: Erstens, Biotechnologie sei entweder generell oder unter den

bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen weder beherrschbar noch zu sozialem Fortschritt nütze. Zweitens tritt an die Stelle des Gestaltungsanspruchs oft die Illusion, die Entwicklung der Biotechnologie könne ganz oder zumindest bis zur Schaffung geeigneter, demokratischer Produktionsverhältnisse blockiert werden.“

Mensch darf gespannt sein, wie die DKP ihr Dilemma löst. Ihre Position zur Gentechnologie könnte sich als ein erneuter Stolperstein ihrer politischen Glaubwürdigkeit erweisen: Ohne prinzipielle Kritik der kapitalistischen Besitzverhältnisse zum einen, ohne konkrete Kritik der realsozialistischen Verhältnisse zum andern wird es keine sozialistischen und schon gar keine kommunistischen Positionen zur Gentechnologie und keine sozialistische Erneuerung in der Frage der Produktivkraftentwicklung geben.

Anmerkungen

(1) „Entwurf Bundesrepublik Deutschland 2000 — Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre“, hrg. am 30.6.88 als „UZ“-Beilage.
(2) Hrg. vom IMSF, Frankfurt, 1987.
(3) W.Sagladin/I.Frolow, Erstens: „Globale Probleme der Gegenwart“, Berlin/DDR 1982. Zweitens: „Globale Probleme der Zivilisation — Sozialismus und Fortschritt der Menschheit“, Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988. Siehe dazu auch den nebenstehenden Artikel.
(4) H.Paucke, A. Bauer, „Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen“, zitiert nach André Leisewitz in „Jahrbuch des IMSF 13, S. 26.
(5) Ruben Scheller, „Das Gen-Geschäft — Chancen und Gefahren der Biotechnologie“, Weltkreis Verlag, 1985.
(6) Friedrich Hansen, Regine Kollek, „Gentechnologie, die neue soziale Waffe“, konkret-Literatur-Verlag, Erstauflage 1985.
(7) FORUM der Wissenschaft, Studienhefte 1, Gentechnologie, Marburg 1986.
(8) Hrg. vom IMSF, Frankfurt, 1987.
(9) Ulrich Beck, „Risikogesellschaft“, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986

UdSSR, RGW, DDR:

Technisierung der Revolution?

Der 27. Parteitag der UdSSR gab das Stichwort: Sozialökonomische Beschleunigung bis zum Jahr 2000 als Weg zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit.

Die Planer konkretisierten: In der UdSSR: „Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000". Im RGW: „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000". In der DDR: „Direktive des XI. Parteitags der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990". (10) Alles 1986.

In allen Programmen geht es um die „Beschleunigung" der „wissenschaftlich-technischen Revolution", insbesondere der „Schlüsselindustrien" als Voraussetzung globalen sozialen Fortschritts. Dazu werden neben dem Ausbau der Atomtechnologie „vor allem" Mikroelektronik, Biotechnologie und Gentechnik gerechnet, die man in der Tendenz bereits zur „Bioenergetik" als beherrschende Produktivkraft des 3. Jahrtausends zusammenwachsen sieht. (13)

Realsozialistische Wissenschaftler, allen voran die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, und Publizisten bemühen sich um Verwissenschaftlichung und Multiplikation. Unter dem Titel „Globale Probleme der Zivilisation" erschien soeben im Verlag Marxistische Blätter die aktuellste wissenschaftliche Interpretation des „Neuen Denkens". Stichwort: Anhebung der „Zivilisation auf eine qualitativ neue Stufe" durch „Beschleunigung des Fortschritts", das *„Hinüberwachsen der wissenschaftlich-technischen Revolution (...) in die Revolution in Wissenschaften und Produktion"*.

Im selben Tenor erschien jetzt in der DDR „Technologien im Umbruch". Mit dem Erscheinen, heißt es in dem Buch, werde einer Forderung des XI. Parteitags entsprochen, *„nämlich zielstrebig an der weiteren Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu arbeiten und diesen in Effektivitätszuwachs unserer Volkswirtschaft umzusetzen."* (11)

Schon ein Jahr zuvor erschien im Dietz-Verlag mit selber Zielsetzung ein volkstümlich aufgemachtes Agitationsbroschürchen von immerhin 80 Seiten: „Biotechnologie: Kleine Wesen — große Wirkung" (12), in dem die beschleunigte Revolutionierung der Produktivkräfte durch die Gentechnologie zu einer der entscheidenden sozialistischen Aufgaben auf dem Weg ins Jahr 2000 erklärt und dann ohne weitere Kritik im Detail entwickelt wird.

Wir dokumentieren das Vorwort aus diesem Broschürchen. Es darf gut und gern als exemplarische Konkretisierung der „2000"er Planung des Realsozialismus genommen werden, an dem sich auch die DKP messen lassen muß. Den allgemeinen Rahmen des neuen „Globalismus" werden wir in einem der nächsten ak's genauer vorstellen.

Anmerkungen:

(10) Die genauen Bezeichnungen und Quellen:

Anmerkungen:

(10) Die genauen Bezeichnungen und Quellen:
a) „Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1900 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000", Berichterstatter N.I. Ryshkuw, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Moskau, 3.3.1986;
b) „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000", in: Einheit (1986) 2, S. 167 — 177; außerdem in: siehe (11), (12), (13).
c) „Direktive des XI. Parteitags der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990", Berlin/West, 1986.

(11) „Technologien im Umbruch", Hrg. von Prof. Dr. sc. Werner Sydow, Verlag die Wirtschaft, Berlin/DDR, 1988.

(12) „Biotechnologie: Kleine Wesen — große Wirkung", Arndt, Gawenda, Klinke, 1986.

(13) Siehe dazu Frolow u.a. in „Globale Probleme der Zivilisation" und in „Technologien im Umbruch". Dort ebenfalls H.J. Wunderlich „Schlüsseltechnologien und internationale Wirtschaftsbeziehungen". Genauere Ausführungen wären lohnenswert, können hier aber aus Platzgründen nicht gemacht werden.



Biotechnologie zum Wohl des Volkes

Biotechnologie — dieses Wort, das eine neue Richtung in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte umreißt, bewegt immer mehr Menschen in unserer Republik. Vielfältige Initiativen der Werktätigen bei der schöpferischen Umsetzung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED machen sichtbar, daß bereits heute das Handeln von immer mehr Arbeitskollektiven in allen Bereichen der Volkswirtschaft darauf gerichtet ist, eine dem Auge unsichtbare Welt von kleinen Lebewesen — Mikroorganismen — für den ökonomischen und sozialen Fortschritt zum Wohle der Menschen auszunutzen.

Das Engagement der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieure und Wissenschaftler auf diesem Gebiet ist Ausdruck des wachsenden Verständnisses für die „Schlüssel"-Funktion modernster Technologien überhaupt. Denn wie der Generalsekretär der SED, Genosse Erich Honecker, anschaulich formulierte, wird, mit den Schlüsseltechnologien die Tür zu einer wirtschaftlichen Zukunft aufgeschlossen, die durch kräftiges Wachstum geprägt ist.

„Große Perspektiven eröffnen sich der Biotechnologie. Seit Mitte der 80er Jahre werden auf diesem Gebiet Forschung und Produktion mit dem Ziel beschleunigt, die Herstellung biotechnologischer Erzeugnisse bis 1990 in der Volkswirtschaft auf das Dreifache gegenüber 1985 zu erhöhen." (1)

Im Kern geht es darum, die Möglichkeiten und Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu nutzen, die Produktivität der Arbeit zu steigern, mehr Material und Energie einzusparen, die Fonds rationeller anzuwenden und gleichzeitig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Damit werden wesentliche Voraussetzungen für die Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und für den weiteren Kampf um die Sicherung des Friedens geschaffen. Die Beschlüsse des XI. Parteitages der SED bringen diese Dialektik klar zum Ausdruck.

„Unser Hauptkampffeld ist die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir sind dafür, dieses Kurs fortzuführen ... Vor allem ist es wichtig, noch mehr als bisher die Wissenschaft mit der Produktion und die Produktion mit der Wissenschaft zu verbinden. Das betrifft insbesondere die Meisterung der Spitzentechnologien."(2)

Diese Zusammenhänge motivieren viele Werktätige immer stärker, sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Meisterung der Schlüsseltechnologien einzusetzen.

Ihre rasche und umfassende Anwendung ist ausschlaggebend dafür, wie das ökonomische und soziale Potential neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse für die materielle Produktion ausgeschöpft wird. Dabei sind Arbeitsproduktivität
wissenschaftlicher Erkenntnisse für die materielle Produktion ausgeschöpft wird. Dabei sind Arbeitsproduktivität
und Effektivität — wie Karl Marx schrieb — „beßre Arbeitsmethoden, neue Erfindungen, verbesserte Maschinen, chemische Fabrikgeheimnisse etc., kurz neue, verbesserte, über dem Durchschnittsniveau stehende Produktionsmethoden" (3) überdurchschnittlich zu steigern und ein „Surplusgewinn" zu realisieren. Mit den Schlüsseltechnologien werden die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die insbesondere durch die Grundlagenforschung, beim Vordringen in die Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten von Atomen, Molekülen, Elementarteilchen und lebenden Organismen, gewonnen werden, in stabil reproduzierbare technische Prozesse und Mittel umgesetzt. Auf diese Weise finden zunehmend völlig neue Wirkprinzipien, die auf der Anwendung bisher nicht oder nur teilweise genutzter Naturgesetze beruhen, Eingang in die Produktion, revolutionieren den herkömmlichen Reproduktionsprozeß und ermöglichen dadurch enorme Produktivitätsfortschritte. Und was bei dieser Revolutionierung des herkömmlichen Reproduktionsprozesses von besonderem Gewicht ist: Es vollziehen sich entscheidende Veränderungen in der Arbeitstätigkeit des Menschen. „Der Mensch tritt durch die Anwendung dieser Technologien immer mehr aus dem Fertigungsprozeß materieller Güter heraus und wird zum schöpferischen Gestalter und Kontrolleur der sozialistischen Produktionsprozesse." (4) Die Werktätigen übernehmen solche Tätigkeiten, die ihre Intelligenz und Kreativität herausfordern. So vergrößert sich der Spielraum für die Entfaltung ihrer schöpferisch-intellektuellen Fähigkeiten.

Die breite Anwendung der Mikroelektronik, der modernen Rechentechnik, der Einsatz von Industrierobotern und CAD/CAM-Technik (elektronische Synthesesteuerung mikrobiologischer Prozesse — ak) in der Volkswirtschaft der DDR belegen diesen revolutionären Prozeß. Es wird für jeden deutlich spürbar: Schlüsseltechnologien verändern nicht nur die sachlich-gegenständlichen Elemente der Produktion, sondern bewirken zugleich eine qualitative Weiterentwicklung der Hauptproduktivkraft Mensch. Und das wiederum wird immer mehr zu einem grundlegenden Erfordernis der voranschreitenden wissenschaftlich-technischen Revolution und der Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Was ist Biotechnologie?

Die Biotechnologie befaßt sich mit der Erforschung, zielgerichteten Beinflussung und Nutzung biologischer Prozesse in technischen Systemen und industriemäßigen Produktionen. Ihr Ziel ist es, neue Produkte herzustellen oder bekannte qualitativ zu verbessern, effektivere Verfahren anzuwenden und das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis langfristig günstiger zu gestalten.

Mit der Biotechnologie nutzt der Mensch in erster Linie Mikroorganismen und deren Eigenschaften und Fähigkeiten für produktive Zwecke. Daneben gewinnt die Nutzung von tierischen und pflanzlichen Zellen an Bedeutung, die die Palette der durch Mikroorganismen erzeugbaren Produkte erweitern.

Die Biotechnologie hat ihren eigenen Gegenstand und ist eine selbständige Wissenschaftsdisziplin mit ausgeprägtem interdisziplinärem Charakter und eigenem Praxisgebiet.

Biologische Prozesse werden durch den Menschen eigentlich schon lange genutzt. (...) In der DDR orientierte die SED schon in den siebziger Jahren auf eine gezielte wissenschaftliche und praktische Arbeit zur Nutzbarmachung neuartiger biologischer Prozesse und Wirkstoffe. Es entstanden leistungsfähige Forschungs- und Produktionskapazitäten, und die Anwendung der Biotechnologie wurde forciert. Auf dem X. Parteitag der SED wurde die industrielle Nutzung mikrobiologischer Prozesse und Substanzen zu einem der Schwerpunkte erklärt, auf denen der für die intensiv erweiterte Reproduktion erforderliche Erkenntnisvorlauf zu schaffen ist. Die Biotechnologie wurde als eine Hauptrichtung der wissenschaftlich-technischen Revolution gekennzeichnet, die auf lange Sicht und breitenwirksam die Produktivkräfte revolutioniert und für die erfolgreiche Verwirklichung unserer gesellschaftspolitischen Ziele von großem Gewicht ist.

Vom XI. Parteitag der SED wurden auf dem Gebiet der Biotechnologie große, neue Aufgaben gestellt. „Die biotechnologische Produktion ist im Zeitraum bis 1990 auf das zweifache zu steigern." Schwerpunkte dabei sind „die Entwick-
gische Produktion ist im Zeitraum bis 1990 auf das zweifache zu steigern." Schwerpunkte dabei sind „die Entwick-
lung und Produktion hochwirksamer Diagnostika und Pharmaka für den Gesundheitsschutz, der Einsatz von Enzymen und Geschmacksstoffen zur Erhöhung der Effektivität und Qualität in der Lebensmittelproduktion, die Nutzung gen- und zelltechnischer Methoden zur Leistungssteigerung in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie die Höherveredlung einheimischer Rohstoffe und die Gewinnung von Wertstoffen aus Abprodukten einschließlich der Reduzierung von Umweltbelastungen". Entscheidende Voraussetzungen für die Leistungssteigerung auf biotechnologischem Gebiet „sind durch die Konzentration des Forschungspotentials sowie durch die Beherrschung und Anwendung der modernen Arbeitstechniken der Biotechnologie in Verbindung mit einer auf den fortgeschrittenen Erkenntnissen der Mikroelektronik beruhenden Verfahrens- und Automatisierungstechnik zu schaffen." (5)

Wodurch wird die Schlüsselfunktion der Biotechnologie bestimmt?

— Der fortschreitende Erkenntnisprozeß des Menschen in den Biowissenschaften, sein immer tieferes Eindringen in den molekularen Bereich des Lebens führt zur Erschließung neuer Gratiskräfte der Natur. Moderne Methoden und Verfahren, wie die Gentechnik, Enzymtechnik, Zellkulturtechnik und Immuntechnik, schufen seit Beginn der achtziger Jahre die Möglichkeit, neuartige biologische Objekte und Syntheseleistungen zu beherrschen. Neue gerätetechnische Entwicklungen auf der Basis der Mikroelektronik haben die produktive Ausnutzung des biologischen Faktors, also biologisch-biochemischer Wirkprinzipien, stark erweitert. Damit wird eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung der Biotechnologie eingeleitet und ihre heute erlangte Schlüsselstellung entscheidend begründet. Für den Menschen entstanden neue Möglichkeiten, in die Entwicklung des Lebens einzugreifen. Das Verhältnis des Menschen zur Natur erreicht eine neue Stufe. Der Mensch wird „vom Nachahmer der Natur zum Konstrukteur biotischer Evolution im Rahmen der Naturgesetze". (6) Hierin liegt die grundsätzliche revolutionierende Potenz der Biotechnologie im Gesamtprozeß moderner Produktivkraftentwicklung.

— Mit der gezielten, massenhaften Nutzung biologisch-biochemischer Wirkprinzipien in technischen Systemen geht die Entwicklung qualitativ neuer Arbeitsmittel einher. Das führt zu tiefgreifenden und komplexen ökonomischen, sozialen und ökologischen Effekten. Insbesondere die mit der Erschließung der neuen Basistechniken — so werden die Gentechnik, die Enzymtechnik, Zellkulturtechnik und Immuntechnik allgemein bezeichnet — freigesetzten Gratiskräfte der Natur führen zu einer, wie Karl Marx formulierte, „größeren Fruchtbarkeit" all jener Bedingungen, die der umfassenden Intensivierung dauerhaften Charakter verleihen. Die biotechnologischen Verfahren und Erzeugnisse beeinflussen nachhaltig Arbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß, sowohl durch die Herstellung neuartiger Erzeugnisse als auch durch eine höhere Veredlung von Rohstoffen und Material sowie durch die Verwertung von Abprodukten. Der Wirkungsgrad der lebendigen Arbeit wird durch die Biotechnologie so erhöht, daß grundlegende Voraussetzungen für eine überdurchschnittliche und stabile Steigerung der Arbeitsproduktivität geschaffen werden. In engem Zusammenhang damit stehen qualitative Wandlungen in den Arbeitsinhalten und materiellen Arbeitsbedingungen der Werktätigen. Beide werden vor allem durch den Umgang mit lebenden Organismen in automatisierten technischen Systemen bestimmt. Für solche Arbeiten benötigen wir hochqualifizierte, disponible Werktätige. Zugleich kommt es infolge des interdisziplinären, zweigübergreifenden und praxisorientierten Wesens der Biotechnologie sowie durch die Natur ihrer Arbeitsmittel zu einer Vertiefung der Kooperation im Arbeitsprozeß. In der industriemäßig betriebenen Biotechnologie ist ein sehr enges Zusammenwirken von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern beziehungsweise Genossenschaftsbauern erforderlich.

— Die Biotechnologie hat eine große volkswirtschaftliche Breitenwirkung und findet in immer mehr Bereichen der Volkswirtschaft komplexe Anwendung. Ernährung, Gesunderhaltung von Mensch und Tier, Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, Energieerzeugung und -verwertung und Umweltschutz — das sind entscheidende Gebiete, auf denen uns die Biotechnologie gute Dienste
und -verwertung und Umweltschutz — das sind entscheidende Gebiete, auf denen uns die Biotechnologie gute Dienste
erweisen soll. Sie durchdringt heute bereits viele Zweige der Volkswirtschaft. Weder die pharmazeutische, chemische oder Nahrungsgüterindustrie noch die Papier-, Textil- oder fotochemische Industrie können auf biotechnologische Leistungen und Produkte verzichten. Auch in Landwirtschaft, Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Material- und Energiewirtschaft finden biotechnologische Verfahren zunehmend Eingang, und weitere Anwendungsgebiete zeichnen sich bereits ab. Zugleich führt die verstärkte Einführung der Biotechnologie in der Tendenz dazu, daß sich bestimmte Prozesse in der Landwirtschaft, der Nahrungsgüterwirtschaft, der Chemie und der pharmazeutischen Industrie immer stärker miteinander verbinden, zum Teil verschwinden und durch neue ersetzt werden. Die Palette biotechnologisch erzeugter Produkte ist bereits groß und erweitert sich immer mehr. Das betrifft zum Beispiel bestimmte Arzneimittel, Geschmacksstoffe, biologische Pflanzenschutzmittel, aber auch neue chemische Zwischenprodukte für Kosmetik, Haushaltschemie und andere Richtungen. Zugleich ergeben sich hohe Ansprüche an die Zweige, die mit der Herstellung qualitativ neuer Arbeitsmittel für die Biotechnologie verbunden sind, nämlich an die Zweige Elektrotechnik/Elektronik, Maschinen- und Anlagenbau, wissenschaftlicher Gerätebau und Glas/Keramik. Die Biotechnologie führt also nicht nur zu Veränderungen in der volkswirtschaftlichen Erzeugnisstruktur, sondern auch zu tiefgreifenden Veränderungen in der technologischen Produktionsbasis überhaupt. Es gehen nachhaltige Wirkungen von der Biotechnologie auf das gesamte wissenschaftlich-technische und ökonomische Niveau der Volkswirtschaft aus.

— Die Biotechnologie ist sowohl mit klassischen Technologien als auch mit weiteren Schlüsseltechnologien kombinationsfähig und kann zu deren effektiverer Anwendung beitragen. So bietet sich beispielsweise die Möglichkeit, bestimmte einzelne Stufen innerhalb chemischer Gesamtprozesse durch biotechnologische Verfahren zu subsumieren. Analoge Beispiele gibt es in der Nahrungsgüterwirtschaft und Lebensmittelindustrie. Einzelne Bereiche weisen dabei Produktions- und Effektivitätssteigerungen von 20 Prozent und mehr auf. Von besonderer Bedeutung ist die Kombinationsfähigkeit der Biotechnologie mit der Mikroelektronik, der CAD/CAM-Technik und anderen Spitzentechnologien. Einerseits zeichnet sich heute schon ab, daß die Biotechnologie die weitere Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik nachhaltig fördern wird. Begriffe wie Biosensoren, biologische Speicher und Biocomputer finden wir nicht mehr nur in utopischen Romanen, sondern sie sind Gegenstand ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit geworden. Andererseits setzt die volle Ausschöpfung des Leistungs- und Effektivitätspotentials der Biotechnologie auch ein hohes Niveau der Mikroelektronik und der auf ihr beruhenden modernen Rechen-, Steuerungs- und Regeltechnik in unserer Volkswirtschaft voraus.

Wie die anderen Schlüsseltechnologien kennzeichnet also die Biotechnologie ebenfalls auf längere Sicht die künftigen Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte. Sie geben uns bereits heute eine konkrete Vorstellung von einer kommunistischen Produktionsweise, zu der es im Programm der SED heißt, daß sie „auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Erkenntnisse in Wissenschaft und Technik die Produktivkräfte, (als) die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums, planmäßig entwickelt und mit höchster Effektivität im Interesse des Wohles der Menschen" (7) nutzt.

Eine völlig entgegengesetzte Wirkung hat die Biotechnologie in der Welt des Kapitals. Dort beschwört bereits im Anfangsstadium ihrer breiten Einführung die Biotechnologie neue Ängste herauf. Tausende Beschäftigte in Konzernen und Labors müssen um ihre Arbeitsplätze und ihre Arbeitssicherheit fürchten. Die Erfahrungen beim Einsatz von Computern und Robotern lehren, daß die Konzernleitungen stets versuchen, die Potenzen einer modernen Technologie auszunutzen, um hohe Profite zu erzielen. Wer dabei zuerst auf der Strecke bleibt, das sind die Werktätigen. Hauptinteresse der Konzerne an der Biotechnologie ist nicht Arbeitserleichterung und Umweltschutz, sondern Erhöhung der „Wirtschaftlichkeit" um jeden Preis.

Es ist deshalb äußerst fadenscheinig, wenn Konzernvertreter behaupten, die Biotechnologie gefährde im Gegensatz zur Robotertechnik keine Arbeitsplätze, sondern schaffe völlig neue Möglichkeiten. Neue Möglichkeiten schafft die pro-
zur Robotertechnik keine Arbeitsplätze, sondern schaffe völlig neue Möglichkeiten. Neue Möglichkeiten schafft die pro-
fitorientierte Anwendung der Biotechnologie tatsächlich: nämlich zur Einsparung von Arbeitsplätzen in bisher ungeahnten Größenordnungen. Das Hormon Insulin beispielsweise, das zuckerkranke Menschen benötigen, wurde bisher in einem arbeitsaufwendigen Prozeß aus tausenden Bauchspeicheldrüsen von Schweinen gewonnen. Die Produktion von Insulin auf biotechnologischem Wege dagegen spart neun von zehn Arbeitsplätzen ein.

Die Interessen der Arbeiter vertretend, setzt sich die SED (tatsächlich so! — Anm. AK) deshalb dafür ein, daß bei der Umstellung von herkömmlichen auf biotechnologische Verfahren in den Konzernen durch Rationalisierungsschutzabkommen und Tarifverträge die Arbeitsplätze der Beschäftigten garantiert, Lohn oder Gehalt, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen erhalten und verbessert werden.

Original-Anmerkungen des DDR-Textes

(1) XI. Parteitag der SED, Berlin, 17. bis 21. April 1986. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Deutschen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 32.

(2) Ebenda, S. 26

(3) Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band. In MEW, Bd. 25, S. 657.

(4) Kurt Hager: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche — Triebkräfte und Werte des Sozialismus, Berlin 1983, S. 44.

(5) XI. Parteitag der SED, Berlin, 17. bis 21. April 1986, Direktive des XI. Parteitages des SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Berichterstatter: Genosse Günter Mittag, Berlin 1986, S. 52..

(6) Kurt Hager (wie oben — ak), S. 44.

(7) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 73/74.

Gegen die schrittweise Dramatisierung ...

Ein Antipart zu „Die Gene sind es nicht...“



Ein Homunkologe bei der Arbeit — 1909

Worum kann es eigentlich gehen, wenn wir den Versuch unternehmen, Bedeutung und Gefahren der Gentechnologie zu beurteilen? Da mit der Anwendung jeder neuen Technologie auch neue Risiken verbunden sind, müssen wir die verschiedenen Anwendungsbereiche untersuchen und getrennt voneinander bewerten. Genauso wie wir Unterschiede zwischen einer Atombombe, einem AKW, einem Teilchenbeschleuniger und der Computertumographie (alles Anwendungen der Atomtechnik) machen, muß in der Gentechnologie differenziert werden. Alles andere wäre das, was der Autor der „Anregungen ...“ Kai Ehlers in seiner These 13 beschreibt: „Ideologische Begleiterscheinung der aktuellen Entwicklung ist bezeichnenderweise das Anwachsen allgemeiner Aufklärungskritik ...“

Ich bin der Meinung, daß seine „Anregungen ...“ genau eine solche Aufklärungskritik aus „linker“ Sicht transportieren und damit das Gegenteil dessen darstellen, was der Autor vorgibt zu wollen: einen marxistischen Ansatz zum Thema zu entwickeln.

Aufgebauschte Begrifflichkeit

Die gesamten Thesen durchzieht eine rasante „Dramatisierung“ der Sprache (1). Den Auftakt bildet die Definition des Begriffs „Biokybernetik“. Nun gibt es den Terminus bereits, er bezeichnet die „Wissenschaft, die die Steuerungs- und Regelungsvorgänge in biologischen Systemen untersucht“ (Duden). Kai Ehlers möchte ab nun diesen Begriff für einen „Gesamtprozeß“ benutzen. Er behauptet, „ohne Computerisierung“ gebe es „keine molekulare Genforschung“. Flugs entwickelt er diesen Irrtum zur neuen Qualität einer „symbiotischen Beziehung zwischen Natur, Mensch und Technik“ (2).

Solche Formulierungen dienen nicht der Präzisierung des Untersuchungsgegenstands, sie klären keine Begriffe oder Tatsachen, sondern bewirken nur eines: die Leser in eine dramatische Stimmung zu versetzen. Die gesamte Einstiegsthese ist so aufgebaut. „In Arbeit“ sei die „Verbesserung“ menschlicher Erbanlagen, „mit Aussicht auf Erfolg“ werde an Computern mit „biologischen Elementen“ experimentiert, auch an der „Grenze zwischen belebter und unbelebter Materie“ (das ist wohl ein ganz besonders sensitiver Bereich?) werde eingegriffen, von „mit Aussicht auf Erfolg“ werde an Computern mit „biologischen Elementen“ experimentiert, auch an der „Grenze zwischen belebter und unbelebter Materie“ (das ist wohl ein ganz besonders sensitiver Bereich?) werde eingegriffen, von „Schaffung neuen Lebens aus unbelebter Materie“ als angeblichem „Wunschtraum der Homunkologen“ ist die Rede, ebenso von der „Fähigkeit zur millionenfachen künstlichen Beschleunigung der Evolution“ (3).

Das alles wird in dem Wort „Biokybernetik“ zusammengeballt. Ist dies nun schon selber ein Orakelbegriff geworden, wird er in den folgenden Thesen zur Konstruktion wahrer Begriffsmonster verwendet: „biokybernetische Erneuerung der Produktion“, „biokybernetische Herrschaftsmechanismen“, der „Staat als biokybernetischer Repräsentant“, dann heißt es plötzlich „Genkybernetik“, auch eine „realsozialistische Biokybernetik“ soll es geben, sowie eine „biokybernetische etatistische Fehlentwicklung“, dann ist sogar vom „Prozeß der Biokybernetisierung“ (obwohl ja schon die Biokybernetik einen „Gesamtprozeß“ darstellt, s.o.) die Rede, auch von der „biokybernetischen ‚Vervollkommnung‘ des Menschen“ u.ä. mehr.

Mit diesem Wortwust schafft der Autor selbst die Voraussetzung dafür, daß „eine sachliche Diskussion über Biokybernetik außerordentlich erschwert“ (These 15) wird. „Zu schnell“ wird seiner Meinung nach mit „Glaubenssätzen statt mit Tatsachen argumentiert“. Eben: Genausowenig wie es „Homunkologen“ gibt, existiert die „Fähigkeit zur millionenfachen künstlichen Beschleunigung der Evolution“. Das ist schlichtweg Unsinn. Formulierungen wie, etwas sei „in Arbeit“ und zwar mit „Aussicht auf Erfolg“, täuschen doch in Wirklichkeit darüber hinweg, daß all dies derzeit nicht einmal ansatzweise praktikabel ist.

Die mindeste Voraussetzung zur Beurteilung der realen Bedeutung von Gentechnologie wäre doch eine Darstellung des aktuellen Kenntnisstandes, ihrer praktischen Möglichkeiten und ihrer momentanen Grenzen. Dem aber wird von vornherein der Boden entzogen. Und statt die verschiedenen Anwendungsgebiete und -möglichkeiten voneinander zu unterscheiden und getrennt zu untersuchen, wird ersteinmal alles zu einem Gesamtkoloß zusammengemixt, um diesen Riesen dann durch die Landschaft trampeln zu lassen.

Bereits die bisherige Diskussion um dieses Thema ist extrem dadurch belastet, daß sich der Begriff „Gentechnologie“ zu einem Ober- und Sammelbegriff der verschiedensten Anwendungs- und Forschungsbereiche entwickelt hat (4). Kai macht mit seiner Wortschöpfung und gesamten Herangehensweise diesen Fehler der Vermischung zum System und „vervollkommnet“ es noch. Nicht nur die Anwendungen der Gentechnik, auch noch die schrecklichen Computer, die ja noch vor nicht allzulanger Zeit der Linken die Leichenblässe ins Gesicht trieben (heute schreiben sie ihre Artikel zur Gentechnik auf die Diskette) werden Bestandteil der apokalyptischen Projektion „Biokybernetik“.

Zweifelhafte Anleihen

Um die ungeheuerliche Außergewöhnlichkeit der neuen Technik zu belegen, wird auf höchst zweifelhafte Quellen zurückgegriffen. „Jeder der schon mal zu einer Wahrsagerin gegangen ist, kennt die Ungeduld, mit der man alles in Erfahrung bringen möchte, was vor einem liegt“, schreibt Jeremy Rifkin (5) und beginnt sein Buch gleich mit einem tiefen Blick in die Glaskugel: „Wir nähern uns dem Ende einer einzigartigen Periode in der Menscheitsgeschichte.“

Er beschreibt den Begriff „Kybernetik“ als Essenz des neuen Denkens und behauptet: „Die Verbindung von Computer und lebendem Gewebe wird zu einer neuen Art von Weltwirtschaft führen...“ und zelebriert ein wahres Feuerwerk waghalsiger Prophezeiungen: „Mit der Neuprogrammierung des Lebens wird auch unser Moralkodex entsprechend umprogrammiert...“

Jeremy Rifkin ist einer jener modernen Medizinmänner und Scharlatane, die es meisterhaft verstehen, mit den Ängsten und Stimmungen der Menschen zu spielen. „Lebewesen werden nicht mehr als Karotten und Erbsen, als Füchse und Hühner wahrgenommen, sondern als Informationsbündel. Alle Lebewesen werden ihrer Lebendigkeit entkleidet und in abstrak- und Stimmungen der Menschen zu spielen. „Lebewesen werden nicht mehr als Karotten und Erbsen, als Füchse und Hühner wahrgenommen, sondern als Informationsbündel. Alle Lebewesen werden ihrer Lebendigkeit entkleidet und in abstrak- te Nachrichten verwandelt. Das Leben als Informationsfluß ist die endgültige und restlose Entheiligung der Natur.“ „Durch unsere Kosmologie machen wir aus unserer technologischen Beziehung zur Natur ein Bündel zeitloser Wahrheiten.“ Da wird einem ja ganz kalt ums Herz!

„Belebtes wird in Unbelebtes zerlegt, das Ganze in seine Teile. Die komplizierten Wechselwirkungen zwischen Mensch, Natur und Kosmos, zwischen Seele, Körper und Geist, zwischen Genom und Zelle, Zelle und Mensch, Mensch und Gesellschaft, Gesellschaft und biologischer Umwelt, Umwelt und Kosmos werden auf das Genom, das Genom aufs einzelne Gen und dieses auf seine Molekularbiologischen Bausteine reduziert.“ „Herkömmlich ethische Vorstellungen vom Sinn des Lebens (...) erscheinen (...) als endgültig nicht mehr tragfähig.“ Halt! Die letzten Zitate waren nicht von Jeremy Rifkin sondern von Kai Ehlers.

Aber ist die systematische, unkritische Häufung ideologisch besetzter Begriffe wie „Natur“, „Kosmos“, „Sinn des Lebens“ u.ä. nicht genauso antiaufklärerisch wir Rifkins Tiraden? Wenn Kai über dessen Buch „Genesis Zwei“ sagt: „Ein brillant geschriebener Überblick über den Entwicklungsstand der Gentechnologie, Definition der neuen Qualität der wissenschaftlich-technischen Entwicklung (...)“, dann tut er so, als könne man die mystische Geschwätzigkeit Rifkins von dieser Darstellung trennen und als sei vor dem ideologischen Hintergrund dieses amerikanischen Predigers überhaupt eine sachliche Darstellung vorstellbar.

Ich bestreite das für Rifkin genauso wie für die oft unsäglichen Ausführungen der Gena Corea (6). Kai Ehlers rezensiert „MutterMaschine“ begeistert: „Eine gut geschriebene, sachlich fundierte, schockierende Übersicht über den Stand der Fortpflanzungstechnologien bei Tieren und Menschen. (...) Ein Buch, das Mann wie Frau zur Kenntnis nehmen sollte, um die Qualität der biokybernetischen Umwälzungen für die Humangenetik im konkreten zu erfassen, auch wenn mensch die feministische Ideologisierung des Themas nicht teilt.“

Corea's Vergleich von künstlicher Befruchtung bei Frauen und Kühen stellt keineswegs eine „sachlich fundierte Übersicht“ dar, sondern steht im Zusammenhang mit Ausführungen zur „Heiligen Kuh als Allmutter“ in alten Religionen, drastischen Beschreibungen der täglichen Brutalität in der Lebensmittelindustrie (künstliche Besamung und Embryotransfer bei Kühen) und Formulierungen wie „nur wenige von uns empfinden Entsetzen angesichts unserer Tierschwestern“.

Ihr zentraler Gedanke, die Männer seien getrieben von dem Wunsch, in Zukunft die Kinderproduktion alleine zu praktizieren und alle Frauen zu eliminieren, durchzieht ihr gesamtes Buch. In diesem Zusammenhang zitiert sie zustimmend auch noch die absurdesten und durchaus reaktionären Prognosen, daß z.B. bei einem Männerüberschuß die Kriminalitätsrate stiege, weil schließlich meistens Männer kriminell seien, und daß der Kulturkonsum abnähme, weil Frauen mehr läsen und ins Theater und in Museen gingen.

Gena Corea die „feministische Ideologisierung“ und Rifkin die „heilige Kosmologie“ nehmen zu wollen, sich aber ihre „Dramatik“ anzueignen, fände eine Entsprechung in der Feststellung, Marx und Engels hätten durchaus sehr brillant formulierte Bücher über ihre Zeit geschrieben, man brauche ja schließlich ihren dialektisch-materialistischen Ansatz nicht zu teilen.

Sind's die Gene doch?

Die Kernthese von Kai besagt, die Gentechnologie beinhalte im Verhältnis zu allen anderen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen der Vergangenheit eine besondere Dramatik, eine potenzierte Qualität mit erheblichen, ja möglicherweise revolutionären gesellschaftlichen Implikationen. Betrachtet man die hierfür vorgebrachten Argumente, so fallen sie in zwei Kategorien: Einerseits diejenigen, wonach die neue Technologie bereits bestehende Tendenzen und Entwicklungen verstärkt, beschleunigt usw., ande- Implikationen. Betrachtet man die hierfür vorgebrachten Argumente, so fallen sie in zwei Kategorien: Einerseits diejenigen, wonach die neue Technologie bereits bestehende Tendenzen und Entwicklungen verstärkt, beschleunigt usw., ande- rerseits solche Argumente, die das Spezifische und ausschließlich der Gentechnik eigene hervorheben.

Zur zweiten Kategorie gehört das bei fast allen Kritikern der Gentechnik beliebte und immer wieder mit entsprechender Wirkung vorgebrachte Thema „Menschenzüchtung“. Jeremy Rifkin z.B. schreibt: „Je mehr die Bioingenieure über die Gene in Erfahrung bringen, desto mehr werden sie auch wissen über die Funktionsweise komplexerer Merkmale, etwa solcher, die mit dem Verhalten und Denken verknüpft sind. Viele Wissenschaftler behaupten seit langem, daß die Schizophrenie und andere ‚abnorme‘ psychische Zustände das Ergebnis genetischer Störungen und Mängel seien. Andere bringen heute vor, daß auch ‚antisoziale‘ Verhaltensweisen wie Kriminalität oder gesellschaftlicher Protest Beispiele für Funktionsstörungen der genetischen Information seien.“

Rifkin geht offenbar davon aus, daß diese Wissenschaftler recht haben, denn er meint weiter: „Die Frage lautet also, ob die Menschheit den Prozeß der biotechnischen Herstellung künftiger Menschheitsgenerationen im Laboratorium ‚anfangen‘ soll oder nicht? Welchen Preis müssen wir dafür zahlen, daß wir einen Weg einschlagen, dessen Ziel letztlich die ‚Vervollkommnung‘ der menschlichen Art ist?“

Kai unterstellt an verschiedenen Stellen seines Textes ebenfalls diese Option der Gentechnik: Da ist dann mal so eben von der „drohenden Möglichkeit“ der „vorgeburtlichen Manipulation von Menschen“ die Rede. Oder er zitiert das „gesellschaftspolitische Credo“ der neuen Eugeniker: „gentechnische ‚Verbesserung‘, Spezialisierung und Anpassung des Menschen an die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse“, ohne klarzustellen, was er selbst davon hält. Schließlich wird sogar die mögliche Realisierung eines mit Hilfe der Eugenik „vor Unruhe von unten und von außen gesicherten Gemeinwesens des volksgemeinschaftlich kontrollierten Mittelmaßes“ an die Wand gemalt. Ja, Kai geht sogar noch weiter, in seiner „Utopie“ beschreibt er die „biokybernetische ‚Vervollkommnung‘ der Menschheit“ unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen als etwas durchaus Sinnvolles.

In krassem Widerspruch dazu steht die Überschrift seiner Thesen: „Die Gene sind es nicht...“. Dies ist — wie auch angegeben — der Titel eines Buches (7), das sich kritisch mit Tendenzen in der Wissenschaft auseinandersetzt, die sich nach Ansicht der Autoren seit 15-20 Jahren wieder verstärkt zeigen, insbesondere der „biologische Determinismus“, d.h. die Ableitung menschlichen Verhaltens , der Intelligenz u.a. aus den erblichen Anlagen.

Die amerikanischen Autoren Lewontin/Rose/Kamin bilanzieren für die siebziger/achtziger Jahre eine internationale konservative Wende in der Politik, in deren Rahmen sie die reaktionären Tendenzen in der Wissenschaft begreifen. Keines- Die amerikanischen Autoren Lewontin/Rose/Kamin bilanzieren für die siebziger/achtziger Jahre eine internationale konservative Wende in der Politik, in deren Rahmen sie die reaktionären Tendenzen in der Wissenschaft begreifen. Keines- wegs halten sie die Entwicklung für eine Begleiterscheinung, geschweige denn eine Folge der Gentechnologie. In dem ganzen Buch ist der Gentechnik nicht einmal ein kleines Unterkapitel gewidmet. Der Zusammenhang, den Kai also mit seiner Titulierung herstellen will, ist ausschließlich von ihm konstruiert, er kann sich da in keinster Weise auf Lewontin berufen.

Obwohl Kai Ehlers also einen Titel für sich reklamiert, der für eine scharfe Kritik aller biologistischer und deterministischer Ansätze steht, geht er ohne Zögern den absurden Phantasien der Möchtegern-Menschenzüchter auf den Leim und verwendet sie als Beleg für die angeblich gesellschaftsbeeinflussende Rolle der Gentechnik. In seiner Kritik wird er so faktisch zum Anhänger einer Position, nach der der Mensch durch seine Gene an gesellschaftliche Verhältnisse anpaßbar sei. Kai steht damit nicht allein, es ist merkwürdigerweise gerade auch unter linken Gentechnik-Gegnern üblich, unter kritischem Etikett an der Restauration eines biologistischen Menschenbildes mitzuwirken.

Lewontin u.A. schreiben in ihrem ersten Kapitel: „Der biologische Determinismus (Biologismus) war immer ein wirkungsvolles Mittel, manifeste Ungleichheiten in Bezug auf Status, Besitz und Macht, wie sie auch derzeit in kapitalistischen Industriegesellschaften gegeben sind, zu erklären und ‚Universalien‘ des menschlichen Verhaltens als natürliche Merkmale dieser Gesellschaften zu definieren. In dieser Funktion ist der Biologismus von der Neuen Rechten (...) dankbar zur politischen Legitimierung aufgegriffen worden. Denn wenn jene Ungleichheiten biologisch determiniert sind, dann sind sie auch unausweichlich und unveränderlich.“

Wenn wir wirklich die Position teilen, daß soziale Ungleichheiten nicht biologisch determiniert sind, wie können wir es dann gleichzeitig für möglich halten, daß soziale Anpassung, geklonte Sklaven oder ein „vor Unruhe von unten gesichertes Gemeinwesen“ (Kai Ehlers) auf genetischem Wege determinierbar sein könnte? Lassen wir doch die Menschenzüchter in ihren perversen Phantasien schwelgen! In aller Gelassenheit warten wir ab, bis ihre irrealen Planungen an der Realität gesellschaftlicher Kämpfe wie Seifenblasen platzen.

Was bleibt übrig?

Entzieht man den vorgelegten Thesen zum einen die aufgebauschte Dramatik („Symbiose Mensch-Technik“, „millionenfach künstliche Beschleunigung der Evolution“), zum anderen den Aspekt der „Menschenzüchtung“, d.h. läßt man sozusagen die heiße Luft raus, reduziert sich die angebliche besondere Bedeutung der Gentechnik schon auf ein wesentlich überschaubareres Maß. Übrig bleiben Fragen nach den politischen, militäri- „Menschenzüchtung“, d.h. läßt man sozusagen die heiße Luft raus, reduziert sich die angebliche besondere Bedeutung der Gentechnik schon auf ein wesentlich überschaubareres Maß. Übrig bleiben Fragen nach den politischen, militäri- schen, kulturellen, sozialen und ökologischen Auswirkungen einer neuen Technologie, deren Beantwortung zum überwiegenden Teil im Bereich der Spekulation angesiedelt ist. Kai Ehlers schreibt selbst unter der Fragestellung „Sprung in die Zukunft?“: „Ob die Erwartungen sich (...) diesmal erfüllen, ist offen.“ So ist es.

Das gilt sowohl für die von manchen prognostizierten, von anderen aber inzwischen wieder relativierten Profiterwartungen, als auch für die sich in deren Gefolge ergebenden „Marktkämpfe und soziale Umschichtungen“. Das gilt ebenso für die Erwartungen der Militärforschung bzgl. neuer Waffen, deren Bedeutung ja nicht in ihrer Fürchterlichkeit oder den Intentionen ihrer Erfinder läge, sondern in ihrer Einsatz- und Kriegstauglichkeit — und daran hat es bisher bei sämtlichen biologischen Waffen gehapert. Ganz besonders gilt das aber für alle politischen und kulturellen Fragen, wie Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, auf Moral und individuelle Freiheiten. Hier gelten nach wie vor ausschließlich die Gesetze des politischen Kampfes.

Was die Abwägung von Gefahr und Nutzen betrifft, läßt sich auf der Basis des nach wie vor ungeheuer niedrigen Wissensstandes bzgl. genetischer Abläufe nur sehr, sehr wenig sagen. Daß jede Warnung vor rücksichtslosen Forschern und Politikern berechtigt ist, daß eine Technologie, deren Folgewirkungen noch weitgehend im Dunkeln liegen, besonders vorsichtig gehandhabt werden muß, das alles ist — gerade unter Linken — völlig unumstritten. Apodiktische Formulierungen aber, wie „biokybernetisch manipulierte Organismen“ produzierten, „einmal freigesetzt, die genetische Wirkung einer Atombombe im Zeitlupentempo“ ohne Aussicht auf ein Ende (These 6), sind schlichtweg Horrorgemälde ohne Substanz. Genauso bodenlos wie „eine

Fortsetzung nächste Seite

Vor dem 8. Schöpfungstag?

Eine Replik auf „Die Gene sind es nicht ...“

Seit den 60er Jahren, in die auch die Entschlüsselung des Aufbaus und der Funktionsweise der Gene fällt, ist eigentlich klar, daß das nächste Feld naturwissenschaftlicher „Quantensprünge“ die Biologie ist. Die Physik beispielsweise war mit der Entdeckung der Kernkräfte 40 Jahre früher dran. Jeder, der davon träumt, als Wissenschaftsheld in die Geschichte einzugehen, ein Galilei oder Einstein oder auch Robert Oppenheimer zu werden, müßte sich also auf die Biologie stürzen. Eine „wissenschaftlich-technische Revolution“ nennen es die Revisionisten.

Wissenschaftliche Revolutionen haben traditionell die Gemüter erhitzt, wir haben inzwischen damit eine Reihe von Erfahrungen. Aber beim heutigen Stand der Entwicklung heißt das nicht (mehr) automatisch, daß sie die Gesellschaft, den Imperialismus, den realen Sozialismus und unsere Utopie grundlegend revolutionieren muß. In den letzten 50 Jahren sind im Ergebnis dieser „wissenschaftlichen Revolutionen“ aber immer größere Gefährdungspotentiale für die Menschheit angehäuft worden. Ich meine etwa die ständig weiter steigende Zahl von Atomwaffen und Atomkraftwerken oder den Einsatz der Chemie in Landwirtschaft und Industrie. Diese Gefährdung entsteht natürlich nicht aus allen technologischen Entwicklungen. Bei der Computerentwicklung wurden ähnliche Gefahrenpotentiale vermutet, was heute erkennbar so einfach nicht stimmt. Hingegen ist die Entwicklung der Biologie heute zweifellos mit neuen Gefahren verbunden. Ob sie aber alle bisherigen Gefahren in den Schatten stellen wird, ist ein reiner Glaubenssatz.

Es ist also gar nicht verwunderlich, wenn in der Gendebatte alle möglichen Wunsch- und Horrorbilider umgehen. Die einen machen damit Publicity und die anderen wissen es nicht besser. Im letzten AK wird zu Recht festgestellt, daß sich hier Antiaufklärischeres ausbreite. Ich finde, der Wurm liegt dabei auch in der Methode. Unter verschiedenen Namen und Schlagworten wird für die Folgen der biologischen Erkenntnisse und Anwendungen ein großer Topf bereitgehalten, in dem alles zusammengerührt wird, was überwiegend einen Spekulationsbrei ergibt. Spekuliert wird vor allem darüber, ob wir nun den gentechnisch manipulierten „verbesserten“ oder den angepaßten Menschen erleben. Das halte ich für völlig absurd (dazu später). Es wird darüber spekuliert, ob mit Hilfe der Biologie neue Energiequellen oder Nahrungsmittel in unbegrenztem Ausmaße geschaffen werden könnten. Das ist in meinen Augen reinste Zukunftsmusik. Jeder kann glauben, was er will, niemand kann widerlegt werden. Mitten in diesem Spekulationsbrei befindet sich dann auch das, worüber man heute diskutieren muß, die heute vorhandenen Kenntnisse und Forschungsergebnisse, deren praktische Erprobung oder Anwendung bevorsteht, wie gentechnisch produzierte Substanzen, erste Freilandversuche gentechnisch manipulierter Pflanzen etc. Die Betreiber leugnen nicht unbedingt alle Gefahren, wollen aber mit fantastischen Aussichten locken. Diverse ZukunftskritikerInnen bieten Aussteigermodelle und neue Ethiken an. Die abzulehnenden Naturwissenschaften sollen durch „neue“ Erkenntnismethoden oder uraltes Simsalabim ersetzt werden.

Politische Kritiker suchen nach einem Konzept. Die DKP diskutiert über Formen der gesellschaftlichen Kontrolle nach dem Motto: Gentechnologie im Kapitalismus nix gut, Gentechnologie im Sozialismus (vielleicht) gut. Die „Kommune“ probierte es mit dem Schlagwort der „weichen Biologie“.

So ist es gar nicht verwunderlich, daß nun auch im letzten AK so ein Rundumwurf vorgeführt wurde, der mit einer neuen Auslegung des Begriffes Biokybernetik auch einen großen Topf aufmacht. Ganz zwangsläufig geraten diese Thesen im AK auch zur einer Mischung aus Spekulation und Realität. „Argumente und Fakten“ erfordern meines Erachtens (zumindest zu Anfang der Darstellung und Diskussion eines Problems) eben doch eine „Zerlegung in die einzelnen Teile“. Und das soll hier ein Stück weit geschehen.

Der neue Mensch?

In den Thesen im letzten AK wird behauptet, daß die Gentechnik am „verbesserten“ Menschen arbeite. Es wird die Richtung klar kritisiert, aber als „offen“ erklärt, was dabei herauskomme. In einer Gesellschaft ohne Unterdrückung wird die „Verbesserung“ des Menschen nicht ausgeschlossen; heute sei „Selbstbeschränkung“ angesagt. Man wolle die Menschendaten auf Diskette in den 90er Jahren bringen, konnte man auch unkommentiert kürzlich im AK lesen. Die Furcht vor Menschen vom Fließband oder Frauen als Reproduktionsmaschinerie für Züchtung geht um. Es wird sogar die unsinnige Frage gestellt, ob nun die Gefahren der Atomenergie oder Eingriffe in die Genstruktur des Menschen brisanter seien. Was soll ein solcher Vergleich zwischen zwei Methoden, mit der man das Ende herbeiführen kann? Die Furcht vor Eingriffen in das Lebewesen Mensch ist die Quelle der in dieser Debatte hochschießenden Ängste, Irrationalitäten und der politischen Manipulationsmöglichkeiten. Hier tut Abgrenzung not, statt sich — wie in den Thesen — demgegenüber offen zu zeigen.

Im Prinzip sind seit einiger Zeit für die Genmanipulation alle Handwerkszeuge

Genmanipulation alle Handwerkszeuge

vorhanden. Man kann inzwischen Gene (DNS-Molekülketten) zerschneiden und zusammenflicken (durch Enzyme) und das auch in bestimmtem Rahmen steuern. Im „Prinzip“ könnte man sich also alles denken: die Kreuzung zwischen Kaninchen und Elefant oder die Erzeugung des Homunkulus. Man kann auch Gen-gleiche Arten erzeugen (klonen) und züchten, man kann sich also den Tausendling oder das Baby vom Fließband denken. Der Fantasie sind tatsächlich keine Grenzen mehr gesetzt. Philosophisch gesehen, stehen wir also vor der Situation, daß der Mensch einen achten Schöpfungstag hinten dran hängen kann. Das sagt aber rein gar nichts darüber aus, was mit Genmanipulationen erreichbar ist. Dazu erscheint mir der Vergleich mit der Atomenergie sehr sinnvoll, denn da verfügen wir schon über Erfahrungen.

Ein Vergleich

Die Entdeckung der Atomenergie war eine wissenschaftliche Umwälzung, doch die reaktorgetriebene Taschenlampe wird es nach heutigen Erkenntnissen nicht geben. Wenn man Kernspaltung und Kernfusion wissenschaftlich versteht und auch herbeiführen kann, heißt das eben nicht, diesen Prozeß in jeder gewünschten Form steuern zu können. Die Atomenergie bedeutet(e) unbegrenzte Lebens- und Zerstörungsmittel. Der Mensch hat(te) damit praktisch eine unendliche Energiemenge (im Vergleich zum „kleinen“ Erdmaßstab) zur Verfügung. Es kam jetzt „nur noch“ darauf an, sie entsprechend einsetzen zu können. Die Debatte um die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie in den 50er Jahren, die durch die Eisenhower-Regierung („atoms for peace“) inszeniert wurde, schaffte es, reihum alles in Fantastereien zu versetzen, obwohl die Atomenergie bei Atombombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki ihre Vernichtungskraft unter Beweis gestellt hatten. Ernst Bloch sah schon voraus, wie man die Wüsten in Oasen und die Pole in Badestrände verwandeln werde. Das „Perpetuum mobile“ der Energiegewinnung, der Brüter, hat Milliarden unter diesem Werbetitel verschlungen. Er ist nach wie vor *der* militärische Reaktor, ist eben als Energiebringer für eine sorgenlose Menschheit ein Milliardengrab geworden. Heute sagt Riesenhuber, man müsse an dieser Option für spätere Zeiten festhalten.

Die damaligen Fantastereien um die Atomenergie erscheinen mir vollkommen mit der heutigen Debatte um die Gentechnologie vergleichbar. Daß die heutige Gen-Debatte gleich entsprechend Pro und Kontra geführt wird, hat mehr mit dem Zeitgeist zu tun und ändert in diesem Punkte wenig. Denn die Kontrahenten stellen meistens die unbegrenzten Möglichkeiten der Gentechnologie gar nicht in Frage, sondern sehen nur ihre negative Anwendung voraus. Mehr oder weniger wird die Gentechnologie selbst zum Teufelszeug erklärte und weniger ihre Anwender.

der.

Dieser Rückblick macht auch deutlich, daß man für den Hinweis auf die negativen Folgen und Gefahren der Atomtechnologie damals nun „weiß Gott“ nicht diesen Rummel um die phantastischen Möglichkeiten der Atomenergie hätten mitmachen müssen. Wir ständen heute sonst sogar ziemlich blamiert da. Allerdings gingen wir da auch noch zur Schule.

Zum Stand der Wissenschaft!

Wir kommen noch lange nicht in die Phase, wo die „Verbesserung“ des Menschen probiert werden könnte. Wissenschaftlich gesehen scheinen mir die Filme über Frankensteins Monster mehr auf der Höhe der Zeit zu sein. Natürlich wäre es möglich, mal den Menschaffen zu probieren, in dem Sinne, daß man zwei oder mehrere Genstücke von den beiden Spezies zusammenschweißen könnte. Aber das mit dem Stichwort der gezielten Genmanipulation zur „Verbesserung“ des Menschen zu verwechseln, scheint mir doch wieder der Atomreaktor für die Taschenlampe im Hause zu sein. Die Gendaten des Menschen passen eben nun mal nicht auf eine Diskette. Das große Wunderland USA will mal in zehn Jahren für drei Milliarden Dollar die Rätsel der menschlichen Gene entschlüsseln. Das ist wie beim Mondprogramm: Es gibt viel Publicity, viel Geld und eine große Rechenanlage und dann schließlich eine neue Bratpfanne für den Haushalt. Es gibt theoretisch gesehen über 10^{20} Eiweißkombinationen, wobei jedes Gen eine entsprechende lange Kette als Bauplan für solche Eiweißkombinationen und den Plan, wann sie wie zu produzieren sind, enthält. Da jeder Mensch aus einer Kombination zwischen 50.000 und 200.000 Genen besteht (nichts genaues weiß man nicht), läßt sich ausrechnen, wann die US-Forscher dieses Geheimnis lüften werden. Man müßte nicht nur die Wirkung jedes einzelnen Bausteins kennen, sondern auch die jeder Zweier-, Dreier-und sonst wie großen Kombination. Das sind zu viele Nullen, um sie noch aufzuschreiben. Außerdem müßte man in die Lage kommen, jede Stelle eines Gens zerschneiden und mit anderen Bausteinen versehen zu können. Das klappt bei den meisten Versuchen nicht, sondern ruft stattdessen Zerstörungen hervor, und gezielt ist es auch nicht möglich. Es hat also keineswegs nur etwas mit rechter oder päpstlicher Lebensmoral zu tun, wenn nicht nur die Genkritiker sondern Personen bis hin zum rechtesten CSUler für das Verbot solcher Menschenversuche eintreten. Es hat was mit dem Stand der Erkenntnis zu tun. Und es ist nun wirklich nicht die Aufgabe des Protestes, jetzt päpstlicher als der Papst für den Erhalt des „natürlichen“ oder „gottgeschaffenen“ Lebens einzutreten. Sicherlich, warum soll die Wissenschaft hier nicht Fortschritte machen? Aber damit betreten wir das Reich der Spekulationen.

In der Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft zum derzeit verhandelten Embryonenschutzgesetz heißt es dazu:

Embryonenschutzgesetz heißt es dazu:

„1. Im Einzelfall ist nicht vorhersehbar, ob überhaupt ein Gen in ein Genom integriert wird, und wenn ja, wie viele Kopien davon entstehen. (…)

3. Da der Einbau dieser fremden Gene in das Wirtsgenom zudem mehr oder weniger zufällig erfolgt, werden hierdurch nicht selten Wirtsgene zerstört, also Neumutationen ausgelöst.

Im Tierversuch kann hingenommen werden, daß der angestrebte Erfolg nur in seltenen Fällen eintritt. (…) Bei monogenen Defekten gibt es derzeit auch keine Indikation für ein derartiges Eingreifen in das Erbgut einzelner befruchteter menschlicher Eizellen. Der Grund liegt darin, daß im Falle familiär vorliegender dominanter oder rezessiver Erbleiden nur maximal 50% bzw. 25% der Nachkommen erkranken. (…) Man (wird) die bisher geübte Praxis beibehalten und den Risikofamilien eine pränatale Diagnose (…) anbieten. Unabhängig davon wäre es sehr viel einfacher, die in dieser Hinsicht normalen Eizellen zu implantieren, als die defekten therapieren zu wollen.

Für eine gezielte Manipulation polyge-

Fortsetzung nächste Seite



Schimären in der Mythologie: Mischung aus Schaf und Ziege

Fortsetzung von vorheriger Seite

von utopischen Denkern aller Jahrhunderte erträumte, allseitige, in den Naturkreislauf eingebettete Indienstnahme und Pflege der Natur- und Menschenkräfte“, wie Kai als denkbare Folge der Gentechnik phantasiert.

Kritik

Die „Anregungen …“ bilden ein verwirrendes Sammelsurium verschiedenster ideologischer und inhaltlicher Ansätze. Wird einerseits hemmunglos auf Apokalyptiker wie Rifkin u.a. zurückgegriffen, wird andererseits die „fundamentalistische Verurteilung“ der Gentechnik abgelehnt. Drohende Menschenzüchtungs-Phantasien werden dargestellt unter einer Überschrift, die selbige für absurd erklärt. Eine ausdrückliche Ablehnung eines Forschungsverbots wird genauso vertreten wie die These „Was möglich ist, wird gemacht“. Zuerst wird festgestellt, alles sei offen, dann werden daran weitreichende Prognosen geknüpft. Wie paßt das zusammen?

Das ideologische Hauptproblem entsteht dadurch, daß Kai zwischen sich und solchen Kritikern wie Rifkin nicht nur keine klare Trennung vollzieht, sondern sie sogar in Aussagen und Begrifflichkeiten kopiert. Die notwendige Voraussetzung für einen marxistischen Ansatz aber wäre, nicht nur eine Kritik der Verhältnisse sondern auch eine Kritik der falschen Kritik zu versuchen. Sich auf das erste zu beschränken, beinhaltet die Gefahr eines populistischen Mitschwimmens auf momentanen Modestimmungen, die erfahrungsgemäß genauso schnell wieder verschwinden, wie sie entstanden sind. Man denke nur an die seinerzeitige Dramatisierung der Computertechnologie, die heute einer genauso unbegründeten Akzeptanz gewichen ist.

M., Nürnberg

Anmerkungen:

(1) Kai läßt sich an vielen Stellen zu teilweise absurden Wort- und Satzgeschwülzten hinreißen. Auf eine genaue Betrachtung seiner Terminologie — auch seiner Neuschöpfungen — muß hier aber leider verzichtet werden.

(2) Eine Symbiose, das ist das „Zusammenleben von Lebewesen verschiedener Art zum gegenseitigen Nutzen“ (ebenfalls Duden), zwischen „Natur, Mensch und Technik“ ist per definitionem für alle Seiten von Vorteil. Es wäre geradezu ein riesiger Sprung nach vorne und entspräche dem Traum aller Ökologen, wenn die Beziehungen zwischen Natur-Mensch-Technik symbiotisch würden.

Der Autor will aber wohl etwas ganz anderes ausdrücken: Nämlich das angeblich enge Verhältnis, das Technik (Computer) und Mensch-Natur (Zelle, DNS) eingehen, und das damit der Gentechnik eine neue Qualität verleihen soll. Bis auf die banale Tatsache, daß heute Computer sinnvollerweise in jedem Forschungsbereich eingesetzt werden, ist das allerdings frei erfunden. Petrischalen, Mikrospritzen, Zentrifugen und Mikroskope sind für die Genforschung viel wichtiger als Computer. Das ist natürlich auch eine „Verschmelzung von Biologie und Technik“, aber nicht annähernd so aufregend.

(3) Der Platz verbietet es leider, auf alle Merkwürdigkeiten dieser These 2 einzugehen. Stellvertretend hier nur eines: „Die Teilchenphysik findet darin ihre Fortsetzung als Beschreibung molekularer, tendenziell sogar atomarer Gesetze biologischer Prozesse.“ Ja und? Biologie ist nach materialistischer Auffassung nichts anderes als ein Wechselspiel zwischen Molekülen auf ziemlich hohem „Niveau“, und Moleküle bestehen nun einmal aus Atomen. Dann können biologische Prozesse auch so beschrieben werden.

Was transportiert der Satz aber außer dieser schlichten Tatsache? Zieht man den Gesamtzusammenhang der Thesen heran, scheinen besonders Begriffe wie „Teilchenphysik“ oder „Teilchenanalyse“ (These 7) vom Autor als Synonyme für einen falschen, „reduktionistischen“ Forschungsansatz zu stehen. Nun gibt es im Prinzip zwei Varianten, wie analytische, „zerstückelnde“ Forschung kritisiert wird: einmal als per se zerstörerisch, männlich-rationalistisch, gefährlich, wie es von „grüner“ Seite, in New-Age-Kreisen und manchen feministischen Strömungen geschieht. Zum anderen als undialektisch, wie Friedrich Engels 1877 schrieb: „Die Zerlegung der Natur in ihre einzelnen Teile, die Sonderung der verschiedenen Naturvorgänge und Naturgegenstände in bestimmte Klassen, die Untersuchung des inneren der organischen Körper nach ihren mannigfachen anatomischen Gestaltungen war die Grundbedingung der Riesenfortschritte, die die letzten 400 Jahre uns in der Erkenntnis der Natur gebracht. Aber sie hat uns ebenfalls die Gewohnheit hinterlassen, die Naturdinge und Naturvorgänge in ihrer Vereinzelung, außerhalb des großen Zusammenhangs aufzufassen; daher nicht in ihrer Bewegung, sondern in ihrem Stillstand, nicht als wesentlich veränderliche, sondern als feste Bestände, nicht in ihrem Leben, sondern in ihrem Tod.“ (Anti-Dühring, MEW Bd. 20, S.20)

Um es mal vorsichtig auszudrücken: Kai Ehlers wendet sich an keiner Stelle gegen die erste Variante der Kritik. Manche seiner Formulierungen legen eher den Eindruck nahe, daß er sie sogar ansatzweise teilt, zumindest „schwimmt“ er auf ihr mit, z.B. wenn es heißt: „Was theoretisch so zerstückelt wurde, soll dann gewaltsam politisch wieder zusammengekocht werden.“

(4) Bekanntes Beispiel ist die ständige Durcheinanderwürfelung von Gentechnik und Reproduktionsmedizin: Es sind dies zwei Techniken, die durchaus verbunden werden können, es aber nicht automatisch sind. Anders ausgedrückt: Angenommen, es würde ein striktes Verbot jeder Gentechnologie beschlossen und durchgesetzt werden, gäbe es nach wie vor sowohl genug Mediziner, die um des Ruhmes, Geldes und der Forschung willen als auch genug Frauen, die um der Erfüllung ihres Kinderwunsches willen die Torturen der In-Vitro-Fertilisation auf sich nehmen würden.

(5) Dieses und folgende Zitate aus: Jeremy Rifkin, „Genesis zwei“, Rowohlt 1986.

(6) Gena Corea, „MutterMaschine“, Fischer 1988.

(7) Lewontin/Rose/Kamin, Die Gene sind es nicht…, Psychologie Verlags Union 1988.

(8) „Es wird keine Industrie in der Größenordnung der Automobilindustrie entstehen, aber es wird ein Gebiet sein, das beachtliche Ausmaße erreichen wird“, so der Pharma-Chef der Hoechst AG, Hans-Georg Gareis, in „HighTech“, August 1988.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ner (multifaktorell erblicher) Merkmale, zu den z.B. Intelligenz und Charakter gehören, fehlen sämtliche Voraussetzungen. Da diese komplexen Eigenschaften auf das Zusammenwirken einer Vielzahl von Erb- und Umweltfaktoren beruhen und weder Zahl der beteiligten Gene noch ihre Natur bekannt ist, geschweige denn, wie sie in Verbindung mit den vielfältigen Umweltfaktoren zu dem betreffenden Merkmal führen, gibt es keine methodische Grundlage für die Erforschung dieser Systeme." (MPG-Spiegel 3/87)

Nicht anders klingt das etwa beim Humangenetiker Werner Schloot, der fast alles einschließlich von „*Eingriffen in das genetische Informationssystem*" für „*ethisch erlaubt*" hält. Er behauptet, es seien 3.500 Krankheiten bekannt, an denen genetische Faktoren beteiligt seien. Bei Stoffwechselkrankheiten sei „*die Realisierung der genetischen Information (...) relativ gut verstanden*", bei dominanten Vererbungen verstehe man die kausalen Zusammenhänge „*in wenigen Fällen*", bei Multifaktoren (Intelligenz, etc.) sei „*eine komplette Analyse absehbar nicht möglich*" (aus: Mitteilungen der „Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik"; Heft 11/12, April 86).

Die Forschung arbeitet daran, (bestimmte) Gen-Funktionen beim Menschen entschlüsseln zu können. Was im Einzelfalle möglich ist. Es geht in der Anwendung um die Aussortierung durch vorgeburtliche Untersuchungen. Im Einzelfall wird das sogar von vielen als Erleichterung empfunden, eventuell ein Kind mit schweren Schädigungen nicht zur Welt bringen zu müssen. Das Schlimme ist aber, daß der Großteil dieser Humangenetiker nicht viel anders denkt als ihre Kollegen zur Nazizeit. Bis zu 30% (jeder Dritte von uns) ist in den Augen bekannter Humangenetiker heute erblich geschädigt oder minderwertig (s.: Mitteilungen...). Man kann sich vorstellen, was auf diesem Sektor alles passiert oder passieren könnte. Und es ist viel Material zusammengetragen worden, welche medizinischen Menschenversuche heute in der „3. Welt" durchgeführt werden.

Bisher hat auch die Tatsache, daß es sich weitgehend um Scharlatanerie handelt, die Leute nicht daran gehindert, genetisches Screening durchzuführen. Dabei geht es um die Entwicklung pseudowissenschaftlicher oder auch (später) im Einzelfall ausnahmsweise wissenschaftlicher Methoden, um Menschen als „ungeeignet" auszufiltern. Ich sehe das ähnlich wie Versuche mit dem Lügendetektor vor einer Einstellung, oder wenn ein Lehrer sich eine hochwissenschaftliche Selektionsmethode für seine Sechsen oder Einser austüftelt. Niemand wird daran denken, einen Kohl, einen Kapitalbesitzer

ser austüftelt. Niemand wird daran denken, einen Kohl, einen Kapitalbesitzer

oder General aufgrund genetischer Untersuchungen abzusetzen. Es handelt sich um eine weitere Methode der Beherrschung und Teilung der unteren Klassen.

Ein weiteres Gebiet ist die fieberhafte Suche nach Genstrukturen, die mangelnde Immunität gegen Krebs bedingen. Man weiß schon lange, daß die Menschen erblich bedingt unterschiedlich anfällig für verschiedene Krebsarten sind. Nehmen wir an, man würde dort etwas finden. Ein solche genetische Kenntnis allein wäre für den Krebskranken oder Gefährdeten nutzlos, man könnte ihm auch gleich die Pistole oder Arsen reichen. „Normalerweise" müßte man ja nach den Abwehrstoffen suchen, die möglicherweise nur bei bestimmten Genstrukturen in hinreichender Menge vorhanden sind. Solange man dergleichen nicht findet, kann die herkömmliche Medizin auch keine Gegenmittel gegen Krebs verabreichen.

Heute bekommen die Leute wieder Oberwasser, die Intelligenz, Verrücktheiten (seien es tatsächliche Leiden oder mangelnde Angepaßtheit) auf die genetische Substanz zurückführen wollen. Das ist eine uralte Denkrichtung im neuen Gewand. Schon vor hundert Jahren wurde die Ursache bestimmter psychischer Erscheinungen in bestimmten Gehirngegenden oder wie heute in Stoffwechselanomalien (alle zwei Jahre gibt es eine neue Version) geortet. Intelligenz, Charakter, alles nur Erdenkliche sei auf solche Urbausteine zurückzuführen. Und bei den genetisch argumentierenden Eugenikern gilt heute nichts anderes als früher bei den Rassentheoretikern. Hingegen ist seit langem belegt und bekannt, daß sich weder Intelligenz, Charakter, sehr viele psychische Krankheiten und noch weniger gesellschaftliche Unangepaßtheit einfach auf Rasse, Klasse, Gehirngegenden, Stoffwechsel oder Gene zurückführen lassen. Leute, die nach solchen Kriterien selektieren wollen, muß man an der Ausübung dieses Handwerks hindern.

Um den Gefahren der Eugenik zu entgehen, werden vielfach Umwege diskutiert. Es scheint mir wenig erfolgversprechend zu sein, die Frauen aufzufordern, sich der Männermedizin zu entziehen, oder jene, die partout selbst ein Kind produzieren wollen, davon abbringen zu wollen. Das Ziel ist doch offenkundig, diesen Medizinern das Forschungsmaterial menschlicher Embryonen zu entziehen, um die Gefahr damit verbundener Eugenik von vorneherein auszuschalten.

Die Horrorvisionen bedingen einen Aufschwung der Propagierung der „natürlichen" Geburt. Selbst die Abtreibung ist schon der kleine Finger, der dem Teufel gereicht wird. Das sind Vorstellungen, die nicht gerade zur Schärfung des politischen Kampfes beitragen.

Auch die von autonomer, feministischer Seite verbreitete Theorie, daß hier den Frauen die Kinderreproduktion genommen werde, halte ich in der Sache für vollkommen absurd — im Sinne ihrer Theorie der weltweiten Kampffront allerdings für eine vergleichsweise clevere Ableitung.

Zukunftsmusik oder Realität?

Bei den Thesen im letzten AK wird auf vielen Gebieten putzmunter neben- und durcheinander vorgetragen, was vielleicht einmal sein könnte und was heute schon zur Anwendung parat steht. Beispielsweise gilt für die Energieversorgung heute eine Vorplanung von rund 30 Jahren, darin kommen jedoch biologisch gewonnene Energien (sieht man mal von Biogasanlagen ab) praktisch gar nicht vor. Das heißt natürlich nichts über Forschungen heute und über mögliche spätere Zeiten. Auch die superschnelle Photosynthese gehört in den Bereich von Erwartungen an die Zukunft. Selbst die angegebene optimistische Obergrenze für die Marktschätzung für die 90er Jahre ist erst dann realistisch einzuschätzen, wenn man sie mit anderen Marktanteilen vergleicht.

Die Produktion bestimmter Stoffe mittels genmanipulierter Bakterien ist ein Feld, auf dem offenbar heute bereits profitträchtige Anwendungen winken. Das Insulin, Wachstumshormone, und es war auch schon von Interferon die Rede, lassen sich gentechnisch vergleichsweise billig produzieren. In einem Behälter von Wassereimergröße können soviel Wachstumshormone produziert werden, wie aus 500.000 Schafshirnen zu gewinnen sind. Auch die berühmte Supermaus beruhte auf dem gleichen Effekt einer Genmanipulation mit Wachstumsgenen. Wie weit diese Produktion bestimmter Stoffe ausbaufähig ist, sei dahingestellt. Bisher gab es nur einige wenige Stoffe, aber lauthals wird verkündet, was man bald alles könne. Dabei geht es weniger um großartig neue Stoffe, sondern um ihre rationellere Herstellung, um entsprechende Extra-Profite. Die Beurteilung läßt sich nicht von den Fragen trennen, um welche Stoffe es sich handelt und was damit angestellt wird. Im AK-Interview mit den Frauen vom Genarchiv wurde die Frage nach dem Sinn der Insuline aufgeworfen. Das ist nicht gerade die schlaueste Kampf-

nach dem Sinn der Insuline aufgeworfen. Das ist nicht gerade die schlaueste Kampf-

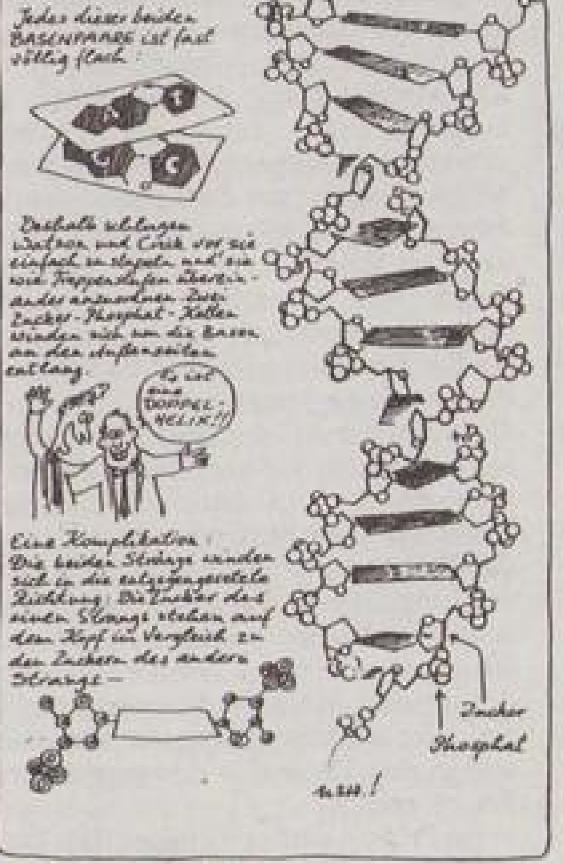
front gegen die Chemiemultis, da Zuckerkranke nicht gut daran tun, auf Insuline zu verzichten und man unter derzeitigen Bedingungen allgemein im Schnitt ein paar Lebensjährchen den verschiedensten Medikamenten verdankt. Zudem ist es natürlich albern, speziell gegen die gentechnisch produzierten Medikamente solcher Unternehmen zu Felde zu ziehen. Wenn andererseits die verschiedensten Drogen damit auf Bonbonpreisniveau fallen, könnte damit noch mehr Schindluder getrieben werden. Beruhigungsdrogen wie Valium machen heute Milliardenprofite, auch für den „Notfall" liegen sie fürs Volk bereit.

Gegenüber gentechnisch produzierten Pflanzen wird heute fast so argumentiert, als ob nicht der imperialistische Weltmarkt sondern die Biologie die „Dritte Welt" beherrsche. Tatsächlich geht es auch biologisch um nichts neues: Der längst bekannte ertragreiche Hybridweizen und der jüngst auf dem Mark eingeführte Hybridreis haben für den Bauern den bitteren Nachteil, daß wg. Inzucht weitere Samen nur bei den Großmultis und ihren Zuchtbanken zu haben sind. Hier sollen genmanipulierte Pflanzen den Prozeß der Entwicklung von 30 Jahren und mehr auf einige wenige Jahre abkürzen. Der Durchbruch wird vor allem noch erhofft, man ist derzeit im Stadium, wo erste Freilandversuche beantragt sind. Bekanntlich wird das Kapital ungemütlich und ist bereit, alles kaputtzutrampeln, wenn entsprechende Extraprofite winken. Die Landwirtschaft in der „Dritten Welt" ist gezwungen, ihre Produktion zu Schleuderpreisen in die imperialistischen Länder auszuführen, um zumindest einige Industriewaren eintauschen zu können; die Abschottung des Agrarmarktes in Industrieländern, der ansonsten gleich gänzlich dicht machen könnte — dieser Prozeß ist nun mal gelaufen und wird nicht erst per Gentechnik geschaffen (sondern höchstens beschleunigt). Sicherlich kann die Gentechnik-Debatte hier nützlich sein, um diese Zustände deutlich zu machen.

Oder anders ausgedrückt, ich finde die Vorstellung hübsch, daß diese Pflanzenmultis um ihre Freilandversuche eine Brokdorfmauer bauen müssen, weil sonst darauf dauernd Wiese gesät oder gejätet wird. Aber niemand wird bestreiten können, daß man diesen Multis wahrscheinlich sehr viel effektiver schaden würde, wenn man gleich ihre derzeitigen Zuchtgebiete zur Wiese umwandeln würde.

Wie groß sind die Gefahren?

Es geht nicht an, wie in den AK-Thesen die Gefahren aller gentechnischen Anwendungen in einem Schwung abzuhandeln, mit dem Ergebnis, alles sei eine existentielle Gefahr für die Menschheit. Man kommt nicht umhin, die Risiken im Einzelnen und realistisch darzulegen. Bei der Atomenergie war das wichtig, die Gefahrenpotentiale zu analysieren und zu beschreiben, das wurde in unseren Reihen richtig erlernt. Bei der Gentechnologie, bzw. was in den Thesen alles unter Biokybernetik läuft, gibt es m.E. die unterschiedlichsten Gefahren. Gentechnisch erzeugte Pflanzen sind ja nicht per se oder in ihren biologischen Folgen „schlimmer" als herkömmliche Zuchtpflanzen. Allerdings machen solche neuen Pflanzen auch nicht, wie die Betreiber der Gentechnologie behaupten, die Agrarchemie überflüssig.



Teilchenphysik ...

Gefährlich sind eindeutig und vor allem die Retroviren, wozu im Rahmen der B-Waffen oder Aids — auch im AK — schon einiges publiziert wurde. Während ansonsten die Gentechnologie wunder was zustandebringen soll, wird bei Aids die Genforschung als Ursache vollkommen ausgeschlossen, da muß schon bei entsprechendem Mondenschein im finstersten Afrika der Mensch vom Affen gebissen worden sein. Man kann (und konn-

stersten Afrika der Mensch vom Affen gebissen worden sein. Man kann (und konn-

te auch in der Vergangenheit schon) absolut zerstörerische biologische Kräfte freisetzen, während Gegenmittel schwer zu finden sind. Das ist auch das Problem für B-Waffen, der Gegner kann sich garantiert eine ähnlich vernichtende Waffe beschaffen. Gentechnik funktioniert nach dem Prinzip „trial and error". Da kann es dann bei gefährlichen Stoffen eben schiefgehen und das ist nun absolut dem atomaren Gau oder der Atombombe vergleichbar. Wieso das eine reversibler als das andere sein soll, sehe ich nicht.

Mit wem den Minimalkonsens?

Zum Schluß noch etwas zu unseren eigenen politischen Aussichten. Es gibt — wie gesagt — für uns keinen Grund, von den Chemie- oder Saatgutmultis irgendeinen Schaden abwenden zu wollen. Rassistischen Humangenetikern sollte man nicht nur mit Gegenaufklärung begegnen. Ich sehe auf diesem Feld die Dinge ähnlich wie bei der Anti-AKW-Bewegung, nur radikale Widerstandsaktionen würden die Herrschenden zu entsprechenden Anstrengungen für eine Akzeptanz nötigen. Es gibt also keinen Grund, solche Aktionen generell unter einen Minimalkonsens zu stellen und den verschiedensten Akteuren nicht viel Erfolg zu wünschen. Was die Forderungen und den Protest angeht, diskutieren Sozialdemokraten und DKP aus ähnlichen wie auch unterschiedlichen Motiven die Frage der **„gesellschaftlichen Kontrolle"**. Aber wer ist denn der gesellschaftliche Kontrolleur? Wer soll für ein differenziertes Forschungsverbot sorgen? Ist das Forschungsmoratorium nicht auch eine Forderung für diesen Bereich? Wer sind die Bündnispartner, für die wir einen Minimalkonsens entwerfen sollten?

Ideologisch gesehen (das wird in den Thesen beschrieben) haben wir es bei den Kritikern mit Ökologie-, Natur-, Lebensschutz-, dem weltweiten Angriff auf die Kinderproduktion durch die Frauen und allen möglichen konfusen Fronten zu tun. Da tut Klarheit und Abgrenzung not.

Angesichts der (noch?) vorhandenen Ratlosigkeit sind die Thesen nun wirklich sehr bombastisch geraten.

HH

Kalender

Kritik der Perestroika

Die Bremer Gruppe des KB beginnt im November eine **Veranstaltungs- und Schulungsreihe** zur Kritik der aktuellen Entwicklung in der UdSSR. Die Reihe beginnt mit einer Veranstaltung zur „Demokratisierung" von Partei- und Staatsapparat und zur neueren ökonomischen Entwicklung. Geplant sind weiterhin Veranstaltungen zur Frauenpolitik, Ökologiepolitik, „Entstalinisierung" der Geschichtswissenschaft. Den Abschluß bildet ein Lektürekurs zur Kritik von Konzeptionen „sozialistischer Marktwirtschaft".
Erste Veranstaltung: Sonntag, 27. 11., 18.00 Uhr, Dritte-Welt-Haus.
Weitere Informationen: KB, St. Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen 1.

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

Nach der Veröffentlichung des „Aufrufs gegen die Selbstberuhigung — Denuklearisieren statt modernisieren" wird der nächste Schritt der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" die **internationale Aktionskonferenz vom 25. bis 27. November** sein. Das Programm der Tagung, die im Schulzentrum Köln-Weiden, Ostlandstr. 39, 5000 Köln 40 stattfindet, umfaßt u.a. eine Podiumsdiskussion mit internationaler Besetzung zum Thema „Atomachse Bonn-Paris", zahlreiche Arbeitsgruppen und eine Abschlußdiskussion zu den Perspektiven der Kampagne.
Anmeldung: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Reuterstr. 44, 53 Bonn 1.

Grüne, Feminismus und Strafrecht

„Denn sie wissen nicht, was sie tun" — unter diesem treffenden Motto steht ein „Seminar auch für Nicht-Fachleute" am 26. und 27. November in Bonn, Hochhaus im Tulpenfeld, Raum 12. Anknüpfend an die Auseinandersetzung um die Mindeststrafe für Vergewaltigung soll über Perspektiven grüner Kriminalpolitik gestritten werden.
Anmeldung: BAG Demokratie und Recht, Sabine Tengeler, Norderstedter Str. 16, 2087 Bönningstedt, Tel. (040) / 556 73 41.

Konferenz gegen Südafrikas Aggressionen

Am 8.-10. Dezember wird in Bonn die **Europäische Konferenz „Beendet Südafrikas Aggressionen gegen Mosambik und Angola"** stattfinden. Die Konferenz wird getragen von Anti-Apartheid- und Solidaritätsorganisationen aus 15 westeuropäischen Ländern. Es soll über die aktuelle Situation im Südlichen Afrika und Südafrikas Destabilisierungspolitik informiert werden. Eingeladen sind u.a. Vertreter Angolas, Mosambiks, der SWAPO und des ANC.
Informationen: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) / 21 32 88.

Sicherheitsgesetze

Unter dem Motto **„Freiheit stirbt mit Sicherheit"** steht ein bundesweiter Kongreß, der sich aus Anlaß der drohenden Verabschiedung neuer „Sicherheitsgesetze" mit der Situation der Bürgerrechte in der Bundesrepublik auseinandersetzen will. Zu den Veranstaltern gehören neben den Grünen im Bundestag u.a. das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Vereinigung demokratischer Juristen. Der gleiche Kreis ist auch mit einem „Manifest 88 der bundesdeutschen Bürger/-innen-Rechtsbewegung" an die Öffentlichkeit getreten.
Ort und Zeit: 9. bis 11. Dezember in Köln, Beginn Freitag 18.30 Uhr.
Anmeldung: Kongreßbüro, Jens Busch c/o Freiraum, Reuterstr. 185, 5300 Bonn 1.

Türkei-Tribunal

Anläßlich des 40. Jahrestages der Deklaration der Menschenrechte wird am 10. und 11. Dezember in Köln ein **„Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei"** durchgeführt. Zu den Zielen der Veranstaltung, zu deren Durchführung und Unterstützung sich ein breiter Kreis von Organisationen und Einzelpersonen zusammengefunden hat, gehören die Anklage aller politischen, juristischen und legislativen Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes sowie die Propagierung der Forderung nach Amnestie für alle politischen Gefangenen. Teilnehmer der Jury sind u.a. Karola Bloch, Bahmand Nirumand, Erich Fried, Kharam Kella, Max von der Grün und Helmut Frenz.
Ort: Hotel Wolkenburg, Mauritiussteinweg 59, 5000 Köln 1.
Weitere Informationen über Ralf Piorr, Informationszentrum 3. Welt, Overwegstr. 31, 4690 Herne, Tel. (02323) / 49 69 74.

Gentechnologie

Im Wintersemester 1988/89 führt die Fachschaft Psychologie der Universität München eine Veranstaltungsreihe mit dem Thema „Gentechnologie — Die Veränderung des Menschen und Menschenbildes" durch. Die Reihe beginnt am 6.12. mit einer Veranstaltung zum Thema **„Gen- und Reproduktionstechnologie als Gewalt gegen Frauen"** und wird im 14tägigen Abstand fortgesetzt.
Alle Veranstaltungen finden jeweils an einem Dienstag zwischen 19.00 und 21.00 Uhr in der Leopoldstr. 13, Hörsaal 2 U 01 statt.

Basken Punk-Rock

Im Dezember touren zwei baskische Gruppen durch die BRD. Die Frauen-Punkband **„Matraka"**, hervorgegangen aus der 1987 aufgelösten baskischen Frauen-Punkband der ersten Stunde „Belladonna", spielt einen schnellen rhythmischen Punk. Ihre spanischen Texte beschreiben Szenen aus dem Leben, im speziellen auch als Frauen und Baskinnen.
„Matraka" tritt auf am 2.12. in Mannheim, 3.12. Freiburg, 6.12. Bielefeld, 9.12. Oldenburg, 10.12. Lübeck, 13.12. Hamburg, 16. und 17.12. Westberlin.
„La Polla Records" ist eine der bekanntesten Gruppen des Rock Radikal Vasco, sie spielen einen rhythmischen Funk-Punk-Rockverschnitt. Ihre Texte handeln vom täglichen Leben im Baskenland und vom politischen Kampf.
„La Polla Records" tritt auf am 2.12. in Reutlingen, 3.12. Freiburg, 7.12. Hannover, 9.12. Hamburg, 10. und 11.12. Westberlin.

Revolutionäres Subjekt

„Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?" — mit dieser Fragstellung wird sich ein **Schulungsseminar** des KB Baden-Württemberg in der Zeit vom 1. bis zum 8.1.1989 auseinandersetzen, bei dem neben der gemeinsamen Erörterung der aktuellen Fragestellungen zum Thema „Revolutionäres Subjekt" auch der Urlaub nicht zu kurz kommen soll. Als Schulungsort ist ein Haus in schöner Umgebung mitten im Pfälzer Wald ausgewählt worden.
Kostenbeitrag: 250,- für Verdienende, 180,- DM für Nichtverdienende.
Anmeldung über die KB-Gruppen in Baden-Württemberg oder Jürgen Hammer, C 3,19, 6800 Mannheim.

Peter Weiss — Kunst als Widerstand

Maria Schneider

Zehn Tage lang fanden Anfang November in Hamburg „Peter Weiss Tage" statt mit Lesungen, Filmen, Diskussionen und einem internationalen Kongreß über „Ästhetik, Revolte und Widerstand" bei Peter Weiss. *Maria Schneider* ist Mitarbeiterin des Bildungsvereins „Gemeinsam lernen e.V.", der die „Peter Weiss Tage" organisiert hat. *Be. aus Hamburg* arbeitet seit drei Jahren in einer Peter-Weiss-Lesegruppe mit.

„Zwei Wege sind gangbar/zur Vorbereitung/grundlegender Veränderungen/ Der eine Weg ist die Analyse der konkreten historischen Situation/Der andere Weg ist/die visionäre Formung/tiefster persönlicher Erfahrung." (Peter Weiss, Hölderlin)

Im Louvre in Paris hängt das Bild „Floß der Medusa" von Theodore Gericault aus dem Jahre 1818.

In dem Roman „Die Ästhetik des Widerstands" (ÄdW) von Peter Weiss steht der Icherzähler nach der Niederlage der Kämpfe im spanischen Bürgerkrieg vor diesem Bild. Das Bild zeigt ein Floß mit Schiffbrüchigen, einige sind schon tot, werden bald von den Fluten fortgespült. Das notdürftige Segel scheint dem drohenden Sturm nicht gewachsen. Es ist ein düstres Bild der Verzweiflung. Am Horizont wähnen die Starken, die bis jetzt überlebt haben, Hoffnung. Sie sehen ein Segel und winken mit Tüchern.

Die „Ästhetik des Widerstands" Geschichte des Klassenkampfs

Das Gemälde „Floß der Medusa" erregte zu seiner Zeit großes Aufsehen. Gericault präsentierte dem nachrevolutionären, nachnapoleonischen Frankreich nicht Heldentum und Sieg, sondern Verzweiflung und Tod, nicht mehr Triumph, sondern Unheil und Niederlage.

Das Bild wurde zur Metapher dieser Epoche: Auf dem Floß hätten nicht nur die Schiffbrüchigen der Medusa Schutz gesucht, sondern ganz Frankreich mit seiner maroden Gesellschaftsordnung.

Peter Weiss bietet in seinem Roman zwei Interpretationen an, eine *politische* mit der Darstellung des Klassenkampfs. Die Medusa, eine französische Fregatte, unterwegs zu Kolonialzwecken nach Afrika, erlitt vor der senegalesischen Küste Schiffbruch. Diese Kräfte gehen unter. Das Bild zeigt ein Floß mit den Überlebenden und ihre Hoffnung und Einheit. Der Stärkste unter ihnen war ein Afrika-

benden und ihre Hoffnung und Einheit. Der Stärkste unter ihnen war ein Afrika-

ner, er „ließ den Gedanken aufkommen an die Befreiung anderer Unterdrückter." Er wendet sich auch am stärksten dem Segel am Horizont zu. Ein Symbol für die kommenden Ideen des Sozialismus. Aber es ist noch fern und undeutlich.

Die zweite Interpretation von Weiss ist die spätere *psychologische*, die des persönlichen Kampfes und auch der Katastrophe des Malers. Gericault rekonstruierte die historische Situation des Schiffbruchs, suchte die Überlebenden auf und identifizierte sich so stark mit den Opfern, daß er selber krank wurde und seinen eigenen Problemen nicht mehr gewachsen war.

Peter Weiss setzt sich in den Passagen in der „ÄdW" mit Kunstwerken, ihrem Gehalt und wie besonders in der Passage über das Bild „Guernica" von Picasso mit der marxistischen Kunstdoktrin auseinander: „die Ansicht der Partei war, daß der Kämpfende in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten hätte." (ÄdW I, 334) Weiss hat eine ganz andere, eine viel differenziertere Kunstauffassung, die nicht vor den klassischen Kunstwerken haltmacht. Es geht ihm um einen Prozeß der Aneignung. Die analytisch-kritische Auseinandersetzung und Aneignung, die der Icherzähler vollzieht, trägt zu einer Entwicklung einer eigenen ästhetischen Kompetenz bei. Diese Kompetenz können sich auch Gruppen aneignen. Und ganz im Gegensatz zu der vorgestellten Doktrin sah Weiss gerade in dem Eingeständnis der Niederlage eine wichtige Voraussetzung zur Erlangung einer kritischen und autonomen Verarbeitung. Und auch zur Erlangung von Würde. Wie zeigt Weiss den Prozeß der Aneignung?

Von der Betrachtung des Bildes aus führt Weiss den Leser/in über den Icherzähler zu Gericault und seiner künstlerischen Produktion. Diese Arbeitsweise des Malers wiederum reflektiert der Icherzähler. Die Produktionsbedingungen des Bildes ermöglichen dem Betrachter einen Zugang zu dem Kunstwerk, das 120 Jahre später ein Kunstwerk des bürgerlichen Kanon geworden ist.

Das Wissen um die Realität des Bildes, um seine politischen Fragen lassen eine Aneignung zu. Ein Füllen von Kunst mit den eigenen, klassenkämpferischen Inhalten und zum anderen zur Folie, zum Bewußtwerden der eigenen Situation: „Doch die Nacht brach ein, ohne daß sie Hilfe erhalten hätten. Mächtige Fluten überrollten uns. Bald vor, bald zurück geschleudert, um jeden Atemzug ringend. Die Schreie der über Bord gespülten vernehmend, ersehnten wir die Ankunft des Tages." (ÄdW I, 13) Das bezieht sich



Théodore Géricault, Das Floß der Medusa

aus: Peter Weiss, Notizbücher 1971-80, Band 1, edition suhrkamp

Théodore Géricault, Das Floß der Medusa

aus: Peter Weiss, Notizbücher 1971-80, Band 1, edition suhrkamp

nicht nur auf die Überlebenden auf dem Floß, sondern auch auf die verlorenen Kämpfe in Spanien. Dort erlebte der Icherzähler nicht nur die Niederlage der Republik, sondern auch die Ausschaltung anarchistischer und linkssozialistischer Kampfgenossen durch „Stalins langen Arm". Zweifel und innere Leere wachsen.

Der Roman „ÄdW" gilt als das Lebenswerk von Peter Weiss. Tatsächlich hat er 10 Jahre an diesem Buch gearbeitet. In ihm vereinigt Weiss seine gesamten künstlerischen und politischen Erfahrungen und Kenntnisse. Weiss, der ja anfangs schon in Deutschland als Maler experimentiert und in Prag Malerei studiert hatte, arbeitete zunächst auch im schwedischen Exil als Maler. Die Bilder von Weiss zeigen auch dort schon seine Themen, z.B. „Das große Welttheater", „Kannibalenküche", „Die Maschinen greifen die Menschen an", „Tod der Schwester". Er kannte sich natürlich in der bildenden und darstellenden Kunst aus. In der „ÄdW" haben die Kunstwerke eine zentrale Bedeutung, sie sind Kristallisationspunkte der künstlerischen und politischen Fragen.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in Schweden konzentrierte sich Weiss neben der Schriftstellertätigkeit auf Filmarbeit. Er drehte surrealistische Experimentalfilme und auch Dokumentarfilme, z.B. über Jugendalkoholismus, über das Wohnen in Trabantenstädten.

In den Filmen des Peter Weiss gleitet Szene in Szene über, scheinbar ohne Motivation folgt Bild auf Bild. Ein Prinzip wird dahinter erkennbar, die Wirklichkeit zu inszenieren wie einen Traum. Das ist aber der Anfang. Auch in der „ÄdW" fließen die verschiedenen Erzählebenen wie in einem Film ineinander:

Die Geschichte über den Maler Gericault, über die Entstehungsgeschichte des Bildes, über die historische Situation des Schiffbruchs, über die Rezeption des Bildes durch den Icherzähler, darunter wiederum noch die Beziehung Autor-Leser. Jetzt ist es aber kein Traum, sondern Realität. Die Erfahrungen der Filmarbeit nutzte Peter Weiss bei seiner Theaterarbeit des „Dokumentarischen Theaters" und in dem Roman „ÄdW". Da er all diese künstlerischen Techniken beherrschte, wußte er auch um ihre Grenzen. Nicht umsonst hat er für sein Anliegen, ein großes umfassendes Werk zu schaffen, die Form des Romans gewählt. Hier hatte er die Möglichkeit, anders als beim Film oder auch beim Theater, nach innen zu gehen. Die Entwicklung einer Person und auch der Widerstandsbewegung von innen und von außen und aufeinanderbezogen in aller Breite, in Gleichzeitigkeit und in Bewegung darzustellen.

Die vielen verschiedenen Ebenen, die den Roman angeblich so sperrig und kompliziert machen, ermöglichen aber gerade den Widerstand in seiner Bewegung, in seinen Widersprüchen, Abwägungen und Positionen zu zeigen, um so an die Wahrheit heranzukommen. Und dies ist es auch, was jeder Leser/in beim Lesen verspürt: das Bestreben herauszufinden, wie es wirklich war.

Dieser Roman hat sozusagen das geleistet, was die Geschichtswissenschaft nicht zu leisten in der Lage war: Über die Geschichte des Einzelnen die Geschichte des Widerstands zu schreiben.

Mit der Sprache gegen das Vergessen

Ausgehend von dem Ansatz Söllners (I), — der sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: der ‚frühe' Peter Weiss, der bislang, bis zum Erscheinen des „Marat/de Sade", als der unpolitische beschrieben worden ist, ist in einer besonderen Weise politisch, ja vielleicht politischer, weil in dem Frühwerk das Verdrängen von Auschwitz bearbeitet und präsentiert wird —, soll hier dieses wichtige, aber auch weiterentwickelte und teilweise überwundene Thema von Peter Weiss angesprochen werden.

Söllner sieht gerade in der ganz persönlichen, individuellen Aufarbeitung, fast möchte man Sezierung sagen, die politische Kraft bei Peter Weiss: „Was als Verstärkung von Einsamkeit und Individualisierung erscheint, hat eine wichtige positive Kehrseite: In einer historischen Situation, die durch kollektive Verdrängung charakterisiert ist, ist Individualisierung die einzige Form, durch die der Verdrängung entgegengearbeitet werden kann." Peter Weiss wurde 1916 in Deutschland geboren. Sein Vater war Jude. Die Familie Weiss entkam der Verfolgung und Vernichtung. Peter Weiss nahm in dieser Zeit die Bedrohung nicht bewußt wahr, da er in ganz anderen Konflikten lebte: Ablösung von den Eltern, die inzestuös gefärbte Beziehung zu seiner Schwester und deren Tod, seine künstlerische Identität. Er wuchs in einer bürgerlichen Familie auf, die sich außerhalb der Politik empfand. Selbst das Exil nahm die Familie, da europäischer Herkunft ohne tiefere deutsche Traditionen nicht als die große Katastrophe hin, obwohl es dann doch viel bedeutsamer war.

Erst nachträglich wurde ihm klar, welcher Hölle er entkommen war: „Ich war aufgewachsen, um vernichtet zu werden, doch ich war der Vernichtung entgangen", schreibt Weiss in seinem Prosatext „Meine Ortschaft". Mit der Bestimmung „Meine Ortschaft" ist Auschwitz gemeint.

Daß Weiss überlebt hatte, während Millionen ermordet wurden, führte zu tiefen Schuldgefühlen.

Das Annehmen der Schuld des Überlebens und das erneute Mitleiden mit den Opfern sind nicht nur wichtige Bedingungen für sein künstlerisches Schaffen, dies wird eigentlich immer wieder bei Peter Weiss thematisiert, künstlerisch ausgehalten und politisch weiterentwickelt:

„Es läuft darauf hinaus, daß es eine Perspektive der Befreiung, auf ein zukünftiges Leben nur geben kann, wenn der qualvolle Umweg der Befreiung über das Leid und den Tod der vorangegangenen Opfer nicht gescheut wird", so heißt es in einem früheren Text von Peter Weiss „Die Besiegten".

Dies und die ständige Entwicklung seiner politischen Analyse führten dazu, die Geschichte aus der Sicht des Opfers zu schreiben. Dazu gehört das Einnehmen von Positionen. Nach dem Theaterstück „Marat/de Sade" und besonders nach seiner Verlautbarung der „10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt" von 1965 bezieht Weiss eindeutig politische Positionen: „Die Richtlinien des Sozialismus enthalten für mich die endgültige Wahrheit."

Weiss differenzierte zwar immer wieder seine Position zum realen Sozialismus, aber er trat dennoch als ein für den Sozialismus einstehender Schriftsteller auf. Untrennbar zu den Fragen nach den politischen Machtverhältnissen und Konstellationen gehört die Frage nach dem eigenen Ich. Wer bin ich? Wohin will ich? Eine wichtige Rolle spielte dabei die Psychoanalyse. Zum einen hatte Weiss selber 10 Jahre lang eine Psychoanalyse in Stockholm bei einem aus Ungarn emigrierten Analytiker gemacht und zum anderen schaffte es Weiss, diese Kenntnisse künstlerisch umzusetzen, besonders in den Werken „Das Duell" und „Abschied von den Eltern" ist dieser Einfluß deutlich zu spüren. Da er die Psychoanalyse nicht nur als Therapie betrachtet, sondern als radikale Möglichkeit der Aufklärung, benutzt er auch ihre Arbeitstechniken in seinen Werken: Erinnern und Rekonstruieren durch Sprache. Durch Benennen ohne jede Zensur. Das Aufspüren und dem Sichstellen des Unbewußten, gesellschaftlich auch dem kollektiven Unbewußten, in Deutschland dem kollektiven Verdrängen der Schuld.

Zwar ist das Schreiben, und Schreiben ist für Weiss Politik, insbesondere das Schreiben der „ÄdW", für Weiss selber eine Hadeswanderung gewesen, oder wie es Irene Heidelberger-Leonard in dem Band von Hans Höller formuliert, „das Martyrium, das Weiss zwischen 1933 und 1945 erspart blieb, holt Weiss auf den 1000 Seiten der ÄdW wieder ein". So wichtig dieser Schlüssel ist, dieses Buch ist sehr viel mehr als Bewältigung. Es ist auch mehr als allerbreiteste Recherche, es wächst durch die politische Intention darüber hinaus: Nur der klare Blick auf das zwar immer wieder hinterfragte „Wozu" kann Hürden nehmen.

Sehr wichtig für den oft politisch einsamen Peter Weiss war die Studentenbewegung, deren künstlerische Umsetzungen er jedoch nicht teilte, sie auch als bürgerlich kritisierte.

Dennoch geht, so Söllner, die Entwicklung von Peter Weiss in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre fast parallel mit der Entwicklung der Studentenbewegung: 1965 — Auseinandersetzung mit den Vätern: „Die Ermittlung". 1965/66 — Kritik am Neokolonialismus: „Gesang vom Lusitanischen Popanz" (Lusitanien ist ein altes Wort für Portugal), das dokumentarische Theaterstück behandelt die portugiesische Kolonialpolitik in Afrika. 1967/68 Frontalangriff auf den amerikanischen Imperialismus: „Viet Nam Diskurs" in Zusammenarbeit mit Jürgen Horlemann. Im Jahre 1968/69 tat sich allerdings mit dem Stück „Trotzki im Exil" eine doppelte Kluft auf: Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus traf sich weder mit den damaligen Diskussionslinien der Studentenbewegung noch mit den Interessen der realsozialistischen Staaten. Dennoch läßt sich sagen, der „Marat/de Sade", „Trotzki im Exil" und „Hölderlin" bewegen die Grundprobleme der damaligen politischen Linken: die Veränderbarkeit einer erstarrten kapitalistischen Gesellschaft, die Rolle der Intelligenz/Avantgarde, das Verhältnis der Industriegesellschaften zu den revolutionären Befreiungsbewegungen, die Weltrevolution und das revolutionäre Subjekt, die Entwicklung des „Roten Oktober" und seiner Stellung in der Welt.

Weiss reflektiert sich dabei selber in den Konstellationen des „Revolutionärs in der Enge", im gesellschaftlichen Aus,

Fortsetzung nächste Seite

Leben eines politischen Schriftstellers

Marat oder de Sade? Peter Weiss wohl bekanntestes Theaterstück „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats" spiegelt einen Widerspruch, der prägend war für sein Leben und sein Werk. Führen, wie bei de Sade, als schrecklich und wirre begriffene Lebensverhältnisse zur individuellen Verschreckung und Verwirrung? Zu einer Verabsolutierung des Zweifels — bis hin zur völligen Handlungsunfähigkeit? Oder ist es möglich, eine innere Stärke zu gewinnen, die Zweifel produktiv zu machen versteht, die zu Entscheidungen, zu Handlungen führt, deren Ziel — wie bei Marat die notwendige Umwälzung, die Revolution ist?

Tod und Exil: Der Maler Peter Weiss

Die Kindheit und die frühen Jahre des Peter Weiss sind geprägt von Ereignissen, die ihn die Frage des existentiellen Zweifeln, des Verzweifelns, stellen lassen. Geboren am 8.11.1916 bei Berlin als Sohn eines jüdischen Textilfabrikanten und einer ehemaligen Schauspielerin erfährt er Beengungen und Leere eines bürgerlichen Familienlebens. In seine Kindheit bricht der Tod der geliebten Schwester, dann die weitere Auflösung des Familienverbandes in Flucht und Exil. Ortswechsel nach Bremen, wo sich dem Kind Bilder von Kämpfen nach der Novemberrevolution einprägen, und zurück nach Berlin folgen 1934 das Exil in Großbritannien, 1936 die Umsiedlung in die Tschechoslowakei. 1939 muß Weiss, nach einem längeren Aufenthalt in der Schweiz (u.a. mit Robert Jungk und bei Hermann Hesse), Erneut in ein neues Exilland flüchten. Er siedelt sich in Schweden an. Traumatische Erlebnisse, Isolation und Gefühle der Heimatlosigkeit versucht Weiss in der Beschäftigung mit Literatur, ersten Schreibversuchen, vor allem aber in der Malerei zu verarbeiten. In seinen Bildern dominieren düstere Farben, dargestellt sind oft Ruinen, fliehende Menschen: „... *die Vision des Untergangs, ganz unbewußt, überhaupt nicht konstruiert oder bloß etwas formuliert. Das waren einfach Visionen, das waren Grunderlebnisse: die Erlebnisse des Todes der Schwester und die Erlebnisse des Zusammenbruchs der alten Welt.*" (1)

Mit der Malerei, bis weit in die 50er Jahre vorherrschendes künstlerisches Ausdrucksmittel, gelingt es Weiss nicht, in Schweden Fuß zu fassen. Freunde finden sich zunächst unter Emigranten: der kommunistische Berliner Sexualforscher Max Hodann, die Maler Max Barth und kommunistische Berliner Sexualforscher Max Hodann, die Maler Max Barth und Endre Nemes. Trotz Heirat und — wenig erfolgreichen — Ausstellungen bleibt er ein „fremder Vogel". Die künstlerische Tätigkeit wird immer wieder unterbrochen von Arbeitsverhältnissen, u.a. in der väterlichen Textilfabrik. Peter Weiss unterzieht sich zwei Psychoanalysen, die großteils durch die Abgabe von Bildern abgegolten werden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

im Exil, in der Restauration, Marat im Irrenhaus, Hölderlin verstummt im Turm, Trotzki im Exil.

In diesen Stücken geht es immer noch um eine Person oder in Bezug zu einer zweiten, zum Gegenpol. In der Ästhetik jedoch schafft Weiss es, Individuum zu bleiben, Identität zu finden und dennoch andere zu erreichen.

Anmerkung:
1) Alfons Söllner, Peter Weiss und die Deutschen

Literatur:
Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Suhrkamp
Alfons Söllner, Peter Weiss und die Deutschen. Die Entstehung einer politischen Ästhetik wider die Verdrängung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988
G. Dunz-Wolff/H. Goebel/J. Stüsser: Lesergespräche Erfahrungen mit Peter Weiss' Roman Die Ästhetik des Widerstands, edition comtext, Hamburg 1988
Hans Höller u.a.: Hinter jedem Wort die Gefahr des Verstummens — Sprachproblematik und literarische Tradition in der „Ästhetik des Widerstands" von Peter Weiss, Akademischer Verlag, Stuttgart 1988
Text und Kritik: Peter Weiss, München 1982
Peter Spielmann: Der Maler Peter Weiss — Ausstellungskatalog Museum Bochum, Fröhlich u. Kaufmann, Berlin
Jochen Vogt: Peter Weiss, Biographie, Rowohlt, Reinbek 1987

Maler, Filmer, Literat

1947 bereist Peter Weiss für eine schwedische Zeitschrift Deutschland, verfaßt auf schwedisch Reportagen und den Band *„Die Besiegten"*. Spätere Pläne für eine Umsiedlung scheitern immer wieder, Weiss fühlt sich fremd im postfaschistischen Deutschland, findet, wie er selbst sagt, eine Heimat im Internationalismus. Stark surrealistische Texte folgen, *„Das Duell"* (1953) und das Hörspiel *„Der Turm"* (1948), der für die innere, zu sprengende Beengung steht.

1952 lernt Peter Weiss Gunilla Palmstierna kennen, deren Lebensweg dem des Peter Weiss sehr ähnelt. Beide leben seitdem in enger Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

Im selben Jahr macht Peter Weiss mit dem „Mikro-Roman" *„Der Schatten des Körpers des Kutschers"* den Versuch, sich die deutsche Sprache wieder anzueignen. Sieben Jahre wird dieser Text durch bundesdeutsche Lektorate wandern, bis er 1960 bei Suhrkamp veröffentlicht und der Durchbruch des Schriftstellers Peter Weiss wird. In diese Zeit fällt die Tätigkeit als Filmemacher: Zunächst mit avantgardistischen Experimentalfilmen, dann mit Versuchen, Leben in einem Jugendgefängnis oder einer Trabantensiedlung dokumentarisch nachzuzeichnen.

Das Ringen um Aussage

Nach dem ersten Erfolg veröffentlicht Weiss in der Bundesrepublik die stark autobiographisch gefärbten Texte *„Abschied von den Eltern"* (1960) und *„Fluchtpunkt"* (1961). Er schildert Versuche, psychische Isolierung zu überwinden, um „teilhaben" zu können *„an einem Austausch von Gedanken, der ringsrum stattfand, an kein Land gebunden"* (Schlußsatz in „Fluchtpunkt").

Nach einem ersten surrealistischen Drama (*„Die Versicherung"*, 1952) verfaßt Weiss nun zwei Moritaten, *„Nacht mit Gästen"* (1963) und *„Wie Herrn Mockinpott das Leiden ausgetrieben wird"* (1963, vollendet 1968). In Knittelversen wird das tragische, unausweichliche Scheitern des typisierten „Helden" vorgeführt.

1963 beginnt Peter Weiss mit der Arbeit am *Marat-Stück"* (2). Weiss spiegelt darin seine eigene innere Auseinandersetzung: *„Marat/Sade ist voller Zweifel, und es ist natürlich meine eigene Sicht. Ich habe keine andere Perspektive, aber ich hoffe, ich werde zu einer gelangen."* (Interview 11/64) (3). 1965, nach endgültigem Abschluß des Werks, hat er sich entschieden: *„Für mich ist die Figur von de Sade vielleicht differenzierter geworden als die von Marat, weil ich die Widersprüche in de Sade selbst erlebt habe und sehr* *als die von Marat, weil ich die Widersprüche in de Sade selbst erlebt habe und sehr* *gut kenne. Ich habe diese Sade-Figur so aufgebaut, daß Sade mit dem, was er spricht, eigentlich sich selbst untergräbt."* (Interview 5/56) (4). Er fordert nun auf, bei Aufführungen Marat als den Stärkeren herauszuarbeiten.

Nun definiert sich Weiss als Sozialist. Er tritt 1969 in die schwedische „Linkspartei Kommunisten" (VKP) ein, die zwischen 1964 und 1967 aus der traditionellen KP als Mehrheitsströmung entsteht. Die VKP nimmt unter dem Parteivorsitzenden Hermannson ideologische Elemente der Neuen Linken, später auch eher eurokommunistische Momente an. Peter Weiss nimmt bis zu seinem Tod an den kulturpolitischen Debatten seiner Partei immer wieder aktiven Anteil. Sein Verhältnis zum realen Sozialismus bleibt kritisch, er protestiert gegen die Zurücksetzung, später Ausweisung Wolf Biermanns, die Niederschlagung des „Prager Frühlings" und setzt sich u.a. für seinen Schriftstellerkollegen Pavel Kohout ein.

Dokumentartheater

Literarisch beginnt die Phase des Dokumentartheaters. Dokumente — Reden, Protokolle, Zeitungsmeldungen etc. — werden als Material verwendet, aus dem der Künstler ein Modell der Wirklichkeit entstehen läßt. Das durch den Künstler vorgestellte Abbild ist zwar in Fakten fundiert, gibt aber andererseits nicht vor, selbst Wirklichkeit zu sein, sondern fordert den Betrachter zur Überprüfung auf. Damit wird Dokumentartheater in der Form wie in den Inhalten zur Kritik an „Verschleierungen, Wirklichkeitsverfälschungen und Lügen" von Massenmedien (5). Sein Ziel ist, politische Handlung zu erreichen.

1965 führt das Stück *„Die Ermittlung"* über den Auschwitz-Prozeß zum Skandal in der Bundesrepublik. Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit wollen nicht ertragen, daß Weiss in seinem Stück die Namen von Firmen benennt, die vom Genocid an der jüdischen Bevölkerung profitiert haben.

1966 führt Weiss im „Kursbuch" einen Streit mit Hans Magnus Enzensberger (6). Weiss betont die Möglichkeit und Notwendigkeit, sich Solidarität mit Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu erarbeiten. Grundlage solcher Solidarität ist für ihn — im Gegensatz zu Enzensberger — gemeinsames Interesse, gemeinsame Gegner.

Mit dem im selben Jahr veröffentlichten *„Gesang vom Lusitanischen Popanz"* ergreift er aktiv Partei für den antikolonialen Befreiungskampf in Angola. Das Stück, in der BRD-Presse weitgehend als „Agitprop" abgelehnt, wird u.a. in Portugal und verschiedenen Orten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aufgeführt, und bekräftigt die Stellung des Peter Weiss als internationalen Schriftsteller.

1967 folgt der *„Diskurs über die Vorgeschichte und den Verlauf des lang andauernden Befreiungskrieges in Viet Nam als Beispiel für die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker sowie über die Versuche der Vereinigten Staaten von Amerika die Grundlagen der Revolution zu vernichten"*. Der erste Teil des Versuchs ist das spannende Experiment, unter Verwendung fernöstlicher Theatertradition mehr als zweitausend Jahre Klassenkampfes in Vietnam nachzuzeichnen.

Der „Vietnam-Diskurs" wird Auftakt für eine aktive Vietnam-Solidaritätspolitik des Ehepaares Weiss. Verschiedene Reisen nach Vietnam: Peter Weiss veröffentlicht Berichte, Reportagen, Interviews (*„Vietnam!"* 1966 *„Notizen zum kulturellen Leben der Demokratischen Republik Viet Nam"*, 1968) Peter Weiss ist Sekretär des Russell-Tribunals zu Vietnam, nimmt Teil am Vietnam-Kongress des SDS in West-Berlin und am Vietnam-Hearing in Stockholm. Auch nach der Befreiung 1975 ergreift er für Vietnam das Wort, streitet mit Klaus Vack, Heinrich Böll und anderen, als es um „boat people", den Einmarsch in Kambodscha und den chinesischen Überfall auf Vietnam geht.

1969 veröffentlicht Weiss das Stück *„Trotzki im Exil"*. Darin reflektiert der Revolutionär kurz vor seiner Ermordung durch einen Stalinisten seine Geschichte und die der russischen Revolution. Das Stück wird zum Fiasko für Peter Weiss. Die Generalprobe in Düsseldorf wird durch studentische APO-Proteste verhindert. Vor allem aber führt das Stück zum vorläufigen Abbruch der künstlerischen und politischen Beziehungen in die DDR.

1970 veröffentlicht Weiss das Stück *„Hölderlin"*, den er als visionären Sozialisten zeichnet, der angesichts der Undurchführbarkeit von Revolution den *„Hölderlin"*, den er als visionären Sozialisten zeichnet, der angesichts der Undurchführbarkeit von Revolution den Rückzug in die Verstummung antritt. Die 40jährige Isolation im Turm wird so zum Symbol für den anachronistischen Widerspruch des visionärsten Dichters seiner Zeit.

1981 dramatisierte Weiss Kafka in *„Der neue Prozeß"*.

Ästhetik des Widerstands

Zwischen 1971 und 1980 entsteht Peter Weiss Hauptwerk, *„Ästhetik des Widerstands"*, 1981/82 erscheinen die *„Notizbücher"* des Peter Weiss. Die Lektüre der Zeit von 1971 bis 1980 zeigt, in welch intensiver Arbeit Peter Weiss die Phasen der Mutlosigkeit hinweg, die Widersprüche der Arbeiterbewegung bis 1945 und im Verhältnis von Politik und Kunst ausleuchtete. Der Zweifel: konstruktiv. Peter Weiss starb am 10.5.1982 in Stockholm.

Be/Hamb.

Anmerkungen
1) Interview in „Der Maler Peter Weiss", Katalog einer Ausstellung in Bochum, S. 21
2) Vollständiger Titel: „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Chareton unter Anleitung des Herrn des Sade"
3) Zitiert aus: „Peter Weiss im Gespräch mit A. Alvarez", Nov. 1964, in: „Peter Weiss im Gespräch", herausgegeben von R. Gerlach und M. Richter, Frankfurt a.M. 1986, S. 57
4) Zitiert aus: „Gespräch mit Peter Weiss", Wilhelm Girnus/Werner Mittenzwei, in: „Peter Weiss im Gespräch", a.a.O., S. 68
5) Peter Weiss, „Das Material und die Modelle", abgedruckt in: Stücke II/2, Frankfurt a.M. 1977, S. 598 ff
6) Enzensberger in Kursbuch 2, August 1965; Weiss und Enzensberger in Kursbuch 6, Juli 1966, S. 165 ff

auf-geblättert



Ismet Cherif Vanly
Kurdistan und die Kurden

Band 3, Pogrom-Taschenbücher 1017, Göttingen und Wien: Gesellschaft für bedrohte Völker, 1988. 130 S., 14,80 DM

Mindestens 20 Millionen Kurden leben im Nahen Osten. Nationale Selbstbestimmung oder auch nur regionale Selbstverwaltung wird ihnen in den vier Staaten, die sich das kurdische Siedlungsgebiet teilen (Iran, Irak, Syrien, Türkei) nicht zugestanden. Die Situation in Syrisch-Kurdistan wird in dem vorliegenden dritten Band der Reihe „Kurdistan und die Kurden" beschrieben. Von besonderem Interesse dürfte die vom Autor kommentierte Auswahl der geheimen US-Botschaftspapiere sein, die sich aus amerikanischer Sicht mit der Situation der Kurden befassen.

Klara Osiander/ Johannes Zerger
Rückkehr in die Fremde

Augsburg: Maro-Verlag (HWA-Akademiereihe) 1988. 209 S., 19,80 DM

Im Rahmen der Schriften der Hans-Weinberger-Akademie erscheinen Grundlagentexte für die sozialpädagogische Ausbildung. Die hier angezeigte Veröffentlichung ist auch für einen breiteren Kreis interessant: sie beleuchtet am Beispiel der Türken die politischen und individuellen Bestimmungsfaktoren des Rückwanderungsprozesses sowie die Schwierigkeiten bei der Reintegration in der Türkei. Zudem bietet sie einen guten Rückblick auf die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in der BRD.

Harald Friedrich
Die Müllverbrennung — eine ökologisch verantwortbare Technologie?

Broschüre (A 5), 40 S., 5,- DM

In dieser vom den Grünen im Bundestag — Regionalbüro Ostwestfalen-Lippe herausgegebenen Broschüre werden verständlich und fundiert die neueren Erkenntnisse über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Müllverbrennung dargestellt. Vor allem kommu- kenntnisse über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Müllverbrennung dargestellt. Vor allem kommu-nalpolitisch Interessierte erhalten mit dieser Broschüre Argumentationshilfen geliefert.

Bezug über Anke Schmidt, Elsa-Brändström-Str. 13, 4800 Bielefeld 1

Antifa-AG der AL — Antifa-Jugendfront (Hrsg.)
Rechtsextremismus an Berliner Schulen

Broschüre (A4), 27 S., 2,50 DM

Aktivitäten rechtsradikaler Schüler sind auch in Westberlin an der Tagesordnung. Gleichzeitig steigt die allgemeine Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen permanent an. Die vorliegende Broschüre ist als Antwort auf diese Entwicklung gedacht, dabei wird vor allem über Struktur und Ideologie von Gruppen wie der FAP, NF und Junge Union informiert. Bezug für 2,50 DM plus Porto über Alternative Liste — Antifa -AG, Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31.

P. Grohmann/R. Acker/ R. Schönstein (Hrsg.)
Eugen Eberle — Wort und Tat

Stuttgart: Grohmann-Verlag, 1988. 100 S., m. zahlreichen Fotos und Dokumenten, 7,50 DM

Eugen Eberle, bis Anfang der 50er Jahre Betriebsrats-Vorsitzender bei Bosch, war einer der markantesten linken Kommunalpolitiker in der BRD; er gehörte 40 Jahre lang dem Stuttgarter Stadtrat an. Eberle setze sich immer wieder mit den Zusammenhängen von Kommunalpolitik und „großer Politik" auseinander, griff schon sehr früh ökologische Themen auf und widmete seine Arbeit nicht zuletzt der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Der vorliegende Band enthält eine Auswahl von Reden und Aufsätzen Eugen Eberles zu dieser Thematik aus den Jahren 1948-1984 sowie erläuternde Kommentare und Aufsätze von Tilman Fichter, Frieder Schmidt und Wolfgang Ch. Schneider.

Karl Lind (Hrsg.)
Nur kein Rhabarber! Auseinandersetzungen mit grüner Politik in Österreich

Wien: Grün-Alternativ Verlag, 1988. 195 S., 27,- DM

Das Projekt „Grün-Alternative Politik" in Österreich ist gescheitert, stellt der Herausgeber in seinem Vorwort fest. Die Aufarbeitung dieser Entwicklung, ist deshalb noch lange nicht überflüssig: Fehler der jüngsten Vergangenheit sollten Anlaß zu neuen Erkenntnissen liefern. Der vorliegende Sammelband mit seinem Versuch der Analyse grüner Politik in Österreich ist auch hier sicher mit Gewinn zu lesen; Parallelen zur bundesdeutschen Entwicklung werden deutlich. Als Autoren der Beiträge zu grüner Kultur, Ideologie, Ökonomie, zum Verhältnis zum Feminismus und anderen zentralen Fragen grüner Politik kommen ausschließlich „Betroffene" zu Wort — alle waren oder sind noch in grüne Politik eingebunden. Nicht alle teilen in ihrer Einschätzung die skeptische Haltung des Herausgebers.
Bezug über MOZ, Neulerchenfelderstr. 12, 1160 Wien

VR China — Antiimperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution Kampf zweier Wege um das Entwicklungskonzept in der VR China

Köln: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1988. Broschüre (A4), 128 S., 10,- DM

Während die marktorientierte Umgestaltung realsozialistischer Volkswirtschaften in Form der „Perestroika" auch hierzulande bei Teilen der Linken noch Anhang findet, ist in der VR China die „Modernisierung" längst an ihre Grenzen ge- hang findet, ist in der VR China die „Modernisierung" längst an ihre Grenzen ge-stoßen. Wachsende soziale Differenzierung, Entstehen neuer Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande, Entrechtung der Arbeiter — die Ergebnisse dieser Politik sind weitgehend bekannt. Die vorliegende Veröffentlichung ist dem Anliegen gewidmet zu zeigen, daß derartige Entwicklungen nicht zwangsläufiger Natur sind, sondern Ergebnis des Kampfes „zweier Linien": der in der Mitte der 70er Jahre eingeschlagene Kurs bedeutete die weitgehende Abkehr des von Mao verfolgten Konzepts des sozialistischen Aufbaus. Zugespitzter Ausdruck des Kampfes der zwei Linien war die Kulturrevolution. Die Dokumentation enthält zahlreiche, sonst nur noch schwer aufzufindende Dokumente aus der Zeit des „Großen Sprungs" und der Kulturrevolution. Sie enthält auch Stellungnahmen zu internationalen Problemen, soweit sie für das Verständnis der Entwicklung notwendig sind. Die Dokumentation ist mit erläuternden Anmerkungen, einer Chronologie und einer Auswahlbibliographie versehen. Bezug über GNN, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7.

Baskenland autonom?!

Broschüre (A4), 150 S., 8,50 DM

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit haben „Leute aus dem autonomen/antiimperialistischen Widerstand" in Hamburg versucht, das Feld der unabhängigen Linken — unabhängig von der als „patriotische Linke" gekennzeichneten ETA und Herri Batasuna — zu erhellen und dazu eine Menge an Artikel-Nachdrucken, Interviews, Flugblattexten usw. zusammengetragen und einige kurze erläuternde Darstellungen hinzugefügt.

Bezug gegen 10,- DM (incl. Porto) und nur gegen Vorkasse über Cafe & Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 55

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Begriffsverwirrung

Betr. Die Gene sind es nicht ... im AK 299

Der Artikel enthält leider einige Passagen, die leider mehr zur Begriffsverwirrung als zur Klärung beitragen. Vor allem die Verwendung des Begriffs „Biokybernetik" ist ziemlich irreführend. Dieser Begriff zieht sich durch den ganzen Artikel und wird meist verwendet, um eine Produktionsweise bzw. eine Technologie zu bezeichnen (in der Hinsicht allerdings auch nicht einheitlich). Biokybernetik hat allerdings eine ganz andere Bedeutung. In Anm. 3 steht, Kybernetik sei eine Wissenschaft. Dasselbe gilt für die Biokybernetik. Ein Name für eine Wissenschaft läßt sich aber nun mal nicht verwenden, um eine Produktionsweise zu bezeichnen (oder gibt es z.B. ein mathematisch hergestelltes Auto?). Biokybernetik muß in einem ganz anderen Zusammenhang kritisiert werden. Sie ist eine Forschungsrichtung, die sich mit der Steuerung und Regulation innerhalb von biologischen Systemen beschäftigt. Da geht es z.B. um die Orientierung beim Vogelflug oder die Informationsverarbeitung im Gehirn. Für solche Forschungsergebnisse interessieren sich nun auch Militärs und High-Tech Firmen, weil man die Erkenntnisse teilweise auf die Steuerung von Raketen oder die Informationsverarbeitung in Supercomputern anwenden kann.

So stolpert man beim Lesen des Artikels immer wieder über diese Definition von Biokybernetik. Aber auch ein paar andere Sachen finde ich zu ungenau oder irreführend dargestellt. Z.B. heißt es unter dem Abschnitt 5: „Erste Produkte dieser Art" (gemeint sind gentechnisch manipulierte) „werden bereits angeboten." Welche Produkte sollen das nun sein? Und wo werden die angeboten? Pflanzen können es nicht sein. Da laufen momentan sie ersten Freilandversuche in den USA, in Europa sind die ersten angemeldet (in der BRD am MPI in Köln). Das zählt noch zum Bereich der Forschung, verkaufen läßt sich da nichts. Bei Tieren dürfte es wohl ähnlich sein. Was „angeboten" wird, sind genetisch manipulierbare Mikroorganismen bzw. deren Produkte. Diese Produkte haben jedoch noch wenig mit dem im Artikel beschriebenen „Nahrungskreislauf Pflanze/Tier/Mensch" zu tun. Der Verkauf von genetisch manipulierten Tieren/Pflanzen ist momentan noch Zukunftsmusik. Allerdings laufen die Vorbereitungen dafür auf Hochtouren, weil äußerst hohe Umsätze erwartet werden können.

Tilman L.

etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Störfaktor

Störfaktor

Betr.: Berichterstattung des AK über die Anti-IWF-Kampagne

In der Oktoberausgabe hat der ak nun endlich mit der taz gleichgezogen. Schon im Vorfeld des IWF-Kongresses glänzte euer Berliner Mitarbeiter „D." durch reichlich selektive Artikel über den Stand der Anti-IWF-Kampagne. Wir kennen das schon, alles was nicht gerade auf der vorherrschenden Linie der KB-Schreiber liegt, wird runtergemacht. Da sich der KB in Westberlin nur in Form von ak-Handverkäufern und Unterzeichner von Aufrufen hervortut und ansonsten zumeist als U-Boot im AL-Basissumpf stochert — also nun ganz und gar keinen Einfluß auf die linksradikale Bewegung in WB hat — erstaunt es doch immer wieder, mit welcher Unverfrorenheit der KB durch eine die Tatsachen verdrehende, entstellende Berichterstattung insbesondere Aktionen und Diskussionen von autonomen und antiimperialistischen Gruppen abkanzelt. Das ist an sich kaum erklärbar. Vielleicht aber auch ganz einfach: Die Autonomen haben in mehreren Broschüren, zwei in hoher Auflage in der BRD und im Ausland verbreiteten Aufrufen, die Politik der Westberliner AL in der Anti-IWF-Kampagne als reformistisch kritisiert. Getroffene Hunde bellen eben laut. Wie verquer die Politik der Autonomen während der Anti-IWF-Aktionen im ak dargestellt wird, will ich an einigen Punkten erläutern.

1) Die große Bündnisdemo am Sonntag mit ihrem Aufruf nach einer ‚gerechten Weltwirtschaftsordnung' haben die Autonomen nicht mitgetragen. Sie haben trotz Einladung keine RednerInnen gestellt und sie haben sich auch nicht durch Beiträge am Gegenkongreß beteiligt. Warum nicht? Im Gegensatz zum KB haben wir bereits vorher gesagt, Schuldenstreichung als Lösung der Weltwirtschaftskrise ist keine Lösung. Die Forderung nach einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung" (u.a. von den Grünen vorgebracht) ist irreführend oder eben „nebulös", wie jetzt der KB auch eingesteht. Mehr noch: Von einer Krise fürs Kapital kann gar nicht gesprochen werden, denn für die Multis, den IWF und die übrigen Imperialisten in den Metropolen und ihre Verbündeten in den Regierungspalästen der Trikontländer läuft alles nach Plan. So lange also nicht klar wird, gegen wen sich eine „Lösung der Krise" richtet, welche neuen Klassenbündnisse von unten geschlossen werden müssen — und dazu gehört auch eine Neubestimmung der antiimperialistischen Soliarbeit, die die Verantwortlichen hier in den Metropolen angreift — solange kann es von unserer Seite kein Bündnis geben. Diese Position steht natürlich konträr zur AL und zu den Grünen (dort gibts wohl 'ne Ausnahme in der Person von T. Ebermann). Demzufolge kann es auch keinen Dialog mit den Modernisierungstheoretikern der Weltwirtschaft wie Tetzlaff oder Altvater geben, erst recht nicht mit solchen Konsorten wie SPD-MdB Hauchler, die auf dem Gegenkongreß ihr neues Konzept der verfeinerten Ausbeutung, sozial abgefedert und für die westdeutschen Multis noch attraktiver, dem erstaunten Publikum präsentieren durften.

Aus diesen kurz angerissenen Gründen haben wir die Plattform für die Bündnisdemo und den Gegenkongreß nicht mitunterschrieben.

2) Mehr als frech ist eure Berichterstattung zu den Aktionstagen. Während also eurer Einschätzung nach die sonntägliche Latschdemo der 50- bis 80.000 eine „bunte, phantasievolle und kämpferische Demonstration" war, kam zu den Aktionstagen „ein wesentlich kleineres politisches Spektrum, dafür aber in Absprache und unter Beteiligung der autonomen Gruppen". Eine unbeteiligte Leserin gewinnt den Eindruck, als wenn die Aktionstage *auch* von den Autonomen mitgetragen wurden. Ganz schön starker Tobak! Tatsache ist, daß drei Monate ca. 100 Menschen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum und ca. 50 Frauen und Lesben in der Frauenkoordination die Aktionstage vorbereitet haben. Daneben gab es noch eine zahlenmäßig sehr viel kleinere AG Aktionstage des Bündnisspektrums. Mitte August wurde ein Aufruf des autonomen/antiimperialistischen Aktionstageplenums in 10.000 facher Auflage veröffentlicht, der inhaltlich sehr ausführlich darlegte, warum wir Aktionstage gegen den Kongreß machen, warum wir ihn stören, behindern, wenn möglich verhindern wollen. Zudem wurde noch einmal ausführlich geschildert, was die Aktionstage mit unseren Kämpfen im Alltag, gegen den Zwang zur Arbeit, gegen die patriarchalische Herrschaft und Ausbeutung zu tun haben.

Neben den Trommel-Aktionen waren diese vorbereitenden Aktionstage der entscheidende politische Aktionsrahmen. Aber eben inhaltlich entscheidend bestimmt durch autonome Gruppen. Nicht von ungefähr wurde „IWF-Mördertreff" und nicht „Schuldenstreichung jetzt" zu *der* Parole der Kampagne!

Völlig entstellend wird's, wenn ihr

der Parole der Kampagne!
Völlig entstellend wird's, wenn ihr

schreibt: „An den Aktionstagen beteiligten sich die Autonomen mit eigenständigen Aktionen, die mit dem übrigen Bündnis abgesprochen waren, wobei in den jeweiligen konkreten Aktionen die Trennung aufgehoben wurde. Aber in der Hauptsache konzentrierte sich das autonome Spektrum auf 'ihre' eigenständige internationalistische Demonstration."

Die Demo am 29.9. war von vornherein integraler Bestandteil des Aktionstagekonzepts und als solche auch im Aufruf angekündigt. Es gab zudem keine „Hauptsache" in den Aktionstagen. Dazu waren uns *alle* Kundgebungen und Aktionen zu wichtig. Unsere Aktionen waren nicht mit dem Bündnis abgesprochen, konnten gar nicht abgesprochen werden, weil das Bündnis keine Vorstellungen zu den Aktionstagen, bis auf die kleine Aktionstage AG, hatte. Genauer: Das Bündnis wollte mit den Aktionstagen nichts zu tun haben, weil es nichts mit Störungsaktionen gegen den Kongreß zu tun haben wollte. Das war doch der monatelange Streit zwischen Gewaltfreien, Revis, Jusos, Grünen und AL auf der einen Seite und dem Buko und einigen autonomen ‚Beobachtern' auf der anderen Seite. Hier wird unterstellt, als ob Grüne, SEW, DKP, Jusos die Aktionstage mitgetragen hätten. Das ist schlicht und einfach Quark.

Wir haben im Vorfeld der Kampagne immer wieder betont: Wir halten ein Bündnis bei den fundamentalen politischen Gegensätzen in der Analyse des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems und bei den völlig konträren Auffassungen über die Notwendigkeit einer revolutionären Praxis und Formierung von Gegenmacht hier in den Metropolen für alle Beteiligten nur schädlich. Wenn wir im Gegenteil dort die Kräfte bündeln können, wo Gemeinsamkeiten in der Praxis sich entwickeln und dort, wo dies nicht möglich ist, uns in unseren unterschiedlichen Aktivitäten nicht gegenseitig behindern — dann können wir stärker zusammen sein, als wenn wir auf einer Plattform nur wortreiche Erklärungen fabrizieren, die zumeist gerade die interessanten, strittigen Punkte ausklammern.

Ich denke, daß diese eingeschlagene Strategie, die auf erheblichen Widerspruch bei vielen AL'ern und auch bei etlichen Autonomen stieß, sich durch die Praxis der Aktionstage als richtige herausgeschält hat. An den Punkten, wo es beiden Seiten notwendig schien, haben wir uns abgesprochen und Aktionen koordiniert. An den Punkten, wo von vornherein klar war, wir behindern uns nur gegenseitig, haben sich beide Seiten lediglich über die Aktionen informiert. Das scheint mir als eines der wichtigsten Ergebnisse der Anti-IWF-Kampagne zu sein: Sehr viele Aktionen von sehr vielen, politisch sehr unterschiedlichen Gruppen wurden ohne gemeinsame Plattform organisiert, ohne daß die Aktionen sich gegenseitig schwächten, sondern eher im Gegenteil: Weil es keine gegenseitig lähmenden Bündnisabsprachen gab, konnten sich so „bunte, „phantasievolle, kämpferische" Demos und Aktionstage entwickeln. Vielleicht ein Lehrbeispiel für zukünftige Kampagnen.

Diese wichtige Erfahrung und Erkenntnis nimmt der ak gar nicht wahr. Stattdessen kommt's nun ganz dicke! Über die angebliche „Doppelstrategie" der Autonomen schreibt ihr: „In der Praxis jedoch folgten viele Autonome der Maxime ‚Dabeisein ist alles'." Was ihr da schreibt, klingt so: die Autonomen folgten nicht den Direktiven ihrer „Vertreter", tappten orientierungslos in der Gegend rum und konzentrierten sich allein auf die Abschlußdemo. Dümmer geht's nümmer. Die Autonomen — „vermummt" auf den Demos, „schwarz bekleidet" auf den Aktionstagen und dazu führungslos und nix im Kopp als Randale. Mit solchen Kennzeichnungen, Stereotypen nähert ihr euch mit Siebenmeilenstiefeln der taz.

Wenn ihr schon von „Doppelstrategie" schreibt, wieso unterschlagt ihr die zahlreichen militanten Anschläge gegen Banken, gegen die BEWAG, gegen Sexshops und -kinos, gegen die Bankerkarossen und -verleihfirmen? (Nebenbei wurden am 29.9. vormittags, vor Beginn der Abschlußsitzung des Kongresses die Zufahrtsstraßen zum ICC durch sechs brennende Autos blockiert, und nicht, wie ihr schreibt, abends nach Abreise der Schweine.)

Trotz des irrsinnigen Bullenaufgebots ist diese Strategie der autonomen Gruppen, legale, angemeldete Aktionen/Demos und illegale Kleingruppenaktionen zu machen, recht gut aufgegangen.

In eurer Berichterstattung, sowohl im Vorfeld wie danach, völlig ausgegrenzt (und das ist schon eine beachtliche Leistung) habt ihr die Aktionen und Diskussionen der autonomen Frauen- und Lesbengruppen. Die Frauen waren immerhin die einzigen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum, die ihre zweijährige Diskussion und Debatte über einen neuen Internationalismus und antipatriarchalischen Kampf in einer umfangreichen Broschüre zu Papier brachten („Ansätze", Auflage 4000, vergriffen). Zudem gelang es den Frauengruppen in

(„Ansätze", Auflage 4000, vergriffen). Zudem gelang es den Frauengruppen in

Westberlin wohl am besten, durch Veranstaltungen und Aufklärungsaktionen in Einkaufszentren ihre Kritik sowohl an der autonomen Männerpolitik wie an der Frauenunterdrückung und -ausbeutung im patriarchalischen Herrschaftssystem in allgemein verständlicher Sprache frau auf der Straße deutlich zu machen.

Und daß zum neuen Internationalismus der Autonomen mehr als die „IWF-Hungerrevolten" gehören, ist selbst den AL-Realos klargeworden. Bestätigt hat sich leider auch die Skepsis gegenüber einigen Befreiungsbewegungen wie der FMLN oder der FSLN, die, wenn sie sich überhaupt zum IWF äußerten, eher die Position von Castro oder der Sozialistischen Internationale übernahmen.

Wenn dem KB künftig mehr daran gelegen ist, die Debatte um einen neuen Antiimperialismus mitzugestalten nach dieser erfolgreichen Anti-IWF-Kampagne und nach dem Abdanken der Sowjetunion als Hort des Antiimperialismus (was sie schon unter Stalin nicht mehr war) und als Gegenmacht gegen die globale NATO-IWF-Politik — dann muß sich der KB schon dazu durchringen, neue Fragen und Einschätzungen zuzulassen, die nicht aus der grün-alternativen oder ‚Gorbi-Ecke' kommen. Dann ist es notwendig, Positionen gerade auch von Linksradikalen genauso authentisch wiederzugeben, wie der ak es in der Berichterstattung über die Grünen bis zum Erbrechen zu tun pflegt.

H., Westberlin

Zeitungsmachen als zersetzender Prozeß

Hartungensien in der taz

„Jeden Tag eine linksradikale Zeitung" — noch bekannt, dieser Gründungsslogan der taz von 1978/79?

„Was ist denn links? Wir definieren zur Zeit alles, was uns gefällt als links", sagt Ulli Kulke 1988 auf einem taz-Plenum zur Konzeptionsdebatte. *„Es gibt in der Umwelt kein rechts oder links"*, gibt Gerd Rosenkranz zu bedenken.

Identitätskrise in der taz. Die Zeitungsmacher wollen ein neues Konzept, aber welches? *„Zeitungsmachen ist ein zersetzender Prozeß an sich, besonders aber der Linken"*, doziert Altmeister Klaus Hartung, da *„die heutige Linke nicht mehr zersetze"*. Die Linke glaube *„selbst nicht mehr an ihre alten Feindbilder. Die würden letztlich auch beim Zeitungsmachen aufgelöst, beispielsweise durch die Technik des Interviews. Die Linke halte statt dessen an ihren alten Bildern fest, sei undemokratisch und öffentlichkeitsfeindlich."*

„Die neue Ziellosigkeit", pflichtet ihm Gerd Nowakowski bei, *„ist nicht ein gesellschaftliches Problem, sondern eins der Linken. Denn erstmals in der Geschichte der BRD ist die Linke Bestandteil der Gesellschaft, nicht ausgegrenzt"* (1), bekundet er Integrationswillen.

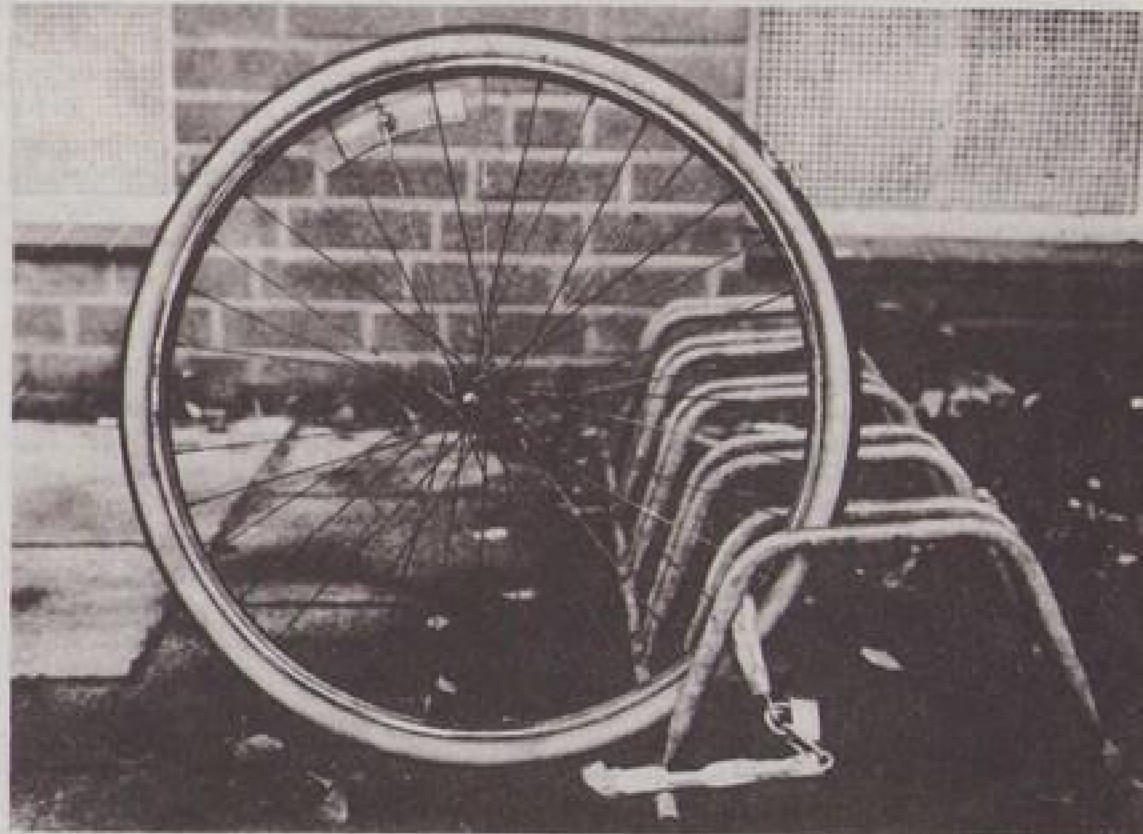


Foto: H. Wojahn

Hartungsche Prinzipien

Was kann das meinen? Klaus Hartung müht sich unermüdlich in der tagtäglichen taz um Aufklärung und die Verbindlichkeit republikanischer Prinzipien:

1.
Als guter bürgerlicher Demokrat verficht er das Prinzip der Übernahme von Verantwortung mit Konsequenzen, was *„die womöglich antiquierte Auffassung (meint), daß ein öffentliches oder politisches Amt eine höhere Verantwortung impliziert als beispielsweise der Chefsessel eines Privatunternehmers."* (2) Womit die Schwere der Vergehen eines steuerhinterziehenden grünen Bundesvorstands, von dem hier die Rede ist, bewiesen wäre. Der klassische Linke hätte dies selbstverständlich dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital folgend genau andersherum gesehen.

2.
Öffentliche Sauberkeit im Sündenpfuhl der Barschels, Lambsdorffs und Ditfurths ist ein weiteres Hartungsches Prinzip. Einziger Hoffnungsträger: die SPD. Doch wenn Niedersachsens SPD einen Neuwahlantrag stellt, weil Minister Hasselmann gelogen hat, dann scheut Hartung auch gnadenlose Kritik an mangelnder Konsequenz nicht, da dieser Schritt verzögert kam, die sozialdemokratische Opposition zu spät die beschädigte *„Glaubwürdigkeit des demokratischen Gemeinwesens entdeckt"* habe. (3)

„Glaubwürdigkeit des demokratischen Gemeinwesens entdeckt" habe. (3)

3.
Das Prinzip Parlament. Kurze Zeit nach der niedersächsischen Beschädigung erneute Sorge um das Gemeinwesen, da dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Galinski, *„die wichtigste Rednertribüne in der Bundesrepublik"* (4), das Parlament, verweigert worden ist, was Hartung *„beschämend für den Bundestag"* (5) findet.

4.
Die Grundgesetztreue. Oskar Lafontaine habe zwar sympathieheischend linken Internationalismus gegen Volkstümelei gestellt, als er nicht einsehen wollte, daß „abstammungsdeutsche" Aussiedler höherwertig sein sollen, als Asylbewerber. Gut, so Hartung, doch *„bleibt es bedenklich, daß er angesichts deutscher Platzangst Bestimmungen des Grundgesetzes in Frage stellt"* (6).

„Da haben die sich aber was getraut"

Würdeloser Umgang mit der Demokratie einerseits, ob von CDU-Jenninger oder „der Linken" (grüne Fundis, SPD-Niedersachsen, Lafontaine), Verkennung der Querdenker andererseits, das — so Hartung mache die deutsche Misere erst aus. Beispiel Glotz, in der eigenen Partei gescheiterter SPD-Herausforderer der bayerischen CSU. *„Glotz hätte zwar keine vollen Bierzelte garantieren können"*, mitfühlet Taz-Vor- und Querdenker Hartung, aber *„er hätte die Partei provoziert — zum Denken. Und er hätte die Intellektuellen nach sich gezogen."* taz-Sorgen 1988, über Nacht gekommen oder 1978/79 bereits ein Geburtsfehler? *„Aber jene Jusos der siebziger Jahre finden Quereinsteiger ohnehin schlimmer als CDU/CSU-Siege. Glotz ist am fränkischen Mittelmaß gescheitert, wie vordem am Berliner Mittelmaß."* (7) Der Glotz als gescheiterter taz-Bewerber?

Welche Konsequenzen für die taz ziehen? *„Die taz befindet sich im Spannungsfeld zwischen Ratlosigkeit und Engagement. Hier sollen sich die Teilwahrheiten über Teilbewegungen umsetzen. Damit läßt sich am besten die Unabhängigkeit wahren"* (1), schlägt Martin Kempe als des Rätsels Lösung vor. Siggi vom Layout wird praktisch. *„Zudem gibt es eine Reihe von Themen, die ins Blatt gehören. Mode zum Beispiel."* Hat nicht die taz schon alle Moden versucht? *„Der Anreiz für neue Leser ist über neue Themen zu sichern."* Ob das von den Querdenkern gemeint war? Vera findet, daß die taz *„ernst genommen*

Moden versucht? *„Der Anreiz für neue Leser ist über neue Themen zu sichern."* Ob das von den Querdenkern gemeint war? Vera findet, daß die taz *„ernst genommen*

werden wollte, und das haben wir erreicht." Na siehste, aber: *„Darunter haben unsere Frechheit und Respektlosigkeit — nicht zu verwechseln mit Rotzigkeit — gelitten. Im Grunde brauchen wir ein tägliches Element, bei dem der Leser sagen kann, ‚Da haben die sich aber was getraut.'"*

Das dürfte nicht so einfach sein. „Gaskammervoll" will man/frau zum Glück nicht, linksradikal ist passe, was bleibt noch? Der linke Tabubruch? Der ist nicht neu, sondern hartungalt, von dem will höchstens Max Thomas noch mehr. Die sensible Annäherung der taz an das Gute in der Sozialdemokratie ist tagtäglich und längst keine Modernisierung mehr.

Wie wär's daher mit *Ausgewogenheit*, eine öffentlich-rechtliche taz, das Gegenteil von dem, was dieses Projekt einmal vorgab zu wollen? Das ist Bewegung und Veränderung zugleich. Wie das aussehen könnte. Erstens in die taz-Kommentarspalten schauen, zweitens den letzten Klingelschmitt lesen, jenen hessischen taz-Realo, der als erster den Sponti-Citoyen in dieser Zeitung hoffähig gemacht hat, bevor der Knappe Udo ihn für die Grünen Yuppie-Realos reklamieren konnte. *„Feindbilder"*, schreibt KPK zum „Jahrestag der tödlichen Schüsse an der Startbahn West", Feindbilder baue CDU-Innenminister Milde auf, wenn er *„das bewußte Zurückschrauben der Gewaltspirale an der umstrittenen Piste einzig als Erfolg repressiver Polizeitaktik interpretiert"* ..., hat doch der Erfolg mehrere Väter, deren einer die Polizei, unter deren weiteren auch KPK sich zu finden hofft. CDU-Milde ignoriere, wirft KPK ihm vor, *„Diskussionsprozesse, die innerhalb der Bürgerinitiative, aber auch marginal bei der Polizei initiiert wurden."* Das Ohr in den in den Polizeistuben, träumt der Zivilisitäre von der taz jenseits der Realität eines neuen hessischen Polizeigesetzentwurfs die Utopie von der Linken, die nicht mehr ausgegrenzt ist: taz alias KPK plus zivilisierte Politiker plus zu stärkende marginale Polizei in Alternative zu den „kalten Kriegern", zu jenen Anhängern der „Feindbilder" aus der hessischen Landesregierung und *„aus der ‚harten Front' der Startbahngegner, für die die Flughafenbetreiber ‚Völkermörder und Kriegsstrategen' sind."* Für jene Extreme, so der feind-BILD-freie KPK, *„ist die Welt dann auch wieder in Ordnung, nämlich schwarz-weiß und unkompliziert."* (8)

Rosarot sei die taz, hilfreich und gut. Warum auch sollten die Herrschenden solche Linke ausgrenzen? **hr.**

pliziert." (8)
Rosarot sei die taz, hilfreich und gut. Warum auch sollten die Herrschenden solche Linke ausgrenzen? **hr.**

Quellen
1) Alle Zitate dieser taz-Diskussion aus: Protokoll vom Samstagsplenum der taz in der Westberliner Wattstraße am 17.9.88
2) Klaus Hartung, Verantwortung übernehmen, taz-Kommentar vom 18.10.88
3) Klaus Hartung, Goldjeton, taz-Kommentar vom 26.10.88
4) Klaus Hartung, Armutszeugnis, taz-Kommentar vom 31.10.88
5) Klaus Hartung, Integration, taz-Kommentar vom 7.11.88
6) Klaus Hartung, Schöne Worte, taz-Kommentar, 28.10.88
7) Klaus Hartung, Verlierer voran, taz-Kommentar vom 5.11.88
8) Klaus-Peter Klingelschmitt, Feindbilder, taz-Kommentar vom 2.11.88

Spendenaufruf

Weihnachten naht und der KB desgleichen. Mit dem kommunistischen Klingelbeutel. Da wir wissen, daß ihr alle nicht besonders konsumgeil seid, einige von euch zudem noch Weihnachtsgeld bekommen, bitten wir um eure politische Mildtätigkeit gegenüber einem Zeitungsprojekt wie dem AK.

Im Ernst: Wir müssen unserer Finanzlage entsprechend an eure Spendenbereitschaft appellieren. Um die Zeitung in Machart und Umfang ein weiteres Jahr zu gewährleisten, benötigen wir mindestens 40.000 DM zusätzlich zu den Subventionen, mit denen wir aus Mitgliedsbeiträgen sowieso schon das politische Projekt AK bezuschussen.

Spenden auf das Konto:

Heinrich Eckhoff
Postgiroamt Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Kontonummer 4645 84-204

3. KB-Kongreß

Am 14. und 15. Januar 1989 veranstaltet der KB seinen 3. Kongreß in Hamburg. Mitglieder und Sympathisanten des KB sind hierzu herzlich eingeladen. Desgleichen Freunde und Ehemalige aus dem KB, die wir um Anmeldung bitten.

Politische Organisationen laden wir gesondert ein.

Zur Debatte stehen die Rechenschaftslegung und Bilanz der innen- wie außenpolitischen Entwicklung und der Stand der Linken in der Bundesrepublik.

Anmeldungen an:
Kommunistischer Bund, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20,
Tel. 040/43 53 20

Asien
„Die US-Basen sind ein Dolch im Rücken des Volkes" 26
Militärisch möglich — politisch machbar?
José Maria Sison über US-Basen und -Interventionen 27

ATOMWAFFEN
VERZICHT INS
GRUNDGESETZ!

Kalkar

Köln

Bonn

WAA

DENUKLEARISIEREN

STATT

MODERNISIEREN!

INTERNATIONALE AKTIONSKONFERENZ

25.-27. NOV 88 IN KÖLN

Schulzentrum Köln-Weiden
Ostlandstraße 39
5000 Köln 40



Kampf dem Atomtod 1959 . . .

ATOM MACHT BRD

Wir finden die Kampagne wichtig und wollen ihre Anliegen unter unseren Mitgliedern und Basisgruppen weiter bekanntmachen. Wir haben beschlossen, den „Aufruf gegen die Selbstberuhigung – Denuklearisieren statt Modernisieren – Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" zu unterstützen und uns an der Finanzierung der Veröffentlichung dieses Aufrufs in einer überregionalen Tageszeitung mit 100,– DM zu beteiligen.
Rainer van Heukelum, Pax-Christi-Präsidium

Moment mal. Hat die BRD nicht längst auf Atomwaffen verzichtet? Ist es nicht geradezu unsinnig, in das Grundgesetz festschreiben zu wollen, was angeblich schon heute die erklärte Grundlage aller BRD-Politik ist?
Wer so fragt, hat nur scheinbar recht.
Warum es sich lohnt, für die Durchsetzung eines vollständigen und dauerhaften Atomwaffenverzichts auf die Straße zu gehen – das wollen wir im folgenden erläutern.

1 EIN
amerikanischen Cruise Missiles

1 EIN AKTUELLES ANLIEGEN

Kurze Rückblende auf den Sommer 1987: Geradezu verbissen hält die Bundesregierung daran fest, die Pershing I A-Raketen als „Drittstaaten-Systeme" (d.h. als BRD-Atomwaffen) aus den Genfer Verhandlungen herauszuhalten. Als „Drittstaat" bezeichnete man bis dahin allein die Atommächte Großbritannien und Frankreich. Mit der Selbsttitulierung der Bundesrepublik als „Drittstaat" hatte die Bundesregierung ganz offen den Anspruch auf nukleare Ebenbürtigkeit mit Großbritannien und Frankreich angemeldet.

Weitgehend unbemerkt, jedoch mit gleicher Zielrichtung, änderte 1988 die CDU ihr Grundsatzprogramm. Zwar wird in den Beschlußunterlagen die Formulierung „Europäische Atomstreitmacht" tunlichst vermieden. Doch was sonst kann gemeint sein, wenn nunmehr die Christdemokraten Frankreich und Großbritannien auffordern, ihr nukleares Potential in eine gemeinsame „Europäische Sicherheitsunion" einzubringen, über deren Einsatz auf längere Sicht ein „Europäischer Verteidigungsrat" zu entscheiden habe?

Auf leisen Sohlen suchen derzeit maßgebliche Kreise dieses Landes den nichtnuklearen Status der BRD aufzuweichen. Mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung werden darüber hinaus die Atomwaffenprogramme Frankreichs und Großbritanniens aufgebläht, um baldmöglichst die abgezogenen amerikanischen Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen zu ersetzen. Unter dem Stichwort „Errichtung des westeuropäischen NATO-Pfeilers" werden inzwischen auch in London und Paris Stimmen laut, die die Einbindung der BRD in die westeuropäische Atomaufrüstung befürworten.

Westeuropa zur nuklearen Supermacht ausbauen: Das erhöht für uns alle die Gefahr eines nuklearen Holocaust und ist fürwahr die destruktivste aller möglichen Antworten auf die Abrüstungsvorschläge der UdSSR.

Während die Bundesregierung mit dem Projekt einer westeuropäischen Atommacht den Abstand zur eigenen Atomwaffe zu verringern sucht, wollen wir die Voraussetzung schaffen für Atomwaffenfreiheit bei uns und in ganz Europa. Die Forderung und Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" dient dem Ziel, die „europäische" Bombe und jegliche Nuklearoption der BRD dauerhaft zu verhindern.

Die aktuelle Bedeutung unserer Forderung wird übrigens auch von der CDU nicht bestritten. Deren außenpolitischer Sprecher Karl Lamers kritisierte erst kürzlich den grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht mit den Worten, dahinter stehe *„das grundsätzliche Nein zur atomaren Abschreckung. Für die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre das jetzt ein völlig falsches Signal . . .".*

2 DAS ZIVIL-MILITÄRISCHE ATOM-PROGRAMM

In technischer Hinsicht ist die BRD seit langem ein Atomwaffenstaat auf Abruf. 1986 erklärte der ehemalige Forschungsminister Hauff: *„Wer die Bombe will, der kann die bestehenden Anlagen, die es in der Bundesrepublik gibt, nutzen und ist in der Lage, in einem relativ überschaubaren Zeitraum eine solche Atombombe zu bauen. Ich habe das untersuchen lassen in der Zeit, als ich Bundesminister für Forschung war, Ich bin sicher, daß sich seither die Infrastruktur nicht verschlechtert hat. Sie hat sich eher verbesser."*

Heute setzen von allen Nichtatomwaffenstaaten der Welt nur noch Japan und die BRD auf den großtechnischen Ausbau der Plutoniumwirtschaft. Nach Kalkar, Wackersdorf, Karlsruhe und Hanau fließen staatliche Milliardenzuschüsse, für die es eine energie- oder wirtschaftspolitische Begründung schon lange nicht mehr gibt. Einzig und allein aus militärstrategischer Sicht macht der Ausbau der Plutoniumindustrie heute noch einen Sinn.

Denn bereits die Existenz dieser Anlagen verschafft den Militärs die Möglichkeit, auf dem Parkett der internationalen Nukleardiplomatie mit einem deutschen Alleingang zu drohen, falls die NATO-Verbündeten nicht freiwillig mehr nukleare Mitbestimmung gewähren.

Mit der Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" wird die Behauptung der Bundesregierung, Wackersdorf, Kalkar und Hanau dienten ausschließlich friedlichen Zielen, auf den Prüfstand gestellt. Unser Anliegen macht keine Atomanlage sicherer und ersetzt nicht den Kampf um den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Auseinandersetzung um unsere Forderung kann und soll allerdings dazu beitragen, die Frage nach der militärischen Bedeutung der BRD-Atomanlagen zu enttabuisieren und somit die gesellschaftlichen Bedingungen für den Ausstieg aus der Atomenergie zu verbessern. Solange die Bundesregierung sich die Option auf eigene oder westeuropäische Atomwaffen offenhält, wird es einen Ausstieg aus der „zivilen" Atomenergie ohnehin nicht geben können.

ohnehin nicht geben können.
DIE LÜCKEN

3. DIE LÜCKEN IM ATOMWAFFEN-VERZICHT

Nach offizieller Sprachregelung ist der grundgesetzliche Atomwaffenverzicht überflüssig, da die BRD schon 1954 im Rahmen der Westeuropäischen Union sowie 1974 mit der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages vollständig auf Atomwaffen verzichtet habe. Wer die Vertragstexte unter die Lupe nimmt, erkennt sofort, daß diese Aussage nicht stimmt.

Zwar ist es zutreffend, daß der Atomwaffensperrvertrag der BRD jede Verfügungsgewalt über Atomwaffen untersagt. Das Instrumentarium dieses Vertrages reicht aber nicht aus, um die besonders in der deutsch-französischen „Waffenbrüderschaft" angelegten verhängnisvollen Entwicklungen zu stoppen. So wird durch den Atomwaffensperrvertrag weder eine bundesdeutsche A-Waffenforschung oder die Entwicklung einzelner Sprengkopf-Komponenten untersagt. Erlaubt ist ebenfalls eine Unterstützung der militärischen Nuklearprogramme in Frankreich, Großbritannien oder den USA

klearprogramme in Frankreich,

Großbritannien oder den USA mit BRD-Plutonium, Trägersystemen oder Know-How. Selbst die Möglichkeit einer Europäischen Atomstreitmacht wurde in einer Zusatzerklärung zum Sperrvertrag unter bestimmten Bedingungen als vertragskonform bezeichnet.

Im Unterschied zum Grundgesetz enthält der Atomwaffensperrvertrag zudem eine Rücktrittsklausel, derzufolge jeder Unterzeichnerstaat bei Gefährdung seiner höchsten Interessen vom Vertrag zurücktreten kann. Für die Bundesrepublik bedeutsam ist darüber hinaus eine Sonderregelung, derzufolge der Vertrag im Kriegsfall automatisch außer Kraft tritt. Denn auch die bis heute praktizierte Ausbildung von Bundeswehrsoldaten an Atomwaffen und Atomwaffeneinsätzen und die

---

Das Modell, das den Kritikern im allgemeinen vorschwebt, ist eine europäische Atomstreitmacht, die sich aus der Europäisierung des französischen – gelegentlich auch britischen – Nuklearpotentials entwickeln müßte. Eine solche Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben . . . Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde. Doch wer wagt schon, mit ihrer Verwirklichung in naher Zukunft zurechnen?
Manfred Wörner, in: Wehrkunde, April 1976

Anfrage der Grünen an die Bundesregierung:
Trifft es zu, daß der Transfer von Plutoniumtechnologie und Plutonium bzw.sonstigen Spaltmaterialien aus bundesdeutschen Atomkraftwerken in Atomwaffenstaaten nach den bestehenden Verträgen auch dann gestattet ist, wenn damit die Atomwaffenarsenale anderer Staaten aufgestockt werden? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein derartiger Transfer „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages" verstößt (Lauk, S. 438), und ist sie bereit, eine diesbezügliche Unterlassungserklärung abzugeben?

Antwort der Bundesregierung am 9. 12. 1985:
Nach dem Nichtverbreitungsvertrag unterliegt der Transfer von Nukleargütern oder Nukleartechnologie in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen. Ein Verstoß „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages" könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragsglücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten im Nichtverbreitungsvertrag keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertagstextes vollkommen bewußt. Im übrigen findet ein Austausch von Kernmaterial und sonstigen spaltbaren Stoffen auch mit Kernwaffenstaaten nur im Rahmen der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie statt.
Bundestagsdrucksache 10/4502

FÜNF GRÜNDE FÜR EINE KAMPAGNE

Es ist lebenswichtig, daß eine deutsche Atombewaffnung jetzt schon im Vorbereitungsstadium verhindert wird. Die mögliche Alternative? Eine zur „Wiedergewinnung" der Ostgebiete mit nuklearer Erpressung arbeitende Außenpolitik in den 90er Jahren.
Robert Jungk, Hanau, 19. 3. 1988

ATOMWAFFEN-VERZICHT INS GRUNDGESETZ



...und Demonstration 1988

NATO-interne Regelung, derzufolge nach Freigabe durch den US-Präsidenten im Ernstfall auch der Bundeswehr Atomsprengköpfe überlassen werden – all dies wird durch den Atomwaffensperrvertrag in keiner Weise untersagt.

Last not least wurde der ursprünglich unbefristet konzipierte Vertrag auf besonderes Drängen der BRD seinerzeit auf eine Laufzeit von 25 Jahren begrenzt. 1995 wird in Genf eine internationale Konferenz darüber befinden, ob der Vertrag verlängert wird oder nicht.

trag verlängert wird oder nicht.

Der „Atomwaffenverzicht" von 1954 ist noch lückenhafter: Verzichtet wurde damals ausschließlich auf die Produktion kompletter Atomwaffen auf bundesdeutschem Territorium. Nicht verzichtet wurde auf den Erwerb oder Besitz von Atomwaffen oder deren Herstellung im Auftrag der BRD auf dem Gebiet eines anderen Staates. Der Verzicht gilt darüber hinaus nicht international, sondern nur gegenüber den Staaten der Westeuropäischen Union. Mit anderen Worten: Falls der Atomwaffensperrvertrag 1995 ausläuft, könnte die Bundesregierung auf Grundlage der Erklärung von 1954 eigene Atomwaffen uneingeschränkt erwerben – bzw. falls die WEU-Partner zustimmen – auch national produzieren. Die Erklärung von 1954 ist nicht ein Argument gegen, sondern ein Argument für die Erhebung eines vollständigen Atomwaffenverzichts in den Verfassungsrang.

Aber auch die Lücken des Sperrvertrages sind denen, die sie nur allzugerne ausnützen, wohlbekannt. Um neue deutsche Atommachtambitionen zu

wohlbekannt. Um neue deutsche Atommachtambitionen zu

stoppen, ist dieser Vertrag ein gewisses Hindernis, aber keine sichere und endgültige Schranke. Die grundgesetzliche Verankerung des BRD-Atomwaffenverzichts wäre demgegenüber der wirkungsvollste Schritt, um den nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik auf lange Sicht zu sichern und die Bonner Beteiligung an einer westeuropäischen Bombe zu verhindern. Zweifellos würde ein derartiger Schritt darüber hinaus auch international die Nichtweiterverbreitungspolitik erheblich stärken.

4. DER NUKLEARE GELTUNGSDRANG

Immer wieder haben maßgebliche Kreise dieses Landes klargemacht, daß sie sich ungeachtet der jüngeren Geschichte mit dem nicht-nuklearen Status der BRD nicht zufriedengeben. 1958 beschloß der Bundestag trotz heftiger Gegenwehr, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten und auf den Atomkrieg zu trimmen. Bis heute gilt, daß nach Freigabe der Sprengköpfe durch den US-Präsidenten die Bundeswehr „gleichberechtigt" am Atomkrieg teilnimmt. Bis 1966 war die Teilhaberschaft an einer „Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) das außenpolitische Ziel Nr. 1 der Regierung Erhard. Kein Wunder also, daß in den Jahren darauf der BRD-Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag über Jahre hinweg in Frage gestellt bzw. bekämpft würde.

Trotz vielfältigster diplomatischer Bemühungen westlicher Regierungen verweigerte die Bundesregierung unter Kanzler Kiesinger (CDU) die Unterzeichnung dieses Vertrages. Die Regierung Brandt/Scheel unterschrieb ihn 1969 unter dem Vorbehalt, daß er eine westeuropäische Atomstreitmacht nicht verhindern dürfe. Nichtsdestoweniger wurde auch dieser Schritt 1969 von der CDU und ihrem damaligen Sprecher Stoltenberg heftig kritisiert. Die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages durch den deutschen Bundestag wurde 1974 von Manfred Wörner, den heutigen Ministern Kiechle, Zimmermann und Schneider, den Ministerpräsidenten Wallmann und Strauß sowie den heute noch einflußreichen Unionspolitikern Dregger, Spilker, Waigel, Miltner, Biele, Abelein, Spranger, Probst, Lenzer, Narjes und 78 weiteren Abgeordneten abgelehnt.

Die Auseinandersetzung um die Pershing I A hat gezeigt, daß der nukleare Geltungsdrang maßgeblicher Bonner Kreise nicht nachgelassen hat.

Verändert hat sich mittlerweile jedoch das öffentliche Bewußtsein in Bezug auf die militärische und die zivile Atompolitik. Verändert haben sich mit dem Amtsantritt Gorbatschows ebenfalls die außenpolitischen Rahmenbedingungen.

Der Beitritt der BRD zum Sperrvertrag erfolgte widerstrebend – nicht freiwillig, aus innenpolitischer Einsicht, sondern als Zugeständnis an die außenpolitischen Rahmenbedingungen. Die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" hingegen zielt diesbezüglich auf eine einseitige, innenpolitisch verankerte Vorleistung. Die Chancen einer diesbezüglichen Mobilisierung sind heute günstiger als jemals zuvor.

5. EIN POSITIVES SIGNAL!

5. SIGNAL!

Die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!" hat zweifelsohne eine begrenzte Reichweite. Sie zielt auf eine atomwaffenfreie BRD, ohne den Kampf gegen die Lagerung oder Stationierung von US-Atomwaffen auf BRD-Territorium hinreichend abzudecken. Sie gibt Anstoß für ein Europa ohne Atomwaffen, ohne die britische und französische Atomaufrüstung direkt zu berühren. Und dennoch ist dieses Anliegen auf seine Weise radikal:

● Es fordert von Bundesregierung und Bundestag, mit der nuklearen Abrüstung einseitig und im eigenen Kompetenzbereich anzufangen.

„Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" bedeutet:
— die Bundeswehr zu denuklearisieren
— als Voraussetzung für eine atomwaffenfreie Bundesrepublik die nukleare Option für die BRD auf Dauer zu schließen
— der Europäischen Atomstreitmacht und all ihren Vorformen eine Absage zu erteilen
— jegliche materielle oder finanzielle Unterstützung bei der Produktion von Atomwaffen eines anderen Landes zu verbieten
— das Instrumentarium der globalen nuklearen Nichtweiterverbreitungspolitik zu stärken.

● Es fordert damit etwas für Deutsche besonders Untypisches: Den freiwilligen Verzicht auf das Attribut einer Großmacht. Unser Anliegen tritt insofern einer nicht unpopulären Ideologie entgegen, die der Atomwaffen-Liebhaber F. J. Strauß auf den Punkt brachte mit der Drohung, es

F. J. Strauß auf den Punkt brachte mit der Drohung, es

könne auf Dauer „kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist". 49 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen grassiert in der BRD die Tendenz, „endlich" aus dem Schatten Hitlers heraustreten, Bundeswehrsoldaten in alle Welt schicken und möglichst auch die restlichen „Diskriminierungen" über Bord werfen zu dürfen. All jenen Großmachtgelüsten setzt die Forderung nach freiwilligem Atomwaffenverzicht die bessere Lehre aus der deutschen Vergangenheit entgegen.

Natürlich lassen sich auf Verfassungsgrundsätze revidieren oder umgehen. Eine gesellschaftlich erkämpfte Verfassungsänderung wird aber gerade auf diesem Gebiet das Maß an öffentlicher Sensibilität und Mobilisierung zur Folge haben, das letztlich als einzige Instanz die Einhaltung eines Atomwaffenverzichts garantiert.

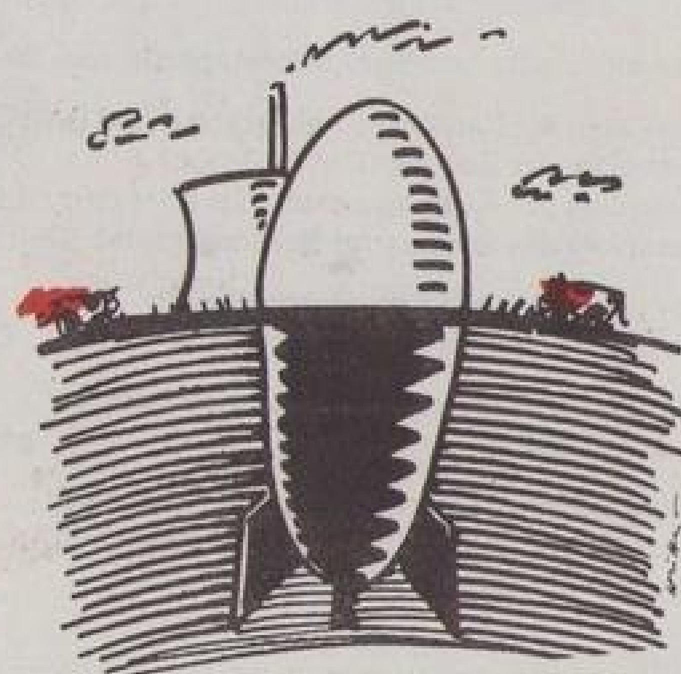
Ich stehe ausgesprochen positiv zu der Kampagne. Das ist das, was man im Augenblick noch machen kann, um die Zukunft einigermaßen zu sichern, absolute Sicherung ist auch ein solches Grundgesetzverbot nicht. Gerade im Hinblick auf die WAA ist zu sagen, daß ja der Atomwaffensperrvertrag 1995 auslaufen wird, wenn die WAA in Betrieb gehen soll. Auch im Hinblick darauf ist die Atomwaffenverzichtskampagne zu befürworten. Gerade auch die politische Debatte um eine solche Kampagne ist wichtig, da sich dabei auch die Geister scheiden werden – es wird klar, wer sich die Option auf eigene Atomwaffen offenhalten will – das halte ich für höchst interessant.

Klaus Traube, in „Plärrer" 8/88

Angesichts gewisser Bereitschaft der Politik in den USA und der UdSSR, im Bereich der Atomwaffen abzurüsten und wissend, daß diese Waffen, egal welcher Bauart und Sprengkraft, nie ein ethisch vertretbares Verteidigungsmittel für unsere Bundesrepublik sein können, begrüßen wir den Vorschlag, den Verzicht der Bundesrepublik auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen sowie die Verfügungsgewalt über Atomwaffen im Grundgesetz festzuschreiben.

Die politische Durchsetzung dieses Auftrages durch unsere demokratischen Parteien wäre wohl eine der bedeutendsten Maßnahmen, die die Bundesrepublik zu den Abrüstungsbemühungen der Großmächte und zur Entspannung in Mitteleuropa durch Abbau von Feindbildern beitragen könnte.

Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden e. V.



Spenden

Wir sind zur Durchführung der Internationalen Aktionskonferenz auf Spenden angewiesen. Jeder Beitrag, sei er klein oder groß, ist willkommen.

Konto
„Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“,
Ernst Christoph Stolper,
Sparkasse Bonn,
Konto-Nr. 19 001 759,
BLZ 380 500 00

Internationale Aktionskonferenz

DENUKLEARISIEREN STATT MODERNISIEREN

ATOMWAFFENVERZICHT INS GRUNDGESETZ

Reader

Spätestens **Anfang November** erhalten alle angemeldeten Menschen, die den Beitrag von 10,– DM bezahlt haben, den **Konferenzreader** zugesandt. Er enthält Beiträge zu allen Programmpunkten (AGs, Podien und Plenumsreferate) sowie zu weiteren, z.T. kontroversen Themen. Ohne Verbindung mit dem Konferenzbeitrag **kostet** er **5,– DM** (siehe Bestellcoupon).

Aufruf

Wir leben in einer Zeit historischer Weichenstellungen. Dazu gehört die Frage, ob die bisher schrecklichsten Massenvernichtungsmittel, die Atomwaffen, beseitigt werden, oder ob eine neue Welle der Aufrüstung auf uns zukommt. Wir wollen, daß auch in der BRD alle Möglichkeiten genutzt werden, um Europa von der tödlichen Last der Atomwaffen zu befreien.

Wir fordern die Festschreibung des vollständigen Atomwaffenverzichts im Grundgesetz!

Jeglicher nuklearen Teilhabe der Bundeswehr – sei es an westeuropäischen oder US-amerikanischen Atomwaffensystemen – muß eine Absage erteilt werden.

Jede Mithilfe der Bundesregierung an der nuklearen Aufrüstung in Frankreich oder Großbritannien ist zu unterbinden. Schon jetzt fordert nicht nur die CDU von Frankreich und Großbritannien eine „nuklearstrategische Zusammenarbeit (...) mit dem Ziel, ihr nukleares Potential dann in diese gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen“ (neues CDU-Programm).

Die Option für die Atomstreit BRD muß dauerhaft versperrt werden. Der Hanauer Atomskandal hat die Verstrickung von ziviler und militärischer Atomenergie verdeutlicht. Aufgrund ihrer Atomindustrie ist die BRD schon heute ein Atomwaffenstaat auf Abruf – zielstrebig wird in Wackersdorf, Hanau und Kalkar eine Plutoniumindustrie ausgebaut, für deren „friedliche“ Verwendung kein Bedarf erkennbar ist.

Wir treten ein für eine atomwafffenfreie Bundesrepublik und den Verzicht auf jede „Modernisierung“ der in Europa stationierten US-Atomwaffen!

Denn die Bundesregierung will von einer dritten Null-Lösung nichts wissen und hat unter dem Stichwort „Modernisierung“ längst eine neue Aufrüstung ins Auge gefaßt. Das muß verhindert werden. Die Abschaffung aller Atomwaffen in Europa ist ein lebensnotwendiges und rasch anzustrebendes Ziel.

Keines dieser Ziele ist zu erreichen ohne den Druck der Öffentlichkeit und der außerparlamentarischen Bewegungen.

Zwar wird die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ mittlerweile von der Friedensbewegung, von zahlreichen Initiativen gegen Atomenergie und weiteren Gruppen und Einzelpersonen bei uns und im west- wie osteuropäischen Ausland unterstützt, zwar fordern immer mehr Menschen eine atomwaffenfreie BRD. Appelle auf dem Papier rei-
fordern immer mehr Menschen eine atomwaffenfreie BRD. Appelle auf dem Papier rei-
chen aber nicht aus.

Die Internationale Aktionskonferenz dient dem Ziel:

- ein gemeinsames Aktionsprogramm für die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ als einen zentralen Schritt in Richtung auf eine atomwaffenfreie Bundesrepublik zu diskutieren und zu beschließen;
- Informationen auszutauschen und zu verbreiten über die unfriedliche Atom(waffen)politik der Bundesrepublik;
- ein Forum zu sein für Begegnung von Anti-AKW-Begegnung und Friedensbewegung, von bundesdeutschen und ausländischen Friedens-AktivistInnen, von alter und „neuer“ Anti-Atomtod-Bewegung.

Programm

Freitag, 25. November 1988

abends:
Podiums- und Publikumsdiskussion zum Thema:
Atomachse Bonn–Paris – Erster Schritt zur westeuropäischen Atomstreitmacht?
mit: Alfred Mechtersheimer (DIE GRÜNEN); Karsten Voigt (SPD); Jo Leinen (Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Cattenom), angefragt, oder Sabine Roisch (Redaktion „atom“); Mycle Schneider (WISE, Frankreich); N.N. (Mouvement de la paix, Frankreich).
Moderation: A. A. Guha (Frankfurter Rundschau)

Samstag, 26. November 1988

vormittags:
Plenumsdiskussion mit Einleitungen zu den Themen:
- militärische Optionen der Atomindustrie in der BRD; mit Dr. Helmut Hirsch (Hannover)
- Aufrüstungsplanungen der USA und europäischer Staaten nach dem INF-Vertrag; mit Prof. Dr. Gerhard Kade

nachmittags:
Arbeitsgruppen über:
AG 1 Modernisierungspolitik nach dem INF-Abkommen/Ziele der NATO-Staaten/Europäische Atomstreitmacht und militärische Integration; mit Wolfgang Zellner (SPD) (Zusage noch nicht endgültig); Jürgen Maier (DIE GRÜNEN)
AG 2 Der Griff nach der Bombe – Geschichte des Atommachtstrebens der BRD und der Bewegung „Kampf dem Atomtod“; mit Hans Rondi (DFU); Robert Jungk (angefragt)
AG 3 Die BRD als Drehscheibe der Weiterverbreitung von Atomwaffen; mit Thorsten Maas (Buko, AG Rüstungsexport); Wolf Geisler (AAB)
AG 4 Atom(waffen)technologien in der BRD/Hanau, Wackersdorf, Kalkar, Gronau und Karlsruhe/Militärische Option; mit Prof. Dr. Radkau; Detlef zum Winkel (Physiker und Journalist)
AG 5 Perspektiven und Probleme des Atomwaffensperrvertrags/Internationale Überprüfungskonferenz 1990; mit Bernhard Docke (VDJ); Doris Tritschler (Richter und Staatsanwälte für den Frieden)
AG 6 Kontinuität oder Bruch? – Die Atomforschung vor und nach 1945/Atomwaffenverzicht – Notwendigkeit aus der eigenen Geschichte; mit Peter Gingold (VVN/BdA), Annegret Neuhof (BUF)
AG 7 Ansatzpunkte der internationalen Friedensbewegungen zur Unterstützung der westeuropäischen Abrüstung und der Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“; mit CND (Steven Brown, angefragt) (angefragt); VertreterIn aus den Niederlanden
AG 8 Erfahrungsaustausch über bisherige Aktivitäten und Perspektiven der Kampagne;
AG 8 Erfahrungsaustausch über bisherige Aktivitäten und Perspektiven der Kampagne; mit Ingo Arend (Jusos); Matthias Küntzel (DIE GRÜNEN im BT)
AG 9 Die nukleare Komponente der Bundeswehr; mit Thomas Kremling (Darmstädter Signal) (angefragt); Erich Schmidt-Eemboom (Institut für Friedensforschung Starnberg)

abends:
Internationale Podiumsdiskussion zur Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ mit Vertretern aus Österreich (Robert Jungk), Niederlande (Sonja von der Gaast, PvdA), Großbritannien (Toni Benn, Labour), Polen (N.N.), Schweden (Inge Kleinhans, FMKK Schweden), Dänemark (Knut Lund)

Sonntag, 27. November 1988

vormittags: Diskussion und Beschlußfassung über die Aktionsplanung und Abschlußerklärung der Konferenz

Anmeldung

Bitte ausfüllen und einsenden an:
Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Name ....

Anschrift/Telefon ....

○ Ich/wir möchte/n an der Internationalen Aktionskonferenz teilnehmen und melden ______ Personen an (Teilnahmebeitrag incl. Reader DM 10,–/Person)

○ Ich/wir möchte/n weitere Informationen zum Stand der Kampagne

Ich/wir möchten die Kampagne unterstützen und bestellen gegen Vorauskasse
____ Exemplare der Zeitung (DM 0,10/Ex.)
____ Exemplare des Kampagnenaufrufes (DM 0,05/Ex)
____ Exemplare des Readers zur Konferenz (DM 5,–/Ex.)

○ Ich/wir spenden für die Durchführung der Internationalen Aktionskonferenz ________ DM

Den Gesamtbetrag (siehe rechts) habe/n ich/wir am ________ gezahlt an **gesamt** ____________

○ „Atomfaffenverzicht ins GG“, E. Chr. Stolper, Sparkasse Bonn Konto Nr. 19001759 (BLZ 380 500 00)
○ beigelegt als Bargeld/Verrechnungsscheck

Unterschrift ....

Anreisebeschreibung

Pkw aus Richtung Dortmund:
A 1, Leverkusener Kreuz, Abfahrt Köln-Weiden (5. Abfahrt, ca. 1000 m vor Abfahrt Köln-West) bis Aachener Straße, links abbiegen, erste Linksabbiegemöglichkeit, nach einer Rechtskurse folgt nach 200 – 300 m das Schulzentrum Köln-Weiden
aus Richtung Bonn:
von der A 4 auf A 1 (Richtung Köln-West); weiter siehe oben
öffentliche Verkehrsmittel ab Köln Hbf:
U-Bahn bis Neumarkt; Straßenbahn Nr.1 (Richtung Junkersdorf) bis Junkersdorf; umsteigen in Bus 151 bis Schulzentrum Köln-Weiden

Impressum

Diese Zeitung wird herausgegeben vom Trägerkreis der *Internationalen Aktionskonferenz „Denuklearisieren statt modernisieren – ATOMWAFFENVERZICHT INS GRUNDGESETZ“:*
Antimilitaristisches Untersuchungskollektiv (AMOK – Niederlande); Bundeskoordination Betrieblicher Friedensinitiativen; Bundeskoordination Unabhängiger Friedensgruppen (BUF); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegener (DFG-VK); Deutsche Friedensunion (DFU); Deutsche Jungdemokraten (DJD); Deutsche Kommunistische Partei (DKP); Die GRÜNEN, Bundespartei; Die GRÜNEN im Bundestag; Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW, Sektion BRD); Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ); Kommunistischer Bund (KB); Liberale Demokraten (LD); Marxistischer StudentInnen-Bund (MSB Spartakus); Ohne Rüstung Leben; Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein; Richter und Staatsanwälte für den Frieden; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ); Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ).
Weitere Organisationen haben ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt, konnten aber aus terminlichen Gründen bis zur Drucklegung keine endgültigen Entscheidungen treffen.
Redaktion: Martin Böttger, Matthias Küntzel, Herbert Peters, Werner Rätz (V.i.S.d.P.), Holger Schwarz, alle Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1
Graphik: Aldi, Bonn; Satz: Kippsatz, Bonn; Druck: Henke, Köln; Auflage: 50000 Preis: 0,10 DM